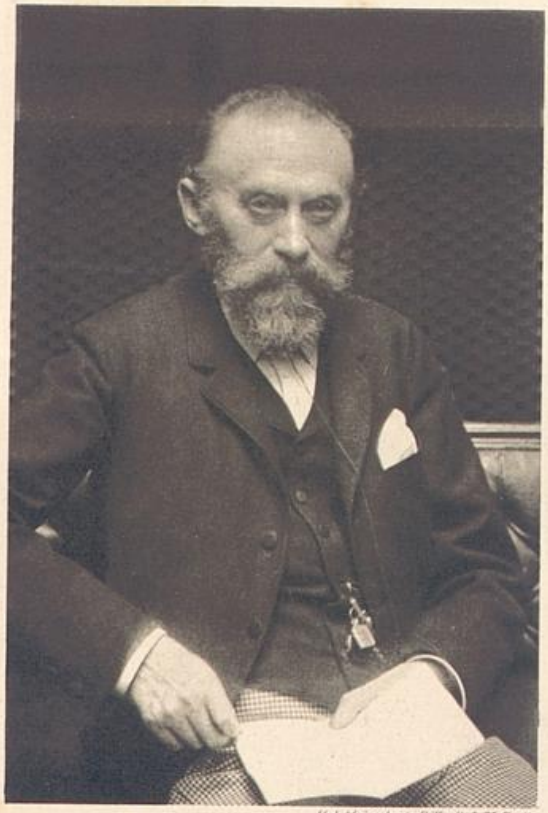


Hel. Meisenbach Riffarth & Co. Berlin.

L. Bamberger

Schriften des
Vereins zum Schutz der deutschen Goldwährung.

Band I.

Ausgewählte Reden und Aufsätze

über

Geld- und Bankwesen

von

Ludwig Bamberger.

Im Auftrag des
Vereins zum Schutz der deutschen Goldwährung

herausgegeben von

Karl Helfferich.

1900.

Verlagsbuchhandlung,



L Bamberger

Schriften des
Vereins zum Schutz der deutschen Goldwährung.
Band I.

Ausgewählte Reden und Aufsätze

über

Geld- und Bankwesen

von

Ludwig Bamberger.

Im Auftrag des
Vereins zum Schutz der deutschen Goldwährung

herausgegeben von

Karl Helfferich.

BERLIN 1900.
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung,
G. m. b. H.

Lippert & Co. (G. Pätz'sche Buchdr.), Naumburg a. S.

Nachdem der Währungsstreit zu Ruhe gekommen ist, hat der „Verein zum Schutze der Deutschen Goldwährung“ die ihm bei seiner Gründung gestellte zweite Aufgabe noch zu erledigen, seinen Teil zu der wissenschaftlichen Vertiefung derjenigen Probleme beizutragen, die dem Kampfe der vergangenen beiden Jahrzehnte zu Grunde gelegen haben. Zu diesem Zwecke wird er in den nächsten Monaten eine Serie von Arbeiten herausgeben, in denen verschiedene Verfasser die wichtigsten Punkte der Währungsfrage in eingehender Weise untersuchen. Wir erwähnen hiervon: eine die Soetbeer'schen Materialien ergänzende und fortsetzende Währungsstatistik; eine Darstellung der Münzreform der Vereinigten Staaten, Russlands und Indiens unter spezieller Berücksichtigung der Konkurrenzfähigkeit dieser Länder auf dem Weltmarkte; ferner Schriften über „Landwirtschaft und Doppelwährung“, „Geldwert und Preisgestaltung“, sowie über „die Organisation und Diskontpolitik der verschiedenen Notenbanken“ u. s. w.

Wir glauben diese Veröffentlichung nicht besser einleiten zu können als mit einer Darstellung des währungspolitischen Wirkens Bambergers, des berufensten und bedeutendsten Vorkämpfers der deutschen Münzreform. Unser Verein ist ihm zu besonderem Danke verpflichtet: er war einer der Begründer desselben und das hervorragendste Mitglied seines Vorstands; er bethätigte sich bis zu seinen letzten Lebenstagen in umfassender Weise als eifrigster und unermüdlichster Verfechter unserer Ziele. Indem wir ihm bei der Wiederkehr seines Todestags ein literarisches Denkmal zu errichten suchen, erfüllen wir eine doppelte Dankesschuld.

Stuttgart, den 14. März 1900.

Der Vorstand des Vereins zum Schutze der Deutschen Goldwährung.

Vorwort.

Ludwig Bamberger war einer jener seltenen Menschen, die das gesammte Gebiet des geistigen Lebens ihrer Zeit umfassen. Wer seine volle Persönlichkeit kennen lernen will, der nehme seine „Erinnerungen“ zur Hand, welche die Entwickelung und die harmonische Vielseitigkeit seines Geistes in ruhiger Klarheit widerspiegeln. Aber auch solche universellen Persönlichkeiten haben in der Regel ihre besondere Sphäre, die ihnen mehr als alles andere zugehört. Diese Sphäre war bei Bamberger das Gebiet des Geld- und Bankwesens. Auf diesem Feld liegt, wie er selbst in seinen „Erinnerungen“ mehr als einmal hervorhebt, der Schwerpunkt seines geistigen und praktischen Schaffens. Seine gesetzgeberischen und litterarischen Verdienste um die deutsche Geld- und Bankverfassung, sowohl um ihre Begründung als auch um ihre Verteidigung, stellen sein grosses Lebenswerk dar, auf welches er am Ende seiner Bahn mit Stolz und Befriedigung zurückblickte.

Mit Freuden habe ich deshalb den Auftrag übernommen, die währungspolitische Wirksamkeit Ludwig Bambergers darzustellen, ihm zum Gedächtnis und der Nachwelt zur Belehrung. Eine solche Darstellung erschien mir deshalb von besonderer Wichtigkeit zu sein, weil seine nachgelassenen „Erinnerungen“ *)

*) Georg Reimer, Berlin 1899.

nur bis zur Mitte der sechziger Jahre gediehen sind, während die Begründung der deutschen Geld- und Bankverfassung erst in die siebenziger Jahre fällt. Für mich persönlich hatte diese Aufgabe einen um so grösseren Reiz, als ich das Glück hatte, mit Ludwig Bamberger während der letzten Jahre seines Lebens in ununterbrochenem persönlichen und schriftlichen Gedankenaustausch über diese Dinge zu stehen. Namentlich meine „Geschichte der deutschen Geldreform", für die sich Bamberger sehr interessierte, gab Gelegenheit zu ausführlichen Unterhaltungen über das grosse Werk der Neuordnung des deutschen Geld- und Bankwesens und über den Anteil, den Bamberger an ihm genommen.

Berlin, im März 1900.

Karl Helfferich.

Einleitung.

Ludwig Bamberger

als

Währungspolitiker.

I.

Jugend. Lehr- und Wanderjahre. Paris.

Wenige von denjenigen, welche in Ludwig Bamberger den Mitbegründer der deutschen Geld- und Bankverfassung verehren, sind darüber unterrichtet, auf welch' merkwürdigen Wegen ihn das Schicksal zu dieser grossen Mission herangebildet hat. Welch' eine klare und reife wissenschaftliche Erkenntnis der Probleme des Geld- und Bankwesens und welch' eine Fülle praktischer Erfahrungen mussten sich in diesem einen Mann zusammenfinden, um ihn zu den ausserordentlichen Leistungen zu befähigen, die seinen Namen für alle Zeiten mit der deutschen Geld- und Bankreform verknüpfen. Ein triviales Wort besagt: Die rechte Zeit findet stets den rechten Mann. Aber der rechte Mann fällt nicht mit allen den für die Aufgaben der Zeit erforderlichen Eigenschaften vom Himmel, und was als geschlossene Persönlichkeit vor den Augen der Mitwelt und Nachwelt steht, ist oft das Ergebnis einer langen und wunderbaren Schulung durch die harte Notwendigkeit des Lebens. Nur wer diesen Werdegang kennt, ist im stande, die Wirksamkeit eines bedeutenden Mannes von Grund aus zu würdigen.

Ludwig Bamberger hat in seinen nachgelassenen Erinnerungen sein Leben bis zu dem Zeitpunkt geschildert, wo sich ihm mit der Neugestaltung Deutschlands ein freies Feld für die Mitarbeit an den grossen gesetzgeberischen Aufgaben eröffnete. Auf Grund dieser „Erinnerungen" sei hier in kurzen Zügen das zum Verständnis seiner währungs- und bankpolitischen Wirksamkeit erforderliche mitgeteilt.

Er war als Sohn wohlhabender aber nicht reicher Eltern am 22. Juli 1823 in Mainz geboren. Nachdem er das Gymnasium absolviert hatte, widmete er sich dem juristischen Studium; nicht etwa aus einer starken inneren Neigung für die Rechtswissenschaft oder die juristische Laufbahn, sondern weil dieses Studium als das unter den obwaltenden Verhältnissen natürliche erschien. „Da kein besonderer Grund für das Studium der Medizin vorlag," so erzählt er selbst in seinen Erinnerungen, „wurde ich zum Juristen bestimmt. Zum Studium schien ich veranlagt, und so blieb kaum eine andere Wahl."

Während seiner Universitätszeit, die er in Giessen, Heidelberg und Göttingen verbrachte, befasste er sich neben der Rechtswissenschaft mit philosophischen und später auch mit nationalökonomischen Studien.

Das von Anfang an ins Auge gefasste Ziel war die Advokatur, aber nicht aus Lust und Liebe zu diesem Beruf, sondern in Ermangelung einer besseren Möglichkeit. Im Frühjahr 1847 absolvierte er das Staatsexamen, und diese Thatsache begleitet er in seinen Erinnerungen mit folgenden bezeichnenden Worten:

„Jetzt war der Mensch für die juristische Laufbahn abgestempelt. Aber was aus ihm werden sollte, lag im tiefsten Dunkel. Zehn oder zwölf Jahre warten bis zur Advokatur hatte an sich wenig Reiz, wenn auch der Sinn darauf gestanden hätte. Von der Beamtenkarriere konnte — wenn auch die Lust dazu nicht gefehlt hätte — keine Rede sein, da nach der sogar bis auf den heutigen Tag in Hessen festgehaltenen Observanz Juden im Staatsdienst nicht angestellt werden. Aber die Hauptsache war, dass der Sinn viel mehr nach dem Studium als nach der Praxis hinneigte."

Er erzählt dann, wie er sich in den Jahren vor dem Staatsexamen speziell der National-Ökonomie zugewendet hatte. Als Student hatte er seine Studien auf diesem Gebiet in Heidelberg unter der Leitung von Rau begonnen, der damals der angesehenste Vertreter der Schule des Adam Smith in Deutschland war. In Göttingen geriet er „unter den Zauber des wenige Jahre vorher erschienenen Hauptwerkes von Friedrich List," der sich in den schärfsten Gegensatz zur englischen Schule stellte und an Stelle des Freihandelssystems eine industrielle Schutzzollpolitik zur Erziehung produktiver

Kräfte predigte. Nach Ablauf der Universitätszeit kehrte Bamberger jedoch zum eingehenden Studium der klassischen Nationalökonomie zurück, und er wurde dadurch zum eifrigen Anhänger der Freihandelslehre. „Alle namhaften Autoren der französischen und englischen Schulen des 18. und 19. Jahrhunderts," so berichtet er, „wurden aus dem Fundament vorgenommen und teilweise schriftlich bearbeitet."

Ehe der Zwiespalt zwischen den wissenschaftlichen Neigungen und der durch die Verhältnisse erzwungenen Berufswahl zum Austrag kam, griff der Gang der politischen Ereignisse in das Leben Bambergers ein und änderte von Grund aus die Voraussetzungen für alle Lebenspläne.

Schon während der Gymnasialzeit hatten die politischen Vorgänge, namentlich die Kämpfe der radikalen Opposition in Frankreich, das Interesse des Jünglings in starkem Masse geweckt. Die französische Revolution, die republikanisch-demokratische und -unitarische Staatsentwicklung wurde das politische Ideal des Studenten und des angehenden Juristen, ohne dass daraus irgend welche umstürzlerische Gedanken in Bezug auf das eigene Heimatland entstanden wären. „Hier schien alles so fest und schläfrig in den Windeln des Polizei-Kleinstaates eingebettet, dass selbst Wünsche nicht erwachen konnten."

Dieser harmlose Zustand änderte sich mit einem Schlage mit dem Ausbruch der Februar-Revolution in Paris und der Vertreibung Ludwig Philipps. Eine heftige Bewegung bemächtigte sich der Geister auch in Deutschland. Das Verlangen nach Freiheitsrechten, nach einer deutschen Einheit und einem deutschen Parlament wurde allenthalben laut. Bamberger wurde sofort von diesen Bestrebungen mächtig erfasst. Als Redakteur der „Mainzer Zeitung" und bald auch als Volksredner betrieb er eine radikal-demokratische Agitation, und schliesslich betheiligte er sich an dem Aufstand in der Pfalz. Als er jedoch die Aussichtslosigkeit dieser Erhebung erkannte, flüchtete er gleich vielen anderen der damaligen Führer nach dem Ausland, während er in absentia zu vielen Jahren Zuchthaus und zum Tode verurteilt wurde.

Nach kurzem Aufenthalt in der Schweiz folgte er der Einladung eines jüngeren Bruders nach London. Über seine Zu-

kunft war noch nichts bestimmt. Aber die Verhältnisse drängten nach einer raschen Entscheidung.

„Mein Leben wäre," so teilt Bamberger in seinen Erinnerungen mit, „ohne Zweifel ein gänzlich anderes geworden, wenn ich damals, als die politischen Ereignisse mich aus Deutschland hinausschleuderten, für mich allein dagestanden hätte. Aber dem war nicht so. Von der Universität her hatte ein Verhältnis sich geknüpft, und dies hatte sich in den fünf Jahren, die seitdem verflossen waren, so befestigt, dass die Bedingungen meiner Existenz sich durchaus danach zu richten hatten."

Die Rücksicht auf seine Braut, die unter den unerquicklichsten Familienverhältnissen zu leiden hatte, nötigte den aus seiner Laufbahn hinausgeworfenen Flüchtling, einen Weg einzuschlagen, von dem er annehmen konnte, dass er möglichst rasch und sicher zur materiellen Selbständigkeit führen würde. Mit dem Plane, in Gemeinschaft mit zwei anderen deutschen Flüchtlingen in Nordamerika eine internationale Advokatur zu errichten, war Bamberger nach London gekommen, und in den ersten Monaten seines dortigen Aufenthalts versuchte er, sich in Hinblick auf diesen Plan mit der englischen Jurisprudenz näher bekannt zu machen. Aber noch ehe der Gedanke der internationalen Advokatur feste Gestalt gewonnen hatte, trat an Bamberger der Vorschlag heran, in das Bankgeschäft überzutreten.

Zwei Brüder seiner Mutter, mit Namen Bischoffsheim, standen damals an der Spitze eines ausgedehnten Bankgeschäfts mit dem Hauptsitz in Amsterdam und Zweigniederlassungen in Brüssel, Antwerpen, Paris und London. Beide Brüder waren hochbedeutende Finanzmänner. Der Jüngere, welcher das Brüsseler Geschäft leitete, hatte ein grosses Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten und nahm im Staat und in der Brüsseler Gesellschaft eine sehr bedeutende Stellung ein. Bamberger selbst charakterisiert ihn als seiner ganzen Geistesrichtung nach ihm besonders nahestehend. Er hebt namentlich hervor, dass der jüngere Bischoffsheim seiner Zeit, als es sich um die Gründung einer belgischen Landesbank handelte, die Grundlagen ausarbeitete und dann zeitlebens als Hauptberater der Bankleitung zur Seite stand. „Eine Denkschrift, die er damals fertig stellte, bot mir noch viele Jahre später reiche Belehrung über

die richtigen Gesichtspunkte, die bei einer Notenbank im Auge zu behalten sind."

Von diesem Manne wurde Bamberger zuerst der Vorschlag gemacht, er solle in die geschäftliche Laufbahn übertreten. Bamberger entschloss sich nach reiflichen Erwägungen, auf den Vorschlag einzugehen.

Ausschlaggebend war für diesen bedeutungsvollen Schritt, dass er den kürzesten und sichersten Weg aus der nahezu unerträglichen Lage, in welcher sich Bamberger damals befand, zu eröffnen schien. Aber leicht wurde ihm der Entschluss nicht. Er selbst schreibt darüber:

„Es ward mir damals furchtbar schwer. Aber Pflichtgefühl mehr noch als Hoffnung half mir über die ersten peinvollen Jahre nach jenem Entschluss hinaus. Ich ahnte damals nicht, dass, was ich als einen Verlust im Bildungsgang ansah, sich für mein reiferes Urteil als ein Gewinn herausstellen sollte.

„Als ich den kaufmännischen Beruf antrat, glaubte ich von meiner akademischen Höhe herabzusteigen. Es ist die abschliessende Überzeugung meiner seither gesammelten Erfahrungen, wenn ich sage, dass ich über Welt und Menschen in dieser Laufbahn mehr gelernt habe, als wenn ich mein ursprüngliches Ideal hätte verwirklichen können. Ob dies nur möglich war, weil ich bis dahin für den gelehrten Beruf mich vorgebildet hatte, mag dahinstehen."

So nötigte der harte Druck äusserer Verhältnisse den damals Sechsundzwanzigjährigen, als Anfänger ein Gebiet zu betreten, gegen welches er eine starke Abneigung fühlte, auf welchem er jedoch später seine grössten wirtschaftspolitischen Leistungen vollbringen sollte.

Da er sich gerade in London aufhielt, ergab es sich von selbst, dass er in das Londoner Haus eintrat, dessen Firma damals „Bischoffsheim, Goldschmidt & Avigdor" hiess. Der Leiter des Hauses war Goldschmidt, ein Schwager der Bischoffsheim; er war „Doctor utriusque iuris" und Bamberger schildert ihn als einen gründlich humanistisch gebildeten Mann mit lebendigem Sinn für Politik und Wissenschaft, der viel Verständnis für die ungewöhnliche Lage des neuen Banklehrlings zeigte und ihm die Anpassung an die peinliche Stellung sehr erleichterte.

Bekanntlich zerfällt das Bankgeschäft in England in zwei scharf getrennte Kategorien. Der eigentliche „banker" beschränkt sich ganz und gar auf die Verwaltung der Gelder seiner Klienten, während der Handel mit Wertpapieren und Edelmetallen etc. von dem „foreign banker" betrieben wird.

Die Firma Bischoffsheim, Goldschmidt & Avigdor gehörte zur letzteren Kategorie. Sie betrieb das ausländische Bankgeschäft im engeren Sinne, das Kommissionsgeschäft für auswärtige Kunden und die Arbitrage in Wechseln, Edelmetallen und Effekten. Von letzteren kamen damals noch fast ausschliesslich Staatsschulden in Betracht, Eisenbahn- und Industriepapiere waren erst im Entstehen begriffen.

Die Lehrlingszeit begann mit der Unterweisung in den gewöhnlichen Handgriffen und den mechanischen Verrichtungen des Bankgeschäfts, „und hier" — so schreibt Bamberger in seinen Erinnerungen — „sollte es mir für spätere Zeiten besonders zu nutze kommen, dass ich die Rechnungen über die Einkäufe von Gold und Silber, sowohl in Barren als auch in fremden Geldsorten, mitanzufertigen gehalten wurde."

Schon bevor Ludwig Bamberger in das Geschäft eingetreten war, war der Bruder, welcher ihn zur Reise nach London veranlasst hatte, zur Leitung des Antwerpener Hauses der Brüder Bischoffsheim abberufen worden. Er veranlasste seinen Bruder, London zu verlassen und die Lehrzeit unter seiner Führung in Antwerpen zu vollenden. Im Juli 1850 siedelte er dorthin über.

Das Antwerpener Geschäft glich im wesentlichen dem Londoner, es bestand aus Arbitrage in Wechseln und Staatspapieren. Bamberger kam hier zum ersten mal an die Börse. Er schreibt darüber:

„Das kostete mich mehr Ueberwindung als die erste Lehrlingszeit in London. Wechsel kopieren und Zinszahlen ausrechnen ist zwar keine erhebende Beschäftigung, aber auf meinem Platz mich mit der Feder in der Hand zu beschäftigen, war mir doch eine gewohnte Form der Thätigkeit. Auf der Schreibstube des Obergerichts und des Anwalts hatte ich anfangs auch manche mechanischen Dienste am Pult zu leisten gehabt, und alles war eine des Lernens halber übernommene Arbeit. Aber auf die Börse gehen war eine drastisch so verschiedene Thätigkeit, die sowohl ihrem Ruf nach als auch in ihren Attributionen

allerhand widerwärtige Vorstellungen heraufbeschwor, dass mir der Gang recht sauer ward, und es dauerte nicht nur sehr lange, bis ich mich daran gewöhnte, sondern nach vielen Jahren, als ich längst abgestumpft war, blieb es noch mein ernstes Verlangen, mich von dieser Funktion zu befreien, und ich machte mich wenigstens teilweise davon los, sobald ich konnte."

Ausserhalb des Geschäfts fand Bamberger damals reiche geistige Anregung an dem lebhaften Verkehr mit H. B. Oppenheim, der damals in Brüssel wohnte. Dieser wurde jedoch als verdächtiger Flüchtling im Januar 1851 aus Belgien ausgewiesen, und von diesem Zeitpunkt an war Bamberger mit seinen wissenschaftlichen und politischen Interessen ganz auf sich selbst beschränkt.

Im Frühjahr 1851 war die Lehrzeit vollendet. Bamberger entschied sich dafür, in Rotterdam ein bescheidenes Bankgeschäft zu gründen. Um Land und Leute kennen zu lernen, ging er im Juni 1851 für einige Wochen nach Amsterdam und war bei dem dortigen Geschäft der Brüder Bischoffsheim thätig. Im September 1851 siedelte er nach Rotterdam über. Seine mütterlichen Oheime borgten ihm ein kleines Kapital, und die Firma Bischoffsheim gab in der Form einer Kommanditierung einen mässigen Betrag dazu. Bambergers Vater konnte sich nur mit der geringen Summe von 5000 fl. beteiligen. Mit diesen Mitteln wurde ein Bankgeschäft unter der Firma L. A. Bamberger & Co. begründet, das leidlich gedieh. Der Zweck, welcher Bamberger zur Banklaufbahn bestimmt hatte, war erreicht. Bamberger hatte nun eine selbständige und auskömmliche Existenz und konnte am 5. Mai 1852 seine Braut heimführen.

Das Rotterdamer Geschäft bot jedoch für die Zukunft keine glänzenden Aussichten. Deshalb nahm Bamberger im Sommer 1853 mit Freuden den Vorschlag an, in das Pariser Geschäft der Firma Bischoffsheim überzugehen. Er trat nicht als Gesellschafter in das Geschäft ein, sondern als Prokurist mit einem kleinen Anteil am Reingewinn des Gesamthauses.

Das war ein entscheidender Wendepunkt in Bambergers Leben. Bisher war es ihm nicht gelungen, sich mit dem Beruf,

den er unter dem Zwang der Verhältnisse gewählt hatte, innerlich auszusöhnen. „Erst mein langer Dienst in dem grossen Pariser Geschäft," so schreibt er selbst, „brachte so vielen und vielgestaltigen Lernstoff, dass mir das Bewusstsein geblieben ist, in keiner andern Laufbahn hätte ich mehr über Menschen und Dinge der grossen und kleinen Welt lernen können als in dieser." Die Mitarbeit bei grossen Unternehmungen, die praktische Berührung mit grossen Aufgaben des Kulturlebens, die Bethätigung bei grossen Finanzoperationen, welche mit der gesamten europäischen Politik in engem Zusammenhang standen: das alles erschloss einen weiten Horizont und milderte den Druck der bisherigen mehr handwerksmässigen Beschäftigung. So war der Pariser Aufenthalt die denkbar beste Schule, um Bamberger auf die wichtigsten der Aufgaben, die seiner in Deutschland harrten, vorzubereiten.

Zu der Aussöhnung mit dem Beruf kam hinzu die Annehmlichkeit des Pariser Aufenthalts und ein weiter Verkehr mit interessanten und gebildeten Leuten der verschiedensten Berufsarten. Die wissenschaftlichen, literarischen und politischen Neigungen Bambergers fanden in diesem Kreis Anregung und Befriedigung. Insbesondere wurde die Fühlung mit den deutschen Verhältnissen wiederhergestellt durch den intimen Verkehr mit deutschen Flüchtlingen, wie H. B. Oppenheim und Moritz Hartmann.

Freilich war es gerade das wachsende Interesse an der deutschen Heimat, das eine volle Zufriedenheit nicht aufkommen liess. Der Sinn für literarische und politische Bethätigung hatte sich in unverminderter Stärke erhalten, und nur auf deutschem Boden war ein Uebergang auf dieses Gebiet innerhalb des Bereiches der Möglichkeit. „Ich empfand damals" — so schreibt Bamberger — „noch nicht den Trost des grossen Vorteils, welchen mir diese Schulung durch das praktische Leben an Belehrung und an Sicherung meiner ökonomischen Unabhängigkeit eintragen sollte. Erst die spätere Lebenszeit, als ich wieder nach Deutschland und in die Politik zurückkam, sollte mir diese Einsicht verschaffen; erst da lernte ich vollauf schätzen, wie die vermeintliche Widerwärtigkeit meines Berufwechsels mir zum Segen gereichte, und manchmal geriet ich nachträglich auf den Gedanken, dass ich mich in jener Pariser Zeit noch zufriedener

gefühlt hätte, wenn ich vorausgewusst hätte, wie ich nach Jahren über sie denken würde."

Im Jahre 1859 gab der Ausbruch des Krieges zwischen Italien und Frankreich einerseits und Oesterreich andrerseits den Anstoss zu einem ersten Eingreifen in die deutschen politischen Verhältnisse. Die öffentliche Meinung Deutschlands nahm in einer überschwänglichen Weise für Oesterreich Partei und verlangte ein Eingreifen der deutschen Staaten für das „Brudervolk". Zu den wenigen, welche damals klar sahen und erkannten, dass ein solcher Schritt ein kaum gut zu machender Missgriff gewesen wäre, gehörte neben Bismarck auch Ludwig Bamberger. Die Teilnahme an den Geschicken Deutschlands, die eine verhängnisvolle Wendung zu nehmen drohten, erfasste ihn mit Leidenschaft, und zum ersten mal, seitdem er England verlassen hatte, griff er wieder zur publizistischen Bethätigung, um Deutschland zu warnen. Er verfasste eine Flugschrift „Juchhe nach Italia!", an die sich eine heftige Polemik mit den grossdeutschen Freunden Oesterreichs anschloss.

Aus diesem ersten Schritt in den politischen und literarischen Kampf entstand der lebhafte Wunsch, mit Deutschland und den deutschen Vorgängen in stetiger Fühlung zu bleiben und dauernden Einfluss auf die deutsche öffentliche Meinung zu gewinnen. So entstanden im Herbst 1859 die „Demokratischen Studien", eine Zeitschrift, die Bamberger im Verein mit einigen Gesinnungsgenossen begründete und die in zwangloser Folge erscheinen sollte. Sie brachte es jedoch nur auf zwei Bände. An ihrer Stelle gründete Bambergers Freund Oppenheim, der inzwischen nach Berlin zurückgekehrt war, eine Monatsschrift „Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur", bei welchen Bamberger gleichfalls fleissig mitarbeitete. Das erste Heft wurde im September 1861 ausgegeben. Bamberger hatte dafür auf Oppenheims Veranlassung einen Aufsatz über die „Gold- und Silberfrage" geliefert, seine erste währungspolitische Studie, auf die wir später eingehend zurückkommen werden.

Durch die eifrige Mitarbeit an den deutschen Jahrbüchern wuchsen die Beziehungen zu Deutschland, namentlich zu Norddeutschland immer mehr. Aber an eine dauernde Rückkehr in die Heimat war damals noch nicht zu denken. Die hessische Regierung gestattete Bamberger im September 1862 auf eine

Eingabe seiner Mutter zwar einen vorübergehenden Aufenthalt in Mainz, aber nur unter der Bedingung, dass er sich während des dortigen Aufenthalts jeder politischen Thätigkeit enthalte. Bamberger lehnte es jedoch ab, von dieser Erlaubnis Gebrauch zu machen. Dagegen verbrachte er im Sommer 1863 einige Zeit in Baden-Baden, nachdem er sich vergewissert hatte, dass von der badischen Regierung nichts zu fürchten war. Von dort machte er eine förmliche Rundreise durch Deutschland bis nach Berlin. Bald darauf führte ihn eine geschäftliche Angelegenheit abermals für kurze Zeit nach der preussischen Hauptstadt. Die lebhafte politische und wirtschaftliche Bewegung jener Zeit, der preussische Verfassungskonflikt, die Freihandels- und Gewerbefreiheitsbestrebungen, ferner die Anknüpfung persönlicher Beziehungen zu den führenden liberalen Politikern verstärkten den Wunsch nach einer endgiltigen Rückkehr.

Aber noch war die Zeit dafür nicht gekommen.

In geschäftlicher Beziehung war Bamberger inzwischen zu den grössten Aufgaben herangereift. Damals, im Jahre 1864, nahm ihn vor allem die Gründung eines grossen Bankinstituts, der Banque des Pay-Bas, in Anspruch. Der Hauptsitz sollte Amsterdam sein, und die Bank sollte in gewisser Beziehung die Fortsetzung des früheren privaten Etablissements der Firma Bischoffsheim darstellen. Der Hauptzweck der Gründung war jedoch, vermittelst einer Sukkursale in Paris Fuss zu fassen, ohne von der französischen Genehmigung abhängig zu sein.

Der Gedanke war aus der Initiative von Bambergers Onkel Bischoffsheim hervorgegangen, aber die Hauptarbeit der Organisation fiel Bamberger zu.

Später verschmolz sich die Banque des Pays-Bas mit einem andern Institut, der bisherigen Banque de Paris; sie führte von nun an den Namen „Banque de Paris et des Pays-Bas", unter welchem sie noch heute als eine der ersten französischen Banken existiert.

Die Ereignisse des Jahres 1866, die Gründung des Norddeutschen Bundes und die Errichtung des Zollparlaments, gaben schliesslich den Anlass zur endgiltigen Rückkehr Bambergers nach Deutschland. Nicht nur, dass er jetzt die über ihn verhängten und noch zu Recht bestehenden Verurteilungen ohne

Gefahr ignorieren konnte, auch seine Vermögensverhältnisse hatten sich so günstig gestaltet, dass sie ihm erlaubten, seine ganze Thätigkeit seinen literarischen und politischen Neigungen zu widmen.

Von seiner Vaterstadt Mainz wurde Bamberger im Jahre 1868 ins Zollparlament und 1871 in den deutschen Reichstag gewählt; seit 1874 vertrat er den Wahlkreis Alzey-Bingen im Reichstag, und zwar ohne Unterbrechung bis zum Jahre 1893.

Das Mandat als Volksvertreter wurde die Grundlage seiner politischen und wirtschaftspolitischen Thätigkeit. Es gab ihm Gelegenheit zu fruchtbarer Mitarbeit an der Gesetzgebung des neuen Staatswesens, solange die Regierung und die Mehrheit des Reichstags mit seinen Ansichten in den wesentlichen Punkten übereinstimmten; später, als die schutzzöllnerische und agrarische Reaktion eintrat, war er im Reichstag stets auf dem Plan, um die Errungenschaften einer besseren Zeit zu verteidigen.

II.

Das deutsche Geldwesen zur Zeit der Reichsgründung.

Der Rahmen dieser Darstellung ist eng gespannt. Er umfasst nicht die ganze vielseitige Thätigkeit, welche Bamberger nach seiner Rückkehr in die Heimat in politischer und wirtschaftspolitischer Beziehung entfaltete. Seine Verdienste um die Herstellung und den Ausbau der deutschen Einheit und um eine Reihe der wichtigsten Grundgesetze des neuen Reiches, in welchen er als Mann in massvoller Weise vollenden half, was er als Jüngling in stürmischem Überschwang erstrebte, — das alles müssen wir hier beiseite lassen. Auch teilt er sich in diese Verdienste mit der ganzen grossen Anzahl von vortrefflichen Männern, welche damals das öffentliche Leben Deutschlands zierten und von denen ein jeder that, was in seinen Kräften stand. Auf dem Gebiet des Geld- und Bankwesens

jedoch hat Bamberger sich Verdienste ganz persönlicher Art erworben. Hier war er — wenigstens innerhalb des Reichstags — in allen wichtigen Punkten der leitende Geist, niemand von seinen parlamentarischen Freunden und Mitarbeitern konnte sich ihm an intimer Sachkenntnis und an organisatorischem Blick auf diesem Gebiet zur Seite stellen. Gelehrte Studien und eine reiche Erfahrung schlossen sich bei ihm auf diesem Feld zu einer reifen und abgeklärten Erkenntnis zusammen. Die jahrelange Wirksamkeit an der Spitze eines grossen Bankhauses, dessen Operationen einen grossen Teil der Welt umspannten, hatten ihn mit dem komplizierten Mechanismus des Geld- und Bankwesens völlig vertraut gemacht und ihn die Erfordernisse einer guten Geld- und Bankverfassung durch und durch erkennen lassen.

Zur Zeit, als Bamberger nach Deutschland zurückkehrte, waren die Bestrebungen zur Reform des deutschen Geldwesens bereits seit Jahren in Fluss, ohne dass ein greifbares Ergebnis erzielt worden wäre. Erst die politische Neugestaltung Deutschlands schuf den Boden, auf welchem eine gründliche Neugestaltung vorgenommen werden konnte und musste. Bei dieser Neuordnung hat Bamberger in einem solchen Umfang mitgewirkt, dass eine Schilderung seiner Verdienste gleichbedeutend mit einer Darstellung des gesammten Reformwerkes ist.

An nichts gewöhnen sich die Menschen leichter als an wirtschaftliche Errungenschaften. Je grösser eine wirtschaftliche Wohlthat ist, je mehr sie ihre Wirkungen auf alle Schichten der Bevölkerung erstreckt, desto mehr wird sie zur schlichten Selbstverständlichkeit; man spricht nicht von ihr, sondern nimmt sie hin, als ob das alles gar nicht anders sein könne und noch nie anders gewesen wäre. Der Zustand, in welchem sich das deutsche Geldwesen noch vor drei Jahrzehnten befand, muss den Leuten, die sich heute unsres guten Geldes als einer selbstverständlichen Wohlthat bedienen, immer erst wieder künstlich ins Gedächtnis zurückgerufen werden, wenn man sie zu einer richtigen Würdigung unsrer heutigen Verhältnisse veranlassen und ihnen zeigen will, welcher Arbeitskraft und welcher Schaffensfreude es bedurfte, die neue Ordnung an die Stelle der alten Verwirrung zu setzen.

Die Kleinstaaterei hatte auf dem Gebiet des Geld- und

Bankwesens eine Reihe schwerer Missstände erzeugt, die immer fühlbarer wurden, je mehr Deutschland durch den Zollverein sich zu einem wirtschaftlichen Ganzen zusammenschloss und je mehr der allgemeine Fortschritt ein geordnetes und bequemes Geldwesen verlangte.

Der am meisten auf der Oberfläche liegende Übelstand war die Vielheit der in den einzelnen Territorien geltenden Münzsysteme. Obwohl durch die deutschen Münzverträge von 1838 und 1857 wenigstens für das Gebiet des Zollvereins gewisse einheitliche Bestimmungen über das Münzwesen getroffen worden waren, und obwohl der Thaler und der Doppelthaler, die Hauptmünzen des wichtigsten der partikularen Münzsysteme, im ganzen Zollvereinsgebiet als Vereinsmünzen gesetzlichen Kurs hatten, machte sich doch die Verschiedenheit der deutschen Münzsysteme, deren man acht zählte, für den Verkehr sehr unangenehm fühlbar. Es kam hinzu, dass der thatsächliche Münzumlauf sich keineswegs auf Münzstücke der geltenden Systeme beschränkte, sondern dass neben diesen sich Münzen früherer Prägesysteme im Umlauf erhalten hatten, und dass auch zahlreiche fremde Sorten allgemein in Zahlung gegeben und genommen wurden.

Ein weiterer Mangel des deutschen Geldwesens war in seiner Währungsverfassung begründet. Abgesehen von dem Münzwesen der freien Stadt Bremen beruhten die sämtlichen deutschen Münzsysteme auf der Grundlage der Silberwährung. Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei einer Silberwährung ein ausreichender Goldumlauf nicht aufrecht erhalten werden kann. Goldmünzen als gesetzliches Zahlungsmittel, welche zu einem bestimmten Wert auch an Stelle des Silbergeldes in Zahlung genommen werden müssen, sind von vornherein ausgeschlossen, weil dann nicht mehr von einer Silberwährung, sondern nur von einer Doppelwährung die Rede sein könnte, und weil dann, wie es sich in Frankreich von 1850—1865 praktisch gezeigt hat, jede Verringerung des Goldwertes im Verhältnis zum Silberwert zu einer Verdrängung des Silbergeldes und zu einem thatsächlichen Goldumlauf führen müsste. Deshalb waren in den deutschen Staaten Goldmünzen nur als sogenannte Handelsmünzen zugelassen, zu deren Annahme an Stelle des silbernen Währungsgeldes niemand verpflichtet war. Seit dem

Wiener Münzvertrag von 1857 war die einzige Goldmünze, welche geprägt werden durfte, die Krone und die halbe Krone im Feingehalt von 10 bezw. 5 gr. Der Wert der Krone in den Landessilberwährungen wurde nicht fixiert, sondern sollte ganz und gar dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen bleiben. Auch das Recht der Münzvereinsstaaten, für die Annahme der Kronen an ihren öffentlichen Kassen einen bestimmten Kurs festzusetzen, wurde erheblich eingeschränkt. Die Folge dieser Bestimmungen war, dass die Goldkrone sich im deutschen Verkehr nicht einbürgern konnte. Von dem geringen Betrag, der bis 1871 ausgeprägt worden ist, wurde der grösste Teil eingeschmolzen und exportiert. Auch von der früheren Landesgoldmünze, wie Friedrichsdor und Dukaten, waren nur kleine Mengen im Umlauf.

Der in dem Wesen der Silberwährung begründete Mangel an einer ausreichenden und geordneten Goldzirkulation führte zu einer übermässigen Ausgabe papierner Geldzeichen, und dieser Missstand wurde noch besonders begünstigt durch die staatliche Zersplitterung Deutschlands.

Da nur wenig Goldgeld vorhanden, Silber jedoch bereits für verhältnismässig kleine Zahlungen zu schwer und unbequem war, fand sich das Publikum geneigt, alle möglichen Arten von Papiergeld anzunehmen. Die einzelnen Staaten, welche in Bezug auf die Papiergeld- und Bankgesetzgebung vollständig souverän waren, machten sich diesen Umstand zu nutze. Die kleinen und mittleren Staaten, die ihr „Münzregal" in früheren Zeiten durch Münzverschlechterungen ausgebeutet hatten, fanden, seit einem solchen Gebahren durch die Münzverträge ein Riegel vorgeschoben war, ihren Vorteil in der übermässigen Ausgabe von Staatspapiergeld, welches nicht nur für den Umlauf in dem eignen beschränkten Territorium, sondern auch für das Gebiet der angrenzenden grösseren Staaten berechnet war. Dieselben Ursachen führten zu einer starken Ausdehnung des nicht durch Bargeld gedeckten Notenumlaufs. Die kleineren Staaten machten von ihrem Recht, Zettelbanken zu konzessionieren, einen ausgiebigen Gebrauch, weil sie von solchen Banken sowohl kommerzielle Vorteile für ihr Gebiet als auch fiskalische Gewinne erwarteten. Natürlich versuchten diese kleinen Notenbanken, die sich gegenseitig lebhafte Konkurrenz machten, alles, um möglichst viel von

ihren Noten in Umlauf zu bringen und im Verkehr zu erhalten. So kam es, dass Deutschland um die Wende der sechziger und siebenziger Jahre des 19. Jahrhunderts einen Papierumlauf hatte, der sowohl im Verhältnis zum Metallumlauf als auch im Verhältnis zur Bevölkerung die Papierzirkulation der wichtigsten fremden Staaten weit übertraf.

Dieser Übelstand wurde noch vermehrt durch die schlechte Beschaffenheit des Papierumlaufs. Ein Teil des Staatspapiergeldes und der Banknoten war von zweifelhafter Sicherheit. Für das Staatspapiergeld war nirgends ein Einlösungsfonds vorhanden, und die Bestimmungen über die Einlösbarkeit waren teilweise unzureichend. Hinsichtlich der Noten fehlte es an einheitlichen und zweckmässigen Deckungsvorschriften, wie überhaupt an den notwendigen Bestimmungen über den Geschäftskreis und den Geschäftsbetrieb der Zettelbanken. Ein grosser Teil sowohl des staatlichen Papiergeldes als auch der Banknoten lautete auf ganz kleine Beträge bis herab zu 1 Thaler; die Einlösung solcher Zettel war, weil sie die Versendung zum Ausgabeort nicht lohnten, praktisch meist unmöglich. Am schlimmsten fühlbar machte sich der Umlauf von papiernen Geldzeichen, deren Annahme der Privatmann oft nur schwer verweigern konnte, während sie an den öffentlichen Kassen überhaupt nicht und im freien Verkehr meist nur unter Schwierigkeiten und unter Abzug eines Agios angenommen wurden.

Alle diese Missstände waren eines aufblühenden Gemeinwesens unwürdig, sie stellten schwere Belästigungen des Geldverkehrs dar, und waren in mancher Beziehung eine direkte Bedrohung der Sicherheit des deutschen Geld- und Kreditwesens.

Eine gründliche Reform war hier dringend geboten; sie musste vorgenommen werden, sobald die politischen Verhältnisse eine durchgreifende Neuordnung gestatteten.

Bereits die Verfassung des Norddeutschen Bundes bestimmte in Artikel IV, dass die Ordnung des Münzwesens, der Papiergeldausgabe und des Bankwesens der Bundesgesetzgebung unterstehen solle, und diese Bestimmung wurde in die Reichsverfassung mit hinüber genommen.

Die Ziele der durch diese Vorschrift ermöglichten Reform ergeben sich von selbst aus den geschilderten Übelständen. Sie waren: Münzeinheit für ganz Deutschland, Schaffung eines aus-

reichenden Geldumlaufs, Ordnung der Papiergeldausgabe und einheitliche Bestimmungen über die Notenbanken. —

Für diese Reform kamen indes nicht nur diejenigen Gesichtspunkte in Betracht, welche sich aus dem Zustande des deutschen Geldumlaufs ergaben, sondern daneben auch Gesichtspunkte, welche in den internationalen Geldverhältnissen und ihrer Entwicklungstendenzen begründet waren.

Die internationale Geldverfassung war, als die Fragen der Geldreform für Deutschland brennend wurden, in einer lebhaften Umbildung begriffen. In wichtigen Nachbarstaaten wurden Änderungen im Geldwesen eifrig diskutiert. Bei der Ausdehnung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, welche das gegenseitige Interesse der einzelnen Länder an ihrer Geldverfassung beträchtlich erhöht hat, konnte Deutschland nicht umhin, bei seiner Geldreform auch die Vorgänge in den andern Kulturländern zu berücksichtigen.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwog in den Ländern des europäischen Kontinents der Silberumlauf ganz beträchtlich, nicht nur in denjenigen Gebieten, welche, wie Deutschland, gesetzlich eine Silberwährung hatten, sondern auch dort, wo — wie in Frankreich — eine gesetzliche Doppelwährung bestand. Nur England und Portugal hatten Goldwährung. Solange die Goldproduktion verhältnismässig gering war, konnte man ernsthaft an eine Änderung dieses Zustandes nicht denken, so sehr auch der allgemeine wirtschaftliche Fortschritt der Länder mit überwiegendem Silberumlauf eine vermehrte Goldzirkulation als wünschenswert erscheinen liess.

Um die Mitte des Jahrhunderts bewirkten die grossen Goldfunde in Kalifornien und Australien einen vollständigen Umschwung. In den zwei Jahrzehnten nach 1850 wurde nicht unerheblich mehr Gold zu Tage gefördert, als in den zwei Jahrhunderten vor 1850.

Gleichzeitig mit diesem beträchtlichen Neuangebot von Gold trat eine erhebliche Steigerung der Nachfrage nach Silber zur Versendung nach Ostasien ein. Der Bedarf war teilweise verursacht durch indische Silberanleihen, die für Eisenbahnbauten zur Bekämpfung der häufig wiederkehrenden Hungersnot und zur Unterdrückung des grossen Aufstandes von 1857 aufgenommen

wurden; teilweise war der Grund der erhöhten indischen Silbernachfrage in dem Zunehmen der indischen Ausfuhr zu suchen, namentlich in der Zeit des amerikanischen Bürgerkriegs und der Baumwollennot.

Der gewaltig anwachsende Goldzufluss in Verbindung mit der steigenden Nachfrage nach Silber bewirkte, dass auf dem europäischen Kontinent der Silberumlauf in weitem Umfang durch Gold verdrängt und ersetzt wurde. Namentlich boten die Länder der französischen Doppelwährung dem Gold eine bereitwillige Aufnahme. Der Wert des Goldes sank unter das dem Doppelwährungssystem zu Grunde gelegte Wertverhältnis von Gold und Silber; es wurde dadurch lohnend, Gold im Austausch gegen Silber nach Frankreich einzuführen und ausprägen zu lassen. Binnen kurzer Zeit war an die Stelle des überwiegenden Silberumlaufs ein überwiegender Goldumlauf getreten.

Obwohl der Verkehr das neue Geld bereitwillig aufnahm, fehlte es nicht an Leuten, welche diese Entwicklung nur mit starken Bedenken ansahen. Michel Chevalier, einer der angesehensten französischen Nationalökonomen, stellte damals eine beträchtliche Entwertung des Goldes als notwendige Folge der starken Produktionsvermehrung in Aussicht. Nur wenige erkannten bereits damals, dass die vermehrte Produktion von Gold als des tauglicheren und bequemeren Geldstoffes in erster Reihe zu einer Ausdehnung des Gebrauches von Gold als Umlaufsmittel führen und dadurch den Einfluss der vermehrten Goldgewinnung auf den Goldwert und das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber aufheben oder mindestens stark einschränken müsse, und zu diesen wenigen gehörte, wie aus seinem Aufsatz von 1861 über „Die Gold- und Silberfrage“ hervorgeht, Ludwig Bamberger.

Wenn die gesteigerte Goldproduktion die im volkswirtschaftlichen Interesse wünschenswerte Ausdehnung des Gebrauches von Goldgeld ermöglichte und damit Änderungen der Münzgesetzgebung nahelegte, so übte sie darüber hinaus auf die Münzverfassung der Doppelwährungsländer eine Wirkung aus, die gesetzgeberische Massregeln unbedingt notwendig machten. Das Ziel der Münzgesetzgebung in den Kulturländern war seit langer Zeit, einen gleichzeitigen Umlauf von Gold und Silber zu gewährleisten. Die Doppelwährung kann dieser Forderung

nur entsprechen, solange das thatsächliche Wertverhältnis zwischen Gold und Silber dem gesetzlichen Wertverhältnis entspricht.

Nun hat freilich die französische Doppelwährung, indem sie dem neuen Gold freien Eingang in die französische Zirkulation gewährte, und indem sie andrerseits das stark begehrte Silber in grossen Mengen abgab, sicher wesentlich dazu beigetragen, den Wertrückgang des Goldes im Verhältnis zum Silber abzuschwächen und einzudämmen; aber aus dem starken Silberabfluss entstanden bald grosse Unzuträglichkeiten. Der für den mittleren und kleinen Verkehr unentbehrliche Silberumlauf schrumpfte immer mehr zusammen, Silbergeld bedang ein Aufgeld, und man war genötigt auf Mittel und Wege zu sinnen, um neben dem für grössere Zahlungen bequemen Gold einen ausreichenden Silberumlauf zu erhalten. Nachdem das Doppelwährungssystem in dieser Richtung versagt hatte, blieb nichts übrig, als mindestens die kleineren Silbermünzen unter ihrem Wert auszuprägen, um dadurch ihre Einschmelzung unrentabel zu machen. Die Schweiz und Italien gingen zuerst in dieser Richtung vor. Auf Anregung Belgiens liess dann Frankreich im Jahre 1865 Einladungen an die Länder des Frankensystems zu einer Münzkonferenz ergehen, um die gestörte Gleichmässigkeit der Silberausmünzung wiederherzustellen. Im Dezember 1865 wurde zwischen Frankreich, Belgien, der Schweiz und Italien die sogenannte „lateinische Münzkonvention" abgeschlossen. Dieser Vertrag bestimmte, dass die Silbermünzen vom Zweifrankenstück abwärts als unterwertige Scheidemünzen ausgeprägt werden sollten. Das war eine erhebliche Modifikation, aber noch keine Aufhebung des bimetallistischen Systems. Das silberne Fünffrankenstück blieb als vollwertiges und frei ausprägbares Kurantgeld neben den Goldmünzen bestehen, und mit ihm die Doppelwährung. Zwar waren auf der Münzkonferenz von 1865 Belgien, Italien und die Schweiz für den Übergang zur Goldwährung eingetreten, aber Frankreich hatte diesem Verlangen energischen Widerstand entgegengesetzt. Die Bank von Frankreich und die Pariser Haute Finance glaubten, ohne die Doppelwährung nicht auskommen zu können; namentlich das Haus Rothschild trat mit seinem ganzen mächtigen Anhang für das bimetallistische System ein, das in dem Nationalökonomen Wolowski einen geistreichen theoretischen Vertreter hatte,

während es die grosse Mehrheit der volkswirtschaftlichen Theoretiker damals schon auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen verurteilten und nicht an die Möglichkeit glaubten, dass sich ein dauernd festes Wertverhältnis zwischen Gold und Silber herstellen lasse.

Die Währungsfrage kam jedoch in den Ländern des lateinischen Münzvertrags durch die Entscheidung von 1865 keineswegs zur Ruhe.

Die französischen Staatsmänner, allen voran der Vizepräsident des Staatsrats de Parieu, verfolgten damals das grosse Ziel eines Weltmünzbundes auf Grundlage des französischen Münzsystems. Der lateinische Münzbund war nur als erster Schritt auf dieser Bahn gedacht, und die französische Regierung teilte den Vertrag sofort nach seinem Abschluss offiziell den europäischen Regierungen mit und forderte sie zum Beitritt auf. Die meisten Staaten jedoch trugen Bedenken, und das wichtigste dieser Bedenken war der Zweifel an der Richtigkeit des bimetallistischen Systems, auf welchem die lateinische Münzunion beruhte. So führten die von Frankreich eingeleiteten Verhandlungen über einen Weltmünzbund zu einem grossen internationalen Gedankenaustausch über die Währungsfrage.

Im Jahre 1867, zur Zeit der Pariser Weltausstellung, berief die französische Regierung eine internationale Münzkonferenz nach Paris, welche über die Grundlagen einer Weltmünzeinheit beraten sollte. Neunzehn europäische Länder und die Vereinigten Staaten von Amerika waren vertreten. Die Verhandlungen der Konferenz gestatteten die wichtigsten Einblicke in die Stellung der einzelnen Regierung zur Münzfrage.

Obwohl die Begeisterung für die Idee einer Weltmünzeinheit gross war, zeigte sich doch, dass praktisch wenig Aussichten auf die Verwirklichung dieses Gedankens vorhanden waren. Vor allem zeigte sich England sehr zurückhaltend, ebenso Holland und Preussen, obwohl die französische Regierung viel Wasser in ihren Wein goss und sich darauf beschränkte, statt eines einheitlichen Münzsystems die Annahme des goldnen Fünffrankenstückes als Grundlage für künftige Münzreformen vorzuschlagen.

Dagegen herrschte in Bezug auf die Währungsfrage fast völlige Einstimmigkeit. Die Frage, auf welcher Währungs-

grundlage die Weltmünzeinheit aufgebaut werden solle, wurde mit allen Stimmen gegen diejenige der Niederlande dahin entschieden, dass die Weltmünzeinheit weder auf Grundlage der Silberwährung noch der Doppelwährung, sondern nur auf Grundlage der reinen Goldwährung denkbar sei.

Dieser Beschluss zeigt, dass die auf der Konferenz vertretenen Nationen in der Goldwährung das Münzsystem der Zukunft erblickten, dass die bereits im Besitz der Goldwährung und einer Goldzirkulation befindlichen Staaten nicht daran dachten, diese preiszugeben, und dass die Staaten mit andern Währungssystemen die Goldwährung als das zu erstrebende Ziel ansahen. Diese Thatsache konnte ihre Bedeutung für die Münzreform Deutschlands auch dann nicht verlieren, als sich der Plan eines Weltmünzbundes als eine völlige Utopie herausstellte. Denn die Währungsgleichheit mit den wichtigsten Kulturnationen ist nicht ausschliesslich Mittel zum Zweck einer Münzgleichheit, sondern sie bedeutet die Erfüllung der wichtigsten durch die Münzgleichheit angestrebten Ziele.

Unter dem Eindruck der Ergebnisse der internationalen Münzkonferenz von 1867 machte in Frankreich die Bewegung zu gunsten der Goldwährung grosse Fortschritte. Noch im Frühjahr 1867, unmittelbar vor der Pariser internationalen Münzkonferenz, hatte sich eine von der französischen Regierung berufene Kommission mit 5 gegen 3 Stimmen für die Beibehaltung der Doppelwährung entschieden. Nach der internationalen Konferenz betrieb jedoch Parieu mit erneutem Eifer den Übergang zur Goldwährung. Im Jahre 1868 wurde eine neue Münzkommission eingesetzt, welche eine grosse Enquete veranstaltete. Insbesondere wurden die Handelskammern und die General-Steuereinnehmer befragt. Von 66 Handelskammern sprachen sich 45, von 91 Steuereinnehmern 69 für die Goldwährung aus, während die Bank von Frankreich in einem ausführlichen Gutachten auf ihrem bimetallistischen Standpunkt beharrte. Die Enquetekommission selbst empfahl schliesslich mit 17 von 23 Stimmen, auch die Fünffrankenthaler zu Scheidemünzen mit Zahlungskraft bis zu 100 Fr. zu degradieren und ihre Ausprägung zu beschränken oder ganz einzustellen.

Der doppelwährungsfreundliche Finanzminister Magne setzte jedoch die Berufung einer neuen Münzkommission durch. Auf

seinen Antrag wurde die Währungsfrage im November 1869 dem Conseil supérieur du Commerce, de l'Agriculture et de l'Industrie unterbreitet. Dieser oberste Rat veranstaltete gleichfalls eine umfassende Enquete. Die Verhandlungen kamen erst im Juli 1870 zum Abschluss, als der Krieg mit Deutschland bereits begonnen hatte. Die grosse Mehrheit stimmte für die Einführung der Goldwährung. Die Appellation des Finanzministers war also glänzend verworfen; er selbst war inzwischen aus seinem Amte ausgeschieden.

Zu einem praktischen Ergebnis konnte das Votum des Conseil supérieur nicht mehr führen, weil der Ausbruch des Krieges jeden Schritt unmöglich machte. Die französischen Kommissionen und Enqueten haben jedoch einen grossen geschichtlichen Wert, denn sie zeigen, dass Frankreich, das einzige grosse Land, welches noch um 1865 an der Doppelwährung festhielt, unmittelbar vor dem Krieg auf dem Punkt angekommen war, seine bimetallistische Geldverfassung durch Einstellung der freien Silberprägung in eine Goldwährung zu verwandeln. —

Wenn wir die gesammten monetären Vorgänge von 1850 bis 1870 ins Auge fassen, so finden wir, dass die starke Zunahme der Goldproduktion in Verbindung mit dem vermehrten Silberbedarf für Indien folgende Wirkungen erzeugte: Der Gebrauch von Goldgeld erfuhr in den Ländern der europäischen Kultur eine beträchtliche Zunahme. Das bimetallistische System Frankreichs erwies sich als untauglich, das Silber in den für den Kleinverkehr nötigen Mengen im Verkehr zu erhalten. Überall zeigten sich, trotz der anfänglichen Furcht der Theoretiker vor dem neuen Gold, in wachsender Stärke Bestrebungen, den überwiegenden Goldumlauf, wo er von selbst Boden gefasst hatte, durch die gesetzliche Einführung der Goldwährung dauernd festzuhalten, und ihn dort, wo er sich infolge der bestehenden Währungsverhältnisse nicht einbürgern konnte, durch Einführung der Goldwährung zu ermöglichen.

Mit diesen Erfahrungen und Thatsachen musste Deutschland rechnen. Wenn schon in Rücksicht auf den inneren Geldverkehr die Schaffung eines ausreichenden Goldumlaufs dringend geboten erschien, so wurde durch die Gestaltung der inter-

nationalen Währungsverhältnisse der Übergang zur Goldwährung geradezu zur gebieterischen Notwendigkeit.

Es war eine glückliche Fügung, welche Bamberger in Paris, das gewissermassen den Mittelpunkt der damaligen monetären Entwicklung darstellte, zum unmittelbaren Augenzeugen der interessanten und für die künftige Gestaltung des deutschen Geldwesens überaus bedeutsamen Umwälzung der internationalen Währungsverfassung werden liess. Die Grundzüge seiner währungspolitischen Überzeugung sind unmittelbar hervorgegangen aus den Beobachtungen, die sich ihm in seiner Stellung förmlich aufdrängen mussten. Er sah, mit welcher Leichtigkeit sich in Frankreich der Übergang von einem fast ausschliesslichen Silberumlauf zu dem überwiegenden Gebrauch von Goldgeld vollzog, wie der Verkehr mit Freuden das einströmende Gold aufnahm und das Silber preisgab; und er erkannte als die Ursache dieser Umwandlung die höhere Tauglichkeit des Goldes zu Geldzwecken, nicht nur hinsichtlich des internationalen Verkehrs, sondern auch im Lokalverkehr. Er erkannte frühzeitig, dass die kalifornischen und australischen Goldfunde der Volks- und Weltwirtschaft ein besseres Instrument für Zahlungsausgleichung lieferten, und dass die notwendige Folge die teilweise Verdrängung des für den grössten Teil der Zahlungsleistungen schon längst zu schweren und lästigen Silbers sein musste.

Diese Erkenntnis kommt bereits klar zum Ausdruck in jener ersten währungspolitischen Studie, die Bamberger im Jahre 1861 für die „Deutschen Jahrbücher" seines Freundes Oppenheim verfasste. In seinen „Erinnerungen" schreibt Bamberger selbst über diesen ersten Versuch auf dem ihm später so vertrauten Gebiet:

„Ich hatte bis dahin mich nicht schriftstellerisch mit der Sache beschäftigt, sondern nur sie zu meiner eignen Belehrung studiert. Von dem Währungsstreit, wie er sich seit den siebziger Jahren entwickelt hat, war auch noch gar nicht die Rede. An der Tagesordnung war vielmehr die Frage, ob nicht die seit dem Anfang der fünfziger Jahre so gewaltig vermehrte Goldproduktion Kaliforniens und Australiens den Preis dieses Metalles empfindlich herabdrücken und den des Silbers in die Höhe treiben würde, genau also das Gegenteil dessen, was

heutiges Tags zur Diskussion steht. Der berühmte französische Nationalökonom Michel Chevalier hatte damals die Welt mit der Furcht vor der Überschwemmung mit Gold alarmiert, und einzelne Regierungen haben sich von seiner Ansicht beeinflussen lassen.

„Ich war wegen meiner angegriffenen Gesundheit für einige Wochen nach Spa gegangen und benutzte meine Freiheit, um unter dem Titel ‚Die Gold und Silberfrage' den Gegenstand zu behandeln. Den Schwerpunkt der Arbeit verlegte ich in die Zurückweisung der Chevalierschen Ansicht, indem ich zeigte, dass der vermehrten Goldproduktion eine weit grössere, ins Unendliche ausdehnbare Verwendung zu Münzzwecken gegenüberstehe. Am Schluss der Abhandlung eröffnete ich die Perspektive auf eine Zeit, in welcher die Welt zur ausschliesslichen Goldwährung übergehen werde.

„Es sind in jenem ersten Versuch hie und da auch Stellen zu finden, die ich heute nach sechsunddreissigjähriger Beschäftigung mit der Frage nicht mehr unterschreiben dürfte. Aber im ganzen hat sich vollständig bewahrheitet, was mir damals das Richtige schien."

Jener Aufsatz ist ein Dokument dafür, wie richtig Bamberger von Anfang an die Tragweite erkannte, welche die damalige grosse Verschiebung in der Edelmetallproduktion für die Währungsverfassung der Kulturwelt hatte. Daraus ergab sich nun mit Notwendigkeit die Erkenntnis, dass Deutschland Massregeln zur Herstellung eines Goldumlaufs ergreifen müsse.

Was die gesetzliche Form für die Schaffung und Erhaltung eines ausreichenden Goldumlaufs in Deutschland anlangt, so hatte Bamberger durch die Beobachtung der französischen Verhältnisse gelernt, dass die Doppelwährung die Erreichung dieses Zieles nicht gewährleiste. Bis zum Beginn der fünfziger Jahre hatte Frankreich trotz der gesetzlichen Doppelwährung einen fast ausschliesslichen Silberumlauf. Der verhältnismässig geringe Rückgang des Goldwertes unter die gesetzliche Wertrelation genügte, um das Silber so sehr aus dem Verkehr zu treiben, dass zur Erhaltung des unentbehrlichen Quantums von Silbergeld wesentliche Beschränkungen des bimetallistischen Systems notwendig wurden. Der überwiegende Goldumlauf, welcher für den Augenblick den An-

sprüchen des gesteigerten und verfeinerten Verkehrs genügte, war keineswegs gesichert: ein geringes Steigen des Goldwertes über die gesetzliche Relation musste ebenso zu einem Abfluss von Gold und zum Einströmen von Silber führen, wie die kalifornischen Goldfunde das Gold an Stelle des Silbers gesetzt hatten. Die reine Goldwährung ergab sich mithin aus den französischen Erfahrungen als das einzige System, welches einen überwiegenden Goldumlauf bei einem für die Bedürfnisse des kleinen Verkehrs genügenden Silberumlauf zu sichern vermochte.

Wenn so die Beobachtung der monetären Vorgänge in Frankreich geeignet war, Klarheit über die wichtigsten Ziele der deutschen Geldreform zu schaffen, so waren die Pariser Erfahrungen für Bamberger nicht minder nützlich hinsichtlich der Mittel und Wege, auf welchen eine solche Reform am sichersten durchzuführen war. Die praktische Thätigkeit im Edelmetallhandel und im gesamten internationalen Zahlungsverkehr mussten ihn in besonderem Masse befähigen, an der Durchführung der geplanten Reform mitzuarbeiten. Vor allem mussten ihn diese Erfahrungen vor gewissen theoretischen Einseitigkeiten bewahren, wie sie sich damals besonders auf dem Gebiet des Papiergeldwesens und der Notenbanken bemerkbar machten. Bamberger war einer der ersten, welche die volkswirtschaftlich wichtigsten Funktionen der Notenbanken vollauf erkannten, die deshalb weder der Forderung radikaler Theoretiker auf gänzliche Beseitigung metallisch nicht gedeckter Papiergeldzeichen noch auch der nicht weniger radikalen Forderung der Notenfreiheit beitreten konnten. Die Misswirtschaft einer Anzahl kleinerer Notenbanken hatte damals schon die Forderung der Notenfreiheit unpopulär gemacht und eine Missstimmung gegen die Banknoten überhaupt erzeugt, welche am radikalsten bei den Gegnern aller metallisch nicht gedeckten papiernen Geldzeichen zum Ausdruck kam, in gemilderter Form bei den Anhängern einer Beschränkung der Notenausgabe nach Art der englischen Bankakte. Bamberger wollte im Gegensatz zu dieser damals übermächtigen Richtung eine in ihrer Bewegungsfreiheit möglichst wenig gehinderte Zentralbank, der die Aufgabe der planmässigen Überwachung und Regulierung sowohl des inneren Geldverkehrs als auch die Sicherung der Währung nach aussen obliegen sollte; in einer deutschen Reichsbank sah er von vornherein das wich-

tigste Instrument zur zweckmässigen Durchführung der Geldreform und zur Erhaltung der neu zu begründenden Geldverfassung.

III.

Die Reformbewegung in Deutschland.

Als Bamberger im Jahre 1867 zu dauerndem Aufenthalt nach Deutschland zurückkehrte, war dort bereits eine lebhafte Bewegung zur Reform des deutschen Geldwesens im Gang.

Der Wunsch nach einer deutschen Münzeinheit war nahezu ebenso alt, wie die deutsche Münzzersplitterung. Der deutsche Münzverein von 1838 war aus diesem Wunsch hervorgegangen, aber er befriedigte die Forderung nach einem einheitlichen Münzwesen so wenig, dass auch nach seiner Erneuerung und Erweiterung im Jahre 1857 die Bewegung zu gunsten einer völligen Münzeinheit keinen Augenblick zum Stillstand kam.

Infolge der internationalen Entwicklung der Währungsverhältnisse, welche durch die kalifornischen und australischen Goldfunde hervorgerufen wurde, kam zu der Forderung der deutschen Münzeinheit die Agitation zu gunsten einer internationalen Münzeinigung und der Goldwährung hinzu.

Die münztechnischen Vorzüge der Goldwährung waren in Deutschland schon in den dreissiger Jahren des 19. Jahrhunderts erkannt und hervorgehoben worden von dem verdienstvollen Nationalökonomen J. G. Hoffmann. Aber damals war ein Übergang zur Goldwährung in Anbetracht der Verhältnisse der Edelmetallproduktion kaum möglich. In den fünfziger Jahren richtete die gewaltige Steigerung der Goldproduktion, wie in Frankreich, so auch in Deutschland eine grosse Verwirrung in den Köpfen der Theoretiker an, und man erwartete eine starke Entwertung des Goldes. Als sich diese Erwartung nicht bestätigte und als die Vorzüge eines Goldumlaufes immer mehr erkannt und gewürdigt wurden, gelangte der zuerst von Adolf Soetbeer ausgesprochene Gedanke, dass die vermehrte Goldproduktion

nicht zu einer Goldentwertung sondern zu einer Ausdehnung der Goldwährung führen müsse, allmählich zum Sieg. Die namhaftesten deutschen Nationalökonomen traten auf die Seite Soetbeers, und der Kreis der gelehrten Gegner der Goldwährung, welche sich namentlich auf die Wolowskische Theorie stützten, schrumpfte mehr und mehr zusammen.

In den Kreisen des praktischen Erwerbslebens wurde zwar die Herstellung eines ausreichenden Goldumlaufs allgemein als höchst wünschenswert anerkannt, aber es herrschte lange beträchtliche Unklarheit über den zu diesem Ziel führenden Weg. Adolf Soetbeer, damals Sekretär der Hamburger Handelskammer, später Professor der Volkswirtschaftslehre in Göttingen, hat sich um die Aufklärung der öffentlichen Meinung in jener Zeit die grössten Verdienste erworben. Immer wieder behandelte er die schwierige Frage in Zeitungen und Zeitschriften und vor allem als Referent auf zahlreichen Versammlungen des deutschen Handelstags und des Kongresses deutscher Volkswirte.

Bis zum Jahre 1864 stand auf dieser Versammlung ausschliesslich die Frage der deutschen Münzeinheit im Vordergrund. Man hielt die deutsche Münzeinigung für ein so dringendes Bedürfnis, dass man ihre Lösung nicht durch die Verkettung mit der Währungsfrage erschweren wollte. Im Jahre 1864 ergriff der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstags auf Soetbeers Veranlassung die Initiative zu einer gründlicheren Behandlung der Währungsfrage, indem er die Handelskammern aufforderte, zur Goldwährung Stellung zu nehmen. Aus den damals abgegebenen Gutachten ergibt sich, dass die Notwendigkeit eines ausgedehnten Goldumlaufs allgemein anerkannt wurde, dass aber über die Art und Weise, wie ein Goldumlauf in das deutsche Münzwesen eingefügt werden sollte, noch grosse Unklarheit und Meinungsverschiedenheit herrschte. Der dritte Handelstag, welcher im Jahre 1865 in Frankfurt stattfand, verlangte vor allen Dingen die Herstellung eines einheitlichen deutschen Münzwesens mit der Mark = $^1/_3$ Thaler als Rechnungseinheit. Daneben schlug er die Prägung einer deutschen Goldmünze im Feingehalt des französischen 20 Fr.-Stückes vor, welcher durch die deutschen Regierungen Kassenkurs verliehen werden sollte.

Der Abschluss der lateinischen Münzunion und die inter-

nationale Münzkonferenz von 1867 gaben der Idee einer internationalen Münzeinigung eine neue Flugkraft. Im Jahre 1867 erklärte der volkswirtschaftliche Kongress den Anschluss an das Frankensystem und den Übergang zur Goldwährung für wünschenswert; im Jahre 1868 schloss sich der Handelstag dieser Erklärung an. Im Juni 1868 beschloss der Norddeutsche Reichstag eine Resolution, welche ein Münzsystem verlangte, das „möglichst viel Garantien einer Erweiterung zu einem allgemeinen Münzsystem aller zivilisierten Staaten biete", und ein Jahr später wurde ein gleichlautender Antrag im Zollparlament angenommen.

Im Gegensatz zu diesen Beschlüssen, welche die öffentliche Meinung wiederspiegelten, verhielt sich die deutsche Regierung sehr zurückhaltend. Bei den Verhandlungen über den Abschluss des Wiener Münzvertrags, der im Jahre 1857 zu stande kam, hatte Österreich den Übergang zur Goldwährung vorgeschlagen, aber die preussische Regierung hatte sich diesem Antrag aufs äusserste widersetzt.

Als in der Folgezeit die Furcht vor einer Goldentwertung sich als grundlos erwies, und als das Goldgeld überall immer mehr Boden gewann, wurde auch bei den deutschen Regierungen die Stimmung für das Gold etwas freundlicher. Aber es dauerte noch lange, bis der Übergang zur Goldwährung ernsthaft in Betracht gezogen wurde.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes, welche das in der staatlichen Zersplitterung liegende Hindernis für eine durchgreifende Münzreform wenigstens hinsichtlich des Gebietes nördlich der Mainlinie beseitigte, liess die Münzfrage wieder brennender erscheinen. Die Pariser internationale Münzkonferenz von 1867 wirkte nach derselben Richtung. Aber gerade auf dieser Konferenz zeigte sich, wie wenig Klarheit innerhalb der deutschen Regierungen über die vorzunehmende Münzreform bestand. Der Delegierte Preussens, Geheimrat Meinecke, gab zwar mit der grossen Mehrheit sein Votum dahin ab, dass eine Weltmünzeinheit nur auf Grund der Goldwährung denkbar sei; aber gleichzeitig erklärte er, in Preussen sei man bisher mit der Silberwährung zufrieden und man habe keinen zwingenden Grund zum Währungswechsel; indessen werde die preussische Regierung die Frage in Betracht ziehen. Bezüglich des Über-

gangs von der Silberwährung zur Goldwährung und bezüglich des Anschlusses an ein internationales Münzsystem musste er sich alles vorbehalten.

Als Bamberger im Jahre 1867 zu vorübergehendem Aufenthalt nach Berlin kam, trat er bei Otto Michaëlis, der kurz vorher vortragender Rat für Finanzangelegenheiten im Bundeskanzleramt geworden war, mit Lebhaftigkeit für den Übergang zur Goldwährung ein. Aber Michaëlis war damals noch keineswegs von der Notwendigkeit und Nützlichkeit eines solchen Schrittes überzeugt. Noch im Jahre 1868 vertrat er in einer Sitzung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin die Wolowskische Doppelwährungsdoktrin, welcher auch Prince-Smith, der damalige Führer der Freihandelslehre in Deutschland, huldigte. Am meisten Verständnis für die notwendige Reform hatte der Präsident des Bundeskanzleramtes Dr. Rudolf Delbrück, während sowohl der preussische Finanzminister Camphausen als auch der Präsident der Preussischen Bank von Dechend eine gewisse Anhänglichkeit an die Silberthaler zeigten und auch späterhin bewahrten.

Die Bewegung zu gunsten einer internationalen Münzeinigung trug in jener Zeit wesentlich zur Verschleppung der deutschen Münzreform bei. Die Stellungnahme zu dieser Forderung war für die preussische Regierung dadurch sehr erschwert, dass sie dieselbe als theoretisch richtig anerkannte, während zahlreiche praktische Bedenken gegen die Verknüpfung des eigenen Geldwesens mit demjenigen fremder Länder sprachen.

Es kam hinzu, dass für Deutschland eine Münzreform undenkbar war ohne gleichzeitige Reform des Papiergeldes und der Notenbanken. Auch diese Gebiete wurden durch die Verfassung des Nordd. Bundes der Bundesgesetzgebung unterstellt, aber die Lösung der hier in Betracht kommenden Fragen bot so viele Schwierigkeiten, dass die Bundesgesetzgebung von ihrer Kompetenz nur soweit Gebrauch machte, als es notwendig war, um eine weitere Ausdehnung der vorhandenen Übelstände zu verhindern. Das sogenannte Banknoten-Sperrgesetz vom 27. März 1870 machte die Gründung neuer Notenbanken und die Erweiterung bestehender Notenrechte von der Bundesgesetzgebung abhängig. Es sollte ursprünglich nur bis 1. Juli 1871 gelten, musste aber in der Folgezeit mehrfach verlängert werden, da

sich die definitive Bankreform wider Erwarten lange verzögerte. Ein ähnliches Bundesgesetz beschränkte das Staatspapiergeld auf den status quo; das Gesetz vom 16. Juni 1870 untersagte den Einzelstaaten die Vermehrung ihres Papiergeldes ohne die Zustimmung des Bundes. Das war alles, was auf diesem Feld vor der Gründung des Reichs zu stande kam.

Die Schwierigkeiten der gesamten Reform wurden ferner gesteigert dadurch, dass eine auf den Norddeutschen Bund beschränkte Neuordnung den heftigsten Widerspruch gefunden hätte, während anderseits der Einbeziehung der süddeutschen Staaten damals noch grosse politische und staatsrechtliche Hindernisse entgegenstanden.

Das alles, in Verbindung mit der gewaltigen Arbeitslast, die in jenen Jahren von der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes zu bewältigen war, lässt es erklärlich erscheinen, dass erst im Jahre 1870 seitens der Bundesregierung ein Schritt in der Frage der Geldreform gethan wurde. Delbrück setzte durch, dass man — bei aller Anerkennung des inneren Zusammenhangs — vorläufig von der Reform des Papiergeldes und der Banknoten absah und zunächst an die Münzfrage herantrat. Der Bundesrat beschloss, eine Enquete über die bei der Ordnung des Münzwesens in Betracht kommenden Verhältnisse zu veranstalten.

Es war ursprünglich beabsichtigt, die Enquete auf die Staaten des Norddeutschen Bundes zu beschränken. Damals, im Frühjahr 1870, fand Bamberger zum ersten mal Gelegenheit, in einer deutschen gesetzgebenden Körperschaft für eine rationelle Münzreform einzutreten. Er stellte im Zollparlament den Antrag, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Münzreform als eine gemeinsame Angelegenheit des Zollvereins zu behandeln und namentlich dafür zu sorgen, dass bei der geplanten Enquete über die Münzreform auch die süddeutschen Staaten beigezogen würden.

Er begründete diese Forderung einer ganz Deutschland umfassenden Münzreform gegenüber den partikularistischen Gegnern dieses Gedankens in einer glänzenden Rede, in welcher er vor allem darauf drängte, dass man den Gesichtspunkt der internationalen Münzeinigung bei der deutschen Reform aus dem Spiel lassen solle. „Wer zuviel umfassen will," sagte er, „der

packt gar nichts. Aus diesem Grunde würden wir heute unsre Aufgabe ad calendas graecas verschieben, wenn wir unsern Beschluss auf eine Weltmünze richten wollten." Die internationale Lösung habe im Lauf der seit der Pariser Konferenz von 1867 verflossenen drei Jahre entschieden an Boden verloren; namentlich die auf England und Amerika gesetzten Hoffnungen hätten sich nicht erfüllt, und Deutschland könne vorläufig nichts Besseres thun, als ein einheitliches deutsches Münzsystem schaffen, das so geordnet sei, dass es in seinen Hauptgrundlagen in Beziehung stehe zu den Münzsystemen der anderen Länder.

Der Antrag Bambergers wurde mit grosser Mehrheit angenommen; aber praktische Folgen hatte er nicht, sondern er wurde durch die allgemeine Entwicklung der Dinge überholt. Die Fragebogen für die Enquete waren ausgearbeitet und lagen gerade zur Versendung bereit, als der Krieg mit Frankreich ausbrach, der in seinem Verlauf und in seinen Folgen die Bedingungen für eine deutsche Geldreform wesentlich veränderte.

Bamberger wurde damals von Bismarck aufgefordert, mit ihm nach dem Hauptquartier zu reisen, um die Verbindung mit der deutschen Presse zu unterhalten. Der glückliche Ausgang des Krieges stand nach wenigen Wochen fest, und mit ihm als wichtigster Siegespreis die Einigung Deutschlands. Damit erschloss sich die Aussicht auf eine grossartige gesetzgeberische Thätigkeit. Für Bamberger stand vor allem fest, dass jetzt bei der Münzfrage alle kleinlichen Bedenken zurücktreten und die Reform nach grossen Gesichtspunkten vorgenommen werden müsse. Bei der durch die Siege der deutschen Waffen und die Aussichten auf ein geeintes Deutsches Reich erzeugten Begeisterung und Schaffensfreude war die Zeit des Stückwerks auch auf dem Gebiet des Geldwesens vorbei, und Bamberger fühlte mehr als irgend einer, dass jetzt die Zeit gekommen sei, um auch hier ganze Arbeit zu thun. Im September 1870 weilte er in Hagenau, das bis zur Einnahme von Strassburg der Sitz der deutschen Regierung im Elsass war, um dort die „Amtlichen Anzeigen für das Gouvernement Elsass" herauszugeben. Dort traf er zufällig mit Delbrück, dem Präsidenten des Bundeskanzleramtes zusammen, welcher auf der Reise zum Hauptquartier begriffen war, um mit Bismarck die ersten Schritte zur Begründung des Reiches zu beraten. Man begrüsste sich voller

Freude über das bereits Errungene und das zu Erwartende, und Bamberger sagte: „Nun machen wir auch die Goldwährung.“ Delbrück stimmte freudig bei. Bamberger hat später gelegentlich über diesen Gedankenaustausch bemerkt: „Nicht als hätten wir damals an die Mittel gedacht, welche die zu jener Zeit noch ungeahnte Höhe der Kriegsentschädigung zur Erleichterung dieser Massregel gewähren sollte, sondern einfach darum, weil wir uns bewusst waren, dass es jetzt an ein grosses Schaffen gehen werde, und dass dies vor allem eine rationelle Ordnung des deutschen Geldwesens herzustellen habe.“

Dieser Eindruck war allgemein, und er wurde durch die Kriegsentschädigung, die Frankreich nach dem Frankfurter Frieden an das Deutsche Reich zu zahlen hatte, noch verstärkt. Die Frage, welche den gegenüber der Goldwährung bedenklichen Leuten bisher am meisten zu schaffen gemacht hatte, nämlich woher man das zur Goldwährung notwendige Gold nehmen solle, erschien durch die Frankreich auferlegte Kontribution als gelöst. Denn soweit die Kontribution nicht in Gold gezahlt wurde, brachte sie wenigstens Mittel, welche zum Ankauf von Prägegold auf ausländischen Märkten verwendet werden konnten.

Auch in anderer Beziehung hatte der Krieg die Meinungen über die Hauptziele der deutschen Münzreform wesentlich geklärt. Er liess das Verlangen nach einer Weltmünzeinheit auf Grundlage des französischen Systems als eine Utopie erscheinen, auf deren Verwirklichung man nicht warten dürfte. Vor allem aber räumte die Gründung des Reichs das letzte Hindernis hinweg, welches einer einheitlichen Münzgesetzgebung entgegenstand, indem die Reichsverfassung die Ordnung des Münz-, Papiergeld- und Notenwesens der Reichsgesetzgebung unterstellte. Die öffentliche Meinung vereinigte sich immer mehr auf folgende von dem im August 1871 in Lübeck tagenden Volkswirtschaftlichen Kongress beschlossenen drei Forderungen: deutsche Münzeinheit auf Grund eines von der Thalerwährung abzuleitenden Münzsystems, dezimale Einteilung des Münzsystems und Goldwährung.

Die Reichsregierung erkannte, dass der Worte genug gewechselt waren, und entschloss sich erfreulicherweise zu raschem Handeln. Sie erklärte die vor dem Krieg beschlossene Enquete für überflüssig, da die Münzfrage durch die eingehende

öffentliche Erörterung hinreichend geklärt sei, und das Reichskanzleramt machte sich sofort an die Ausarbeitung eines vorläufigen Münzgesetzes. Michaëlis, dem diese Aufgabe zufiel, war inzwischen durch den Gang der Dinge von der Unrichtigkeit der Doppelwährungsdoktrin überzeugt und für die Goldwährung gewonnen worden.

IV.

Die Männer der Geldreform.

Die umfassenden und schwierigen Aufgaben der Geldreform eröffneten, als der erste deutsche Reichstag zusammentrat, für Bamberger ein weites Arbeitsfeld. Er gehörte damals dem Reichstag an als Abgeordneter für Mainz. Schon während des Zollparlaments hatte er sich durch seine politische Befähigung und durch seine glänzende Beredsamkeit eine führende Stellung in derjenigen Partei verschafft, mit deren politischen und wirtschaftlichen Ansichten die seinigen damals übereinstimmten, nämlich in der nationalliberalen. Auch bei den Gegnern genoss er grosses Ansehen, und seine Sachkenntnis auf dem Gebiet des Geld- und Bankwesens wurde damals allgemein anerkannt.

Seine thatkräftige Mitarbeit an der Geldreform war für das gesamte Werk von dem grössten Vorteil; denn die Verhältnisse innerhalb der Reichsregierung waren so geartet, dass die Stellungnahme der Volksvertretung für die Gestaltung der deutschen Geldverfassung von ganz besonderer Bedeutung war.

Fürst Bismarck kümmerte sich damals persönlich um wirtschaftspolitische Angelegenheiten überhaupt nicht, sondern überliess deren Leitung dem Präsidenten des Reichskanzleramtes Dr. Delbrück. Nun war Delbrück freilich ein Mann, der insbesondere in den Fragen der Geldreform sehr klar sah und durchaus die richtigen Prinzipien verfolgte. Seine Verdienste um die Gründung des Deutschen Reiches beweisen, wie sehr er von dem Gedanken der Reichseinheit durchdrungen und

partikularistischen Bestrebungen und Interessen abgeneigt war. Auf dem Gebiet des Münzwesens war er von allen massgebenden Personen der eifrigste Vertreter einer möglichst einheitlichen Ordnung; er befürwortete nicht nur die Uebernahme der Münzgesetzgebung sondern auch der gesamten das Münzwesen betreffenden Verwaltungsthätigkeit auf das Reich. Ebenso trat er mit Entschiedenheit dafür ein, dass man sofort mit dem Uebergang zur Goldwährung Ernst machen und die durch den glücklichen Ausgang des Krieges und die Kriegskostenentschädigung gebotene günstige Gelegenheit für die Durchführung des Währungswechsels nicht aus der Hand geben solle.

Otto Michaëlis stand ihm in diesen Punkten treu zur Seite. Aber der preussische Finanzminister Camphausen, der gleichfalls damals in hohem Masse das Vertrauen Bismarcks besass, war in wichtigen Punkten anderer Ansicht. Seine preussisch-partikularistischen und fiskalischen Neigungen drohten in der Folgezeit mehr als einmal dem Reformwerk verhängnisvoll zu werden. In der Währungsfrage war seine Haltung unsicher und unklar. Dabei besass er einen zähen Eigensinn, namentlich wenn es sich um preussisch-fiskalische Interessen handelte.

Delbrück war mit Camphausen persönlich eng befreundet, und es entsprach nicht seinem Wesen, einen Widerstand leidenschaftlich zu bekämpfen, sondern ihn durch Ruhe und Klugheit zu überwinden. In den Fragen der Geldreform war es bei dieser Sachlage von der grössten Wichtigkeit, dass Delbrück bei der Ueberwindung des Camphausenschen Widerstandes auf die Unterstützung durch den Reichstag rechnen konnte, auf dessen Haltung in diesen Fragen Bamberger einen massgebenden Einfluss hatte. Wir werden sehen, dass wichtige Teile des ganzen Reformwerkes — man kann ruhig sagen: das Beste an der ganzen Geldreform — dem Reichstag zu verdanken sind.

Bamberger erkannte voll und ganz die Bedeutung der ihm zufallenden Aufgabe und stellte alle seine Kräfte in den Dienst des grossen Werkes. Alles übrige ordnete er in jener Zeit seiner parlamentarischen Wirksamkeit unter. Zwar hatte er sich bei seiner definitiven Rückkehr nach Deutschland gänzlich von dem Pariser Geschäft zurückgezogen, aber er hatte seine geschäftliche Wirksamkeit auf deutschem Boden fruchtbar fortgesetzt. Er folgte der Aufforderung von Adalbert Delbrück,

dem Chef des Hauses Delbrück, Leo & Co., sich an der Bildung und Organisation einer zu gründenden Deutschen Bank zu beteiligen, welche das Gebiet des überseeischen Bankgeschäftes, das bisher ganz und gar in den Händen Englands war, für Deutschland aufschliessen sollte. Bamberger ging mit um so lebhafterem Interesse auf diesen Vorschlag ein, als er in dem Pariser Haus bereits in geschäftlicher Verbindung mit Brasilien, den La-Platastaaten und Ostasien gestanden hatte; die meisten dieser Geschäfte mussten über London geleitet werden, wohin die Kredite eröffnet und die Waren konsigniert wurden.

Im Jahre 1870 kam das Unternehmen zu stande, das sich in der Zwischenzeit zur ersten Stellung unter den deutschen Privatbanken emporgearbeitet hat.

Welche Freude Bamberger an diesem praktischen Schaffen empfand, geht daraus hervor, dass er in seinen „Erinnerungen" mit Bezug auf die Gründung der Banque de Paris et des Pays-Bas, die bereits erwähnt wurde, und der Deutschen Bank sich folgendermassen äussert:

„Auf solche Weise wenigstens habe ich die Genugthuung, auf dem Boden der Privatwirtschaft Dauerndes von Bedeutung mitgeschaffen zu haben, wie auf dem Boden des Staates durch meine Mitarbeit von der Begründung der Reichsbank, der Goldwährung und der Münzgesetzgebung."

Aber diese letztere Bethätigung auf wirtschaftspolitischem Gebiet stand ihm doch so viel höher, als die Arbeit auf dem Boden der Privatwirtschaft, dass er um selbst den Schein eines Konflikts zu vermeiden, die letztere für die erstere preisgab. Er schied bereits im Jahre 1872 aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Bank aus, weil er sich in einer Vorahnung der bevorstehenden Verdächtigungen jeder geschäftlichen Thätigkeit für seine parlamentarische Wirksamkeit in den grossen wirtschaftlichen Fragen von vornherein gegen jeden Angriff sichern wollte. Er zog sich nur ungern zurück, und zwar, wie er schreibt, „nicht des entgehenden pekuniären Vorteils wegen, sondern weil für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben der Gesetzgebung nichts so belehrend ist, als in engster Fühlung mit dem lebendigen Geschäftsgang zu stehen. Wessen Augen dafür praktisch und theoretisch geschult sind,

der lernt dabei täglich, und wer nicht in dieser Fühlung bleibt, wird an seinem Gesichtskreis eine Einbusse erleiden."

Freilich blieb Bamberger dadurch, dass er sich im Interesse der grossen Aufgabe, welcher er sich weihte, von jeder geschäftlichen Thätigkeit zurückzog, nicht davor bewahrt, dass ihm später von agrarischer und bimetallistischer Seite selbstsüchtige Beweggründe für seine wirtschaftspolitische Wirksamkeit untergeschoben worden sind; für jeden Unbefangenen aber hat er durch seine frühe Zurückziehung von allen Geschäften die Selbstlosigkeit seiner parlamentarischen Arbeit ausser jeden Zweifel gestellt. —

Von gegnerischer Seite ist oft versucht worden, Bambergers Mitarbeit an der deutschen Geldreform dadurch in ihrer Bedeutung herabzudrücken, dass man ihm Adolf Soetbeer gegenüberstellte. Ein Streit darüber, welchem von den beiden hochverdienten Männern das grössere Verdienst zukommt, ist jedoch gänzlich unfruchtbar und müssig. Beide haben für dieselbe Sache gearbeitet, aber auf verschiedenen, sich allerdings nahe berührenden Gebieten. Soetbeer war in erster Linie Gelehrter. Mit gründlichem Fleiss und ausdauernder Gewissenhaftigkeit hat er zuerst solide und zuverlässige Grundlagen für die Währungsstatistik geschaffen und sich durch seine wissenschaftlichen Arbeiten einen Weltruf erworben. Daneben war er ein überaus eifriger Publizist, und als solcher hat er von den fünfziger Jahren an in Deutschland den Boden für die Goldwährung vorbereitet. Auf diesem Gebiet berührte er sich mit Bamberger, aber der Schwerpunkt seiner Thätigkeit und seiner Leistungen lag durchaus auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Arbeit.

Gerade diejenigen Eigenschaften, welche Soetbeer mehr oder minder abgingen, die aber für die Erreichung praktischer Ziele am wichtigsten waren, besass Bamberger in hohem Grade: glänzende Beredsamkeit, praktisch-politischen Blick und grosse parlamentarische Gewandtheit. Während Soetbeers eigenstes Gebiet in der gründliche wissenschaftliche Forschung lag, war Bambergers Arbeitsfeld die praktische Mitwirkung an der Gesetzgebung. Beide Leistungen sind in vollkommener Weise unmöglich in einer Person zu vereinigen, die eine oder andere

würde unbedingt notleiden müssen. Aber eine ist so notwendig wie die andere, und somit ist die Notwendigkeit gegeben, dass mehrere Personen zusammenwirken und sich gegenseitig ergänzen. Dabei ist natürlich ein gelegentliches Übergreifen auf das andere Gebiet nicht ausgeschlossen. Wie Soetbeer in seiner publizistischen Thätigkeit die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung verwertete, um Propaganda für die von ihm als richtig erkannten praktischen Ziele zu machen, ebenso hat Bamberger sich nie darauf beschränkt, lediglich die Ergebnisse der gelehrten Forschung anderer in der gesetzgeberischen Praxis zu verwerten, sondern er hat selbst in zahlreichen Veröffentlichungen die Probleme, welche ihn politisch beschäftigten, wissenschaftlich verarbeitet. Aber während bei Soetbeer die gelehrten Arbeiten den Anstoss zum gelegentlichen Eingreifen in die praktische Wirtschaftspolitik gaben, war es bei Bamberger die praktische wirtschaftspolitische Bethätigung, welche ihn gelegentlich zur wissenschaftlichen Vertiefung und zu gelehrten Arbeiten veranlasste.

Als nach der Beendigung des Krieges mit Frankreich die Reichsregierung sich entschloss, die geplante Enquete über das Münzwesen zu unterlassen und die Münzfrage sofort gesetzgeberisch in Angriff zu nehmen, war die Angelegenheit auf dem Punkt angekommen, bei welchem Bamberger die Hauptarbeit zufiel.

V.

Die Münzreform-Gesetzgebung.

Man kann darüber streiten, ob es zweckmässig war, die Papiergeld- und Bankreform vorläufig zurückzustellen und zunächst die Münzreform isoliert vorzunehmen. Bamberger war der Ansicht, dass es richtiger sei, in der umgekehrten Reihenfolge vorzugehen und zuerst das Bankwesen zu reformieren. Für ihn war das wichtigste der von der Bankreform zu erwartenden Ergebnisse eine mit weitgehenden Rechten und Pflichten aus-

gestattete Reichsbank. Von einem solchen Institut konnten nach Bambergers Ansicht die schwierigen kaufmännischen Aufgaben, welche mit der Münzreform verbunden waren, am zweckmässigsten durchgeführt werden, vor allem die durch den Uebergang zur Goldwährung erforderte Abstossung von Silber und Beschaffung von Gold. Eine den deutschen Geldmarkt beherrschende Reichsbank erschien ihm ferner notwendig, damit durch deren Diskontpolitik der deutsche Geldumlauf während seiner Umwandlung geschützt, und damit die Goldwährung nach ihrer Durchführung gesichert werden könne.

So wohl begründet dieser Plan war, so herrschte doch in der Regierung die Ansicht, dass die Missstände des Papier- und Notenwesens, welche ja zu einem grossen Teil aus dem Fehlen eines ausreichenden Goldumlaufs hervorgegangen waren, erst dann beseitigt werden könnten, wenn vorher durch die Münzreform ein Goldumlauf geschaffen sei. Vor allem aber fiel ins Gewicht, dass innerhalb der Regierung und des Bundesrathes die Ansichten über die Papiergeld- und namentlich über die Bankreform soweit auseinander gingen, dass man die Münzreform nicht von der Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten auf diesem Gebiet abhängig machen wollte. Das war der Grund, welcher Delbrück bestimmte, auf eine sofortige Inangriffnahme der Münzreform zu dringen. Der Bundesrath schloss sich seiner Auffassung an, und dem Reichstag blieb nur übrig, in der Folge dafür zu sorgen, dass der innere Zusammenhang zwischen der Münzreform und dem Papiergeld und Bankwesen nicht ganz aus den Augen verloren würde.

Am 10. Oktober 1871 wurde dem Bundesrath der Gesetzentwurf betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen vorgelegt. Die Vorlage war in manchen Beziehungen ein Kompromiss zwischen der Auffassung des Reichskanzleramtes und des preussischen Finanzministeriums. Sie wollte noch keine endgiltige Regelung des deutschen Münzwesens bringen, sondern vorläufig nur die Ausprägung von Goldmünzen anordnen, die freilich in das zukünftige einheitliche Münzsystem passen sollten.

Als Rechnungseinheit des künftigen Systems schlug der Entwurf die Mark = $^1/_3$ Thaler vor. An Goldmünzen sollten Dreissigmarkstücke, Fünfzehnmarkstücke und Zwanzigmarkstücke

geprägt werden. Nach den Motiven sollten die Dreissig- und Fünfzehnmarkstücke im Umlauf die „sehr beliebten Zehn- und Fünfthalerscheine“ ersetzen.

Uber die staatsrechtliche Ordnung des neuen Münzwesens ging der Entwurf selbst mit Stillschweigen hinweg; nur in der Begründung fand sich der Satz: „Die Ausprägung der Goldmünzen dürfte dem Reiche vorzubehalten sein, damit die volle Übereinstimmung der Münzen in jeder Beziehung von vornherein gesichert werde.“

Die Währungsfrage liess der Entwurf absichtlich unentschieden. Er wollte nur die Schaffung eines Goldumlaufs ermöglichen, ohne endgiltige Bestimmungen über die Währungsgrundlage des neuen Münzsystems zu treffen. Die neuen Goldmünzen sollten nicht sofort gesetzlichen Kurs erhalten, sondern nur einen Kassenkurs. Ihr Feingehalt wurde gewählt auf Grund des Wertverhältnisses von $1 : 15^1/_2$ zwischen Silber und Gold, welches die Grundlage der französischen Doppelwährung war. Man wollte zunächst eine mehr freiwillige Einbürgerung der Goldmünzen durch blosse Tarifierung bei den öffentlichen Kassen versuchen, um allenfalls noch Korrekturen an der Festsetzung des Wertverhältnisses zwischen Silber und Gold vornehmen zu können. Die Ausprägung von Silberkurant, das nach wie vor das einzige gesetzliche Zahlungsmittel war, wurde nicht gesperrt; nur die Motive des Entwurfs empfahlen eine zeitweilige Verständigung über die Einstellung der Silberprägung, sowohl im Hinblick auf die Beschleunigung der Goldausmünzungen, als auch in Anbetracht einer eventuellen künftigen Silberabstossung.

Die öffentliche Meinung war mit diesem Entwurf, der beträchtlich weniger brachte, als man erwartet hatte, sehr unzufrieden. Man verlangte, dass das Dezimalsystem auf Grundlage der Mark ohne Rücksicht auf den Thaler konsequent durchgeführt werde. Man forderte ausserdem eine grössere Entschiedenheit in Bezug auf den Übergang zur Goldwährung, vor allem Verleihung des gesetzlichen Kurses an die Goldmünzen und Einstellung der Silberprägung. Auch auf die Freigabe der Goldprägung für private Rechnung wurde grosser Wert gelegt, namentlich seitens der Hansestädte.

Der Bundesrat trug einzelnen dieser Wünsche Rechnung.

Er setzte an die Stelle des Fünfzehnmarkstückes, das allzusehr auf das Thalersystem zugeschnitten erschien, ein Zehnmarkstück und machte dieses zur Hauptmünze des neuen Münzwesens. Er verlieh ferner den neuen Goldmünzen gesetzlichen Kurs auch im Privatverkehr. Aber weder wurde die freie Prägung für die neuen Goldmünzen ausgesprochen, noch die Prägung der Silbermünzen der alten Münzsysteme gesperrt.

Dagegen wurde der ganze Entwurf in partikularistischer Richtung wesentlich verschlechtert. Die Einzelstaaten weigerten sich, ihr „Münzregal" preiszugeben, denn nicht dieses, sondern nur die Münzgesetzgebung sei durch die Verfassung an das Reich abgetreten worden. Der Bundesrat beschloss deshalb, dass die Ausprägung der Reichsgoldmünzen nicht vom Reiche vorgenommen werden solle, sondern auf den Münzstätten derjenigen Einzelstaaten, die sich dazu bereit erklärten. Die Münzen sollten auf der einen Seite den Reichsadler, auf der andern jedoch das Bildnis des Landesherrn oder das Hoheitszeichen der freien Städte tragen. Bis zum Erlass eines definitiven Münzgesetzes sollte die Ausprägung auf Anordnung und auf Kosten des Reichs stattfinden. Dagegen sollte von allem Anfang an die Einziehung und Umprägung der unter das Passiergewicht abgenutzten Münzen auf Kosten desjenigen Staates erfolgen, aus dessen Münzstätten die betreffenden Stücke hervorgegangen seien, und auch nur für die öffentlichen Kassen dieses Staates wurde die Verpflichtung, die abgenutzten Goldmünzen jederzeit zu ihrem vollen Nennwert anzunehmen, festgesetzt. Ebenso sollte die Einziehung der Landesgoldmünzen nicht auf Kosten des Reichs, sondern auf Kosten derjenigen Einzelstaaten, die sie hatten ausprägen lassen, erfolgen. Über die Einziehung der Landessilbermünzen enthielt der Entwurf noch keine Bestimmung, aber es war ihr durch die Bestimmung über die Einziehung der Landesgoldmünzen nach der gleichen Richtung vorgegriffen.

Damit war, im Gegensatz zu den Absichten des Reichskanzleramtes, das Reich fast ausschliesslich auf die Münzgesetzgebung und die Beaufsichtigung des Münzwesens beschränkt während die Durchführung der Reform und die spätere Verwaltungsthätigkeit ganz und gar in partikularistischem Sinne geordnet war.

So liess der Entwurf gar viel zu wünschen übrig, als er vom Bundesrat an den Reichstag weitergegeben wurde.

Bei der ersten Lesung hielt Bamberger unmittelbar nach Delbrück, der die Vorlage im Namen der verbündeten Regierungen in kurzen Worten empfahl, eine glänzende Rede, die für alle Zeit ein Denkmal für seine gründliche Sachkenntnis, sein praktisches Urteil und seine gesetzgeberische Schaffenskraft sein wird. Er griff weit über den engen Rahmen des Entwurfs hinaus und behandelte von Grund aus das ganze verwickelte Problem der Münzreform, zu dessen Lösung der Entwurf nur der erste Schritt war.

Hinsichtlich der Rechnungseinheit des neuen Systems wies er darauf hin, dass es vor allem darauf ankomme, den Bedürfnissen des inneren deutschen Verkehrs Rechnung zu tragen; deshalb lehnte er sowohl eine genaue in das Gewichtssystem passende Münze als auch den Anschluss an ein fremdes Münzsystem, wie z. B. das französische ab und befürwortete eine Münzeinheit, die in möglichst einfachem Verhältnis zu den bisherigen deutschen Landeswährungen stehe.

Die Schaffung eines Goldumlaufs werde, so führte er aus, von allen Seiten gewünscht, und es frage sich nur, ob dieses Ziel auf dem Boden der Doppelwährung oder auf dem Boden der ausschliesslichen Goldwährung erreicht werden solle. Das Verhalten der Doppelwährung gegenüber den Schwankungen im Wertverhältnis der beiden Edelmetalle stellte er dar an den Erfahrungen Frankreichs: jeweils das billigere Metall strömt in die Zirkulation, während das höherwertige Metall abfliesst, sodass man eigentlich nicht von einer Doppelwährung, sondern nur von einer alternierenden Währung sprechen könne, bei welcher weder eine Garantie für die Erhaltung eines vorwiegenden Goldumlaufs noch auch eines ausreichenden Silberumlaufs geboten ist. Aber nicht dieser Mangel der Doppelwährung sei für ihn in der Frage der Währung ausschlaggebend, sondern die Überzeugung, dass das Gold immer mehr bestimmt sei, den Umlauf der zivilisierten Nationen zu versehen. Seit Jahren habe man sich gegen dieses Phänomen gesperrt und immer mehr habe es seine überwältigende Macht bewährt. Er erinnerte an die falschen Prophezeihungen einer Goldentwertung infolge der kalifornischen und australischen Goldfunde; seither habe man immer wieder ge-

sehen, dass das natürliche Bedürfnis in der gegenwärtigen Verkehrsorganisation, anfangend von der Beschaffenheit der Taschen in unsern Kleidern bis zum Verkehr der grossen Nationen über See, unmittelbar darauf hinaussteuere, dass nur das Gold die grosse Masse der Austauschmittel bestreiten könne.

Mit sicherem Blick erkannte Bamberger damals schon in vollem Umfang die ganze Schwierigkeit der Durchführung des geplanten Reformwerkes. Er wies mit Entschiedenheit die viel verbreitete Ansicht zurück, dass durch die französische Kontribution die Hauptschwierigkeit des Währungswechsels gehoben sei. Die Schwierigkeit sei nie gewesen, woher das Gold nehmen, sondern die Frage: wohin mit dem Silber? Auf diese Frage, an welcher später thatsächlich das Reformwerk ins Stocken kam, legte er den grössten Nachdruck. Es sei unbedingt notwendig, die Prägung von Silberkurantgeld einzustellen und so eine weitere Zunahme des später abzustossenden Silbergeldes zu verhindern; das sei für ihn conditio sine qua non für die Annahme des Entwurfs. Es sei aber ausserdem nötig, eine entsprechende Quantität Silber gegen das auszuprägende und in Umlauf zu setzende Gold einzuziehen. Denn die Zirkulation eines Landes könne nicht eine Vermehrung über das Bedürfnis hinaus erfahren, ohne dass dadurch ein Abfluss vom Metallgeld hervorgerufen werde; da nun stets das höherwertige Geld abfliesse und man ein Steigen des Goldwertes gegenüber dem Silberwert erwarten dürfe, so werde durch die Goldprägung ohne entsprechende Silbereinziehung die Gefahr eines Goldabflusses heraufbeschworen und dadurch könne das ganze Werk in grosse Gefahr geraten. Der Übergang von der Silberwährung zur Goldwährung sei ein Übergang über einen Abgrund auf schwankendem Brett, der nur mit der grössten Entschiedenheit vollbracht werden könne. Deshalb erscheine ihm eine straffe einheitliche Leitung des Reformwerkes dringend notwendig; nur aus einer vollständigen Übereinstimmung der massgebenden Faktoren im Reich einschliesslich der Preussischen Bank, deren Diskontpolitik von besonderer Bedeutung für das Gelingen sei, könne diejenige Vorsicht und Behendigkeit hervorgehen, welche zur glücklichen Durchführung der schwierigen Operation erforderlich sei. —

Der Entwurf wurde nach der ersten Lesung nicht an eine

Kommission verwiesen, sondern es wurde beschlossen, ihn im Plenum durchzuberaten. Es bildete sich jedoch eine sogenannte „freie Kommission" zur Besprechung des Entwurfs, an welcher sich alle diejenigen Abgeordneten beteiligen konnten, die sich für die Angelegenheit interessierten. An ihren Sitzungen nahmen überwiegend, aber nicht ausschliesslich, Mitglieder der nationalliberalen Partei teil, und Bamberger hatte hier eine vortreffliche Gelegenheit, in kleinerem Kreise in zwangloser Weise aufklärend zu wirken. Die Abänderungsanträge zu dem Entwurf, die in der freien Kommission vereinbart wurden, trugen Bambergers Namen.

Bei den Plenarverhandlungen tauchte, als es sich um die Feststellung des Münzsystems handelte, noch einmal der Gedanke der internationalen Münzeinigung auf. Der Württembergische Abgeordnete Moritz Mohl beantragte, das deutsche Münzsystem auf der Grundlage einer Goldmünze im genauen Wert von 25 Goldfranken aufzubauen. Bamberger nahm Gelegenheit die stark übertriebenen Vorzüge einer internationalen Münzeinheit auf das richtige Mass zurückzuführen. Gestützt auf seine praktischen Erfahrungen zeigte er, wie die grossen internationalen Zahlungen nur ausnahmsweise in Bargeld, gewöhnlich jedoch in Wechseln ausgeglichen werden, deren Kurs auch bei völliger Münzgleichheit stets um einige Promille um die Parität schwankt, sodass für diese Zahlungen durch eine internationale Münzgleichheit nicht einmal eine Erleichterung des Rechnens gewonnen wäre. Es sei eine Täuschung, anzunehmen, der grosse Weltverkehr bedürfe einer internationalen Münze. „Er beruht," sagte Bamberger, „auf ganz andern Grundsätzen; er beruht darauf, dass wir dasselbe Metall haben, durch welches die Werte ausgeglichen werden, aber nicht dass wir dieselbe Münze haben."

Der Reichstag verhielt sich in seiner grossen Mehrheit ablehnend gegenüber einem internationalen System; aber nun entspann sich ein lebhafter Streit über die an sich gleichgiltige Frage, ob man die Mark = $^1/_3$ Thaler oder den Gulden = $^2/_3$ Thaler als Rechnungseinheit annehmen solle. Bamberger sprach diesem Streit jede sachliche Bedeutung ab, stimmte aber in Rücksicht auf die süddeutsche Stimmung für den Gulden, der jedoch mit erheblicher Mehrheit abgelehnt wurde.

Vor allem war es Bamberger, welcher die Vorliebe Camphausens und anderer massgebender Personen für den alten preussischen Thaler kannte, darum zu thun, von vornherein dahin zu wirken, dass nicht unter der Maske eines neuen Systems die preussische Thalerwährung und mit ihr die Silberthaler in die neue auf die Goldwährung berechnete Münzverfassung herübergenommen würden. Wie angebracht seine nach dieser Richtung gehenden Bemühungen waren, zeigt sich darin, dass wir heute noch nicht von den Thalern losgekommen sind, die unsre Währung zu einer hinkenden machen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus erklärt es sich, dass Bamberger damals mit Eifer und Hartnäckigkeit das goldne Dreissigmarkstück bekämpfte, das von der Reichsregierung als notwendig zur Erleichterung des Ubergangs von der Thalerwährung zur Markwährung bezeichnet wurde.

Seine ganze Kraft setzte Bamberger ein, um — entgegen den Beschlüssen des Bundesrathes — eine wirkliche Einheit im deutschen Münzwesen zu erreichen. Es kam ihm dabei mehr auf die Sache an, als auf die Form, und in dem Streit darüber, ob die Reichsgoldmünzen das Bildnis der einzelnen Landesherren oder nur das Bild des Kaisers tragen sollten, hielt er sich deshalb zurück. Dagegen stellte er in Übereinstimmung mit der freien Kommission eine Reihe von Verbesserungsanträgen zu den Paragraphen, welche von der staats- und finanzrechtlichen Ordnung des neuen Münzwesens handelten. Gleichzeitig erstrebte er die Freigabe der Goldprägung für private Rechnung, deren Unentbehrlichkeit kennen zu lernen er während seiner praktischen Thätigkeit in der Edelmetallarbitrage Gelegenheit gehabt hatte.

Er selbst erläuterte seine Anträge folgendermassen:

„Der Grundgedanke," so führte er aus, „von dem die Antragsteller bei der Fassung aller folgenden Verbesserungsanträge ausgingen, war der, dass nicht blos in der Übergangszeit, sondern ein- für allemal das Anfertigen und das Überwachen der Reichsmünze eine Angelegenheit des Reichs sein soll und nicht der Partikularstaaten." Mit aller Schärfe wendete er sich gegen eine von Camphausen gemachte Andeutung, nach welcher die Einziehung der durch die Münzreform zu beseitigenden Landesmünzen Sache der Einzelstaaten sein und auf deren Kosten

erfolgen solle. „Es handelt sich," sagte er, „hier um eine Reform, die wir im Interesse des Ganzen unternehmen, die aus einem gemeinsamen Sinne hervorgeht, wobei es ausserordentlich schwer, ja geradezu unmöglich ist, zu sehen, inwiefern der einzelne Teil dem Ganzen, inwiefern das Ganze dem einzelnen Teile dient." Speziell die Umwandlung des Silberumlaufs in einen Goldumlauf könne einer einheitlichen Leitung nicht entbehren und dürfe nicht dem guten Willen und dem Gutdünken der Einzelstaaten überlassen werden.

Der erste dieser Anträge, der zur Verhandlung kam, verlangte, dass die Ausmünzung der Reichsgoldmünzen nicht nur vorläufig und während der Übergangszeit, sondern ein- für allemal auf Kosten des Reichs erfolgen solle, soweit sie nicht später auf private Rechnung geschehe.

Camphausen trat dieser Forderung entgegen. Die betreffenden Paragraphen des Entwurfs beruhten auf einem Kompromiss der Bundesregierungen, den man nicht ohne zwingende Not ändern dürfe. Man habe sich bei der Feststellung des Entwurfs im Bundesrat dahin geeinigt, die Münzprägung der Territorialhoheit zu überlassen, und die notwendige Folge sei, dass auch die Kosten der Aufrechterhaltung der Vollwichtigkeit des Münzumlaufs von den Einzelstaaten getragen werden müssten. Die Frage der Privatprägung sei überhaupt noch nicht spruchreif. Das alles seien jedoch nur „rationes dubitandi", man wolle jetzt überhaupt noch keine definitive Entscheidung in diesen Fragen treffen.

In der That setzte es Camphausen durch, dass der erste der Bambergerschen Anträge abgelehnt wurde. Viele, die prinzipiell auf der Seite Bambergers standen, wollten es nach Möglichkeit vermeiden, den Kompromiss der Bundesregierungen zu stören; und in dem vorliegenden Fall konnten sie sich damit beruhigen, dass ja nach der Regierungsvorlage vorläufig die Ausmünzung im Sinne Bambergers auf Anordnung und auf Kosten des Reiches erfolgen solle, und dass der Reichstag später bei der definitiven Regelung auch mitzureden habe.

Aus diesen Gründen mass man der Abstimmung über diesen Bambergerschen Antrag keine grosse Bedeutung bei. Bamberger selbst jedoch hatte das richtige Gefühl, dass es sich in solchen prinzipiellen Fragen darum handle, von vornherein

keine Schwachheit und Zweideutigkeit aufkommen zu lassen. Als man daher bei der Fortsetzung der Beratung zu der Frage kam, ob die Sorge um die Aufrechterhaltung der Vollwichtigkeit des Münzumlaufs Sache der Einzelstaaten oder des Reichs sein solle, erhob sich Bamberger und gab folgende Erklärung ab:

Über zwei Kardinalfragen der Münzreform bestehe infolge der Ablehnung seines früheren Antrages nach wie vor völlige Unklarheit, nämlich darüber, ob die Ausprägung und Erhaltung der Reichsmünzen Sache des Reichs oder Sache der Einzelstaaten sei, und ferner darüber, ob die Goldprägung für private Rechnung freigegeben werden solle. Der preussische Finanzminister habe über diese beiden Punkte Erklärungen abgegeben, die einen grossen Teil des Hauses aufs höchste überrascht hätten. Er seinerseits könne einem Gesetz seine Zustimmung nicht geben, das diese wichtigen Fragen unter solchen Umständen unentschieden lasse; er ziehe deshalb alle seine folgenden Anträge zurück, sich weiteres für die dritte Lesung vorbehaltend.

Nichts konnte geeigneter sein, die Aufmerksamkeit des Reichstags auf die ganze Wichtigkeit der in Rede stehenden Fragen hinzulenken und ihn aus seiner drohenden Gleichgiltigkeit aufzurütteln, als dass Bamberger, bisher der eifrigste Förderer des Reformwerkes, hier gewissermassen die Kabinetsfrage stellte. Das hatte die Wirkung, dass selbst Camphausen etwas einlenkte, und dass, als Lasker die Bambergerschen Anträge wieder aufnahm, diese eine grosse Mehrheit fanden. Der Reichstag beschloss, dass sowohl die Aufrechterhaltung der Vollwichtigkeit des Münzumlaufs als auch die Einziehung der umlaufenden Landesmünzen Sache des Reichs sein und auf Kosten des Reichs erfolgen solle. In der dritten Lesung fanden diese Änderungen überhaupt keinen Widerspruch, weder aus dem Hause, noch von seiten der Regierung. Der Bundesrat hatte sich stillschweigend gefügt.

So ist es hauptsächlich den Bemühungen Bambergers zu verdanken, wenn es gelungen ist, an Stelle der vom Bundesrat vorgeschlagenen partikularistischen Regelung eine dem Wesen nach einheitliche Ordnung der Münzverfassung zu schaffen.

Von nicht geringerer Bedeutung waren die die Währungsfrage betreffenden Bestimmungen des Entwurfes.

Wir wissen bereits, dass in der Reichsregierung die reine Goldwährung als eines der wichtigsten Ziele der Münzreform galt, während sich der preussische Finanzminister Camphausen in diesem Punkte etwas lau verhielt. Der dem Bundesrath vorgelegte Entwurf wollte in Rücksicht darauf die Währungsfrage noch nicht definitiv entscheiden, sondern sich vorläufig mit der Schaffung eines Goldumlaufs begnügen. Bei den Verhandlungen im Bundesrat zeigte sich allseitiges Einverständnis darüber, dass nur die reine Goldwährung als Endziel der Münzreform in Aussicht zu nehmen sei. Trotzdem ging auch der Bundesrat nur darin über die Vorschläge des ihm vorgelegten Entwurfes hinaus, dass er den Reichsgoldmünzen statt eines blossen Kassenkurses auch gesetzlichen Kurs im Privatverkehr an Stelle der bisherigen Landesmünzen beilegte. Zwar verschloss man sich auch im Bundesrat nicht der Einsicht, dass die Einstellung der Silberprägung die erste Voraussetzung für den Übergang zur Goldwährung sei, aber trotzdem entschloss sich der Bundesrat nicht, diese Massregel im Wege des Gesetzes zu verfügen, sondern es kam nur eine protokollarische Vereinbarung zwischen den Einzelstaaten zu stande, dass sie ihre Silberprägung bis auf weiteres sistieren wollten.

Im Reichstag wurde die Frage von vornherein in einer Weise behandelt, welche keinen Zweifel daran liess, dass man hier gesonnen war, sofort den Übergang zur Goldwährung ernsthaft in Angriff zu nehmen. Auch hier war es Bamberger, der vor unnützem und gefährlichem Zögern und vor allen halben Massregeln warnte. Mit Nachdruck hob er alle die günstigen Umstände hervor, welche förmlich zum entschlossenen Zugreifen aufforderten.

Der heikelste Punkt bei einem Währungswechsel ist die Frage, auf Grund welchen Wertverhältnisses der Übergang stattfinden soll, um jede Schädigung sowohl der Schuldner als auch der Gläubiger zu vermeiden. Der Entwurf schlug vor, ein Wertverhältnis von 1 : $15\frac{1}{2}$ zwischen Silber und Gold anzunehmen. Ausschlaggebend für diese Wahl war der Umstand, dass dieses Wertverhältnis die Grundlage des französischen Geldsystems bildete und ungefähr dem durchschnittlichen Wertver-

hältnis auf dem Edelmetallmarkt seit dem Beginn des Jahrhunderts entsprach. Es traf sich nun besonders glücklich, dass in den Tagen, an welchen der Reichstag den Gesetzentwurf beriet, der Silberpreis auf dem Londoner Markt genau das vorgeschlagene Wertverhältnis ergab. Bamberger vertrat die Ansicht, „dass weder rückwärtsgehende Durchschnittsnormen noch vorwärtsgehende Berechnungen zu entscheiden haben, in welcher Proportion dieser Übergang gegriffen werden soll, sondern einzig und allein der Moment, in dem der Übergang bewerkstelligt wird"; und er hob es als eine günstige Fügung hervor, dass das Wertverhältnis des Momentes so genau mit dem im Entwurf vorgeschlagenen übereinstimmte.

Den grössten Nachdruck legte Bamberger bereits in seiner einleitenden Rede zur ersten Lesung des Entwurfs darauf, dass sofort durch eine gesetzliche Bestimmung die Silberprägung eingestellt werde, und dass ferner die Regierung die Ermächtigung erhalte, Landessilbermünzen einzuziehen.

Camphausen nahm die Frage „wohin mit dem Silber?" sehr leicht, aber die spätere Entwicklung hat Bamberger in vollem Umfang Recht gegeben. Die kritischen Augenblicke bei der Durchführung der Reform und schliesslich die Unterbrechung des noch nicht vollendeten Reformwerkes, welche unsre Goldwährung bis zum heutigen Tag zu einer hinkenden gemacht hat, — alles das war verursacht dadurch, dass die Regierung, entgegen den Warnungen Bambergers, viel zu spät und viel zu langsam mit der Abstossung von Silber vorging.

Soviel erreichte jedoch damals Bamberger, dass der Reichstag einen Paragraphen in das Gesetz betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen einschob, welcher die weitere Ausprägung von Silberkurantmünzen mit Ausnahme von Denkmünzen verbot, und dass der Regierung die Ermächtigung erteilt wurde, Landessilbermünzen einzuziehen und einzuschmelzen.

Dadurch wurde an die Stelle der bis dahin bestehenden Silberwährung ein Übergangszustand gesetzt, welcher bereits wesentliche Züge der Goldwährung enthielt und nur in der Goldwährung seinen konsequenten Abschluss finden konnte.

Man wird dem Reichstag die Anerkennung nicht versagen können, dass er das Beste an dem für die deutsche Münzverfassung grundlegenden Gesetz betreffend die Ausprägung von

Reichsgoldmünzen, das am 4. Dezember 1871 in Kraft trat, gethan hat. Vor allem ist die einheitliche Ordnung des deutschen Münzwesens und die entschiedene Einleitung des Währungswechsels dem Reichstag zu verdanken, unter dessen Mitgliedern Bamberger weitaus das grösste Verdienst zukommt.

Im Februar 1873, mehr als ein Jahr nach dem Erlass des Gesetzes betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, wurde dem Bundesrat der Entwurf zu einem endgiltigen Münzgesetz vorgelegt, der im April an den Reichstag weiter gegegeben wurde.

Die Hauptaufgabe dieses Gesetzes war, das im Prinzip angenommene Münzsystem mit der Mark als Rechnungseinheit durchzuführen und den durch das Gesetz von 1871 geschaffenen provisorischen Währungszustand durch die reine Goldwährung zu ersetzen.

Dementsprechend lautete der erste Artikel:

„An die Stelle der in Deutschland geltenden Landeswährungen tritt die Reichsgoldwährung. Ihre Rechnungseinheit bildet die Mark, wie solche durch § 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 1871, betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, festgestellt worden ist."

Das Gesetz konnte natürlich den Übergang zur Reichsgoldwährung nicht mit einem Schlag bewirken, sondern musste die Art und Weise des Übergangs zu dieser Münzverfassung regeln. Es sah ein Übergangsstadium vor, in welchem bereits nach Mark gerechnet werden sollte, in welchem jedoch an Stelle der Reichsgoldmünzen auch die noch nicht völlig beseitigten Kurantmünzen der Thalerwährung gesetzliches Zahlungsmittel bis zu jedem Betrag sein sollten. Ein solches Übergangsstadium war angebracht, um die Einführung der Markrechnung und der Münzeinheit nicht von der gänzlichen Beseitigung des überflüssigen Silbergeldes abhängig werden zu lassen. Nun war aber in dem Entwurf sowohl das Endziel der Reform, welches als eine reine Goldwährung mit ausschliesslich goldnen Kurantmünzen gedacht war, als auch das Übergangsstadium, in welchem die Thaler noch Kurantgeld sein sollten und aus welchem sich, wie die Motive sagten, die eigentliche Reichsgoldwährung erst allmählich durch die völlige Einziehung der Silberkurantmünzen zu

entwickeln hatte, in gleicher Weise als Reichsgoldwährung bezeichnet. Daraus musste der Eindruck entstehen, als ob zwischen dem Übergangszustand und dem Endziel der Reform kein wesentlicher Unterschied sei, und Bamberger, welcher die starken Sympathien, die namentlich innerhalb der preussischen Regierung für die Thaler bestanden, sehr wohl kannte, fürchtete mit gutem Grund, die Regierung möchte ihre Aufgabe als vollbracht ansehen, wenn nur erst durch kaiserliche Proklamation die sogenannte „Reichsgoldwährung" mit den Thalern als Silberkurantgeld eingeführt sei. Er drang deshalb darauf, dass der prinzipielle Unterschied zwischen dem Endziel der Reform und dem Übergangsstadium auch in dem Texte des Gesetzes durch eine verschiedene Benennung deutlich hervorgehoben werde; auf seinen Antrag hin wurde nur das Endziel „Reichsgoldwährung" genannt, während der Zustand, bei welchem man zwar nach Mark rechnet, aber die Thaler noch als Kurantgeld figurieren, welcher also noch keine reine Goldwährung darstellt, als „Reichswährung" bezeichnet wurde.

Dadurch wurde klar und deutlich die reine Goldwährung als das Ziel der Reform proklamiert. Freilich hat diese Unterscheidung nicht zu Wege gebracht, dass die Reform konsequent bis zu diesem Abschluss durchgeführt wurde. Die Befürchtung Bambergers, die Thaler sollten als Kurantgeld in gewissen Beträgen erhalten werden, hat sich trotzdem erfüllt, aber durch die von ihm veranlasste Unterscheidung ist es wenigstens ausser Zweifel gestellt, dass durch die im Jahre 1879 erfolgte Einstellung der Silberverkäufe die gesetzlich vorgeschriebene Durchführung der Münzreform unterbrochen worden ist, und dass wir, solange die Thaler Kurantgeld sind, noch nicht die Reichsgoldwährung, welche das Münzgesetz als Ziel der Reform proklamiert hat, besitzen.

Der Ausbau des Münzsystems war bereits in dem Entwurf zweckmässig geregelt. Die unterwertige Ausbringung der Scheidemünzen; die Beschränkung der Zahlungskraft der Silberscheidemünzen auf Beträge bis zu 20 M., der Nickel- und Kupfermünzen bis zu 1 M.; die Einlösungspflicht des Reichs gegenüber den Scheidemünzen, die Maximalgrenze für die Ausprägung von Silber und andern Scheidemünzen — das alles waren Dinge, die sich mit mehr oder weniger zwingender Notwendig-

keit aus dem Prinzip der Goldwährung ergaben und über die sich nicht viel streiten liess. Am meisten debattiert wurde über die Stückelung der Silbermünzen. Das von der Regierung vorgeschlagene silberne Fünfmarkstück wurde stark bekämpft, und es wurde ihm ein goldnes Fünfmarkstück an die Seite gestellt. Auch Bamberger hielt eine Silbermünze von fünf Mark und ebenso das im Entwurf noch nicht enthaltene, aber vielfach verlangte silberne Zweimarkstück für unzweckmässig. Am liebsten hätte er statt dieser zwei Sorten ein $2^1/_2$ Markstück geschaffen, aber mit diesem Gedanken drang er nicht durch.

Die Goldwährung war jedoch noch nicht vollkommen, solange die Prägung von Gold für private Rechnung nicht freigegeben war. Durch die freie Prägung gegen eine geringe Gebühr wird der Wert des Geldes mit dem Wert des Edelmetalls verknüpft und damit in eine feste Beziehung zu den auf das gleiche Metall begründeten fremden Valuten gebracht. Gleichzeitig wird durch die freie Prägung der Zufluss von Währungsmetall aus dem Ausland, der sich eventuell aus der Gestaltung der Zahlungsbilanz ergibt, auf die einfachste Weise ermöglicht und um so mehr erleichtert, je geringer die Prägegebühr ist.

Bamberger hatte durch seine langjährige praktische Thätigkeit in der internationalen Edelmetallarbitrage die beste Gelegenheit gehabt, die Wichtigkeit des freien Prägerechtes zu erkennen, und von allem Anfang an hat er auf diesen Punkt besonderes Gewicht gelegt. Bei dem Gesetz von 1871 war es ihm allerdings nicht gelungen, eine Anerkennung des freien Prägerechtes durchzusetzen, und er hatte sich damals gefügt, weil vorauszusehen war, dass bis zum Erlass des definitiven Münzgesetzes die sämtlichen Münzstätten vollauf mit Goldprägungen für Reichsrechnung beschäftigt sein würden.

Aber auch der Entwurf des Münzgesetzes brachte nur eine Konzession an die freie Prägung, nicht das freie Prägerecht selbst. Er ermächtigte den Reichskanzler, auf einzelnen Münzstätten die Ausprägung von Reichsgoldmünzen auf Privatrechnung zuzulassen. Dazu hiess es in den Motiven: „Bei solchen Goldausmünzungen wird zu gunsten des Reichs ein Zuschlag zu den Prägekosten erhoben werden müssen, um die Reichskasse dafür schadlos zu halten, dass sie die Kosten der Aufrechter-

haltung der Vollwichtigkeit auch für die auf Privatrechnung geprägten Goldmünzen übernehmen muss." Damit war also eine recht beträchtliche Höhe der Prägegebühr angekündigt.

Diese Konzession war durchaus ungenügend, und Bamberger versuchte alles, um das Recht der Privaten, Gold prägen zu lassen, ausdrücklich zur Anerkennung zu bringen und um die Prägegebühr auf einen vernünftigen Satz zu beschränken. In vorzüglichen Ausführungen legte er die Notwendigkeit der freien Prägung und einer niedrigen Gebühr dar. Wenn man sich die Aufgabe setze, ein neues Münzwesen in Deutschland einzuführen und es harmonisch einzurichten zur Sicherung des Verkehrs, so müsse man notwendig zu der Schlussfolgerung kommen, dass die letzte Probe auf diese Sicherheit einzig und allein im Privatverkehr liege, aus dem allein die Wertbestimmungen im Verkehr resultierten. Kein Mensch in der Welt, kein Kaiser und kein Reich könne bestimmen, was Gold und was Silber wert sein solle, nur der Weltverkehr mit seinen täglichen Schwankungen und Schwebungen und in seinen Zu- und Abflüssen von jeder Stunde könne den Wert der Dinge bestimmen; und mit diesem so bestimmten Werte die Geltung unsrer Tauschmittel in eine ununterbrochene Verbindung zu setzen, das sei der Zweck der Privatprägung. In der Privatprägung liege ferner die einzige Sicherheit für eine Beschränkung der Schwankungen der ausländischen Wechselkurse auf die durch die Kosten der Versendung von Bargeld gegebenen Grenzen. Je geringer die Prägegebühr, desto geringer diese Schwankungen. Ein zu hoher Schlagschatz, der die Ausprägung von Gold verteuere, wirke durchaus wie ein Schutzzoll auf die Einfuhr von Gold, während umgekehrt eine notwendige Goldausfuhr durch die Normierung der Prägegebühr nicht verhindert werden könne.

Merkwürdigerweise hatte Bamberger in dieser wichtigen Frage mit dem hartnäckigen Widerstand von Michaëlis, mit dem er sonst in den meisten Punkten übereinstimmte, zu kämpfen. Michaëlis konnte sich von der Vorstellung nicht befreien, dass diejenigen, welche auf private Rechnung Gold ausprägen lassen, auch die Kosten der späteren Abnutzung und der dadurch notwendig werdenden Neuprägung der Goldmünzen tragen müssten. Er wollte nicht zugeben, dass die freie Prägung nur eine bestimmte, und zwar die zweckmässigste Art der Versorgung des

Geldumlaufs ist, und dass die Frage der Erhaltung eines vollwichtigen Münzumlaufs mit der Frage der Privatprägung gar nichts zu thun hat.

Schliesslich gelang es Bamberger, einen Kompromiss herbeizuführen. Die Regierung gestand zu, dass im Münzgesetz ausdrücklich das Recht der Privaten festgelegt würde, auf denjenigen Münzstätten, die sich zur Ausprägung auf Reichsrechnung bereit erklärt hatten, Zwanzigmarkstücke für ihre Rechnung ausprägen zu lassen, soweit diese Münzstätten nicht für das Reich beschäftigt seien. Auf der andern Seite wurde die Festsetzung der Prägegebühr dem Reichskanzler und dem Bundesrat überlassen und nur eine Maximalgebühr von 7 M. pro Pfund Feingold festgesetzt. Man liess sich zu diesem Kompromiss herbei, obwohl die Maximalgebühr als viel zu hoch gegriffen angesehen wurde; denn man rechnete darauf, dass die Regierung selbst bald genug die Vorteile einer möglichst geringen Prägegebühr erkennen werde. Vor allem aber hegte Bamberger die zuversichtliche Hoffnung, bei der Reform des Bankwesens die Frage der Versorgung des deutschen Umlaufs mit Gold auf die zweckmässigste Weise regeln zu können.

Diese Erwartungen haben sich später gerechtfertigt. Durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 8. Juni 1875, welche die Prägung für private Rechnung freigab, wurde die Prägegebühr für das Pfund Feingold statt auf das gesetzlich zulässige Maximum von 7 M. auf nur 3 M. festgesetzt. Bei der Errichtung der Reichsbank erhielt das ganze System eine höchst wertvolle Ergänzung, mit der wir uns später beschäftigen werden. —

Wenn die Münzreform infolge der gründlichen Mitarbeit des Reichstags in vernünftigen Bahnen sich vorwärts bewegte und in dem Münzgesetz, das im Frühjar 1873 im Reichstag beraten wurde, ihrem gesetzlichen Abschluss entgegen ging, so musste es um so mehr auffallen, dass seitens der Regierung kein Schritt gethan wurde, welcher die längst als dringend notwendig anerkannte Reform des Papierumlaufs und des Bankwesens gefördert hätte. Es waren ja triftige Gründe, welche die Regierung veranlasst hatten, mit der Münzreform zu beginnen, aber wenn nicht der Zusammenhang zwischen der Reform der metallischen und

der papiernen Umlaufsmittel völlig verloren gehen sollte, dann durfte man mit der letzteren nicht mehr lange zögern. Jede weitere Aufschub musste, wie die Dinge im Jahre 1873 lagen, die Durchführung der Münzreform beeinträchtigen. Bei der starken Vermehrung, welche damals der deutsche Geldumlauf durch die fortgesetzten starken Goldprägungen erfuhr, erschien eine Einschränkung der Papierzirkulation dringend geboten, wenn nicht schliesslich ein starker Abfluss von Gold nach dem Ausland erfolgen sollte. Ferner hinderten jetzt die kleinen Scheine, welche bisher als Ersatz für die Goldzirkulation gedient hatten, die neuen Goldmünzen, sich im Verkehr einzubürgern, da das Publikum an sie gewöhnt war und da die Staaten und die Banken, welche sie ausgegeben hatten, ihr möglichstes thaten, um sie im Umlauf zu erhalten.

Man wusste, dass sich auch die massgebenden Personen in der Regierung diesen Gesichtspunkten nicht verschlossen, und dass die Verschleppung der Reform des Papierumlaufs ihren Grund hauptsächlich in Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzleramt und dem preussischen Finanzministerium hatte.

Die wichtigsten einzelstaatlichen Regierungen hegten den Wunsch, die Papiergeldfrage und Bankfrage gleichzeitig gelöst zu sehen. In der Bankfrage nun war der wichtigste Punkt die Errichtung einer Reichsbank. Bereits im Jahre 1872 hatte Delbrück die Reform des Bankwesens ernsthaft in Angriff genommen, und Michaëlis hatte damals einen Bankgesetzentwurf ausgearbeitet, dessen Grundlage die Umwandlung der Preussischen Bank in eine Reichsbank war. Der Entwurf trug bereits die Unterschrift des Reichskanzlers; in letzter Stunde gelang es jedoch Camphausen, der sich mit dem Gedanken einer Reichsbank aus partikularistischen und fiskalischen Gründen nicht befreunden konnte, seine Einbringung zu verhindern. Da auf der andern Seite das Reichskanzleramt sich nicht entschliessen konnte, auf die Reichsbank zu verzichten, und da man ohne Bankreform nicht an die Reform des Staatspapiergeldes herantreten wollte, blieb die Frage des Papierumlaufs in der Schwebe.

Bamberger legte, wie wir wissen, speziell auf die Bankreform und die Errichtung einer Reichsbank so grossen Wert, dass er am liebsten diesen Teil des Reformwerkes vor der Neu-

ordnung des Münzwesens vorgenommen hätte. Die Verzögerung der Papiergeld- und Bankreform musste ihn im höchsten Grad beunruhigen. Um die Regierung vor die Notwendigkeit zu stellen, eine Entscheidung zu treffen, beantragte er in Verbindung mit Gesinnungsgenossen, dem Münzgesetz einen Schlussartikel beizufügen, der über das Staatspapiergeld und die Banknoten einschneidende Bestimmungen traf. Dem Bundesrat blieb für den Fall der Annahme dieses Antrages nur die Wahl, entweder die den Papierumlauf betreffenden Bestimmungen zu akzeptieren oder das ganze Münzgesetz abzulehnen.

Zwar setzte sich die Reichsregierung gegen diese Pression zur Wehr, aber schliesslich nahm der Reichstag in der zweiten Lesung nach langen Verhandlungen einen 18. Artikel zum Münzgesetz in folgender Fassung an:

„Bis zu einem vom Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesrats und zwar spätestens auf 1. Januar 1875 festzusetzenden Termin sind sämtliche nicht auf Reichswährung lautende Noten der Banken einzuziehen. Von diesem Termin an dürfen nur solche Banknoten, welche auf Reichswährung in Beträgen von nicht weniger als 100 M. lauten, im Umlauf bleiben oder ausgegeben werden.

„Dieselben Bestimmungen gelten für das Staatspapiergeld und für die bis jetzt von Korporationen ausgegebenen Scheine."

Der Bundesrat einigte sich dahin, die Bestimmungen hinsichtlich der Banknoten für annehmbar zu erklären, falls der Termin auf den 1. Januar 1876 hinausgerückt werde. Dagegen stiess die Bestimmung hinsichtlich des Staatspapiergeldes auf den heftigsten Widerspruch. Die Existenzmöglichkeit des grössten Teiles des damals ausgegebenen Staatspapiergeldes beruhte darauf, dass es in kleinen Abschnitten ausgegeben war, die sich erfahrungsgemäss viel länger im Umlauf halten, als grosse Appoints. Ein Verbot der kleinen Abschnitte wäre für die meisten Staaten gleichbedeutend gewesen mit der Nötigung zur Zurückziehung des grössten Teiles des ausgegebenen Papiergeldes.

Man wollte im Bundesrat diese Bestimmung nicht ohne weiteres ablehnen, um nicht das ganze Münzgesetz scheitern zu lassen. Deshalb bemühte man sich, dem Reichstag einen annehmbaren Ersatz zu bieten.

Die Interessen und Meinungen der einzelnen Staaten gingen

jedoch in diesem Punkte weit auseinander. Einige, Sachsen an der Spitze, erstrebten eine sofortige definitive Regelung der Papiergeldfrage, nach welcher das Landespapiergeld in etwas vermindertem Betrag durch ein Reichspapiergeld ersetzt werden sollte. Bayern und Hessen dagegen protestierten mit allem Nachdruck dagegen, dass die Papiergeldfrage getrennt von der Bankfrage behandelt werde; Bayern war für die Errichtung einer Reichsbank, welcher als Gegenleistung für die ihr zu verleihenden Privilegien die Verpflichtung auferlegt werden sollte, bei der Einlösung des Staatspapiergeldes in irgend welcher Weise mitzuwirken. Eine Einigung im Bundesrat kam nicht zustand, und so musste sich die Reichsregierung damit begnügen, dem Reichstag bei der dritten Lesung mitzuteilen, dass der Bundesrat den das Staatspapiergeld betreffenden Teil des Art. 18 nicht annehmen könne, dass er jedoch in Verhandlungen über diese Frage begriffen sei.

Diese Erklärung wurde im Reichstag bei der Offenkundigkeit der im Bundesrat bestehenden Differenzen nicht als genügend angesehen. Man musste fürchten, dass die Regelung des Staatspapiergeldes durch diese Meinungsverschiedenheiten ins Unabsehbare verschleppt werden könnten. Um dem vorzubeugen, beantragte Bamberger, das Münzgesetz solange von der Tagesordnung abzusetzen, bis die Regierung im stande sei, bestimmte Vorschläge hinsichtlich des Staatspapiergeldes zu machen. Der Antrag wurde angenommen.

Der Beschluss that seine Wirkung. Auf Grund eines von Sachsen vorgelegten Entwurfes stellte der Bundesrath ein Gesetz fest, welches in allen wesentlichen Punkten mit dem später erlassenen Reichskassenschein-Gesetz übereinstimmte. Als aber die endgiltige Abstimmung über dieses Gesetz vorgenommen werden sollte, erklärte der bayrische Bevollmächtigte, auf seinem Widerspruch gegen die getrennte Behandlung der Papiergeld- und der Bankfrage unbedingt beharren zu müssen.

Es wäre leicht gewesen, Bayern zu überstimmen; aber jetzt griff der Reichskanzler ein. Bismarck war stets bemüht, den grössern Mittelstaaten in Dingen, die er nicht für besonders wichtig hielt, nicht zu nahe zu treten. Seine Rücksichtnahme auf die bayrischen Wünsche wurde dadurch verstärkt, dass für den Herbst 1873 neue Wahlen zum Reichstag bevorstanden,

und Bismarck wollte vermeiden, dass die bayrischen Partikularisten aus einer Majorisierung Bayerns in der Papiergeldfrage Kapital schlagen könnten. Deshalb beschloss der Bundesrat am 21. Juni unter Bismarcks Einwirkung, der in der entscheidenden Sitzung selbst den Vorsitz führte, die Abstimmung über den sächsischen Entwurf auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Der Sessionsschluss des Reichstags war auf den 25. Juni anberaumt, und deshalb war die dritte Lesung des Münzgesetzes auf Montag, 23. Juni auf die Tagesordnung gesetzt worden, obwohl vom Bundesrat noch keine Erklärung vorlag. Nach der Abstimmung vom 21. Juni musste die Reichsregierung mit leeren Händen vor dem Reichstag erscheinen. Die Gefahr, dass das Münzgesetz scheitern könnte, war also brennend.

Bismarck liess noch am Abend des 21. Juni Bamberger zu sich rufen, um mit ihm die durch die Abstimmung im Bundesrat entstandene Lage zu besprechen. Den Inhalt der Unterredung gebe ich nach den Aufzeichnungen Bambergers wieder, die er mir vor einigen Jahren für meine „Geschichte der deutschen Geldreform“ zur Verfügung gestellt hat.

Der Kanzler war erregt und hielt Bamberger eine lange Anrede. Er sei im ganzen offiziellen Preussen der einzige deutsch und reichsmässig gesinnte. Er wolle nicht, dass die Wahlen in Bayern unter Hinweisung auf eine Majorisierung Bayerns in der Papiergeldfrage verschlechtert würden. Um zu verstehen, dass Bayern hier kein Unrecht geschehe, müsse man mehr Einsicht haben, als dem Wähler zuzutrauen sei. Er folge hierin den Angaben von Bambergers liberalen Kollegen aus Bayern. Gerade dass das bayrische Papiergeld aus dem Krieg von 1866 datiere, sei das Üble. „Ich habe,“ sagte Bismarck, „im Jahre 1871 gewollt, man solle den süddeutschen Staaten ihre Kontribution von 1866 aus den Kriegsentschädigungsgeldern Frankreichs zurückgeben. Diesen Wunsch hätte man mir doch wohl erfüllen können! Ich hätte ja für Deutschland ebenso gut eine halbe Milliarde weniger ausbedingen können. Und die 200 Millionen von Paris, wer anders hat denn die dem König geradezu auf den Tisch gelegt, als ich! Aber damals, als ich dieses Ansinnen stellte, begann der König an die Erzählung zu glauben, dass es in meinem Kopfe nicht ganz richtig sei.“ —

„Ich stellte ihm nun die Frage," so heisst es in Bambergers Aufzeichnungen weiter, „welche der beiden Lösungen, den alten Artikel 18 oder die Substanz des sächsischen Vorschlages, er vorziehe. Aber er hatte sich offenbar weder mit dem einen noch mit dem andern vertraut gemacht. Jetzt erst merkte ich, worauf er hinaus wollte: auf das Unglaubliche, dass ich das Münzgesetz in dieser Session unvollendet stehen lassen sollte. Dieser Gedanke war so absurd selbst für Bismarcks Reichspolitik, so zweckwidrig und geradezu unmöglich, dass ich mir anfangs selbst nicht glauben wollte, richtig verstanden zu haben.

„Da sagte er kalt-verdriesslich:

„„Sobald Sie's fertig machen wollen, ist es mir einerlei, wie!""

Nun verstand ich erst, und ich kann mir diesen Gedankengang nicht anders erklären, als damit, dass er das unfertig gebliebene Münzgesetz als socium malorum zum unerledigten Militärgesetz dem Könige zu Füssen legen wollte. Ich erklärte ihm nun rund heraus, daran sei nicht zu denken. Wollte ich mich auch zu einem solchen Unternehmen hergeben, so würde meine Autorität in diesen Dingen nicht hinreichen, diesen selbstmörderischen Akt durchzusetzen. Alles, was ich damit erreichen könnte, wäre, mich selbst zu ruinieren. Ich sagte: „Sie mögen Ihre Politik darin haben, aber der Reichstag muss auch seine Politik der Selbsterhaltung haben, und schliesslich fällt diese doch mit der Ihrigen zusammen."

„Als ich am Ende der Besprechung fragte, ob er für keines der beiden Projekte eine Präferenz habe, setzte ich, um ihn zu orientiren, dazu:

„„Das eine wird Preussen unangenehm sein, das andre Bayern. Was ziehen Sie vor?"

„Da sagte er lachend:

„„Nun, dann seien Sie lieber Preussen unangenehm!"" —

Es handelte sich nun darum, das möglichste zu thun, um das Münzgesetz zu retten und gleichzeitig einige für den Bundesrat annehmbare Bestimmungen über das Staatspapiergeld zu treffen. Der von einigen Doktrinären, welche die gänzliche Abschaffung des Papiergeldes verlangten, vertretene Standpunkt war aussichtslos und hätte nicht nur die Papiergeld- und Bank-

reform für lange Zeit unmöglich gemacht, sondern auch das Münzgesetz zu Fall gebracht. Die zweite Möglichkeit, Bismarcks Rat zu folgen und Bayern zuliebe den alten Artikel 18 noch einmal vorzuschlagen, hätte kein besseres Resultat erzielt, weil keine Aussicht war, dass die Majorität des Bundesrates sich mit diesem schon einmal abgelehnten Antrag befreunden könnte. Dagegen wusste man, dass der Bundesrat geneigt war, das Papiergeld der Einzelstaaten zu beseitigen, unter der Bedingung, dass an dessen Stelle — allerdings in geringerem Betrag — ein Reichspapiergeld geschaffen und an die Einzelstaaten zur Erleichterung der Einziehung ihres Landespapiergeldes verteilt werde. Nur auf dieser Grundlage war, wie die Dinge lagen, eine Einigung zu erzielen.

Aus dieser Erwägung heraus stellte Bamberger, als am 23. Juni 1873 die dritte Lesung des Münzgesetzes wieder aufgenommen wurde, folgenden Antrag:

„Das von den einzelnen Bundesstaaten ausgegebene Papiergeld ist spätestens bis zum 1. Januar 1876 einzuziehen und spätestens sechs Monate vor diesem Termin öffentlich aufzurufen. Dagegen wird nach Massgabe eines zu erlassenden Reichsgesetzes eine Ausgabe von Reichspapiergeld stattfinden. Das Reichsgesetz wird über die Ausgabe und den Umlauf des Reichspapiergeldes, sowie über die den einzelnen Bundesstaaten zum Zweck der Einziehung ihres Papiergeldes zu gewährenden Erleichterungen die näheren Bestimmungen treffen."

Im Reichstag erläuterte Bamberger seinen Antrag folgendermassen:

Der neue Artikel 18 enthalte die absolute Bestimmung, dass das Staatspapiergeld bis zum 1. Januar 1876 verschwinden müsse; er spreche ferner von Erleichterungen, die den Einzelstaaten bei der Zurückziehung ihres Papiergeldes gewährt werden sollten. „Es ist," fuhr er fort, „als eine dieser Erleichterungen angedeutet die Ausgabe von Papiergeld, welche zwar noch in einem andern Sinn als nötig und nützlich gefasst werden kann, welche aber hier doch zunächst entsprungen ist aus dem Gedanken, dass sie eines der Erleichterungsmittel bieten kann. Dieser Gedanke wäre wohl meinen Herrn Mitantragstellern und mir nicht gekommen, wenn wir nicht die Gesetzesvorlage gekannt hätten, mit welcher die verbündeten Regierungen sich

bisher beschäftigt haben. Er ist einfach daraus entsprungen, dass wir uns, als wir noch nicht wussten, ob diese Vorlage nicht zu einem Gesetzentwurf reif würde, in uns darüber schlüssig zu machen hatten, ob wir die bewusste Vorlage mit Modifikationen zwar, aber doch mit dem Grundgedanken einer beschränkten Reichspapiergeld-Emission, schliesslich akzeptieren würden oder nicht." Er erklärte sich im Prinzip als einen Gegner des Papiergeldes überhaupt; aber er sei bereit, eine praktisch unschädliche Konzession zu machen, um das Münzgesetz vor einem schmählichen Untergang zu retten. Der wahre Sinn des Art. 18, wie er gewesen sei und wie er jetzt vorgeschlagen werde, sei einzig und allein, „dass ein unwiderstehliches Compelle existiert, auf dass uns ein Bank- und Papiergeldgesetz vorgelegt werde."

Der Antrag Bambergers wurde vom Reichstag mit grosser Majorität angenommen, und auch der Bundesrat erklärte sich mit ihm einverstanden. Dadurch war das Münzgesetz gerettet und gleichzeitig die Frage der Banknoten und des Papiergeldes in wirksamer Weise in Angriff genommen. Das Münzgesetz wurde am 9. Juli 1873 publiziert.

VI.

Die Reform des Papiergeldes.

Wie notwendig es war, dass der Reichstag durch den dem Münzgesetz angehängten Schlussartikel den Bundesrat förmlich dazu zwang, die Ordnung des Papierumlaufs vorzunehmen, zeigt sich darin, dass die Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Regierungen in dieser Frage fortdauerten. Namentlich in der Frage der Bankreform lag bei dem Widerstand Camphausens gegen eine Reichsbank eine Einigung in so weiter Ferne, dass sich das Reichskanzleramt, trotz des erfolgreichen Protestes Bayerns gegen eine isolierte Ordnung des Staatspapiergeldes, zu Beginn des Jahres 1874 entschloss, abermals die Papiergeld-

frage isoliert zur Verhandlung zu bringen. Bayern protestierte von neuem, wurde aber diesmal überstimmt.

Die Grundlagen der Beratung bildete der im Juni 1873 unerledigt gebliebene sächsische Entwurf. In der Fassung, wie er schliesslich vom Bundesrat angenommen und an den Reichstag weiter gegeben wurde, war sein wesentlicher Inhalt der folgende:

Die Summe der auszugebenden Reichskassenscheine sollte 120 Millionen Mark betragen (ein Thaler pro Kopf der Reichsbevölkerung). Davon sollte jeder Bundesstaat einen seiner Bevölkerung entsprechenden Anteil erhalten. Ausserdem sollten diejenigen Staaten, welche mehr Staatspapiergeld ausgegeben hatten, als ihr Anteil an den Reichskassenscheinen betrug, einen zinsfreien Vorschuss bis zu zwei Drittel des überschiessenden Betrags erhalten, und zwar gleichfalls in Reichskassenscheinen; dieser Vorschuss sollte im Lauf von 15 Jahren in gleichen Jahresraten zurückgezahlt werden. Der Reichskanzler sollte ermächtigt werden, Reichskassenscheine über den Grundbetrag von 120 Millionen Mark hinaus bis zu der Höhe der zu leistenden Vorschüsse auszugeben.

Die Reichskassenscheine lauten auf Beträge von 5 Mark, 20 Mark und 50 Mark. Zu ihrer Annahme im Privatverkehr ist niemand gezwungen, während die öffentlichen Kassen des Reichs und der Bundesstaaten sie jederzeit zu ihrem Nennwert annehmen müssen. Die Reichskassenscheine werden von der Reichshauptkasse auf Verlangen des Inhabers zu ihrem Nennwert in kursfähigem deutschem Geld eingelöst.

Im Prinzip hatte der Reichstag durch die Annahme der Formulierung, welche Bambergers Antrag dem Art. 18 des Münzgesetzes gegeben hatte, sich mit diesen Bestimmungen bereits einverstanden erklärt. Wenn man überhaupt ein staatliches Papiergeld bestehen lassen wollte, dann war ein einheitliches Reichspapiergeld sicher ein grosser Fortschritt gegenüber dem Landespapiergeld, das von 21 verschiedenen Staaten ausgegeben war, zumal wenn damit eine erhebliche Verringerung des gesamten Staatspapiergeldes verbunden war.

Aber gerade in diesem letzteren Punkt entsprach der Gesetzentwurf nicht den Erwartungen. Zwar waren damals im ganzen 184 Millionen Mark an Landespapiergeld ausgegeben,

und an deren Stelle sollten nur 120 Millionen Mark in Reichskassenscheinen treten. Aber diese Verminderung um ein Drittel sollte erst im Verlauf von 15 Jahren voll durchgeführt werden. Der an die Staaten mit grosser Papiergeldausgabe zu leistende Vorschuss belief sich auf mehr als 54 Millionen Mark. Die vorläufige Gesamtausgabe von Reichskassenscheinen stellte sich mithin auf mehr als 174 Millionen Mark, was eine Verminderung um nur 10 Millionen Mark gegenüber dem bisherigen Stand bedeutete.

Wenn Bamberger bei der Beratung des Münzgesetzes dafür eingetreten war, dass man in der Schaffung des Reichspapiergeldes eine Konzession machen solle, auch wenn man von dessen Notwendigkeit nicht überzeugt sei, so hatte er doch mindestens auf eine sofortige und starke Verringerung des Papiergeldes, die im Interesse der Durchführung der Münzreform dringend geboten war, mit Sicherheit gerechnet. Er wendete sich nun mit Nachdruck gegen das System der Verteilung der Reichskassenscheine und der Vorschussleistung in Reichskassenscheinen, um eine sofortige stärkere Reduktion des Papierumlaufs durchzusetzen. Seine Anregung, diejenigen Staaten, welche mehr Reichspapiergeld erhielten, als sie Landespapiergeld einzuziehen hatten — unter diese gehört vor allem Preussen — sollten auf den sofortigen Bezug des Mehrbetrags verzichten und diesen zur Vorschussleistung an die übrigen Staaten zur Verfügung stellen, stiess auf lebhaften Widerstand, namentlich bei Camphausen. Bamberger verzichtete darauf, einen Antrag in dieser Richtung zu stellen, da er im Bundesrat — wenn nicht schon im Reichstag — doch abgelehnt worden wäre. Um jedoch die im Interesse der Münzreform notwendige Verminderung des Papierumlaufs trotzdem zu erreichen, beantragte er, die den Einzelstaaten zu gewährenden Vorschüsse nicht in Reichskassenscheinen sondern in Bargeld zu gewähren; der dem Reichsfiskus daraus erwachsende Zinsverlust dürfe nicht in Betracht kommen gegenüber der Erschwerung, welcher der Münzreform aus einer zu grossen Papiergeldausgabe erwachse.

Es traf sich unglücklich, dass die Aufmerksamkeit des Reichstags damals durch andere Dinge so sehr in Anspruch genommen war, dass Bambergers Worte nicht das gewohnte Gehör fanden. Die damals zur Beratung stehende Militärvorlage

und der Kulturkampf beherrschten das parlamentarische Leben. Dazu kam noch, dass die zweite Beratung, welche für das Schicksal des Gesetzes ausschlaggebend war, am letzten Sitzungstag vor Ostern begann und so durch die Osterferien in einer Weise auseinandergerissen wurde, welche die ohnehin schon stark abgelenkte Aufmerksamkeit völlig zerstörte.

Wesentlich diesen ungünstigen Verhältnissen ist es zuzuschreiben, dass Bamberger dieses Mal trotz des Aufgebots seiner ganzen eindringlichen Beredsamkeit nicht durchdrang. An Stelle seines Antrags wurde ein Vermittlungsvorschlag angenommen, nach welchem die Vorschüsse an die Einzelstaaten, soweit es die baren Bestände der Reichskasse gestatteten, in barem Geld gewährt werden sollten, soweit sie es nicht gestatteten, in Reichskassenscheinen.

So notwendig — wie sich später deutlich zeigte — eine möglichst grosse Verminderung des Papierumlaufs gewesen wäre, so haben es die Bestände der Reichskasse doch niemals gestattet, auch nur den kleinsten Teil der Vorschüsse in Bargeld zu leisten. Trotz aller Anstrengungen Bambergers blieb es bei einer anfänglichen Ausgabe von 174 Millionen Mark in Reichskassenscheinen.

Ebensowenig gelang es Bamberger in einem andern Punkt einen Erfolg zu erzielen. Er sprach vergeblich gegen die Bestimmungen, dass die Reichskassenscheine im privaten Verkehr keinen gesetzlichen Kurs haben, und dass die Reichshauptkasse zu ihrer Einlösung verpflichtet sein sollte. Solange sie freiwillig angenommen würden, brauche man freilich niemanden zur Annahme zu zwingen; wenn aber einmal unglückliche Ereignisse den Reichskredit erschüttern sollten, dann werde man genötigt sein, nachträglich den Zwangskurs für die Reichskassenscheine einzuführen. Die Einlösungspflicht für das Reich auszusprechen, erschien ihm direkt verwerflich, wenn man keinen Fonds dafür bereitstellen wolle. Die Einlösbarkeit sei in ruhigen Zeiten unnötig; aber sie müsse gerade dann versagen, wenn sie in kritischen Zeiten zur Aufrechterhaltung des Wertes der Reichskassenscheine notwendig werde.

Die Richtigkeit dieser Ausführungen lässt sich nicht bezweifeln, aber die Ängstlichkeit gegenüber allen papiernen Zahlungsmitteln, die später bei der Bankreform noch viel mehr

hervortrat, klammerte sich an die in dem Entwurf enthaltenen Kautelen, die in schwierigen Zeiten nicht aufrecht erhalten werden können, und die Bamberger deshalb mit Recht als ein „gemaltes Fenster“ und als einen „Pelz für die Hundstage“ bezeichnete.

So bot der Verlauf der Verhandlungen das traurige Bild, dass man die Vorsicht, wo sie wirklich angebracht war — bei der Bemessung des Ausgabebetrags —, den fiskalischen Interessen des Reichs und der Einzelstaaten opferte und sich dafür in formellen Kautelen, die jedes praktischen Wertes entbehren, entschädigte.

VII.

Die Bankreform.

Bereits zu verschiedenen Malen ist hervorgehoben worden, welch grosse Wichtigkeit Bamberger demjenigen Teil des Reformwerkes beilegte, der die Reform der Notenbanken betraf. Die Banknote ist ein integrierender Bestandteil des modernen Geldwesens, dessen Bedeutung für den ganzen Mechanismus des Zahlungsverkehrs kaum zu hoch veranschlagt werden kann. Deutschland war in der Entwicklung des Notenwesens sehr zurückgeblieben; erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sind Notenbanken in grösserer Zahl entstanden, und zwar meist in kleineren deutschen Territorien, während die grösseren Staaten sehr zurückhaltend mit der Konzession von Notenbanken waren. Mit dieser unvollkommenen thatsächlichen Ausbildung des Notenwesens stand in Verbindung die Unreife der Vorstellung von der Berechtigung und den Funktionen der Zettelbanken. Die Erkenntnis der Unentbehrlichkeit der Banknote in Verbindung mit der Abneigung der grösseren deutschen Staaten gegen die Begründung von Notenbanken führte dazu, die „Bankfreiheit“ eine Zeitlang populär zu machen. Jedermann sollte das Recht haben, eine Bank zu gründen und Noten auszugeben.

Andrerseits wurden durch die falschen Geschäftsgrundsätze und die Missbräuche einzelner kleinstaatlichen Notenbanken, denen es nicht auf die Erfüllung irgendwelcher volkswirtschaftlicher Funktionen, sondern lediglich auf den Zinsgewinn aus ihrer ungedeckten Notenausgabe ankam, die Ansichten über das Wesen und die Berechtigung der Banknoten verwirrt und Bestrebungen hervorgerufen, die auf eine gänzliche Unterdrückung, jedenfalls aber auf eine möglichste Einschränkung der metallisch nicht gedeckten Banknoten hinausgingen.

Wenn die öffentliche Meinung für eine sachgemässe Neuordnung auf diesem Gebiet gewonnen werden sollte, dann musste sie in erster Reihe über die hier in Betracht kommenden Grundbegriffe aufgeklärt werden. An dieser Aufklärungsarbeit hat sich Bamberger in grossem Umfang beteiligt. Vor allem ist hervorzuheben seine Schrift „Die Zettelbank vor dem Reichstag", die im Herbst 1874 gerade rechtzeitig zu den parlamentarischen Verhandlungen über die Bankreform erschien.

Diese Schrift ist heute noch ein Muster von gemeinverständlicher Darstellung eines schwierigen volkswirtschaftlichen Problems. Mit vollendeter Klarheit, die nichts im Dunkeln lässt, und mit einer geistreichen Eleganz, die fortgesetzt die Aufmerksamkeit in der angenehmsten Weise wachhält, so dass die Belehrung sich nicht als eine Mühe, sondern als ein Genuss darstellt, erörtert die Schrift von Grund aus die Bedeutung der Banknote im modernen Geldwesen.

Gegenüber den Gegnern der metallisch nicht vollgedeckten Banknoten hebt die Schrift mit Nachdruck und Klarheit hervor, dass nur ein zum Teil auf der bankmässigen Deckung durch discontierte Wechsel beruhender Notenumlauf dem Geldwesen die zur Anpassung an die Veränderungen des Geldbedarfs unbedingt erforderliche Elastizität verleihen kann. „Wie die Elastizität des Dampfes die Trägerin der modernen Industrie ist, so ist die Elastizität der Banknote die Trägerin des modernen Handels, des unentbehrlichen Ergänzers der Industrie."

Es wird dann ausgeführt, wie dieser Zweck zwar nur erfüllt werden kann durch eine nicht an volle metallische Deckung gebundene Banknote, andrerseits jedoch nur durch eine Note, deren Einlösbarkeit gegen Metallgeld jederzeit sicher gestellt ist; wie ferner die Verbindung der möglichsten Elastizität mit der

möglichsten Sicherheit nur unvollkommen durch gesetzliche Vorschriften über die Bardeckung oder die gesetzliche Begrenzung des ungedeckten Notenumlaufs erreicht werden kann, dass dieser Zweck vielmehr nur zu erreichen ist, durch die Beschränkung der Aktivgeschäfte der Zettelbanken auf die Gewährung von kurzfristigem Kredit, namentlich im Wege der Wechseldiscontierung und vermittelst einer durch keine mechanischen Vorrichtungen zu ersetzenden Handhabung der Zinspolitik, deren sachgemässe Ausübung ihrerseits an gewisse Voraussetzungen in der Organisation der Zettelbanken gebunden ist.

Diese Erfordernisse sind vor allem der grosse Massstab und die Einheit des Notenwesens. Je grösser das Geschäftsbereich einer Zettelbank ist, desto geringer wird die Gefahr eines überwältigenden Rückflusses von Noten zur Einlösung, desto leichter ist andrerseits die Beschränkung auf die für eine Zettelbank allein geeigneten Geschäftszweige durchzuführen. Das Hauptmoment aber ist: „Die Grösse des Massstabs bedingt den Massstab der zulänglichen Einsicht in Sachen der obersten Leitung. Auf Fühlung, auf stetig und von allen Seiten zufliessende Information kommt es an, um rechtzeitig die Segel zu reffen und nachzulassen." Damit ist zugleich das Erfordernis der Bankeinheit gegeben: nur von einem alles überschauenden Mittelpunkt aus ist eine vollkommen sachgemässe Behandlung der Notenausgabe denkbar. Dazu kommt das Gewicht der Verantwortlichkeit, welches die Leitung einer Zentralbank zur äussersten Gewissenhaftigkeit und Vorsicht zwingt. Geteilte Verantwortlichkeit ist aber keine Verantwortlichkeit.

„Endlich — so führte Bamberger weiter aus — sprechen dieselben Gründe, welche für die Einheit des Münzwesens gelten, für die Einheit der Notenausgabe. Wer hat sich nicht mit der vollsten Überzeugung dem jüngst bei uns nach langem Ringen duchgesetzten Prinzip angeschlossen, dass nur das Reich münzen, dass dieselben Wertzeichen, und diese ausschliesslich, im ganzen Reich gelten sollen! Aber Banknoten sind Geld. Mögen die Theoretiker über ihre Natur streiten, wie die Theologen über die der Dreieinigkeit, für die Welt der thatsächlichen Vorgänge sind sie Geld, sollen sie Geld sein!"

Die Notwendigkeit einer Zentralnotenbank als entschieden angenommen, frage es sich, wie dieses Institut in seinem Ver-

hältnis zum Staat beschaffen sein solle. Schon weil mit dem Grundsatz der Einheit ein Monopol geschaffen sei, verstehe es sich von selbst, dass ohne eine gewisse staatliche Kontrolle keine Zettelbank bestehen dürfe. Die Frage sei deshalb nur: soll die Bank der Staatshoheit ganz und gar unterstehen, oder soll auch das Element der Privatinteressen, und bis zu welchem Grade in ihr Thun und Lassen hineinreichen? Die Frage wird zu gunsten der Mitwirkung des privaten Kapitals entschieden, auf Grund der Argumente, welche noch heute für das sogenannte „gemischte System" gegenüber der reinen Staatsbank in den wichtigsten Staaten von der Praxis und der Theorie als ausschlaggebend anerkannt sind.

Die letzten Verhandlungen über die Erneuerung des deutschen Bankgesetzes (1899) haben abermals erkennen lassen, wie sehr nicht nur in den weiten Kreisen der öffentlichen Meinung, sondern auch innerhalb der ausgewählten Anzahl der zur Mitwirkung an der wirtschaftlichen Gesetzgebung Berufenen die klare Einsicht in die Grundelemente des Geld- und Bankwesens fehlt. Je mehr man daran zweifeln muss, ob es jemals auch den allerbesten Schriften gelingen wird, eine nachhaltige Aufklärung herbeizuführen, desto dringender ist die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung von Fall zu Fall zu unterrichten; und dieser Zweck ist durch die Bamberger'sche Schrift über die Zettelbank in der Zeit der Schaffung der deutschen Bankverfassung in einer geradezu vorbildlichen Weise erfüllt worden.

Während sich die öffentliche Meinung immer mehr zu einer gewissen Klarheit und Einhelligkeit bezüglich der Ziele der Bankreform durcharbeitete, erfuhren die praktisch-politischen Schwierigkeiten, welche sich der Einbringung eines Bankgesetz-Entwurfs entgegenstellten, keine Verminderung.

Als zu Beginn des Jahres 1874 im Bundesrat das im Juni 1873 unerledigt gebliebene Reichskassenscheingesetz wieder hervorgeholt worden war, hatte Delbrück, um die Proteste Bayerns zu beschwichtigen, das Versprechen gegeben, er werde im Herbst 1874 dem Bundesrat so frühzeitig einen Bankgesetzentwurf vorlegen, dass er im Bundesrat bis zum Beginn der Reichstagssession erledigt werden könne. Ebenso hatte Camphausen bei der ersten Lesung des Reichskassenscheingesetzes im Reichstag

für den Herbst 1874 einen Bankgesetzentwurf in sichere Aussicht gestellt; freilich hatte er hinzugefügt, es sei ihm zweifelhaft, ob man sich in einer Session über den höchst verwickelten Gegenstand werde einigen können.

Allerdings gehörte das Problem der Bankreform juristisch zu den schwierigsten Teilen der ganzen Geldreform. Die Frage, wie eine auf gesunden Prinzipien beruhende Neuordnung sich mit den wohlerworbenen Rechten der bestehenden 33 Notenbanken vereinbaren lasse, war an sich schon kompliziert genug; dazu kamen noch die Meinungsverschiedenheit darüber, ob man eine Reichsbank errichten solle, und wie die zu errichtende Reichsbank sowohl an sich als auch in ihrem Verhältnis zu den übrigen Notenbanken beschaffen sein solle.

Die Meinungsverschiedenheit über die Errichtung einer Reichsbank war es jedoch ausschliesslich, welche seit dem Jahre 1872 die Einbringung eines Bankgesetz-Entwurfes verzögert hatte; über die andern Punkte hatte man sich innerhalb der Reichsregierung und der preussischen Regierung geeinigt. Da Camphausen auch nach der Erledigung der Papiergeldfrage auf seinen Widerstand gegenüber einer Reichsbank beharrte, entschloss sich das Reichskanzleramt zu vorläufigem Nachgeben. Im Juli 1874 wurde dem Bundesrat ein Bankgesetz-Entwurf vorgelegt, der weder in seinem Text noch in seiner Begründung ein Wort über die Reichsbank enthielt, sondern sich damit begnügte, Normativbestimmungen für die bestehenden Notenbanken zu erlassen.

Der Entwurf ging zwar von dem Satz aus, dass kein Privilegium die staatlichen Hoheitsrechte in dem Erlass allgemeiner Vorschriften beschränken könne; aber die von den wohlerworbenen Privatrechten unabhängigen allgemeinen Vorschriften wurden in dem Entwurf selbst so eng gefasst, dass sie unmöglich zu den in Aussicht genommenen Zielen der Bankreform, deren wichtigste die Einschränkung und bankmässige Deckung des nicht metallisch gedeckten Notenumlaufs waren, hätten führen können.

Zur Ergänzung der „allgemeinen Vorschriften" dienten Bestimmungen, deren Annahme den Notenbanken formell freigestellt wurde. In Wirklichkeit jedoch suchte der Entwurf die Unterwerfung unter diese fakultativen Vorschriften zu erzwingen, indem er die Banken, welche die Unterwerfung verweigern sollten, in ihrem gesamten Geschäftsbetrieb in formell korrekter Weise auf

das Territorium desjenigen Staates beschränkte, der ihnen ihr Privilegium verliehen hatte. Auf diesem „System des freiwilligen Zwangs" beruhten einige der wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes; so vor allem die Vorschrift, dass stets mindestens ein Drittel der ausgegebenen Noten durch Metall und Reichskassenscheine gedeckt sein müsse, ferner die Beschränkung der Aktivgeschäfte auf das Diskont- und Lombardgeschäft und der Verzicht auf alle Privilegien, welche vom 1. Januar 1891 an einer einheitlichen Regelung des Bankwesens im Wege stehen würden.

Unter den allen Notenbanken als zwingendes Recht auferlegten Vorschriften war — neben der später im Reichstag beseitigten Besteuerung des gesammten metallisch nicht gedeckten Notenumlaufs um 1% per annum — am wichtigsten die sog. indirekte Kontingentierung des ungedeckten Notenumlaufs. Dieses System, das im Bankgesetz verwirklicht worden ist, beruht darauf, dass jeder einzelnen Notenbank ein bestimmtes Kontingent an Noten, die durch Bargeld nicht gedeckt sind, zugewiesen ist; überschreitet die Notenausgabe diese Summe, so hat die Bank vom Überschuss eine Steuer von 5% per annum an das Reich zu entrichten. Durch diese Steuer sollen die Notenbanken genötigt werden, einer Ausdehnung ihres Notenumlaufs über das ihnen zugewiesene Kontingent hinaus urch einen Diskont von mindestens 5% entgegenzuwirken; der Zweck ist also eine gewissermassen mechanische Regelung der Diskontpolitik der Notenbanken.

Dieses System der indirekten Kontingentierung ist nächst der Frage der Errichtung einer Reichsbank am meisten umstritten worden. Es ist hervorgegangen aus den Bestrebungen, durch gesetzliche Bestimmungen eine Verminderung des ungedeckten Notenumlaufs herbeizuführen. In gewisser Beziehung lehnt es sich an das englische Bankgesetz, die sog. Peels-Akte an, aber es berücksichtigt in kluger Weise die Erfahrungen, welche England mit der Kontingentierung der Notenausgabe gemacht hat. Die Peels-Akte setzt für die Bank von England ein Kontingent ungedeckter Noten fest, das überhaupt nicht überschritten werden darf; sie hat dadurch in kritischen Zeiten, wenn sich die Notenausgabe der Grenze näherte, mehrfach zu einer Beschleunigung und Verschärfung der Panik geführt, die dann zu einer zeitweiligen Aufhebung der Bankakte nötigte. Diesen Missstand wollte

der deutsche Bankgesetzentwurf von vornherein vermeiden, indem er ein Überschreiten der Kontingentsgrenze gestattete, aber einer solchen Uberschreitung gleichzeitig durch die fünfprozentige Steuer entgegenwirkte.

So fein erdacht das ganze System ist, so hat doch seine fünfundzwanzigjährige Wirksamkeit den Beweis erbracht, dass jede mechanische Regelung der Diskontpolitik verfehlt ist. Es kommt für die Notenbanken nicht nur auf die Grösse, sondern vor allem auch auf die Art des an sie herantretenden Geldbedarfs an, und deshalb kann auch der künstlichste Mechanismus nicht den Kopf des Bankleiters ersetzen. Damals jedoch wurde bei der allgemeinen Abneigung gegen die ungedeckten Noten, die teils auf wirklichen, teils auf vermeintlichen Missbräuchen beruhte, jede Massregel mit Freuden begrüsst, welche sich gegen die ungedeckten Noten richtete. —

Im Bundesrat vermisste man zwar in dem Entwurf die fast von allen Seiten erwartete Reichsbank, aber man gab sich zufrieden, als Delbrück erklärte, dass der Entwurf der Errichtung einer Reichsbank nicht präjudiziere, nicht einmal bis zum Jahre 1886, bis zu welchem die Reichsgesetzgebung völlig freie Hand haben werde. Auch im übrigen wurde wenig an dem Entwurf geändert. Nur die Verteilung der Notenkontingente an die einzelnen Notenbanken führte zu komplizierten Verhandlungen.

Um so mehr stiess der Entwurf auf Widerspruch in der öffentlichen Meinung und im Reichstag; hier war man durch das Fehlen der Reichsbank aufs höchste betroffen.

Als am 16. November 1874 die erste Lesung des Bankgesetzentwurfes im Reichstag begann, wusste bereits jedermann, dass die Frage der Reichsbank entscheidend für den ganzen Entwurf sein würde. Die Gruppierung für und gegen eine Reichsbank beruhte sowohl auf politischen als auch auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten. In ersterer Beziehung schieden sich die reichsdeutsch Gesinnten und die Partikularisten, in letzterer Hinsicht standen die Anhänger der Bankfreiheit und möglichster Dezentralisation des Bankwesens denjenigen gegenüber, welche eine Zentralbank für die Durchführung der Münzreform und die Sicherung der Goldwährung als unentbehrlich ansahen.

Nachdem Delbrück die Grundzüge des Entwurfes erläutert hatte, wurde ein Antrag eingebracht, den Entwurf an eine

Kommission zu verweisen, mit dem Auftrag, den Entwurf durch Bestimmungen über die Errichtung einer Reichsbank zu ergänzen.

Nun ergriff Bamberger das Wort zu einer hochbedeutenden Rede.

Den grössten Nachdruck legte er darauf, klar zu machen, dass die Errichtung der Reichsbank eine unbedingte Notwendigkeit sei, und dass sie unter keinem Vorwand verzögert werden dürfe. Wenn aus irgend einem Grunde eine Reichsbank nötig sei, die unter den Augen und dem Einfluss des Reiches arbeiten und die gesamten Geld- und Verkehrsverhältnisse überwachen und beeinflussen könne, dann sei ein solches Institut gerade jetzt zum Zweck der Durchführung der Münzreform absolut unentbehrlich. Eine Zentralbank, welche den rechtzeitigen Ankauf von Gold, die Betreibung der Ausprägungen, die Verhinderung der Goldausfuhr durch gewisse Gegenmassregeln besorge, sei unerlässlich für das ganze Reformwerk. Um die Vorteile eines solchen Instituts hervorzuheben, wies er auf die Bank von Frankreich hin, welche der französischen Republik bei der Abtragung der Kriegsentschädigung in der wirksamsten Weise zu Hilfe gekommen war, und welche den Erfolg erzielt hatte, dass sofort nach Erledigung dieser grossen Zahlungen von allen Seiten wieder Gold nach Frankreich strömte.

Dem Einwand, man müsse vorläufig auf die Errichtung einer Reichsbank verzichten, weil die Meinungen über deren Beschaffenheit noch zu sehr auseinander gingen, stellte er entgegen, dass in dieser Frage das Wie cura posterior sei. „Ich nehme kein Gesetz an," sagte er, „ohne Reichsbank, und ich nehme jedes Gesetz an mit einer Reichsbank."

Von diesem Gesichtspunkt aus behandelte er alle übrigen Bestimmungen des Entwurfs als Fragen zweiter Ordnung. Er erkannte an, dass sowohl das „System des freiwilligen Zwangs" als auch die indirekte Kontingentierung sehr geschickt und klug erdacht seien, aber gerade deshalb war er nicht ganz mit diesen Bestimmungen einverstanden. Eine Zentralbank werde durch eine fortgesetzte Kontrolle der andern Notenbanken und durch eventuelle Repressalien die vorhandenen Missstände viel wirksamer bekämpfen können, als alle die fein gesponnenen Netze, welche der Entwurf über die Banken werfen wollte. „Was mich

anbetrifft," sagte er, „so glaube ich nicht blos, dass die lebendige Thätigkeit eines Zentralinstituts in den schwierigen Verhältnissen, denen wir entgegengehen, unentbehrlich sein werde, sondern ich glaube, dass gerade die Ziele, welche der Gesetzentwurf sich vorsetzt, viel besser als durch den Mechanismus, der in diesem Gesetzentwurf so klüglich auseinander gesetzt ist, erreicht werden könnten durch das Bestehen einer überall waltenden Reichsbank."

Mit besonderer Schärfe wendete er sich gegen den bureaukratischen Geist, aus welchem der ganze Entwurf hervorgegangen war. Die Regierung habe sich mit dem Entwurf in Widerspruch gesetzt zu den Erfordernissen des praktischen Lebens und zu den Wünschen und der Auffassung des deutschen Handelsstandes in seiner beinahe ausnahmslosen Gesamtheit. Vor allem aber warnte er vor dem kleinlichen Partikularismus, der in dem Entwurf zum Ausdruck komme. Mit Wärme appellierte er hier an den Reichskanzler, welcher der Sitzung beiwohnte und den Verhandlungen mit Aufmerksamkeit folgte.

Hinsichtlich der Frage der Reichsbank wurde Bamberger durch eine glänzende Rede Laskers ebenso sehr unterstützt, wie er in seiner Stellungnahme zur indirekten Kontingentierung bekämpft wurde.

Das Gesetz wurde an eine Kommission verwiesen, die sich am 21. November konstituierte und Bamberger zum Berichterstatter wählte.

Der erste Akt der Kommission war, dass mit 13 gegen 4 Stimmen die Erklärung beschlossen wurde,

> „dass die Kommission die Diskussion des Bankgesetzes nicht für wünschenswert erachte, ehe ein Beschluss über die Einführung einer Reichsbank und deren Modalitäten gefasst sei."

Darauf vertagte sich die Kommission, um die Stellungnahme des Bundesrats abzuwarten.

Nun zeigte sich schlagender als in irgend einem anderen Fall, wie wertvoll für das Reichskanzleramt bei seinem Kampf mit dem Partikularismus, namentlich mit dem des preussischen Finanzministers, die Unterstützung des Reichstags war. Während es bisher nicht gelungen war, Camphausens Zustimmung für die Errichtung einer Reichsbank zu gewinnen, beeilte sich dieser

nun, dem Bundesrat seine Vorschläge über die Umwandlung der Preussischen Bank in eine Reichsbank zu machen. Seine Vorschläge fanden im Bundesrat Annahme. Es wurde beschlossen, dass die Reichsbank als ein unter der Leitung und Beaufsichtigung des Reichs stehendes Privatinstitut mit 120 Millionen Mark Grundkapital errichtet werden sollte; die Hälfte des Kapitals sollte durch den Umtausch der Anteilscheine der bisherigen Preussischen Bank in solche der Reichsbank aufgebracht, die andere Hälfte sollte durch die Begebung von Anteilscheinen der Reichsbank beschafft werden. Die gesamte Verwaltungsorganisation wurde derjenigen der Preussischen Bank nachgebildet. Es wurde ihr die selbstverständliche Berechtigung erteilt, im ganzen Reichsgebiet Filialen zu errichten. Die Geschäfte, zu deren Betrieb sie berechtigt sein sollte, wurden genau vorgeschrieben (hauptsächlich Edelmetallhandel, Diskont- und Lombardgeschäft, Ankauf von näher bezeichneten inländischen Schuldverschreibungen, Depositen- und Girogeschäft). Als Gegenleistung für das ihr zu verleihende Privilegium sollte die Reichsbank verpflichtet sein, unentgeltlich die Kassengeschäfte des Reichs zu besorgen, und ausserdem wurde das Reich am Reingewinn beteiligt.

Im übrigen wurde die Reichsbank den für die anderen Notenbanken geltenden obligatorischen und fakultativen Bestimmungen gleichfalls unterworfen. Insbesondere wurde das System der indirekten Kontingentierung der Notenausgabe auch auf sie ausgedehnt, und zwar wurde ihr Kontingent auf 250 Millionen Mark bemessen, mit der Massgabe, dass ihr die Kontingente der allenfalls in Wegfall kommenden Notenbanken zuwachsen sollten.

Über alle diese Punkte wurde im Bundesrat leicht eine Einigung erzielt. Um nicht eine neue Vorlage machen zu müssen und dadurch von neuem eine erste Lesung hervorzurufen, wurde ein Mitglied der Bankgesetzkommission veranlasst, die Beschlüsse des Bundesrats formell als seine Anträge einzubringen und zu vertreten.

Von den eingehenden Verhandlungen der Kommission giebt der von Bamberger verfasste umfangreiche Bericht ein genaues Bild.

Im grossen Ganzen blieb der Entwurf des Bundesrats unverändert. Die Organisation der Reichsbank erfuhr keine ernst-

liche Anfeindung. Dagegen kam es zu lebhaften Erörterungen über die Kontingentierung des ungedeckten Notenumlaufs. Bamberger, welcher die Kontingentierung bereits in der ersten Lesung bekämpft hatte, als die Reichsbank noch nicht im Entwurf enthalten war, widersetzte sich nun aufs Äusserste dem Gedanken, auch die Reichsbank einer derartigen mechanischen Beeinflussung zu unterwerfen. Mehr noch, als gegen den konkreten Vorschlag an sich, wendete er sich gegen den Geist, aus welchem heraus das Kontingentierungssystem selbst von ihm so nahe stehenden Parteifreunden, wie Lasker, befürwortet wurde. Über diesen Meinungsstreit entnehme ich einem Brief, den mir Bamberger gelegentlich einer Erörterung über das Kontingentierungssystem geschrieben hat, folgende Stelle:

„Die Entstehungsgeschichte der Notensteuer ist die: Ursprünglich schwebte Michaëlis, der den Entwurf gemacht hatte, natürlich das Peel'sche System vor. Da er aber zu einsichtig war, um dessen Gefahren zu übersehen, wollte er es nicht nachahmen. Andrerseits lastete die Erinnerung an den Missbrauch, welchen die kleinen Banken der Raubstaaten von der Notenpresse gemacht hatten, noch so auf den Ideen, dass die Beseitigung jeder Schranke Schrecken erregte, besonders bei dem ersten Projekt, das keine Reichsbank schuf. So erfand Michaëlis sinnreich die Notensteuer. Ich war, wie Sie mit Recht konstatieren, dagegen, und wollte, wie bei der französischen Bank, die Notengrenze resp. Diskontbewegung dem vernünftigen Selbsterhaltungstrieb der Bankleitung überlassen. Aber die Tugendbolde der Kommission, an deren Spitze Lasker stand und die im stillen Banken und Börsen als Räuberhöhlen ansahen, schlugen sich auf die Seite von Michaëlis. Wenn ich mich recht erinnere, war Dechend auf der meinigen. So wurde ich nach heftigem Kampf in der Kommission überstimmt. Ich war darüber so unwillig, dass ich anfangs verweigerte, die Berichterstattung zu übernehmen. Schliesslich liess ich mich bereden, weil ich im grossen und ganzen doch das Institut nach meinen Ideen organisiert sah. Es ist Schade, dass Sie das Protokoll der Kommission nicht zu Ihrer Verfügung haben. Sie würden manches daraus ersehen, was in der öffentlichen Verhandlung nicht mehr so scharf hervortrat.

„In der Praxis ist die Sache durch die vernünftige Hand-

habung, die Dechend einführte, abgestumpft worden. Aber im Prinzip haben Sie ganz recht. Als ich bei der Ausarbeitung des österreichischen Bankgesetzes zu Rate gezogen wurde, ob man sich der Notensteuer fügen sollte, riet ich zu — auf Grund unserer Erfahrung —, des lieben Friedens willen darauf einzugehen. In dem österreichischen Bericht finden Sie das zitiert.

„Es ist immer dieselbe misstrauische Unwissenheit in Sachen von Handel und Verkehr, mit der man es zu thun hat." —

Ebensowenig wie die Bemühungen Bambergers in der Kommission hatten später bei der Plenarberatung die Versuche Erfolg, wenigstens eine reichlichere Bemessung des Kontingents der Reichsbank durchzusetzen.

Dagegen gelang es Bamberger, die Aufnahme eines Paragraphen von besonderer Bedeutung zu erreichen, welcher ein ganz neues Element in den Entwurf brachte. Auf seinen Antrag wurde die Bestimmung eingefügt, welche die Reichsbank verpflichtet, Barrengold zum festen Satz von 1392 M. pro Pfund fein gegen ihre Noten umzutauschen. Erst durch diese Vorschrift gewann die von Bamberger mit Recht für überaus wichtig angesehene Funktion der Reichsbank als Vermittlerin zwischen Goldeinfuhr und Münzprägung einen greifbaren Ausdruck. Freilich wurde auch dieser Antrag nicht ohne Widerspruch durchgesetzt. Bei dem starken Misstrauen gegen die Banknoten überhaupt wollte man ungeprägtes Gold als Notendeckung nicht gelten lassen, ein Standpunkt, auf den neuerdings die bimetallistischen Gegner der Reichsbank wieder zurückgekommen sind. Aufserdem herrschte vielfach gänzliche Unklarheit über die Bedeutung und Tragweite des Bambergerschen Antrages. So machte sich der Abgeordnete Schröder-Lippstadt, einer der frühesten Vertreter des Bimetallismus in Deutschland, über den Antrag mit folgenden Worten lustig:

„Die alten Parther haben einmal einen römischen sehr habsüchtigen Triumvir namens Crassus dadurch getötet, dafs sie ihm Gold in den Hals gossen. Wenn sie nicht mehr gehabt hätten, als was jetzt meiner Ueberzeugung nach infolge dieses Paragraphen in die deutsche Reichsbank fliefsen wird, so würde Crassus heute noch leben."

Wie unangebracht es ist, zu prophezeien, wenn man andere verspotten will, das hat sich hier schlagend gezeigt; denn die Reichsbank hat seit ihrer Begründung für mehr als $2\,^1/_2$ Milliarden Mark Gold angekauft.

In Wirklichkeit bildete der durch Bambergers Antrag geschaffene § 14 des Bankgesetzes geradezu den Schlussstein der deutschen Goldwährung. Denn durch diesen Paragraphen erhielt das im Münzgesetz eigentlich nur im Prinzip anerkannte freie Prägerecht erst seine volle praktische Bedeutung. Jedermann konnte nun gegen ein Pfund Feingold 1392 M. in deutschem Geld, das ist nur 3 M. weniger als den Ausmünzungswert, erhalten. Dieses System des Goldankaufs seitens der Zentralbank ist auch dem in Deutschland damals noch nicht durchgeführten System der Goldprägung auf Privatrechnung mit einem gleich niedrigen Abzug vom Ausmünzungswert in mancher Hinsicht überlegen. Vor allem kommt bei der Einlieferung von Gold bei den Münzstätten neben der Prägegebühr noch ein Zinsverlust in Betracht, da die Münzstätten nicht ohne Schwierigkeit zur sofortigen Verabfolgung von geprägtem Geld verpflichtet werden können. Bei der Bank dagegen kann der Umtausch von ungeprägtem Gold gegen Geld Zug um Zug erfolgen. Infolgedessen kann bei dem System des Goldankaufs seitens der Edelmetallarbitrage jede nur augenblickliche Gewinnchance für die Goldeinfuhr benutzt werden, bei dem System der blossen Privatprägung dagegen wegen des unvermeidlichen Zeitverlustes nur einigermassen dauernde Konjunkturen. Von besonderer Wichtigkeit ist schliesslich der Umstand, dafs bei dem System des Goldankaufs alles Gold, das in das Land hereinkommt, zunächst der Zentralbank zufliesst. Dadurch wird einmal ein wichtiges Gegengewicht dagegen geschaffen, dass der Bedarf nach Gold für Exportzwecke sich in erster Reihe an die Zentralbanken zu wenden pflegt, und ferner wird die Zentralbank dadurch weit besser, als es sonst möglich wäre, in Stand gesetzt, die internationalen Beziehungen des heimischen Geldwesens zu übersehen und ihre Diskontpolitik danach einzurichten.

Abgesehen von dieser besonders wichtigen Neuerung blieb das Bankgesetz sowohl in der Kommisson als auch im Plenum in seinen wesentlichsten Zügen unverändert. Es erhielt in der

Fassung, welche ihm der Reichstag gegeben, die Zustimmung des Bundesrats und wurde am 14. März 1875 veröffentlicht.

* * *

Mit dem Bankgesetz war das grofse Werk der deutschen Geldreform, soweit es im Bereich der Gesetzgebung lag, in der Hauptsache abgeschlossen. Das grösste Verdienst an der raschen und im grossen Ganzen überaus glücklichen Erledigung dieser ungewöhnlichen Aufgabe gebührt der Sachkenntnis und Thatkraft der Männer, welche im Bundesrat und im Reichstag die gesunden wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber der Verkehrtheit, entschlossenes Handeln gegenüber der Politik des Tastens und Zögerns, und schliesslich den Reichsgedanken gegenüber dem Partikularismus vertraten. Vor allem ist das Verdienst des Reichstags in dieser grossen gesetzgeberischen Aufgabe nicht hoch genug zu veranschlagen. Nur durch den Reichstag ist eine wirkliche deutsche Münzeinheit an Stelle der vom Bundesrat beschlossenen partikularistischen Münzverfassung geschaffen worden; nur den Beschlüssen des Reichstags ist es zu verdanken, dass frühzeitig genug die notwendigen Schritte zu der auch von der Reichsregierung und dem Bundesrat als Ziel der Münzreform anerkannten Goldwährung geschahen; der Reichstag hat schliesslich das freie Prägerecht für Gold der Regierung förmlich abgerungen und es dann in sachgemässer Weise durch die Bestimmung über den Goldankauf seitens der Reichsbank ergänzt; vor allem aber ist die Reichsbank, die Krone des ganzen Gebäudes, nur durch das entschlossene und zielbewusste Vorgehen des Reichstags ins Leben gerufen worden.

Alle diese Verdienste des Reichstags um die deutsche Geldverfassung sind ebenso viele persönliche Verdienste Bambergers. Fast jede einzelne Verbesserung an den Gesetzentwürfen ist aus seiner Initiative hervorgegangen und hat an ihm ihren sachkundigsten und gewandtesten Verteidiger gefunden.

VIII.

Die Durchführung der Münzreform.

Die Reform des deutschen Münzwesens war nicht ausschliesslich eine gesetzgeberische Aufgabe, sondern sie erforderte auch die Vornahme grofser und schwieriger Operationen verwaltungstechnischer und geschäftlicher Art. Das wichtigste Problem war die infolge des gesetzlich dekretierten Übergangs von der Silberwährung zur Goldwährung notwendige Umwandlung des deutschen Geldumlaufs: der grösste Teil des vorhandenen Silbergeldes musste aus dem Verkehr gezogen und durch Goldgeld ersetzt werden. Die Ergebnisse der Silbereinziehung haben gezeigt, dass damals etwa 1530 Millionen Mark Silbergeld in Deutschland vorhanden waren; davon konnten bei der damaligen Bevölkerung nicht viel mehr als 450 Millionen Mark beibehalten werden, um unter der Goldwährung dem Bedarf an Silberscheidemünzen Genüge zu thun. Es blieben mithin etwa 1080 Millionen Mark Silbergeld gegen Goldgeld auszutauschen; die zu veräussernde Silbermenge belief sich auf etwa 6 Millionen Kilogramm.

Unter normalen Verhältnissen wäre der Verkauf dieser Silbermenge das natürliche Mittel zur Beschaffung des notwendigen Goldes gewesen. Durch die französische Kriegskostenentschädigung wurde jedoch die Beschaffung von Gold im grössten Umfang möglich gemacht ohne eine gleichzeitige Einziehung und Veräusserung von Silber. Das war gewiss eine grosse Erleichterung; denn da die Einziehung des Silbergeldes, die Einschmelzung zu Barren, der Verkauf, die Realisierung des Erlöses in effektivem Gold und schliesslich die Ausprägung des Goldes sich nicht im Handumdrehen hätten bewerkstelligen lassen, sondern längere Zeit in Anspruch genommen hätten, wäre eine zeitweilige Einschränkung des deutschen Geldumlaufs kaum zu vermeiden gewesen. Infolge der Milliardenzahlung konnte nun die Goldbeschaffung unabhängig von der Silbereinziehung und -Verwertung vollzogen werden.

In dieser Erleichterung lag jedoch gleichzeitig eine unverkennbare Gefahr für das ganze Reformwerk, eine Gefahr, die

niemand deutlicher sah und vor der niemand nachdrücklicher warnte als Bamberger. Durch die Lostrennung der Frage der Goldbeschaffung von der Silbereinziehung wurde die Reichsregierung in die Versuchung geführt, die Ausprägung und Ausgabe von Goldmünzen ohne Zusammenhang mit der Silbereinziehung zu betreiben. Die Silberveräusserung war eine überaus schwierige Aufgabe, die nicht ohne beträchtliche finanzielle Verluste durchzuführen war, und es ist nur menschlich, dass man unangenehme Notwendigkeiten solange wie möglich hinausschiebt. Hier aber war Gefahr im Verzug. Wenn die Reichsregierung die Eingänge der Kriegskostenentschädigung dazu verwendete, Gold zu beschaffen und in Verkehr zu bringen, ohne gleichzeitig auf eine entsprechende Verringerung des Silberumlaufs und daneben auch der Papierzirkulation Bedacht zu nehmen, so musste daraus eine Ueberfüllung der deutschen Geldzirkulation entstehen, die ihre naturgemässe Reaktion in einem Geldabfluss nach dem Ausland finden musste. Niemand konnte erwarten, dass die Milliardenzahlung eine dauernde Vermehrung des deutschen Geldumlaufs um viele Hunderte von Millionen Mark herbeiführen würde. Dagegen musste man darauf gefasst sein, dass bei der sinkenden Tendenz des Silberpreises bei dem Eintritt der Gegenwirkung auf die Zirkulation ausschliesslich Gold abfliessen werde, „nach dem — wie Bamberger damals sagte — der Appetit der Länder dermalen viel grösser ist, als nach Silber". Diese Gegenwirkung musste mithin Deutschland wieder zu einem vorwiegenden Silberumlauf zurückbringen, falls die Reichsregierung nicht von vornherein auf eine Verminderung des Silberumlaufs Bedacht nahm. Die daraus entstehenden Unzuträglichkeiten und Gefahren lagen auf der Hand, und sie mussten sich mit jedem weiteren Rückgang des Silberpreises verschärfen.

Um der Regierung von vornherein die Möglichkeit zu geben, mit der notwendigen Silbereinziehung vorzugehen, stellte Bamberger bei der Beratung des Gesetzes, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, den Antrag, einen Paragraphen einzuschieben, der die Regierung zur Einziehung der groben Silbermünzen ermächtigte. Der Antrag wurde angenommen, aber die Regierung machte von der ihr erteilten Befugnis bis zum Erlass des Münzgesetzes von 1873 so gut wie gar keinen

Gebrauch, sondern richtete ihr Augenmerk ausschliesslich auf die Goldbeschaffung und Goldprägung. Bis zum Frühjahr 1873 waren 600 Millionen Mark Reichsgoldmünzen ausgeprägt, dagegen nur für 10 Millionen Gulden = 17 Millionen Mark süddeutsche Silbermünzen zum Einschmelzen bereit gestellt; und selbst diese geringfügige Summe war nicht zur Veräusserung bestimmt, sondern sie sollte in Reichssilbermünzen umgeprägt und in dieser Form dem deutschen Geldumlauf zurückgegeben werden.

Die erste Lesung des Münzgesetzes, die Ende März 1873 stattfand, gab Gelegenheit zur Erörterung der seit dem Ende des Jahres 1871 von der Regierung ergriffenen Massregeln.

Bamberger kritisierte die Unterlassung der Silberabstossung in nachdrücklicher, aber doch in zurückhaltender Weise. Er erkannte die grossen Schwierigkeiten, welche der Veräusserung eines so grossen Silberquantums, wie es Deutschland abzugeben hatte, entgegenstanden, vollkommen an und gab zu, dass man den Zusammenhang zwischen Goldbeschaffung und Silberabstossung nicht allzu peinlich zu nehmen brauche. Er könne sich ganz gut denken, dass man mit Hilfe der Kriegskostenentschädigung den deutschen Goldumlauf interimistisch verstärke, während man den entsprechenden Posten Silber noch nicht los werden könne. Man werde lange mit der Silberabstossung zu thun haben. Denn in Europa sei die Verwendung des Silbers zu Geldzwecken eingeschränkt, und auch der asiatische Silberbedarf sei zurückgegangen. Es sei jedoch mit der Silberveräusserung keine weitere Gefahr verbunden als die eines Zinsverlustes an eingezogenem Silber, „und ich gestehe offen," sagte Bamberger, „so sehr ich die Vorsicht und Sparsamkeit in Regierungssachen wünsche, so halte ich es doch für eine übel angebrachte Sparsamkeit, hier zu sehr auf den Zinsenverlust zu sehen gegenüber den Gefahren, die über uns schweben, wenn wir einen Übergangszustand, wie ich ihn vorher geschildert, so sehr verlängern, dass wir nach dem natürlichen Verlauf der menschlichen Dinge auch einmal Gefahr laufen, in irgend eine Katastrophe, eine politische Kalamität zum Beispiel, hineinzukommen." Er hätte deshalb gewünscht, dass die Regierung von der Befugnis zur Silbereinziehung, deren Erteilung gleichbedeutend mit einem Auftrag gewesen sei, auch wirklich Gebrauch gemacht hätte. Er wolle sich jedoch zurückhalten, solange er nicht

selbst dicht bei der Sache stehe und beurteilen könne, welche praktischen Bedenken vielleicht der Ausführung des natürlichen Gedankens im Wege gestanden hätten; er müsse annehmen, dass die Regierung ihren sehr gewichtigen Grund gehabt habe, nicht so zu handeln, wie er es für nötig gehalten hätte. Bedauern müsse er es aber, wenn nicht alles versucht worden wäre, um wenigstens einen Teil des Silbers schon im voraus los zu werden. An Gelegenheit dazu habe es nicht gefehlt; zu gewissen Zeiten habe die französische Regierung mit Wissen der ganzen Geschäftswelt Silber gekauft und der Markt sei infolgedessen williger gewesen. Solche Momente hätte man benutzen müssen. Ausserdem sei es empfehlenswert, den Versuch zu machen, Silber direkt nach Ostasien abzusetzen. Die grossen deutschen Handelsinstitute verlangten nichts besseres, als durch ein solches Experiment in direkte Verkehrsbeziehungen mit dem Osten zu kommen. Er wisse nicht, warum nach dieser Richtung hin nichts geschehen sei. Ein Beweis, dass man bei gutem Willen Silber verkaufen könne, sei die Thatsache, dass die Hamburger Girobank ihren Silbervorrat von etwa 50 Millionen Mark Banko (= 75 Millionen Mark) bereits abgestossen habe. Jede Verzögerung der Silberabstossung sei eine Schädigung, denn die andern Länder rüsteten sich zum Teil gleichfalls zur Silberabstossung, und es bestehe die Gefahr, dass sie Deutschland zuvorkommen und die Lage des Marktes verschlechtern könnten. „Ich möchte deshalb," so schloss er die Erörterung über diesen Punkt, „dass wir möglichst energisch versichert werden, dass diese Seite unsrer Operationen mit aller nur denkbaren Energie und Vielseitigkeit in Zukunft durchgeführt wird."

Leider fanden diese wohlbegründeten Mahnungen bei der Reichsregierung kein Gehör. Der preussische Finanzminister Camphausen, dessen Meinung in diesen Dingen von besonderem Gewicht für die Regierung war, unterschätzte ganz und gar die Grösse der Aufgabe, um die es sich handelte. Er hielt den Silberumlauf Deutschlands für beträchtlich kleiner, als er in Wirklichkeit war, und vertrat die Ansicht, dass man überhaupt nicht allzuviel Silber werde abstossen müssen. Den Schwerpunkt der Reform sah er nicht in der Ersetzung grosser Silbermassen durch Goldgeld, sondern im wesentlichen sollte nach seiner Auffassung das neue Goldgeld an die Stelle des einzu-

schränkenden Papierumlaufs treten. Wie wir aber bei der Darstellung der Papiergeld- und Bankreform gesehen haben, ist auch die Verringerung des Papierumlaufs erst spät und nur in überaus kleinem Massstab durchgeführt worden.

Hinsichtlich der Silbereinziehung war für die Regierung thatsächlich der Gesichtspunkt massgebend, vor dem Bamberger so eindringlich warnte: die Vermeidung von Zinsverlusten an eingezogenem Silbergeld. Die Regierung erklärte, man könne die Goldausmünzung nicht von der Silbereinziehung abhängig machen, ohne die ganze Reform zu verzögern. Die Silbereinziehung sei abhängig von der Möglichkeit, Silber zu verkaufen, denn man könne das Silber wegen der grossen Zinsverluste nicht aufspeichern.

Ebenso wie die Gefahr von Zinsverlusten die Silber e i n z i e h u n g hemmte, so verzögerte die Furcht vor verhältnismässig geringen Verkaufsverlusten die Silber a b s t o s s u n g. Auch hier wurden Bambergers Warnungen nicht beachtet. Seine Befürchtungen bestätigten sich bald. Noch ehe die Reichsregierung ein Pfund Silber auf den Markt gebracht hatte, wurde in Frankreich und Belgien im September 1873 die bis dahin freie Silberprägung eingeschränkt, und zu Beginn des Jahres 1874 wurde die Silberausmünzung durch einen Vertrag für alle Länder, die zur lateinischen Münzunion gehörten, auf bestimmte Maximalbeträge kontingentiert. Damit war die Silberverwertung abermals in erheblichem Umfang erschwert und die Lage des Silbermarktes, die der Reichsregierung vorher schon zu ungünstig erschienen war, erfuhr eine ganz beträchtliche weitere Verschlechterung.

Bamberger begnügte sich nicht nur mit billigen Ratschlägen. Um alle die Gefahren und Bedenken welche sich einer rechtzeitigen Silbereinziehung und -Veräusserung entgegenstellten, die Spitze abzubrechen, schlug er vor, die Regierung zur Ausgabe von M ü n z s c h e i n e n zu ermächtigen, die der Reichskanzler gegen eingezogenes aber noch nicht veräussertes Silber und gegen angekauftes aber noch nicht ausgemünztes Gold emittieren sollte. Die Niederlande hatten, als sie im Jahre 1848 ihren Goldumlauf in einen Silberumlauf umwandelten, solche Münzscheine mit gutem Erfolg in Anwendung gebracht.

Durch die Ausgabe von Münzscheinen wäre es der Reichs-

regierung möglich gewesen, binnen einer kurzen Zeit alles überflüssige Silber aus dem Verkehr zu ziehen, ohne auf die Verkaufsgelegenheiten zu warten und ohne einen Zinsverlust zu erleiden. Dadurch hätte die Reichsregierung vor allem die so wertvolle Gewissheit über die Grösse der abzustossenden Silbermenge frühzeitig erhalten, und der Camphausensche Optimismus, welcher für die ganze Reform nahezu verhängnisvoll geworden wäre, hätte rechtzeitig seine Widerlegung erfahren. Ferner hätte die Regierung stets verkaufsbereite Silberbestände zur Hand gehabt, welche ihr die sofortige Benutzung jeder günstigen Konjunktur auf dem Silbermarkt ermöglicht hätten. Diese Vorteile waren unverkennbar, und auf der anderen Seite war keinerlei Gefahr mit der Ausgabe von Münzscheinen verknüpft. Sie stellten ja kein Papiergeld im gewöhnlichen Sinn des Wortes dar, sondern durch Edelmetall, das im Umwandlungsprozess begriffen war, voll gedeckte Zertifikate, die mit der Vollendung des Umwandlungsprozesses von selbst wieder verschwunden wären.

Aber dieselbe Abneigung gegen papierne Umlaufsmittel, welcher Bamberger bei der Bankgesetzgebung in der Frage der Notenkontingentierung unterlag, verhinderte auch die Annahme seines Antrags über die Münzscheine. Sowohl die Regierung als auch der Reichstag verhielten sich ablehnend gegen das Projekt, das von vornherein Klarheit über die Grösse der zu bewältigenden Aufgabe geschaffen und dadurch manche Unterlassungssünde verhindert hätte. —

Nur durch die gänzlich falsche Annahme, der deutsche Umlauf werde überhaupt keine grossen Summen von Silbergeld abzustossen haben, lässt sich die Saumseligkeit erklären, mit der die Regierung auch nach dem Erlass des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 die Silberabstossung betrieb, trotz aller Warnungen von sachverständiger Seite und trotzdem die Massregeln des lateinischen Münzbundes ein beschleunigtes Tempo bei der Silberveräusserung dringend wünschenswert erscheinen liessen. Die Silbereinziehung kam wohl in einen etwas lebhafteren Gang, aber das eingezogene Silber wurde zum grossen Teil zur Ausprägung von Reichssilbermünzen verwendet. Der erste Silberverkauf erfolgte im Oktober 1873. Ein starkes Anschwellen des indischen Silberbedarfs in den ersten Monaten

des Jahres 1874 gestaltete die Verhältnisse des Silbermarktes ungewöhnlich günstig; trotzdem waren bis zur Mitte des Jahres 1874 — fast drei Jahre nach Beginn der Reform — erst 375 000 Pfund Silber, die einen Nennwert von etwa 34 Millionen Mark darstellten, zum Verkauf gebracht, während bis zu diesem Zeitpunkt die Vermehrung des Goldumlaufs mehr als 950 Millionen Mark betrug. Zur Verminderung des Papierumlaufs war bis dahin noch nichts geschehen; nur die Austreibung einer Anzahl fremder Münzen, wie österreichischer und holländischer Gulden, die bis 1873 in grossen Mengen in Deutschland umliefen, wirkten — freilich nur in unverhältnismässig geringem Umfang — als Gegengewicht gegen die gewaltige Zirkulationsvermehrung, welche sich aus den verkehrten Massregeln der Reichsregierung ergab.

Die Strafe, welche Bamberger schon im Jahre 1871 in Aussicht gestellt hatte, blieb nicht aus; sie trat sogar rascher ein, als irgend jemand erwartet hätte.

Mit ungeahnter Schnelligkeit leistete Frankreich die Zahlung der fünf Milliarden. Nach dem Frankfurter Friedensvertrag sollten die Zahlungen bis zum 2. März 1874 beendigt sein; eine Spezialkonvention vom 29. Juni 1872 rückte den Termin bis zum 3. März 1875 hinaus. Aber der Wunsch, der Okkupation französischer Gebietsteile durch deutsche Truppen so rasch wie möglich ein Ende zu machen, verbunden mit dem glänzenden Erfolg der französischen Anleihen, veranlasste Frankreich zu neuen Unterhandlungen, deren Ergebnis ein Vertrag war, welcher den Schlusstermin der Zahlungen bereits auf den 5. September 1873 festsetzte. Und in der That gelang es Frankreich, bis zu diesem Tag die ganze gewaltige Summe abzutragen.

Damit hörte die durch die Kriegsentschädigung geschaffene gewaltige Nachfrage nach Zahlungsmitteln für Deutschland auf; freilich nicht sofort. Denn die Kontribution war nur zu einem geringen Bruchteil in Bargeld, zum grössten Teil dagegen in Forderungen, die erst nach einiger Zeit fällig wurden, bezahlt worden. Solange das Ausland darauf Bedacht nehmen musste, die in deutschen Händen befindlichen Forderungen bei ihrem Verfall zu honorieren, wirkte die Milliardenzahlung noch nachträglich als ein Schutz für den deutschen Geldumlauf, indem

sie die Tendenz zum Geldabfluss, welche durch die Überfüllung der deutschen Zirkulation hervorgerufen war, aufwog.

Dieser Schutz hielt vor bis zur Mitte des Jahres 1874.

Es traf sich unglücklich für die Durchführung der Münzreform, dass gleichzeitig mit dem allmählichen Aufhören dieses Schutzes ein anderes Ereignis dahin wirkte, die Tendenz des Geldabflusses zu verschärfen. Die Zeit unmittelbar nach dem Friedensschluss war bekanntlich durch einen unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung ausgezeichnet, der jedoch bereits im Jahre 1873 ein jähes Ende fand. Die Überspekulation führte im Mai 1873 zu dem grossen Börsenkrach, von welchem der Warenhandel und die Industrie vorläufig unberührt blieben. Bald aber zeigte sich, dass die Ausdehnung der Unternehmungen die Grenzen der dauernden Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung weit überschritten hatte; es trat eine Absatzstockung ein und in ihrem Gefolge eine lange und schwere wirtschaftliche Depression. Jede lebhafte wirtschaftliche Thätigkeit erhöht den Bedarf an Umlaufsmitteln, und der Geldbedarf zieht das Geld an und hält es fest. So kam es, dass die gewaltige Zirkulationsvermehrung bis zum Ende des Jahres 1873 vom deutschen Verkehr absorbiert wurde. Der nunmehr eintretende Niedergang verringerte den deutschen Geldbedarf um ein erhebliches. Die gewaltige Fülle der Zirkulationsmittel fand keine volle Verwendung mehr, der Zinsfuss in Deutschland sank beträchtlich unter das Niveau der ausländischen Geldmärkte.

So trat die deutsche Geldfülle, gesteigert durch die infolge der Absatzkrisis eingetretene Verminderung des deutschen Geldbedarfs, am deutlichsten in Erscheinung gerade zu der Zeit, in welcher die Nachwirkungen der Kontribution aufhörten, einem Geldabfluss aus Deutschland entgegenzuwirken.

Die Folge zeigte sich alsbald.

Die deutschen Wechselkurse auf das Ausland, welche seit dem Friedensschluss für Deutschland ausserordentlich günstig gewesen waren, begannen vom Anfang des Jahres 1874 an zu steigen, und sie erreichten im Juli und August 1874 eine Höhe, welche die Ausfuhr von Gold lohnend erscheinen liess. In den folgenden Monaten gingen sie zeitweise beträchtlich über diesen Punkt hinaus, und bei einem starken Goldabfluss nach Brüssel, Paris

und London bildete sich im inneren deutschen Verkehr ein Agio auf Goldgeld.

Die öffentliche Meinung wurde durch diese Ereignisse förmlich alarmiert. Die Kunde von der Goldausfuhr genügte, um, wie Bamberger sich damals ausdrückte, „unter einer wahren Sündflut von thörichten Deutungen alles zu begraben, was irgend an korrekten Vorstellungen im Laufe dreier Jahre auf die Beine gebracht worden war". Der Goldabfluss wurde an sich als etwas unerhörtes, als ein förmliches Nationalunglück hingestellt. Die Gegner der Münzreform nahmen Veranlassung, ihn als Folge des Übergangs zur Goldwährung hinzustellen; die Anhänger des Schutzzollsystems machten die ungünstige Handelsbilanz für den Goldabfluss verantwortlich; die Freunde der Goldwährung jammerten über das Scheitern des Währungswechsels. Die Verwirrung in den Köpfen wurde immer grösser, je länger der Goldabfluss andauerte; sie drohte allmählich zu einer wirklichen Gefahr für die Durchführung der Münzreform zu werden, zu einer grösseren Gefahr, als das ihr zu Grunde liegende Phänomen der Goldausfuhr an sich darstellte.

Um Aufklärung über die wahren Ursachen und die wahre Bedeutung der sensationellen Erscheinung zu schaffen, entschloss sich Bamberger zur Herausgabe einer Schrift, die unter dem Titel „Reichsgold. Studien über Währung und Wechsel" im Jahre 1875 erschien. „Als um die Zeit der Sommerhöhe dieses Jahres," so schreibt er dort, „die deutsche Münzreform Gegenstand einer beinahe verzweifelten Stimmung wurde, gab mir der Vorsatz, letztere zu bekämpfen, die Feder in die Hand."

Das „Reichsgold" ist das förmlich ergänzende Gegenstück zu der bereits ausführlich besprochenen Schrift über die „Zettelbank". Wie dort die Grundbegriffe des Notenwesens in gemeinverständlicher Weise auseinandergesetzt sind, so hier die Elemente der Währung, vor allem in ihren Beziehungen zum Ausland. Die gleichen Vorzüge der Darstellungsweise, welche der Schrift über die Zettelbank nachzurühmen sind, zeichnen auch das „Reichsgold" aus: vollendete Klarheit ohne jede breite Weitschweifigkeit, reiche Belehrung und dabei immer interessant und unterhaltend.

Bamberger zeigt im „Reichsgold" zunächst, dass der Goldabfluss durch die Münzreform weder ermöglicht noch ver-

ursacht sei. Trotz der geringen Goldzirkulation, welche vor der Münzreform vorhanden war, müssen zeitweise grosse Goldmengen ausser Landes gegangen sein. In den letzten hundert Jahren vor der Münzreform waren von den verschiedenen deutschen Regierungen 540 Millionen Mark in verschiedenen Sorten von Goldmünzen, die zur Zeit der Reform noch Kurs hatten, ausgeprägt worden. Davon gelangten vor der Reform 7 1/2 Millionen zur Einziehung, so dass ein Prägeüberschuss von 532 1/2 Millionen verblieb. Bei der Ausserkurssetzung im Lauf der Münzreform stellte sich heraus, dass von dieser Summe nur noch 91 Millionen Mark vorhanden waren. Der Rest war eingeschmolzen und exportiert worden. Die Ursache des Goldabflusses sei ebenso wenig wie die Möglichkeit der Goldausfuhr in der Münzreform zu suchen, sondern einzig und allein in der „Summe und Natur der sämtlichen Geschäftsbeziehungen, die zwischen Deutschland und dem Ausland schweben".

Wurde so der Nachweis erbracht, dass die Münzreform mit dem Abfluss von Gold, der die Gemüter so sehr erschreckte, nichts zu thun habe, so kam dazu die Darlegung, dass ein Goldexport an sich durchaus nicht die Kalamität darstelle, für die er angesehen werde, dass vielmehr die Fähigkeit auszuwandern die Grundbedingung für jede gute Münze sei. Alles Geschrei gegen die Goldausfuhr sei nichts als die Ausgeburt jener alten Verirrung, der gemäss es für Staatsweisheit galt, dem Handel seine Wege sowohl für seine Bezugsquellen wie für seinen Absatz amtlich vorzuschreiben. Komme es doch ganz auf das gleiche heraus, ob man dem Kaufmann verbiete, Waren im Auslande zu kaufen, oder ob man eine Münzverfassung gebe, welche ihn verhindere, mit dem Gelde, das er einnimmt, den Ausländer zu bezahlen. „Wer einen Welthandel will, der muss auch ein Weltgeld wollen. Wer will, dass der Kaufmann in allen Weltteilen soll kaufen, der muss auch wollen, dass er überall soll zahlen können. Die notwendige Schlussfolge ist die, dass er sein Land mit einem Geld muss versehen wollen, das überall am leichtesten zu brauchen ist."

Die Untersuchung der Vorbedingungen der Brauchbarkeit des heimischen Geldes im Ausland führt dann zu einer Darstellung der Momente, auf welchen die Schwankungen der ausländischen Wechselkurse beruhen, die nur dadurch auf den für die Sicher-

heit des Handels unbedingt erforderlichen engen Spielraum begrenzt werden können, dass bei überwiegender Nachfrage nach Zahlungsmitteln für das Ausland stets vollwertiges Geld für den Export zur Verfügung steht, und dass bei einem Überwiegen der Forderungen an das Ausland fremdes Geld ins Land gezogen und vermittelst der freien Prägung in heimisches Geld verwandelt werden kann.

Von diesen allgemeinen Darlegungen, die heute noch nichts von ihrem Wert und ihrer Richtigkeit eingebüsst haben, zur damaligen Lage des deutschen Geldwesens übergehend, legte Bamberger dar, dass die ungewöhnliche Steigerung der Wechselkurse und das Auftauchen eines Aufgeldes auf Reichsgoldmünzen nicht darauf beruhte, dass Deutschland die Goldwährung eingeführt habe, sondern darauf, dass es die Goldwährung noch nicht durchgeführt habe. Ein Aufgeld auf Goldgeld ist unmöglich, wo kein anderes Kurantgeld existiert als Goldgeld. Nur deshalb, weil noch grosse Mengen Silberkurantgeld im Umlauf waren, weil die Banken das Recht hatten, ihre Noten in Silber einzulösen und weil niemand Zahlung in Gold zu fordern berechtigt war, konnte sich ein Aufgeld auf Goldgeld und eine ungewöhnliche Steigerung der Wechselkurse herausbilden, als ein Bedarf für Zahlungsmittel an das Ausland, für welches Gold allein in Betracht kam, entstand. Gleichzeitig war die Preussische Bank, welche damals schon als deutsche Zentralnotenbank gelten konnte, aus denselben Gründen zur Aktionsunfähigkeit verurteilt. Hätte Deutschland nur goldnes Kurantgeld gehabt, dann hätte ein Goldabfluss nicht eher eintreten können, als es an Gold allein im Verhältnis zum Ausland zuviel besessen hätte. Damals jedoch bestand in Deutschland eine Geldfülle, die nicht auf zuviel Gold, sondern auf zuviel Silber beruhte. Deshalb versuchte die Preussische Bank vergebens, der Goldausfuhr durch Diskonterhöhungen entgegenzuwirken. Der Zinsfuss im freien Verkehr, welcher für die internationalen Transaktionen in verzinslichen Wertpapieren und in flüssigen Mitteln massgebend ist, blieb weit unter dem Banksatz, und „so ging die Bank mit ihrer Zinssteigerung voran wie ein Trommler, dem die Soldaten nicht folgen".

In diesem Übergangszustand allein liege die Gefahr.

„Wenn wir zu Eingang dieser Schrift gesehen haben, dass

der Goldabfluss der letzten zwei Jahre nicht durch die Anfänge der Reichsgoldwährung als etwas neues herbeigeführt worden ist; wenn wir im weiteren Verlauf gesehen haben, dass bei der einfachen Goldwährung der Goldabfluss durchaus kein Übel ist, sondern nur eintritt, wenn und soweit die Übereinstimmung der Preise mit denen der Kulturwelt es fordert, so wird damit der Satz nicht angefochten, dass Goldabfluss im Moment, da die Silberwährung durch Goldwährung ersetzt werden soll, ein Übel ist". Der Goldabfluss erhob sich dadurch zu der verhängnisvollen Bedeutung, „dass gerade das Objekt entfloh, mittelst dessen die Neuerung hergestellt werden sollte, und das Objekt zurückblieb, in welchem die alte, zu überwindende Verfassung ruhte".

In Hinblick auf solche Möglichkeiten habe die beste Lösung der Aufgabe der Durchführung der Goldwährung in der grössten Schnelligkeit gelegen. „Von der Silberwährung zur Goldwährung übergehen, das hiess nichts anderes, als den Konflikt beider Währungen selbst heraufbeschwören in dem unvermeidlichen Moment, da die eine geschaffen werden musste, ehe die andere beseitigt war. Diesen Moment möglichst zu verkürzen, hiess den Konflikt selbst auf das Minimum des Übels zurückführen". Seine schädliche Wirkung konnte aufgewogen werden durch den Einfluss der fünf Milliarden auf die Zahlungsbilanz Deutschlands. Solange diese günstige Konstellation dauerte, sicherte sie Deutschland vor dem Abströmen des neuen Goldes „Um vom Ufer der Silberwährung zum Ufer der Goldwährung überzusetzen, mussten wir unvermeidlich eine Strömung von Doppelwährung durchschiffen. Aber wir hatten im niedrigen Wechselstand eine günstige Brise, die verhiess, uns glücklich durch die Gefahr der Strömung hindurchzutragen, weil sie in entgegengesetzter Richtung blies. Alles kam darauf an, ans jenseitige Ufer zu gelangen, ehe der Wind umschlug. Und dies ist nicht geschehen. Wir haben auf die Kraft und Dauer des günstigen Windes noch mehr gerechnet, als die Thatsachen rechtfertigten. Die Folge wird sein, nicht dass wir Schiffbruch leiden, aber dass wir nur mit Aufwand von etwas mehr Mühe und Opfern ans Land kommen, als zu erwarten war". Der Regierung wurde der Vorwurf nicht erspart, dass sie in Bezug auf die Silbereinziehung nicht das Wünschenswerte gethan habe,

und darum sei ausser dem moralischen Schaden, den die Zweifel an dem Gelingen der Reform im Gefühl der Menschen diesseits und jenseits der deutschen Grenzen hervorgerufen hätten, infolge der Verschlechterung der Lage des Silbermarktes auch noch eine Vergrösserung der an den notwendigen Silberverkäufen zu erleidenden Verluste entstanden. Das aufregende Schauspiel der fliehenden Goldstücke sei eine heilsame Warnung für die Regierung, den Übergangszustand möglichst rasch zu beseitigen und mit der Durchführung der reinen Goldwährung Ernst zu machen.

Die kritische Periode ging bereits um die Mitte des Jahres 1875 zu Ende. Nicht infolge eines zielbewussten Eingreifens der Regierung, denn die Silbereinziehung und -Veräusserung war gerade in jener Zeit nur unerheblich; vielmehr führte die Zurückziehung des Staatspapiergeldes und der Banknoten unter 100 Mark zu einer Einschränkung der dem deutschen Geldmarkt zur Verfügung stehenden Mittel, welche den Zinsfuss in Deutschland über denjenigen der meisten ausländischen Geldmächte steigerte und dadurch der Übertragung von Bargeld nach dem Ausland entgegenwirkte. Von der Mitte des Jahres 1875 an begann die Preussische Bank auf Verlangen ihre Zahlungen in Gold zu leisten, eine Praxis, welche die Reichsbank von ihr übernommen und bis auf den heutigen Tag durchgeführt hat. Damit war für die Zukunft ein Goldagio unmöglich gemacht.

Formell wurde die Münzreform ihrem Abschluss dadurch näher gebracht, dass eine kaiserliche Verordnung den Eintritt der Reichswährung auf den 1. Januar 1876 festsetzte. Aber dieser Schritt brachte eben nur für das ganze Reichsgebiet die einheitliche Rechnung nach Mark und Pfennig, während nach wie vor die Thaler, die allein noch von den alten Kurantmünzen übrig waren, an Stelle der Reichsgoldmünzen in Zahlung genommen werden mussten. Der Wunsch, dass aus der Reichswährung möglichst bald die Reichsgoldwährung werden möge, war allgemein. Die Regierung zeigte ihre Bereitwilligkeit, diesem Wunsche entgegenzukommen nicht nur dadurch, dass sie in den letzten Monaten des Jahres 1875 mit grösserer Energie bei der Abstossung der Silbers vorging, sondern auch durch die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher dem Bundes-

rat die Ermächtigung erteilen sollte, die noch vorhandenen Thaler den Reichssilbermünzen gleichzustellen und sie auf diese Weise zu Scheidemünzen zu degradieren.

Der Vorschlag lag insofern nahe, als damals erst ein verhältnismässig geringer Teil der für die Zukunft notwendigen Reichssilbermünzen ausgeprägt war. Im Münzgesetz war ein Höchstbetrag von 10 Mark pro Kopf der Bevölkerung für die Ausgabe von Reichssilbermünzen vorgesehen. Bei dem damaligen Stand der Bevölkerung hätten auf Grund dieser Bestimmung 425 Millionen Mark Reichssilbermünzen ausgeprägt werden dürfen, während in Wirklichkeit am Ende des Jahres 1875 erst 164 Millionen Mark zur Ausmünzung gelangt waren. Die Ausprägung des vollen Betrags musste sich noch Jahre lang hinziehen, und damit musste die Frage, ob man nicht die Thaler aushilfsweise als Scheidemünzen verwenden könne, von selbst auftauchen. Auch erschien die Gefahr, welche in dem noch vorhandenen Silberumlauf lag, beseitigt, sobald niemand mehr verpflichtet wäre, Silbergeld für grössere Beträge als 20 Mark in Zahlung zu nehmen, und sobald das Reich auch gegenüber dem früheren Kurantgeld die Verpflichtung der Umwechslung gegen Goldmünzen übernommen hätte.

Bamberger hatte im „Reichsgold" einen solchen Schritt empfohlen, schon ehe die Regierung mit ihrem Gesetzentwurf hervorgetreten war. Er bekannte sich sogar zu der Ansicht, zu einer solchen Massregel bedürfe es keines neuen Gesetzes. „Der Bundesrat, welcher nach Art. 8 (des Münzgesetzes) befugt ist, die Thaler ausser Kurs zu setzen, ist nach den einfachsten Rechtsregeln auch befugt, sie um einen Grad in ihren Funktionen herabzusetzen, nach dem alten Spruch: wer das Plus kann, kann auch das Minus." Mit der Herabsetzung der Thaler zur Scheidemünze müsse freilich der Reichskasse auch die Verpflichtung auferlegt werden, sie ebenso wie die Reichssilbermünzen auf Verlangen gegen Goldgeld einzutauschen.

Nur war Bamberger der Ansicht, dass bei dem damaligen Stand der Dinge eine solche Massregel noch nicht durchführbar sei. Die Regierung habe noch mit sich auszumachen, ob sie zu einem gegebenen Zeitpunkt die Folgen der Umwechslungspflicht gegenüber den Thalern auf sich nehmen könne. „Der Nachweis, dass die dazu nötigen Vorbereitungen mit allen er-

denklichen Anstrengungen betrieben zu werden verdienen, ist eine der wesentlichsten Aufgaben, welche sich diese Blätter gesetzt haben."

Als der Entwurf im Reichstag beraten wurde, trug Camphausen immer noch seinen Optimismus zur Schau. Er glaubte nicht, dass noch viel Silber zu verkaufen sei, sondern schien eher zu fürchten, man werde „den Wünschen des Publikums nach hartem Silbergeld" nach der Einziehung der kleinen Notenabschnitte nicht voll genügen können. Die grössten Schwierigkeiten hielt er für überwunden, und die ganze Reform schien sich ihm in einer „wahrhaft spielenden Weise" zu vollziehen. Nachdem aber der Reichstag den Entwurf angenommen hatte — er erhielt am 6. Januar 1876 Gesetzeskraft —, wagte auch Camphausen nicht, den Bundesrat zu veranlassen, von der ihm erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen. Obwohl vom Jahre 1876 an die Silberverkäufe erst einen grösseren Umfang angenommen haben, obwohl seit diesem Jahr mehr als sechs mal soviel Silber abgestossen worden ist als bis Ende 1875 ($6^1/_2$ Millionen Pfund gegen 1 Million Pfund), hat der Bundesrat bis heute die Thaler noch nicht zu Scheidemünzen gemacht. Erst die Ende 1899 vorgelegte Münznovelle, welche die allmähliche Umprägung der Thaler in Scheidemünze bei gleichzeitiger Veräusserung eines Teiles des Thalervorrates bezweckt, wird im Falle ihrer Annahme die erstrebte reine Goldwährung verwirklichen.

IX.

„Die Entthronung eines Weltherrschers".

Deutschlands Übergang zur Goldwährung war nicht nur durch die Rücksicht auf den inneren deutschen Münzumlauf herbeigeführt worden, sondern auch die Entwicklung der internationalen Währungsverhältnisse hatte dabei in entscheidender Weise mitgewirkt. Es sei nur daran erinnert, dass bei der ersten Lesung des Gesetzes von 1871, welches den ersten Schritt

zur Goldwährung darstellte, Bamberger die Wahl des Goldes als Währungsbasis für das künftige deutsche Geldwesen damit motivierte, dass das Gold nach seiner Überzeugung dazu bestimmt sei, immer mehr den Umlauf der zivilisierten Nationen zu versehen. Diese Überzeugung war wohl begründet in Hinblick auf die Leichtigkeit, mit welcher der französische Verkehr die grossen Mengen kalifornischen und australischen Goldes absorbierte, und in Hinblick auf die Stellungnahme der Vertreter der wichtigsten Kulturnationen auf der Pariser Münzkonferenz von 1867. Wenn auch Frankreich damals noch nicht den Entschluss fand, sich zu einer That aufzuraffen und, dem Verlangen der ihm münzverbündeten Staaten nachgebend, die formell noch bestehende Doppelwährung abzuschaffen und die Goldwährung gesetzlich einzuführen, so zeigte doch der Verlauf, welchen die verschiedenen französischen Münzkommissionen und Enquêten, in der Zeit von 1867 bis 1870 nahmen, dass auch hier der Sieg des Goldwährungsgedankens nur eine Frage der Zeit war. Als der Krieg von 1870 ausbrach, deutete alles darauf hin, dass die Umwälzung der thatsächlichen Umlaufsverhältnisse, welche durch die Goldfunde der fünfziger und sechziger Jahre herbeigeführt worden war, in Bälde auf grossen Gebieten ihre gesetzliche Anerkennung und Festlegung erfahren werde. Für niemanden konnte es damals zweifelhaft sein, dass die Länder, welchen durch die Gunst des Schicksals ohne ihr Zuthun ein Goldumlauf an Stelle des früheren Silberumlaufs bescheert worden war, nicht daran dachten, ihren Goldumlauf bei einer Umkehr der Konjunktur auf dem Edelmetallmarkt wieder preiszugeben. Wo sich der Verkehr einmal an das Gold gewöhnt hat, da ist der Boden für das Silber verloren. Auf die Dauer jedoch war der einzige Weg, um das Silber fernzuhalten und den Goldumlauf zu sichern, dass man dem Silber die Münzstätten verschloss, dass man dadurch mit dem Prinzip der Doppelwährung brach und sich auf die Grundlage der Goldwährung stellte.

Dem vorausschauenden Blick, welchem sich dieser Gang der währungspolitischen Entwicklung enthüllte, konnte nicht entgehen, welch' grossen Vorsprung der Staat gewinnen musste, der sich zuerst entschliessen würde, das Unvermeidliche zu thun. Die bevorstehende Umwälzung der Währungsverhältnisse bestand ja im wesentlichen in einer starken Einschränkung der Ver-

wendung des Silbers zu Geldzwecken: das Silber als das unbequemere Metall sollte in grossem Umfang durch das Gold, als das tauglichere Geldmetall ersetzt und überflüssig gemacht werden; und diese Umwälzung konnte sich natürlich nicht vollziehen, ohne einen starken Einfluss auf den Silberpreis auszuüben. Eine Entwertung des Silbers ergab sich als notwendige Folge aus der bevorstehenden Beschränkung der monetären Silberverwertung. Die Entwertung des Silbers musste um so weiter fortschreiten, je mehr sich das Verwendungsgebiet des Silbers zusammenzog; und je stärker die Entwertung, desto kostspieliger und schwieriger musste die mit dem Währungswechsel verbundene Silberabstossung werden.

Deshalb haben sich die Männer, welche nach dem Friedensschluss mit aller Energie auf eine sofortige Benutzung der für einen Währungswechsel günstigen Umstände hindrängten, ein grosses Verdienst um Deutschland erworben. Nur dem klaren Blick und der zielbewussten Thatkraft von Männern wie Delbrück, Soetbeer und Bamberger ist es zu verdanken, dass Deutschland das gewaltige Werk des Übergangs zur Goldwährung mit verhältnismässig geringen Kosten und Schwierigkeiten durchzuführen vermochte. Nur dadurch, dass Deutschland als der erste Staat in den allgemein als notwendig anerkannten Umwandlungsprozess eintrat, sicherte es sich so günstige Bedingungen, dass selbst deren unvollkommene Ausnutzung, wie sie in der Verzögerung der Silberabstossung zu Tage trat, noch zu einem im grossen Ganzen befriedigenden Ergebnis führte.

Die Probe darauf, ob Deutschland mit seiner Münzreform den richtigen Weg betreten habe, musste sich aus dem Verlauf der Dinge von selbst ergeben. War die Annahme richtig, dass die ganze Entwicklung der internationalen Währungsverhältnisse auf die Ausbreitung und Verallgemeinerung der Goldwährung hindrängte, dann konnte Deutschland bei seinem Vorgehen nicht lange isoliert bleiben. Nur wenn die geistigen Leiter der deutschen Münzreform in einem ungeheuern Irrtum über die wirklichen Entwicklungstendenzen befangen gewesen wären, hätte es anders kommen können.

Deutschland fand indes bald genug Nachfolger. Noch im Jahre 1872 beschlossen die drei skandinavischen Staaten, Schweden, Norwegen und Dänemark, den Übergang von der

Silberwährung zur Goldwährung. Die Niederlande stellten zu Beginn des Jahres 1873 die Silberprägungen ein, ohne vorläufig die Goldprägung frei zu geben; erst im Jahre 1875 thaten sie, gedrängt durch die Verhältnisse, diesen ergänzenden Schritt. Frankreich und Belgien beschränkten im Jahre 1873 ihre Silberausmünzung, und vom Jahre 1874 an kontingentierten die sämtlichen Staaten des lateinischen Münzbundes ihre Silberprägungen auf bestimmte Maximalbeträge. Mitte 1876 wurde in Frankreich und Belgien die gänzliche Einstellung der Silberprägung verfügt. Die Schweiz hatte schon seit 1875 auf die Ausprägung ihres Kontingents verzichtet. Auf Grund eines Abkommens der Münzbundstaaten von 1878 wurde für das ganze Gebiet der lateinischen Münzunion die Ausmünzung von Silberkurantmünzen gänzlich eingestellt. Ebenso wurde in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1873 der Übergang zur Goldwährung beschlossen.

So vollzog sich innerhalb weniger Jahre eine gewaltige Umwälzung. In allen Staaten europäischer Kultur, welche überhaupt eine metallische Währung hatten, wurden dem Silber die Münzstätten verschlossen; nur noch Asien und einige Mittel- und Südamerikanische Staaten blieben dem Silber offen.

Bamberger stellte diese ganze Entwicklung in ihren treibenden Kräften, in ihrem Verlauf und in ihren Folgen für den Preis des Silbers dar in einem Aufsatz, der Ende 1876 in der „Deutschen Rundschau“ erschien und den bezeichnenden Titel trug: „Die Entthronung eines Weltherrschers.“

Er zeigte, wie früher Erz und Kupfer, namentlich im römischen Staat, neben den Edelmetallen in ausgedehntem Umfang Gelddienste geleistet haben und wie diese Metalle später diese Funktionen verloren haben. So neu und unerhört auch jetzt noch der Gedanke erscheinen möge, dass dem Silber etwas ähnliches geschehen könne, so zeige doch jener frühere Vorgang, dass solche Entadelungen stattfinden und sich daher unter gegebenen Umständen wiederholen können. „Wenn wir uns von den allgemeineren Ursachen Rechenschaft geben, so bieten sich bemerkenswerte Anhaltspunkte für die Vermutung, dass ein so tragisches Geschick im Fortschreiten der Menschheit dem Silber drohen könnte, und dass vielleicht dereinst, nach vollendeter Thatsache die rückwärtsschauende Betrachtung der Dinge

gerade auf der gegenwärtigen Epoche verweilen möchte, als auf der, in welcher die ersten Anzeichen einer so grossartigen und tiefbedeutenden Umwälzung hervortraten."

Seither ist erst ein Vierteljahrhundert verflossen, und diese Voraussagung hat sich im vollsten Umfang bestätigt. Nicht nur in den Staaten der europäischen Kultur, sondern weit über diesen Kreis hinaus, auch in Indien und Japan, hat das Silber die frühere Gleichberechtigung mit dem Golde eingebüsst und ist zum Geldmetall zweiter Ordnung, das im wesentlichen nur den Bedarf für kleinere Zahlungen zu befriedigen hat, herabgesunken.

Es mag als eine der auffallendsten Verirrungen erscheinen, dass jene Bestätigung der richtigen Voraussicht, die bei der Feststellung des Endziels der deutschen Geldreform ausschlaggebend gewesen war, von goldwährungsfeindlicher Seite in ihr gerades Gegenteil verkehrt worden ist. Deutschlands Währungswechsel wurde dargestellt als ein Willkürakt, der von manchesterlichem Doktrinarismus oder gar von kapitalistischer Interessiertheit ausgegangen sei; und es sei der Fluch dieser bösen That, dass die übrigen Staaten gegen ihre bessere Einsicht und gegen ihren Willen gezwungen worden seien, Deutschland auf diesem Weg Folge zu leisten; auf diese Weise sei durch Deutschlands unbedachtes Vorgehen die währungspolitische Entwicklung der ganzen Welt in verkehrte und unnatürliche Bahnen geleitet worden; deshalb wurde die damals eintretende starke Silberentwertung, welche man vielfach als einzig und allein durch die währungspolitischen Umwälzungen veranlasst ansah, auf die deutsche Münzreform als auf ihre Grundursache zurückgeführt.

Von seinen Gegnern ist Bamberger oft vorgeworfen worden, dass er die Zunahme der Silberproduktion einseitig als Ursache der Silberentwertung in den Vordergrund gestellt habe. Bis auf den heutigen Tag sind die Anhänger des Silbers, die sich, wie Bamberger treffend bemerkte, auf ihr loyales Festhalten an dem gefährdeten Weltherrscher, gleich den treuen Anhängern einer gestürzten Dynastie, etwas zu gute thun, stets bereit, darauf hinzuweisen, dass auch die ausserordentliche Vermehrung der Goldproduktion sowohl um die Mitte als auch im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nicht zu einer Entwertung des Goldes im Verhältnis zum Silber geführt habe, und sie wollen

daraus schliessen, dass die Gestaltung der Produktion auch für den Silberwert nicht in Betracht komme, dass auch die Steigerung der Silbergewinnung nicht den Wert des Silbers im Verhältnis zum Gold habe herabdrücken können. Dieser angebliche Beweis ist die Konsequenz der Anschauung, welche Silber und Gold für gleich tauglich zu Geldzwecken ansieht und eine Überlegenheit des Goldes nicht zugestehen will. Denn gerade in der besseren Eignung des Goldes zu Geldzwecken für die moderne Kulturwelt liegt der Grund dafür, dass eine Produktionssteigerung auf den Wert des Silbers ganz anders wirken musste als auf den Wert des Goldes. Mit Recht hob Bamberger hervor, „dass jede Vermehrung des Goldvorrats willig vom Verbrauch aufgenommen wird, weil derselbe mit steigender Zivilisation einen zunehmenden Bedarf nach diesem Material empfindet: dass umgekehrt jeder Zuwachs von Silber dem Markte eine Verlegenheit bereitet, weil bei dem abnehmenden Bedürfnis die Verwendung immer schwerer wird.“ In diesem Sinn war für Bamberger auch die Zunahme der Silbergewinnung ein auf die Silberentwertung hinwirkendes Moment. Aber er hat niemals verkannt, dass die eigentlich entscheidende Ursache der Entwertung des Silbers in der Einschränkung der monetären Silberverwendung lag: die Entwertung des weissen Metalls war für ihn die Konsequenz der Entthronung dieses Weltherrschers. Nur dass er die allgemeine Einstellung der Silberprägung nicht als einen Willkürakt auffasste, der ebenso gut hätte unterbleiben können, dass er deshalb nicht die das Silber degradierende Gesetzgebung als die letzte Ursache der Silberentwertung ansah, mit der Konsequenz, dass eine leicht und willkürlich herbeizuführende Änderung der Gesetzgebung das Silber wieder rehabilitieren könne; für ihn war vielmehr die Gesetzgebung, welche das Silber entthronte, nur der unvermeidliche Ausfluss einer durch den wirtschaftlichen Kulturfortschritt gegebenen Notwendigkeit, die auf der höheren Tauglichkeit des Goldes zu Geldzwecken beruhte.

X.

Die Unterbrechung der Münzreform.

Die Entwertung des Silbers, welche im Gefolge der währungspolitischen Umwälzungen eintrat, erregte bald die Aufmerksamkeit der ganzen Kulturwelt. Zahlreiche Interessen, so namentlich die mit dem Silberbergbau verbundenen, wurden durch den auffallenden und für die meisten unerwarteten Vorgang verletzt. Daneben erlitten die Inhaber von Wertpapieren, die auf Silbergeld — z. B. österreichische Gulden — lauteten, Verluste, und Englands wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu Indien, das bei der Silberwährung blieb, erfuhren erhebliche Störungen.

Überall, diesseits und jenseits des Ozeans, begann eine Bewegung, welche bezweckte, das Silber wieder in seine alten Rechte einzusetzen und seinen Preis dadurch wieder auf den alten Stand zu heben. Vor allem regte sich in Frankreich eine lebhafte Agitation für die Wiederherstellung der Doppelwährung, und zwar auf internationaler Basis. Ihr Vorkämpfer war der französisierte Italiener Cernuschi, der seine Person und sein grosses Vermögen ganz in den Dienst des „Bimetallismus“ — auch dieses Wort ist seine Erfindung — stellte. In den Vereinigten Staaten von Amerika schlossen sich die mächtigen Interessen der Silberproduzenten zusammen mit den Bestrebungen der Inflationisten, deren eingestandenes Ziel die fortgesetzte Vermehrung und Wertverringerung der Umlaufsmittel war. Hier gelang es der Silberbewegung in der That, einige Erfolge zu erzielen. Nach langen parlamentarischen Kämpfen, die unentschieden hin und her schwankten, wurde am 28. Februar 1878 gegen das Veto des Präsidenten die sog. Blandbill Gesetz, welche dem Schatzamt die monatliche Ausprägung von 2—4 Millionen Silberdollars vorschrieb.

In Europa vermochte die bimetallistische Bewegung, die Cernuschi auch nach England und Deutschland zu übertragen suchte, keine ähnlichen Erfolge zu erzielen; ja sie vermochte nicht einmal in ihrem eignen Heimatlande, in Frankreich selbst, die völlige Einstellung der Silberprägung zu verhindern. Da-

gegen gelang es ihr, in weiten Kreisen die Auffassung zu verbreiten, dass die deutsche Münzreform und namentlich die zu deren Durchführung von der deutschen Regierung vorgenommenen Silberverkäufe an der ganzen Kalamität schuld seien. Geflissentlich wurde die Behauptung wiederholt, dass Frankreich bei aller Vorliebe für das bimetallistische System nur „durch die Invasion der preussischen Thaler" zur Beschränkung der Silberprägung gezwungen worden sei, eine Behauptung, die schon dadurch widerlegt ist, dass die Einschränkung der Silberprägung in Frankreich und Belgien bereits im September 1873 erfolgte, ehe die Reichsregierung auch nur ein Pfund Silber auf den Markt gebracht hatte. Natürlich fand diese Behauptung auch in Deutschland gläubige Anhänger; sie wurde vor allem von jenen Kreisen aufgenommen, die von vornherein aus einer unklaren Abneigung gegen die „liberale Gesetzgebung" und gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung der Goldwährung feindlich gesinnt waren. Diese Leute triumphierten bereits über das Scheitern der Goldwährung, als im Jahre 1874 der Goldabfluss und die Steigerung der Wechselkurse eintrat. Die ganze Richtung ist charakterisiert in ihren Führern, dem Agrarier Niendorf und dem Klerikalen Schröder-Lippstadt, der sich bei der Bankgesetzgebung durch seine absurde Prophezeihung über den Goldankauf der Reichsbank blossgestellt hatte.*)

Nachdem die kritische Zeit von 1874 und 1875 glücklich überwunden war, begannen die Silberentwertung und die aus ihr entstehenden Verluste bei den deutschen Silberverkäufen den deutschen Gegnern der Goldwährung Vorschub zu leisten. In den Jahren 1877 und 1878 wurden im Reichstag diese Punkte gegen die Fortsetzung der deutschen Münzreform ins Feld geführt, aber die ganze Bewegung fand wenig Beachtung. Sie begann gefährlich zu werden nicht aus sich selbst heraus, sondern infolge der Schwenkung der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Bismarcks Übergang zum Schutzzollsystem konnte sich nicht vollziehen, ohne das Verhältnis des Reichskanzlers zu den Parteien und deren Führern stark zu verschieben. Ein Teil seiner bisherigen Mitarbeiter und Anhänger geriet zu ihm in

---

*) Siehe oben S. 74.

einen unüberbrückbaren Gegensatz. Es traf sich, dass darunter sich gerade diejenigen Leute befanden, welche sich um die Münzreform die meisten Verdienste erworben hatten: Delbrück, der die Wendung kommen sah, schied bereits im Frühjahr 1876 aus seinem Amte aus. Michaëlis wurde im Jahre 1879 in eine der aktiven Wirtschaftspolitik entrückte Stellung befördert, indem er zum Vorsitzenden der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds ernannt wurde.

Am schärfsten spitzte sich der Gegensatz zu zwischen Bismarck und den freihändlerisch gesinnten Führern der nationalliberalen Partei, die bisher mehr als alle andern Parteien die Bismarck'sche Politik unterstützt hatte. Bismarck war stark gereizt dadurch, dass er bei seinen schutzzöllnerischen Plänen bei Männern wie Lasker, Forckenbeck und Bamberger auf den entschiedensten Widerstand stiess. Er fürchtete, diese Männer, die ihm bisher in den wichtigsten Fragen treu zur Seite gestanden, könnten ihm die nationalliberale Partei, auf welche er zur Bildung einer ihm ergebenen Mehrheit im Reichstag angewiesen war, entfremden, und seine Gefühle gegenüber diesen Politikern wurden immer weniger freundschaftlich.

Auf der andern Seite waren die eifrigsten Anhänger des Schutzzollsystems Gegner der Goldwährung, so vor allem v. Kardorff, der zwar noch im Jahre 1875 die unvollständige Durchführung der Goldwährung bedauert hatte, der aber inzwischen zum eifrigen Bimetallisten geworden war.

Die Gefahr lag nahe, dass der Umkehr in der Handelspolitik eine Wendung in der Währungspolitik folgen werde. Freilich sprach bis ins Jahr 1879 hinein Bismarcks Haltung gegen eine solche Möglichkeit. Als im Jahre 1878 die Vereinigten Staaten Einladungen zu einer Münzkonferenz nach Paris erliessen, um Massregeln zur Wiederherstellung des Silberwertes zu beraten, lehnte Bismarck die Beschickung der Konferenz ab. Noch durch ein Gesetz vom 30. März 1879 wurde der Reichsregierung ein neuer Kredit von 25 Millionen Mark zur Durchführung der Münzreform bewilligt.

Um so grösser war die Überraschung, als plötzlich Gerüchte auftauchten und ihren Weg in die Presse fanden, die Reichsregierung beabsichtige, die Silberverkäufe einzustellen. Ja, es

war davon die Rede, der Reichskanzler sei geneigt, zur Durchführung der Doppelwährung die Hand zu bieten.

Diese Gerüchte erhielten eine gewisse Glaubwürdigkeit dadurch, dass die offiziöse Presse anfing, eine feindliche Haltung gegenüber der Goldwährung einzunehmen; und die Einstellung der Silberverkäufe wurde für den Kreis der sich für die Münzreform interessierenden Politiker bald zur Gewissheit durch folgenden Vorgang, den ich nach Aufzeichnungen Bambergers erzähle.

Mitte Mai 1879 knüpfte Bismarck an einem seiner parlamentarischen Abende mit dem Reichstagsabgeordneten Mosle (Bremen) ein währungspolitisches Gespräch an. Er setzte ihm auseinander, welche Verwirrrung auf dem Silbermarkt durch die deutschen Silberverkäufe hervorgerufen worden sei. So könne es nicht weiter gehen. Die deutschen Silberverkäufe müssten eingestellt werden, um die Wiederkehr normaler Verhältnisse zu ermöglichen.

Mosle, der an der Gesetzgebung über die Geldreform lebhaften Anteil genommen hatte, war über diese Erklärung im höchsten Grade verblüfft. Sobald das Gespräch beendigt war, ging er zu dem Reichsbankpräsidenten von Dechend, der sich gleichfalls unter den Anwesenden befand, um ihn über den neuesten Entschluss des Reichskanzlers zu befragen. Der Reichsbank war seit dem Ende des Jahres 1877 die Leitung der Silberverkäufe übertragen, und es war deshalb anzunehmen, dass von Dechend in dieser Frage in erster Linie unterrichtet sei.

Der Reichsbankpräsident war indessen nicht weniger erstaunt, als es vorher Mosle gewesen.

„Was?“ sagte er, „wir sollen die Silberverkäufe einstellen? — Daran denkt ja kein Mensch.“

Mosle berichtete ihm über sein Gespräch mit dem Reichskanzler; v. Dechend glaubte seinen Ohren nicht zu trauen und ging zu dem Fürsten, um sich zu überzeugen.

Nach einiger Zeit kam er zu Mosle zurück.

„Ja,“ sagte er, „es ist wahr. Die Situation ist sehr ernst. Es wird etwas geschehen müssen.“

Es ist später immer wieder behauptet worden, die Initiative zur Einstellung der Silberverkäufe sei von Herrn v. Dechend ausgegangen, ja dieser hat im Reichstag selbst erzählt, er habe

in Hinblick auf die an den weiteren Silberverkäufen zu erleidenden Verluste dem Reichskanzler dringend die Einstellung der Silberverkäufe empfohlen.

Nach der Erzählung Mosles wäre die Initiative vom Fürsten Bismarck selbst ausgegangen, und eine Reihe andrer Umstände spricht für die Richtigkeit dieser Darstellung. Offenbar hat v. Dechend erst, als der Entschluss des Reichskanzlers bereits feststand, diese Massregel empfohlen und begründet.

Das geht vor allem daraus hervor, dass die Einstellung der Silberverkäufe ganz plötzlich und unvermittelt verfügt wurde, während die Operationen der Silbereinziehung und -Einschmelzung im vollen Gang waren, und ohne dass die Lage des Silbermarktes, die damals eine verhältnismässig günstige war, einen Anlass zu dieser Massregel gegeben hätte. Vor allem aber war diesem bedeutungsvollen Schritt keinerlei Verständigung mit der London Joint Stock Bank, welche im Auftrag der Reichsregierung die Silberverkäufe in London vermittelte, vorausgegangen, während sonst die Meinung und der Rat dieses Instituts bei jeder wichtigen die Silberverkäufe betreffenden Massregel eingeholt worden war. Am 18. Mai verfügte Bismarck die Suspendierung der Silberverkäufe, und am 19. Mai wurde die London Joint Stock Bank telegraphisch angewiesen, die Silberverkäufe einstweilen einzustellen.

Auch die entschiedene und heftige Art, in welcher Bismarck später im Reichstag diese Massregel persönlich verteidigte, während er sich bisher stets nur um die politische Seite der Geldreform bekümmert hatte, spricht dafür, dass die Einstellung der Silberverkäufe aus Bismarcks eigenster Initiative hervorgegangen ist.

Dagegen fehlt es an Aufklärung über die Einflüsse, welche Bismarck zu einem so bedeutungsvollen Eingreifen auf einem ihm fernliegenden Gebiet veranlasst haben.

Die positive Nachricht von der Einstellung der Silberverkäufe verbreitete sich zuerst in England und wurde von dort nach dem Kontinent gemeldet. Überall knüpfte man an diese überraschende Kunde weitgehende Kombinationen.

In den Kreisen, welche sich für die Durchführung der Münzreform interessierten, entstand die lebhafteste Beunruhigung. Man diskutierte eifrig, welche Schritte zu thun seien, um eine

verhängnisvolle Wendung der deutschen Münzpolitik zu verhindern oder wenigstens um Klarheit über die Absichten des Kanzlers zu schaffen.

Bamberger hat später selbst die Stellung, die er damals einnahm, eingehend dargestellt. Er hielt eine öffentliche Besprechung der Frage nicht für opportun, weil er jede Herausforderung des Reichskanzlers vermeiden wollte. Deshalb lehnte er es ab, im Reichstag über die Einstellung der Silberverkäufe und die sich daran anknüpfenden Fragen zu interpellieren, auch als in der Presse die Mitteilungen über eine beabsichtigte Änderung der deutschen Münzverfassung immer zuversichtlicher auftraten.

Diese Haltung wurde jedoch bald unmöglich.

In der ersten Hälfte des Juni wurde aus London gemeldet, unter den dem Parlament vorgelegten Papieren befinde sich eine Note des englischen Gesandten in Berlin, Lord Odo Russell, welche Deutschlands Übergang zur Doppelwährung in Aussicht stelle. In der That hatte die Note des Lord Russell, die vom 5. Juni 1879 datiert war, folgenden Wortlaut: Die Mitteilung Berliner Blätter, dass die deutsche Regierung entdeckt habe, dass sie sich durch die Silberverkäufe selbst schade, beruhe auf Wahrheit. Der im Augenblick für den Verkauf verfügbare Silbervorrat werde auf 20 Millionen Mark = 1 Million £ geschätzt und werde sich während der Einstellung der Verkäufe noch vermehren. Lord Odo Russell fügte hinzu, dass die Finanzleute in Deutschland allgemein der Ansicht seien, die deutsche Regierung bereite die Einführung der Doppelwährung „wie in Frankreich" vor.

Diese Nachricht erregte überall gewaltiges Aufsehen, denn die Richtigkeit der Russell'schen Meldung schien allen Eingeweihten ausser Zweifel zu stehen.

Abermals drängten Bambergers parlamentarische Freunde auf eine Interpellation, und zwar, wie Bamberger in seiner Reichstagsrede vom 19. Juni erzählte, mit folgender Begründung:

„Sie sagten: hier liegt eine Nachricht von Lord Odo Russell, dem englischen Botschafter in Berlin vor. Es giebt in Berlin auch einen englischen Generalkonsul (Bleichröder). Dieser englische Generalkonsul ist Mitglied des Ausschusses der Reichsbank, und was liegt nun näher als zu denken, wenn Lord Odo

Russell seiner Regierung einen offiziellen Bericht über das, was man in massgebenden finanziellen Kreisen über die Sache denkt, schickt, dass er sich erkundigt haben wird bei seinem Generalkonsul, welcher zugleich Mitglied des Ausschusses der Reichsbank ist? und diese Vermutung wurde damit noch bestätigt, dass die Summen, welche noch vorrätig sein sollen an verfügbarem Silber, nach dem Ermessen der Herrn, die darüber eine Meinung zu haben glauben, so ziemlich mit der Wahrheit übereinstimmend sind."

Unmittelbar nachdem die Note des Lord Russell in Berlin bekannt geworden war, am 13. Juni, fand eine kleine Besprechung derjenigen Reichstagsabgeordneten statt, die sich stets die Münzreform besonders hatten angelegen sein lassen. Unter ihnen war neben Bamberger vor allem auch der frühere Minister Delbrück, welcher sich nach seinem Rücktritt hatte bewegen lassen, ein Reichstagsmandat anzunehmen.

Über den Verlauf der Besprechung erzählte Bamberger:

„In dieser Privatberatung erklärte ich, dass ich nur zur Stellung der Interpellation mich entschliessen könnte, wenn vorher der Regierung Gelegenheit gegeben würde, sich über dieselbe zu erklären, und ich hatte die Mehrheit der Ansichten für mich; es war darüber Meinungsverschiedenheit, es waren andre da, welche glaubten, private Beruhigung würde zur Beschwichtigung der öffentlichen Präokkupation nicht ausreichen, — aber die Mehrheit der acht oder zehn Mitglieder des Hauses, die sich mit dem Gegenstand beschäftigt hatten, waren meiner Ansicht, und es wurde Freitags (13. Juni) beschlossen, den Herrn Abgeordneten Delbrück als denjenigen, der das Wort eventuell zu führen hätte, zu bitten, das Präsidium des Reichskanzleramtes zu benachrichtigen, es sei die Absicht, eine solche Interpellation zu stellen, falls uns nicht Zusicherungen gegeben würden, die sie für unsre Überzeugung als entbehrlich erscheinen liessen. Der Herr Abgeordnete Delbrück übernahm die Mission. Am Sonnabend frug ich, ob er Antwort habe; er erklärte mir, der Herr Präsident des Reichskanzleramtes habe ihm gesagt, er hätte den Reichskanzler noch nicht sprechen können und vertage seine Antwort auf Montag. Am Montag erhielten wir Bescheid durch den Herrn Abgeordneten Delbrück, dass ihm die Antwort geworden wäre: es sei zwar die Interpellation nicht

willkommen, man werde sie aber beantworten zu unsrer Beschwichtigung, dass an der Sache nichts wäre. Von einem Angebot, auf irgend eine Weise diese Beschwichtigung der öffentlichen Meinung herbeizuführen, davon war mit keiner Silbe die Rede. . . . Da erst waren wir in die Notwendigkeit gestellt, das letzte und äusserste Mittel zu versuchen, das uns blieb, und ich habe beinahe allen Herrn gegenüber, die diese Interpellation unterschrieben, mich darüber ausgesprochen, dass wir den aufrichtigen Wunsch hätten, es würde eine einfach ablehnende Erklärung, eine einfach verneinende Erklärung von Seiten der Reichsregierung kommen, die jede Diskussion entbehrlich mache."

Die Interpellation selbst hatte folgenden Wortlaut:

„Beabsichtigt die Regierung eine Abänderung der bestehenden Münzgesetzgebung herbeizuführen?"

Die Begründung beschränkte sich auf die folgenden kurzen Sätze:

„Die seit einiger Zeit wiederkehrenden Nachrichten, welche der Reichsregierung die Absicht des Übergangs zur Doppelwährung oder zur Silberwährung unterlegen, haben in letzter Zeit durch Meldungen aus England eine Form angenommen, welche, mit Rücksicht auf die Bedeutung der Frage für das ganze Wirtschaftsleben der Nation, zu der Überzeugung drängt, dass eine Aufklärung über die Absicht der Reichsregierung nicht länger entbehrt werden kann."

Sowohl die Interpellation selbst als auch ihre Begründung sprachen nur von einer eventuellen Änderung der Münzgesetzgebung, während sie der Einstellung der Silberverkäufe mit keinem Worte Erwähnung thaten. Das geschah mit gutem Vorbedacht. Mit Recht hob Bamberger bei der Besprechung der Interpellation hervor, dass im Münzgesetz kein Termin für die Durchführung der Silberverkäufe bestimmt sei und dass die Interpellanten nicht daran dächten, sich in diese Frage einzumischen. Das sei Sache der Exekutive. „Solange die Münzgesetzgebung im Gang war," sagte er, „habe ich ja oft meine Meinung ausgesprochen und mich stets zu der Ansicht bekannt, dass wir rasch das Silber verkaufen müssten, weil ich der Ansicht war, dass es nur bergab gehen könne. Ich hatte damals den Widerspruch von seiten der Reichsregierung zu bekämpfen, und ich stehe nicht an zu bekennen, dass namentlich der letzte

Herr Finanzminister in dieser Beziehung von falschen Annahmen ausging, die ich stets heftig angegriffen habe, die aber damals massgebend waren." Seit Jahren jedoch habe er sich im Reichstag nicht mit der Frage befasst, ob die Regierung Silber weiter verkaufen solle oder nicht, und er hätte es ganz gut begriffen, wenn die Reichsregierung ganz im Stillen beschlossen hätte, für einige Zeit die Silberverkäufe einzustellen, um das Silber steigen zu lassen. Alles, was die Interpellation bezweckte, war, die Regierung zu der Erklärung zu veranlassen, dass die Deutung welche man der Suspension der Silberverkäufe gegeben, eine unrichtige sei und dass sie an eine Änderung der Münzgesetzgebung nicht denke.

Die Interpellation kam am 19. Juni im Reichstag zur Verhandlung. Bismarck war persönlich anwesend und erklärte sich bereit zur sofortigen Beantwortung.

So massvoll die Interpellation abgefasst war, und so massvoll sie von Delbrück begründet wurde, kam es doch zu einem heftigen Zusammenstoss.

Bismarck erklärte: Von keiner Seite innerhalb der Reichsregierung sei ein Antrag auf Abänderung der Münzgesetzgebung gestellt, und die Frage, ob einer zu stellen wäre, sei von keiner Seite auch nur mit einem Worte berührt worden. „Die einzige thatsächliche Anknüpfung, der Krystallisationspunkt, an dem sich die ganze Legende einschliesslich der Interpellation gebildet hat, besteht in meinem an das Bankpräsidium gerichteten Ersuchen, mit den Silberverkäufen einstweilen aufzuhören, indem ich für die Fortsetzung, ja die Vergrösserung der Verluste, welche wir gegenwärtig bei dem fortgesetzten Sinken des Silberpreises bis auf 47, während 61 der normale Preis sein würde, erlitten — weil ich dafür die Verantwortlichkeit für meine Person nicht mehr tragen wollte. Ich hatte dabei im Sinne, die Verantwortlichkeit für die Sistierung persönlich zu tragen bis zur nächsten Session." Dann habe er ein Votum des Reichstags über die Frage provozieren wollen. Er warf den Interpellanten vor, dass die Beunruhigung nicht durch die Nachrichten aus England hervorgerufen, sondern dass sie von ihnen selbst durch die Interpellation erst künstlich erzeugt worden sei. Darum fordere er den Reichstag auf, das Nichtvorhandensein der Zweifel an der Stetigkeit der deutschen Gesetzgebung da-

durch zu bestätigen, dass man an die Interpellation keine weitere Diskussion anknüpfe. Er selbst erbat jedoch für den Reichsbankpräsidenten v. Dechend das Wort, damit dieser die Thatsachen vortrage, die für die Einstellung der Silberverkäufe bestimmend gewesen seien.

Der Reichsbankpräsident beschränkte sich in Bezug auf die Mitteilung von Thatsachen im wesentlichen auf Angaben über die bisherigen Verluste an den Silberverkäufen, die er auf 72 Millionen Mark bezifferte und auf eine gegenüber den früheren Schätzungen ungewöhnlich hohe Veranschlagung des noch einzuziehenden Thalervorrates, die indes, so unwahrscheinlich sie damals klang, sich durch die inzwischen gemachten Erfahrungen bestätigt hat. Bei der völligen Abstossung der Thaler seien bei dem Silberpreis der letzten Monate noch weitere Verluste im Betrag von 90—100 Millionen Mark zu erwarten.

Hinsichtlich der behaupteten Einwirkung der deutschen Silberverkäufe auf die Silberentwertung brachte er keinerlei Material bei. Er beschränkte sich vielmehr auf die Behauptung, die Fachleute fast aller Länder machten uns zum Vorwurf, dass hauptsächlich unser Silber am Fall des Silberpreises schuld sei, und dass, wenn Deutschland nicht fortgesetzt ungeheure Summen Silber auf den Markt brächte, die Silberpreise schon längst wieder die alte Höhe erreicht haben würden. Es müsse sich jetzt zeigen, ob diese Auffassung richtig sei.

„Sie würden der ganzen Welt," so schloss er, „dadurch einen sehr wesentlichen Dienst leisten, wenn Sie den Markt von der Angst vor dem deutschen Silber bleibend befreiten und überhaupt kein Silber weiter verkaufen liessen. Wir leiden unter den Thalern, die noch in Kurs sind, in keiner Weise, und ich bin überzeugt, dass selbst die Süddeutschen sie sich mit Vergnügen noch einige Jahre gefallen lassen würden, wenn sie erfahren, dass dadurch eine erhebliche Ausgabe dem Reich erspart wird. Das Ausland wird uns dafür segnen, wenn wir den Alp, der nun schon seit länger als sechs Jahren auf allen Verhältnissen lastet, bleibend von ihm nehmen."

Entgegen der Aufforderung Bismarcks, an die Interpellation keine weitere Debatte anzuknüpfen, wurde die Besprechung der Anfrage beschlossen. Wohl hatte Bismarck die Frage, ob die Reichsregierung eine Änderung der Münzgesetzgebung beab-

sichtige, in dem Sinn kategorisch verneint, dass bisher von keiner Seite ein Antrag nach dieser Richtung gestellt oder die Einbringung eines solchen Antrags besprochen worden sei. Insoweit konnte es scheinen, als sei der Zweck der Interpellation erreicht. Indessen enthielt Bismarcks Antwort keinerlei Aufschluss über seine persönliche Stellung zu dieser wichtigen Frage, die unter den obwaltenden Umständen allein entscheidend war. Ferner ging aus seiner und v. Dechends Erklärung hervor, dass nicht eine vorübergehende, sondern eine dauernde Einstellung der Silberverkäufe geplant sei. Ausserdem stellte Bismarck für die nächste Session einen Gesetzentwurf in Aussicht, der die Reichsregierung ausdrücklich zu diesem Schritt, der eine Unterbrechung des ganzen Reformwerkes bedeutete, ermächtigen sollte; und schliesslich konnten die Interpellanten den Vorwurf, dass sie selbst es gewesen, die künstlich eine Beunruhigung über die deutsche Münzgesetzgebung erzeugt hätten, nicht ruhig hinnehmen. All das liess eine Besprechung der Anfrage unbedingt notwendig erscheinen.

Als erster Redner erhielt Bamberger das Wort.

Er rechtfertigte zunächst sein und seiner Freunde Vorgehen, indem er die Vorgeschichte der Interpellation ausführlich erzählte und nachwies, wie von ihm persönlich alles gethan worden sei, um eine Interpellation zu vermeiden, wie aber schliesslich die Nachrichten aus England und die Weigerung der Reichsregierung, einen Schritt zur Beschwichtigung der allgemeinen Beunruhigung zu thun, die Interpellation unvermeidlich gemacht hätten. Es sei durchaus nicht die Absicht gewesen, sich in die Frage der Silberverkäufe einzumischen, sondern nur, dem Reichskanzler Gelegenheit zu der Erklärung zu geben, dass es ihm nicht in den Sinn gekommen sei, Deutschland zur Doppelwährung bringen zu wollen. Die schärfste Abfertigung der Interpellanten, die dahin gelautet hätte: wie könnt Ihr so thöricht sein zu glauben, Deutschland denke unter den jetzigen Umständen an eine Abschaffung der Goldwährung, sei ihm willkommen gewesen. Er nehme jedoch Anstoss an der Ankündigung des Reichskanzlers, dass er sich in der nächsten Session vom Reichstag ausdrücklich zur Einstellung der Silberverkäufe ermächtigen lassen wolle. Das Gesetz schreibe keinen Termin für die Durchführung der Silberverkäufe vor, und die Reichs-

regierung sei bis jetzt niemals dazu gedrängt worden, hier einen Termin zu setzen. „Es ist deshalb etwas auffällig," sagte er, „dass von einer Massregel gesprochen wird, die ihrerseits auch wieder fälschlich interpretiert werden könnte, als beabsichtige man, etwas Weiteres damit vorzubereiten."

Zum Schluss zeigte er, dass Deutschland mit seiner Münzverfassung besser dastehe, als alle übrigen Länder, namentlich als England, „das in den schwersten Verlegenheiten ist wegen seines Budgets für Indien, und das auf uns drückt und uns beständig herauslocken will, noch etwas an unsrer Währung zu machen, das seinen Interessen dient."

So massvoll und zurückhaltend Bamberger gesprochen hatte, so heftig und gereizt antwortete Bismarck. Vor allem entrüstete er sich über Bambergers Andeutung, dass Lord Russells Note auf Informationen durch Bleichröder zurückgehe. Er bezeichnete diese Andeutung in Anbetracht dessen, dass „durch skandalöse und schnöde Prozesse weltbekannt ist, dass dieses selbe Bankhaus mein Bankier und Geschäftsführer in Privatangelegenheiten ist", als eine Insinuation, die ihn an die „Reichsglocke" erinnere. Er seinerseits deutete an, dass die an den Silberverkäufen interessierten Banken an der Inszenierung der Interpellation beteiligt seien, eine Andeutung, die sich wohl auf die Deutsche Bank bezog, die bis Ende 1876 die Silberverkäufe vermittelt hatte und die auch später noch namhafte Silbermengen von der Reichsregierung behufs Absatz in der Levante übernahm. Bambergers frühere Beziehungen zu diesem Bankinstitut hafteten noch in den Erinnerungen, und Bamberger sah sich deshalb veranlasst, diese Andeutung zurückzuweisen, indem er klarlegte, dass er seit 1872 sich von diesem Institut, gerade um derartigen Anfeindungen zu entgehen, völlig zurückgezogen habe und an ihm gänzlich uninteressiert sei. Bismarck hinwieder gab seinem Ärger darüber Ausdruck, dass sich unter den Unterzeichnern der Interpellation viele seiner Gegner in der Tariffrage befänden, und er unterstellte den Unterzeichnern, dass die ganze Anfrage und ihre Besprechung „als eine kleine Diversion zur Erholung vom Tarifkampf" ins Werk gesetzt sei. Im übrigen falle es ihm nicht im Traume ein, sich den Kopf zu zerbrechen, wie er Beunruhigungen beschwichtigen solle,

„und Herr Bamberger mag fürchten, was er will, ich werde ihn nicht beruhigen".

So nahm die Debatte eine überaus unerquickliche Wendung. Die Heftigkeit und Gereiztheit Bismarcks war in keiner Weise durch die Interpellanten provoziert worden, und sie bestätigte für den Reichstag und für die Öffentlichkeit von neuem den schon seit längerer Zeit vorhandenen Eindruck, dass Bismarck es darauf anlege, die freihändlerisch gesinnten Führer der nationalliberalen Partei zu brüskieren. Ähnlich schroff, wie dieses Mal gegen Bamberger, war er wenige Wochen zuvor, gleichfalls ohne jeden sachlichen Grund, gegen Lasker und Forckenbeck aufgetreten.

Für Bamberger persönlich bedeutete der heftige Auftritt den vollendeten Bruch mit dem Kanzler, dessen Politik er während eines Jahrzehnts auf das eifrigste gefördert hatte. Die Art und Weise, wie Bismarck diesen Bruch herbeigeführt hatte, hinterliess bei ihm eine grosse Bitterkeit, die jedoch auf die Dauer sein objektives Urteil über die gewaltige Persönlichkeit des ersten Kanzlers nicht zu trüben vermochte. Bambergers letzte Publikation „Bismarck posthumus" gibt Zeugnis von seinem gleichmässig klaren und freien Blick sowohl für die Licht- als auch für die Schattenseiten seines grossen Gegners.

Für die Münzreform war das Ergebnis der Interpellation, dass nunmehr die dauernde Suspendierung der Silberverkäufe und damit die Unterbrechung der Durchführung der reinen Goldwährung, wie sie im Münzgesetz als Endziel der Reform bezeichnet war, ausser Zweifel stand. Vielfach gingen die Ansichten dahin, Bismarck werde bei diesem Schritt nicht stehen bleiben, sondern weitere Massregeln zu gunsten des Silbers ergreifen. Bismarck selbst that nichts, um diese Auffassung zu widerlegen. Ja er empfing sogar nicht lange nach jener Interpellation den amerikanischen Silberagitator Kelley in Audienz, und dieser verbreitete die abenteuerlichsten Mitteilungen über Zusagen, die Bismarck ihm über seine Mitwirkung bei einer bimetallistischen Aktion gemacht habe. Vor allem aber sprach ein in der Sache liegender Grund dafür, dass auf die Einstellung der Silberverkäufe ein weiterer Schritt in der einen oder andern Richtung folgen müsse. Allgemein galt der durch diese Massregel geschaffene Zustand für auf die Dauer unhaltbar, und

wenn der Reichsbankpräsident v. Dechend bei der Interpellation die Meinung geäussert hatte, dass der verbleibende Thalerrest ganz und gar unschädlich für das deutsche Geldwesen sei, so stand er mit dieser Auffassung gänzlich allein. Weder die Freunde der Münzreform noch die Anhänger des Bimetallismus glaubten, dass sich die durch die definitive Einstellung der Silberabstossung geschaffene „hinkende Goldwährung" werde aufrecht erhalten lassen; entweder müsse man das Silberkurant gänzlich beseitigen, oder die Doppelwährung durchführen.

Die Anhänger der Goldwährung waren durch die Entwicklung der Dinge in den Verteidigungszustand gedrängt. Es handelte sich für sie von nun an darum, vor allem jede Änderung der Münzgesetzgebung in bimetallistischem Sinn zu verhindern, und darüber hinaus womöglich die Regierung zur strikten Durchführung der Reichsgoldwährung zu veranlassen. Wie vorher um die Schaffung der deutschen Geldverfassung, so hat sich Bamberger in der nunmehr beginnenden Zeit schwerer Kämpfe um die Verteidigung der bisherigen Errungenschaften die grössten Verdienste erworben. Er war die Seele des Widerstandes gegen die immer bedrohlicher anwachsende Macht der Silber- und Doppelwährungsfreunde.

XI.

Die Jahre der Bedrängnis der deutschen Goldwährung.

Die deutsche Geldverfassung, wie sie durch die Gesetzgebung der 70er Jahre geschaffen worden ist, hat sich rasch eingebürgert und in die Gewohnheiten des Verkehrs eingefügt. So gross der Komplex von Aufgaben war, welche die Reform zu lösen hatte, so heftig seiner Zeit viele Punkte umstritten wurden — es sei nur an die staatsrechtliche Verfassung des deutschen Geldwesens, an den Streit über ein nationales oder internationales Geldsystem, an die Frage der Rechnungseinheit,

an die Fragen des Papiergeldes und der Reichsbank erinnert —, so wenig wurde die deutsche Geldverfassung in der Folgezeit in ihren Grundzügen angefochten. Nur in zwei Punkten ist der Streit nicht verstummt: Die Währungsgrundlage des deutschen Geldwesens wurde zum Gegenstand heftiger Kämpfe, und ausserdem hat sich bei den Zeitpunkten der Verlängerung des Bankgesetzes der Streit um die völlige Verstaatlichung der Reichsbank von neuem entfacht.

Das Bankgesetz sicherte den Notenbanken ihre Existenz auf Grundlage ihrer Verfassung bis zum Ende des Jahres 1890. Späterhin sind die Privilegien von 10 zu 10 Jahren kündbar. Infolgedessen war die Frage der Verstaatlichung der Reichsbank in dem ersten Jahrzehnt des Bestehens der deutschen Geldverfassung dem Streite der Parteien völlig entrückt. Auch in der Folgezeit sind zwar die Angriffe auf die Leitung der Reichsbank und auf ihre Geschäftspraxis mitunter sehr heftig gewesen, aber nur zu Zeiten des Ablaufs des Privilegiums hat der Kampf ein akutes Interesse gewonnen.

Dagegen ist seit der Einstellung der Silberverkäufe fast unausgesetzt um die Währungsgrundlage des deutschen Geldwesens gestritten worden. Dieser Kampf war an keinen Termin gebunden, denn die deutsche Reichswährung ist nicht, wie die Bankverfassung, durch wohlerworbene Rechte Dritter für bestimmte Fristen gesichert. Jeden Augenblick konnte hier durch eine gesetzgeberische Massregel eine fundamentale Änderung vorgenommen werden.

Die heftige Auseinandersetzung, welche im Juni 1879 zwischen Bismarck und den entschiedensten Anhängern der Goldwährung stattgefunden hatte, war fast noch mehr, als die blosse Thatsache der dauernden Einstellung der Silberverkäufe, geeignet, die Hoffnungen der Doppelwährungsfreunde anschwellen zu lassen.

Dazu kam, dass sich die allgemeinen Verhältnisse der Edelmetallproduktion und der Edelmetallbewegung in einer für die Entwicklung der deutschen Goldwährung recht ungünstigen Weise gestalteten. Die Goldproduktion war in einem Rückgang begriffen, dessen Ende sich nicht absehen liess. Ferner setzte eine Reihe günstiger Ernten und grosser Getreideexporte die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Stand, Gold aus

Europa zur Durchführung der im Jahre 1879 wieder aufgenommenen Barzahlungen an sich zu ziehen, während bisher Amerika umgekehrt den europäischen Ländern grosse Goldmengen geliefert hatte. Ausserdem nahm Italien in den Jahren 1881 bis 1883 zum Zweck der Abschaffung des Zwangskurses eine Metallanleihe im Betrage von 644 Millionen Lire auf, von denen mehr als 400 Millionen Lire in effektivem Golde eingingen.

Alle diese Verhältnisse bewirkten, dass Deutschland in jenen ersten Jahren nach der Unterbrechung der Münzreform nicht nur kein Gold vom Ausland erhielt, sondern dass es im Gegenteil Gold an das Ausland verlor.

Die Reichsbank kam dadurch in eine besonders schlimme Lage. Fortgesetzt schob ihr der inländische deutsche Verkehr die Silbermünzen zu, die er nicht benötigte, und holte dafür Gold aus ihren Kassen. Der überflüssige Silberrest, welcher bei der konsequenten Durchführung der Reform noch hätte eingezogen und verkauft werden müssen, sammelte sich so in den Kellern der Reichsbank an, während ihr Goldvorrat immer mehr zusammenschmolz. Zwar hatte der Reichsbankpräsident v. Dechend im Juni 1879 im Reichstag die noch vorhandenen Thaler für unschädlich erklärt, und noch im Februar 1880 gab Geheimrat Schraut als Bundesratskommissar im Reichstag folgende Erklärung ab: „Es liegt der grösste Teil der Thaler in den Beständen der Reichsbank, und letztere äusserte sich auf Befragen dahin, dass sie aus dieser Sachlage keinen Grund zur Beschleunigung der (Silber-)Verkäufe ableite; es könne jedermann jederzeit bei den Bankstellen Gold bekommen, und die Bank sei in der Lage, ihren Goldvorrat zu schützen".

Die Thatsachen belehrten jedoch den Reichsbankpräsidenten bald eines anderen. Als die Abnahme der Goldbestände so stark wurde, dass die Reichsbank sich zu ungewöhnlichen Diskontmassregeln veranlasst sah, welche ihr heftige Angriffe einbrachten, da bekundete Herr v. Dechend als seine Ansicht, dass der bestehende Zustand unhaltbar sei. Er schrieb im Jahre 1882 in einer Denkschrift, die anonym in der Norddeutschen Allg. Zeitung veröffentlicht wurde:

„Die Verwaltung der Reichsbank ist genötigt gewesen, die Einlösung ihrer Noten in Gold auf die Hauptbank zu be-

schränken und Diskonterhöhungen eintreten zu lassen, die recht gut hätten vermieden werden können, wenn sie nicht mit ängstlicher Sorgfalt über ihren Goldschatz wachen müsste. Das ist kein auf die Länge der Zeit haltbarer Zustand, er muss auf die eine oder andere Weise bald geändert werden, wenn die wirtschaftliche Lage des Landes nicht darunter leiden soll". —

Die Bimetallisten gewannen durch diese Gestaltung der Verhältnisse immer mehr Anhang, vor allem auch in wissenschaftlichen Kreisen. Dr. Otto Arendt, der im Jahre 1880 als junger Schriftsteller in die währungspolitische Agitation eintrat, fasste in seiner Schrift „Die vertragsmässige Doppelwährung" in gewandter und skrupelloser Dialektik und mit der schärfsten Polemik gegen die führenden Vertreter der Goldwährung alle Argumente zusammen, welche gegen die Goldwährung und für den Bimetallismus damals geltend gemacht werden konnten. Adolf Wagner, Lexis, Schäffle, Neuwirth und andere namhafte Gelehrte, gingen, teilweise durch Arendts Schrift beeinflusst, zum Bimetallismus über.

Alle waren in gleicher Weise beherrscht durch die Überzeugung von der Unhaltbarkeit des bestehenden Zustandes. Die grosse Menge unterwertigen Silbergeldes, welche neben den Goldmünzen zirkulierte, erschien ihnen als eine fortgesetzte Bedrohung des deutschen Geldwesens. Man stehe mithin vor einem Entweder — Oder: entweder müsse man durch Wiederaufnahme der Silberverkäufe die Goldwährung völlig durchführen, oder man müsse die Goldwährung ganz preisgeben und zur Doppelwährung übergehen. Die erste Alternative könne nicht in Betracht kommen, denn das Wiedererscheinen Deutschlands auf dem Silbermarkte werde zu einer solchen Panik und zu einem solchen Preissturz des Silbers führen, dass an Verkäufe gar nicht zu denken sei. Es bleibe mithin nur der im Weg eines internationalen Abkommens einzuführende Bimetallismus. Die Durchführbarkeit einer isolierten Doppelwährung wagte damals schon niemand mehr zu behaupten.

Zu diesem Grundargument, das aus dem angeblich verzweifelten Zustand des deutschen Geldwesens gegriffen war, gesellten sich noch andere Beweisstücke von allgemeinerer Natur.

Die Schuld an der Silberentwertung, die — weit über ihre wirkliche an sich schon nicht kleine Bedeutung hinaus — als eine

erschütternde Weltkalamität aufgefasst wurde, schrieben die radikalsten Bimetallisten ausschliesslich, die gemässigteren vorwiegend der deutschen Münzreform und den deutschen Silberverkäufen zu, und alle glaubten, durch den internationalen Bimetallismus diesen Schaden wieder gut machen und den Silberwert wieder herstellen zu können.

Dazu kamen die Befürchtungen, welche mit der Abnahme der Goldproduktion zusammenhingen. Diese Befürchtungen wurden sehr verschärft durch die Schrift von Eduard Suess über die Zukunft des Goldes (1878), welche auf Grund einer geologischen Hypothese eine dauernde Abnahme der Goldproduktion, die in ihrem Verlauf das Gold zur Verwendung als Münzmetall untauglich machen müsse, voraussagte. Die Goldwährung, sagten die Bimetallisten, sei hervorgegangen aus den Bestrebungen nach einer internationalen Münz- und Währungsgleichheit; jetzt zeige es sich, dass an eine universelle Goldwährung nicht zu denken sei, ja dass die vorhandenen Goldmengen nicht einmal für die am weitesten vorgeschrittenen Kulturländer genügten. Der Versuch, mit dem Golde allein auszukommen und das Silber von der Prägung auszuschliessen, müsse zu einer Geldverteuerung von den verhängnisvollsten wirtschaftlichen und sozialen Folgen führen. Die zahlreichen Diskonterhöhungen, welche damals in Rücksicht auf die ungewöhnliche internationale Goldbewegung vorgenommen wurden, seien bereits die deutlichen Zeichen der beginnenden Goldknappheit.

Bereits unmittelbar nach dem Erscheinen des Buches von Suess über die Zukunft des Goldes hatte Bamberger die Furcht vor einer Goldknappheit in einem Aufsatz: „Das Gold der Zukunft", der in der „Deutschen Rundschau" im Jahre 1878 erschien, eingehend behandelt. Treffend kennzeichnete er damals schon die Vagheit der Hypothese, auf welcher die ganze Furcht vor der Goldknappheit beruhte.

„Wenn wir unserm Autor glauben," schrieb er, „so wäre der Erdkreis schon so beiläufig abgesucht. ‚Mit einem nicht geringen Grade von Bestimmtheit,' so spricht Suess, ‚wird man zu der Meinung gedrängt, dass viel mehr als die Hälfte der mit den bisherigen Mitteln überhaupt erreichbaren Menge Goldes bereits durch die Hand der Menschen gegangen ist.' In der That, ein solcher Ausspruch verdient ob seiner Kühnheit unsre

Bewunderung zu erregen! War die Welt in ihrer Peripherie nicht lange bekannt vor 1848? Ist aber umgekehrt die Möglichkeit solcher Erschliessungen an vielen, vielen Stellen im Innern der Länder nicht auch noch gerade so denkbar wie zuvor? Der Verfasser selbst behält sofort den ganzen unermesslichen Kontinent von Afrika vor, die klassische Erde, deren blosser Küstenrand seit Jahrtausenden den Goldstaub versendet, doch wohl nur den Abfall tiefer verborgener Schätze? und gerade jetzt, wo die Aufmerksamkeit und Anstrengung der Entdeckungswissenschaft sich erst rüstet, das Innere des geheimnisvollen Weltteils zu sondieren? Wie viel fehlt, dass der ganze Nordwesten Amerikas durchforscht sei! und von Australien werden wir noch zu reden haben."

Besser ist wohl niemals die Kritik einer unbedachten Voraussagung bestätigt worden! Die gewaltige Zunahme der australischen Goldproduktion, Transvaal und Alaska haben die Goldgewinnung der Erde auf eine Höhe gebracht, dass sie heute mehr als doppelt so gross ist als in den glänzendsten Jahren der kalifornischen Periode.

Freilich hat Suess eine dauernde Abnahme der Goldproduktion nicht für die allernächste Zukunft in Aussicht gestellt, sondern er schrieb: „Der Zeitpunkt ist aber unausweichlich, in welchem, und zwar voraussichtlich nach wenigen Jahrhunderten, die Goldproduktion sich dauernd in ausserordentlichem Masse vermindern wird, und dieses Metall bei fortwährend zunehmender Seltenheit nicht mehr im stande sein wird, seine bisherige wirtschaftliche Stellung zu behaupten." — „Also noch ‚wenige hundert Jahre' — so bemerkt Bamberger zu diesem Ausspruch — liegen selbst nach dieser bösen Prophezeihung zwischen dem glücklichen Heute und jenen kommenden Tagen der Goldarmut. Man braucht vielleicht noch gar kein schlechtes Gemüt zu haben, um bei dieser Vorstellung ganz unbewegt zu bleiben. Selbst angenommen, das vielbeliebte Ethos und Pathos, welches die ‚Volkswirte' heute so reichlich verzapfen, erheische nebst der Liebe zu den lebenden Menschen, deren Kindern und Kindeskindern noch eine ebenso herzliche Teilnahme an den entferntesten Geschlechtern, selbst dieses angenommen, wäre doch der Gedanke berechtigt, dass zu frühzeitig beschlossene Anordnungen füglich den Nachkommen mehr

schaden als nützen könnten. Eine Weichenstellung auf Distanz von mehreren Jahrhunderten hinaus, das ist eine Vorsichtsmassregel, die beinahe mit Sicherheit den Zug in den Graben führen muss. Nicht der Leichtsinn, sondern die Einsicht in die Unberechenbarkeit der Zukunft hat die Weisheitslehre erfunden, der Mensch solle sich mit der Plage des Tages genügen lassen; und auf die Weltwirtschaft angewendet, ist wohl ein Säkulum ein reich bemessener Tag."

Die Umwandlung der Münzverfassung, welche in der Demonetisierung des Silbers und der Annahme der Goldwährung bestehe, sei nicht durch luftige Prophezeihungen herbeigeführt worden, „sondern durch Erscheinungen, die sich mit innerer Notwendigkeit aus den Grundbedingungen eines rationellen Verkehrs ergeben haben. Das zu grosse Gewicht (des Silbers) im Verhältnis zum Wert, der innere Widerspruch der Doppelwährung, das sind Gebrechen, die nicht von künftigen äusseren Vorgängen abhängen. Hier liegt eine Rechnung mit bekannten Grössen vor."

Hinsichtlich der Zukunft dagegen sei alles im Dunkeln. „Sollte endlich einmal die Zeit kommen, in welcher nach unsres Autors Voraussagung die Masse des vorhandenen Goldes zu dem Bedarf der ganzen Erde in solchem Unzulänglichkeitsverhältnis stände, dass der Münzgehalt immer mehr reduziert werden müsste, um mit der Wertzunahme des Metalls in entgegengesetzter Richtung gleichen Schritt zu halten, so würden ohne Zweifel derartige ganz neue Zeitumstände auch neue Kombinationen ins Leben rufen." Der Versuch, voraus zu berechnen, unter welchen Umständen diese auf hunderte von Jahren entfernte Eventualität eintreten werde, leide bei Suess an Einseitigkeit. Vor allem komme in Betracht, dass mit fortschreitender Zivilisation die Bargeld ersparenden Methoden der Zahlungsausgleichung sich immer mehr entwickeln. Ein einziges Rad, welches die Reichsbank ihrem Getriebe eingefügt, der Giroverkehr, habe Wunder gewirkt an Ersparung von Barumsätzen. Sollte wirklich der Goldschatz der Erde so rasch erschöpft sein, wie Suess befürchte, so würde gewiss bis zu jener Epoche auch das Verkehrssystem sich zu einem Grade ausgebildet haben, der unendlich viel weniger Stoffbewegung in Anspruch nähme. „Den Voraussagungen, welche mit dem Rückgang der Gold-

ausbeute drohen, stellen sich so von selbst Erwägungen gegenüber, welche dem abnehmenden Bedarf des Verkehrs selbst entnommen sind. Auf welche Art von Beobachtungen sich eine glaubwürdigere Wahrscheinlichkeitsberechnung gründen lässt, ob auf solche, die in die Schachte des unerschlossenen Erdreichs einzudringen versuchen, oder auf die, welche den zu Tage liegenden Gang der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgen, bleibe dahingestellt."

Welchen Standpunkt Bamberger gegenüber der Behauptung einnahm, Deutschlands Übergang zur Goldwährung und die deutschen Silberverkäufe hätten die Silberentwertung verursacht, und durch eine nur vom willkürlichen Belieben der Regierung und des Reichstags abhängenden Schwenkung der deutschen Münzpolitik könne das Silber wieder rehabilitiert werden, das ist bereits an der Hand seines Aufsatzes über die „Entthronung eines Weltherrschers" dargelegt worden. Unmittelbar nach der Einstellung der Silberverkäufe, als es sich darum handelte, ob diese Massregel aufrecht erhalten oder ob die Silberveräusserung wieder aufgenommen werden sollte, erfuhr dieser Streit naturgemäss eine Zuspitzung dahin, wie weit die deutschen Silberverkäufe den Preisrückgang verursacht hätten. Dr. Otto Arendt stellte damals die These auf: „Wie die deutsche Münzreform durch ihre Folgen die Silberentwertung überhaupt erst ermöglichte, so wurde diese durch die deutschen Silberverkäufe und nur durch diese direkt herbeigeführt." Die eingehende statistische Widerlegung dieser These, welche der Zunahme der Silbergewinnung und der starken Abnahme des Silberbedarfs für Ostasien ihren Anteil an der Silberentwertung zuwies, wurde im wesentlichen durch Soetbeer geführt, dessen wissenschaftliche Ehrenhaftigkeit von Arendt unter gröblichen Injurien in Zweifel gestellt worden war. Diese Arbeit erforderte ein so eingehendes und zeitraubendes Quellenstudium, dass Bamberger, dessen Arbeitskraft noch durch eine Reihe anderer politischer und wirtschaftspolitischer Fragen in Anspruch genommen war, sich in der Hauptsache darauf angewiesen sah, die Ergebnisse der fleissigen und gewissenhaften Forschungen Soetbeers zu verwerten.

In dem Ausgangspunkt der ganzen deutschen bimetallistischen Bewegung jedoch stimmte Bamberger lange Zeit mit seinen

bimetallistischen Gegnern überein, nämlich in der Auffassung, dass die durch die Einstellung der Silberverkäufe geschaffene Lage auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sei. Freilich zog er daraus eine andere Folgerung als die Anhänger der Doppelwährung. Die Ansicht, dass deutsches Thalersilber unverkäuflich sei, wies er stets mit Ironie zurück, und den Ausweg eines internationalen Doppelwährungsvertrags erklärte er stets für gänzlich unmöglich und ungangbar, weil er erstens einen Doppelwährungsvertrag für eine Utopie hielt, weil er ferner an die Möglichkeit der dauernden Festlegung des Wertverhältnisses zwischen Gold und Silber nicht glaubte, und schliesslich weil er der Überzeugung war, dass nicht menschliche Willkür, sondern die allgemeine Kulturentwicklung die Funktionen des Silbers als Münzmetall eingeschränkt habe, und dass deshalb eine Wiedereinsetzung des Silbers in seine alten Rechte mit der ganzen Richtung des wirtschaftlichen Fortschritts im Widerspruch stehe. Die Wiederaufnahme der Silberverkäufe und die planmässige Beendigung der Münzreform war deshalb für ihn der einzige Weg, der aus dem bestehenden unerquicklichen Zustande heraus zu einem befriedigenden Abschluss führen konnte.

Die Reichsregierung ihrerseits, deren Verhalten in diesen Fragen stets für den Gang des Währungsstreites von nahezu entscheidender Bedeutung war, vertrat nach der Einstellung der Silberverkäufe von allem Anfang an die Ansicht, dass der unfertige Zustand des deutschen Geldwesens zu ernsten Bedenken keinen Anlass gäbe. Die Befürchtungen, dass die Unterbrechung der Reform nur die Einleitung zu einer bimetallistischen Schwenkung der deutschen Münzpolitik sei, beruhigten sich allmählich, als Bismarck keinerlei Anstalten traf, die Initiative zu der internationalen Münzkonferenz, die er im Sommer 1879 dem Amerikaner Kelley nach dessen Angaben in Aussicht gestellt hatte, zu ergreifen. Dagegen wurde die Einstellung der Silberverkäufe seitens der Regierung als eine für die Dauer getroffene Massregel dadurch ausdrücklich anerkannt, dass sie in dem Etatgesetz für 1880/81 auf die Mittel zur weiteren Durchführung der Münzreform verzichtete.

Diese Thatsache gab Gelegenheit zu Debatten im Reichstag, welche die Lage in manchen Punkten klärten. (24. II. 1880).

Bamberger führt aus, die Reichsregierung habe Zeit genug

zu der Beobachtung gehabt, dass die Einstellung der deutschen Silberverkäufe nicht geeignet sei, den Silberpreis wieder auf die alte Höhe zu bringen. Andrerseits sei es der Reichsbank nicht gelungen, die sich bei ihr ansammelnden Thaler wieder in Verkehr zu bringen. Es liege mithin kein Grund mehr vor, an der Sistierung der Silberverkäufe festzuhalten.

Der damalige Staatssekretär des Reichsschatzamtes v. Scholz erklärte gegenüber diesen Ausführungen, der einzige Grund, welcher den Reichskanzler zur Einstellung der Silberverkäufe bestimmt habe, sei der, dass er die Verantwortung für die grossen Verluste, welche Deutschland aus den Verkäufen des Silbers bei den niedrigen Preisen erwuchsen, nicht mehr tragen wollte. Dieser Grund sei massgebend für die Aufrechterhaltung der Sistierung, aber damit sei nicht gesagt, dass dies eine unabänderliche Auffassung von seiten der Regierung bleiben müsse. „Wenn hier von dem hohen Hause," sagte er, „eine andere Auffassung, die Auffassung, dass man rascher mit dem Einziehen unsrer alten Landesmünzen vorgehen müsste, dass man gut thue, das daraus gewonnene Silber so rasch als möglich zu verkaufen, dass man die Verluste, die sich daraus ergeben, und die sich auf einen hohen Betrag noch beziffern würden, . . . auf die Reichskasse übernehmen müsste, wenn dies alles mit Einstimmigkeit oder mit überwiegender Majorität von der Legislative angenommen werden sollte und in einem Beschluss ausgesprochen würde, so würde dem nicht der anders lautende Beschluss der Regierung lediglich entgegengestellt werden, sondern er würde mit der ihm zukommenden Aufmerksamkeit geprüft und danach von neuem Stellung zu der Frage von den verbündeten Regierungen genommen werden."

Bamberger betonte diesen Ausführungen gegenüber, dass die dauernde Einstellung der Silberverkäufe, wie sie in dem Verzicht auf den Kredit zur Durchführung der Münzreform zum Ausdruck komme, ein neues Definitivum schaffe. Der Hauptzweck seiner Auseinandersetzung gehe dahin, „zu vermeiden, dass, wenn in gegebener Zeit Verwirrungen in den Verkehrs- und Umlaufsverhältnissen des Deutschen Reichs eintreten sollten durch Konjunktionen, die kein Mensch in der Hand hat, dass dann gesagt werden könne, sie seien durch Grundfehler unsrer Münzgesetzgebung oder durch Grundfehler unsrer Bankgesetz-

gebung heraufbeschworen worden; vielmehr verwahre ich mich dahin, dass solche Verwirrungen dann höchst wahrscheinlich dem Umstand würden zuzuschreiben sein, dass man nicht konsequent fortgefahren hat, die Münzreform durchzuführen." Besonders eingehend legte er dar, dass durch den bestehenden Zustand die Diskontpolitik der Reichsbank verfälscht werde, da das Silbergeld in ihrem Barvorrat einen ungebührlich grossen Platz einnehme, während ihr Goldvorrat, der allein für den Weltverkehr in Betracht komme, kleiner sei als bei irgend einer andern Bank von ähnlichen Dimensionen. Dem wurde nun freilich damals noch von seiten der Regierung entgegen gehalten, dass die Reichsbank mit ihrer Lage zufrieden sei und ihren Goldvorrat zu schützen wisse.

Bamberger sah davon ab, den Antrag auf Wiederaufnahme der Silberverkäufe zu stellen, zu welchem die Erklärung des Reichsschatzsekretärs förmlich herausforderte. Mit Recht führte er später aus,*) eine solche Aufforderung sei eine förmliche Umkehrung der Rollen gewesen. „Wenn die Exekution einer Massregel nach dem Sinne der Gesetzgebung und dem bisher eingehaltenen Geschäftsgang so selbstverständlich ist, wie die Durchführung der Münzreform, so könnte eine Regierung auf den Gedanken, diese Aufgabe fallen zu lassen, nur dann kommen, falls ein Zuruf des Reichstags sie plötzlich irre machte. Indem sie mit einem male ohne einen solchen Zuruf nahe am Ziel stehen bleibt, sich umschaut und nicht weiter gehen zu wollen erklärt, wenn man ihr nicht den Auftrag erneuere, schafft sie ein ganz abnormes Verhältnis und eine nie dagewesene Verlegenheit. Sie schiebt in einer schwierigen wirtschaftlichen Frage dem Reichstag eine Initiative zu, die sonst dieser Körperschaft nicht eingeräumt zu werden pflegt und für den besonderen Fall noch weniger als im allgemeinen der Natur der Sache entspricht."

Abgesehen von diesen theoretischen Gründen sprach ein sehr gewichtiger praktischer Grund gegen die Stellung eines die volle Durchführung der Münzreform verlangenden Antrags:

---

*) Die Reichstagsverhandlungen über Münzreform und Bankwesen (24. und 25. Februar 1880), herausgegeben und eingeleitet von Ludwig Bamberger. Berlin 1880.

bei der ausgesprochenen Absicht der Regierung, von weiteren Silberverkäufen abzusehen, hätte ein solcher Antrag bei der damaligen Zusammensetzung des Reichstags keine Aussicht gehabt, angenommen zu werden.

So blieb vorläufig alles auf dem alten Fleck, nur dass man jetzt wusste, die Regierung beabsichtige ebensowenig einen Schritt rückwärts, wie einen Schritt vorwärts zu machen.

Dieser Eindruck erfuhr bald eine Befestigung durch zwei Umstände.

Wie Bamberger in einem Brief vom 19. April 1880 an Soetbeer berichten konnte, beschloss damals der Bundesrat, über die an ihn gerichteten Petitionen gegen die Goldwährung zur Tagesordnung überzugehen, „in Erwägung, dass an der bestehenden Münzverfassung nicht gerüttelt werden solle".

Ferner wurde damals ein Gesetzentwurf ausgearbeitet — er ging dem Reichstag am 15. April 1880 zu —, nach welchem das im Münzgesetz von 1873 auf 10 Mark pro Kopf der Bevölkerung festgesetzte Maximum der Ausgabe von Reichssilbermünzen auf 12 Mark erhöht werden sollte. Die dadurch zu ermöglichende Vermehrung der Silberprägungen sollte nach den Motiven in erster Linie dazu verwendet werden, den Rest von Silberbarren, der bei der Einstellung der Verkäufe in den Händen des Reichs geblieben war und nun zinslos dalag — es handelte sich um 340000 Pfund fein —, in Reichssilbermünzen zu verwandeln. Damit war nach der einen Seite hin ebensosehr der endgiltige Verzicht auf weitere Verkäufe ausgesprochen, wie nach der andern Seite hin der Verzicht auf einen Schritt in der Richtung auf die Doppelwährung. Die Regierung wollte sich in dem zum Definitivum gewordenen Übergangszustand häuslich einrichten.

Eben deshalb fand der Gesetzentwurf in keinem der beiden feindlichen Lager eine freundliche Aufnahme.

Die Bimetallisten, welche die Wiederherstellung eines vollwertigen Silberkurantgeldes wünschten, widersetzten sich prinzipiell jeder Vermehrung der unterwertigen Silberscheidemünzen.

Die Anhänger der Goldwährung vermissten den Nachweis, dass ein Verkehrsbedürfnis nach mehr Reichssilbermünzen vorliege. Vor allem aber lag ihnen daran, eine Vermehrung des ohnedies schon vorhandenen Übermasses von Silbermünzen

wie sie sich aus der Ausprägung des Barrenrestes hätte ergeben müssen, zu verhindern.

Schon bevor der Entwurf dem Reichstag vorgelegt wurde, am 5. April 1880, schrieb Bamberger an Soetbeer:

„Ich werde auch bei mangelhaftem Nachweis des Bedürfnisses nicht gegen das Gesetz stimmen, weil die Thaler doch noch eher als Zweimarkstücke wie als Dreimarkstücke sich dem Verkehr assimilieren können; wenn aber die 300000 Pfund Barren umgeprägt werden sollen, stimme ich gegen."

Am 19. April, nachdem die Vorlage beim Reichstag eingebracht worden war, schrieb Bamberger:

„Wie Sie daraus (aus der Vorlage) ersehen, beabsichtigt die Regierung nicht nur die 300000 Pfund Silberbarren umzuprägen, sondern schliesst nicht einmal den Fall aus, dass für das weitere Bedürfnis neues Silber angekauft werde, statt alte Thaler zu verwenden. Ich bin nun der Ansicht, das Gesetz nur mit dem von mir bereits früher erwähnten und auch von Ihnen gebilligten Vorbehalte anzunehmen, und will nicht die Verantwortlichkeit dafür tragen, dass durch Hinzuziehung neuer Silbermassen eine wirkliche Umkehr oder auch nur eine Gefahr für den Goldbestand herbeigeführt werde. Vielleicht finde ich für meine Anschauung eine Majorität — wo nicht, so wasche ich mir die Hände in Unschuld."

Die Münznovelle, welche zur Zeit (Anfang März 1900) dem Reichstag vorliegt, erinnert darin an den Gesetzentwurf von 1880, dass auch sie eine Erhöhung des Maximums der Ausgabe von Reichssilbermünzen vorschlägt. Von bimetallistischer Seite ist deshalb der Versuch gemacht worden, die laue Haltung, welche Bamberger gegenüber dem Entwurf von 1880 einnahm, gegen die jetzige Münznovelle anzuführen. Bamberger hat zwar auch bei den Reichstagsverhandlungen von 1880 keine Unklarheit darüber bestehen lassen, in welchem Punkte er Bedenken gegen die Vorlage hegte. Aus den oben angeführten Briefen ergibt sich jedoch seine Stellungnahme ganz besonders deutlich: sein Widerspruch richtete sich einzig und allein gegen eine Vermehrung des Silberumlaufs, während er an und für sich gegen eine Umprägung von Thalern in Reichssilbermünzen so wenig einzuwenden hatte, dass er sogar bei mangelhaftem Nachweis des Bedürfnisses für eine solche Umprägung einzutreten bereit war.

Die jetzt vorliegende Münznovelle will nun im Gegensatz zu der von 1880 nicht nur keine Vermehrung des Silberumlaufs herbeiführen, sondern dadurch, dass der aus der Umprägung erwachsende Münzgewinn voll und ganz zur Deckung von Verlusten aus zu verkaufendem Thalersilber verwendet werden soll, wird sie sogar eine Verminderung unsres gesamten Silberumlaufs bewirken. Welche Stellung Bamberger, wenn er noch lebte, zu diesem Entwurf einnehmen würde, kann deshalb nicht zweifelhaft sein.

Wie die Dinge damals lagen, waren wenig Aussichten auf eine erträgliche Gestaltung des Scheidemünzgesetzes vorhanden. Weder die Bimetallisten, noch die Anhänger der Goldwährung, noch die Reichsregierung durften darauf rechnen, dass ihren Wünschen in ausreichender Weise Rechnung getragen werden würde, und deshalb einigte man sich darüber, die Vorlage unerledigt zu lassen.

Bamberger schrieb darüber am 30. April 1880 an Soetbeer:

„In dem gestern zwischen den verschiedenen Parteien verabredeten Programm, nach dem wir am 10. Mai schliessen, ist auch bestimmt, dass die Münznovelle liegen bleibt; und ich habe gar nichts dawider. Es ist durchaus nicht gewiss, dass mein Antrag durchgegangen wäre, ich hätte dann gegen das Gesetz gestimmt, und es wäre gleich übel gewesen, ob dasselbe gefallen oder angenommen worden wäre. So bleiben wir vorläufig auf dem status quo, was zwar schlimm, aber noch nicht das Schlimmste ist.“ —

In der folgenden Zeit trat wieder eine gewisse Beunruhigung über die währungspolitischen Absichten der Reichsregierung ein. Die Reichsbank sah sich damals durch die starke Abnahme ihres Goldvorrates zu scharfen Diskontmassregeln genötigt. In der ersten Septemberhälfte sank ihr Goldbestand bis auf 186 Millionen Mark, während ihr Silbervorrat sich auf etwa 350 Millionen Mark stellte, ein überaus ungünstiges Verhältnis, welches die bisher so optimistische Auffassung des Reichsbankpräsidenten zu ändern geeignet war. Damals zeigte das Wort „Goldknappheit“ eine besondere Zugkraft; der Reichskanzler selbst begann an die Goldknappheit zu glauben und ein Eingreifen der Gesetzgebung für notwendig zu halten.

Dazu kam, dass zu Beginn des Jahres 1881 die Vereinigten

Staaten und Frankreich gemeinschaftlich Einladungen zu einer neuen internationalen Münzkonferenz nach Paris ergehen liessen. Die deutsche Reichsregierung, welche im Jahre 1878 die Beschickung einer solchen Konferenz abgelehnt hatte, erklärte sich dieses Mal bereit, einen Vertreter zu senden.

Die Stellung der Reichsregierung in der Währungsfrage wurde von dem Reichsschatzsekretär v. Scholz eingehend dargelegt, als der Reichstag am 10. März 1881 die 9. Münzdenkschrift einer Besprechung unterzog. An Stelle des — wie Scholz ausdrücklich mitteilte — durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Reichskanzlers erklärte er: die Verbündeten Regierungen seien der Meinung, dass der status quo im wesentlichen auch fernerhin aufrecht zu erhalten sei, und diese Auffassung decke sich auch mit der persönlichen Ansicht Bismarcks. Der Reichskanzler halte das „non liquet" in der Währungsfrage zur Zeit noch für so stark, dass ein entscheidender Schritt jetzt nicht rätlich erscheine; doch sei es ihm allerdings zweifelhaft, ob der vorhandene Goldbestand ausreichend sei; der Kampf der Zentralnotenbanken über das Gold, wie er in den Diskonterhöhungen zu Tage trete, komme ihm vor, wie ein Zerren an einer zu kurzen Decke; der Reichskanzler sei indessen der Meinung, „dass es ihm nicht obliegen werde, in dieser Sache irgendwie reglementarisch vorzugehen, dass er vielmehr die Massnahmen, die sich demnächst als notwendig erweisen würden, den verbündeten Regierungen nicht blos, sondern auch dem hohen Hause als Gesetzgebungsmassregeln werde zu unterbreiten haben." In diesem Sinn sei auch die Einladung zur Pariser Münzkonferenz angenommen worden.

Das waren geheimnisvoll klingende Andeutungen über Gesetzesvorschläge, die der Goldknappheit entgegenwirken sollten, ohne den status quo in seinen wesentlichen Zügen zu alterieren.

Welcherlei Massregeln Bismarck dabei vorgeschwebt haben mögen, dafür lieferten bald darauf die Erklärungen der deutschen Delegierten auf der Pariser Konferenz gewisse Anhaltspunkte. In der den Delegierten erteilten Instruktion hiess es:

„Bezüglich Ihres Verhaltens auf dieser Konferenz wollen Sie es sich zur Richtschnur dienen lassen, dass Deutschland an den Grundlagen seines Münzwesens Änderungen vorzunehmen

nicht beabsichtigt und keinen Anlass erkennt, durch Eingehen vertragsmässiger Verbindlichkeiten sich in der freien Selbstbestimmung über seine Münzangelegenheiten Beschränkung aufzuerlegen."

Auf der Konferenz erklärten die deutschen Vertreter eine Wiederherstellung des Silberwertes für wünschenswert; aber Deutschland könne bei den zu diesem Zweck zu ergreifenden Massregeln höchstens soweit mitwirken, als es sich verpflichte, für eine bestimmte Reihe von Jahren kein Silber mehr zu verkaufen und durch Einziehung der Reichskassenscheine zu fünf Mark und der goldnen Fünfmarkstücke dem Silber einen grösseren Raum im deutschen Umlauf zu verschaffen; daneben liesse sich eine Umprägung der silbernen Fünf- und Zweimarkstücke auf Grund der Relation von 1 . 15 $^1/_2$ zwischen Silber und Gold in Erwägung ziehen.

In derselben Richtung bewegten sich die „Vorschläge zur praktischen Lösung der Währungsfrage", welche der Reichsbankpräsident v. Dechend etwa ein Jahr später in der Nordd. Allg. Ztg. anonym veröffentlichte, als deren Verfasser er jedoch alsbald erkannt wurde. Nur gingen diese Vorschläge darin erheblich weiter, dass sie nicht nur die Goldstücke und Papierscheine zu 5 Mark, sondern auch die goldnen Zehnmarkstücke beseitigen wollten. Der mittlere und kleinere Verkehr sollte auf das Silber angewiesen, und das Gold sollte für den grossen Verkehr und die internationalen Zahlungen reserviert werden. Er kam auf dieses Auskunftsmittel, weil er durch die sich immer schwieriger gestaltende Lage des seiner Leitung anvertrauten Instituts die Bedenken des durch die Einstellung der Silberverkäufe herbeigeführten deutschen Währungszustandes allmählich kennen gelernt hatte, weil er in Rücksicht auf die vermeintliche Goldnot und die angebliche Unverkäuflichkeit des deutschen Silbers die volle Durchführung der Goldwährung nicht befürworten wollte, und weil er den Bimetallismus — wie er selbst sagte — „nicht blos aus prinzipiellen sondern auch aus praktischen Gründen" für undurchführbar hielt. Als einziger Ausweg erschien ihm deshalb eine Reihe von Massregeln, durch welche, unter Aufrechterhaltung der Grundzüge des bestehenden Zustandes, der Verkehr zu einer stärkeren Benutzung von Silber-

'geld genötigt werden sollte, um dadurch die Reichsbank von dem drückenden Silberballast zu befreien.

Es scheint, dass es Dechend in der ersten Hälfte des Jahres 1881 gelungen war, Bismarck für seine Pläne zu gewinnen, und dass die Gesetzesvorschläge, welche Scholz im März 1881 in Aussicht stellte, die Dechendschen Absichten ganz oder teilweise hätten verwirklichen sollen.

Der Zusammentritt der Pariser Münzkonferenz verbot es natürlich, mit solchen Gesetzentwürfen an den Reichstag heranzutreten; denn dadurch hätte man es sich unmöglich gemacht, ihren Inhalt als Konzession an fremde Staaten zu verwenden.

Die Pariser Konferenz tagte vom 19. April bis Anfang Juli, ohne zu einem Ergebnis zu führen; dann vertagte sie sich bis zum 12. April 1882, in der Hoffnung, dass in der Zwischenzeit auf dem Weg diplomatischer Einzelverhandlungen eine Grundlage für eine Einigung geschaffen werden könne. Aber auch diese Hoffnung erfüllte sich nicht, und der 12. April ging vorüber, ohne dass die Konferenz wieder zusammentrat.

Die Bimetallisten erwarteten von dem Zusammentritt der Pariser Konferenz eine Lösung der Währungsfrage in ihrem Sinn und traten mit verdoppeltem Eifer in die Agitation ein. Auch während der Zeit der Vertagung der Konferenz entfalteten sie eine überaus rührige Thätigkeit, um ihr durch einen Druck auf die Regierungen vorzuarbeiten.

In Deutschland wurde im März 1881 von bimetallistischer Seite ein währungspolitisches Korrespondenzblatt, „der Kampf um die Währung" gegründet, dem bald ein zweites, die „bimetallistische Korrespondenz" folgte. Anfang 1882 wurde gleichzeitig in Deutschland ein „Deutscher Verein für internationale Doppelwährung" und in England eine „International monetary Standard Association" gegründet. Im Januar 1882 wurde im Reichstag von seiten des bimetallistischen Abgeordneten Leuschner die Währungsfrage abermals zur Verhandlung gebracht, um Stimmung für den erwarteten Wiederzusammentritt der Pariser Konferenz zu machen. Bamberger antwortete ihm in einer grossen Rede, in welcher er vor allem nachwies, wie eng der Kreis der an der lärmenden bimetallistischen Agitation Beteiligten sei, und wie nahezu die gesamte Industrie und der gesamte Handel Deutschlands nach wie vor geschlossen für die

Goldwährung einträten. Vor allem konnte er sich darauf berufen, dass auf der Plenarversammlung des deutschen Handelstags im November 1880 von 89 Handelskammern sich 84 für die Goldwährung und ihre volle Durchführung ausgesprochen hatten.

Die Regierung verzichtete darauf, sich an der Währungsdebatte des Jahres 1882 zu beteiligen. Sie verzichtete ferner darauf, nachdem die Münzkonferenz nicht wieder zusammengetreten war, dem Reichstag die von Scholz im März 1881 in Aussicht gestellte Vorlage zugehen zu lassen. Dagegen veröffentlichte v. Dechend am 5. April 1882 in der Nordd. Allg. Ztg. seine bereits besprochenen Vorschläge.

Der Währungskampf in Deutschland gestaltete sich unterdessen immer lebhafter. Gegenüber der eifrigen bimetallistischen Agitation erschien es für die Verteidiger der Goldwährung geboten, ein Gegengewicht zu schaffen. Im März trat Bamberger mit Bueck in Verhandlungen, die zur Gründung der „Währungs-Korrespondenz" führten, deren Herausgabe Dr. Kleser übernahm. Bamberger schrieb darüber am 29. März an Soetbeer: „Ich war von vornherein der Ansicht, dass dieselbe (die Währungskorrespondenz) durchaus nicht unter meine Auspizien gestellt werden und auch womöglich nicht in Berlin erscheinen müsste. Frankfurt oder Cöln erschienen mir das Richtige ... Wir möchten die Korrespondenz nur in kleinem Massstabe und in Distanzen von kürzestens Wochenfrist erscheinen lassen, auch möglichst wenig Polemik, sondern mehr Belehrung darin verfolgen. Was mich besonders an der Sache reizt, ist, dass sie unter die Auspizien von Bueck gestellt und von dem politisch und wirtschaftlich bis jetzt ganz unkompromittierten Dr. Kleser redigiert, die Fährte der Gegner von den Gesichtspunkten der oppositionellen und freihändlerischen Motive ableiten würde. Ich glaube, unter diesen Umständen werden auch Sie mir zustimmen, dass die Sache jedenfalls mehr nutzen als schaden kann. Sie machen sich, wie mir scheint, doch etwas Illusion über die Gefahrlosigkeit unsrer Lage. Was mich betrifft, so wundere ich mich im Gegenteil, dass Bismarck sich von der Koalition Dechend, Kardorff, Adolf Wagner und Genossen noch nicht hat herumkriegen lassen; und solange unser Silber nicht verkauft ist, bleibe ich immer

darauf gefasst, dass eines Morgens ein dummer Streich gemacht wird."

Aus diesem Grunde wirkte Bamberger dahin, dass in der „Währungskorrespondenz" immer und immer wieder die Forderung der Wiederaufnahme der Silberverkäufe aufgestellt und begründet wurde, ein Verhalten, das nach der Veröffentlichung der Dechendschen Vorschläge mehr denn je geboten war.

Teils waren es die Dechendschen Vorschläge, teils die von den englischen und deutschen Bimetallistenvereinen ausgehende Einberufung eines freien bimetallistischen Kongresses für den Oktober 1882 nach Cöln, welche Bamberger veranlassten, in einer besonderen Broschüre von neuem auf die Wiederaufnahme der Silberverkäufe zu dringen.

Er schrieb darüber an Soetbeer am 2. Oktober 1882:

„Die Broschüre soll gerade in den (Cölner Bimetallisten-) Kongress hineinfallen, d. h. gleichzeitig mit ihm vor das Publikum kommen, nicht als Defension hinterher. Das schwächt unsre Position. Wir müssen die Offensive ergreifen. Mir ist das vom Standpunkt der Taktik nicht zweifelhaft. Sie wissen, ich war lange für die Zurückhaltung, aber jetzt müssen wir aus der Schüchternheit heraus. Sie werden sehen, welchen Lärm die Bimetallisten schlagen und wie sie per Havas und Wolfs Tel. Bureau der Welt versichern werden, Deutschland gehöre Ihnen mehr als je. Gerade diese Demonstration muss man prävenierend durchkreuzen und nicht erst hinterher widerlegen, das kann hinterher doch geschehen, noch einmal."

Die Broschüre erschien Anfang Oktober 1882 als Extranummer der „Währungskorrespondenz" unter dem Titel „Die Verschleppung der deutschen Münzreform. Ein Appell an die Reichsregierung."

Die Schrift wendete sich mit grosser Schärfe gegen die Dechendschen Vorschläge und gegen die mit diesen übereinstimmende Praxis der Reichsbank, welche damals darauf hinauszielte, durch Zurückhaltung der Kronen das Publikum zu einem vermehrten Gebrauch von Silber zu zwingen. Nach unsrer Münzverfassung sei die Krone die Haupt- und Fundamentalmünze des deutschen Geldwesens, und das Publikum habe sich am meisten mit ihr befreundet. Jetzt aber könne man glauben, die Leitung der Reichsbank habe allein zu entscheiden, in wie

fern das Münzgesetz und das Bedürfnis des Verkehrs respektiert werden sollten. „Die Goldkronen, welche recht eigentlich für den täglichen Dienst des Publikums bestimmt waren, werden ihm entzogen und bei der Reichsbank eingesperrt, der dadurch ein Sicherheitsgefühl grösseren Goldbesitzes und Erleichterung ihrer Thätigkeit erwächst.“ Frage man nun, warum der Verkehr statt mit den Goldkronen sich mit dem lästigen Silber behelfen solle, so laute die Antwort einfach: weil die Reichsbank es nicht in ihren Kellern behalten will und es lieber der Nation aufhalst. Die Reichsbank habe sich durch den silbernen Boden ihrer Kasse mit Recht in ihrer Elastizität behindert gefühlt, und in ihrer Nächstenliebe habe sie erkannt, dass sie dieses Hindernis viel weniger schmerzlich empfände, wenn sie es auf das von ihr abhängige Publikum überwälzte. Zwar sei die Reichsbank nicht immer dieser Ansicht gewesen, früher habe es geheissen, die Silberunterlage inkommodiere nicht im geringsten. „Wie man sich so gründlich darin irrte, dass die Einstellung der Silberverkäufe den Silberpreis wieder dauernd heben werde, so irrte man sich auch in seinen eigensten Angelegenheiten, als man meinte, das Silber inkommodiere nicht. Diesen Irrtum hat man jetzt auch erkannt und nur mit dem andern vertauscht, dass das Silber das Publikum nicht inkommodiere, besonders, wenn man ihm freundlich zurede, sich für das Wohl der Menschheit, soll heissen, die Bequemlichkeiten und die Irrtümer der Bank zu opfern.“

In Wahrheit sei die Last des überflüssigen Silbers für beide Teile, für die Bank und für das Publikum, eine grosse, die am besten von beiden weggenommen würde durch die Fortsetzung der Silberverkäufe.

Man habe dagegen opponiert mit der Behauptung, Silber sei unverkäuflich; und als es sich zeigte, dass der Silbermarkt fortgesetzt grosse Silbermengen, die ihm von allen Seiten zuströmten, aufzunehmen im stande war, nicht nur Minensilber, sondern z. B. auch Silber aus eingeschmolzenen österreichischen Gulden, da habe man die Behauptung von der Unverkäuflichkeit des Silbers dahin eingeschränkt, dass speziell deutsches Thalersilber unverkäuflich sei und dass die Wiederaufnahme der deutschen Silberverkäufe einen panischen Schrecken hervorrufen werde.

„Freilich," schrieb Bamberger, „wenn Deutschland um jeden Preis mehr Silber auf den Markt brächte, als der Markt für seine laufenden Bedürfnisse brauchte, so würde es die Preise drücken und den Markt demoralisieren. Aber das hat noch kein Mensch verlangt, als höchstens die deutschen Bimetallisten, welche damit England zur Verzweiflung zu treiben drohten, aber wohlweislich nie selbst an den Ernst ihrer Drohung geglaubt haben und jetzt, wo der Moment gekommen wäre, sich hüten, zur Ausführung zu raten." Wenn aber Deutschland mit Mass und Ziel Thalersilber verkaufe, so würden die Käufer keinen Deut weniger dafür geben, als die objektiven Verhältnisse des Marktes bedingten. „Denn sie kaufen ja nicht nach Phantasie oder unsrer schönen Augen wegen, sondern zur Befriedigung nächster positiver Bedürfnisse mit der rechnenden Feder in der Hand. Darum darf man wohl sagen: Das Diktum von der Unverkäuflichkeit des deutschen Silbers beruht heute mehr als je auf purer Einbildung und arbeitet den Machinationen derer in die Hände, welchen die Zerstörung der deutschen Münzreform am Herzen liegt."

Wolle die Reichsregierung die Verantwortlichkeit für die Wiederaufnahme der Verkäufe nicht auf sich nehmen, obgleich die ganze Handelswelt seit Jahren dahin dränge, so möge sie sich von neuem dazu durch den Reichstag ermächtigen lassen. Der Reichstag würde zweifellos zustimmen, wenn die Regierung mit der Erklärung hervortrete, dass sie nach mehr als dreijährigem Zaudern den Moment gekommen sehe, mit Mass die Reform zu Ende zu führen. Eine Initiative des Reichstags, auf welche der Reichskanzler angespielt habe, sei freilich undenkbar. Eine gesetzgebende Versammlung, die aus so vielen heterogenen Elementen bestehe, werde niemals in so schwierigen ökonomischen Fragen mit sicherem Schritt ohne die Regierung vorgehen können. Die Regierung möge in Gottes Namen noch die Erleuchtung durch den bevorstehenden Cölner Kongress abwarten, dann aber endlich einen Entschluss darüber fassen, ob die deutsche Währung endgiltig eine „hinkende" bleiben oder ob sie ihrem Ziel zugeführt werden solle.

In einem zweiten Teil zeigte Bamberger, wie alle Gründe auf welchen die Massregel von 1879 beruht habe, hinfällig geworden seien.

„Jeder Mensch," so schrieb er, „und noch mehr jede verantwortliche Regierung hat Anspruch darauf, dass ihr an rationes dubitandi ein volles Mass gestattet werde. Aber auf der andern Seite kann kein praktischer Mensch, und noch viel weniger kann eine Regierung, welche für die Gesamtheit praktisch zu sein hat, den Zustand der Zweifelhaftigkeit in Permanenz erklären. Zweifel sind stets ein Übel, wenn auch unter Umständen ein notwendiges, aber sicherlich auf die Dauer und als Lebensregel ein unausstehliches, verderbliches."

Der Zweifel, welcher zur Unterbrechung der Münzreform geführt habe, sei ein doppelter gewesen. Der erste habe sich auf den Silberpreis und seine Beeinflussung durch die deutschen Verkäufe bezogen, der zweite auf die Möglichkeit des Zustandekommens einer internationalen Doppelwährung. Beide Zweifel seien in der dreijährigen Zwischenzeit für jedermann, der sehen wolle, gründlich gehoben worden.

Der Silberpreis sei nach der Einstellung der deutschen Verkäufe nur ganz vorübergehend und ganz unbedeutend in die Höhe gegangen, um dann von neuem zu sinken. Der wahre Grund für die Entwertung des Silbers sei eben nicht in Deutschlands Verkäufen zu suchen, sondern „darin, dass in allen Ländern mit Ausnahme Ostindiens die Prägefreiheit für Silber aufgehoben worden ist; und die Ursache für dieses allgemeine Phänomen ist die noch allgemeinere, dass der heutige Verkehr nur noch in den kleinen Dimensionen der wirklichen Scheidemünze sich des Silbers bedienen will." Deshalb sei keine Aussicht für eine günstigere Gestaltung des Silbermarktes, alle Wahrscheinlichkeit spreche vielmehr für einen beschleunigten Niedergang, und die fortdauernde Sistierung der Silberverkäufe könne daher nicht damit begründet werden, dass man auf eine Besserung des Silberpreises warten wolle.

Die Hoffnung auf ein internationales Abkommen sei durch das gänzliche Fehlschlagen der Pariser Konferenz völlig zu Schanden geworden. Der ganze Verlauf der Konferenz, die bei jeder Sitzung immer mehr zerrinnende Aussicht auch nur auf den Anfang einer Verständigung gebe ein so unwiderlegliches Zeugnis von der Unfruchtbarkeit des ganzen Bemühens, dass heute für weitaus die meisten Teilnehmer der Konferenz wie für alle unbefangenen Leser ihrer Protokolle das ganze

Unternehmen als tot und begraben gelten müsse. Zur Bekräftigung zitierte er ausführlich den ganz ausgezeichneten offiziellen Bericht der schweizerischen Delegierten, welcher in seinem Schlusswort die Anbahnung der reinen Goldwährung als den einzigen Weg aus den Missständen des bestehenden Zustandes der hinkenden Währung bezeichnete, einen Weg, welchen die Schweiz, da sie durch die lateinische Münzunion gebunden war, nicht betreten konnte.

„Wir haben dem Gesagten," so schloss Bamberger, „kein Wort weiter hinzuzufügen. Die Schweiz, an die lateinische Union gefesselt, ist gezwungen, in diesem status quo zu bleiben. Wenn Deutschland sich freiwillig dazu verdammt, so verbindet es alle Nachteile eines Münzvertrags mit allen Nachteilen der Vertragslosigkeit. Es wählt den möglichst schlechten Ausweg und hat es nur sich selbst zuzuschreiben, wenn alle andern ihren Vorteil auf seine Kosten suchen." —

Während Bamberger in dieser Weise gegen die Dechendschen Vorschläge und für die Wiederaufnahme der Silberverkäufe eintrat, erklärte sich der Cölner Bimetallistenkongress für denjenigen Teil der Dechendschen Propositionen, welche von den deutschen Delegierten auf der Pariser Konferenz als annehmbar bezeichnet worden waren. Mit Einstimmigkeit wurde folgende Resolution angenommen:

„Zu dem Zweck, ein festes Wertverhältnis zwischen Gold und Silber herzustellen, ist es für England und Deutschland wünschenswert:

1. dass in beiden Ländern der Gebrauch von Silber durch Prägung vollwertiger Silbermünzen neben den Silberscheidemünzen vermehrt werde;

2. dass Deutschland alles Gold und Papier unter dem Werte von 10 Mark einziehe;

3. dass Deutschland kein weiteres Silber verkaufe;

4. dass die Bank von England von ihrem existierenden Rechte Gebrauch mache, Silber als Teil ihrer Reserven zu halten."

Diese Resolution zeigt, wie bescheiden die Bimetallisten durch das Fiasko der Pariser Konferenz geworden waren: einen internationalen Doppelwährungsvertrag hielten auch sie damals

für ausgeschlossen, und sie begnügten sich mit der Forderung nach kleinen Mitteln.

Herr v. Kardorff, unter dessen Vorsitz der Cölner Kongress getagt hatte, versprach, bei den Verhandlungen im Reichstag einen Antrag einzubringen, welcher die Deutschland betreffenden Punkte der Resolution enhalten sollte.

Irgend ein Eindruck war von einem solchen Antrag nicht zu erwarten, und Bamberger schrieb damals an Soetbeer (am 20. Oktober 1882): „Kardorff muss man jetzt auf sein Versprechen, einen Antrag in den Reichstag zu bringen, festnageln. Denn dieser Antrag wird sicher abgelehnt. Etwas positiv Dummes findet eine Mehrheit nur, wenn Bismarck dafür eintritt, und das steht in diesem Fall schwerlich zu befürchten."

Kardorff hielt sein Versprechen; aber ihm selbst mag das Verfehlte seines Vorgehens bald zu Bewusstsein gekommen sein. Jedenfalls gab er sich keine Mühe zu verhindern, dass sein Antrag überhaupt nicht zur Verhandlung kam.

Von einer hervorragenden, freilich den Zwecken ihrer Urheber ganz entgegengesetzten Bedeutung war die Pariser Münzkonferenz in ihrer Wirkung auf die Ansichten und die Stellungnahme der deutschen Reichsregierung. Seitdem Bismarck von einem persönlichen Eingreifen in die Münzangelegenheiten wieder Abstand genommen hatte, lag die Leitung dieser Frage fast ausschliesslich in den Händen des damaligen Reichsschatzsekretärs v. Scholz. Dieser war anfangs in der Währungsfrage unsicher und in seiner Stellungnahme schwankend. Er hat später im Reichstag selbst erzählt, wie für seine währungspolitische Überzeugung die Pariser Konferenz von entscheidender Bedeutung war. Nach eingehendem, pflichtgemässem Studium des von Cernuschi verfassten und der Konferenz vorgelegten bimetallistischen Vertragsentwurfs sei er zu der Überzeugung gekommen, dass es unmöglich sei, einen bimetallistischen Vertrag zu entwerfen, der nicht die grössten Gefahren in sich berge.

Dazu kam nun, dass im Laufe des Jahres 1882, in welchem es der Reichsbank gelang, für etwa 111 Millionen Mark Gold anzukaufen, die gesamte Lage sowohl dieses Instituts, als auch des deutschen Geldwesens eine beträchtliche Besserung erfuhr, durch welche die Schwierigkeiten der angeblichen Goldnot beseitigt oder wenigstens in erheblichem Masse

gemildert wurden. Auch dadurch wurde die Reichsregierung in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den bimetallistischen Forderungen bestärkt.

Am 2. Juni fand eine Bundesratssitzung statt, die sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigte, und über deren Verlauf Bamberger auf Grund vertraulicher Informationen an Soetbeer folgendes berichten konnte:

„Zunächst wurden die Petitionen auf Abänderung unseres Münzgesetzes einfach beseitigt. Sodann kam die Frage zur Sprache, wie sich die verbündeten Regierungen bei einer Debatte über den (damals noch schwebenden) Kardorffschen Antrag zu verhalten hätten, und es wurde beschlossen, dass das Äusserste, was man den Antragstellern gegenüber erklären könne, dahin ginge, dass man auf keinen Fall gesonnen sei, an dem jetzigen status quo etwas zu ändern. In der Debatte selbst wurde von einigen Mitgliedern, welche unsere Auffassung teilen, angeregt, diesen Ausdruck des status quo dahin zu definieren, dass darunter die Aufrechterhaltung des deutschen Münzgesetzes und nicht etwa auch die Aufrechterhaltung der Sistierung der deutschen Silberverkäufe zu verstehen sei. Scholz erwiderte jedoch, dass er es nicht für nötig halte, ausdrücklich so weit zu gehen, sondern diesen Punkt unerörtert lassen würde, falls er nicht vom Hause aus zu deutlicher Interpretation aufgefordert werde, in welchem Fall er allerdings geneigt schien, in den status quo auch den Nichtverkauf des Silbers einzubegreifen. — Wie die Dinge bei uns liegen, müssen wir damit zufrieden sein. Im übrigen glaube ich auch, dass die Verhandlung nicht mehr stattfinden wird; erstens weil der Reichstag meiner Vermutung nach schon im Laufe dieser Woche an Beschlussunfähigkeit sterben wird, und zweitens, weil Kardorff, mit dem ich darüber eine vertrauliche Unterredung hatte, nicht im geringsten Lust empfindet, vorzugehen."

Obwohl v. Kardorff nichts that, um seinen längst eingereichten Antrag zur Beratung zu bringen, konnte er sich nicht enthalten, bei der zweiten Lesung des Etats am 11. Juni 1883 eine Währungsrede zu halten. Der Kern seiner Ausführungen war: Er habe zu seinem Bedauern die Überzeugung gewonnen, dass die Reichsregierung auf der einen Seite die Bedeutung der Währungsfrage nach jeder Richtung hin unterschätze und auf

der andern Seite die Dauerhaftigkeit und Güte des bestehenden Währungszustandes überschätze. Nach seiner Ansicht stehe die Regierung nur vor der Wahl, entweder Silber zu verkaufen oder Schritte zu thun, um mit andern Staaten Vereinbarungen über eine internationale Doppelwährung zu treffen.

Das war für die Regierung eine Gelegenheit, ihren gegenüber dem Jahre 1881 merklich veränderten Standpunkt klar zu legen. Geheimrat Schraut gab als Bundesratskommissar eine Erklärung ab, deren Schwerpunkt in dem Satze lag, dass in der Frage der Goldnot „Vermutungen, welche den höchsten Grad der Wahrscheinlichkeit für sich hatten, sich in Wirklichkeit nicht als zutreffend erwiesen haben". Der status quo sei für Deutschland durchaus erträglich. Deutschland stehe mindestens sehr viel besser da als Frankreich mit seinem beträchtlich grösseren Silberumlauf und als England mit seinen ausgedehnten Handelsbeziehungen zu den asiatischen Silberländern. Für Deutschland liege deshalb keine Veranlassung zu irgendwelchen Schritten vor.

Für Bamberger war es ein Leichtes, die Kardorffschen Forderungen abzufertigen. Er brauchte dessen neues Verlangen, Deutschland möge entweder die internationale Doppelwährung herbeiführen oder sein überflüssiges Silber verkaufen, nur dem noch schwebenden Antrag Kardorff gegenüberzuhalten, der eine dauernde Einstellung der Silberverkäufe im Wege der Gesetzgebung herbeiführen wollte.

Die bimetallistischen Politiker waren über die kühle und ablehnende Haltung der Reichsregierung sehr wenig erbaut; mit Recht sahen sie in dem Reichsschatzsekretär von Scholz die Seele des Widerstandes gegen ihre Bestrebungen innerhalb der Regierung, und der ganze Groll der teilweise sehr temperamentvollen Leiter der bimetallistischen Bewegung richtete sich damals und in der Folgezeit gegen diesen Mann. Herr von Kardorff ging damals, wie Scholz später als Finanzminister im Reichstag enthüllte, so weit, dass er einen Brief an den Reichskanzler schrieb, in welchem es hiess: obwohl die Camphausen und Delbrück abgegangen seien, wehe in den Räumen des Reichsschatzamtes immer noch der Geist Bambergers; seiner Meinung nach sei eine Purifikation in dieser Beziehung notwendig. Mit dieser Anklage hatte jedoch von Kardorff keinen Erfolg. Der Reichs

kanzler setzte damals in Scholz ein so unbedingtes Vertrauen, dass er ihm ohne weiteres den Kardorffschen Brief zur geschäftlichen Behandlung übergab.

Bamberger war weit entfernt, sich nach den günstigen Erklärungen der Regierung über jede Gefahr zu beruhigen. „Es wird mir immer klarer", so schrieb er am 21. Juni 1883 an Soetbeer, „dass wir nichts zu fürchten haben, als die agrarischen Anwandlungen Bismarcks — aber dagegen giebt es auch keine Garantie, solange er an der Spitze der Geschäfte steht."

In der That, die Gefahren, welche sich aus der Lage des deutschen Geldwesens ergaben, wurden mit jedem Jahr geringer. Die Zunahme der Bevölkerung und die Vermehrung der Umsätze auch im kleinen Verkehr bewirkten, dass der Umlauf eine grössere Menge von Silbergeld absorbierte. Infolgedessen erfuhr der Silberstand der Reichsbank eine Verminderung, obwohl die Reichsregierung die durch die Zunahme der Bevölkerung gegebene Möglichkeit benutzte, um einen Teil des Barrenrestes in Reichssilbermünzen auszuprägen. Gleichzeitig erfuhr der Goldvorrat der Reichsbank eine Vermehrung durch den Zufluss von Gold aus dem Ausland. Das alles musste beruhigend wirken und den bestehenden Zustand in münztechnischer Beziehung auch für diejenigen, welche prinzipiell den Bimetallismus oder die reine Goldwährung anstrebten, erträglich erscheinen lassen. Auch Bamberger, der noch im Jahre 1882 mit dem grössten Nachdruck die Wiederaufnahme der Silberverkäufe verlangt hatte, begann allmählich, sich mit dem status quo abzufinden, wenn er dabei auch stets seinen prinzipiellen Standpunkt wahrte. Er schrieb am 11. Februar 1884 an Soetbeer, welcher sich in einem Aufsatz direkt für das ruhige Abwarten erklärt hatte: „Wir dürfen uns nicht für das geduldige Abwarten aussprechen, sondern müssen den Silberverkauf verlangen. Können wir's nicht durchsetzen, so wahren wir unser Gewissen, können wir's, um so besser!" Aber das hinderte nicht, dass er in der folgenden Zeit stets den bimetallistischen Übertreibungen der in den bestehenden Münzverhältnissen liegenden Gefahren energisch entgegentrat und die deutsche Währung gegen alle Anzweiflungen ihrer Solidität mit Nachdruck verteidigte.

Je mehr aber die auf dieser Seite liegenden Gefahren schwanden, desto grösser wurde die Bedrohung des deutschen

Geldwesens, die aus der Verbindung zwischen Bimetallismus und Agrariertum hervorging.

Die bimetallistische Agitation bemächtigte sich der Notlage der deutschen Landwirtschaft. Die sinkenden Getreidepreise wurden erklärt als Folgen einer Verteuerung des Geldes, die sich als notwendige Wirkung der Annahme der Goldwährung ergeben habe. Die steigende Getreideausfuhr Indiens und Russlands sollte verursacht sein durch die sinkende Valuta dieser Länder, welche diesen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erleichtere; auch an diesen Valutadifferenzen sei einzig und allein die Goldwährung und die durch die Goldwährung herbeigeführte Silberentwertung schuld. Der Bimetallismus dagegen werde eine Preissteigerung für die landwirtschaftlichen Produkte bringen, die drückende Konkurrenz des Auslandes beseitigen und die auf der Landwirtschaft ruhende Schuldenlast erleichtern. Solche Versprechungen, verbunden mit den schärfsten Ausfällen gegen Banken und Grosskapital, für welche die Goldwährung ein Werkzeug zur systematischen Ausbeutung der schaffenden Arbeit sei, verfehlten ihre Wirkung nicht. Der rastlosen Agitation der Bimetallisten gelang es, allmählich den grössten Teil der deutschen Landwirtschaft zum Sturm gegen die Goldwährung mobil zu machen. Die Agitation für die Erhöhung der Getreidezölle that ein übriges, um die Kampfesstimmung des Agrariertums zu erhöhen. Es wurde seitens der bimetallistischen Führer ein förmlicher Petitionssturm auf Regierung, Bundesrat und Reichstag organisiert. Schon im Jahre 1885 lagen dem Reichstag hunderte von Petitionen vor, die alle im gleichen Wortlaut die Abschaffung der Goldwährung und die Einführung der Doppelwährung verlangten. Im Jahre 1886 steigerte sich die Zahl dieser Petitionen auf 1161; meist gingen sie von landwirtschaftlichen Vereinen und landwirtschaftlichen Kasinos aus, denen jedes selbständige Urteil über die Währungsfrage fehlte.

Die Anhänger der Goldwährung sahen mit wachsenden Besorgnissen das Anschwellen dieser Bewegung. Dazu kamen Gerüchte, dass die Stellung des Finanzministers v. Scholz erschüttert sei, und verschiedene andere Symptome, welche darauf hindeuteten, dass Bismarck die bimetallistische Agitation begünstige.

Zu Beginn des Jahres 1885 brachte v. Kardorff im Reichstag

einen Antrag ein, die Regierung aufzufordern, die Initiative zur Einberufung einer internationalen Währungskonferenz zu ergreifen.

Am 25. Januar 1885 schrieb Bamberger an Soetbeer: „Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass Bismarck, ohne sich nun zu entscheiden, sich einstweilen ein agrarisches Votum vom Reichstag geben liesse, um es eventuell zu verwerten." Am 15. Februar schrieb er: „Über die Aussichten der Resolution vermag ich mit Wahrscheinlichkeit noch nichts zu sagen. Die Regierung hält sich dunkel, und viel Gutes erwarte ich mir nicht von Bismarcks gegenwärtiger Stellung zu den Agrariern. In meiner letzten Rede habe ich absichtlich die betreffenden Äusserungen des Abgeordneten v. Schalcha, die Sie wohl gelesen haben, erwähnt, weil Bismarck zugegen war, und ich auf seinem Gesicht zu lesen wünschte, wie er über die Sache denke. Ich habe ihn scharf fixiert, als ich meinen Protest gegen die agrarischen Versuche, unsre Währung zu verändern, formulierte. Allein er bestrebte sich sichtbar, durch keinen Mienenzug seine Gedanken zu verraten, und ich konnte weder Billigung noch Missbilligung darin lesen." In einem Brief vom 18. Februar 1885 heisst es: „Ich bin auf eine möglichst schlechte Wendung der Dinge gefasst, wenn auch vom Eingehen auf den Kardorffschen Antrag bis zum Abschluss eines bimetallistischen Weltvertrags noch ein weiter Weg ist, während dessen eine Wendung zum Besseren eintreten kann."

Während Bamberger, unterstützt von Soetbeer, das Material für eine Entkräftung der gegnerischen Argumente, namentlich hinsichtlich der Goldverteuerung und der Begünstigung des Weizenimports durch die Valutadifferenzen, sammelte und verarbeitete, that er gleichzeitig alles, um die angesehensten Vertretungen der Industrie und des Handels zu Kundgebungen gegen den Kardorffschen Antrag und gegen jede Beeinträchtigung der deutschen Goldwährung zu veranlassen. Seiner Initiative ist es zuzuschreiben, dass die Hamburger Handelskammer, die Berliner Aeltesten der Kaufmannschaft und die Frankfurter Handelskammer damals entschieden für die Erhaltung der Goldwährung eintraten und dadurch eine Reihe ähnlicher Körperschaften zu derartigen Kundgebungen bestimmten. „Wenn alle bäuerlichen Vereine zusammengetrommelt werden, um für Silber

zu petitionieren," so schrieb damals Bamberger an Soetbeer, „wäre es doch sonderbar, dass die Kaufleute und Industriellen sich schweigend verhielten." So gelang es, noch im letzten Augenblick eine grosse Anzahl der angesehensten kaufmännischen Körperschaften zu Petitionen an den Reichstag, welche um die Ablehung des Antrags Kardorff baten, zu veranlassen, die — wie das Ergebnis der Abstimmung bewies — ihre Wirkung nicht verfehlten.

Am 6. März 1885 kam der Antrag Kardorff zur Beratung.

Bamberger trat in einer ausführlichen Rede den bimetallistischen Behauptungen über Goldverteuerung und Preisrückgang, Silberentwertung und indische Weizenkonkurrenz entgegen; er schilderte den Zustand der deutschen Währungsverfassung gegenüber den Ausführungen Kardorffs, die ihn als unhaltbar und höchst gefährlich hinstellten, als befriedigend und jedenfalls besser, als derjenige fast aller anderen Staaten; die Antragsteller forderte er auf, einen bimetallistischen Münzvertrag, wie sie ihn sich vorstellten, konkret zu formulieren, statt der Reichsregierung zuzumuten, eine internationale Vereinbarung herbeizuführen. „Ich fürchte nicht," so führte er zum Schlusse aus, „auch wenn Sie heute mit Mehrheit den Antrag von Kardorff und Genossen annehmen sollten, dass eine bimetallistische Konvention zustande kommt deswegen; nie und nimmermehr kommt eine solche zustand, darüber bin ich ganz ruhig. Ich habe das im Jahre 1878 vorausgesagt, und Sie haben es nicht glauben wollen; ich habe es im Jahre 1881 vorausgesagt, und Sie haben es nicht glauben wollen. Sie werden es auch jetzt nicht glauben wollen. Darüber bin ich ganz ruhig. Worüber ich aber unruhig bin, ist dies, dass die Welt und Deutschland selbst alteriert werden könnten in Bezug auf den Standpunkt, den die Reichsregierung in dieser Beziehung bisher eingenommen hat."

Die Regierung selbst nahm zu dem Antrag Kardorff in keiner Weise Stellung; nur dass Geheimrat Schraut den Aufstellungen Kardorffs über die Zusammensetzung des deutschen Münzumlaufs eine statistische Berichtigung zuteil werden liess.

Trotzdem wurde der Kardorffsche Antrag abgelehnt, da ein Teil des Zentrums unter der Führung Windthorsts gegen ihn stimmte.

„Auch mir ist ein Stein vom Herzen," berichtete Bamberger am 8. März an Soetbeer, „denn die Gefahr und die Verantwortlichkeit war nicht klein, und ich bin selbst überrascht von dem glücklichen Ausgang, um so mehr als nach allen Anzeichen hier einer der seltenen Fälle vorliegt, wo es gelang, eine Anzahl Reichstagsmitglieder, selbst des Zentrums und der Konservativen, durch Argumente umzustimmen. Aber mehr als je muss ich davor warnen, sich bei diesem Ausgang zu beruhigen. Solange Bismarck am Ruder ist, müssen wir immer auf eine traurige Überraschung gefasst sein, denn seine Herzensneigungen sind und bleiben bei alledem auf der anderen Seite."

Die Bimetallisten waren durch die Ablehnung des Kardorffschen Antrags keineswegs entmutigt. Durch eine rastlose Fortsetzung ihrer agitatorischen Arbeit hofften sie bei einer Wiederholung des Ansturms, die für das kommende Jahr in Aussicht genommen wurde, den Sieg zu erringen. Die Haltung des Reichskanzlers war immer noch dunkel, aber sie schien eher die bimetallistischen Bestrebungen zu begünstigen. So teilte Bismarck in einem Schreiben vom 28. Mai 1885 dem Vorstand der Thüringischen Bauernvereine mit: „die Frage der Einführung der Doppelwährung unterliegt zur Zeit der Prüfung der zuständigen Behörden". Daraus schöpften die Bimetallisten neue Hoffnungen. Freilich beschloss der Bundesrat im Juni, den bimetallistischen Petitionen keine Folge zu geben, aber auch diese Zurückweisung wurde nicht als eine endgiltige angesehen und steigerte nur die agitatorische Thätigkeit der Doppelwährungsleute.

Es ist erstaunlich, dass Bamberger, während der heftige Tageskampf um die Währungsfrage in unverminderter Stärke weiter tobte, die Musse fand, sich in das interessante Problem zu vertiefen, welches damals beim Ablauf des lateinischen Münzvertrages die Münzbundstaaten beschäftigte: in die Frage, wie bei einer eventuellen Lösung des Vertrags die im gemeinsamen Umlauf der Vertragsstaaten befindliche Menge der unterwertigen silbernen Fünffrankenstücke liquidiert werden sollte. Bei dem sich über diese Frage entspinnenden Streit waren zwei Punkte besonders interessant: dass von Frankreich und der Schweiz verlangt und auch durchgesetzt wurde, dass jeder Staat die mit seinem Gepräge versehenen Fünffrankenstücke in Gold

honorieren müsse; ferner die grossen Schwierigkeiten und Benachteiligungen, welche sich aus dem Vertragsverhältnis namentlich für Belgien, das zur Zeit der freien Silberprägung grosse Mengen von Fünffrankenthalern für private Rechnung ausgeprägt hatte, ergaben.

Diese beiden Punkte waren es, die Bamberger besonders reizten. Er hat sie in seiner Schrift „Die Schicksale des lateinischen Münzbundes, ein Beitrag zur Währungspolitik", die Ende 1885 erschien, mit besonderer Ausführlichkeit behandelt. „Ich schrieb das Ganze," so teilte er am 28. Oktober 1885 Soetbeer mit, „namentlich um zu zeigen, was bei einem Münzbund alles vorkommen kann, und wie der lateinische Münzbund selbst der Goldwährung in die Arme läuft." Und am 30. Oktober: „Ich habe absichtlich die Sache recht minutiös behandelt, damit den Leuten etwas schwindlich werde bei der Vorstellung alles dessen, was bei einem solchen Vertrag entstehen kann." Auch in der Vorrede wies er ausdrücklich auf diesen praktischen Zweck seiner Schrift hin. Trotz der Kämpfe und Reibungen innerhalb des lateinischen Münzbundes, so schrieb er, werde bei uns in Deutschland in gewissen Parteilagern der Ruf nach einem neuen Münzbund als Parole ausgegeben. „Auch denen, welche herbeiströmen, um gegen die Einzeichnung ihres Namens unter die heilbringende Bittschrift von allen Übeln erlöst zu werden, wird die Sache als eine höchst einfache vorgestellt. Es gibt kein untrüglicheres Mittel, sich eine Sache leicht zu machen, als wenn man sie gar nicht kennt. Dies ist das Geheimnis, sicherlich nicht der bimetallistischen Vertretung in der Wissenschaft, wohl aber der bimetallistischen Agitation im Lande." Denjenigen denkenden Menschen, welche sich in gewissenhafter Weise über schwierige Fragen Aufklärung zu verschaffen suchten, wolle er mit seiner Darstellung der Schicksale des lateinischen Münzbundes die Antwort auf die Frage erleichtern, ob das Deutsche Reich seine selbständige Münzverfassung von Grund aus zerstören solle, um sie auf dem Fundament eines „ewigen" Vertrags mit den von dem seinigen so tief verschiedenen Staatswesen Frankreichs und Amerikas wieder aufzubauen; wie sehr aber auch diese Bedenken schon ausreichten, um vor einem System zurückzuschrecken, welches, wenn überhaupt, wie allseitig zugegeben werde, nur auf dem

Vertragsweg durchgeführt werden könne: — viel entscheidender bleibe, dass die Ergebnisse der Beratungen und Beschlüsse der letzten Konferenzen der Münzbundstaaten eine förmliche Absage an das System der Doppelwährung selbst bedeuteten.

Für den praktisch-politischen Zweck, welchen Bamberger im Auge hatte und der die Veranlassung zu dieser Arbeit gewesen war, hätte es genügt, die aus dem Vertrag entstandenen Schwierigkeiten zu kennzeichnen und die in der von den Münzbundstaaten schliesslich akzeptierten Lösung enthaltene Anerkennung des Goldes als des alleinigen Währungsgeldes gebührend hervorzuheben. Bamberger beschränkte sich jedoch nicht darauf, sondern er behandelte von Grund aus mit durchdringendem Verstand und in echt wissenschaftlichem Geist das komplizierte Problem der Liquidation des früher vollwertigen, später unterwertig gewordenen Kurantsilbers. Er kam dabei zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass die Prägung bei einem Münzbund nicht ausschlaggebend für die Einlösungsverpflichtung sein könne. Gegenüber Soetbeer, welcher sich mit diesem neuen Gedanken nicht befreunden konnte, fasste er das Resultat seiner Studien prägnant in folgenden Sätzen zusammen:

„Ganz richtig nehmen Sie an, dass ich Belgien nicht die Macht zugestehe, die Fünffrankenstücke ohne Einlösungspflicht zum bisherigen Goldäquivalent ausser Kurs zu setzen, und auch eine Degradierung der Zahlungsfähigkeit bis zu 100 Fr. halte ich für einen Rechtsbruch gegen den eignen Staat. Nur die Verpflichtung aus der Konvention, die im Ausland befindlichen Stücke am Domizil des Auslandes in Gold einzulösen, erkläre ich für falsch. Mit andern Worten, es besteht eine nationale, aber keine internationale Verpflichtung. Der Billigkeit nach müsste aber die Einlösungspflicht von den Unionsstaaten nicht nach der Prägung, sondern pro rata irgend eines rationellen Verhältnisses getragen werden."

Noch ehe Bamberger diese gründliche und scharfsinnige Arbeit beendigt und veröffentlicht hatte, begann die bimetallistische Agitation in Deutschland förmlich ihren Siedepunkt zu erreichen. Die Art und Weise, wie die Landwirtschaft unter der Führung des Grafen Mirbach und des Dr. Arendt gegen die Goldwährung und ihre Verteidiger aufgehetzt wurde, übertraf alles bisher dagewesene. Persönliche Verunglimpfungen und Verdächtigungen

wurden nicht gespart, und wenn man den Reden der Agitatoren hätte glauben wollen, was natürlich die harmlosen Bauern thaten, dann wäre die Einführung der Goldwährung in Deutschland nichts gewesen als ein plumper Betrug, von einigen Kapitalisten ins Werk gesetzt, um die ehrlich arbeitenden Leute um die Frucht ihrer Mühen zu bringen. Im November 1885 druckte sogar die offiziöse Nordd. Allg. Ztg. einen vom Grafen Mirbach verfassten Aufsatz ab, dessen Ton und Tendenz bereits in seiner Überschrift hinlänglich zum Ausdruck kam. Der Titel lautete: „Die schwere Schädigung der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Industrie, des Handwerks, aller körperlichen und geistigen Arbeit durch die Goldwährung." Es schien zeitweise, als ob selbst ein Teil der Industrie, die bisher treu zur Goldwährung gestanden hatte, durch die bimetallistische Agitation erschüttert sei. Im Herbst 1885 traten bei einer Versammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die in Cöln abgehalten wurde, starke bimetallistische Sympathien hervor, die freilich in der Minderheit blieben.

Kein Wunder, dass unter diesen Verhältnissen, und namentlich in Rücksicht auf die unverdienten persönlichen Verdächtigungen, Bamberger, der sich ohnehin in jener Zeit nicht wohl fühlte, die Lust zur Fortsetzung seiner dornenvollen Aufgabe zeitweise verlor. Soetbeer schrieb ihm am 18. Dezember 1885:

„Zu meinem grossen Bedauern erfahre ich, dass Ihr Befinden nach Ihrer Rückkehr in die Reichshauptstadt nicht befriedigend ist. Nehmen Sie sich nur ja in acht! das wünsche und empfehle ich Ihnen aufs dringendste, sowohl Ihrer selbst wegen als auch im Interesse unsrer guten Sache. Ich weiss sehr wohl: kein Mensch ist unentbehrlich; allein für die Beschirmung und den Abschluss unsrer deutschen Münzverfassung wäre es doch vielleicht erwünscht, wenn wir beide, und namentlich Sie, lieber Freund, solange bei frischer geistiger Gesundheit blieben, bis auch die noch übrigen Thaler demonetisiert wären als Kurantgeld! — Die leidige Kolonialfrage und die sozialpolitischen Experimente liegen Ihnen gewiss auch sehr am Herzen und, wenn irgend einer, sind Sie befähigt und berufen, im Reichstag den sich breit machenden Unsinn zu widerlegen, — allein Münzwesen und Bankwesen sind doch noch mehr auf

Ihr parlamentarisches Wirken angewiesen und müssen in erster Linie durch Sie vertreten werden."

Bamberger antwortete am 19. Dezember:

„ . . . Sie haben ganz recht, nur die Notwendigkeit, auf der Bresche der deutschen Münzverfassung zu stehen, hält mich im Reichstag zurück. Sonst hätte ich mich schon diesmal nicht mehr wählen lassen. Heute sind es elf Jahre, dass mir meine Frau in Wiesbaden starb, während ich auf drei Tage von ihrem Krankenlager mich losgerissen hatte, um in der Reichsbank-Kommission die Organisation der Reichsbank zu verteidigen. Dafür bin ich von Dechend und den grossen Bankiers seitdem bei jeder Gelegenheit angefeindet worden, und die Agrarier behaupten, ich arbeite für die Börsenspekulation. Wenn man seinen Lohn nicht in sich fände, so wäre die öffentliche Thätigkeit in Deutschland wahrlich das Dümmste, was ein Mensch treiben könnte." —

Für den Anfang des Jahres 1886 planten die Bimetallisten einen grossen Schlag im Reichstag. Die Vorbereitungen für diese Entscheidungsschlacht wurden mit Hochdruck betrieben, und die Bimetallisten hofften auf einen durchschlagenden Sieg.

Da trat eine unerwartete Wendung ein. Sei es, dass Herr von Kardorff seine Ungeduld nicht zügeln konnte, sei es, dass er vor der in Aussicht genommenen Reichstagsdebatte dem verhassten Finanzminister v. Scholz noch eine besondere Lektion zu erteilen gedachte: am 21. Januar hielt er im Abgeordnetenhaus ohne besonderen Anlass eine fulminante Währungsrede. Am folgenden Tag erschien der Finanzminister im Hause, um Herrn von Kardorff entgegenzutreten. Er verteidigte mit Lebhaftigkeit die Goldwährung gegen die Kardorffschen Angriffe und erklärte, der rechtzeitige Übergang zur Goldwährung gereiche der Reichsregierung zu hohem Ruhm; mit grosser Schärfe wendete er sich sodann gegen die Aufhetzung der bäuerlichen Bevölkerung gegen die bestehende Währungsverfassung, und er schloss mit den Worten: er habe noch nie einen Entwurf eines bimetallistischen Vertrags gesehen, „der von jedem, der sein Vaterland lieb hat, der sein Vaterland nicht verraten will, unterzeichnet werden könnte."

Diese Rede wirkte wie ein Blitz aus heiterm Himmel. Zu-

nächst glaubte man vielfach, und nicht nur in bimetallistischen Kreisen, Scholz habe in persönlicher Gereiztheit und ohne vorherige Verständigung mit Bismarck gehandelt und sein Auftreten sei nur eine Ankündigung seines Abschieds.

Aber diese Annahme erwies sich als trügerisch. Im Februar kam im Reichstag der mit Spannung erwartete neue Antrag Kardorff zur Beratung. Diesmal wurde keine internationale Münzkonferenz und kein Bimetallismus verlangt, sondern der Antrag bewegte sich, um für die weitesten Kreise annehmbar zu erscheinen, in einer gänzlich unbestimmten und nichtssagenden Allgemeinheit. Der Reichstag wurde aufgefordert: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, der Währungsfrage die eingehendste Prüfung zu teil werden zu lassen und dem Reichstag von dem Resultat der Prüfung Mitteilung zu machen."

Herr v. Kardorff benutzte die Gelegenheit, um seinem Groll gegenüber dem Finanzminister v. Scholz Luft zu machen. Obwohl dieser nicht anwesend war, griff er ihn in der schärfsten Weise an, und die schwerste aller Beschuldigungen, die er gegen ihn erhob, war die, dass der grösste Teil der Rede, die der Minister im Abgeordnetenhaus gehalten habe, nichts als eine Blumenlese aus Reden Bambergers gewesen sei, und das versuchte er unter dem Beifall und der Heiterkeit seiner Freunde eingehend nachzuweisen.

Am nächsten Tag erschien Herr v. Scholz. Den Kardorffschen Antrag schob er mit der zutreffenden und vernichtenden Bemerkung zur Seite: eine nichtssagendere, gleichgültigere und überflüssigere Resolution habe das Haus wohl noch nie beschäftigt. Es sei ganz gleichgültig, ob sie angenommen oder abgelehnt werde. Dann wendete er sich an Herrn von Kardorff persönlich und sagte:

„Als ich noch die Ehre hatte, dem Reichsschatzamt vorzustehen, da hat Herr von Kardorff bereits dem Reichskanzler einmal brieflich vorgetragen, dass, obwohl die Camphausen und Delbrück abgegangen, in den Räumen des Reichsschatzamts noch der Geist Bambergers wehe, und darauf aufmerksam gemacht, dass eine Purifikation in dieser Beziehung seiner Meinung nach notwendig sei. Es entspricht, nachdem dieses privatissimum keinen Erfolg gehabt hat, durchaus der Tendenz, jetzt das publicum hier zu lesen in derselben Richtung, und ich fürchte

nur, dass es mit demselben Erfolg geschieht; denn das ist doch zweifellos, m. H., dass die Person des Herrn Reichskanzlers turmhoch über der Annahme steht, als ob jemand eine Sache oder eine Person bei ihm nur in dieser Weise anzugreifen brauche, um den gewünschten Erfolg zu haben, als ob es dem Herrn Reichskanzler genüge, um sich ein anderes Urteil über jemanden zu bilden, wenn man ihm sagt: sieh, der sieht ähnlich aus wie Bamberger."

Es war gegenüber der entschiedenen Haltung des Finanzministers, welche jetzt nur noch auf Grund einer Verabredung mit Bismarck denkbar war, von keinerlei Bedeutung, dass der inhaltlose Antrag Kardorff nach dreitägiger Redeschlacht schliesslich mit 145 gegen 119 Stimmen angenommen wurde.

Bamberger schrieb am 13. Februar an Soetbeer:

„ . . . In der Hauptsache brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen, dass wir — trotz der erbärmlichen Abstimmung — mit dem Resultat dieser Tage zufrieden sein können. Das Wichtigste ist ja für uns die Richtung in der Regierung selbst. Die pessimistischen Oppositionszeitungen haben sich leider aus dem Drange nach Überklugheit zum Teil verführen lassen, die Erklärung von Scholz nicht als Symptom der Übereinstimmung mit Bismarck aufzunehmen. Das wäre schon ein taktischer Fehler, selbst wenn sie mit dieser Vermutung recht hätten, und ich habe überall, soweit ich konnte, dafür gesorgt, dass diese verkehrte Methode zurückgestellt werde. Aber die Sache verhält sich auch in Wirklichkeit nicht so. War es schon an sich höchst unwahrscheinlich, dass Scholz ohne Fühlung mit Bismarck so ungeheuer energisch auftreten werde, so kann ich jetzt nach zuverlässigen Mitteilungen, die mir gestern Abend zu teil wurden, Ihnen sagen, dass Scholz' Angriff gegen Kardorff auf vorheriger Verständigung mit Bismarck beruht hat. Das gibt noch kein Recht, auf Bismarcks Einverständnis mit unsern Ansichten zu schliessen, aber die Zurückweisung der Kardorffschen Anmassung und Prozeduren hat entschieden seine Billigung gefunden — und das bedeutet immerhin schon sehr viel! Zunächst ist für uns das Wichtigste, dass wir keine Regierungsmassregeln im bösen Sinne mehr zu erwarten haben, und wir leben ja von der Hand in den Mund. Auch sollte es mich nicht wundern, wenn auf den sinnlosen Antrag der Reso-

lution der Bundesrat eine recht abfertigende Antwort in gegebener Zeit erteilen wird, und der bimetallistischen Agitation im Lande ist wohl vorläufig der Garaus gemacht."

In der That bedeutete die Absage, welche damals dem Bimetallismus seitens der Reichsregierung zu teil wurde, einen entscheidenden Wendepunkt für die Geschichte des Währungskampfes in Deutschland. Die Hoffnung auf die Sympathien des Reichskanzlers und auf die schliessliche Unterstützung seitens der Regierung hatte allein die bimetallistische Bewegung zu einer solchen Hochflut anschwellen lassen. Jetzt trat die Ernüchterung ein. Nichts ist tötlicher für eine Agitation als die plötzliche Zerstörung aller Aussichten nach einer aufs Höchste angespannten Steigerung aller Erwartungen.

Gleichzeitig mit dieser praktisch-politischen Ernüchterung, welche den Bimetallisten zu teil ward, begann eine Periode der günstigen Gestaltung sowohl der Produktionsverhältnisse der Edelmetalle, als auch des deutschen Münzumlaufs; etwas später begann dann eine Umgestaltung der internationalen Währungsverfassung; und das alles wirkte dahin zusammen, die Lage des deutschen Geldwesens nach innen und aussen so sehr zu verbessern, dass die bimetallistische Agitation in Deutschland nur noch ein einziges Mal, und zwar nicht aus währungspolitischen, sondern aus allgemein-politischen Gründen, einen bemerkenswerten Aufschwung nahm. Alles in allem genommen war der grosse Streit für Deutschland bereits im Jahre 1886 entschieden.

XII.

Schluss.

Seit der Mitte der 80er Jahre hat sich das deutsche Geldwesen in einer geradezu glänzenden Weise entwickelt. Die Steigerung der Goldproduktion und die für Deutschland günstige Goldbewegung wirkten zusammen, um den deutschen Goldbestand ganz erheblich zu verstärken; von etwa 1650 Millionen

Mark im Jahre 1885 hat sich der deutsche Goldumlauf auf 2800—2900 Millionen Mark vermehrt. Der durchschnittliche Goldvorrat der Reichsbank, der 1881 nur 207 Millionen Mark betrug, stieg im Jahre 1895 auf 700 Millionen Mark, und er hat sich auch in den letzten Jahren, in welchen der glänzende Gang der Geschäfte grosse Beträge von Goldmünzen aus der Reichsbank in den freien Umlauf zog, nur bis etwa 580 Millionen Mark vermindert.

Der Silberumlauf und vor allem der Silberbestand der Reichsbank hat dagegen eine Verringerung erfahren. Die Reichsregierung verkaufte in den Jahren 1885 und 1886 den noch vorhandenen Rest von Silberbarren, der 86 000 Pfund fein betrug und durch die Einschmelzung von Thalerstücken auf 100 000 Pfund ergänzt wurde, an die ägyptische Regierung. Im Jahre 1892 wurde ferner ein Abkommen mit Österreich geschlossen, das von den in Deutschland umlaufenden Thalern österreichischen Gepräges, die bei uns seit 1857 als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt sind, 26 Millionen Mark zum Gegenwert von 2 fl. österr. Währung pro Thaler übernahm. Infolge dieser Verminderung des Silberumlaufs und der Steigerung des Verkehrsbedürfnisses nach Silbergeld ist der Silbervorrat der Reichsbank von 350 Millionen Mark im Durchschnitt des Jahres 1881 auf 250—260 Millionen Mark im Jahre 1899 zurückgegangen.

Durch diese Entwicklung sind die Gefahren, welche der unfertige Zustand des deutschen Münzwesens in den ersten Jahren nach der Einstellung der Silberverkäufe in sich barg, beseitigt worden.

Diese günstige Gestaltung der deutschen Geldverhältnisse, in Verbindung mit der seit dem Jahre 1884, entgegen den bimetallistischen Unglücksprophezeiungen, wieder steigenden Goldproduktion hatte die Wirkung, dass viele der überzeugtesten Anhänger der bimetallistischen Bewegung in ihrer Stellungnahme wankend wurden und dass sie teilweise zur Goldwährung übertraten. Vor allem sei hier an Professor Lexis erinnert. Die praktische bimetallistische Agitation verfiel in Deutschland in eine vollständige Erschlaffung. Im Ausland dagegen machte sich der fortgesetzte Rückgang des Silberpreises vielfach in empfindlicher Weise geltend; namentlich hatte unter dieser Erscheinung England zu leiden wegen seiner Beziehungen zu Indien, und

neben ihm die Vereinigten Staaten wegen ihrer verfehlten Münzgesetzgebung, die — entgegen der deutschen Entwicklung — den Silberumlauf des Landes fortgesetzt vergrösserte und den Goldumlauf und mit ihm die Erhaltung der amerikanischen Valuta immer stärker bedrohte.

Erst durch die silberfreundliche Bewegung in England wurde die Bewegung in Deutschland nach mehrjähriger Ruhe wieder etwas in Fluss gebracht. Um die in England eingeleitete parlamentarische Aktion zu unterstützen, beantragten die deutschen Bimetallisten im Februar 1889 im Reichstag, „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, falls England die Initiative zu einer Wiederherstellung des Silberwertes ergreift, die Bereitwilligkeit Deutschlands zu einem gemeinsamen Vorgehen mit England auszusprechen".

Es war schon an sich überaus thöricht, von der Regierung die Bereitwilligkeit zu einem Vorgehen mit England zu verlangen, ehe England seinerseits sich zu einer Initiative entschlossen hatte; aber die Regierung wies die Resolution nicht nur aus diesem Grund zurück, sondern sie erklärte die deutschen Münzverhältnisse für durchaus befriedigend und weigerte sich, in irgendwelcher Form die verlangte Zusage zu machen. Die Bimetallisten liessen es nicht einmal auf eine Abstimmung ankommen, sondern zogen ihren Antrag zurück. —

Nicht mehr Glück hatten die Bimetallisten und Agrarier, als sie in demselben Jahre den Ablauf des Privilegiums der Reichsbank benutzten, um die Verfassung und die Geschäftspraxis dieses Instituts in ihren grundlegenden Zügen anzugreifen.

Sie verlangten die gänzliche Verstaatlichung dieses Instituts, und ferner eine liberalere Kreditgewährung, namentlich an die Landwirtschaft, sogar an solche Landwirte, deren Zahlungsfähigkeit zweifelhaft sei. Nach ihrer Auffassung sollte die Reichsbank in erster Linie dazu da sein, um Kredit an solche zu gewähren, die sonst nur schwer oder überhaupt keinen Kredit bekommen; der Grundsatz der Unterstützung der wirtschaftlich Schwächeren müsse auch die Bankpolitik beherrschen. Aus einem Zentralinstitut zur Überwachung und Regulierung des deutschen Geldwesens, für welches die Kreditgewährung nur eine Nebenfunktion und nach Art und Umfang durch die Erfüllung

seiner höheren Aufgabe bedingt ist, sollte also nicht nur eine Kreditanstalt, sondern sogar eine nicht nach Geschäftsgrundsätzen sondern nach Wohlthätigkeitsgrundsätzen arbeitende Kreditanstalt gemacht werden.

Die Verstaatlichung der Reichsbank steht mit diesen Forderungen in einem gewissen Zusammenhang. Von einem mit privatem Kapital arbeitenden Institut kann auch der unbescheidenste Agrarier nicht verlangen, dass es Geld auf Nimmerwiedersehen ausleiht; dagegen lässt sich eine solche Forderung wohl an eine mit Staatsgeldern wirtschaftende Bank stellen; denn die Mittel der Allgemeinheit sind nach einer heutzutage weit verbreiteten Auffassung in erster Linie für die verschiedenen Kategorien der „Notleidenden" da.

Für die Verstaatlichung wurde ferner der Grund ins Feld geführt, dass dem Reich dadurch eine Vergrösserung seiner Einnahmen aus der Reichsbank zufliesse. Aber dieser Gesichtspunkt wurde kaum ernst genommen. Man fühlte allgemein, dass es sich bei der ganzen Frage darum handle, ob die Reichsbank im Wege der Verstaatlichung ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen und den Agrariern ausgeliefert werden sollte.

Bamberger trat bei den Reichstagsverhandlungen mit Eifer für die Erhaltung der Bankverfassung ein, an der er selbst das Beste mit hatte schaffen helfen, und die sich in der Zwischenzeit so gut bewährt hatte. Er beleuchtete die ganze Verkehrtheit der agrarischen Auffassung über die Pflichten und Aufgaben einer Zentralnotenbank und warnte in Anbetracht der günstigen Erfahrungen mit der Reichsbank nicht nur vor schlechten, sondern auch vor guten Experimenten.

Wie in der Währungsfrage, so gelang es auch hier, den agrarischen Ansturm abzuschlagen und die Bankverfassung in ihren Grundzügen zu erhalten.

Als im Frühjahr 1890 im englischen Unterhaus ein Antrag, England möge die Initiative zu einer internationalen Münzkonferenz ergreifen, auf eine Erklärung Goschens, der sich in der entschiedensten Weise gegen den Bimetallismus aussprach, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, trat wieder auf dem ganzen Gebiet der Währungsfrage in Deutschland völlige Ruhe ein.

Der Anstoss zu einer neuen Bewegung, die ihren endgiltigen Ausgang erst in den letzten Jahren fand, ging von den Vereinigten Staaten aus. Statt die Silberankäufe einzuschränken, wurden dort im Jahre 1890 durch die Shermanbill die jährlichen Silberankäufe beträchtlich erhöht. Der Silberpreis wurde infolge der an dieses Gesetz sich anknüpfenden Spekulation gewaltig in die Höhe getrieben, bis auf 54 d, aber die Steigerung brach bald in sich selbst zusammen; Anfang 1892 stand das Silber wieder auf 42 d, dem tiefsten bis dahin erreichten Punkte.

Der neue unaufhaltsame Rückgang des Silberpreises hatte ausser für Amerika auch für Indien die grössten Unzuträglichkeiten im Gefolge.

Als die Vereinigten Staaten durch eigne Fehler ihre Geldverfassung in eine höchst gefährliche Situation gebracht hatten, wendeten sie sich mit einer Einladung zu einer neuen internationalen Münzkonferenz an die gesamte Kulturwelt, um sich mit ihrem Beistand aus dem Sumpf herauszuarbeiten. Die bimetallistische Bewegung war in den meisten Ländern immerhin so stark, dass diese Einladung nicht ohne weiteres abgewiesen werden konnte. Namentlich war England in Rücksicht auf das unter der Silberentwertung schwer leidende Indien darauf angewiesen, alles zu thun, was im Bereich der Möglichkeit lag, um wenigstens guten Willen zu zeigen.

Die Konferenz trat im Jahre 1892 in Brüssel zusammen und verlief nach umständlichen Verhandlungen, wie alle früheren, ohne jedes Ergebnis.

In Deutschland war seit dem Sturze Bismarcks noch weniger Neigung als früher vorhanden, mit der bisherigen Münzpolitik zu brechen, und demgemäss wurden die Vertreter der Reichsregierung auf der Brüsseler Konferenz instruiert; sie erklärten: da Deutschland mit seiner Münzverfassung zufrieden sei, bestehe keine Absicht, die Grundlagen derselben zu ändern; die Reichsregierung verkenne zwar nicht die Nachteile der Silberentwertung und habe deshalb der Einladung zu der Konferenz Folge geleistet; aber in Anbetracht der befriedigenden Münzverhältnisse des Reichs habe sie ihren Delegierten die strikteste Reserve auferlegt, und diese würden sich infolgedessen weder an den Verhandlungen noch an den Beschlüssen beteiligen.

Im deutschen Reichstag interpellierten die Bimetallisten im

Dezember 1892 wegen der Haltung, welche die deutschen Delegierten auf der Brüsseler Konferenz einnahmen. Sie erfuhren jedoch seitens der Regierung eine scharfe Zurückweisung, und Bamberger liess es an Spott nicht fehlen. Er führte den Bimetallisten alle ihre verunglückten Konferenzen vor und schloss damit: die Brüsseler Konferenz unterscheide sich nur in einem Punkt von den früheren; diese seien ausgegangen wie das Hornberger Schiessen, die Brüsseler Konferenz habe aber gleich angefangen, wie das Hornberger Schiessen ausgegangen sei.

Es war die letzte grosse Währungsrede, die Bamberger im Reichstag hielt. Nach der Reichstagsauflösung im Jahre 1893 und nach der Spaltung der deutschfreisinnigen Partei, welcher Bamberger seit ihrer Begründung im Jahre 1884 angehörte, entschloss er sich nicht wieder, ein Mandat anzunehmen. Gleichwohl hat er auch bei den in den folgenden Jahren von neuem heiss entbrennenden Kämpfen seine Kräfte voll und ganz in den Dienst der guten Sache gestellt, deren Vertretung er mehr und mehr als seine Lebensaufgabe ansah. Ein harter Verlust, der Bamberger persönlich besonders schwer traf, war für die Sache der Goldwährung der plötzliche Tod Soetbeers am Ende des Jahres 1892. Wenn auch Soetbeer in den letzten Jahren seines Lebens mit Bamberger nicht mehr in allen Punkten übereinstimmte, wenn er namentlich in Rücksicht auf den Silberpreis und auf den steigenden Goldverbrauch eine in der Richtung der Dechend'schen Vorschläge von 1882 liegende Steigerung der monetären Silberverwendung, wie sie auch auf der Brüsseler Konferenz vorgeschlagen wurde, für wünschenswert hielt, so war er doch in allen grossen und entscheidenden Fragen der eifrigste und wertvollste Mitkämpfer. Nach seinem Ableben ruhte die ganze Last der Verteidigung der deutschen Geldverfassung mehr denn je auf Bambergers Schultern; und diese Last war gerade in den Jahren 1894 bis 1897 keine geringe.

Nach der Brüsseler Konferenz kam die währungspolitische Bewegung nicht zur Ruhe. Der Kampf um die Handelsverträge wurde mit dem Kampf um die Währung verquickt, und es begann eine ähnliche Aufreizung der Landwirtschaft, wie in den Jahren 1885 und 1886.

Bamberger beleuchtete in einer Schrift „die Stichworte der Silberleute", die im Jahre 1893 erschien, alle die Gründe

und Schlagworte, welche damals von bimetallistischer Seite gegen die Goldwährung vorgebracht wurden, und zwar in der unübertrefflich gemeinverständlichen und eleganten Weise, welche alle seine für die Belehrung weiter Kreise bestimmten Schriften auszeichnet. Er führte am Eingang dieser Schrift aus, wie die Brüsseler Konferenz den deutschen Silberleuten den Anlass zu einem neuen Vorstoss — zu ihrer verunglückten Interpellation vom Dezember 1892 — gegeben habe, und wie die bei dieser Gelegenheit erlittene Niederlage „das Gefühl der Feindseligkeit verschärfte, welches die von den Führern des Grossgrundbesitzes im Osten der preussischen Monarchie geleitete agrarische Partei wegen der Politik der Handelsverträge gegen das System des Grafen Caprivi hegte. Von nun an wurden die Bemühungen, die deutsche Landwirtschaft gegen die Reichsregierung und gegen die bestehende Gesetzgebung in Sachen der Handelspolitik und Währung aufzuregen, mit immer grösserer Macht in Angriff genommen. Die Tivoliversammlung vom 18. Februar dieses Jahres (1893) und die Gründung des Bundes der Landwirte haben ein Massenaufgebot von Agitation auf die Beine gebracht, wie man es in Deutschland lange nicht gesehen hatte".

Die bimetallistische Bewegung wurde verschärft, als Indien aus dem Misserfolg der Brüsseler Konferenz die Konsequenzen zog und die freie Silberprägung aufhob (im Juni 1893), und als die Vereinigten Staaten Ende 1893 die Shermanbill und mit ihr die Silberankäufe suspendierten. Es trat von neuem ein rapider Preissturz des Silbers ein, bis auf 27 d.

Die Reichsregierung glaubte, der bimetallistischen Bewegung eine Konzession machen zu müssen; sie berief im Februar 1894 eine Enquête-Kommission zur Prüfung der Frage, ob und durch welche Massregeln eine Hebung und Befestigung des Silberwertes erreicht werden könne.

Auch Bamberger wurde von der Regierung in diese Kommission berufen; er nahm die Berufung an, obwohl er voraussah, dass die Verhandlungen keinerlei praktische Bedeutung gewinnen würden. Er erklärte in der ersten Sitzung:

„Ich bin, indem ich mich bereit erklärt habe, auf Anfrage der Reichsregierung an dieser Kommission teilzunehmen, meinen eignen Impulsen von der Notwendigkeit einer solchen Kommission nicht gefolgt. Für mich liegt die Frage so, dass ich

die Kommission an und für sich für überflüssig erkläre, so dass ich aus mir selbst keinen Antrieb schöpfe zu der einen oder andern Form der Lösung hinzudrängen; ich stehe auf dem Standpunkt vollständiger Passivität. Als betreibenden Teil betrachte ich die Herren Bimetallisten."

Diesem Standpunkt passte er sein Verhalten in der Enquête-Kommission an. Er beschränkte sich darauf, in meist kurzen Reden und Bemerkungen bimetallistischen Angriffen entgegenzutreten und die bimetallistischen Vorschläge zu kritisieren.

Die Kommission tagte vom 22. Februar bis zum 6. Juni 1894. Die gesamte Währungsfrage wurde in allen ihren einzelnen Punkten mit der grössten Vollständigkeit erörtert; aber das praktische Ergebnis war gering. Als der Vorsitzende der Kommission, der damalige Reichsschatzsekretär Graf von Posadowsky, am Schlusse der Beratungen die Resultate zusammenfasste, da musste er feststellen, dass die Frage, deren Erörterung speziell der Kommission übertragen war, ob und auf welchem Weg die Steigerung des Silberpreises erreicht werden könne, — dass diese Frage streitig geblieben sei.

Von einschneidender Bedeutung für die praktische Gestaltung der Währungsfrage war, dass es den Agrariern gelang, den Grafen Caprivi zu stürzen. Die agrarischen Hoffnungen wurden durch diesen Erfolg aufs äusserste angereizt. Von dem neuen Reichskanzler glaubte man eine grössere Nachgiebigkeit erwarten zu dürfen, und der Einfluss des Bundes der Landwirte, welcher die konservative Fraktion beherrschte, wurde auch in der nationalliberalen Partei und im Zentrum immer grösser.

Unter diesen Umständen glaubten die bimetallistischen Führer eine neue Aktion wagen zu können. Sie beantragten im Reichstag eine Resolution, die Reichsregierung solle eine Münzkonferenz behufs internationaler Lösung der Währungsfrage einberufen. Die Resolution fand eine Mehrheit, da sie nur von „internationaler Regelung der Währungsfrage", nicht aber von einer „Doppelwährung" sprach.

Von grösserer Bedeutung als dieser Beschluss war es, dass der Reichskanzler Fürst Hohenlohe sich am 16. Februar 1895 bereit erklärte, mit den verbündeten Regierungen über die Zweckmässigkeit eines Meinungsaustausches mit fremden Staaten über die Währungsfrage in Verhandlungen zu treten. Zwar

begann diese Erklärung mit den Worten: „Ohne der bestehenden Reichswährung zu präjudizieren", und sie bezeichnete als den Zweck des eventuellen Meinungsaustausches nicht die Doppelwährung, sondern nur die Hebung und Befestigung des Silberwertes. Aber trotzdem lag in der Erklärung ein offenkundiger Bruch mit der bisherigen deutschen Münzpolitik. Denn bisher hatte die Reichsregierung stets die deutschen Münzverhältnisse für befriedigend erklärt und gestützt darauf die äusserste Zurückhaltung gegenüber den Vorschlägen anderer Staaten beobachtet, vor allem aber hatte sie jede wesentliche Änderung des status quo und jede Initiative in der Währungsfrage immer weit von sich gewiesen. Zum ersten mal zeigte sich nun die Reichsregierung bereit, die Initiative zu internationalen Verhandlungen in Erwägung zu ziehen.

Die Bimetallisten fühlten sich nach dieser Erklärung bereits als Sieger und glaubten, es werde nur eines letzten Kraftaufgebots bedürfen, um die Beseitigung der Goldwährung zu erreichen. Mit der äussersten Anstrengung betrieben sie ihre agitatorische Thätigkeit.

Die Anhänger der Goldwährung hatten seit dem Jahre 1886 im Währungsstreit stets im Gefühle der Sicherheit eine gewisse Zurückhaltung und Ruhe beobachtet. Angesichts der zweifelhaften Stellung der Reichsregierung schien es jedoch geboten, die Verteidigung der Goldwährung zu organisieren.

Bamberger widmete sich ganz dieser Aufgabe. In Gemeinschaft mit dem nationalliberalen Stuttgarter Reichstagsabgeordneten Siegle und mit Professor Huber begründete er den „Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung" und leitete dessen umfangreiche agitatorische Thätigkeit. Auf seine Anregung ist es ferner vor allem zurückzuführen, dass zahlreiche Körperschaften der Industrie und des Handels mit der grössten Entschiedenheit für die Erhaltung der Goldwährung eintraten, und dass der im deutschen Handelstag organisierte Handels- und Gewerbestand in fast ausnahmsloser Einstimmigkeit sich für die bestehende Reichswährung und gegen jedes bimetallistische Experiment erklärte.

So war ein heilsames Gegengewicht gegen den „deutschen Bimetallistenbund" und gegen die währungspolitischen Forderungen des Agrariertums geschaffen, und die Reichsregierung konnte

sich dem Eindruck nicht entziehen, dass jede Erschütterung der Goldwährung für den grössten Teil der deutschen Bevölkerung verhängnisvoll werden könne. Sie behandelte in der Folgezeit die Frage mit grösserer Vorsicht und Zurückhaltung.

Als eine vertrauliche Anfrage bei der englischen Regierung, ob Indien eventuell geneigt sei, seine Münzstätten dem Silber wieder zu öffnen, verneinend beantwortet wurde, beschloss der Bundesrat am 23. Januar 1896, der vom Reichstag am 16. Februar 1895 beschlossenen Resolution keine Folge zu geben.

Bald darauf, am 17. März 1896, erklärte die englische Regierung im Unterhaus, dass nach einstimmiger Ansicht des Kabinetts England an eine Preisgabe seiner Goldwährung nicht denken könne, dass sie aber, falls mehrere ausländische Staaten ein bimetallistisches System mit freier Silberprägung begründen würden, gewisse Konzessionen an das Silber, vor allem die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten in Erwägung zu ziehen bereit sei.

Damit war der Zusammenbruch des neuesten bimetallistischen Ansturms in Deutschland besiegelt. In der sicheren Hoffnung auf einen vollen Erfolg der bimetallistischen Sache in England, die sich namentlich an die Person Balfours, des ersten Lords des Schatzes, anknüpfte; ferner in Anbetracht des Umstandes, dass ein Bimetallismus ohne England sowohl bei der Reichsregierung als auch bei der öffentlichen Meinung Deutschlands keinerlei Aussichten bot, hatten sich die deutschen Bimetallisten selbst auf die Parole „Bimetallismus nur mit England" festgelegt. Die entschiedene Absage der englischen Regierung an die Zumutung, auch in England zur Doppelwährung überzugehen, musste deshalb für den deutschen Bimetallismus eine geradezu vernichtende Wirkung haben.

Nur die Vorgänge in den Vereinigten Staaten vermochten noch für einige Zeit das öffentliche Interesse an dem Währungsstreit wachzuhalten. Bei der im Spätherbst 1896 stattfindenden Präsidentenwahl sollte es dort zur Entscheidung kommen zwischen „Gut Geld" und „Frei Silber". Mit Spannung erwartete die ganze Welt den Ausgang. Der Sieg wurde Mac Kinley zu Teil, dem Kandidaten der Gutgeld-Leute, während Bryan, der Kandidat der Silberpartei, unterlag.

Auch nach der Beendigung dieses aufregenden Wahlkampfes dauerten die Zuckungen noch eine Weile fort. Mac Kinley musste sich aus innerpolitischen Gründen mit einem Teil der Silberleute zu halten suchen, und um diesen ein Zugeständnis zu machen, sandte er im Jahre 1897, gestützt auf einen Vorbehalt über ein internationales Abkommen in seiner Plattform, eine Kommission nach Europa, um über eine internationale Regelung der Währungsfrage zu verhandeln. Mit der französischen Regierung kam eine Einigung zustande. Beide Staaten erklärten sich bereit, die Silberprägung auf Grund des Wertverhältnisses von $1 : 15^1/_2$ zwischen Silber und Gold freizugeben, falls die übrigen Länder sich dem anschliessen würden. Die englische Regierung jedoch, mit der zunächst verhandelt wurde, lehnte nicht nur dieses Ansinnen kategorisch ab, sondern auch — und zwar auf Grund einer Entscheidung der indischen Regierung — auch die freie Silberprägung für Indien. Damit war das Schicksal dieses letzten Versuchs entschieden. Die amerikanische Mission kehrte unverrichteter Dinge zurück, und seither ist es nicht wieder zu einer bimetallistischen Bewegung gekommen.

Gerade während dieses letzten bimetallistischen Feldzugs haben die Währungsverhältnisse der Welt eine bemerkenswerte Konsolidierung erfahren. Während in Deutschland, England, Amerika u. s. w. die Silberagitation in höchster Blüte stand, vollzog Russland seinen Übergang zur Goldwährung; Österreich-Ungarn bereitete diesen Übergang vor und befestigte seine Valuta auf ihrer künftigen Goldparität; Indien ist es in den letzten Jahren gelungen, sein Geld in eine feste Beziehung zum englischen Goldgeld zu bringen; Japan hat den Übergang zur Goldwährung durchgeführt: kurz, die Goldwährung und Goldvaluta hat eine gewaltige Ausbreitung erfahren über Gebiete, die zur Silber- oder Papierwährung für ewige Zeit verurteilt erschienen. Ermöglicht wurde diese Entwicklung in erster Linie durch die ungemein starke Vermehrung der jährlichen Goldausbeute, durch welche die pessimistischen Prophezeiungen von Suess glänzend widerlegt wurden.

Dieser Gang der Dinge hat die internationale Währungsverfassung wesentlich verbessert; vor allem sind die Valuta-

schwankungen zu einer Reihe wichtiger Länder, die stets ein gewisses Hindernis für den Handel bildeten, beseitigt worden, und die universelle Währungsgleichheit auf Grundlage des Goldes, die vor wenigen Jahren noch als eine Utopie verspottet wurde, ist ihrer Verwirklichung um einen grossen Schritt näher gerückt.

Ferner haben die Bimetallisten ihre besten Argumente gegen die Goldwährung verloren: die Schädigungen, welche aus den Valutaschwankungen hervorgehen, können nicht mehr ins Feld geführt werden; und die Gefahr einer Goldknappheit hat bei einer jährlichen Goldproduktion von 1300 Millionen Mark gleichfalls keine Zugkraft mehr.

So hat die freie Entwicklung der Dinge dahin gewirkt, den Bestand der deutschen Geldverfassung nicht nur in sich zu verbessern, sondern ihn auch gegen äussere Angriffe zu befestigen. Wenn Bamberger in den letzten Jahren seines Lebens diese Sicherung des grossen Werkes, dem er soviel Arbeit, Mühe und Sorge geopfert, mit der grössten Befriedigung betrachten konnte, so durfte er mit doppelter Genugthuung in der geschilderten Entwicklung die glänzende Rechtfertigung der Auffassung erblicken, von welcher er bei seiner Mitarbeit an der Begründung des deutschen Geldwesens ausgegangen war. In dem grossen Prozess zwischen Silber und Gold hat die Geschichte selbst das endgiltige Urteil gesprochen, und dieses Urteil ist nichts als eine volle Bestätigung der sicheren Voraussicht, mit welcher Bamberger, so viel an ihm lag, die Neugestaltung des deutschen Geldwesens leitete und deren Grundzüge gegen alle Anstürme verteidigte. Die weltgeschichtlichen Vorgänge des letzten Vierteljahrhunderts haben gezeigt, wie unendlich thöricht die Auffassung ist, Deutschland habe durch seinen Übergang zur Goldwährung die natürliche Entwicklung aus ihren Bahnen gelenkt; sie hat gezeigt, welch grosses Glück es für uns war, dass Deutschland als der erste Staat des europäischen Kontinents in die sich mit zwingender Notwendigkeit vollziehende Entwicklung eingetreten ist; und erst in dieser Beleuchtung tritt die volle Grösse des Verdienstes derjenigen Männer gebührend hervor, deren klarer Blick, deren Konsequenz und Entschlossenheit das deutsche Geldwesen von vornherein auf die Grundlagen gestellt hat, welche die Zukunft für sich hatten.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
I.	Jugend, Lehr- und Wanderjahre. Paris	1
II.	Das deutsche Geldwesen zur Zeit der Reichsgründung	11
III.	Die Reformbewegung in Deutschland	25
IV.	Die Männer der Geldreform	32
V.	Die Münzreform-Gesetzgebung	36
VI.	Die Reform des Papiergeldes	59
VII.	Die Bankreform	63
VIII.	Die Durchführung der Münzreform	77
IX.	„Die Entthronung eines Weltherrschers“	91
X.	Die Unterbrechung der Münzreform	97
XI.	Die Jahre der Bedrängnis der deutschen Goldwährung	110
XII.	Schluss	147

Erster Teil.

(1861—1878.)

I.

Die Gold- und Silberfrage.

(1861.)

Vorbemerkung.

Dieser Aufsatz erschien im Herbst 1861 im I. Band der von H. B. Oppenheim herausgegebenen „Deutschen Jahrbücher für Politik und Litteratur". Er ist Bambergers erste Studie über ein Problem des Geldwesens. Die Umstände, unter welchen der Aufsatz entstanden ist, und die Vorgänge, an welche er anknüpfte, sind in der Einleitung S. 17 ff. u. 22, 23 ausführlich dargestellt. Bei der Wiedergabe der Abhandlung an dieser Stelle sind die handschriftlichen Korrekturen berücksichtigt, welche Bamberger an seinem Exemplar vorgenommen hat. An seiner Spitze trägt der Aufsatz den handschriftlichen Vermerk:

„Diese im Sommer 1871 geschriebene Abhandlung gilt nicht sowohl dem damals noch nicht erstandenen Problem der ausschliesslichen Goldwährung, als der von M. Chevalier verbreiteten Angst von einer Entwertung des Goldes. Am Schluss wird die Wahrscheinlichkeit einstiger ausschliesslicher Goldwährung gestreift."

Die Gold- und Silberfrage.

Die Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldlager hat die praktischen und theoretischen Finanzleute, vornehmlich aber die letzteren, zu besonders eifrigen Untersuchungen der Frage angeregt: welches von den beiden gangbaren edlen Metallen sich vorzugsweise zur Ausmünzung empfehle? In Frankreich mehr, als in anderen Ländern wurde das Problem zu einer stehenden und mit Heftigkeit behandelten Tagesfrage. An die Untersuchung: ob Gold oder Silber? knüpfte sich unmittelbar die Frage an, ob Gold und Silber? Und in der That forderte die Beschaffenheit des Geldverkehrs in diesem Lande mehr als in jedem anderen zur gewissenhaften Prüfung der Theorie und zur thatsächlichen Anwendung der erwarteten Lösung auf. Obwohl Frankreich seit lange her Gold- und Silbermünzen gehabt hatte, so war doch Silber bei weitem das vorherrschende und in der Masse beliebtere Verkehrsmittel. Der silberne Fünffrankenthaler konnte mit eben so vielem Recht, als Ludwig Philipps Konstitution dies vom Katholizismus aussagte, die Religion der Majorität der Franzosen genannt werden, obgleich daneben auch etwas Protestantismus und Louisd'or mit gesetzlicher Gleichheit existierten. Der lebendige Austausch mit England, in welches das Gold des vierten und fünften Weltteils jetzt hereinströmte, musste sofort auf die Cirkulation in Frankreich eine um so mehr eingreifende Wirkung ausüben, als dieses selbe England für seinen starken Verkehr mit Indien und China sich allein des Silbers bedienen konnte. Frankreich, anfangs auch Holland und Belgien, wurden die Abzugskanäle für das überschüssige Gold, die Bezugsquellen

für das notwendige Silber. Die volkstümliche Anschauung sah mit Unruhe und Unwillen den Fünffrankenthaler einschmelzen und abziehen, die Handels- und Staatsroutine konnte sich eines inneren Widerstrebens nicht erwehren; denn in beiden ist das alte Vorurteil gegen Metallausfuhr noch lange nicht so überwunden, als man vom Stande der heutigen Wissenschaft zu erwarten berechtigt wäre. Ein besonderes Argument aber fand die Antipathie in der Befürchtung, dass die endlosen Goldförderungen den bisherigen Wert dieses Metalls nicht bloss bedeutend herabdrücken, sondern auf fortwährenden empfindlichen Schwankungen blossstellen müssten. Es lag also die Besorgnis auf der Hand, dass man im Augenblick gegen ein Kilogramm Silber eine viel geringere Quantität Gold von aussen empfange, als man bei Mehrung des Goldvorrates in der Welt nach einigen Jahren werde empfangen können; dass mithin das Interesse des Nationalreichtums gebiete, das Silber, welches fortwährend steigen müsse, im Lande zu behalten, das Gold aber, welches einer sicheren Wertverminderung entgegengehe, abzuwehren. Also dargestellt präsentierte sich die Behauptung ernst und triftig genug. In Holland, welches bis dahin für die höheren Münzen ausschliesslich Gold geschlagen hatte, liess man sich so sehr davon beeindrucken, dass man kurzen Prozess machte und beschloss, das Gold ganz ausser Cirkulation zu setzen.*) Es wurde ein neuer Münzfuss, ausschliesslich auf Silber basiert, eingeführt. Dies geschah ganz im Anfang der fünfziger Jahre, und nicht lange darauf folgte Belgien mit der gleichen Massregel nach. Beide Staaten vollzogen diese Umwandlung nicht ohne beträchtliche Opfer, denn gerade ihre Massregeln hatten sofort zur Verteuerung des Metalls, das sie einführten, und zur Entwertung desjenigen, welches sie loswerden mussten, ansehnlich beigetragen; nicht zu reden von den be-

*) Anm. des Herausgebers: Dieser Satz enthält einen oft wiederholten Irrtum. Die kalifornischen Goldfunde waren unschuldig an dem Übergang der Niederlande zur Silberwährung, wie schon daraus hervorgeht, dass das betr. Gesetz vom 26. Nov. 1847 datiert; das ist ein Zeitpunkt, zu welchem die kalifornischen und australischen Goldfelder noch gar nicht entdeckt waren. Bestimmend für die Demonetisation der Goldmünzen und den Übergang zur Silberwährung war für Holland das Bestreben nach Währungsgleichheit mit den europäischen Nachbarstaaten und mit den niederländisch-indischen Kolonien, von denen die letzteren sich damals ausschliesslich, die ersteren vorwiegend des Silbers bedienten.

trächtlichen Verlusten am Einzug der abgeschafften Münzen und an der Ausprägung der neuen. In Frankreich erhoben sich Stimmen, welche aufs Nachdrücklichste die Befolgung dieser Beispiele empfahlen. Ihre Führerschaft übernahm Michel Chevalier, ein Mann, der zwar weder durch Originalität noch durch Scharfsinn die Berühmtheit seines Namens rechtfertigt, welcher aber immerhin das, besonders noch vor einiger Zeit sehr seltene Verdienst hat, in dem von Guizots Korruptionssystem für das Schutzzollwesen fanatisierten Frankreich, ein entschiedener und eifriger Freihändler zu sein. Chevalier hat der Goldfrage ausser vielen Abhandlungen einen dicken Band gewidmet, in welchem er das gegenwärtige Münzsystem Frankreichs als in hohem Grade der ökonomischen Zukunft des Landes gefahrbringend bekämpft. Zwei Missstände greift er an. Erstens — und dieser Punkt hat mit der Goldvermehrung an sich nichts zu schaffen — das gleichzeitige Nebeneinanderbestehen eines legalen Gold- und Silberfusses. Nichts kann unbestreitbarer sein, als der theoretische Rechtsboden von Chevaliers Einwurf. Ein fixes gesetzliches Verhältniss zwischen zwei Metallwerten festzustellen, deren Marktpreis, eben weil sie einen Marktpreis haben, unmöglich stetig sein kann, ist offenbar eine Absurdität. Die Gesetzgeber des Konvents begriffen dies. Die ungeheure legislatorische Geisteskraft, welche in den Staatsmännern der grossen Revolution sich entfaltete, bewies hier wie in allen anderen Gebieten jene schöpferische Macht, jenen Mut des Denkens, welche uns auf Schritt und Tritt mit Bewunderung erfüllen, so oft wir ihre Archive öffnen. Wenn immer man ihnen nahe kommt, erstaunt man von neuem vor dieser Riesenthätigkeit. Kein Gebiet des menschlichen Lebens, auf welchem diese kühnen Neuerer nicht das letzte Wort des rationellen Prinzips entziffert und es mit Vertrauen in die Macht der Idee proklamiert hätten. Alles im Laufe weniger Jahre! Es ist die wahre Heroenzeit der Gesetzgebung. Schon im Jahre I. der Republik wurde der Silberfuss einzig und ausschliesslich festgestellt. Im Jahre III. wurde zur Bequemlichkeit des Goldverkehrs bestimmt, dass der Preis der Goldmünzen alle sechs Monat fixiert werden sollte; eine spätere Verfügung dehnte die Frist auf ein Jahr aus. Das Gesetz vom Germinal des Jahres XI., welches noch heute das massgebende

ist, nahm zwar die Silbermünze mit der Einheit des Frank als den normalen Münzfuss an, autorisierte aber daneben die Ausgabe der Goldmünze bis auf weiteres in dem unwandelbaren Verhältnis, dass das gleiche Gewicht Gold $15^1/_2$ mal soviel gelten solle, als das Gewicht Silber. Wenn es nun zu Tage liegt, dass auf dem Weltmarkt das Metall diese Proportion von $15^1/_2$ zu 1 täglich wechseln muss, und wenn diese Einsicht durch die Erfahrung aller Zeiten bestätigt ist, so fragt sich zunächst: Wird durch die Fiktion des offiziell unwandelbaren Verhältnisses weiter keine Sünde begangen, als die der Beleidigung von Logik und Wahrheit, oder aber rächt sich diese Beleidigung an Land und Leuten durch ökonomische Nachteile? Von dem Mal an, dass Logik und Wahrheit nicht aus priesterlichen Offenbarungen, sondern aus menschlichen Beobachtungen und wahrnehmbaren Erscheinungen sich ableiten, kann es auch nur eine Wahrheit und eine Logik für die Wissenschaft und für die Welt der Thatsachen geben. Die nachteiligen Folgen des Systems mit doppeltem Münzfuss sind unausbleiblich. Aber der Grad dieser Nachteiligkeit ist durch allseitige Erörterung festzustellen. Wir glauben nicht, dass die Ansicht Chevaliers in ihrem schnurgraden Gang von der Entdeckung des Hauptsatzes bis zur Ableitung seiner sämtlichen Konsequenzen am Ziele der praktischen Richtigkeit anlange. Nicht als ob wir geneigt wären, jene von der Oberflächlichkeit oft angerufene Trennung zwischen Theorie und Praxis nachzusprechen, sondern weil die wahre Theorie alle Kombinationen des realen Weltengangs mit in ihre Rechnung aufnehmen muss. Nach Chevalier bestände die verhängnisvolle Wirkung des doppelten Münzfusses vorwiegend in der Unbilde, welcher jeglicher Gläubiger dadurch ausgesetzt wäre, dass ihn sein Schuldner stets nur in der Metallsorte bezahlen wird, welche von beiden augenblicklich am wenigsten Wert besitzt. Dieser Unbilde wären hauptsächlich alle Staatsgläubiger, sowohl die Fondsbesitzer als die Beamten, ausgesetzt, denen gegenüber die Regierung (welche ja immer mehr braucht als sie hat) diese Übervorteilung zur Anwendung bringen würde. Damit diese Befürchtung Grund habe, muss vorausgesetzt werden, dass der Preis der Lebensbedürfnisse den zwei Geldsorten gegenüber ein zweifacher sein würde, etwa wie in Österreich ein Gegenstand, gegen Zwanziger

angeboten, viel billiger sein wird, als gegen Papiergeld. Allein bei zwei verschiedenen Metallgeldern verläuft die Sache ganz anders, wenigstens nach der bisherigen Erfahrung und bei Ausschluss der Voraussetzung einer ganz unerhörten Entwertung des einen von beiden Metallen (eine Voraussetzung, die nicht hierher, sondern in den zweiten Teil dieser Betrachtung gehört).

Nehmen wir an: es tritt eine Erhöhung des Goldwertes gegen Silber in einem gegebenen Lande und einem gegebenen Augenblick ein. Wie äussert sie sich? Durch eine Ausfuhr des Goldes in die Fremde, denn innerhalb der Landesgrenzen existiert ja die legale Gleichheit. Diese Ausfuhr geht in der Weise vor sich, dass die Wechsler die Goldmünzen im Lande mit einer kleinen Prämie zusammenkaufen und dass der Handel diese Goldmünzen in grösseren Quantitäten gesammelt ins Ausland schickt. Von diesem Augenblick an hört das Gold auf Geld zu sein. Es wird Ware. Es wird mit wechselnden Preisen in Silbermünzen bezahlt, und wer dessen hat, der bedient sich seiner nicht um Brot oder Tuch zu kaufen, sondern der giebt es zunächst gegen Silber nebst einer Prämie (Agio) hin, um dann erst für das Silber Waren einzukaufen. So lange das Gold vom Ausland nur mässig verlangt, daher die Prämie nur gering ist, beschränkt sich dieser Vorgang auf die grossen Handelsstädte, welche der Ausfuhrgrenze zunächst liegen; weil einerseits in den kleineren Plätzen die Wechslerindustrie nicht auf solche Feinheiten einstudiert ist, andererseits die Transportkosten von den abliegenden Handelscentren sich mit dem Agio, welches vom Ausland gezahlt werden kann, kompensieren. Erst mit dem steigenden oder mit dem lange andauernden Agio erstreckt sich die Wirkung auf das ganze Land. Wo sie hindringt, führt sie das oben beschriebene Phänomen mit sich, dass Gold zur Ware, Silber zum einzigen Cirkulationsmittel wird; wo sie nicht hineindringt, bleiben selbstredend beide Metallsorten auf dem legalen Indifferenzpunkt. Nirgends aber werden thatsächlich zwei verschiedene Geldarten mit zwei verschiedenen Preiskategorien bestehen. Die Preise der Dinge werden sich, wo das Gold-Agio gilt, nach der Silbermünze regulieren. Und daher kann man behaupten, dass der doppelte Münzfuss praktisch eigentlich trotz aller Legalität nirgends existiert. — Nun wird

man freilich sagen, dass eben weil im gegebenen Fall die Sachpreise sich nach der im Wert gefallenen (um bei unserm Beispiel zu bleiben) Silbermünze richten, eben deshalb der in Silber bezahlte Gläubiger seine Bedürfnisse wird teurer bezahlen müssen als bisher. Das ist ganz wahr. Allein dieser Gefahr wäre er auch nicht entgangen, wenn er in einem Lande lebte, welches nur den Silberfuss kennt. Wenn das Silber auf dem Weltmarkt fällt, so steigen die Preise und vermindert sich der Geldwert auch in demjenigen Lande, welches gar keine Goldcirkulation hat. Die Wahrheit ist nur, dass bei einem doppelten Münzfusse die Wirkungen sich leichter, schneller und darum häufiger zeigen, einmal weil die Gefahr verdoppelt ist, und zum andern, weil das goldbegehrende Nebenland ihm nicht erst Waren zum Austausch zu schicken braucht, sondern das im Werte gefallene Silber selbst an Zahlung giebt, welches bei seiner transportablen Natur und gemeingültigen Brauchbarkeit sich viel schneller umsetzen lässt. Die wirkliche Schädlichkeit des doppelten Münzfusses besteht daher nur darin, dass derselbe die Schwankungen, welche überhaupt aus der Wandelbarkeit des Metallwertes hervorgehen, leichter, häufiger und stärker herbeiführt, als der einfache Münzfuss. Es sind nur quantitative und keine qualitativen Differenzen. Nehmen wir zur Versinnlichung ein anderes Beispiel. Belgien hatte von 1855 bis 1861 ausschliesslich den legalen Silberfuss. Da in demselben Zeitraum gerade das Silber beständig Agio stand, so wurden von der kursierenden Münze beständig die vollwichtigen Stücke ausgeführt, es blieben für die inländische Cirkulation nur diejenigen Münzen zurück, deren Reingehalt teils durch Abnutzung, teils Beschneidung bedeutend unter dem Nominalwert stand. Als man 1860 bei der Bank die Verifikation der umlaufenden Fünffrankenstücke vornahm, stellte sich heraus, dass alle Thaler mit Normalgewicht total verschwunden und die im Verkehr befindlichen von der schlechtesten Beschaffenheit waren. Diese Verschlechterung der Landesmünze, an sich schon ein Missstand, musste auf alle Forderungs- und Preisverhältnisse dieselbe nachteilige Wirkung äussern, welche die Chevaliersche Theorie ausschliesslich, aber mit Unrecht, an das System des zweifältigen Münzfusses anknüpft. Aber es bewährt sich auch hier wieder, was wir oben angeführt haben: die

Zweifältigkeit des Münzfusses exponiert ein Land um so stärker derjenigen Gefahr, welcher es auch bei einerlei Metallstab nicht entgeht. Nach dem Silber komme das Gold an die Reihe der Bevorzugung auf dem Weltmarkte, und es werden die schweren Goldmünzen weggeschleppt werden, die leichten zurückbleiben. Doch giebt es auch Vorteile, welche sich an diesen Simultanfuss knüpfen. Der Geldvorrat des auf der Doppelwährung eingerichteten Landes wird sich von der Krise, welche eins der beiden Metalle trifft, um so leichter freihalten können, als es in dem Zufluss des anderen einen schnellen Ersatz findet. Aus den angeführten Gründen erscheint daher in der Chevalierschen Anschauung die Gefahr des doppelten Münzfusses übertrieben und ungenau charakterisiert. Auch ist aus der modernen Geschichte durchaus keine Illustration durch Beispiele beigebracht, welche dieser alarmistischen Auffassung zu Hilfe kämen. Dies begreift sich um so leichter, wenn man erfahrungsmässig weiss, dass die Preisschwankungen der Metalle in so ausserordentlich geringfügigen allmählichen Gradationen vor sich gehen, dass kein Besitzer des einen oder des andern Metalls durch plötzliche Wertveränderungen eine Überrumpelung oder einen fühlbaren Verlust erleiden kann, insonderheit bei der heutigen raschen Cirkulation des Geldes. Und als zweite Schranke der Gefahr bietet sich der Umstand, dass heute noch mehr als jemals das Metallgeld bei den massenhaften Papiersurrogaten nur den allergeringfügigsten Teil des Nationalvermögens ausmacht. Obgleich man sich nicht durch die Routine imponieren lassen muss, welche auf volkswirtschaftlichem Gebiet mehr als auf jedem anderen an hartnäckiger Blindheit gegen allgemeine Wahrheiten laboriert hat, so darf es doch erlaubt sein, ein in ökonomischen Sachen so erfahrenes und intelligentes Land wie Belgien zu citieren, welches soeben nach sechsjähriger Erfahrung wieder den ausschliesslichen Silberfuss aufgiebt und zum zweifältigen zurückkehrt.

Gehen wir nun zum zweiten und mächtigeren Alarmruf der Chevalierschen Schule über. Das Gold — heisst es — geht einer ungeheuren Entwertung entgegen. Ein wohlgeratener Staat muss sich auf den einzigen Silberfuss setzen. Das Angstgeschrei dauert jetzt schon über zehn Jahre; 1848 wurden die kalifornischen, 1851 die australischen Goldlager entdeckt. Was

ist seitdem geschehen? hat sich der Wert des Silbers im Verhältnis zu dem des Goldes auch nur annähernd so gestaltet, wie man prophezeit hatte? Nicht im entferntesten! Die ganze Modifikation reduziert sich in diesem Augenblick auf $^1/_2$ % Mehrwert in Vergleichung zu der Proportion, welche das Gesetz vom Jahre XI der Republik als damaligen Ausdruck der hatsächlichen Wechselbeziehung festgestellt hatte. Mit anderen Worten, wenn ein Äquivalent Gold im Jahre 1803 sich zu einem Äquivalent Silber verhält wie 1 zu 15,5, so verhält es sich heute wie 1 zu 15,425. Geben wir auch zu, dass in der gegenwärtig herrschenden Handelskonjunktur ganz ausnahmsweise Einflüsse zu Gunsten des Goldwertes vorwalten, nämlich der amerikanische Krieg und in diesen allerletzten Zeitläuften der besonders gedeihliche Ausfall der Ernte in England, so darf auf der anderen Seite nicht vergessen werden, dass auch die höchsten Silberpreise der letzten zehn Jahre weit zahlreicheren und gleichfalls ganz ausnahmsweisen Erscheinungen entsprangen, nämlich dem mehrmaligen radikalen Missraten der Seidenernte in Europa, dem chinesischen Aufstand und den Unruhen in Englisch-Ostindien, verbunden mit schlechten Getreideernten in Europa, welche zu dem Bedarf an chinesischer Seide noch einen stark erhöhten Bedarf an ostindischem Reis aufnötigten: alles Dinge, welche mit dem in ganz Asien ausschliesslich gangbaren Silber bezahlt werden mussten, während die Unruhen in China das Thesaurieren und Vergraben von Silber in diesem Lande beförderten, und das strenger geübte Verbot der Opiumeinfuhr einen Tauschwert ausschloss, welcher bis dahin zur teilweisen Bestreitung der Einfuhr von Thee und Seide gedient hatte.

Unter dem Zusammentreffen aller dieser Umstände erreichte das Silberagio das Maximum von $1^1/_2$ %. Wie wenig dies Verhältnis als der wahre Ausdruck der allgemeinen Sachlage anzusehen ist, erhellt eben daraus, dass die beiden vorher angeführten Umstände in so kurzer Zeit genügt haben, den Abstand, welcher auf seiner Maximalhöhe nur ganz kurze Zeit sich behauptet hatte, wieder auf den dritten Teil seiner selbst herabzubringen, während einige entgegengesetzte Faktoren, wie der chinesische Aufstand und die gehemmte Opiumeinfuhr noch fortwirken. Wie wenig nahen wir uns der von den Chryso-

phoben prophezeiten Untergangsepoche, da nach deren Berechnungen das Gold in einer gegebenen Zeit auf den vierten Teil seines bisherigen Wertes müsste herabgegangen sein!*) Spasshaft ist es in der That, die Erscheinungen zusammenzuhalten, welche das massregelnde Eingreifen in den natürlichen, selbständigen Gang der Dinge ebenso wie das Wehegeschrei einseitiger Polterer ihrer ganzen Komik nach blossstellen. Als nach der Mitte der fünfziger Jahre die obenerwähnten Ursachen das Silberagio auf seinen höchsten Preis getrieben hatten, als Chevalier und seine Anhänger triumphierend den Finger in die Wunde legten, bemächtigte sich der Regierung und der Bank in Frankreich die gleiche Angst, und es wurden Himmel und Erde aufgeboten, der Silberausfuhr zu steuern. Man hätte glauben sollen, die Ähren könnten nicht mehr wachsen und die Mühlen könnten nicht mehr mahlen, wenn Silberbarren aus dem Lande und Goldbarren ins Land gingen. Eine Regierung, und eine französische insbesondere, ist einmal so beschaffen, dass sie den unwiderstehlichen Beruf fühlt, sich da in den Weg zu legen, wo der freiwillige Weltenlauf etwas anderes gestaltet, als man es bisher gesehen hatte; und eine Bank ist stets geneigt das zu verweigern, was man von ihr haben will. Fordert man Gold, so möchte sie Silber geben; will man Silber, so erschrickt sie und möchte, dass man Gold nähme. In jenen Zeiten liessen daher beide Autoritäten vereint alle Minen springen, um den Silberexport zu verhindern. Alte Gesetze aus den Zeiten des Valois wurden ausgegraben, welche die Einschmelzer von des Königs Münze mit Galgen und Rad bedrohten; bei den Wechslern wurden Haussuchungen und nächtliche Überfälle veranstaltet; es wurde dem Volksunwillen als Gegenstand allgemeiner Entrüstung denunziert, dass Menschen so schlecht sein könnten, Silbermünzen zu dem höheren Preis, welchen das Ausland dafür zahlt, auszuführen. Wie immer zeigte sich dies Verfolgungssystem nutzlos. Ins gerade Gegenteil des erwünschten Erfolgs aber schlugen die Massregeln um, welche die Bank ergriff, um ihren Silbervorrat auf einer Höhe zu erhalten, die von dem natürlichen Strom nicht fortgerissen

*) Dergestalt also, dass man statt für 15,425 Gramm Silber, wie heute, 1 Gramm Gold, 4 Gramm Gold empfangen müsste!

würde. Sie kaufte selbst im Auslande Silber mit Prämie und führte es nach Frankreich. Das oberste Handelsinstitut des Landes dokumentierte so wenig Einsicht in die Macht der kommerziellen Bewegungsgesetze, dass es unternahm, mit künstlichen Anstrengungen diejenige Ware ins Land hereinzuziehen, welche der Weltmarkt aus demselben herauszog. Was war die Folge? Die Prämie, welche von der französischen Bank bezahlt wurde, vermehrte die Wucht der Silbernachfrage, erlaubte noch ein höheres Agio als bisher zu zahlen und mithin auch das Aufkaufen der Silbermünzen in denjenigen Regionen Frankreichs zu betreiben, welche bei niedrigerem Silberpreis diesen Spekulationen noch unzugänglich gewesen waren. So entstand eine ganz regelmässige Wechselwirkung zwischen den Silberkäufen der Bank und der Ausfuhr: diese wurde beständig von jener vorwärts getrieben; ja, es begab sich das Possierliche, dass man jenseits der Grenze der Bank das Silber verkaufte, welches man eben aus Frankreich herausgeführt hatte, und Eisenbahnbeamte der holländischen und belgischen Linien haben aufs ernsteste — und ganz glaubhafterweise — versichert, dass sie eine Zeitlang für Rechnung eines grossen Bankhauses, welches der Bank das kostbare Silber schaffte, dieselben Barren an einem Tage von Valenciennes nach Amsterdam und am folgenden Tage von Amsterdam nach Valenciennes zurückbefördern sahen. Dieses intelligente Spiel hat die Aktionäre der Bank von Frankreich in den drei Jahren von 1855 bis 1858 vierzehn Millionen Franken gekostet, welche für Silberagio ausgegeben wurden. Unter solchen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, dass das Silber auf $1\frac{1}{2}$ % Agio ging oder auf 2 %, wie Chevalier (meines Entsinnens mit Unrecht) behauptet. Auf solche Unterstützung durfte er als Freihändler für seine Prophezeihungen nicht rechnen.

Mit dem Jahre 1859 trat eine merkliche Veränderung in dem gegenseitigen Verhältnis der beiden Metalle ein. Das Silberagio nahm ab. Gold fand einen bedeutenden Abzug. Der italienische Krieg war eine der Hauptursachen dieser neuen Wendung. Zur Unterhaltung der französischen Armee wie zu den Vorschüssen für die piemontesische Regierung gingen fortwährend starke Goldsendungen nach Italien. Verschiedene kommerzielle Nebenumstände wirkten mit; und als nun die

grosse Spaltung in Amerika eintrat, wurde der Goldbedarf ins Unglaubliche gesteigert. Nicht nur entstand für das amerikanische Publikum bei dem unvermeidlichen Misstrauen die Notwendigkeit, auf die Papiercirkulation zu verzichten und dieselbe durch eine Goldcirkulation zu ersetzen, sondern auch die Einschränkung der Gebräuche schnitt den Zufluss der Waren ab, mit welchen Europa und zunächst England den grössten Teil ihrer amerikanischen Einfuhr bezahlt hatten. Die Balance musste in Gold ausgeglichen werden. Die Einfuhr von Reis und Indigo aus Englisch-Ostindien nach den Vereinigten Staaten hörte gleichfalls auf und damit ein Rückzahlungsmittel mehr, denn die amerikanischen Importeurs hatten bis dahin ihre ostindischen Waren mit Wechseln auf London bezahlt. Auch diese Differenz musste fortan in Gold ausgeglichen werden. Unter diesen Einflüssen erzeugte sich in England ein Bedarf von Gold, welcher zunächst auf die französischen Vorräte angewiesen war. Denn während der voraufgegangenen Jahre hatte sich bei der notwendigen Wirkungslosigkeit der oben geschilderten Bank- und Regierungsmassregeln allmählich die Silbercirkulation Frankreichs in eine Goldcirkulation umgewandelt. Die Fünffrankenthaler waren eine Rarität geworden, Gold bildete die Masse des Landesgeldes. England — als Bindemittel zwischen Europa und Amerika — holte also jetzt sein Gold aus Frankreich, mit dem Unterschiede jedoch gegen das vorhergegangene Phänomen, dass die Ausfuhr des einen Metalls nicht, wie früher, mit der Einfuhr des anderen Metalls ausgeglichen wurde, sondern mit der Einfuhr von Waren. Denn Silber blieb dabei, auf dem Weltmarkt einen höheren Preis zu machen, als den, welchen der französische Münztarif ausdrückt, und so konnte man dem Franzosen sein Gold nicht mit Silber zurückbezahlen. Das Gold ging auf 3 bis 4 per mille Prämie: Der Wechsler fand seinen Vorteil dabei, die Napoleons von der Bank zu holen und über den Kanal zu schicken. So fand sich also die Bank in der misslichen Lage, dass jegliche Sorte ihrer beiden Metallvorräte ein Agio gewann, dass also der Handel ein natürliches Interesse hatte, ihr sämtliche Noten zurückzubringen und die Bankvorräte aus ihren Kellern wegzuschleppen. Ein Umstand trug noch besonders dazu bei, die Bank den Abhang, auf welchem sie sich befand, jäh und un-

aufhaltsam hinabzutreiben. Angesteckt von der vielverbreiteten Chrysophobie hatte sie jede Gelegenheit wahrgenommen, ihre Vorräte in Silber anzulegen. So lange Gold auf pari stand, hatte sie verschmäht, dessen aufzuspeichern. Daher brachten die ersten Ansätze der Goldausfuhr aus Frankreich schnell den Goldvorrat zur Neige und bei fortgesetztem Verlangen nach Austausch von Billeten gegen Münze wäre sie genötigt gewesen, in Silber auszuzahlen. Das aber hätte die Kraft des ableitenden Stromes nur verstärkt, denn das Agio des Silbers war noch immer dreimal so hoch als das des Goldes. So hatte also, was in dem Gedanken weiser Vorsicht unternommen worden war, gerade die Gefahr mit dreifacher Gewalt herbeigeführt! Ein schlagendes Beispiel, wie trügerisch alle apodiktischen Voraussagungen auf dem Felde des Welthandels sind und wie bescheiden die statistischen Anhaltspunkte gegenüber von Kombinationen angewandt werden müssen, welche sich aus so unendlich vielen Elementen zusammensetzen. Man kann ohne paradox zu sein behaupten, dass es leichter ist, das Wetter zu prophezeien als die Konstellationen auf dem Gebiete des Welthandels. Die erste Notwendigkeit, welche sich der Bank jetzt aufzwang, bestand darin, das so teuer und fürsichtig eingeheimste Silber gegen das verschmähte und gefürchtete Gold auszutauschen. Es wurden mehrere grosse Tauschkontrakte dieser Art abgeschlossen; unter anderen einer von fünfzig Millionen mit der Bank von England, ein zweiter von dreissig Millionen mit der russischen Regierung. Unter der Hand suchte man noch alles in den Nachbarländern kursierende Gold durch Zwischenhände einzubringen. Man verkaufte Silber dagegen, und mittelst dieser Anstrengungen hielt man sich während des ärgsten Andranges über dem Wasser, ohne auf den Sand des Ausfuhrverbots oder des Papierzwangskurses zu laufen.

Es gehört hierher nicht die Untersuchung aller Nebenphänomene, welche sich um diese Haupterscheinung gruppieren. Für den Zweck unserer Darstellung genügt die Schilderung der Thatsachen bis hierher. Die Furcht vor der Überschwemmung Europas mit Gold konnte unmöglich glänzender widerlegt werden. Wenn man uns die Ausserordentlichkeit der eingetretenen Kombinationen entgegenhält, so können wir antworten: 1. dass eben

so ausserordentliche Ereignisse eine Zeitlang und noch fortwährend auch ein ganz abnormes Bedürfnis für Silber geschaffen haben; 2. dass, wenn die Gefahr so überwältigend gewesen wäre, wie sie von Chevalier und Konsorten geschildert worden war, das Gegengewicht der vereinzelten Thatsachen sie nicht mit solcher Wucht hätte aufheben können. Wenn man uns schon vor zehn bis elf Jahren von der Möglichkeit sprach, dass Gold auf denselben Wert wie Silber herabsinken könne, von der Wahrscheinlichkeit, dass eine Reduktion desselben auf den vierten Teil seines Wertes bevorstehe; wenn man allen sorgsamen Wirtschaftern zurief, sie möchten sich für die Zeit der Goldüberschwemmung eine Arche bauen und Silberlinge hineinführen, Männchen und Weibchen, so hat man denn doch schliesslich angesichts dessen, was wir heute erleben, sein Prophetentum schwer kompromittiert. Der letzte gesetzgeberische Akt des Königreichs Belgien bricht sozusagen den Stab über die Goldalarmisten. Das Land, welches sieben Jahre zuvor, ihrem Schreckensruf Gehör gebend, mit schweren Opfern seine Goldmünze eingezogen hat, ruft dieselbe nach der gründlichsten und lebhaftesten Debatte der Kammern und der Presse feierlich zurück und nicht etwa infolge isolierter Regierungsansichten, sondern einem stürmischen Andrang der öffentlichen Meinung nachgebend. Die vorzugsweise praktischen, industriellen, erfahrenen, ökonomischen Belgier verlangen nach sieben Jahren das Gift zurück, welches man so mühsam beiseite gebracht hatte. Wie erklärt sich die ganze Kette dieser Phänomene? Durch einen Umstand der einfachsten Art und durch die richtige Deutung seines notwendigen Effektes. Das Gold fand eine unendlich viel grössere und willkommenere Verwendung, als seine Gegner gedacht hatten, und indem es selbst über grosse Strecken hin den Gebrauch des Silbers ersetzte, bewahrte es nicht bloss sich selbst vor Entwertung, sondern es half auch das über dieselben Strecken hin entbehrlich gewordene Silber im Werte herabdrücken. Die grosse Goldzufuhr trieb nicht nur den Preis des Goldes herab, sondern auch den Preis des konkurrierenden Metalls, des Silbers; und daher leitet sich ein Grund mehr ab, aus dem sich erklärt, warum die angedrohte Störung des gegenseitigen Verhältnisses nicht in den voraus-

berechneten Proportionen eintreten konnte. Inzwischen hatte ganz Frankreich sein Silbergeld in Gold umgesetzt.

Schlagen wir nun hierzu: dass der ganze Süden Italiens erst eben dem Goldfusse zugänglich geworden; dass Belgien ihn adoptiert hat; dass in Italien sowohl als in Spanien ein bedeutender Kraftaufschwung teils im Werden, teils im Entfalten begriffen ist, welcher unvermeidlich das Bedürfnis einer grösseren Geldcirkulation nach sich ziehen muss; dass die amerikanischen Staaten ein unbegrenztes Handelsgebiet vor sich haben, dass — wie es auch immer politisch komme — Eisenbahnen und Telegraphen unfehlbar die Türkei immer mehr in das energische europäische Industrieleben hineinziehen müssen, ein Satz, der mit noch stärkerem Rechte von Russland gilt; bedenken wir, dass alle diese Länder der Goldmünze zugänglich sind und unter gegebenen Umständen sie zu ihrem ausschliesslichen Verkehrsmittel machen, und wenn wir dann hinzusetzen, dass auf der anderen Seite die Unerschöpflichkeit der Diggings durchaus nicht nachgewiesen ist, so glauben wir endlich dahin konkludieren zu dürfen: nicht nur, dass die angedrohte Gefahr für die Zukunft sich eben so eitel erweisen wird, als sie sich bis allher erwiesen hat, sondern auch dass Europa sich den grössten ökonomischen Krisen ausgesetzt hätte, wenn es der Stimme der Chevaliers gefolgt wäre, welche das Kreuz gegen das Gold predigten. In der That, wenn bei den massenhaften Ausgrabungen so wenig Goldüberschuss für die Bedürfnisse des Verkehrs erzeugt worden ist, dass die amerikanische Krisis im Laufe weniger Wochen ein starkes Goldagio und einen starken Goldmangel hervorrufen konnte, so öffne man doch die Augen und frage sich, was aus dem universellen Geldverkehr geworden wäre, wenn er ausschliesslich auf den geringen Vorrat von Silber und dessen spärliche, von Asien bestrittene Zufuhr sich hätte anweisen lassen? Es wäre eine Geldkrisis der verderblichsten Art über die Welt hereingebrochen! — Wir wollen nicht, nachdem wir die Eitelkeit einer auf vielfache gründliche Untersuchungen gestützten Prophezeihung dargelegt haben, mit einer Voraussagung schliessen. Sonst läge der Gedanke nahe, zu beweisen, dass nach und nach das Gold in Europa die ausschliessliche Münze des Verkehrs bilden wird. Da der Klang der edlen Metalle seinen Reiz für sterbliche Ohren so bald nicht verlieren wird,

so könnte man diese Frage auch als ein Kapitel aus der Zukunftsmusik behandeln und in einem gewissen Parallelismus entwickeln, wie die Ohren der späten Nachwelt noch mit Wonne den Tönen der Zauberflöte und der Louisd'ors lauschen werden, wenn die Verächter des Goldes und die der Melodie im grossen Kyffhäuser der allversöhnenden Vergessenheit längst werden entschlafen sein.

Hier wäre wohl die Stelle, auch noch etwas von der Scheidemünze und ihrer Zukunft zu sagen, aber ich glaube, es ist vielmehr die Stelle gekommen, sich der Scheidestunde zu erinnern. So bleibe dem Leser diese Heimsuchung für diesmal erspart. Es ist ein undankbares Ding mit dem theoretischen Analysieren eines Gegenstandes, der in Natura so mächtig ist. Die ihn besitzen, verachten die Kunst ihn zu zergliedern, und die ihn entbehren, würden es als eine Ironie betrachten, sich mit dieser Kunst zu beschäftigen. Und doch ist es von grösstem Nutzen und von grösstem Interesse, die Sache näher kennen zu lernen, um welche sich so viel des Lebens und Sterbens dreht.

Ein jeder lebts,
Nicht jedem ist's bekannt.

II.

Rede über die deutsche Münzeinheit.

(1870.)

Vorbemerkung.

Wie in der Einleitung auf S. 29 ff. geschildert ist, beschloss der Bundesrat des Norddeutschen Bundes im Frühjahr 1870 zur Vorbereitung der von allen Seiten als notwendig anerkannten Münzreform eine Enquete zu veranstalten. Es lag die Gefahr nahe, dass die geplante Reform sich auf das Gebiet des Norddeutschen Bundes beschränken würde. Um die Einbeziehung auch der süddeutschen Staaten zu sichern, stellte Bamberger im Zollparlament den Antrag:

„Die verbündeten Regierungen aufzufordern, dass sie die Angelegenheit der vor den Reichstag des Norddeutschen Bundes zu bringenden Münzreform als eine gemeinsame Aufgabe sämtlicher Staaten des Zoll- und Handelsvereins sich aneignen, namentlich aber dafür sorgen mögen, dass bei der in Aussicht genommenen Voruntersuchung (Enquete) auch die süddeutschen Staaten in Betracht und in Mitthätigkeit gezogen und die Gesetzentwürfe in solcher Weise vorbereitet werden, dass sie die gleichzeitige Herstellung der Münzeinheit im ganzen deutschen Zollgebiet ermöglichen."

Zur Begründung dieses Antrags, der nur bei einer kleinen süddeutsch-partikularistischen Minderheit auf Widerspruch stiess, hielt Bamberger die hier wiedergegebene Rede.

Rede über die deutsche Münzeinheit,

gehalten im Zollparlament am 5. Mai 1870.

Meine Herren! Es ist sehr leicht, Gelehrten predigen, es ist aber auch zugleich sehr schwer. Ich fürchte, Sie sind so überzeugt von der Richtigkeit meines Antrages, dass Sie gar keine Geduld mehr haben werden, dessen Begründung anzuhören. Ich hatte sogar gefürchtet, dass es überhaupt nicht zu einer Diskussion kommen würde; denn nachdem der Antrag eingebracht war, sind mir von so verschiedenen Seiten des Hauses zustimmende Erklärungen gekommen, dass ich dachte, er würde ohne Sang und Klang in einem Zuge votiert, so dass er kaum bei unserem Volke und unseren Regierungen noch ein bemerkliches Andenken zurückgelassen haben würde, und das wäre bedauerlich gewesen. Ich habe es daher mit Freude begrüsst, als ein Gegner auferstand. Ja, ich glaubte sogar einen Augenblick lang, dass ich mich gegen den Verdacht würde wehren müssen, als wäre er aus Gefälligkeit und nach einer Verabredung mit mir aufgetreten (Heiterkeit), um dem Antrage einiges Relief zu geben. Allein, meine Herren, nachdem ich ausser der Göttin der Weisheit und dem weltumfassenden Saatkorn*) eigentlich wenig vernommen habe, was einer Widerlegung wert gewesen wäre, hat er den Dienst ausserordentlich geschmälert. Nichtsdestoweniger ersuche ich Sie mir doch noch wenige Augenblicke das Gehör zu schenken, welches Sie bereits einige Male im Laufe dieser Session mir zu gewähren so gütig waren,

*) Anspielungen auf die vorhergegangene Rede von Moritz Mohl.

und für welches ich Ihnen diesmal ganz ausserordentlich dankbar sein würde.

Ich habe diesen Antrag nicht so sehr im Interesse der ganzen Nation als gerade, wie der Herr Korreferent bereits gesagt hat, im vorzüglichsten Interesse Süddeutschlands gestellt. Niemand ist so sehr dabei beteiligt, dass diese Münzreform nicht zu stande kommt, ohne dass Süddeutschland gehört werde, als gerade wir Süddeutschen. Denn ich sage, wir Süddeutschen — nicht diese Fraktion allein (nach der äussersten Rechten gewendet) repräsentiert Süddeutschland und sie repräsentiert nur den kleinsten Teil seiner Gesinnung. (Oho!)

Meine Herren! Von den vier Kardinalpunkten, die bei der Münzfrage zur Sprache kommen, will ich zur Vereinfachung zwei sofort beseitigen, und dazu rechne ich gerade den, auf den der Herr Abgeordnete aus Württemberg sich gestützt hat, nämlich den der internationalen Verhältnisse. Meine Herren, wer zuviel umfassen will, der packt gar nichts. Aus diesem Grunde würden wir heut unsere Aufgabe *ad calendas graecas* vorschieben, wenn wir unseren Beschluss auf eine Weltmünze richten wollten. Ich bezweifle zwar nicht, dass der Herr Abgeordnete aus Württemberg nicht die Absicht hat mit der Aufstellung der internationalen Aufgabe unsere Aufgabe hier in Deutschland uns unmöglich zu machen. Aber ich bezweifle auch nicht, dass viele unserer Landsleute, namentlich in seinem engeren Vaterlande die Sache so auffassen würden, dass damit ein willkommenes Mittel gegeben wäre, überhaupt dem Zollparlament und dem Norddeutschen Bund die Lösung einer ausserordentlich wichtigen Aufgabe für immer unmöglich zu machen. Die internationale Lösung hat im Verlauf von drei Jahren, seitdem die Münzkonferenz im Jahre 1867 stattgefunden hat, entschieden an Boden verloren. Ich scheue mich nicht, dies zu sagen, obwohl ich ja, wie jeder von Ihnen, damit einverstanden bin, dass sie ausserordentlich wünschenswert wäre. Die Hoffnung, die man auf England gesetzt hatte, die Hoffnung, die man auf Amerika gesetzt hatte, hat sich nicht in dem Grade bewährt, wie man anfänglich dachte; und wir können in dieser Beziehung nichts weiter thun, als was der Abgeordnete zur Pariser Münzkonferenz, Herr Meinecke, der Preussen dort vertrat, damals erklärte: machen wir nur ein einiges deutsches Münzsystem,

welches in seinen Hauptgrundlagen so geordnet ist, dass es sich mit anderen internationalen Münzsystemen verständigen kann, dann haben wir das gethan, was vorerst zu thun ist, und was auch im Interesse des Ganzen unverloren bleiben wird; ich lasse deshalb die internationale Aufgabe ganz aus meinen Betrachtungen weg. Ebenso mache ich es mit der Unterteilung der Münzen, die wir schaffen sollen. Das sind Details, in die wir uns heute nicht verlieren können, die auch grosse Schwierigkeiten nicht bieten.

Meine Herren! Man hat Sie bereits darüber aufgeklärt, dass, wenn mein Antrag sich in den vorsichtigsten Grenzen der Kompetenz oder der Inkompetenz vielmehr hielt, es nicht deshalb geschah, weil es ihm an guten Gründen gefehlt hätte, Sie vollständig zu befassen mit der Lösung der gegenwärtigen Aufgabe. Es giebt nichts, was so innig verwebt ist mit der Geschichte des Zollvereins, als die Lösung der Münzfrage. Wenn Sie unsere Gesetzsammlungen seit Gründung des Zollvereins in die Hand nehmen, so finden Sie beinah Jahr um Jahr, jedenfalls alle drei Jahre mindestens eine Spur davon, wie immer *pari passu* zwischen den zum Zollverein gehörigen Staaten auch die Münzangelegenheiten besprochen wurden. Bereits im Jahre 1838 ist die Münzkonvention zwischen den Staaten gegründet worden, welche damals zum Zollverein gehörten, und damals bereits beantragte Sachsen die Herstellung eines einigen deutschen Münzsystems im deutschen Zollverein.

Im Jahre 1853 wurde in dem Münzvertrag mit Österreich*) ausdrücklich, nachdem vorher der Steuerverein in demselben Jahre dem Zollverein beigetreten war, ein besonderes Band geschlossen zwischen den zum Zoll- und Handelsverein gehörenden Staaten, das in 27 Artikeln diese Staaten so untereinander bindet, dass man es Ihnen heute als einen Vertragsbruch vorwerfen könnte, wenn die Norddeutschen Staaten einseitig zur Schaffung eines ihnen gehörenden Münzsystems übergehen würden. An Belägen dazu würde es mir nicht fehlen, sowohl aus den Verträgen selbst, als auch aus den Äusserungen der deutschen Vertreter auf der Münzkonferenz in Paris, wenn ich

*) Die Verhandlungen wurden 1853 eingeleitet, der Vertrag kam aber erst am 24. Januar 1857 zu stande.

Sie damit aufhalten wollte. Erlauben Sie mir aber nur eine Äusserung von einer Seite, welche der Herr Abgeordnete aus Württemberg auch anerkennen wird. Ich habe leider keine Erklärung eines Württembergischen Gesandten auf der Pariser Münzkonferenz zu meiner Verfügung, vielleicht ist er so gütig, die Äusserung eines Bayrischen Gesandten anzuerkennen, als eines seinem Herzen zunächst Stehenden. Als die Vertreter Deutschlands aufgefordert wurden, sich zu erklären über ein Münzsystem, das ihnen am ersten annehmbar sein würde, erklärte der Gesandte von Bayern, der verstorbene Staatsrat v. Hermann, dass er sich durch die Münzkonvention von 1857 gegen die anderen Deutschen Staaten gebunden fühle, und dass er nicht irgend eine Münze würde jemals acceptieren können, welche nicht in den Staaten des Zollvereins allgemein angenommen würde. (Hört! Hört!)

Dies, meine Herren, ist geschehen, nachdem durch den Prager Frieden bereits Österreich aus der Münzkonvention von 1857 entlassen war. Damals hat der Bayrische Vertreter anerkannt, dass die übrigen Deutschen Zollvereinsstaaten noch untereinander durch diese Münzkonvention gebunden sind, welches auch gar keiner Frage unterliegen kann, und ich behaupte daher, wenn heute vorgeschlagen würde, der Norddeutsche Bund solle einseitig ein Münzsystem gründen, so würde der Herr Abgeordnete aus Württemberg vollkommen berechtigt sein, hier aufzutreten und gegen einen Vertragsbruch des Nordens gegen den Süden zu protestieren. (Sehr richtig!)

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie bedauerlich es wäre, wenn wir, die wir voriges Jahr für die Beförderung eines internationalen Münzsystems gestimmt haben, es heute als etwas Gleichgültiges erklärten, ob wir ein nationales Münzsystem bekommen oder nicht, wenn wir nicht einmal das Wenigere zu machen im stande wären, nachdem wir von der Welt das Mehr verlangt. Aber, meine Herren, ich habe absichtlich auch deshalb meine Resolution so gefasst, dass der Norden nicht gebunden ist; er soll dem Süden gegenüber alle diejenigen Pflichten der Gemeinschaft, der guten Nachbarschaft, der nationalen Einheit erfüllen, welche man von ihm nur verlangen kann; er soll seine Pflicht thun, er soll von der ersten Stunde an die Staaten des Südens in die Lage versetzen, mit ihm ein Gemeinsames zu

stände zu bringen. Sollte aber dies Unternehmen scheitern an den bekannten Strömungen und Bestrebungen, welche nur in den Dingen Heil sehen, welche die Einigkeit Deutschlands auseinanderhalten, meine Herren, dann soll es dem Norden unbehindert sein, voranzugehen, und dann mag der Süden den Schaden später tragen. Wie sehr es im Interesse dieses Südens sei, dass die Münzfrage geordnet werde, davon erlauben Sie mir ein kleines Bild, wenn ich so sagen soll, eine Photographie zu geben. Wir haben zwar im Norden sieben verschiedene Münzfüsse, und im Süden, könnte man Ihnen entgegenhalten, haben wir nur den einzigen rheinischen Gulden; in Wahrheit aber, meine Herren, ist es nicht so, wie es auf dem Papier lautet, in Wahrheit haben wir die bunteste Münzkonfusion im Süden, die nur je in einem barbarischen Lande existiert hat. (Widerspruch.)

Ja, meine Herren, Sie mögen murren; — ich, der ich die Dinge aus eigener Anschauung kenne, ich stehe nicht an, Ihnen zu sagen, das Münzwesen des Deutschen Südens ist so verworren, so mit fremden Elementen versetzt, so schwerfällig, dass ich nicht anstehe, wenn Sie mir den Ausdruck erlauben wollen, es skrophulös zu nennen. (Grosse Heiterkeit.)

Ich will Ihnen hier ein Bild geben von der Sache, wie sie sich verhält. Ich habe hier ein sogenanntes Bordereau, d. h. die spezifizierte Aufstellung von Geldsorten, womit ein Handeltreibender eine seinem Bankier überschickte Sendung begleitet. Das Bordereau, welches ich Ihnen hier vorzeige, lautet über 15 834 Gulden und datiert vom 19. Dezember 1869; ich habe es mir aus den Briefen eines Bankhauses herausgenommen; es enthält also die Münzen, aus denen diese 15 834 Gulden zusammengesetzt waren, und damit Sie verstehen, welche Bedeutung dies hat, muss ich sagen: die Sendung kam aus einem kleinen Landstädtchen der Provinz Rheinhessen. Es ist dies eine kleine Stadt von 3—4000 Seelen mit einem einzigen Gasthaus, welches nicht etwa die Fremden der Merkwürdigkeiten wegen besuchen; es ist eine Zahlung, hervorgegangen aus Pacht- und Kaufzielen der Bauern, aus verkauftem Weizen, Gerste, Hülsenfrüchten und dergleichen Abtragungen, die aus den einzelnen umliegenden Dörfern in diese kleine Landstadt gebracht und durch Vermittlung eines Handeltreibenden einkassiert werden. Was aus den Taschen der Bauern zusammengeflossen ist, ist

folgendes: Die Summe von 15 834 Gulden bestand aus Doppelthalern, Kronenthalern, $2^1/_2$-Guldenstücken, 2-Guldenstücken, 1-Guldenstücken, $^1/_2$-Guldenstücken, $^1/_3$-, $^1/_6$-, $^1/_{12}$-Rthlr-, 5-Franken, 2-Franken, 1-Franken; dann kommt das Gold: Pistolen doppelte und einfache Friedrichsd'ors, $^1/_2$-Sovereigns, russische Imperials, Dollars, Napoleons, holländische Wilhelmsd'or, österreichische und württembergische Dukaten, hessische 10-Guldenstücke und endlich noch ein Stück dänisches Gold. (Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn Sie darin ein bewunderungswertes Münzsystem in Süddeutschland finden, so mache ich Ihnen mein Kompliment. Aber, meine Herren, glauben Sie nur nicht, dass damit der Jammer zu Ende sei, nein, meine Herren, damit geht der Jammer erst an (Heiterkeit), denn wir haben es hier noch mit baarem Gelde zu thun; jetzt kommt aber erst das Papiergeld, jetzt kommt der ganze Rosenkranz von Staatspapieren, den uns die 34 Vaterländer liefern, jetzt kommen dazu die übrigen Banken, und auch damit ist die Liste des Elends noch nicht erschöpft, ich habe Ihnen das Schlimmste noch aufbewahrt, denn unter diesen Papierscheinen unterscheidet man wieder zwischen zahmen und wilden. (Heiterkeit.)

Ja es giebt unter den Papieren auch wilde, und diese sind auffallenderweise meistens aus den Sächsischen Staaten. (Heiterkeit.)

Wilde nennt man nämlich diejenigen Scheine, welche bei Wechselzahlungen nicht für voll gelten, und welche je nach den Umständen ein Viertel oder drei Achtel oder ein halb Prozent verlieren. Neben diesen wilden und zahmen Scheinen existiert aber noch eine andere viel schlimmere Sorte, das sind die verjährten, (Heiterkeit) und ich berühre hiermit, wiewohl ganz *incidenter* — aber ich freue mich, es von einer Deutschen Tribüne sagen zu können — ich berühre hiermit einen Zustand, den ich als Immoralität in unserem Lande bezeichne, dass überhaupt ein Staat noch die Befugnis haben soll, jemals zu erklären, er erkenne ein Stück Papiergeld, was er ausgegeben hat, nicht mehr an. Ich bezeichne das absolut als eine Unsittlichkeit, und sie stiftet auch Unsittlichkeit, und ich hoffe, dass dies aus der künftigen Gesetzgebung verschwindet; mag man einen kleinen Verlust, mag man eine kleine Strafe von einem oder einigen Prozenten auf die Nichteinwechslung verfallener Papiere heften — das gebe ich zu — und wer das Geld besitzt, der verliert ja auch nicht

einmal 1 oder 2 Prozent gerne; das wird genügen. Strafe man aber nicht auf diese Weise, dass Leute, die für ihr gutes Geld den Schein bekommen haben und ihn durch eine der tausend Zufälligkeiten des Lebens in der Truhe liegen lassen, später dem Staate, der den Wert erhalten hat, nichts mehr dafür abverlangen können. Das muss für die Zukunft abgeschafft werden, denn, meine Herren, das ist auch eine Quelle des Betruges. Ich habe es mit Augen gesehen, dass Bauern sich untereinander diese veralteten Scheine abhandelten, weil sie hofften, sie werden wieder einen armen Teufel damit betrügen und ihm den verjährten Schein für voll in die Hand geben können. Solcher Art ist eben mit diesem Missbrauch eine Quelle des Betruges und des Misstrauens ebenfalls eröffnet.

Nun, meine Herren, möchte man sich fragen: wie kommt es denn, dass ein solcher Zustand geduldet wird, ein Zustand, der, wie Sie mir zugeben werden, allem Verkehr den tiefsten Schaden bringt, der entsittlichend wirkt, der — ich sage es Ihnen — das ganze Leben des Volkes vergiftet? Denn jede Zahlung ist ein Kampf, es werden keine 50 Gulden bezahlt, ohne dass der Bauer kommt und sagt: ich habe den Friedrichsd'or mit 10 Gulden annehmen müssen, und dann steht ihm der Händler gegenüber und sagt: er ist nach dem Kurszettel nur 9 Gulden 57 Kreuzer wert, und da giebt es Zank und Streit, der eine hält sich für betrogen, der andere für vergewaltigt und jeder Tag, jede Zahlung, jedes Geschäft ist eine Quelle von Unfrieden, von Bosheit, von Irrtümern und Betrug. So, meine Herren, stehen die Sachen mit der berühmten Süddeutschen Währung. Wie kommt es, frage ich, dass, wo die Zustände so schlimm sind, dass z. B. ein Bankhaus erklärt, wenn ich 10000 Florin einkassiere bei verschiedenen Gewerbtreibenden, so kann ich damit nicht 1000 Florin Wechsel bezahlen, weil nicht 1000 Florin sogenanntes Wechselzahlungsgeld dabei ist, — ich sage, wie kommt es, dass unsere kleinen Regierungen dagegen bisher so gleichgültig waren? Sie würden vielleicht aus allgemeinen Gründen mir die Erklärung dieses Naturphänomens erlassen, aber es hat noch seine besonderen Gründe. Es liegt eben darin begründet, dass in den Residenzstädten die höchsten Beamten unzweifelhaft von diesen Zuständen gar keine Ahnung haben. Dort konzentriert sich das gute Geld, die Gehalte werden mit

guten blanken Silbergulden ausbezahlt und dort kursiert bei den Staatskassen auch nur das gute Geld, während das schlechte, das zweideutige Geld in die Peripherie zurückgedrängt wird, darum zum Teil haben die Regierungen bei uns noch nicht so viel Notiz von der Sache genommen, als sie es verdient. Nachdem ich Ihnen dies auseinandergesetzt habe, werden Sie mir wohl zugeben, dass es wünschenswert sei, dass die süddeutschen Münzzustände geordnet werden, und ich habe nicht das Vertrauen, dass diese süddeutschen Münzzustände jemals geordnet werden, wenn Sie diese Aufgabe nur den Süddeutschen Staaten überlassen. Ich glaube, die süddeutsche Münzkonvention würde ebensowenig zu stande kommen, wie der Süddeutsche Bund.

Meine Herren! Ich glaube damit nicht bloss meinen Beweis geführt, sondern Ihnen das Interesse der im Zollparlament vertretenen Süddeutschen Staaten direkt ans Herz gelegt zu haben, dass Sie sich verpflichtet halten werden, ihre Angelegenheiten heute durch ein günstiges Votum um ein Wesentliches zu fördern. Ich will von den übrigen Fragen, die hier zu statten kommen, nicht mehr sprechen, denn die Zeit drängt und der Prozess ist ja gewonnen. Wie sehr es geboten mit der Sache vorzugehen, ist Ihnen bereits bewiesen worden. Der Herr Vorsitzende des Bundeskanzleramts hat in einer früheren Session bereits erklärt, dass auch die Bankfrage nicht einmal erledigt werden könne, ehe die Münzfrage vorher geordnet sei, und ich habe in den stenographischen Berichten gelesen, dass ihm ein allseitiges »Richtig« dabei zugerufen wurde. Wollen Sie also die Bankfrage ordnen, so müssen Sie vorher die Münzfrage geordnet haben. Sie werden dabei zunächst zu dem Mittel der Enquete greifen, das allerdings vielfach überschätzt wird, das aber noch immer dasjenige ist, zu dem wir bei einer gewissen Ratlosigkeit greifen müssen. Die Regierungen werden es schon deshalb thun, um sich bei dieser ausserordentlich schwierigen Aufgabe so sehr wie möglich den Rücken zu decken. Denn, meine Herren, gestehen wir es offen, wir haben gut reden, wenn wir hierher treten und Vorschläge machen, wenn wir von Goldmünze, von Silbermünze, von Doppelwährung, von Mark und von französischem System und dergleichen mehr sprechen. Jeder von uns hat seine Liebhaberei, seine Ansicht, sein Steckenpferd; er trägt die Verantwortlichkeit dafür, sie ist aber auch

leicht zu tragen. Setzen Sie sich aber an die Stelle der Regierungen, welche das wirklich entscheidende „Werde“ für ganz Deutschland in einer so wichtigen Frage aussprechen sollen, so werden Sie begreifen, dass man auch zu dem nicht sehr reiche Ausbeute versprechenden Mittel einer Enquete seine Zuflucht nimmt, ehe man das letzte Wort spricht. Aber damit dieses letzte Wort je eher desto lieber gesprochen werde, darum bitte ich Sie, dass Sie dazu beitragen. Sie werden sich selbst sagen können, dass Sie alsdann nicht bloss zu den materiellen Interessen, sondern auch zur Förderung der intellektuellen und moralischen Lage unserer Nation ein Wesentliches werden beigetragen haben. (Bravo.)

III.

Rede über das Gesetz,

betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen

(November 1871).

Rede über das Gesetz, betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen,

gehalten im Reichstag am 11. November 1871.
(Vergl. Einleitung S. 36 ff.)

Meine Herren, Sie werden sich freuen, dass endlich die Zeit herannaht, in welcher Sie nicht jeden Abend und jeden Morgen eine Flugschrift über die Münzfrage erhalten (Heiterkeit), und Sie werden in Ansehung dieser Ihnen in Bälde bevorstehenden Erleichterung wohl mit einiger Fassung noch die Geduldprobe hinnehmen, die Ihnen heute bevorsteht. Wir können Ihnen nicht ganz erlassen, einiges von dem, was seit Monaten die öffentliche Erörterung so lebendig ausfüllt, heute wieder zu hören. Wenn ich auch im ganzen vollständig die Vorlage der verbündeten Regierungen annehme, so glaube ich gerade in deren Sinne zu handeln, wenn ich diejenigen Systeme, welche mit dieser Vorlage beseitigt werden, noch mit einigen ehrenden Worten zur Erde bestatten helfe; denn sie sind so vielfach in der öffentlichen Meinung nicht bloss Deutschlands, sondern Europas angeregt worden, dass wir uns nicht dem Verdachte des Leichtsinns aussetzen dürfen, wenn wir ohne weiteres über sie zur Tagesordnung übergehen.

Meine Herren, ich glaube die verbündeten Regierungen haben ganz richtig gehandelt, wenn sie sich sagten, in allen grossen Entschlüssen weiss der Mensch instinktiv immer voraus, wie er schliesslich sich entscheiden wird. Wir wissen auch hier, dass wir von den grossartigen Systemen, die von verschiedenen Theoretikern mit Aufwendung der grössten Kenntnisse und der

grössten Verstandesanstrengung durchgeführt worden sind, zuletzt keines annehmen werden. Machen wir uns also durch Aufhäufung von Argumenten die Sache nicht zu schwer und steuern wir rasch auf das Ziel los; wie der Herr Vertreter der Bundesregierungen ganz mit Recht gesagt hat: die öffentliche Meinung hat, seitdem dieser Kampf nach Massgabe, als er sich der Entscheidung näherte, immer lebhafter und stürmischer wurde, sich geklärt. Vieles ist nicht mehr zu diskutieren, und wir stehen heute vor einer ganz anders präparierten öffentlichen Meinung, als sie vor sechs Monaten war. Wir verzichten von vornherein auf die Annahme des metrischen Systems, welches von Deutschen sowohl wie von Autoritäten anderer Nationen uns so vielfach angepriesen worden ist. Der Herr Vertreter der Reichsregierung hat bereits motiviert, dass zwischen der Vorstellung des Wertes und der Vorstellung des Gewichts oder Masses, welches einem bestimmten Metallgelde zukommt, durchaus nicht der direkte Zusammenhang besteht, welchen uns diejenigen vorhalten, welche verlangen, dass, weil wir ein unitarisches Mass- und Gewichtssystem haben, wir auch ein auf metrischer Einheit ruhendes internationales Münzsystem haben müssen. Derjenige, meine Herren, welcher ein Gewicht Brot kauft, welches $^1/_3$ Thaler kostet, stellt sich durchaus nicht vor, kümmert sich nicht darum, ob dieser $^1/_3$ Thaler der dritte Teil eines Münzstücks, von welchen 30 auf ein Pfund gehen, ist. Ob es gerade $^1/_3$ oder ein anderer Bruchteil an Silbergewicht ist, daran denkt er nicht im entferntesten. Es hat sich durch den Gebrauch bei ihm eine Vorstellung dessen ausgebildet, was er von den gewöhnlichen zum Leben nötigen Dingen für eine solche Wertmenge bekommt, und das beherrscht seine Vorstellung. Wenn wir deshalb sorgen wollen für eine Münzeinteilung, welche geläufig sein soll den volkstümlichen Vorstellungen, dann ist es unsere Hauptaufgabe, nicht auf das Gewichtssystem der Münze zu sehen, sondern auf die vertrauten Gewohnheiten unseres Volkes und ihm den Übergang leicht zu machen; das ist unsere Hauptaufgabe. Meine Herren, wir haben Erfahrungen gemacht mit den Münzsystemen, welche auf dem Gewicht basieren, und sie haben sich nirgends bewährt. Selbst das erste französische Münzsystem hat eine nach diesem Gewichtssysteme eingerichtete Goldmünze von 10 Gramm einführen wollen im Jahre 1795,

und sie fiel ebenso wirkungslos zu Boden, wie die späteren deutschen Versuche mit der Bremer Krone, welche dem Gewichtssystem zufolge ausgeprägt ist. Meine Herren, es ist vielleicht niemand unter Ihnen, selbst nicht der Vertreter der freien Stadt Bremen, der so viel Bremer Kronen gesehen hat, als ich; ich habe sie aber nicht in Deutschland gesehen, sondern nur im Auslande und nur in dem Momente, wo sie noch in ihrer jungfräulichen Reinheit glänzend in den Schmelztiegel wanderten, weil sie nur als Metall galten, und die Ausprägung vollständig verloren war. Wollen Sie noch ein durchschlagenderes Beispiel davon, wie wenig die Adoption eines Gewichtssystems für die Münze von Wert ist, so nehmen Sie doch die heutige französische Münzwährung, Sie haben ja beide Systeme in ihr vertreten. Der französische Silberfrank ist metrisch ausgeprägt, ein Frank wiegt 5 Gramm. Fünf Franken wiegen 25 Gramm, 40 Fünffrankstücke wiegen 200 Gramm, ganz genau dem Ideal entsprechend, das uns von den Anhängern des metrischen Systems empfohlen wird. Anders ist es mit dem französischen Golde: das französische Zwanzigfrankenstück wiegt 6,415 Gramm, ist also durchaus nicht metrisch geprägt. Und nun frage ich Sie: Hat jemand konstatieren können, dass im Gebrauche dieses Landes deswegen das Silbergeld vor dem Goldgelde einen Vorzug genossen habe? Nicht im geringsten! Meine Herren, die Leute, die das Gold wägen, das sind die, die sich von Geschäftswegen damit abgeben, und für die ist es ganz einerlei, ob ihnen eine runde, mit allen Gewichts- und Massverhältnissen stimmende Summe vorliegt oder nicht, sie haben auf soviel Details Rücksicht zu nehmen bei der Wertschätzung von Gold, das sie kaufen oder verkaufen, dass es ihnen gar nicht darauf ankommt, ob sie einen Bruch mehr oder weniger dabei in Anschlag zu bringen haben. Also die Schwierigkeit, die uns von dieser Seite gemacht wird, können wir mit ruhigem Herzen bei seite legen, und ich glaube, wir thun keinen Fehlschritt, wenn wir das metrische System *ad acta* legen.

Meine Herren, mit mehr Respekt müssen wir von vornherein von dem internationalen Systeme sprechen; es versteht sich ja von selbst, dass hier Vorteile winken. Allein wir müssen uns auch zurufen, dass, wenn wir alle, die sich bei uns mit der Materie beschäftigt haben, früher vielleicht uns leb-

haft begeistert haben für diese Vorschläge, wir doch im allgemeinen derjenigen Einwirkung preisgegeben waren, der der Mensch überhaupt ausgesetzt ist, wenn er schöne, grosse Ziele von weitem ansieht, die in der Nähe, in der konkreten, praktischen Aufgabe erfasst, so viele Schwierigkeiten zeigen, dass er eine Menge von seinen ersten Ideen aufgeben muss. Ist das doch, wie Ihnen soeben geschildert worden, beinahe allen den grösseren Regierungen begegnet, die sich in Paris zum Münzkongress vereinigt hatten, um das Problem der internationalen Münze thatsächlich in die Hand zu nehmen. Es wird Ihnen in Flugschriften, die Ihnen die Aufrechthaltung und Durchführung dieses Systems empfehlen, versprochen, was alles noch geschehen wird, wenn wir in Deutschland nur einmal den ersten Schritt zu diesem internationalen Werke thun wollen. Aber, meine Herren, was schon geschehen ist, nachdem man sich seit fünf Jahren damit abgegeben hat, das ist gleich Null! Lesen Sie die Erklärungen der massgebendsten Regierungen, der von England und der von Amerika, und Sie werden finden, dass es vollkommen aussichtslos ist, wenn man praktisch rechnen will, eine dieser Regierungen einen entscheidenden Schritt thun zu sehen zur Herbeiführung dieses internationalen Systems. Diejenigen, die uns eine künftige Vereinigung der europäischen und überseeischen massgebenden Länder in dieser Beziehung zeigen, zeigen uns nicht bloss einen Sperling auf dem Dache, sondern einen Sperling, der sich erst auf das Dach setzen soll, der noch in der Luft herumfliegt. Ich glaube, meine Herren, für diesen Zweck können wir die entschiedenen Vorteile, die Grundbedingungen, die unser Land zu erreichen hat behufs Übergangs in ein neues Münzsystem, nicht aufgeben. Selbst in anderen Ländern hat man sich dieser Überzeugung genähert. Die Franzosen haben gut reden; sie sagten 1865: wir wollen ein internationales Münzsystem machen; Europa möge unser System annehmen! Das ist sehr bequem. Die Amerikaner haben mit ihrer urwüchsigen Brutalität gesagt: nehmt ein metrisches System an, aber glaubt nur nicht, dass wir deshalb irgend ein System annehmen werden, das uns irgendwie zu Hause unbequem sein würde!

Nun, meine Herren, diesem Beispiele müssen wir auch folgen, und ich wiederhole, alle diejenigen, welche zunächst

praktische Vorteile zu erwarten haben von einem solchen internationalen System, gerade wie von einem metrischen, das sind die, welche es am wenigsten nötig haben, welche geschäftsmässig sich mit der Hantierung von Geldmaterien abgeben, und für welche es durchaus nicht so sehr darauf ankommt, hier eine Erleichterung zu bekommen, als für das Volk, welches täglich im kleinen sein Geld auszugeben und zu empfangen hat, und auf dessen Fassungskraft wir vor allen Dingen den Übergang zu einem neuen Münzsystem berechnen müssen. (Sehr gut! Sehr richtig!)

Meine Herren, in dem Masse, als die Distanzen der untereinander Verkehrenden zunehmen, in dem Masse nimmt die Wichtigkeit ab, welche ein gleiches, gemeinsames Münzsystem hat. Es kommen dann so viele andere Umstände noch hinzu, welche die Beziehungen differenzieren, dass es auf die identische Münze auch weniger ankommt. Wenn Nachbarstaaten dieselbe Münze haben, so drückt sich das Wechselverhältnis durch ein einfaches Plus oder Minus auf dieselbe Münze aus, welches man Verlust oder Agio nennt. Wenn Frankreich und Belgien miteinander verkehren, so drückt sich das Wechselverhältnis in dem Worte Verlust oder Vorteil auf den Franken in Paris oder auf den Franken in Brüssel aus. Gehen Sie über die nächsten Beziehungen hinaus, wo ein kurzer Transport und die nächsten Berührungen mitwirken, so kommen eine Menge anderer Umstände hinzu; müssen Sie gar über See schicken, so kommt mit der Gefahr die Assekuranzprämie hinzu, es kommt die lange Zeit, der Zinsverlust hinzu, es kommt unter Umständen der Verschleiss der Münzen hinzu, die namentlich bei langen Eisenbahn-Transporten immer etwas Gewicht verlieren; es kommt ferner eine Menge von Berechnungen hinzu, die doch machen, dass man nicht sagen kann, dass derjenige, der heute in New-York oder Lissabon von Berlin aus zu bezahlen hat, dass der wird einfach sagen können, die Mark z. B., wenn sie hier und dort gilt, verliert oder gewinnt auf Lissabon so und so viel, und es ist nur nötig, sie hinzuschicken. Auf diese Weise wird es sich nicht machen. Diese grossen Geschäfte werden immer in den Händen derjenigen sein, die sie gewerbsmässig betreiben, und für die die einfache Identität nicht so eminent wichtig ist.

Ich will nicht leugnen, dass ein gewisses Interesse vorhanden ist, dass derselbe Ausdruck zu Grunde gelegt werde.

Meine Herren, wie Ihnen bereits bemerkt worden ist, ist ein solches internationales System nicht denkbar ohne gegenseitig bindende Konventionen. Wer garantiert aber, meine Herren, wenn wir heute Konventionen gemacht haben, dass sie auch immer gelten werden? Wir haben ja erfahren, dass ein Krieg jede internationale Konvention wieder zerreisst, und, meine Herren, wenn wir heute Konventionen schliessen, wer garantiert uns, dass nicht der Moment kommt, wo wir es bereuen würden, und wo wir dann gebunden sind, im eigenen Hause nicht so wirtschaften zu können, wie wir wollen, weil wir uns gegen fremde Völker verpflichtet haben.

Wir haben gerade jetzt ein Beispiel: wäre nicht der im Jahre 1857 gemachte Vertrag mit Österreich infolge des Krieges 1867 gelöst worden, so hätten wir heute eine Fessel am Bein, wenn wir unser nationales Münzsystem regenerieren wollten; also auch hier ist ein Argument, das der Selbsterhaltung, vorhanden, welches zwingt, durchaus nicht aus politischem Chauvinismus — dagegen verwahre ich mich aufs höchste — sondern aus Zweckmässigkeitsgründen nicht nach auswärts zu sehen, was wir zu wählen haben, sondern nach der Konvenienz des eigenen Volkes.

Ein zweites System, welches prätendiert, von uns berücksichtigt zu werden, ist das des lateinischen Münzbundes, im wesentlichen des benachbarten Frankreichs. Es ist dies ein begrenztes internationales System, welches namentlich von Süddeutschland aus eifrige Verteidiger gefunden hat; ich glaube aber, die Süddeutschen dürfen hier wirklich nicht übersehen, dass sie zu sehr zunächst aus ihrem eigenen Eindruck heraus sprechen, wenn sie den Frank als eine allen vertraute Münze darstellen und als ein allen angenehmes Geld schildern. Der Norden ist dem Franken ganz fremd, und ich verhehle mir nicht, dass wir ihm zumuten würden eine Vergewaltigung seiner selbst in seinen Gefühlen, wenn wir ihm ansinnen wollten, sich mit dem Frankensystem vertraut zu machen. Aber, abgesehen davon, liegt in der Sache selbst eine angeborene Schwierigkeit, die ganz unlösbar ist. Wenn man von der Einführung des Frankensystems spricht, von der Adäquierung des Frankensystems mit unserem Thalersystem, so geht man immer von

der stillschweigenden Voraussetzung aus, dass der Thaler gleich wäre 3 Franks 75 Centimes, dass also die Umrechnung aus Thalern oder Mark in Franken sich sehr einfach machen werde. Es ist aber das Verhältnis nicht so, meine Herren. Wer sich die Gleichung machen will, der wird finden, dass, während 222 Franks französisches Münzgeld einen Kilo ausmachen und 30 Thaler ein Pfund, nicht eine Gleichung herauskommt, welche 3,75 ergiebt, sondern 3,70 und eine Fraktion. Am deutlichsten ist Ihnen die Sache erläutert in der sonst nicht wertvollen Denkschrift der Stadt Mühlhausen, die dieser Tage eingelaufen ist. Nun, meine Herren, das würde ergeben, dass, wenn Sie vom Thalersystem zum Frankensystem übergehen wollten, Sie 6 Thlr. 22 Sgr., ebenso 11 Gulden 47 Kreuzer für das 20-Markstück ansetzen und deswegen dem Volke eine Rechnung zutrauen müssten, die es zu den allergrössten Unbequemlichkeiten verdammte. Meine Herren, ich glaube deshalb, dass wir uns auch hier nicht entschlagen können, auf das Frankensystem zu verzichten, und dass wir geradezu darauf lossteuern müssen, auf eigenem Fusse die Goldwährung einzuführen, welche ein unwidersprochenes Bedürfnis der Welt geworden ist.

Das neue Münzgesetz betitelt sich in bescheidener Weise nur als ein Gesetz zur Einführung von Goldmünzen; in Wesenheit soll es aber wohl etwas anderes sein. Es soll sein die unvermeidliche Vorbereitung zur gänzlichen Regenerierung unseres deutschen Münzsystems und weil wir nicht in der Lage waren, wenigstens weil die deutschen Regierungen nicht in der Lage zu sein glaubten, von vornherein jetzt schon mit einem ganz durchgearbeiteten Münzgesetz zu kommen, so mussten sie sich begnügen, um die gegenwärtige Lage auszunützen, wenigstens diejenigen Vorschläge zu machen, welche auf der einen Seite nicht länger Aufschub ertragen, auf der anderen Seite aber unmöglich durchgeführt werden können, wenn sie nicht in vollkommener Übereinstimmung sind mit demjenigen Prinzip, mit demjenigen System, welches in Zukunft in Deutschland gelten soll. Das ist meines Erachtens der Sinn der heutigen Vorlage. Die deutschen Regierungen wollen eine Goldmünze prägen, welche sich in nächster Zeit als ein vollständig gebilligter und übereingekommener Teil einfügen kann in das System des

ganzen künftigen deutschen Münzwesens, welches wir deshalb virtuell heute hier zu beraten haben. Die wichtigste Frage, welche sich bei diesem neuen Münzsystem bot, war nicht mehr die, ob Gold eingeführt werden soll oder nicht — denn die war von allen Seiten durch ein unabweisbares Bedürfnis entschieden —, sondern es war die, ob wir zur alleinigen Goldwährung übergehen sollten, oder ob wir die Doppelwährung annehmen wollten. Meine Herren, ich wage nicht auf den Grund dieser Frage hinabzusteigen, zu erörtern, welches die Gefahren, welches die Vorteile der Doppelwährung sind. Die Erörterungen über Münzfragen haben wirklich das Eigentümliche, dass sie auf der einen Seite die feinsten Distinktionen philosophischer Begriffszerlegung berühren, weil sie eine unbegrenzbare Masse von Thatsachen in einen abstrakten Begriff zusammenfassen und zerlegen sollen, und auf der anderen Seite doch in ihren faktischen Resultaten so in die allerwirklichste Wirklichkeit eingreifen, dass jeder Missgriff sich unmittelbar auf das schwerste zu rächen droht. Daher ist es gekommen, dass in dieser Frage über die Doppelwährung, welche die feinsten und subtilsten Distinktionen über das gegenseitige Verhältnis der Metalle herausfordert, ein Gewirr von Stimmen nach und nach erwachsen ist, in dem sich zurechtzufinden stundenlange Anstrengung nötig wäre. Nur einen Punkt, meine Herren, möchte ich, weil er so vielfach missverstanden wird, zum weiteren Verständnis unserer praktischen Erörterung hier einschieben. Die Frage wird immer so gefasst: soll denn, wenn wir die Doppelwährung einführen, inskünftig jeder Schuldner die Wahl haben, ob er seine Gläubiger in Silber oder in Gold bezahlen will? Dieser Satz wiederholt sich beinah in allen Lehrbüchern, in allen Broschüren; ich habe vergebens nach einer Wendung gesucht, welche die Sache etwas menschlich auffasst. Wer den herkömmlichen Satz, ohne ihn kontrollieren zu können, liest, könnte wirklich auf den Gedanken kommen, dass jedem Menschen von Natur zwei Taschen angeboren wären, in deren einer Silber und in der anderen Gold vorhanden, und dass er nach seinem Belieben zahlen könnte, je nachdem ihm das eine oder das andere Vorteil bietet. So liegen die Dinge nicht, meine Herren, der Mensch zahlt im ganzen mit dem, was er hat (Heiterkeit), die wenigsten Menschen haben einen Vorrat

von Geld Jahr aus Jahr ein liegen, sondern die rollende Bewegung des Verkehrs ist so eingerichtet, dass jeder nur, kurz ehe das Bedürfnis eintritt, sich das Geld zu beschaffen sucht, dessen er benötigt ist.

Nun, meine Herren, wie gehen denn die Dinge in der Wirklichkeit vor in einem Lande, welches die Doppelwährung hat? Sind denn die Schuldner wirklich in der Lage, wenn plötzlich auf dem Geldmarkt das Gold mehr begehrt ist als das Silber, nun schnell in Silber zu zahlen? So machen sich die Dinge nicht, sondern folgendermassen: es tritt plötzlich auf dem Geldmarkt eine grössere Frage nach Silber ein als nach Gold; die nächste Folge ist, dass die grossen Kaufleute am Welt-Geldmarkt sich mit ihren Korrespondenten in denjenigen Ländern, wo die Doppelwährung ist, verständigen, um Silber aus den grossen Depositen herauszuholen, welche überhaupt die Quelle sind, aus denen sich die ganze Cirkulation eines Landes speisst, das heisst: aus den grossen Landesbanken. Wenn Silber auf dem Londoner Geldmarkt steigt, dann bekommt der Pariser Korrespondent des Londoner Kaufmanns Odre, Wechsel auf Paris, die er ihm schickt, bei der Bank zu diskontieren und sie sich dort in Silber auszahlen zu lassen und dieses Silber ihm zu schicken. Meine Herren, der erste Instinkt einer Bank, sowie eine Erschütterung der wechselseitigen Verhältnisse eintritt, ist immer, das nicht zu geben, was man von ihr verlangt. Dieser Selbsterhaltungsinstinkt leitet die Bank ganz mit Recht, und sowie ruchbar wird, dass Silber exportiert werden soll aus Frankreich nach England, so schliesst die Bank ihren Silberkasten und giebt nur Gold. Dann ist die Frage, dass das Bedürfnis, welches Silber sucht, sich nun nicht mehr an diesen grossen Brunnen in der Mitte des Landes wenden kann, sondern die einzelnen Bächlein aufsuchen muss, welche diesen Brunnen speisen. Es werden dann die Geldwechsler in Bewegung gesetzt, welche im Lande den zufälligen Besitzern von Silber den kleinen Vorteil bieten, den sie aus der Konjunktur ziehen können und nun nach und nach dieses Silber aufkaufen und hinaustreiben. Die Folge dieser Erscheinung ist, dass, wenn überhaupt die Bewegung anhält, ein Teil des Silbers ausser Landes geht, indem es mit kleinem Gewinne von den Händlern gekauft wird, ein anderer Teil eingesperrt bleibt in der Bank, bis

die Konjunktur sich wieder geändert hat, und dass jetzt die Cirkulation des mit Doppelwährung versehenen Landes nicht mehr Silber und Gold, sondern allein im wesentlichen Gold ist. Das Phänomen, meine Herren, charakterisiert überhaupt das Verhalten der Länder bei Doppelwährung, es ist eigentlich keine Doppelwährung, sondern eine alternierende Währung; im wesentlichen wird in einem mit Doppelwährung versehenen Lande immer dasjenige Metall umlaufen, welches augenblicklich den geringeren Wert hat. Dass dies an und für sich ein Nachteil ist, springt in die Augen. Dass aber auf der anderen Seite ein Land, welches nur ein Metall hat, sich deshalb Schwankungen entziehen könne, wollen wir auch nicht behaupten, denn jedes Metall wechselt seinen Preis und seinen Wert; — ein Land ist nur im geringeren Masse den Schwankungen ausgesetzt, wenn es die einfache Währung, als wenn es die Doppelwährung hat. Für mich aber, meine Herren, ist neben vielen anderen Gründen, die ich Ihnen hier ersparen will, nicht das allein massgebend für die Zuträglichkeit der Einführung der alleinigen Goldwährung in Deutschland, wie sie nach unserer Vorlage schliesslich beabsichtigt ist. Es ist nicht die Diffikultät, die in der Doppelwährung liegt, sondern es ist für mich die Überzeugung, dass das Gold immer mehr bestimmt ist, den Umlauf der civilisierten Nationen zu versehen. Seit Jahren hat man sich gegen dieses Phänomen gesperrt, und immer mehr hat es seine überwältigende Macht bewährt. Wer weiss nicht, wie in den Jahren 1849 und 50 die Unglückspropheten ihre Stimmen erhoben, als die grossen kalifornischen Goldminen entdeckt wurden, und behaupteten, alle Länder, die nicht sofort das Gold abschafften, würden zu Grunde gehen in ihren Geldverhältnissen. Ein Land hat es damals befolgt, es war Holland*), und es bereut es heute gewiss schwer, dass es das gethan hat. Seitdem haben die Münzverhältnisse die verschiedensten Schwankungen durchgemacht und immer wieder haben wir gesehen, dass das natürliche Bedürfnis in der gegenwärtigen heutigen Verkehrsorganisation, anfangend von der Beschaffenheit der Taschen in unseren Kleidern, bis zum Verkehr der grossen Nationen über See, unmittelbar darauf hinaussteuert,

*) Dieser Irrtum ist bereits oben S. 167 richtig gestellt.

dass nur das Gold die grosse Masse der Austauschmittel bestreiten kann. Wenn vielleicht unser verehrter Kollege Augspurg heute das Wort ergreifen sollte, so würde ich ihn bitten, statt das früher von ihm präkonisierte metrische System zu verteidigen, Ihnen noch die trefflichen Argumente hier aufzuführen, die er in seiner fünften Schrift über das Münzwesen zur Unterstützung der alleinigen Goldwährung gegeben hat, und mit denen ich deshalb ihm hier nicht vorgreifen will.

Meine Herren, es ist unabweislich, keine Nation kann sich dagegen wehren, dass sie das Gold schliesslich annehmen muss. Die Schweiz hat auch, als sie im Jahre 1850 ihr Münzsystem renovierte, das alleinige Silbersystem unter dem Eindrucke der damals geltenden Meinung angenommen. Sie hat sich vergeblich bemüht, trotzdem sie keine Goldwährung hatte, das Gold aus ihrem Lande fern zu halten. Lesen Sie die Berichte der Schweizer Münzkommissionen von 1850 bis 1859 — eine Jeremiade folgt der anderen: wie sollen wir es machen, dass, trotzdem wir das Gold nicht gesetzlich anerkennen, wir doch beständig Goldmünzen in unserem Lande haben und sie sogar für unentbehrlich erklären müssen? Ja, meine Herren, nach einer schweizer Berichterstattung war vorgeschlagen, man möge sich mit Belgien, das in derselben Lage sei, dahin verständigen, dass man das Volk durch Schriften aufzuklären suche über die Verderblichkeit der Goldwährung, um die Goldmünzen aus dem Lande zu treiben. Und alles das hat nichts geholfen: die Schweiz führt heute ebenfalls die Goldmünzen ein, wie Belgien, das momentan Holland gefolgt war, sich auch genötigt gesehen hat, die Goldmünzen wieder einzuführen. Meine Herren, für uns in Deutschland bedarf ja die Sache durchaus keiner Begründung. Die unglückliche Papierwirtschaft, die wir im Augenblicke noch ohne Schaden bestanden haben, die aber in jedem Moment uns einmal schädlich werden kann, die bestimmt ist, zu wachsen und zu wuchern, wenn wir ihr nicht Einhalt thun, die Jahr aus Jahr ein unserem Volke einen ganz bedeutenden Verlust beibringt durch dasjenige, was zwischen den Fingern durchfällt, zerstört wird, und wovon die Emittenten profitieren — meine Herren, dies allein wäre schon ein genügender Grund, um das Goldsystem bei uns einzuführen, und zwar, wie ich

Ihnen eben glaube nachgewiesen zu haben, auf Grund der alleinigen Goldwährung.

Nun, meine Herren, wenn ich bis dahin mit der Vorlage der verbündeten Regierungen vollständig einig gehe, so kommen wir jetzt auf den wichtigsten Punkt, der eigentlich das Nachdenken aller Sachverständigen in diesem Programme bis jetzt am meisten in Anspruch genommen hat, und der, wenn wir überhaupt mit einer gewissen Bangigkeit der Zukunft der heute zu begründenden Erneuerung entgegensehen, die erste Stelle in unseren Präokkupationen einnehmen muss, — das ist die Ersetzung des bei uns umlaufenden Silbers durch Gold. Man hat gesagt, wir sind jetzt in einer sehr glücklichen Lage, da wir ja so viel Entschädigung von Frankreich zu bekommen haben, da wir zum grossen Teil vermutlich auch in Gold ausbezahlt werden (hier erlaube ich mir aber eine Paranthese), und alle Bedenken, die wir früher hatten, woher das Gold nehmen, sind jetzt beseitigt. Meine Herren, ich bin darin nicht so gewiss; die Schwierigkeit war nie, zu fragen, woher das Gold nehmen, sondern wohin mit dem Silber? wo ist das Loch, in das wir die 300 oder 400 Millionen Silber, die wir los werden müssen, hineinwerfen, ohne sie gerade ins Wasser zu werfen? — Denn das ist doch nicht unsere Absicht, so reich sind wir durch die fünf Milliarden nicht geworden. Hier, meine Herren, beginnt die Schwierigkeit des Problems. Zunächst können wir hier nichts thun, als den Vorschriften folgen, welche uns Erfahrung und Grundsätze an die Hand gegeben haben: sie beweisen uns vor allen Dingen, dass die Cirkulation eines jeden Landes notwendig beschränkt ist auf das Bedürfnis, dass jede abnorme Vermehrung oder Verminderung dieser Cirkulation ihre Strafe nach sich zieht, dass wir, wenn wir die Cirkulation über die natürlichen Bedürfnisse unseres Landes hinaus vermehren, der Gefahr ausgesetzt sind, einen Teil unserer Münzen abfliessen zu sehen. Nun ist aber im Augenblick, gerade weil wir ja die Bewertung des Goldes durch unsere Reform und durch unsere Anerkennung steigern, die eingeborene natürliche Tendenz vorhanden, dass, wenn eine von beiden Münzsorten abfliessen soll, notwendigerweise das Gold eher abfliessen wird als das Silber, — und die Frage, wie nun zu verfahren

sei, damit dies verhütet werde, das ist der kitzliche Punkt in unserer ganzen Münzreform. Der Herr Finanzminister des Deutschen Reiches — ich sollte eigentlich sagen, des Königreichs Preussen, ich glaube aber, der lapsus ist nicht zu gross in diesem Falle (Heiterkeit) — der Herr Finanzminister hat ohne Zweifel sich von den Gefahren dieser Situation ebenso sehr und noch mehr Rechenschaft gegeben, als irgend einer der hier Anwesenden, und ich möchte schon um deswillen ihm nicht zu viel Lehren zu geben mir herausnehmen, damit die Verantwortlichkeit der Durchführung der von ihm inaugurierten Massregel auf seinen viel breiteren Schultern als den meinigen ruhen bleibe (Heiterkeit); aber, meine Herren, das erspart mir doch nicht die Aufgabe, zu diskutieren, ob die Massregel, die er in diesem Gesetz uns vorgeschlagen, auch den allgemein anerkannten Anforderungen entspreche. Zunächst hat man uns für den Übergang, für die Ausgleichung der jetzigen Silberwährung und der künftigen Goldwährung das Verhältnis von $15^1/_2$ festgesetzt. Derjenige, der früher $15^1/_2$ Gewichtseinheiten Silber zu zahlen hatte, soll in Zukunft ein Gewichtsteil Gold zahlen können, und hier erhebt sich nun zunächst die Frage, warum ist dieses und ist dieses richtig? Man hat aus der Sache eine Rechtsfrage zu machen gesucht, man hat Preisschriften verlangt und geschrieben, welche die subtilsten Untersuchungen über den Punkt lieferten, ob wirklich das Reich und die Regierung in der Lage sei, das zu entscheiden, und einige sehr angesehene und verdienstvolle Schriftsteller wollen sogar unseren Herren Kollegen vom Leipziger Oberhandelsgericht die stachliche Aufgabe zuweisen, zu entscheiden, wie diese Sache gelöst werden solle. Ich glaube aber, wir können sie dieser schwierigen Lösung überheben und die Sache liegt durchaus nicht so gefährlich, wie geschildert wird. Ich bin der Ansicht, dass weder rückwärts gehende Durchschnittsnormen noch vorwärts gehende Berechnungen zu entscheiden haben, in welcher Proportion dieser Übergang gegriffen werden soll, sondern einzig und allein der Moment, in dem der Übergang bewerkstelligt wird. Wenn ich sage: der Moment, so meine ich natürlich nicht die Sekunde, ich meine aber nach der menschlichen Berechnung denjenigen letzten Zeitpunkt, in dem man, ohne die Sache allzusehr auf die Spitze zu stellen, eine Preisangabe fixieren kann. Meine Herren, was

sind wir demjenigen, der Geldverpflichtungen hat — und darum handelt es sich — schuldig zu verbürgen bei diesem Übergange? Ganz fälschlich sagt eine Menge von Theoretikern: N. N., der eine Schuld übernahm nach dreissig Jahren zu bezahlen, wenn sie 30 Thaler betrug, hat sich nur verpflichtet, 1 Pfund Silber zu bezahlen. So ist die Sache aber durchaus nicht. Wer eine Schuld von 30 Thalern übernimmt, denkt nicht daran, ob sie 1 oder 2 Pfund wiegt, er denkt an das, was er augenblicklich mit diesen 30 Thalern beschaffen kann. Wenn ich heute eine Schuld kontrahiere, um mir einen Acker zu kaufen, so frage ich mich, wann die Schuld fällig wird und ich soll sie bezahlen: ist der Acker durch die Münzveränderung viel mehr oder weniger wert geworden oder nicht; ich sage aber nicht: ich hatte damals nur versprochen, so und so viel Gewicht an Silber zu bezahlen. Nun, meine Herren, das gegenseitige Preisverhältnis zwischen gestern und morgen reguliert sich heute im Verhältnis zwischen Silber und Gold; da Silber und Gold auf dem Geldmarkt der Werte ebenso gut Ware sind wie andere Artikel, so reguliert sich auch ihr Verhältnis in Übereinstimmung mit den Warenpreisen aller Länder, und wenn ich heute für ein Pfund Silber eine gewisse Quantität Weizen kaufe, so kann ich auch eine gewisse ebenso gut zu fixierende Quantität Gold dafür kaufen, und wenn sich diese drei Punkte ausgleichen, so kann ich sagen, dass ich dem Manne, der heute eine Schuld für einen Acker kontrahiert, nicht zu kurz gethan habe. Der einzige Punkt käme in Betracht, ob ich durch den Einfluss meiner Reform selbst auf den Metallpreis demjenigen, der künftig zu bezahlen oder zu empfangen hat, einen Schaden anthue, und diesen Punkt werden wir zu betrachten haben; aber die Bemessung der Verpflichtung hat, abgesehen hiervon, sich rein nach dem Moment zu richten. Nun, meine Herren, was sagt der Moment? Durch einen merkwürdigen Zufall spricht er auf ein Haar heute gerade übereinstimmend mit der Vorlage der Regierung, und wenn wir nicht eine so honette und über allen Verdacht der künstlichen Macherei erhabene Reichsregierung hätten, so würde ich wirklich den Argwohn schöpfen können, dass das Reichsministerium eine gewisse Quantität Silber an der Londoner Börse gekauft hätte, um zu $60^{7}/_{8}$ per Unze Standard Silber zu kommen, welches

dem Verhältnis von $15^1/_2$ zu 1 entspricht. Natürlich glaube ich nicht an einen solchen Grund, sondern ich vermute, dass das zunehmende Steigen des Silbers daher kommt, dass die französische Regierung Silber ankauft, um Münzen prägen zu lassen. Meine Herren, die heutige Lage stimmt überein mit dem Durchschnittsverhältnis eines ganzen Jahrhunderts, sie stimmt überein mit dem Niveau, in welches Silber zu Gold immer gekommen ist, nachdem es bald durch Entdeckung von Minen, bald durch den amerikanischen Krieg und die Baumwoll-Konjunktur oder andere Ursachen gestört war; und ich glaube, die Reichsregierung kann es vollständig rechtfertigen, dass sie dieses Verhältnis von $15^1/_2$ festgesetzt hat. Es wird ihr vielleicht noch vorgeschlagen werden, ein klein wenig daran zu ändern, um zu runderen Zahlen zu kommen; 15,55 würde eine rundere Abmessung der einzelnen Goldstücke geben, indem sie dann ein Gewicht von 140 per 500 Gramm, 70 per 500 Gramm u. s. w. hätten. Allein ich glaube, dass gegenüber der Basis, die wir in der Vorlage haben, und gegenüber dem Gebot, an der Vorlage so wenig als möglich zu ändern, um sie desto energischer durchzuführen, es auch hier geraten ist, an dieser Basis nicht zu rütteln.

Nun aber, meine Herren, bleibt die andere Frage: wie sollen wir es mit dem halten, der zufällig in dem Besitz von Silber sein wird in dem Moment, wo die Reichsregierung proklamieren wird, nicht länger soll in Silberkurant bezahlt werden, sondern dieses muss binnen jetzt und so und so viel Tagen oder Monaten gegen neue Goldmünzen ausgetauscht werden? Überlassen wir ihm die Notwendigkeit, diese Silbermünzen alsdann einzuschmelzen — denn als Münzen kann er sie nicht ausführen — und auf dem Geldmarkt zu verkaufen, so setzen wir ihn allerdings der Gefahr aus, dass er einen nicht zu berechnenden Nachteil dabei erleidet und er wird sagen können: dadurch, dass ihr heute verfügt, Silber soll nicht mehr gelten, habt ihr es entwertet, und ich soll also den Verlust tragen? Aus diesem Grunde hat also die Reichsregierung ganz richtig gehandelt, indem sie die Frage der Einziehung der Silbermünzen zwar noch nicht ausdrücklich auf die Schultern des Reichs genommen, aber, wenn ich richtig verstanden, die Absicht hat, dereinst die Silbermünze einzuziehen auf Kosten des Reichs und

den daraus entstehenden Verlust auf die Schultern des Reichs zu nehmen. Ich vermisse nun zu diesem Zweck in der Vorlage etwas, was ich heute schon vorbehaltlich aller künftigen Gesetzgebungen über die Materie gern darin gesehen hätte, d. h. das Verlangen nach einer Krediteröffnung, welche der Reichsverwaltung gestatten soll, schon jetzt vorzugehen mit dem Erwerb der Einschmelzung und Verwertung von Silbermetall, auf welches sie wahrscheinlich doch gegen das Gold einen Verlust erleiden wird; und vorbehaltlich der Aufklärung, welche von seiten der Reichsbehörde mir werden wird, habe ich die Absicht, einen entsprechenden Paragraphen zur Einfügung in unser gegenwärtiges Gesetz vorzuschlagen. Denn, meine Herren, darauf müssen wir vor allem anderen Wert legen, es muss eine entsprechende Quantität Silber eingezogen werden gegen das Gold, das wir in Umlauf setzen. Ich bin so sehr von der Unvermeidlichkeit dieser Operation überzeugt, dass ich mir sage: wenn die Reichsbehörden nicht *expressis verbis* in das Gesetz sie aufgenommen haben, so hielten sie dies vielleicht für überflüssig, so betrachten sie die Sache als so selbstverständlich, dass sie es kaum für nötig hielten, dieselbe zu proklamieren, und wollen vielleicht in der Manipulation der Dinge eine gewisse Freiheit haben, welche sich nicht besser in Worten formulieren liess. Meine Herren, wenn wir nicht es mit 25 Staaten zu thun hätten, so könnte ich mich vielleicht mit einer solchen Versicherung begnügen. Allein wie die Sachen liegen, richten wir nichts aus. Wir müssen absolut das strikte Verbot in das Gesetz einfügen, dass von heute ab noch irgendwo Silber-Kurantmünzen in irgend einem deutschen Staat ausgeprägt werden. (Sehr gut! sehr richtig!)

Man hat vorgeschlagen, statt dessen sich auf das Einziehen von Papier zu verlegen. Das bringt uns in Diffikultäten. Die Emission von Papiergeld ist so gesetzlich geregelt, mit so vielen Privatinteressen in Deutschland verzettelt, dass, ehe wir ein neues Bankgesetz in Deutschland haben, wir in dieses Wespennest nicht greifen dürfen. Es wird die Schwierigkeit, wenn wir einmal Papiergeld einziehen, nicht so gross sein. Denn wohin wir mit dem Papier sollen, darüber werden wir nicht verlegen sein. Aber wohin wir mit dem Silber sollen, das ist die Frage, und ich möchte, wenn ich auf der einen Seite die

Regierungen der Einzelstaaten beschränken will in der Möglichkeit, künftig Silberkurant auszuprägen, die Reichsregierung gleichzeitig in die Möglichkeit setzen, so schnell wie möglich vorzuschreiten mit der Einziehung von Silber, um Platz zu bekommen für das Gold, das sie ausmünzen will. Meine Herren, ich habe in dem Augenblick, als ich die Gesetzesvorlage nur in ihren Hauptartikeln las, geglaubt mir die Sache so erklären zu müssen, dass vielleicht die Reichsregierung nur die Absicht hätte, Gold zu prägen und nicht auszugeben, sämtliches Gold, das sie künftig ausgeben will, in den Keller niederzulegen, und erst plötzlich dereinst in einem Augenblick die Schleussen zu öffnen und die Münzreform im Laufe weniger Tage zu vollziehen. Allein ich habe mich beruhigt, dass dieses titanische Beginnen nicht in der Absicht der Reichsregierung war, nachdem ich ihre Motive gelesen hatte, aus denen an mehreren Stellen hervorleuchtet, dass sie die Absicht hat, *successive* Gold auszugeben. Nur hat mich eine Stelle erschreckt, an der es heisst:

> Es wird dann der Zeitpunkt gekommen sein, in gesetzlichem Wege die Bestimmungen über die Einziehung der groben Silbermünzen zu treffen und die Münzreform zum Abschluss zu bringen.

Nämlich wann soll der Zeitpunkt gekommen sein?

> Sobald der Verkehr mit der für die Durchführung des neuen Systems nötigen Menge von Goldmünzen erfüllt ist.

Meine Herren, in dem Moment, wo der Verkehr erfüllt ist mit diesem Vorrat, dann werden wir nicht mehr nötig haben, die Münzen einzuziehen, dann werden sie eingezogen sein, denn nach dem Gesetze der Undurchdringlichkeit der Materien, welches auch hier herrscht, wird es nicht möglich sein, dass an derselben Stelle Gold und Silber zugleich sei. Ich erlaube mir diesen Satz der Motive dahin zu unterpretieren, dass unter „Einziehung" nicht die Manipulation der Einziehung, sondern das Proklama der Zwangseinziehung zu verstehen ist, und dass der Herr Finanzminister nur sagen wollte: ganz zuletzt, wenn wir schon das meiste Gold in Cirkulation haben, werden wir noch verkündigen: binnen so und so viel Monaten muss alles Silber gegen Gold umgetauscht werden; und wenn es so verstanden wurde, dann mache ich auch in diesem Punkte keine

Objektion. Also schliesslich, meine Herren, auf einem Hauptpunkte müssen wir bestehen; es ist für mich die einzige *conditio sine qua non* für diese Vorlage, welche ich sonst gern unterschreibe und nur in Nebenumständen zu ändern wünsche: es muss das Silberprägen zu Gunsten der Einzelstaaten von dem Moment an, wo das Gesetz erscheint, eingestellt werden. Sollte das nicht garantiert werden, so würde ich mich nicht bewogen fühlen können, so sehr ich auch mit allen meinen Kräften dieses Gesetz herbeigewünscht habe, dafür zu stimmen, denn ich würde die Gefahr sehen, dass es scheitert. Keine Rücksicht auf Wünsche oder Nebeninteressen kann uns hier bestimmen, irgendwie zu zaudern.

Man mache sich keine Illusion: ein Übergang, wie wir ihn jetzt bewerkstelligen wollen, von der Silberwährung zur Goldwährung, ist trotz aller Vorsicht, die wir dabei bewähren, ein Übergang über einen Abgrund auf schwankendem Brette; und darum nur kein Zaudern, sondern die grösste Entschiedenheit! Wer mit schwankenden Füssen auf einem Brette über einen Abgrund geht, stürzt und bricht den Hals. Wir müssen jede Rücksicht zurücksetzen, und wenn man erzählt hat, dass ein süddeutscher Staat deshalb gewünscht hat, die Silberprägung nicht sistiert zu sehen, weil er viele Fünffrankenstücke aus der Kriegsentschädigung bekommen hat, so sage ich, wenn daraus wirklich ein Verlust für den betreffenden Staat entstehen sollte, so finde ich es nicht mehr als billig, dass dieser Verlust auf Reichskosten genommen wird. Das Silber und Gold, das eingegangen ist, muss gemeinsam verrechnet werden. Es kann dies für uns kein Grund sein, die Ausprägung an Silber weiter bestehen zu lassen. Ich erlaube mir, hier nur noch einen einzigen Vorgang aus der allerneusten Geschichte anzuführen, der diese meine Ansicht illustriert. Als die erste Vorlage des Bundesrats den Mitgliedern bekannt geworden — ich meine nicht der grossen Öffentlichkeit, aber doch denen, welche ein Interesse hatten, sie etwas näher anzusehen, liess der Finanzminister eines benachbarten Staates, der die Silberwährung hat, seinen kompetenten Münzmeister kommen und stellte ihm die Frage: nach Ansicht dieser Vorlage ihm Rat zu geben, ob der betreffende Staat noch heute in der Lage bleiben werde, seine Silberwährung beizubehalten oder nicht. Das Urteil des Finanz-

mannes lautete — ich kann ihn dem Herrn Reichsminister nennen, wenn er ihn nicht kennen sollte —: wenn es nur diese Vorlage ist, die nichts als einen Kassenkurs für das Gold will und welche die Silberausprägung weiter erlaubt, dann ist es viel Geschrei und wenig Wolle. (Sehr richtig!)

So lautete es schriftlich gegeben, meine Herren. Ist es aber — fährt das Gutachten fort — Ernst mit der Vorlage, wird die Silberausprägung sistiert, wird das Silber eingezogen, dann müssen wir uns ernstlich mit dem Gedanken befreunden, dass auch wir den Pfaden der deutschen Nation in der Regenerierung des Münzsystems folgen müssen.

Meine Herren, ich glaube in diesem Punkte genug gesagt zu haben, und rechne wirklich auf wenig Widerstand von seiten der Reichsregierung, wenn ich ein solches Amendement einbringen werde. Im ganzen wird die Schwierigkeit der Durchführung nicht zu bewältigen sein ohne vollständige übersichtliche Leitung der Finanzverhältnisse der ganzen Nation. Und ich glaube, diese wird wesentlich aus einem Zusammengehen der Preussischen Bank mit dem preussischen Finanzministerium sich begründen müssen. Wie wichtig die grossen Geldinstitute in unserer Zeit für Regelung der internationalen Verhältnisse sind, können wir in diesem Momente sehen. Denn wenn ich Ihnen vorhin erwähnte, dass nach dem letzten Berichte vom englischen Silbermarkt das Silber in einem Verhältnis gestiegen ist, das seit Jahresfrist nicht mehr existiert hat, so schreibt sich das zum Teil daher, dass die französische Bank den Zinsfuss hinaufgesetzt hat und sich dadurch in die Lage versetzte, Silber zu beziehen. Diese grossen Geldinstitute, welche den Geldverkehr der Länder jetzt centralisieren, sie haben einen eminenten Einfluss durch Regulierung des Zinsfusses auf die ganze Cirkulationsbeschaffung von Europa und sogar der ganzen Welt, und nur aus einer vollständigen Übereinstimmung der massgebenden Faktoren im Reiche kann diejenige Vorsicht und Behendigkeit hervorgehen, welche notwendig ist, um diese delikate Operation nach allen Seiten durchzuführen. Ich möchte in dieser Beziehung auch dem Herren Reichsminister eine Erwägung nahe legen, die ich früher schon hier vorgebracht hätte, für die aber damals die

Aufmerksamkeit nicht zu gewinnen war. Er ist autorisiert worden, die früher kontrahierten Schulden des Reiches zurückzuzahlen, und ich glaube, er sollte auch den Moment sehr zu Rate ziehen, in dem er diese Schulden einberuft, in Rücksicht darauf, dass, wenn zuviel Geld, sei es in Deutschland, sei es nach England, das ja Teile unserer Schuldobligationen besitzt, zurückzuzahlen ist, die vielen Schwierigkeiten des Übergangs vom Silber zu der Goldwährung noch vermehrt werden. Es ist dies nicht eine überflüssige Bemerkung; denn, meine Herren, so oft uns auch gesagt worden ist, die französische Entschädigung erleichtert uns die Münzreform, ich sage, sie hat auch etwas, was uns die Münzreform erschwert; denn wir bezahlen im Augenblick viel mehr, als wir sonst auszuzahlen gewohnt sind. Es entsteht von selbst ein Überfluss, ein Pleroma von Cirkulationsmitteln; wenn wir Geld, das in Bundesschuld angelegt war, wenn wir Geld für längst ausgegebene und verzehrte Dinge massenweise zurückzahlen, so ist zu befürchten, dass dadurch eine grosse Masse von Cirkulationsmitteln momentan auf der Oberfläche des Landes schwimmen und diese deshalb viel leichter über den Rand des Landes hinaustreten werden, und wenn sie hinaustreten, können sie nur in Form von Gold hinaustreten, nach welchem der Appetit der Länder dermalen viel grösser ist als nach Silber.

Ich glaube nicht genug darauf bestehen zu können, dass diejenigen Massregeln, von welchen die Einziehung von Silber gegen Gold und die nicht weitere Ausprägung nur ein Teil ist, auf das schärfste ins Auge gefasst werden. Es wird sich darum handeln, mit der Goldausprägung so rasch als möglich vorzugehen, und die gegenwärtige Gesetzvorlage amendiert glücklich gegen die ursprüngliche dem Bundesrat unterbreitete Vorlage, indem sie im wesentlichen die ganze Ordnung und Kreierung der künftigen Goldwährung in die Hand des Reiches legt. Ich habe nur Eines hier wesentlich vorauszusetzen: ich glaube wirklich die Zustimmung des Bundesrates zu den betreffenden Massregeln wird nur eine Verlangsamung sein, die keinen genügenden Grund hat. Ich glaube, der Bundesrat wird so gut wie der Reichstag vertrauensvoll die einzelnen Manipulationen, welche hier nötig werden, in die Hand des Reichskanzleramtes niederlegen können, und ich glaube, es ist besser, dass es ge-

schieht, denn dieses ist dann einer jeden in künftigen Augenblicken vielleicht eintretenden neuen Variation der Preise gegenüber am schnellsten parat. Ich möchte aber in Bezug auf die Ausprägung noch eine Erweiterung einführen: ich möchte sofort in das Gesetz die Bestimmung einfügen, welche jedem Individuum neben dem Staate das Recht giebt, Gold ausprägen zu lassen. Ich weiss wohl, dass man uns für den Moment antworten kann, dass soviel Gold für die Reichsrechnung zu prägen sein wird, dass bis zur Erlassung des definitiven Münzgesetzes, welches wohl hoffentlich im nächsten Frühjahr kommen wird, keine Möglichkeit da sein wird, Private zur Ausprägung zuzulassen. Wenn ich aber auf der anderen Seite sehe, dass dieses Gesetz auch Veranstaltungen trifft zur Wiedereinlösung der über 5 per Mille abgeschliffenen Münze, welches gewiss nach 6 Monaten noch nicht Platz greifen kann, so muss ich sagen, ein Gesetz, welches hier ein ganzes System ausarbeitet, wenigstens für die Goldmünzen, darf auch dieses wesentliche Erfordernis eines rationellen Geldsystems nicht bei Seite lassen. Ausserdem glaube ich gar nicht, dass es so unmöglich ist, dass das Reich, wenn es sich recht sputet, auch noch für die Privaten Platz finden könnte, Gold ausmünzen zu lassen. Ich weiss heute noch nicht, ob uns nur 8 oder vielmehr 9 Münzen im Reiche zu Gebote stehen werden zur Goldausprägung, ich rechne aber darauf, dass auch die Strassburger Münze, welche eine sehr grosse Anstalt war und eine grosse Thätigkeit entfaltete, ihre Dienste thun wird zur Einführung der Goldwährung. Wenn ich aber für meine Berechnungen eine richtige Auskunft erhalten habe, kann die Berliner Münze in einem Monate für 7 Millionen neue Goldmünzen ausprägen. Nehmen wir nun an, dass die Strassburger ebensoviel ausprägt und alle anderen nur soviel, um 25 Millionen per Monat zu kompletieren, so kommen wir auf die sehr ansehnliche Zahl von 300 Millionen Gold im Jahre, die wir ausprägen können. Nehmen wir es noch schwächer an, nehmen wir nur an, dass sämtliche deutsche Münzstätten soviel ausprägen, als allein die englische Münze, so werden wir im Jahre schon 150 bis 160 Millionen Gold ausprägen können. Sollte aber nicht vielleicht ein Moment kommen können, in dem es der Herr Finanzminister für opportun fände, Privaten das Münzen frei zu lassen

und einstweilen selbst Münzbillete auszugeben, wie seiner Zeit in Holland geschah (gegen eine Deposition des betreffenden Äquivalents in Gold)? Es würde dadurch ihm eine zwar jetzt nicht notwendig erscheinende, aber künftig doch vielleicht sich empfehlende Massregel fakultativ gegeben sein, und mit einem Worte, wenn ich auch nicht glaube, dass er sofort in der Lage sein wird, Private zur Münzprägung zuzulassen, da wir auf alle Fälle dem Staate das Vorrecht lassen wollen, so kann es auf keinen Fall schaden, wenn das, was er für die Dauer ohne Zweifel für richtig erklärt, schon jetzt in das Gesetz eingefügt wird. Es wird sich, je nachdem wir uns über diesen Punkt verständigen, eine Konsequenz daran schliessen in Bezug auf die Verpflichtung, abgeschliffene Münze einzuziehen; ich glaube aber für heute mich dessen noch entschlagen zu können, diese Konsequenz zu ziehen, um Ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen zu müssen. Ich bin damit einverstanden, dass das Reich nicht bloss auf sämtlichen Münzstätten, die sich anbieten, das Gold ausprägen lasse, sondern den Münzstätten gegenüber einen Zwang ausübe, um sie zur Goldmünzenausprägung anzuhalten, und dass die Gestattung eines Schlagschatzes, welche nur in umschreibenden Worten in unserer Vorlage angedeutet ist, förmlich ausgesprochen werde, so dass er nicht bloss für die Münzstätten, sondern auch für Private immerwährend massgebend sei.

Was nun die Form der Ausprägung betrifft, ob je nach der Münze, in welcher geprägt wird, das Haupt des Landesherren auf derselben sich befinden soll oder das Haupt des Kaisers, so ist das ein Punkt, bezüglich dessen ich lieber einem anderen Redner seine Meinung vorzubringen überlasse. Es mag vielleicht nicht die schlechtestberechtigte aller berechtigten Eigentümlichkeiten sein, dass die Fürsten ihre Köpfe behalten wollen (Heiterkeit), ich meine, insofern sie auf den Münzen stehen; es wird aber das deutsche Volk Wert darauf legen und sich freuen, das Bild des die Einheit repräsentierenden Kaisers auf seinen Münzen zu sehen. Wie dem sei, so glaube ich, es wird an dieser Frage die Vorlage keineswegs zu Falle kommen. Meine Herren, es bleibt also als wirkliches Kampffeld für unsere Vorlage, wenn ich die Empfindung dieser Ver-

sammlung richtig verstehe, keiner von allen Punkten, die ich besprochen habe.

Der einzige Punkt, in welchem es noch unklar liegt, wie die Entscheidung fallen wird, das ist die Frage, ob Mark oder Gulden. Meine Herren, ich habe beinahe sämtliche Streitschriften, so unglaublich es klingen mag, gelesen, die seit 6 Monaten über diese Materie erschienen sind (Heiterkeit), und ich muss gestehen, Gründe, die mich würden glauben machen, dass, wenn das eine oder das andere angenommen würde, die Münzreform daraus entschieden Schaden oder Vorteil ziehen werde, habe ich nicht gefunden; es sind Gründe pro, es sind Gründe contra vorhanden; der Süden wirft dem Norden vor, er hänge zu sehr an seinem Thaler, und glaubt, dass er nicht an seinem Gulden hänge; ich glaube, der Norden wird mit ziemlichem Rechte auch dem Süden diesen Vorwurf zurückgeben können. Ich möchte deshalb, abgesehen von allen sachlichen Gründen, die ich anderen Rednern überlasse, um nicht zu lange diese Stelle einzunehmen — ich möchte nur aus sachlichen Gründen das für den Gulden sagen, dass er sozusagen zwischen zwei eifersüchtigen Brüdern Recht schafft dadurch, dass er keinem seinen Willen thut; er giebt dem Norden die Sache, denn er ist das Zweimarkstück, er ist $^2/_3$ Thaler; dem Süden giebt er den Namen, denn etwas anderes als den Namen wird er nicht haben, und ich glaube, es wird dem Norden, wenn er den Gulden annehmen will, kein Schaden geschehen; im Gegenteil, er wird grösseren Vorteil davon ziehen, als der Süden, dadurch, dass er sich an die neue Bezeichnung leichter gewöhnt, leichter bricht mit alten Gewohnheiten als der Süden. Es wird, wenn Sie mir erlauben, aus einem anderen Gebiete einen Vergleich herbeizuziehen, so gehen, wie es mit der Sprache gegangen ist: Sie, meine Herren aus Norddeutschland, sprechen unser Hochdeutsch, das eigentlich süddeutsch ist, viel besser als wir Süddeutsche, weil es nicht Ihre Sprache ist, nach der alten Weisheitsregel, dass die Schuhmacher immer die schlechtesten Stiefel tragen. (Heiterkeit.)

Es wird mit dem Gulden und mit der Mark ähnlich gehen, und der Gulden wird sich leichter in Norddeutschland einbürgern, als er sich in Süddeutschland einbürgern wird. Aber, wie auch Ihre Entscheidung sein möge, jedenfalls soll das unser

Grundsatz sein in der Diskussion und Beschlussfassung über dieses Gesetz, alles was nötig ist, mit grösster Energie und Bestimmtheit zur Durchführung des Gegenwärtigen, zur Vorbereitung der Zukunft zu thun, alles, was gegenwärtig noch entbehrlich ist und Zweifel in die Sache hineinwerfen könnte, mit Strenge zu beseitigen. Alles, meine Herren, ist gegenwärtig günstig der Durchführung unseres Projekts; wir haben nicht nur die Strömung der Kurse und des Goldes für uns, wir haben auch für uns die Strömung der öffentlichen Meinung. Es passiert nicht oft, dass man einem Volke sagen kann: stehet fest, 40 Millionen, wir wollen alles, woran du seit Jahrhunderten gemahnt hast, umwandeln und ummodeln. Es ist der natürliche Impuls des Volkes, sich in diesen Dingen an das Alte festzuklammern und das Neue mit Widerstreben aufzunehmen; heute aber sind alle Augen und Herzen des Volkes für die Neuerung geöffnet. Benutzen wir diesen günstigen Augenblick, um mit Energie durchzugreifen, benutzen wir diesen günstigen Augenblick, wo die Diskussion auf den Siedepunkt, um mich so auszudrücken, gekommen ist. Es giebt in allen Erörterungen einen Moment, wo man wirklich anfängt, von lauter Belehrung dümmer zu werden (grosse Heiterkeit); ebenso könnte es auch uns gehen, wenn wir noch länger pro und contra diskutieren. Es wird also am rätlichsten sein, nur einer Meinung uns zu überlassen, und nach dieser mit Energie vorwärts, wie die deutsche Kriegsführung! (Lebhafter Beifall.)

IV.

Zur deutschen Münzgesetzgebung.

(1871.)

Vorbemerkung.

Dieser Vortrag, der Ende 1871 im Berliner Handwerkerverein gehalten wurde, enthält mancherlei Irrtümer und Ungenauigkeiten. Auf eine irrtümliche Angabe über die Grösse der Goldproduktion machte Herr von Kardorff in einer Reichstagsrede am 6. März 1885 aufmerksam. Bamberger entgegnete darauf (siehe seine Rede, die in dieser Sammlung unter XI. abgedruckt ist), es seien in jenen Vortrag einige Irrtümer hineingeraten, weil er, nachdem er jenen Vortrag im Handwerkerverein gehalten, auf drei Monate nach Italien verreist sei und die Redigierung des Textes einem Freund überlassen habe. In dieser Ausgabe sind die einzelnen Irrtümer richtig gestellt, natürlich unter Hinweis auf die Lesart der ersten Publikation.

Zur deutschen Münzgesetzgebung.

Vortrag, 1871 im Berliner Handwerkervereine gehalten.

Wenn wir die Sache, um die es sich bei diesem Vortrage handelt, statt uns in langen philosophischen Untersuchungen und Begriffszerlegungen herumzudrehen, recht bestimmt und praktisch angreifen wollen, so werde ich den Leser zunächst einmal ersuchen, in seine Tasche zu greifen und das Portemonnaie herauszuziehen, er wird in demselben Papier, Silber und Kupfer — wenn auch nicht im eigenen, indessen vielleicht in dem seines Nachbars — finden, und einen Monat später wird er hoffentlich auch schon einige Goldstücke bei sich tragen. Beim Anblick dieser verschiedenen Geldrepräsentanten wird er sagen, dass es doch eigentlich schwer zu begreifen ist, warum wir im Reichstage und im ganzen heiligen deutschen Reich uns so sehr herumplagen mit der Frage, wie man das Geld und namentlich aus welchem Stoff man es machen soll, da ja von diesen unter einander ganz verschiedenen Stoffen Geld nebeneinander in friedlichster Eintracht und in vollständig gleicher Berechtigung existiert. Damit der Leser sich überzeuge, dass hier, wie bei allen sinnlichen Dingen, der erste Anschein leicht trügt, will ich ihn zunächst abermals nicht in eine abgezogene Begriffszerlegung hineinführen, sondern ihm ein paar historische Rückblicke vorführen; denn ich liebe nichts so sehr, als die Thatsachen, um die Ansichten, die ich vortrage und vertrete, zu belegen und nahe zu rücken. Die Geschichte Europas ist reich an kritischen Perioden, in denen die Völker schier zur Verzweiflung getrieben wurden durch die schlechte Beschaffenheit ihrer umlaufenden Münzen. Wollte ich nur einigermassen umfassend die hervorragendsten Epochen solch trauriger Zustände bezeichnen, so würde dies allein schon den

für diesen Vortrag ausgesetzten Spielraum ausfüllen; ich begnüge mich daher, deren zwei, die der modernen Zeit angehören und die in der Geschichte sehr erinnerlich und Aufsehen erregend stehen geblieben sind, vorzuführen, um an denselben zu zeigen, wie wichtig es dennoch ist, dass die Münzen eine gewisse Beschaffenheit haben; dass sie namentlich einen inneren Wert an edlem Metall haben müssen, welches man, wenn es auch nicht die Bezeichnung eines gewissen Wertes und das Gepräge einer gewissen Autorität trüge, doch wie jede beliebige andere Waare, wie ein Stück Blei, Kupfer oder Silber auf dem Markte verkaufen könnte. Die erste dieser beiden Epochen war die der Münzverschlechterung, welche in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in England spielte. Von jeher haben sich die Regenten durch harte Verfolgung der Falschmünzerei und der Münzverschlechterung ausgezeichnet, aber in der Sicherheit, dass sie selber aller Strafe entgehen würden, auch wieder ihren Konkurrenten in dieser Beziehung das Feld mit grossem Erfolge streitig gemacht. Die Regenten des Mittelalters haben immer nach dem falschen Prinzip gehandelt, dass sie glaubten, man brauche nur den Wert einer Münze durch Proklamation zu erhöhen oder deren inneren Wert zu verringern, um sich selber zu bereichern. Die Geschichte von Frankreich und von England, namentlich unter den Stuarts, ist reich an Thatsachen, welche als Belege für diese Behauptung dienen könnten. Sobald der König in Verlegenheit war, war dies eines seiner Mittel; statt dass er jetzt Vorlagen vor das Parlament bringt und Steuern verlangt, erklärte er damals einfach, dass der Schilling, der bis dahin meinetwegen 12 Pence wert war, von da ab 15 Pence wert sein sollte; und wie man in der damaligen Zeit noch sehr im Dunkeln war über das, was der Mensch durch Befehle und Autorität über den Gang der Gesellschaft vermag oder nicht vermag, so glaubte man auch damit sich bereichern zu können, wenn man durch Dekret den Wert des Geldes für die Zukunft künstlich erhöhte. Auf diese Weise war es auch geschehen, dass, namentlich unter den Stuarts, die englischen Silbermünzen ganz bedeutend durch die künstliche Erhöhung an Wert gelitten hatten, und dass unter Nachahmung des erhabenen Beispiels des Monarchen die Falschmünzer und die Münzverschlechterer sich dahinter hermachten, die einzelnen

Münzen an ihrem Wert zu verringern. Das Beschneiden, Abschleifen und Einschmelzen der Münzen griff namentlich gegen 1690*) auf eine solche Weise um sich, dass es zu einer wahren Kalamität sich ausdehnte.

Es ist eine anerkannte Wahrheit, dass auch bei den Münzen sich das physikalische Gesetz: das Leichtere schwimmt immer oben, bewährt. Sobald von einer Münze zweierlei Gattungen bestehen, eine die weniger wert ist und eine, die mehr wert ist, so verschwindet immer diejenige, die den grösseren Wert hat, sie sinkt gewissermassen unter, und die leichtere bleibt im Verkehr, sie schwimmt oben auf. Das ist so wahr, dass wir einen Beleg davon schon im Altertum, in einem Citat aus einer Komödie des Aristophanes haben. Man erschrecke nicht, ich will nicht weiter in das Altertum und etwa bis zur Sündflut zurückgreifen, es sei mir nur erlaubt, dass ich, weil die Sache charakteristisch ist, die Stelle aus Aristophanes hier anführe, aus welcher hervorgeht, dass es zu damaliger Zeit mit dem Münzverhältnis gerade so beschaffen war, wie im 17. Jahrhundert in England, im 18. Jahrhundert in Frankreich und im 19. Jahrhundert in Österreich, und wie es wahrscheinlich auch jetzt wieder in Frankreich der Fall sein wird, wo, sobald zweierlei Münzen bestehen, von denen die eine nur Schein ist, während die zweite den wirklichen Wert repräsentiert, die zweite sich sehr schnell in das Versteck zurückziehen und die schlechtere nur in den Händen des Volkes zurückbleiben wird. Es heisst in jener aristophanischen Stelle: „Oftmals hat es mir geschienen unserem ganzen Staat ergeht es ganz ebenso mit seinen Bürgern jedes Lobes wert, wie es mit der alten Münze und dem neuen Gelde geht; denn auch jene, die doch wahrlich weder falsch ist noch zu leicht, ja die unter allen Münzen, die ich weiss, die beste ist und allein ein gut Gepräge trägt und Klang und Geltung hat unter den Hellenen und allen im Auslande überall, jene braucht ihr nicht mehr, sondern jenes schlechte Kupfergeld, gestern oder ehegestern ausgeprägt, von schlechtem Klang.“ Wie zu Aristophanes Zeiten, so ging es auch in England unter den Regierungen Wilhelms und Marias am Schluss des 17. Jahrhunderts. Das Beschneiden des Silbers war so allgemein ge-

*) In der ersten Ausgabe heisst es hier 1660.

worden, dass man sich vergeblich bemühte, mit den schärfsten Strafen dagegen aufzukommen. Es wird uns berichtet, dass an einem Morgen auf dem Platze der Hinrichtungen in London sechs Männer gehangen und eine Frau verbrannt wurde wegen Verschlechterung der im Umlauf befindlichen Münzen. Alle Anstalten, die man traf, um dem Unwesen Einhalt zu thun, waren aber vergeblich. Es war so leicht, in der Stille der nächtlichen Zurückgezogenheit die Münzen am Rande abzuschleifen; und nachdem man, um dem zu entgehen, italienische Künstler hatte kommen lassen, welche am Rande der Münzen charakteristische Merkmale zu machen verstanden, waren die Gauner doch noch erfinderisch genug, auf alle mögliche Weise den Münzen einen Teil des Silbers zu entziehen. Alle Anstrengungen, dem Treiben Einhalt zu thun, waren umsonst. Im Jahre 1696 war die allgemein umlaufende Münze soweit heruntergekommen, dass 57,200 £ Sterling, welche offiziell 220,000 Unzen wiegen sollten, nur noch 114000 Unzen wogen; eine englische Guinee, welche höchstens 22 Schilling kosten sollte, wurde mit 30 Schilling bezahlt. Vergeblich versuchte man, durch Gesetze durchzusetzen, dass diese Münzen nicht höher bezahlt würden, — Alles half nichts. Gegen das Interesse des Publikums, sich ein vollwertiges Stück zu verschaffen und ein leichtwertiges niedrig zu halten, helfen gar keine Gesetze. Versuche, mit Gesetzen nach solcher Richtung zu wirken, haben sich immer vollständig unnütz erwiesen. Die Sache wurde endlich so schlimm, dass niemand mehr wusste, was er eigentlich besass, zu welchem Preise er kaufen sollte, ja dass in verschiedenen Orten Aufruhr entstand, indem den Bäckern und Fleischern, bei denen man die notwendigen Nahrungsmittel einkaufen wollte mit dem eben empfangenen schlechten Gelde, vergeblich von den Käufern die angekündigten Preise geboten wurden. Auch die Kaufleute wollten dieses deteriorite Geld gar nicht mehr annehmen, so dass die Angelegenheit endlich ins Parlament gebracht werden musste, wo aber auch die überzeugtesten Anhänger einer Reform erklärten: die Kur ist ebenso schlimm wie die Krankheit, wir wissen uns nicht zu helfen. Unter diesen Umständen war es ein Glück für England, dass ein so ausgezeichneter Mann, wie der als Mathematiker, Astronom und Philosoph berühmte Newton sich bereit erklärte, die eng-

lische Münzreform zu übernehmen, dass er als Münzmeister an die Spitze der englischen Geldangelegenheiten gestellt wurde und es ihm gelang, durch rasche und energische Massregeln die gesamte verschlechterte und entwertete umlaufende Münze einzuziehen und vollwertige wieder auszugeben. Indem er so der Gründer des neuen und soliden Verhältnisses der englischen Münze wurde, erwarb er sich ein hohes Verdienst um sein Vaterland.

Nur noch ein zweites Beispiel, das dem Leser ohne Zweifel noch näher bekannt ist: die Kalamität der französischen Assignaten. Es ist jedem erinnerlich, dass die Finanzverlegenheiten der französischen Revolution sehr bald dazu führten, dass man an Stelle des sich immer mehr versteckenden und nach England sich begebenden Silbergeldes Papiergeld zu dekretieren und demselben einen festen Wert zu sichern bemüht war; dass man Anweisungen ausgab auf eingezogene Güter des Adels und der Geistlichkeit, welche als hypothekarische Sicherheit dafür dienen sollten und die zum Teil auch mit diesem Gelde eingekauft werden konnten. Es dauerte aber gar nicht lange, so war die Entwertung dieses Papiergeldes bis zu dem Grade vorgeschritten, dass 1 Livre in Silber gleich 6 Livres in Papier war. In dem Geiste der damaligen Gesetzgebung und des damaligen Regimentes lag es, an einem solchen Hindernis sich nicht von vornherein zu stossen, sondern wie jene Revolution überhaupt glaubte, mit Machtbefehlen die ganze Welt zu einem harmonischen System reorganisieren zu können, so glaubte sie auch, dass es nur einer energischen Diktatur bedürfe, um dies Papier vollständig gleich zu machen mit dem Metallgelde. Weil nun das Papiergeld seine Ungleichheit gegen das Silbergeld zunächst darin zeigte, dass man zweierlei Warenpreise eingeführt hatte, einen für den, der mit Assignaten kaufte, den anderen für den, der mit Metall kaufte, wurde, um dem zu begegnen, das sogenannte Maximum eingeführt, d. h. es wurde befohlen, dass die notwendigen Lebensbedürfnisse zu einem bestimmten Preise in Assignaten verkauft werden mussten, welcher dieses Maximum nicht übersteigen durfte. Die unvermeidliche Folge eines solchen Dekretes war, dass die Kaufleute, die eine in sich wertvolle Ware besassen, wie Getreide, Mehl etc., lieber gar nicht verkauften, als zu solchen Preisen. Nun wurde ein neues

Gesetz erlassen: gewisse Waren dürfen von Produzenten nicht an die Kaufleute verkauft werden, das Getreide ist zu Markte zu führen. Die Bauern, denen es an Schlauheit nicht fehlt, ihr Interesse zu wahren, wussten sich dem zu entziehen, indem sie das Getreide nicht ausdroschen, sondern auf dem Halme aufbewahrten. Ein neues Dekret, das Getreide auszudreschen, wurde nun erlassen, und neue Schwierigkeiten fanden sich wieder, und so kam man, indem man sich immer mehr von dem natürlichen Verhältnis der Beziehungen der Interessenten zu einander entfernte, aus einer Absurdität in die andere. In jener Zeit wurde auch die Erfindung gemacht, die in unseren Tagen*) in Paris wieder eine Rolle gespielt hat, es wurden sogenannte Brotkarten ausgegeben, welche den Vater einer Familie, den Vorstand eines Haushaltes ermächtigten, von Amtswegen an einer bestimmten Stelle eine Portion Brot zu erheben, und es wurde damals ebenfalls, wie die Berichte erzählen, jene Einrichtung getroffen, von der wir jüngst in Paris wieder gehört und die Nachbildung gesehen haben, dass vor den Thüren der Bäcker Stricke gezogen wurden, an welche die mit Karten versehenen Wartenden anfassen mussten und langsam vorrückten, bis an sie die Reihe kam. Die Sitte „Queue" zu bilden, die auch bei den Theatern nachgeahmt ist, datiert aus jener Zeit. Alle diese Massregeln verfehlten aber ebenso ihren Zweck, wie jene anderen ihn ihrer Zeit in England verfehlt hatten. Im Jahre 1795 waren die Dinge bereits so weit gekommen, dass 1 Pfund Brot 22 Livres in Papier kostete, d. h. ungefähr $5^1/_2$ Thaler nach unserem Gelde, 1 Pfund Talglichte an 66 Livres, dass ein Arbeiter pro Tag 100 Livres verlangte, kurz alle Begriffe, die früher mit einer bestimmten Geldsumme verbunden waren, sich vollständig umgekehrt fanden. Man ersieht daraus, dass auch die Geschichte lehrt, dass es, abgesehen von allen Freiheitsrechten, nicht genügt, in einem Lande zu erklären, diese bestimmte Summe von Papier oder Metall soll diesen bestimmten Wert haben; wenn dies möglich gewesen wäre, so würden die energischen Gesetze in England und das furchtbare Regiment von 1793—95 gewiss das Problem gelöst und durchgeführt haben.

*) Während der Belagerung. (Anm. des Verfassers.)

Ein Wertzeichen aber müssen wir haben, denn ohne diese Vermittelung könnten nur Gegenstände gegen einander ausgetauscht werden. Die Franzosen, mit ihrem Sinn für abstrakte Systematik, erlebten im Jahre 1848 ein Beispiel davon, dass einzelne es noch ernstlich versuchen konnten, solche von allen realen Vorgängen abweichende Vorstellungen in die Praxis zu übersetzen. Damals, als man wieder einmal glaubte, in einem Augenblick die ganze Gesellschaft in ihren sozialen Einrichtungen durch Dekrete regenerieren zu können, etablierte sich in Paris das sogenannte Kontor Bonnard, an dessen Spitze ein Mann stand, der wohl halb Schwindler, halb Narr zu nennen sein mag. Er sagte: es ist ganz unnütz, sich von diesem schnöden Gelde abhängig zu machen: Arbeit und ihre Produkte sind Geld. Wir haben ja nur den Zweck, die verschiedenen Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse unter einander auszutauschen, ich etabliere daher ein Institut; wer etwas zu verkaufen oder zu kaufen hat, wird dies bei mir anmelden, ich gebe jedem eine Anweisung auf das, was er braucht, und wenn heute ein Zimmermann Lust hat, ein Haus zu bauen und dafür Kaffee, Brot und andere Dinge einzutauschen, so gebe ich ihm eine Anweisung auf einen Bäcker, der den Bedarf hat, ein Haus zu bauen etc.; sie werden sich verständigen und — das Geld ist gar nicht mehr nötig. Der angebliche Fortschritt bestand, wie jeder wohl merkt, einfach in dem Rückschritt, dass wieder hinter die Zeit vor Einführung des Geldes zurückgegangen wurde. Man erzählt als Illustration zu dieser ingeniösen Erfindung, dass ein Klempner, der Ware zu verkaufen hatte und dem dafür eine Anweisung auf einen Zahnarzt gegeben wurde, bei dem er sich nötigenfalls mehrere schlechte Zähne ausziehen lassen könnte, in der Ungewissheit, ob er einst schlechte Zähne bekommen werde, bei denen er die Leistungen des Zahnarztes in Anspruch nehmen könnte, und um seine Anweisung nicht zu verlieren, lieber beschloss, zwei gute Zähne sich sofort ausziehen zu lassen. — Diese Illustration, wenn sie auch nur eine kleine Anekdote ist, bezeichnet ganz treffend die Hohlheit solcher Kombinationen. Wie einerseits die Geschichte uns zeigt, dass das Geld einen inneren Wert nicht entbehren kann, so wissen wir andererseits auch, dass wir des Geldes überhaupt nicht entbehren können, vermittelst dessen den allgemeinen

Preisen gemäss derjenige, der überhaupt ein Bedürfnis hat, welches er zu befriedigen wünscht, sobald er den Mund aufthut, für sein Bedürfnis insoweit sorgen kann, als er mit Geld versehen ist.

Nachdem wir festgestellt haben, dass die Kaufkraft des Geldes nicht unabhängig ist von seinem inneren Werte, haben wir gleichfalls aus der Geschichte die Thatsache zu eruieren, dass von jeher nur zwei edle Metalle sich als geeignet erwiesen haben, diesen Dienst in der Hauptsache zu verrichten. Wie es zusammenhängt, dass gerade diese beiden Metalle eine so vorzügliche Qualifikation an sich besitzen, um den betreffenden Dienst zu erfüllen, können wir heute nicht untersuchen; es gelänge uns vielleicht auch nicht, in die letzten Gründe dieses eigentümlichen Umstandes einzudringen, der immer etwas Mysteriöses hat, wie viele allgemeine Erscheinungen. So scheint es mir heute noch etwas Rätselhaftes, dass die Edelsteine, deren Wert auf reiner Imagination beruht, sich gleichmässig immer als etwas erwiesen haben, dem die Wertschätzung der Menschen in gleich hohem oder zunehmendem Grade gesichert ist. Die meisten meiner Leser werden vielleicht nicht in der Lage sein, falsche Diamanten oder Rubine, wie man sie heutzutage macht, von echten zu unterscheiden und jedenfalls nicht, sich Rechenschaft zu geben, in wieweit der Genuss des Anblickes falscher Diamanten sich von dem beim Anblick echter Diamanten unterscheidet; und dennoch ist durch Konsens aller Menschen und aller Zeiten festgestellt, dass diese Dinge einen unzerstörbaren und unwiderleglichen Wert in sich haben. In gleicher Weise steht auch der innere Wert der sogenannten Edelmetalle thatsächlich fest, so dass wir völlig der Mühe überhoben sind, philosophisch zu untersuchen, worauf er beruht. Gold und Silber waren es zu allen Zeiten, die zwar nicht immer gleichmässig, aber immer nebeneinander als Geldwert dienten. Im ganzen präponderierte, sowohl im Altertum wie im Mittelalter und in den unserem Jahrhundert voraufgegangenen späteren Zeiten, das Silber bis in die neuere Zeit. Das Verhältnis von Gold zu Silber ist, wie dem Leser wahrscheinlich aus den Blättern, welche das Verhältnis beider Metalle in neuerer Zeit so oft besprochen haben, bekannt ist, ungefähr wie $15^1/_2$ zu 1, d. h. 1 Gewichtsteil Gold ist an Wert gleich $15^1/_2$ Gewichts-

teilen Silber, ist $15^1/_2$mal soviel wert wie 1 Gewichtsteil Silber. Ganz genau so ist das Verhältnis nicht immer gewesen, aber sehr viel grösser oder kleiner war der Unterschied eigentlich nie. Im Altertum schwankte er in Verhältnissen, die den heutigen nicht gar so unähnlich sind; der niedrigste Verhältnisfuss ist der von 10 : 1; er geht aber auf 12 : 1 ungefähr im 1. Jahrhundert n. Chr. und geht bis 14 : 1, d. h. immer: das Silber ist das minderwertige und das Gold das höherwertige Metall. In der früh-mittelalterlichen Zeit bestand sehr lange das Verhältnis von 10 : 1. Eine Revolution trat erst ein mit jener grossen Entdeckung, die überhaupt ja unseren alten Erdteil in ein neues Verhältnis hineinwarf, nämlich mit der Entdeckung von Amerika. Damals verringerte sich der Wert des Silbers im Verhältnis zu dem des Goldes in raschem Tempo. Es wurden in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts die grossen mexikanischen Silberminen entdeckt, und infolge dessen strömte eine solche Menge Silber nach Europa, dass das fast 600 Jahre konstante Wertverhältnis des Goldes zum Silber, 1 : 10, auf 1 : 14 stieg. Neben dieser Störung des bisherigen Wertverhältnisses trat noch eine andere beiden Metallen gemeinsame ein: es verringerten sich überhaupt die Metallwerte im Verhältnis zum Werte der Dinge, mit anderen Worten: es trat eine allgemeine Preissteigerung ein, oder, wie man noch heute landläufigerweise ganz richtig sagt: das Geld wurde wohlfeiler. Es wurden auch Goldminen entdeckt, und da Gold und Silber als Substanzen zur Geldbereitung immer die ersten Dienste thun, so wirken sie auch immer gegenseitig aufeinander ein, das Anschwellen der Vorräte des einen Metalls muss entwertend wirken auf den Wert des anderen Metalls, da sie ja beide vielfach nebeneinander umlaufen; und so kam es, dass im Laufe des 16. Jahrhunderts grosse Störungen in den Preisverhältnissen der ganzen Welt eintraten, welche sich in ungeheuren Klagen der Regierungen und des Volkes Luft machten; es wurde das, was früher ein gewisses Geldstück wert war, 4—5 mal so hoch bezahlt, und es musste vielfach eingegriffen werden, bis die Verhältnisse so geregelt waren, dass die alten Preise und alten Verpflichtungen, die in Geld übernommen waren, auch dem augenblicklichen Geldwerte entsprachen. Eine ähnliche Situation bot sich dar zur Zeit, da, nachdem die französische Revolution die

oben beschriebene Krisis bestanden hatte, unter den vielen kühnen Neuerungen, die am Ende des vorigen und zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts in Frankreich eingeführt wurden, auch die Reform des ganzen Münzwesens in Angriff genommen wurde. Und zwar geschah dies im Jahre 1803, dem Jahre XI der Republik. Mit der Scharfsichtigkeit und dem Mute, den man überhaupt jener Zeit nicht absprechen darf, und der natürlich nicht zu finden ist ohne eine gewisse Keckheit und Oberflächlichkeit, die sich nicht an zu viel Bedenken stossen, die aber in solcher Übergangsperiode mehr Vorteile als Nachteile haben, ging die französische Gesetzgebung auch an die systematische Einführung eines Münzwesens, wie man es auf diese Weise in Europa noch nicht begründet hatte, und zwar wurde damals das in Frankreich eingeführt, was uns heute unter dem Namen der Doppelwährung bekannt ist. Es wurde zugleich zum Teil auch dasjenige eingeführt, was gleichfalls eine Errungenschaft der französischen Revolution ist, das metrische System, derart dass eine bestimmte, leicht fassliche Gewichtseinheit Silber einen bestimmt denominierten Geldwert haben sollte. Die Unifikation, die ja überhaupt die Grundlage und der Ausgangspunkt der damaligen Bewegung von Frankreich war führte auch in diesem Punkte vollständig ihr Ideal durch. Sie liess das Längenmass basiert sein auf das allgemeinste und unverlierbarste Grundmass, das überhaupt denkbar ist, so lange die Erde bestehen wird, nämlich auf den so und sovielsten Teil des Erdumkreises: das Meter ist der zehnmillionste Teil des Viertels eines Erdmeridians. Der zehnte Teil dieses Meters ist das Decimeter, der hundertste Teil das Centimeter, und auf diese wurde das Hohlmass basiert; es wurde festgesetzt, dass ein Kubikdecimeter ein Liter, ein Kubikcentimeter Wasser bei 4° Wärme ein Gramm sein solle, Bestimmungen, die auch in unsere neuere deutsche Gesetzgebung übergegangen sind und mit dem 1. Januar in Kraft treten. Es wurde ferner festgesetzt, dass fünf Gramm Silber der sogenannte Frank sein sollten, der sich nur sehr wenig von dem livre tournois der alten Münze unterschied; das livre tournois war um $^1/_{81}$ geringer. Das Verhältnis des Silbers zum Golde von $15^1/_2 : 1$ machte aber, dass die Goldmünzen nicht ebenfalls in das strenge metrische System eingepasst werden konnten. Diese französischen Münzen wurden uns ja auch von

vielen Seiten jetzt bei der Neuregelung des deutschen Münzwesens empfohlen, und die Empfehlung verdiente auch, ernstlich in Erwägung gezogen zu werden, wenn wir schon schliesslich mehr als genügende Gründe hatten, ihr diesmal nicht Gehör zu schenken.

Der europäische Kontinent lebte in Bezug auf die Münzen so ziemlich auf dem Fusse der Gleichheit zwischen Gold und Silber, wie er durch die französische Münzreorganisation eingeführt worden war, bis zum Jahre 1849/50. England hatte schon im vorigen Jahrhundert die Goldmünzen als gesetzliche Zahlung, Frankreich aber Gold- und Silbermünzen neben einander; die meisten Staaten des Kontinents hatten neben dem Silber Gold, aber die Wertverhältnisse der beiden Metalle blieben so gleichmässig, mit geringen Schwankungen, auf dem damals gesetzmässig festgestellten Fusse von $15^1/_2 : 1$, dass es niemandem einfiel, an dieser gesetzlichen Bestimmung zu rütteln und sich über deren Wirksamkeit im Verkehr zu beklagen. In den Jahren 1849 und 1850 wurden nun die grossen kalifornischen Goldminen entdeckt, und, wie es in der Welt sehr häufig geht, dass selten ein Phänomen bestimmter Art vereinzelt zu Tage tritt, kurz nachher wurden die grossen australischen Goldminen entdeckt, die in ihrer Weise beinahe ebenso ausgiebig waren, wie die kalifornischen Minen. Alsbald ergoss sich ein reicher Goldstrom von Amerika und Australien aus über Europa, und die mit staats- und volkswirtschaftlichen Dingen sich beschäftigenden Menschen gerieten in die grösste Aufregung ob der Gefahr, die durch die ungeheure Vermehrung des Goldmetalls in den Wertverhältnissen entstehen müsste. Die Franzosen waren auch diesmal als Systematiker voran, rasch allgemeine Schlüsse zu ziehen, und ein noch heute lebender Nationalökonom, Michael Chevalier, stiess damals zuerst in die Alarmtrompete und erklärte, dass alle Staaten, welche Goldmünzen beibehielten, dem Ruin aller Verhältnisse entgegengehen müssten, weil wir unfehlbar sehen würden, dass die grosse Menge Gold die schrecklichste Entwertung dieses Edelmetalles herbeiführen und eine ganz bedeutende Steigerung der Preise hervorrufen würde. Wenn man die Sache nur so auf dem Papier ansah, so hätte man glauben müssen, dass er Recht hätte, und seine Überredungskunst und seine Überzeugungsgründe waren so mächtig,

dass in einzelnen Staaten die leitenden Männer die Frage ernstlich in Erwägung nahmen, ja das Königreich Holland sich entschloss, die bis dahin bei ihm überwiegend vorhandenen Goldmünzen abzuschaffen und sich der Silberwährung allein zuzuwenden.*) Etwa 80 Millionen Gold wurden eingeschmolzen und zu den unvorteilhaften Preisen, die damals galten, verkauft. Das benachbarte Belgien folgte diesem Beispiele, und in Frankreich erörterte man eifrig und ängstlich die Frage, ob man nicht ebenfalls zu dieser Massregel greifen und zur alleinigen Silberwährung zurückkehren sollte. Mittlerweile gestaltete sich das Phänomen so, dass das Gold [eigentlich nicht im Preise fiel, dass das Wertverhältnis zum Silber dasselbe blieb und dass eine Verschiebung nur in der Weise eintrat, dass in den Ländern, die früher Silber und Gold neben einander hatten, das Silber allmählich verschwand und das Gold an dessen Stelle trat. Eine gewisse geringe Verminderung des Goldes im Preise auf dem Weltmarkte der Edelmetalle ging natürlich nebenher; ohne eine solche wäre das oben bezeichnete Phänomen nicht denkbar gewesen; sie war aber im Verhältnis zu dem in Kalifornien und Australien produzierten Golde äusserst gering. Frankreich sah im Laufe von 5—6 Jahren seine auf 3—5000 Millionen geschätzte Geldcirkulation, die bis dahin beinahe ausschliesslich aus Silber bestanden hatte, nach und nach in eine Goldcirkulation sich verändern. Das Silber wurde immer seltener im täglichen Verkehr, bei Zahlungen sah man nur noch 10- und 20 Frankgoldstücke und das Silber war ganz auf den Kleinverkehr der Scheidemünze zurückgedrängt, die allgemeinen Preisverhältnisse waren aber ungefähr dieselben, die zwischen Gold und Silber etwas geringer als $15\frac{1}{2} : 1$ **), das Silber war ein bischen teurer geworden, aber nicht so sehr, dass man es im Kauf und Verkauf der gewöhnlichen Lebensbedürfnisse bemerkte. Man hatte also vollständig Grund, sich Glück zu wünschen, dass man dem Rate der Männer vom Fach damals nicht gefolgt war, die Praxis hatte die Theorie bei seite geschoben, und man machte die Entdeckung, dass das jetzt weit und breit cirkulierende

*) Anm. des Herausgebers: Wie bereits oben S. 167 festgestellt, war der Entschluss Hollands unabhängig von den Goldfunden und der Furcht vor einer Goldentwertung.

**) Anm. des Herausgebers: In der ersten Ausgabe steht hier 15:1.

Gold ein viel vorteilhafteres und bequemeres Umlaufsmittel sei als das Silber. Momentan traten dann wieder Umstände ein, welche geeignet waren, dem Herrn Michael Chevalier und seinen Gesinnungsgenossen einigermassen Recht zu geben. Durch politische Ereignisse verbunden mit Naturerscheinungen der verschiedensten Art, abermals zeigend, wie oft Phänomene verwandter Gattung zusammentreffen, entstanden abnorme Bedürfnisse nach Silbergeld. Das erste Phänomen bestand in dem Ausbruch des Krieges zwischen den nördlichen und südlichen Staaten der amerikanischen Republik. Wir wissen, dass ganz Europa, namentlich England, den grössten Teil vielleicht seiner Arbeiter mit der Verarbeitung der Baumwolle ernährt, dass diese Baumwolle beinahe ausschliesslich aus den Südstaaten der Union*) kam. Der Krieg und die damit verbundene Blokade bewirkten, dass die Zufuhr von Baumwolle plötzlich aufhörte, und dass die Industrie von Nord- und Westfrankreich, in einem Teile von Deutschland, in England und den übrigen Ländern Europas, welche sich auf Baumwollenverarbeitung eingerichtet hatte, in der Millionen von Kapital steckten und Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt waren, plötzlich dem Untergang geweiht schien. Man musste sich nach anderen Bezugsquellen umsehen, und fand diese zum kleinen Teile in Nordafrika, namentlich in Ägypten, besonders aber in Ostindien. Dort hatten die Engländer, im Vorgefühl jener amerikanischen Katastrophe, seit Jahren gesucht, sich von der amerikanischen Baumwollenproduktion zu emanzipieren (es war ihnen jedoch beiläufig nicht gelungen, diejenige Art zu ziehen, welche für die feineren Zweige der Fabrikation nötig ist, die sogenannte *long staple*). Da nun kein Rohmaterial von Amerika zu beziehen war, man aber ohne Baumwolle nicht auskommen konnte, so wandte man sich *nolens volens* nach Indien. Hier trat nun die eigentümliche Erscheinung hervor, dass, während man Amerika teils mit Waren, teils mit Gold bezahlt hatte, sich in Indien das Verhältnis ganz anders stellte. Der Austausch mit Waren nach dem grossen Indien ist nicht so bedeutend als nach dem zivilisierten Amerika; aber abgesehen davon müssen wir das Phänomen festhalten, dass der weit entlegene Orient das Gold als Münzenmetall noch sehr

*) Anm. des Herausgebers: In der ersten Ausgabe steht hier „Südamerika".

wenig kennt; China, Japan, Indien kennen eigentlich nur Silbermünzen. Daher kam es, dass man, um diese Baumwolle zu beziehen, die so nötig ist wie das tägliche Brot, sich Silber verschaffen musste, um sie zu bezahlen, und nun wurde es in allen Ritzen, Löchern und Spalten, wo es nur aufzufinden war, aufgesucht, aufgekauft und nach Indien zu Millionen versandt. — Ein zweites, fast gleichzeitiges Phänomen war die Krankheit der Seidenwürmer in Italien, Bis dahin hatte Europa für seine Seidenverarbeitung, also namentlich Südfrankreich, besonders die Provinz Lyon, unsere rheinischen Provinzen, besonders Krefeld, Elberfeld etc., selbst England, den grössten Teil der Rohseide aus Italien bezogen, wo in verschiedenen Provinzen, in Piemont und der Lombardei, Istria und Friaul, im Kirchenstaat und in der Provinz Neapel, in Sicilien, namentlich um Palermo, Messina und Catanea, ein ganz bedeutender Seidenbau besteht. Die Krankheit der italienischen Seidenwürmer zwang die Industrie nun wieder, sich des Rohmaterials wegen nach dem Orient zu wenden, wo China und Japan Seide produzieren. Zur Bezahlung der Produzenten war wieder Silber nötig, und es entstand eine Schwankung der Edelmetallpreise, welche das Silber im Verhältnis zum Gold gegen die Durchschnittspreise der letzten 50 Jahre etwa um 3 pCt. hinauftrieb. Dies war ein momentaner Triumph für die Unglückspropheten Chevalier und Genossen, aber es währte nur so lange, bis der amerikanische Krieg beendigt und die schlimmste Not der Seidenwürmer in Italien vorüber war, umsomehr als die Engländer gezwungen auch den Versuch gemacht hatten, die Asiaten mit dem Golde als Münzmetall zu befreunden. Dieser Versuch gelang indessen nicht, es gingen einmal 100 Millionen nach Indien, aber es griff nicht durch. Trotzdem der Anblick des Goldes für uns einen grösseren Reiz hat, konnten sich die zäheren Orientalen, die an das Silber gewöhnt waren und an dem Althergebrachten mehr hängen, nicht damit befreunden, und es musste in letzter Zeit der Versuch wieder aufgegeben werden, die Goldmünzen im fernen Orient weiter einzubürgern. Mitte der sechziger Jahre, als die beiden Katastrophen der Hauptsache nach überstanden waren, waren auch Gold und Silber wieder in das alte Preisverhältnis gekommen.

In jene Zeit und etwas früher fielen nun die in nächster

Nähe gemachten Versuche, eine praktische Münzreform und Organisation einzuführen teils in Europa, teils im eigenen Vaterlande. In Deutschland war ja die kleinstaatliche Misère in alles eingedrungen, und nicht am wenigsten in das Geldwesen, und nur durch den Beschluss, den der deutsche Reichstag in dieser Sache gefasst hat, können wir hoffen, dank der Schaffung eines neuen deutschen Reiches auch diesem Unwesen ein seliges Ende zu bereiten. Wir hatten bis 1857 ich weiss nicht mehr wieviel verschiedene Münzgattungen, und an jedem Schlagbaum begann eine neue Rechnung und ein noch hässlicheres Geld, namentlich im Punkte der Scheidemünze und des Papiergeldes, die an Hässlichkeit nicht ihres Gleichen haben auf beiden Hemisphären. Im Jahre 1857 vereinigten sich nun die deutschen Staaten, um in dem Wirrwarr wenigstens etwas aufzuräumen;*) auf der Münzkonferenz zu Wien in genanntem Jahre wurden unter anderem die sogenannten Doppelthaler gleich $3^1/_2$ Gulden vereinbart,**) die uns allen ja bekannt sind, in denen ein gewisses gemeinsames Mass lag; statt der alten Mark, auf die 14 Thaler gingen, wurde ein modernes Mass festgesetzt, das Pfund, aus dem einzelne 30 Silberthaler geprägt werden sollten; ferner wurde den Staaten die Verpflichtung auferlegt, schlechte Münzgattungen einzuziehen und „die aus ihren Münzstätten hervorgegangenen Münzen, wenn sie durch den Umlauf allmählich unter das zulässige Passiergewicht herabgesunken sind, — sofern sie nur keine Spuren absichtlicher oder gewaltsamer Beschädigung an sich tragen — zum vollen Nennwert einzulösen und auf diese Weise den gesetzlichen Münzfuss, soweit menschenmöglich, unverändert aufrecht zu erhalten". Bis zu einem gewissen Grade wurden so Verbesserungen und eine gegenseitige Überwachung eingeführt. Seitdem hat eigentlich die offizielle Politik die Sache nicht weiter in die Hand genommen, bis der norddeutsche Reichstag sich in Verfolg der Mass- und Gewichtsordnung damit befasste. Der Bundesrat des norddeutschen Bundes hatte dann die einheitliche Regelung der Münzverhält-

*) Anm. des Herausgebers: Die ersten Münzvereine datieren aus den Jahren 1837 (Süddeutschland) und 1838 (gesamter Zollverein).

**) Anm. des Herausgebers: Der Doppelthaler = $3^1/_2$ Gulden wurde bereits auf der Dresdener Münzkonferenz von 1838 als Vereinsmünze angenommen; dazu kam 1857 als wichtigste Vereinsmünze das Einthalerstück.

nisse nicht nur für Norddeutschland, sondern für Gesamtdeutschland in Aussicht genommen, und zur Vorbereitung dieser Gesetzgebung durch Beschluss vom 3. Juni 1870*) für den Herbst 1870 eine umfassende Enquête über die Münzfrage angeordnet. Der Krieg verhinderte die Ausführung dieses Beschlusses. Während die Sache offiziell ruhte, ruhte um so weniger der volkswirtschaftliche Geist, der mächtig rege geworden ist in Nord- und Süddeutschland. Alle volkswirtschaftlichen Kongresse nahmen in eingehender und lebhafter Diskussion die Sache in die Hand und verlangten für ganz Deutschland die Unifikation und rationelle Einrichtung des Münzwesens. Damals beschäftigte man sich noch nicht mit der Frage, ob Gold- oder Silber- oder Doppelwährung, und wenn man diese Verhandlungen liest, so muss man gestehen, dass dabei in Aussicht genommen war, dass Deutschland ausschliesslich Silberwährung haben sollte. Wieder trat die Sache in eine politische Phase. Von Frankreich, das nach seinen Launen bald Krieg, bald Bruderliebe der Welt dekretierte und das auch das schöne Ideal eines sämtlichen civilisierten Völkern gemeinsamen Münzwesens in die Welt hineinwarf, wurde im Jahre 1867**) ein Kongress behufs Regelung dieser Frage nach Paris berufen, mit den üblichen Beglückwünschungsansprachen eröffnet, und versucht, alle europäischen und amerikanischen Staaten zur Festsetzung eines allgemeinen, internationalen Münzsystems zu veranlassen. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, deren erster war, dass man nicht ausschliesslich Silber, sondern gerade ausschliesslich Gold, nicht beide neben einander, zur Grundlage der Münzsysteme der modernen Staaten machen solle. Das klingt einigermassen überraschend nach den Überzeugungen, die 15 Jahre früher von Frankreich ausgegangen waren, allein Thatsachen beweisen und die Erfahrung belehrte auch die hartnäckigsten Systematiker und so auch die Gegner der Goldwährung, dass das Gold eine unwiderstehliche Gewalt hat, sich in den Gebrauch der modernen Welt einzuführen. Wie illusorisch und unberechtigt die Befürchtung war, dass die grosse Produktion von Gold den Wert

*) Anm. des Herausgebers: In der ersten Ausgabe: 1860.

**) Anm. des Herausgebers: In der ersten Ausgabe: 1865/66.

des Goldes*) herabdrücken müsste, dafür will ich, um nicht das Gedächtnis des Lesers mit vielen Zahlen zu belasten, von denen ich eine ganze Reihe aufführen könnte, nur eine Ziffer anführen. Im Jahre 1841—50 war die durchschnittliche jährliche Gesamtförderung von Gold nach sorgfältig angestellten Untersuchungen auf 50 Millionen Thaler geschätzt, im Jahre 1867 war dieselbe angewachsen auf etwa 180 Millionen Thaler, also ungefähr auf das $3^1/_2$ fache. Nehmen wir aber den Preis, zu dem eine Unze Silber auf dem Welt- und Geldmetallmarkte in London ge- und verkauft wurde, so war derselbe im Jahre 1850, beim Beginn der Steigerung der Goldproduktion etwa 61 d per Unze und im Jahre 1867, $60^9/_{16}$ Pence per Unze: also bei der $3^1/_2$ fachen Goldproduktion sogar eine Schwankung zum höheren Goldwert hin! Woraus ist dieses Phänomen zu erklären? Ganz einfach daraus, dass das Gold sehr geeignet ist, sich dem Gebrauche in unserem modernen Geldverkehr anzupassen, dass es auf einer sehr viel grösseren Fläche, als jemals angenommen werden konnte, Eingang fand und auch im grössten Masse zur Verwendung kam, und daher auch die Nachfrage nach demselben in noch grösserem Massstabe zunahm als die Erzeugung desselben. Die Gründe liegen auf der Hand, weshalb Gold sich soviel mehr dazu eignet, als Geld verwandt zu werden, denn Silber. Der einzige Grund kann schon genügen, dass es soviel mehr wert ist, dass man soviel geringere Gewichtsmengen zu dem gleichen Geldzweck braucht. Dies ist von Bedeutung sowohl für uns, die wir es in den Taschen tragen müssen, wie in noch höherem Grade für den Baarverkehr im Welthandel, denn es liegt auf der Hand, dass die Summe, die der jetzige Geldverkehr in Anspruch nimmt, in Gold soviel leichter hin- und hergeworfen werden kann, als Silber, und damit im Handel und Verkehr grosse Transportkosten und Schwierigkeiten erspart werden. Im Welthandel ist eine Million Thaler nicht viel, und da wird es vielleicht nicht uninteressant sein, zu hören, wieviel deren Gewicht in

*) Anm. des Herausgebers: In der ersten Ausgabe, in welcher der ganze folgende Text samt Zahlenangaben in vollständiger Verwirrung ist, heisst es hier „Silbers"; das giebt natürlich gar keinen Sinn, denn eine Entwertung des Silbers war als Folge der vermehrten Goldgewinnung nicht befürchtet worden. Die Zahlenangaben über Goldproduktion und Silberpreis sind im obigen Text richtig gestellt.

Silber und wieviel es in Gold beträgt. Hat man die im Weltverkehr nur die mässige Summe von einer Million Thaler zu versenden, so hat man ein Gewicht von 360 Zentner Silber, oder mit Verpackung etwa 400 Ztr., zu dessen Fortbewegung man drei vollgeladene Eisenbahnwegen haben muss; wogegen dieselbe Sendung Gold nur circa 23 Zentner wiegt und entsprechend geringere Kosten macht.*) Ein grosser Vorteil der Goldmünzen ist auch der, dass die Goldmünzen viel schöner bleiben, sich weniger abnützen und sich vollkommener ausprägen. Dies Alles erklärt uns das Phänomen, dass das Gold gegenüber den modernen Bedürfnissen eine so allmächtige Gewalt hat, und so ist es nicht mehr in Frage zu ziehen und kaum mehr in Frage gestellt, dass das Gold das Münzmetall der Zukunft ist. Die Bemühungen der Pariser Konferenz vom Jahre 1865 waren vergeblich, insofern man eine internationale Münze einzuführen bestrebt war; die Franzosen sagten einfach: wir wollen ein internationales Münzsystem machen; Europa möge unser System annehmen. Das ist sehr bequem. Allein nur die der sogenannten lateinischen Münzkonvention nach Frankreichs Vorgang beigetretenen Staaten Italien, Belgien und die Schweiz adoptierten das Frankensystem; die grossen Handelsvölker Amerika, England und namentlich auch Deutschland erklärten nach gewissenhafter Untersuchung, die Annahme dieser oder einer anderen bestehenden Münze als international sei mit zuviel Schwierigkeiten verbunden. Von deutscher Seite wurde auch besonders das Bedenken geltend gemacht, dass nicht alle Staaten, so z. B. England und die Staaten der lateinischen Münzkonvention, die Pflicht zur Einlösung der durch die regelmässige Abnutzung zu leicht gewordenen Goldmünzen anerkennten. Bereits ehe der französische Krieg ausbrach hatten alle Sachverständigen die Überzeugung, dass es ein vergebliches Bemühen sei, nach Erreichung des idealen Zustandes im Münzwesen, einer Weltmünze zunächst zu streben, bei allem Reiz, welchen ein einheitliches, über die ganze gesittete Welt verbreitetes Münzsystem dem menschlichen Geiste bietet.

Unter solchen Umständen trat an uns die Aufgabe heran,

*) Prince Smith, Stenographische Berichte, Seite 252a unten. (Anm. des Verfassers.)

endlich auch die sieben im deutschen Reiche bestehenden Münzsysteme, und zwar sind dies:

I. Der Thalerfuss, der Thaler eingeteilt in 30 Groschen zu 12 Pfennigen, in Preussen (mit Ausschluss der Hohenzollernschen Lande und Frankfurt a. M.), Lauenburg, Anhalt, Braunschweig, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt Unterherrschaft, Waldeck, in den Reussischen Fürstentümern, Schaumburg-Lippe, Lippe;

II. Der Thalerfuss, der Thaler eingeteilt in 30 Groschen zu 10 Pfennigen, im Königreich Sachsen, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg;

III. Der Thalerfuss, der Thaler eingeteilt in 48 Schillinge zu 12 Pfennigen, in Mecklenburg-Schwerin und Strelitz;

IV. Die Kurantwährung, die Mark-Kurant eingeteilt in 16 Schillinge zu 12 Pfennigen, in Lübeck und Hamburg — wo ausserdem für den Grosshandel eine auf Feinsilber in Barren begründete besondere Hamburger Bankvaluta, $59^1/_8$ Mark auf das metrische Pfund Feinsilber, besteht —;

V. Der Süddeutsche Münzfuss, der Gulden eingeteilt in 60 Kreuzer, in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hohenzollern, Frankfurt a. M., Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg, Schwarzburg-Rudolstadt Oberherrschaft;

VI. Die Thaler-Goldwährung, der Louisd'or oder die Pistole, gerechnet zu 5 Thaler und der Thaler eingeteilt in 72 Grote zu 5 Schwaren, in Bremen;

VII. Das Französische Frankensystem, der Frank eingeteilt in 100 Centimen, in Elsass-Lothringen,

zu einem zu verschmelzen und auf ein rationelles System zurückzuführen. Ein rationelles System in Massen, Gewichten und Münzen nennt aber die Gegenwart übereinstimmendermassen heute das sogenannte Decimalsystem, d. h. ein Zählungssystem, welches sich ganz an unser Rechnungssystem anschliesst, welches ja seine Additionsreihen nach 1, 10 und 100 macht. Es würde uns das Rechnen auf dem Papier und im Kopfe ja ganz ausserordentlich erleichtern, wenn wir nicht mehr wie bisher mit den Unterabteilungen 12, 30, 60 zu rechnen brauchten, sondern mit 1, 10, 100, 1000, so dass wir auf dem Papier die

verschiedenen Wertmengen nur mit Hilfe der Kommas zu unterscheiden haben. Das war also ausgemacht, nachdem auch in Deutschland die Überzeugung durchgedrungen war, dass ein internationales System keine Aussicht auf Verwirklichung und Durchführung habe, weder in Amerika, noch in England; dass wir auf unsere nächsten Bedürfnisse sehen müssten und uns der Bequemlichkeit des Überganges aus dem alten in ein neues Münzsystem auch nicht wegen der geringen Hoffnung auf ein künftig noch zu erzielendes universelles System berauben dürften. Aus diesen Gründen beschloss man die Schaffung einer nationalen Münze, beschloss aber auch, dafür nicht den alten Thaler anzunehmen, weil er sich nicht dem rationellen Systeme anschliesst, aber doch eine Münze, die möglichst wenig Unzuträglichkeiten im Verhältnis zu den alten Münzen dem deutschen Volke auferlegen und die Gewöhnung an die neue Münze möglichst erleichtern sollte. So sind wir zu der Mark, gleich 10 Silbergroschen, als Rechnungseinheit gekommen; es werden also in Zukunft aus einem Pfunde Silber 90 Mark ausgebracht werden, statt wie bisher 30 Thaler. Der norddeutsche Thaler, der süddeutsche Gulden, der Bremer Goldthaler, der Hamburger und Lübecker Schilling, sie alle werden aufhören. Das Wertverhältnis der neuen Münzen zu den eben genannten wird folgendes sein. Es wird gerechnet das Zwanzigmarkstück zum Wert von $6^2/_3$ Thalern oder 11 Fl. 40 Kr. süddeutscher Währung, 16 Mark $10^2/_3$ Schilling Lübischer und Hamburgischer Kurantwährung, 6 Thaler $1^{17}/_{31}$ Grote Gold Bremer Rechnung; das Zehnmarkstück zum Werte von $3^1/_3$ Thalern oder 5 Fl. 50 Kr. süddeutscher Währung, 8 Mark $5^1/_3$ Schilling Lübischer und Hamburgischer Kurantwährung, 3 Thaler $^{24}/_{31}$ Grote Gold Bremer Rechnung.

Es ist ein wenig bekannter Umstand, der sogar in den Debatten des Reichstages unerwähnt blieb, dass in dem Hamburger Amt Ritzebüttel die Mark genau in dem Werte gilt, wie wir sie einführen wollen; sie hat dort eben bis jetzt als ein verborgenes Veilchen im stillen geblüht. Es ist bis jetzt allerdings noch nicht beschlossen, diese Silbermünzen, die das Geld der deutschen Zukunft sein werden, schon nächstens auszuprägen und einzuführen, indes das dem letzten Reichtag zur Beschlussfassung vorgelegte Gesetz war eben auch nur ein Gesetz, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen; und

dass dieses zuerst vorgelegt wurde, liegt in der eigentümlichen Konstellation, die der französische Krieg, resp. der darauf folgende Friede in Europa herbeigeführt hat. Dadurch dass Frankreich auferlegt ist, eine so grosse Kriegsentschädigung wie 5,000,000,000 Franks innerhalb weniger Jahre auszuzahlen, ist in den Schuldverhältnissen von Land zu Land die Lage entstanden, dass die Wechselkurse zu Gunsten Deutschlands sich mit grosser Beharrlichkeit stellen müssen. Es sei mir erlaubt, mit ein paar Worten zu erklären, wie dieses im ganzen mystisch klingende Verhältnis, das sehr viele praktizieren, aber nur wenige verstehen, eigentlich beschaffen ist. Der Austausch der Dinge im internationalen, im Welthandel wird nur zum geringen Teile durch Baarzahlungen vermittelt; keine Summe der vorhandenen Edelmetalle würde genügen, um die ausserordentlichen Massen von Natural- und Industrieprodukten, welche unter den verschiedenen Ländern und Erdteilen zugleich ausgetauscht werden, bar zu bezahlen. Die Ausgleichung geschieht so, dass sämtliche Länder der Welt auf den verschiedensten Kreuz- und Umwegen mit einander kompensieren: es findet im grossen statt, was im kleinen im sogenannten Clearing-house in London stattfindet. Die englischen Bankiers haben in den Geschäften die Erleichterung eingeführt, dass im Laufe des Tages keiner den anderen bezahlt, sondern über die etwaige Forderung an den Berechtigten eine schriftliche Anweisung ausstellt. Am Abend kommen die Bankiers oder deren Clerks zusammen im Clearing-house und tauschen die Checks aus, A eine Anweisung auf B, C eine solche auf D etc., und so findet sich, dass von 100,000 £ Schulden und Forderungen vielleicht 99,000 £ sich ausgleichen, ohne dass man den Geldbeutel zu öffnen braucht. Ganz so geschieht es durch Wechsel im Weltverkehr. Eine Forderung für in ein anderes Land gelieferte Ware wird dadurch besorgt, dass der Verkäufer einen Wechsel auf den ausländischen Empfänger ausstellt, den dieser zu zahlen hat; die Wechsel werden dann unter einander kompensiert, ge- und verkauft, und so bilden die Wechsel eigentlich die Hauptsubstanz der Austauschmittel, das Geld des grossen Weltverkehrs — bare Ausgleichungen sucht der Handel in der Regel zu vermeiden. Ist nun das Verhältnis zwischen zwei Ländern so, dass sie von einander nahezu gleichviel kaufen, so werden sich die

Forderungen im Laufe bestimmter Fristen ausgleichen, und der Wechselkurs steht dann so, dass man nicht die Kosten daran setzen kann, das wirkliche Metallgeld in das andere Land zu schicken, sondern weil es wohlfeiler ist, Papier per Post zu schicken, dieses für Zahlungen ankauft. Tritt aber der Fall ein, dass ein Land mehr kauft, als es an andere Teile der Welt verkauft, so dass es also keine genügenden Kompensiermittel hat, so muss es zu dem äussersten Mittel greifen, dass es nämlich in Geld bezahlt resp. Barren dorthin schickt. Eine Folge dessen ist, dass das Geld in dem betreffenden Lande rar wird, der Zinsfuss steigt, die Preise fallen, und erst nach und nach, wenn die Preise wieder soweit gewichen sind, dass auch fremde Länder wieder von demselben kaufen können, stellt sich allmählich das alte Niveau zum Ausland wieder her. Ich habe dies nur angedeutet, um zu zeigen, wie die Kursverhältnisse zu Gunsten Deutschlands stehen, und dass an Geldexport nach fremden Ländern unsererseits nicht gedacht werden kann, denn wir haben das Geld nicht nur von Frankreich zu bekommen, sondern auch von den dritten Nationen, die sich leihweise an der Schuld Frankreichs an uns beteiligen, und wir werden sobald nicht in die Lage kommen, Metall nach dem Auslande zu schicken.

Dieser Umstand erleichtert uns die Einführung des neuen Münzsystems. Bisher bestand immer die Besorgnis, dass, wenn wir Gold als Münze einführten, wir stets fürchten müssten, sehr bald dies ins Ausland wandern zu sehen. Das Moment nun, dass durch die Zahlung der Kriegsentschädigung die Wechsel und Kursverhältnisse bedeutend modifiziert — nicht, dass wir durch die Kontribution bereichert sind, denn ein grosser Teil derselben wird für die Armeebedürfnisse angewiesen werden müssen, und, die indirekten Opfer einbegriffen, hat der Krieg uns wohl mehr als die 5 Milliarden gekostet — macht es Deutschland so bedeutend leichter, zu einer guten Münzreform vorzuschreiten. Die in nächster Zeit auszuprägenden Münzen werden zuvörderst die Zehnmarkstücke gleich $3\,^1/_3$ Thaler und die Zwanzigmarkstücke gleich $6\,^2/_3$ Thaler sein. Was die Prägung betrifft, so wissen wir aus den Debatten des Reichstages, dass es sich darum handelte, ob das Bildnis des Kaisers auf allen Münzen zu schauen sein solle oder ob sie das Bildnis

des Landesherren, beziehungsweise das Hoheitszeichen der freien Städte, in deren Münzstätten resp. für deren Rechnung die Münzen geprägt werden, tragen sollen. Ich hätte eigentlich am liebsten vorgeschlagen, das Bildnis derjenigen Landesherren, die solches nicht verlangen, darauf zu setzen, allein da dieser Vorschlag wahrscheinlich nicht den Beifall der Mehrheit des Hauses gefunden hätte, so verzichtete ich darauf, und es wurde allen einzelnen Fürsten überlassen, sich zu verewigen. Die neue deutsche Reichsgoldmünze, die wir demnächst begrüssen werden, wird also auf der einen Seite den Reichsadler mit der Inschrift „Deutsches Reich“ und mit der Angabe des Wertes in Mark, sowie mit der Jahreszahl der Ausprägung, auf der anderen Seite das Bildnis des Landesherrn, beziehungsweise das Hoheitszeichen der Städte, mit einer entsprechenden Umschrift und dem Münzzeichen tragen. Der Durchmesser des Zehnmarkstückes wird wahrscheinlich $19\,^1/_2$ Millimeter, der des Zwanzigmarkstückes $22\,^1/_2$ Millimeter sein. Sie werden die Vorläufer der neuen Silbermünzen sein, über deren Ausprägung hoffentlich im nächsten Frühjahr ein Gesetz vorgelegt werden wird, das uns dem grossen Ziele zuführen soll, endlich für den Verkehr des deutschen Volks im Handel und Wandel eine den Anforderungen gesunder Wirtschaft und guten Geschmackes angepasste Zeichensprache in einheitlicher Gemeinverständlichkeit zu besitzen.

V.

Rede über das Münzgesetz

(März 1873).

Rede über das Münzgesetz,

gehalten im Reichstag am 28. März 1873.
(Vgl. Einleitung S. 48 ff.)

Meine Herren! Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Bundeskommissars, die uns in anschaulicher Weise eine Übersicht der gegenwärtigen Lage den Thatsachen nach gegeben haben, vollkommen anschliessen und sofort in die Betrachtungen eingehen, welche zum Mittelpunkt die Aufgabe des heutigen Tages haben.

Ich glaube, die erste Frage, die sich uns aufdrängt, wenn wir nach beinahe anderthalb Jahren an die Ausführung des Gesetzes gehen, dessen Grundlagen wir Ende November 1871 abgeschlossen haben, wird wohl die sein: hat sich in der Zwischenzeit die angenommene Maxime bewährt, wenn auch nicht durch die Erfahrung, der sie nicht in grossartigem Masse preisgegeben war, doch durch das ernst prüfende Nachdenken, welches nach einer so wichtigen Entschliessung in so langer Zeit bedeutend reifen muss? Und hier glaube ich nun mit Beruhigung sagen zu können, dass Alles, was wir seit jener Epoche erlebt haben, uns die Sicherheit giebt, dass wir unsere damaligen Entschlüsse nicht zu bereuen haben. Es waren ja wesentlich zwei Punkte, welche in jener Zeit in Frage gestellt sein konnten: der eine betraf die Frage der Goldwährung überhaupt, der andere die Frage des nationalen oder internationalen Münzsystems. In beiden Punkten hat die Erfahrung aller Nachbarländer vollständig approbiert, was wir damals beschlossen haben. Die Länder, welche noch Silbermünzen haben, sind entweder in

Verlegenheit geraten, wie die Schweiz, welche schon heute wehklagt, dass sie mit dem doppelten Fuss nicht mehr bestehen könne wegen ihres Zusammenhanges mit Frankreich, welches im Augenblick den Papierfuss hat; oder sie haben sich rascher Hand entschlossen eine Gesetzgebung vorzubereiten, welche den Goldfuss einführt, so namentlich die skandinavischen Länder und Holland. Man kann mir wohl darauf bemerken, dass die Entschlüsse dieser Länder allerdings dadurch bedingt worden sind, dass wir den Goldfuss angenommen haben, dass jene Entschlüsse ohne unsern Vorgang nicht gefasst worden wären; allein ich darf dann auch wohl entgegensetzen, dass, wenn jene Länder den Glauben hätten, wir befänden uns entschieden auf einem Irrweg, sie uns nicht nachgefolgt sein würden. Wichtiger noch, meine Herren, sind diejenigen massgebenden Entscheidungen, welche uns in dem Punkte der Frage, ob nationale oder internationale Währung, von der Erfahrung gegeben worden sind. Zunächst ist es ausserordentlich interessant für uns, zu sehen, wie die skandinavischen Länder, diese im ganzen nur etwas über sieben Millionen Seelen einbegreifenden Staaten, trotzdem ihnen die Versuchung viel näher gelegen war als uns, sich einer fremden Münznorm anzuschliessen, doch schliesslich zu dem Ergebnis gekommen sind, ein eigenes nationales Münzsystem zu gründen; trotz ihrer innigen Verbindung mit England, trotz ihrer innigen Verbindung mit den deutschen Seehäfen, welche ihnen entweder den Sovereign, oder unsere deutsche Mark empfehlen konnten, haben sie genau aus demselben Grunde wie wir — es ist das in ihren Motiven ausdrücklich ausgeführt — beschlossen, dass der wesentlichste Gesichtspunkt bei Einführung einer neuen Münze die Erleichterung des Überganges sei von der dem Volke altbekannten, nationalen Münze in die neue, und dass alle internationalen Beziehungen wesentlich sekundärer Natur seien. Aus diesem Grunde haben sie eine Goldkrone und eine Doppelkrone eingeführt, welche etwa den achten Teil mehr Wert hat, als unsere Zehn- und Zwanzigmarkstücke, und welche in ihren Unterteilen sich auch nach dem Decimalsystem einrichten und sich möglichst dicht an die bestehenden schwedischen, dänischen und norwegischen Thaler anzuschliessen suchen. Die Holländer haben in gleicher Weise gehandelt; auch ihnen lag es nahe, bei dem stamm-

verwandten naheliegenden Belgien und bei den lebhaften Beziehungen zu England den Sovereign oder das 20-Frankstück anzunehmen; auch dieses kleine Land hat beschlossen, weder das 12-Guldenstück (= 1 £) noch das 20-Frankstück zu prägen, sondern, indem es vorbereitet den Übergang zur Goldwährung, das alte holländische 10-Guldenstück wieder einzuführen, welches mit dem bestehenden Silberfuss quadriert. Ich glaube, wir können aus diesen Erfahrungen, welche ganz unabhängig von unseren Entschlüssen gemacht worden sind, die Beruhigung schöpfen, dass wir nicht in einem Irrtum waren, als wir jene gewichtige Entscheidung trafen.

Nun meine Herren gehe ich über zu unserer heutigen Aufgabe und frage: was liegt uns zunächst ob? welche Zweifel können uns aus der gegenwärtigen Vorlage entgegentreten? Die Aufgabe war das vorige Mal scheinbar viel schwieriger, in Wirklichkeit glaube ich, war sie leichter. Wir hatten damals grosse Prinzipienfragen zu entscheiden, in denen jeder im Grunde schon ganz genau vorher weiss, was er will, jeder hat seine bestimmte Anschauung, und was oft noch entscheidender ist, die meisten haben ihr Steckenpferd. Als es sich daher darum handelte, ob Gold allein, Gold und Silber, nationale Währung, war die Aufgabe für keinen von uns eine sehr anstrengende. Heute liegen die Dinge anders. Es handelt sich um praktische Ausführung, es handelt sich um die Ziehung pragmatischer Folgerungen, von denen man bei keiner mit apodiktischer Gewissheit sagen kann: so muss es sein und so darf es nicht sein; es werden Gründe für und gegen jede der vorgeschlagenen und streitigen Bestimmungen vorgebracht werden können, und jedem, der die Dinge gewissenhaft und ohne Voreingenommenheit auffasst, wird es wirklich schwieriger sein, sich schliesslich zu einer Entscheidung zu helfen. Ich glaube daher, dass es angezeigt ist, schon aus diesem Grunde die Methode zu befolgen, dass wir dieses Gesetz nicht in eine Kommission verweisen, ich glaube, die Entscheidung — eben wegen ihrer Schwierigkeit — ist womöglich von vornherein unter Mitwirkung des ganzen Hauses und im Beisein des ganzen deutschen Publikums zu fassen. Ich glaube auch, gerade, weil eine Menge von kleinlichen und peinlichen Fragen hier zu pass kommen, eine Kommission würde sich ins

Unendliche verlieren und verlängern, und ich glaube, es ist angezeigt, wenn wir auch nicht das Wort für die Sache haben, doch der Sache nach hier zu verhandeln, wie eine Kommission des ganzen Hauses.

Aus diesen Gründen, meine Herren, werde ich mir auch erlauben, etwas näher in die einzelnen Bestimmungen der Vorlage einzugehen, als sonst bei der generellen Behandlung in der ersten Lesung der Fall zu sein pflegt, um deswillen, weil ich es als die Aufgabe des heutigen Tages ansehe, das gesamte streitige Material in die Diskussion hineinzuwerfen, alle Fragen aufgähren zu lassen, die irgendwie von irgend einer Seite angeregt werden mögen, uns vielleicht eine etwas längere als sonst übliche Zwischenepoche der Überlegung zu lassen, und dann mit vorbereiteten Anträgen in die zweite Lesung zu kommen.

Wenn ich nun, meine Herren, zur Sache übergehe und die Sache mit der ersten Linie, mit dem § 1 anfange, so ist es nicht, weil ich auf solche mechanische Weise verfahren will, sondern weil wirklich in diesem § 1 und in seinen ersten Linien mir die Frage entgegentritt, welche mich am meisten präoccupiert; es ist nämlich die Frage des Übergangs aus — nicht dem heutigen, sondern dem künftigen Zwischenzustand in den definitiven, und hier muss ich auf etwas aufmerksam machen, ich weiss nicht, ob es an mir liegt oder an der Darstellung, ich kann nur das bezeugen: ich habe mir grosse Mühe gegeben mit wiederholtem Studium die Terminologie der Vorlage in Verbindung mit den Motiven festzustellen, und es ist mir nicht gelungen, zu ganzer Klarheit zu kommen. Ich finde hier verschiedene Ausdrücke angewendet, welche sich mir von selbst erklären sollten, welche von wichtiger Bedeutung sind und welche bald miteinander sich deckend abwechseln, bald in einander überfliessen. Ich nenne als solche die Ausdrücke, Reichsmarkwährung, Reichsmarkrechnung, reine Goldwährung, Ausserkurssetzung, definitive Regelung. Alle diese Ausdrücke kommen an verschiedenen Stellen in solcher Weise vor, dass ich von der Güte der Herren Bundesvertreter mir erbitten werde, bei Beantwortung der heutigen Auseinandersetzung mich ein bischen zu fixieren über die mir übrig bleibenden Zweifel.

Zunächst muss ich sagen, hatte ich den Gedanken, als ich auf der ersten und zweiten Zeile las:

> An die Stelle der in Deutschland geltenden Landeswährungen tritt die Reichsgoldwährung,

dass unter diesem Wort „Reichsgoldwährung" hier das eigentliche Definitum unseres Münzgesetzes begriffen sei. Ich verstehe unter diesem schliesslichen Zustande denjenigen, in welchem wirklich eine Goldwährung ausschliesslich bei uns besteht, d. h. in dem niemand anders als ausnahmsweise in anderen als in Goldmünzen bezahlt werden kann, in dem Silbermünzen nur als Scheidemünzen existieren und für kleine Teilungen gegeben werden dürfen. Wenn ich das von vornherein annehme und, wie ich glaube, dazu berechtigt war, so muss ich auf der anderen Seite, wie mir scheint, antworten, dass in dem Sinn unseres Textes das Wort „Reichsgoldwährung" so nicht gemeint ist; unter Reichsgoldwährung wie unter Reichsgoldrechnung und den anderen von mir citierten Ausdrücken versteht vielmehr der Bundesratstext ein Zwischenstadium, und für den letzten endgültigen Zeitpunkt der Ausführung habe ich eigentlich einen technischen Ausdruck hier nicht gefunden. Wie denkt sich nun die Regierung die Ausführung der gegenwärtigen Massregel? Sie schneidet sie zunächst in zwei grosse Hälften, ausgehend von dem heute bereits geschaffenen Zustand, der uns die Fähigkeit der Goldprägung giebt. Sie sagt sich nämlich: es wird ein Moment gekommen sein, in dem wir nicht bloss in Reichsmark werden rechnen können, sondern auch werden zahlen können; diesen Moment scheint sie mir nach sorgfältiger Vergleichung der Texte den der Reichsgoldwährung zu nennen. Sie behauptet also: das Ziel unserer Gesetzgebung ist im wesentlichen erreicht an dem Tage, an dem in ganz Deutschland jeder so in baren Münzen zahlen kann, dass die Münzen vollständig klappen auf unser Reichsmarksystem; sie begreift aber nicht ein, dass damit auch in der Hauptsache in Gold zu zahlen die Pflicht existiert. Sie führt jenen Zustand auf die Weise herbei, dass sie zunächst alles, was nicht Thalerwährung in Silbermünze ist, einzieht und dass sie ausserdem in den Thalerländern die kleinen Scheidemünzen einzieht, welche nicht in das Decimalsystem der Mark passen. Wenn das geschehen ist, wird sie mit vorausgehender Frist das System der

Reichsgoldwährung proklamieren. Und nun, meine Herren, frage ich, in welchem Zustande werden wir dann sein? Was ist die wissenschaftliche Definition dieses Reichsgoldsystems? Es ist die, dass wir silberne Thaler haben, welche an Stelle der Goldmünzen vikarieren. Wir werden noch mit Thalern und Bruchteilen in Silber grosse Summen bezahlen. Es wird aber darunter verstanden sein: das Silber wird in Zukunft, sobald es möglich ist, in Gold umgewandelt, wir betrachten es einstweilen als Gold und es ist gewissermassen die Wiederbelebung dessen, was man da, wo die Pistolen herrschten, den Thaler Gold nannte; nämlich der Thaler ist das Bruchstück einer — noch nicht zur vollen Geltung gekommenen — Goldmünze. Nun, meine Herren, habe ich gegen diesen Übergangszustand auch nichts einzuwenden, um so weniger, als er seiner Natur nach unvermeidlich ist; das einzige nur, was ich hier beanstande, ist die Beruhigung, mit der dieser Zustand aufzufassen ist. Ich möchte hier nichts aussprechen, was irgendwie gedeutet werden könnte als eine Missbilligung oder ein Misstrauen gegen die Verfasser der gegenwärtigen Münzvorlage; ich habe das vollste Zutrauen zu ihnen, dass sie die Massnahmen in der geeigneten Weise mit allem Eifer, mit aller Gewissenhaftigkeit, mit der aus ihrem Amt fliessenden Verantwortlichkeit durchzuführen entschlossen sind; aber eben deswegen ersuche ich sie, mir auch nicht zu verübeln, wenn ich ohne Anspruch auf objektive Begründetheit, sondern rein als meinen subjektiven Eindruck die Thatsache erkläre, dass bei Durchlesung des Textes der Vorlage sowohl als der Motive der Gedanke sich wiederholt und immer wiederholt, trotzdem ich ihn abwies, mir aufdrängte: in dem Moment, wo dieser Thaler etabliert sein wird unter dem Namen Reichsgoldwährung, wird im Herzen der preussischen Regierung wenigstens etwas sprechen, wie mit den Worten zum Augenblick sagend: „Verweile doch, du bist so schön!“ (Heiterkeit.)

Ich könnte Ihnen eine Reihe von Stellen aus den Motiven vorlesen, aus welchen mir diese Überzeugung sich aufdrängt. Es ist wie unbewusst, dass vielleicht den Verfertigern der Vorlage der Gedanke sich aufdrängte, dass wir doch in einen sehr leidlichen Zustand kommen, wenn wir in der bewussten Situation angelangt sind, und es schwitzt an so verschiedenen Stellen

durch, dass ich die Befürchtung nicht zurückdrängen konnte, es möchte sich eine Beruhigung ihrer bemächtigen, welche für die rasche sehr wünschenswerte Durchführung unseres Systems sehr gefährlich ist. Wenn Sie nur am Ende der ersten Seite der Motive die Stelle sehen wollen, wo es heisst, dass das Gesetz die Einziehung der Silberkurantmünzen und eine Erweiterung des Goldumlaufs anordnet, beziehungsweise nur „in Aussicht nimmt", — wenn ferner davon die Rede ist, wie wir nach Einführung dieser Thaler in ein bequemes Verhältnis gekommen sind, — wenn weiter wir auf Seite 13 in der Mitte an eine Stelle kommen, wo ganz spät endlich davon gesprochen ist, dass schliesslich auch alle schweren Thaler eingezogen werden, und unmittelbar hinterher schon wieder eine Stelle folgt, in der von den noch reichlich kursierenden Thalern die Rede ist, — und wenn endlich, was mir als ein besonders verdächtiger Ausdruck erschien, auf Seite 12 der Motive gesagt ist:

> „also, wenn die vorhandenen Reichsmünzen, zuzüglich der stellvertretenden Münzen, dem Bedarf des Reichsgebiets genügen, kann durch kaiserliche Verordnung die neue Münzverfassung in ihrer Totalität für das Reichsgebiet in Kraft gesetzt werden" —

so kommt doch das Gefühl über mich, dass der Schreibende in der Vorstellung lebt: an diesem Tage fühlt er, dass es gut sei, und ich möchte eben nicht, dass dieses Gefühl hier Platz greife. Ich weiss und ich hoffe, ich werde widerlegt, aber die Herren vom Regierungstisch müssen mir schon erlauben, dass ich sie möglichst stark stimuliere, mich hier zu widerlegen, nicht bloss um meinetwillen, sondern auch des Publikums willen, das ausserhalb der Thüren steht, denn je mehr ich mich mit den Urhebern der Vorlage und ihrer Anschauung prinzipiell identifiziere, desto besorgter bin ich dafür, dass nicht ausserhalb der Thüren und namentlich in Süddeutschland gesagt werde: „seht nur nach, auch die preussische Regierung hat ihren Raupenhelm und ihre himmelblaue Hose!" (Grosse Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, weiss ich ja sehr gut, dass es nicht leicht ist, die Dinge zu forzieren, wie man im gewöhnlichen Leben sagt, dass wir mit grossen Schwierigkeiten in diesem Übergangszustande zu kämpfen haben werden. Je schlimmer und übler er beschaffen ist, desto mehr Grund haben wir aber

herauszukommen, und ich denke, er wird nicht gerade verlockend sein. Wir werden neben dem Golde, das wir schon in Kurs gesetzt haben, einen Silberthaler haben, der nicht ist, was er bedeutet, und nicht bedeutet, was er ist; wir werden auch zweierlei Silber haben, wir werden das alte Silber haben, das im Verhältnis von $15^1/_2 : 1$ ausgeprägt ist, und wir werden daneben ein hochwertiges Silber haben, das im Verhältnis von 13,95 : 1 kursiert. Kurz, wenn ich mir die Sache überlege, so wird unser interimistischer Münzwährungsweg aussehen wie unsere Königgrätzerstrasse, auf der einen Seite geht eine moderne Chaussee mit Trottoir und auf der anderen Seite eine abgebrochene Eisenbahn als Knüppeldamm, und in der Mitte ist ein Loch, zur Belustigung des Berliner Publikums und zum Halsbrechen eingerichtet. Ich glaube, diesen Zustand müssen wir möglichst abzukürzen suchen, und deshalb verlange ich, dass mir in Ermangelung einer klaren und deutlichen Zeitfixierungsmöglichkeit wenigstens ein Plan gezeigt wird, wie die Reichsregierung sich die Sache denkt.

Ich weiss die Schwierigkeiten wohl zu schätzen, die ihr im Wege stehen. Zunächst handelt es sich darum, die notwendige Masse von Gold zu beschaffen, welche für die Herstellung einer genügenden Cirkulation von groben Münzen erforderlich ist. Das ist jedoch, wie mir scheint, der geringere Teil unserer Sorge. Wir haben bereits, wie uns jetzt noch mitgeteilt worden ist, nahe an die 200 Millionen Thaler bis zum nächsten Montag fertig. Die Veranschlagung, sowohl im Bundesrat, als gegründet auf die früher kursierenden Münzen, von denen wir annehmen können, dass sie noch im Umlaufe sind, taxiert, allerdings nicht sehr hoch gegriffen, aber doch für das erste Bedürfnis auskommend, den Bestand dessen, was wir in groben Münzen an Goldmünzen nötig haben werden, auf 400 Millionen Thaler, wenn ich nicht irre. Wir hätten also noch 200 Millionen Thaler bis zu dem Zeitpunkt zu beschaffen, an welchem das, was ich die Reichsgoldwährung nenne, die Reichszwangsgoldwährung, eintreten kann. Nun, wie verhält sich das zur Goldproduktion, zum Vorrat von Gold in Europa? Die jährliche Produktion der Welt — ich darf nicht sagen Europas — war in den letzten Jahren ungefähr 190 Millionen Thaler im Jahr. Da im Augenblick sehr viele

Länder, welche sonst Goldwährung hatten, nur vom Papier leben, so kann ich wohl annehmen, dass uns ein recht erklecklicher Teil dieses neu ankommenden Goldes erhaltbar sein wird; ich will nur annehmen, etwas weniger als ein Drittel, das wären auch schon 60 Millionen Thaler. Ausserdem aber können wir aus dem bereits bestehenden, in Europa ausgeprägten kursierenden Golde, das jetzt wegen der Papierwährung vielfach in den Löchern steckt, wie z. B. in Frankreich, mittels gewisser Prämien einen grossen Teil herauszuziehen, und wenn wir uns ein bischen anstrengen wollen, vielleicht im Laufe von zwei oder — ich will mich nicht zu weit vorwagen — von drei Jahren den Bedarf an Gold beschaffen, der nötig ist, um die 400 Millionen Thaler herbeizuführen. Ich weiss, die Reichsregierung sieht die Sache nicht so einseitig an; als gute Verwalterin sagt sie sich, dass sie dieses Gold nur anschaffen kann Zug um Zug gegen den Silberwert, gegen denselben Vorrat, dessen sie sich entledigen muss. Ich glaube nicht, dass wir dies allzu peinlich nehmen müssten; ich kann mir ganz gut den Fall denken, dass wir monatlich mit Hilfe der Mittel, die uns aus der Kriegsentschädigung zufliessen, unseren Goldvorrat interimistisch einseitig verstärken und inzwischen mit einem Posten Silber noch festsitzen, den wir nicht so bequem loswerden. Ich bin der Erste, das zuzugestehen. Als wir vor anderthalb Jahren zum ersten Male die heutige Vorlage behandelten, formalisierte sich beinahe der preussische Herr Finanzminister, den ich zu meinem Bedauern heute nicht hier sehe, über meine Frage: wie werden wir das Silber los? Er fand sie sehr drastisch und so zu sagen ein wenig überspannt. Ich glaube aber, die Frage besteht heute noch in ihrer ganzen Stärke, und wenn die Reichsregierung von dieser Seite Bedenken sieht, so teile ich sie vollkommen mit ihr. Wir werden lange damit zu thun haben, unseren Vorrat von vielleicht drei- bis vierhundert Millionen Thaler Silber, der uns entbehrlich wird, hinwegzubringen. In Europa selbst wird im Augenblick weniger Silber konsumiert für Münze; der Hauptkonsument für Silber ist bekanntlich der Osten; ein kleiner Teil des Ostens, die Kolonien von Holland beziehen ihr Silber in Form von ausgeprägter Münze direkt aus dem Mutterlande, und das ist ein geringer Betrag von etwa 9 bis 10 Millionen Gulden im Jahre. Die

Hauptausfuhr geht von England und aus den Häfen des Mittelmeeres nach Indien, demnächst in zweiter Linie, wenn auch ziemlich stark nach China, in dritter Linie nach Japan. Die verschiedenen Angaben über die Höhe dieses Bedarfes stimmen alle so ziemlich überein, dass sie sich in den letzten Zeiten zwischen 40 und 50 Millionen Thaler pro Jahr bewegten, eine Summe, die allerdings nicht gross ist, wenn wir denken, dass wir nicht allein prätendieren können, den Silbermarkt mit unseren Vorräten zu befriedigen. Der frühere starke Bedarf Indiens hat sich namentlich dadurch in den letzten Zeiten verringert, dass die englische Regierung sehr stark Verkäuferin von Regierungswechseln auf Indien geworden ist. Sie hat in den letzten Jahren, während in Barren $6^1/_2$ Millionen Pfund nach Indien gingen, 15 Millionen Pfund an Wechseln auf Indien verkauft. Ausserdem hat sich der Silberbezug von Europa nach dem Osten dadurch gemindert, dass die Handelsbeziehungen in direktem Wege zu China und Kalifornien stärker geworden sind und China seinen Silberbedarf jetzt zu einem grossen Teile direkt aus Kalifornien bezieht, weil ja an allen den Stellen, wo Gold gewonnen wird, bekanntlich auch in der Regel Silber sich findet. Ich gebe also zu, das ist für uns ein Gegenstand einer schweren Aufgabe, es ist aber keine andere Gefahr damit verbunden, als dass wir vielleicht eine Reihe von Jahren hindurch noch Zinsen an eingezogenem Silber verlieren werden, und ich gestehe offen, so sehr ich die Vorsicht und Sparsamkeit in Regierungssachen wünsche, so halte ich es doch für eine übel angebrachte Sparsamkeit hier zu sehr auf den Zinsenverlust zu sehen gegenüber den Gefahren, die über uns schweben, wenn wir einen Übergangszustand, wie ich ihn vorher geschildert, so sehr verlängern, dass wir nach dem natürlichen Verlauf der menschlichen Dinge auch einmal Gefahr laufen, in irgend eine Katastrophe, eine politische Kalamität z. B., hineinzukommen. Ich hätte deshalb gewünscht, dass schon früher die deutsche Regierung von der ihr mit gutem Vorbedacht von uns das vorige Mal gegebenen Autorisation Gebrauch gemacht hätte, Silber einzuziehen. Sie wissen, dass diese Autorisation nicht ursprünglich sich in der Vorlage des Jahres 1871 befand und dass der Reichstag es nach sehr eingehender Debatte durchgesetzt hat, dass die Regierung im § 11 jenes Gesetzes

beauftragt, wenigstens ermächtigt wurde — und diese Ermächtigung war ihrem Sinne nach gleichbedeutend mit einem Auftrag — das vorhandene Silber einzuziehen, dass ihr aus den bereitesten Beständen des Reichsfonds die Mittel dazu bewilligt wurden, und dass sie nichts verhinderte, dies zum Teil auszuführen. Ich will mich nun einer Kritik von Geschäftsverhalten nicht hingeben, so lange ich nicht selbst bei der Sache dicht daran stehe und beurteilen kann, welche praktische Bedenken vielleicht der Ausführung dieses natürlichen Gedankens im Wege gestanden haben; ich muss annehmen, dass die Herren Vertreter der Bundesregierung ihren sehr gewichtigen Grund hatten, nicht so zu handeln, wie ich es für nötig gehalten hätte. Aber bedauern müsste ich es, wenn nicht alles versucht worden wäre, um einen Teil des Silbers wenigstens — schon im voraus los zu werden, ich müsste es um so mehr bedauern, als in der Zwischenzeit durch die französische Kriegsentschädigung und durch andere Umstände unser Silbervorrat vermehrt wurde, und wir wenigstens hätten darauf bedacht sein müssen, ihn durch Verkäufe einigermassen im Gleichgewicht zu erhalten. Es waren Momente seit den letzten Jahren, in denen mit Wissen der ganzen Geschäftswelt die französische Regierung Silber auf dem Silbermarkt kaufte, um uns damit zu bezahlen, wo infolgedessen der Silberpreis stieg und der Markt etwas williger war, als er sonst in der letzten Zeit zu sein pflegte. Es scheint mir, solche Momente hätte man benutzen müssen, um hier eine kleine Öffnung für das zu machen, was uns durch den Umweg wieder zufliessen wird, und ich glaube auch, dass es nicht unmöglich gewesen wäre, das ins Werk zu setzen, wenn auch nicht auf dem Londoner Silbermarkt, doch indem wir uns — wozu wir vollständig die Mittel hatten — einen direkten Weg nach Osten bahnten. Die grossen Handelsinstitute von Deutschland verlangen nichts Besseres, als im Dienste des Reiches das Experiment zu machen, welches sie der Aufnahme einer grossen Handelsbeziehung mit dem Osten um soviel näher rücken würde, und wenn wir eine Quantität Silber aus dem Verkehr gezogen und sie diesen Instituten von Hamburg oder Berlin anvertraut hätten, um Sendungen nach Indien zu machen, und uns entweder Gold aus Australien oder Wechsel auf London kommen zu lassen, so wären wir wenigstens

in eine Praxis hineingekommen, welche uns einigermassen auf das vorbereitet hätte, was wir noch jetzt in einem grösseren Stile zu thun gesonnen sind. Ich weiss nicht, warum es nicht geschehen ist, ich hoffe aber, dass man in Zukunft auch auf diese Seite der Sache Bezug nehmen wird, denn wenn wir uns schliesslich auch dadurch auf dem Silbermarkt in London Konkurrenz machen, so müssen doch in Zukunft alle Wege betreten werden, die einigermassen zur Erleichterung führen können. Zum Beweis, dass man Silber los werden kann, wenn man will: sind doch unsere Hamburger Mitbürger in den Stand gekommen, einen sehr namhaften Silbervorrat von circa 50 Millionen Hamburger Mark (die Mark gleich einem halben Thaler) allmählich so loszuwerden, dass sie jetzt auf einen kleinen Bestand reduziert sind; vielleicht haben wir ihn wiederbekommen infolge der französischen Kriegsentschädigung; das hindert aber nichts, es beweist, dass derjenige, der Silber verkaufen will, zur Not immer einen Markt findet, der ihn um ebensoviel erleichtert, als er auf der anderen Seite durch neue Zufuhr erhält. Ich fürchte umsomehr, dass uns ein gewisser Stillstand schädigen könnte, als die anderen Länder, von denen ich vorhin gesprochen habe, sich ja — gerade durch unser Beispiel bestimmt — rüsten, um uns auf dem Markte durch Silberverkauf Konkurrenz zu machen. Holland und die skandinavischen Länder werden auch Silber abgeben müssen, und wenn wir zu sehr die Hände in die Tasche stecken, so werden sie uns das Ziel ablaufen, das wir jetzt dadurch, dass wir schlagfertig sind, vor ihnen erreichen können.

Ich möchte also, dass wir möglichst energisch versichert werden, dass diese Seite unserer Operationen mit aller nur denkbaren Energie und Vielseitigkeit in Zukunft durchgeführt wird.

Es bleibt nun noch ein dritter Punkt, der sich auch einer raschen Durchführung unserer Aufgabe mechanisch einigermassen in den Weg stellt. Das ist die Prägearbeit. Wir werden ganz enorme Massen von Münzen zu prägen haben und auch das geht nicht mit dem Zauberstabe. Allein auch hier glaube ich, würde mit einem planmässigen Vorgehen uns wenigstens eine gewisse Beruhigung gegeben werden können, und die planmässige Vorzeichnung der Zukunft in dem Gebiete, das wir wenigstens mit den Augen beherrschen können, das nicht vom x des Weltmarktes abhängt, die Grenzen der Mög-

lichkeit des Ausprägens, — darüber hätte ich gern von der Reichsregierung einen Plan erhalten, und ich wünsche, dass sie meiner Bitte noch Gehör geben möge, bis zur nächsten Beratung des Gegenstandes einen Plan vorzulegen, wie sie mit Hilfe der acht Münzstätten, über die sie bis jetzt verfügt, und denen einige beigegeben werden können, mit der Prägung voranzugehen gedenkt. Ich glaube, es würde das Resultat einer solchen Planzeichnung sein, dass wir das Bedürfnis empfänden, unsere Prägungsanstalten zu verstärken.

Wir haben in Berlin jetzt eine Münze, die kaum mehr arbeiten kann, als sie arbeitet: sie schlägt 40000 Goldmünzen im Tage; sämtliche anderen Münzen Deutschlands, die übrigen sieben, prägen zusammen etwa nur ebensoviel, und Sie werden mir zugeben, dass schon aus dieser Anschauung hervorgeht, dass hier etwas mehr zu leisten wäre. Allerdings kann es nur mit Hilfe von Kostenaufwand geschehen, und hier kommen wir auf ein anderes Gebiet, das hereinragt in die Münzfrage und das ich nicht ganz unberührt lassen kann.

Wir haben hier einen eigentümlichen Rechtszustand geschaffen, einen solchen, der, wenn er korrekt zu Ende gedacht wäre, uns neulich hätte beschäftigen müssen, als wir von dem Übergange des Partikulareigentums an das Reich sprachen. Allerdings als wir vor $1^1/_2$ Jahren zum ersten Male das Münzgesetz behandelten, schwebte bei der Vorlage den Regierungen noch der Gedanke vor, dass die Münzgesetzgebung Sache der Partikularstaaten bleiben solle, es war die Aufrechterhaltung der Ordnung in Geldsachen durch die Einziehung der gebrauchten Münzen ihnen auferlegt. Kurz, es war dem Reiche nur eine Art höherer Münzpolizei über das Münzwesen der Partikularstaaten gegeben. Dies System, meine Herren, ist aber im Laufe der Verhandlungen gänzlich abgeändert worden, und zu meiner Freude habe ich konstatiert, dass in der heutigen Vorlage und ihren Motiven auch alles, was noch etwa hätte zur Durchführung des Reichsmünzsystems fehlen können, vollständig und bereitwillig adoptiert worden ist. Wir haben für die Zukunft keine andere Münze als eine Reichsmünze. Wir haben ein Reichsmünzsystem und das ganze Münzwesen ist nicht mehr Sache der Partikularstaaten. Korrekt müssten demnach auch die Münzanstalten, welche ausschliesslich für das

Reich arbeiten, an das Reich übergehen. Und ich hätte das sehr gewünscht. Ich hätte gewünscht, dass infolgedessen das Reich noch eine zweite Münze in Berlin hergestellt und an allen Territorial- und Provinzialmünzen solche Erweiterungen getroffen hätte, dass wenigstens die Frage der mechanischen Ausprägung uns keine Schwierigkeiten geboten hätte. Ich gebe es nicht auf, diesen Gedanken im Laufe der Verhandlungen noch wieder aufzunehmen und vielleicht glücklicher zu Ende zu führen.

Wie dem aber auch sei, ich glaube, wir können die Bedürfnisse, die uns der gegenwärtige Stand der Dinge diktiert, dahin zusammenfassen: es müssen die Fonds, auf welche die Vorlage in ihren Motiven und auf welche, glaube ich, auch eine andere Vorlage bezüglich der von Frankreich empfangenen Gelder bereits angespielt hat, es müssen die Betriebsfonds für das Münzgeschäft zunächst und womöglich unmittelbar als Anhang des gegenwärtigen Gesetzes bewilligt werden, und zwar in möglichst reichem Masse, damit im Anschaffen von Gold, im Bestreiten von Verlust auf Silber und auch in der Ausführung der Münzprägung die Reichsregierung in nichts behindert sei.

Es muss aber, wie mir scheint, noch etwas Weiteres geschehen. Institutionen genügen sich nicht allein; es gehört überall der die Verantwortlichkeit in sich konzentrierende Mensch dazu, und ich glaube, dass wohl der Augenblick gekommen wäre, eine Persönlichkeit des Bundesrates ganz speziell und nicht etwa bloss als einen Referenten mit der Aufgabe zu betrauen, von jetzt bis zur schliesslichen Durchführung des Münzwesens diese Spezialität im Reiche sich zur ausschliesslichen Aufgabe zu machen. Ich möchte für die eifrige Beitreibung unserer Münzangelegenheiten eine bestimmte, sich lebhaft und ausschliesslich dafür interessierende Persönlichkeit — etwa wie unseren Generalpostdirektor — einen Münz-Stephan möchte ich haben (Heiterkeit) für die Durchführung des Münzsystems; denn, wenn wir irgend etwas in unserem neuen Reichsleben erfahren haben, so ist es, dass kein Gesetz und keine Organisation so viel wert ist, wie die Energie eines sich seiner Aufgabe wohl bewussten und für sie allein verantwortlichen Mannes.

Nun, meine Herren, wenn ich Ihnen hier meine Befürchtungen ausgeschüttet habe, meine Besorgnisse wegen des Übergangszustandes, so habe ich nun nur noch einen Punkt, der mir eigentlich einen grossen Anstand bereitet, in der gegenwärtigen Vorlage. Es ist der, welchen *sub rosa* der Herr Regierungskommissar schon behandelt hat. Sie erinnern sich, dass wir bei der vorigen Beratung der Goldausprägung heftig gestritten haben über die Frage des Privatprägerechts, dass wir zwar im Gesetze nicht erlangt haben, dieses ausdrücklich zu dekretieren, dass wir aber doch eine Wendung in das Gesetz gebracht haben, welche es indirekt in Aussicht stellt, und dass wir diese indirekte Inaussichtstellung ergänzt haben durch eine Resolution, welche die Erwartung ausspricht, dass sobald als thunlich das Privatprägerecht auf Gold ins Werk gesetzt werde. Ich brauche über das Prinzip wirklich nicht zu streiten nach der Diskussion, die zu jener Zeit stattgefunden hat, und ich erwarte am allerwenigsten von den Herren, welche das Gesetz auf der Regierungsbank vertreten, dass Sie mir widersprechen in dem Punkte, dass wir dem Münzgesetze eigentlich das Herz aus dem Leibe nehmen, wenn wir das Privatprägerecht aufgeben. Jedes Münzgesetz mit einer Hauptwährung, welches sich nicht ergänzt durch das Recht der Privatprägung, ist eigentlich ein totes Ding, es könnte ebenso gut eine Papierwährung sein. Sobald das Naturgesetz aufgehoben wird, dass der Bedarf an edlen Metallen sich in der Münzgestalt, selbst auf dem Wege der kommerziellen Bewegung, seine Nahrung sucht, und sein „Zuviel" wieder los wird, — sobald man dieses Pendel-, dieses Gewichtssystem aus der Maschine herausnimmt, hat jedes rationelle Münzsystem ein Ende. (Zustimmung.)

Nun gebe ich allerdings zu, dass momentan mir ja eingewandt werden kann: wir haben vorerst ja soviel zu prägen, wir sind auch von selbst so angetrieben, alles mögliche zu thun, dass diese Ergänzung dermalen ganz unnötig ist. Einverstanden soweit! Allein, meine Herren, wir machen hier ein definitives Münzgesetz, wir behalten uns gar nicht vor, später eine Novelle zu schaffen, und in dieses definitive Münzgesetz gehört, wenn es nicht tot geboren sein soll, absolut die Bestimmung, dass die Privaten das Recht haben, Gold auszuprägen. Nun bezieht sich die Reichsregierung auf einen besonderen Gesichtspunkt,

um sich auf einen anderen Standpunkt zu stellen, als die übrigen europäischen Staaten, welche, sofern sie ein gesundes Münzwesen haben, auch das Privatprägerecht anerkennen. Sie sagt nämlich: keine andere Regierung übernimmt, wie wir, die Pflicht, das durch Umlauf beschädigte Geld später wieder einzuziehen. Eine Regierung, die, wie die englische, sich gar nicht darum kümmert, ob gutes oder schlechtes Gold umläuft, welche die Bank dafür sorgen lässt, die die schlechten Sovereigns, die ihr unter die Finger kommen, mit der Schere zerschneidet und das Publikum den Schaden tragen lässt, kann wohl auch dem Publikum die Freiheit geben, auf ihrer Münze, und zwar wie es in England geschieht, unentgeltlich zu prägen. Auch Frankreich kann es, weil es in dieser Beziehung gar keine Bestimmungen hat. Wir können es nicht, und ich glaube, es war in Absicht auf diese anticipierende Widerlegung, dass der Herr Regierungskommissar Ihnen vorher vorgerechnet hat, wie viel wir an dem Gewinne, den wir mit der Goldprägung machen, durch den Umlauf in Zeit von 25 Jahren vermöge der Einziehungspflicht wieder einbüssen werden. Ich bin nun im Prinzip nicht mit ihm einverstanden. Ich sage aber, wenn das wirklich die unvermeidliche Konsequenz wäre, so möchte ich lieber die Sicherheit aufgeben, welche in der Einzugspflicht des Reiches liegt, als dieses rationelle Element der Privatausprägung. Allein ich brauche soweit gar nicht zu gehen. Ich behaupte, es ist ein ganz falscher Gesichtspunkt, zu sagen, dass das Reich nun die Lasten einer Privatspekulation auf sich nimmt, wenn es dafür sorgt, dass die auf dem Privatwege ausgeprägten Münzen nach ihrem Verschleiss wieder auf Reichskosten hergestellt werden. Ich behaupte, dass diejenigen, welche die Privatausprägung treiben, nicht bloss für sich arbeiten, sie arbeiten auch für das Reich, sie sind die Stellvertreter des Reichs in dieser Sache, und der wahre Sinn des Privatausprägerechtes ist ganz einfach der, wie Ihnen jeder Nationalökonom sagen wird: sie ist die beste Art, für die richtige Ausprägung, für den richtigen Ab- und Zufluss des cirkulierenden Mittels zu sorgen. Wenn der Staat es dem Privatinteresse übergiebt, so wird dieses mit seiner scharfen Rechnung von Gran zu Gran jeden Tag am besten wissen, was zu beschaffen und was loszulassen ist, und es ist keine Spekulation, vor der der Staat sich zurückzieht, um hier

das Feld zu räumen, sondern es ist eine naturgemässe Bewegung, die der Staat an die Stelle seines bureaukratischen Mechanismus setzt.

Deswegen glaube ich, dass das Prinzip durchaus nicht aufrecht erhalten werden kann, dass wegen der Einzugspflicht, die wir auf uns nehmen, nunmehr das Prägerecht fallen müsse.

Eine Nebenbetrachtung, die uns angeführt wird, will mir nun praktisch wirklich nur schwer zur Vorstellung kommen. In den Motiven und, wenn ich nicht irre, auch heute in der mündlichen Auseinandersetzung ist in kurzer Weise berührt worden, dass, wenn wir Zwanzig- und Zehnmarkstücke prägen, welche möglicherweise ins Ausland kommen und sich dort verschleissen, wir dann später diese Münzen wieder einlösen müssten, welche den Dienst des Auslandes versehen haben. Ich wollte, wir wären schon so weit, dass das Ausland diese unsere Münzen als Normalmünze annähme und sie da gebrauchte etwa, wie der ferne Osten und Egypten englische Münzen nimmt. Unsere Handelsbeziehungen würden dann so sehr gewonnen haben, dass wir den kleinen Schaden gern mit in den Kauf nehmen möchten. Aber leider sehe ich das in so rascher Zeit noch nicht kommen, und alles, was ich voraussichtlicherweise als denkbare Eventualität eines solchen Verhältnisses veranschlagen kann, das wäre: wenn die Schweiz, in der in letzter Zeit schon mehrmals die Rede davon war, wenn auch mit schwacher Stimme, sich das deutsche Münzsystem anzueignen, — wenn die Schweiz sich wirklich dazu entschlösse, das deutsche Münzsystem einzuführen, so könnte möglicherweise eine Anzahl von Zwanzigmarkstücken auch jenseits unserer Grenze cirkulieren. Das wäre eine naturgemässe Folge der Bewährung und Befestigung unseres Münzsystems. Ich glaube, das wäre auch nicht zu beklagen und alles das würde so sehr und innig zusammenhängen mit der Hebung unseres ganzen Gewerbswesens und unserer Handelsbeziehungen, dass wir füglich sagen dürften: sollte es auch dem Reiche von Zeit zu Zeit einige Opfer auferlegen an Prägekosten respektive an Einzugspflicht, so werden wir das ansehen wie so viele hundert andere Lasten, die das Reich trägt zum allgemeinen Besten, und zwar in Gestalt der Fürsorge für einzelne Zweige der Privatindustrie. Wir unterhalten eine ziemliche und in einiger Zeit eine ansehnliche

Zahl von Kriegsschiffen zum Schutze unseres Handels. Meine Herren, wir können doch nicht die Kosten dafür Bremen und Hamburg allein überweisen, denken vielmehr, dass sie ganz Deutschland zu statten kommen, und überreichen deshalb jenen beiden freien Städten keine besondere Rechnung für die Schiffe, die wir zur Sicherheit ihres Handels in allen Meeren denken kreuzen zu lassen. Wie sollten wir also durch dasjenige, was der Handel naturgemäss bei Aus- und Einfuhr von Goldmünzen vielleicht in langer Zeit verbrauchen wird, uns davor zurückschrecken lassen, ein rationelles Münzsystem einzuführen, wie es gar nicht anders gedacht werden kann! Ich muss erklären, meine Herren, dass ich in diesem Punkte mir nicht gut denken kann, wie das Münzsystem zu stande kommen soll, ohne dass wir die betreffende Klausel entsprechend abändern, und zwar indem wir der Reichsregierung als Anhalt geben, ihr in Betreff der Prägung für Private freie Hand zu lassen, so lange arbeiten zu lassen als sie will. Sie kann sich z. B. eine Summe von Mark aussetzen, vor deren Ausprägung keine Privatkonkurrenz bezüglich der Ausprägung eintreten darf; oder sie kann den Grundsatz aufstellen, dass sie nicht gezwungen sein kann, für Private prägen zu lassen, wenn sie mit Prägung für eigene Rechnung beschäftigt ist; sie kann auch, wie das in den Motiven angedeutet ist, bestimmte Prägeanstalten ausschliesslich dazu designieren; aber prinzipiell muss die Sache ausgeführt werden. Und ich muss dabei noch einen Punkt erwähnen, dass nämlich, wenn ich recht berichtet bin, die freie Stadt Hamburg eine Münze bei sich anlegen würde, wenn ihr in gewissem Masse die Befugnis erteilt würde, sofort auch die Goldausprägung bei sich auszuführen.

Welche Bedenken der Erfüllung dieser Wünsche entgegenstehen, das vermag ich nicht einzusehen. Wir dürfen eine Ausnahme statuieren zu Gunsten einer noch nicht existierenden Münze, welche zur Erfüllung unserer wichtigen Aufgabe uns wesentliche Dienste leisten könnte. Wir dürfen nicht vergessen, dass, wenn wir auch jetzt noch wenig Gold im Umlaufe haben, wir doch in die Lage kommen werden, nach und nach mehr in Cirkulation zu setzen, dass dann doch denkbarerweise, obwohl ich das nicht befürchte, in nächster Zeit Gold ausgeführt werden könnte, und dass als natürliches Gegengewicht gegen

die unverhinderbare Privatgoldausführung auch die Privatgoldausprägung gegeben ist.

Nun hätte ich noch einen Punkt zu erwähnen, den ich schon in der vorigen Verhandlung angeregt habe und der mir hier mit neuer Kraft urgiert werden zu müssen scheint. Ich habe bei der Schilderung des grossen interimistischen Stadiums, das einige Jahre jedenfalls, und nach der Vorstellung der Regierung vielleicht viele Jahre dauern wird, davon gesprochen, dass der Silberthaler als Symbol für ein Stück Gold cirkulieren wird. Dass man sich damit behelfen kann, will ich nicht bestreiten, dass es aber wünschenswert wäre, die Markrechnung in der Weise durchzuführen, dass auch nicht mehr der Thaler als solcher, sondern Decimalmarkstücke und Stücke, welche an die Markstücke direkt erinnern, das scheint mir von selbst angezeigt, und da möchte ich an das Institut der Münzbillete wieder erinnern, welche Holland mit grossem Erfolge bei seiner Münzreform angewendet hat, und das hier ganz einfach so zur Anwendung kommen könnte, dass die Silberthaler eingezogen und an Stelle der Silberthaler einstweilen in Zehn- und Zwanzigmarkstücken der Goldwährung Papiere ausgegeben werden. Diese Münzbillete würden ganz dasselbe sein, was in jener interimistischen Zeit die Thaler waren, denn die Thaler repräsentieren ja doch auch nur eine Anweisung auf Gold, welches zu beschaffen wir noch nicht Zeit hatten. Diese Thaler würden auch nur eingetauscht gegen Papier, und sie repräsentieren in der Niederlage entweder das umlaufende Papier oder den betreffenden Teil Gold, und es kann ebenso leicht das Papier wie der Silberthaler letzter Hand in Gold umgewandelt werden. Wir werden dann aber auch den Vorteil haben, in Zehn- und Zwanzigmarkstücken rechnen zu können, wenn auch nur in Papier; das Papier ist aber in dem gegebenen Falle ebenso gut wie Silber.

Nun, meine Herren, nur noch eins zu diesem Vorstadium, aber etwas sehr Wichtiges; ich will es gleich beim Namen nennen, damit Sie nicht lange suchen: es ist der österreichische Gulden. Der österreichische Gulden ist wirklich geeignet, uns jetzt eine unruhige Nacht zu machen, er spielt uns eigent-

lich den Streich, dass wir alles, was wir mit dem Münzgesetz vor $1^1/_2$ Jahren beschlossen haben, virtuell zu nichte macht, wie ich hier gleich nachweisen werde. Wir haben das Silberprägerecht ausdrücklich in dem Gesetz von 1871 unterdrückt, weil wir gesagt haben: wenn wir Gold ausgeben und erlauben dem Staate weiter Silber auszuprägen, so rufen wir das natürliche Wechselspiel hervor, dass man Silber ausprägt, in Masse Gold einzieht und wieder ausführt. Wir haben dem eine Barriere vorgeschoben, indem wir das Silberprägerecht unseres Staates sistierten, und in welcher Lage sind wir jetzt? Wir sind in der Lage, dass der erste beste Staat uns zum Schabernack das thun kann, was wir bei uns verbieten. Wenn es auch die österreichische Regierung selbst nicht ist — das will ich durchaus nicht sagen — so sind es diejenigen, welche auf irgend einer Münze jetzt österreichische Gulden entweder ausprägen oder ausprägen lassen können, welche sie auch nach Deutschland in Zahlung einführen und, sobald nur einiges Gold in Cirkulation ist, mit einem greifbaren Vorteile gegen dasselbe umtauschen können. Die gegenwärtigen Silber- und Goldpreise legen diese Gefahr nahe. Sie werden sich erinnern, dass als wir vor $1^1/_2$ Jahren das Gesetz machten, wir das Verhältnis $15^1/_2 : 1$ als einen wirklichen Ausdruck der damals herrschenden Situation auf das Allerschärfste bezeichnen konnten, und diese Situation charakterisiert sich darin, dass der Silberpreis in London war $60^7/_8$ Pence für die Unze; heute steht der Silberpreis in London $59^7/_8$, und zwar ist das im Augenblick noch wieder ein verhältnismässig hoher Preis, denn er hat schon viel tiefer gestanden — das macht 1,4 Prozent niedriger, und das heisst das Verhältnis von Silber zu Gold ist nicht mehr wie 15,5 : 1, sondern wie 15,70 : 1. Sie sehen hier also eine „Marge", wie man kaufmännisch sagt, von $1^1/_3$ bis $1^4/_{10}$ Prozent beim Austausch von Silber gegen Gold. Ich will nicht sagen, dass mit einer etwas langwierigen Operation es schon erlaubt wäre, Silber nach Österreich zu führen und dort prägen zu lassen, es nach Deutschland zu bringen und dafür Gold aufzunehmen; es gehört vielleicht etwas mehr noch dazu, als der gegenwärtige Spielraum; aber ich habe doch bei verschiedenen Informationen, die ich in Wien aus guten Quellen einzuziehen versuchte, mich nicht versichern können, dass nicht wirklich die Operation ge-

macht wird. Meine Nachrichten waren etwas widersprechend; ich weiss nicht, inwieweit die Reichsregierung informiert ist. Die eine Nachricht sagte, es wird zwar nicht ausgeprägt wörtlich, allein es wird folgende Operation gemacht: die Nationalbank nimmt Gold auf, welches infolge der ungarischen Anleihe aus fremden Ländern kommt, legt das in ihre Depots, lässt ihr Silber aus den Depots heraus, und ihre Gulden oder Thaler gehen nach Deutschland. Das ist auch eine Art Umprägung. Andere haben sogar behauptet, dass Silberwaren direkt nach Österreich gehen und von dort ausgeprägt nach Deutschland zurückkehren. Wie dem auch sei, wenn es heute noch nicht ist, so kann es morgen kommen, und Sie werden mit mir einverstanden sein, dass wir diesen Zustand der Dinge absolut nicht einen Tag länger ertragen dürfen, als es nötig ist. Hier müssen Massregeln getroffen werden, welche dem österreichischen Gulden die Thore des deutschen Reichs und auch die Thore von Elsass-Lothringen versperren, sonst ist er im stande, unsere ganze Münzreform zu untergraben. (Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, wenn Sie noch nicht zu sehr ermüdet sind, möchte ich wenigstens einige Gesichtspunkte aus den Details des Gesetzes Ihnen vorführen, um die weitere Beratung soweit vorzubereiten, dass wir unsere Anträge in der Zwischenzeit formulieren können.

Ich überspringe alles, was sich mir an Details zweiten Ranges bieten könnte und was ich mir eigentlich als Gegenstand der Besprechung noch vorgesetzt hatte, um Sie nicht und auch mich nicht allzusehr zu ermüden, aber einige Punkte müssen wir doch besprechen. Ich will nicht das, was mir zunächst im Artikel 2 in die Augen springt, nämlich die Einteilung der Münzen, jetzt erwähnen, sondern eins, was in dem folgenden § 1 und was mir mehr die ganze Materie hier zu beherrschen scheint. Das ist die Frage, wie das Silber ausgebracht werden soll. Sie wissen, dass nach der Vorlage das Verhältnis von 13,95 : 1 festgesetzt worden ist, dass aus 1 Pfund Silber 100 Mark gemacht werden sollen. Vielfach sind mir bereits Bedenken entgegengetragen worden, ob eine so hohe Ausbringung des Silbers nicht ihre Gefahr habe, und ich bin so wenig wie die Reichsregierung im stande, hier eine absolute Beruhigung zu

geben. So niedrig sind Münzen von so hohem Betrage, wie sie hier erwähnt werden, wahrscheinlich noch nicht in normalen Zeiten ausgegeben worden; England, welches meines Wissens am niedrigsten sein Silber ausprägt, wenigstens sein höheres Silber, prägt im Verhältnis von 14,28 : 1; die lateinische Münzkonvention prägt im Verhältnis von 14,38 : 1; wir müssen statt dieser Proportion, die um 7—8 Prozent von dem Verhältnis von $15^1/_2$: 1 abweicht, sie auf das Verhältnis von 13,95 : 1 setzen und unter Umständen, da wir eine ziemlich starke Toleranz bei grossen Münzen nach der Vorlage gewähren, würde sich der Abstand so von 11 bis auf 12 Prozent erhöhen.

Nun treten hier naturgemäss zwei Bedenken auf, das erste ist nicht technischer, sondern allgemein münzpolitischer Natur. Es frappiert jeden, dass eine so starke Münze, wie namentlich die hier ins Auge gefasste Fünfmarkmünze mit ihrem nominellen Wert, mit sich selbst dem inneren Wert nach in Widerspruch steht. Eine so bedeutende Zahlung, wie sie in einem Stück von 5 Mark liegt, in einem Wertzeichen zu machen, welches nur zum Teil den wahren Wert der Sache in sich enthält, dies widerspricht unserem bisherigen Münzgefühl, wenn ich so sagen darf; und das ist so wahr, dass ich in den Bemerkungen der Reichsregierung in ihren Motiven an einem viel geringeren Orte dieselbe Betrachtung wiederfinde. Sie erwähnt ganz mit Recht, dass die belgische Regierung darauf verzichtet hat, Zwanzig-Centimesstücke in Nickel auszuprägen, weil sie nach einiger Zeit gefunden hat, dass dieser bloss fiktive Wert in zu grossem Widerspruch steht mit dem verhältnismässig hohen Betrage von 20 Centimes. Wenn dies an dieser kleinen Stelle erwähnt werden konnte, so scheint es mir kein ganz laienhaftes Bedenken, wenn nicht ohne Besorgnis das starke Abstandsverhältnis von 11—12 Prozent unter oder über Wert beanstandet wird.

Eine andere Gefahr ist die der Nachprägung, wohl zu unterscheiden von der Fälschung. Wenn, um es kurz zu sagen, auf ein silbernes Fünfmarkstück die Prämie steht, dass derjenige, welcher es ganz echt zu einem Gewicht von 25 Gramm fein Silber nachprägt, einen Nutzen von 5 Sgr., von einer halben Mark am Stück hat, so ist allerdings die Versuchung des Nachprägens sehr stark in die Sache hineingelegt. Nun muss ich

gleich hinzufügen: als Praktiker macht mir das nicht sehr viel Sorge. Die Fälle der Fälschung sind in der That ausserordentlich selten im Verhältnis zur Möglichkeit der Fälschung. Wenn Sie aus dem Münzwesen nur hinausschreitend in andere Bereiche des Verkehrs übergehen: nehmen Sie die Coupons. Es giebt eine Menge von Aktien, Prioritäten und Staatspapiere, deren Coupons so roh gemacht sind, dass es mittelst der jetzigen Technik ausserordentlich leicht ist, sie nachzuahmen, und doch, wie verhältnismässig selten kommt es vor, dass hier bedeutende Fälschungen unterlaufen, wie selten kommt es vor, dass selbst Wechselfälschungen unterlaufen im Vergleich zu deren Menge und der Leichtigkeit der Fälschung! Mir würde an und für sich diese Furcht vor Fälschungen keine grosse Sorge machen, allein ich muss doch sagen: grösser ist die Sicherheit, dass nicht gefälscht wird, wenn wir weniger hoch auswerten, und wo die Gefahr ist, wenn wir niedriger auswerten, vermag ich nicht abzusehen; es ist allenfalls nur die Gefahr, dass uns die Ausprägung teurer zu stehen kommt. Es ist eine Frage des grösseren oder kleineren Gewinns. Das scheint mir der wesentliche Gesichtspunkt gewesen zu sein, der hier massgebend war, wenn nicht vielleicht noch der geringfügige, dass, sofern wir ein Fünfmarkstück festhalten wollen, es durch die höhere Auswertung etwas weniger plump wird.

Nun, meine Herren, um das nicht länger festzuhalten, will ich nur weitergehen in der Einteilung der Münze und Ihnen bemerken, dass wegen der Fünfmarkstücke selbst starke Zweifel herrschen. Ich muss sagen, das allgemeine Gefühl hat sich bis jetzt ausnahmsweise dahin geäussert, dass zwischen Ein- und Fünfmarkstück notwendig etwas stehen muss, (Sehr wahr!) und dass wir sogar dahingestellt sein lassen können, ob wir das Fünfmarkstück überhaupt nötig haben oder nicht, dass es jedenfalls notwendiger ist, hier etwas zu haben, was für kleinere Zahlungen ein einzelnes Stück giebt, was uns nicht nötigt, zwischen 1 und 4 Mark immer die Zahl der Einzelstücke zu multiplizieren. Ich schliesse mich dem vollkommen an, ich glaube, es ist eine Sache des gesunden Menschenverstandes, die hier spricht, und ich glaube, die wichtige Frage, um die es sich dann hier drehen wird, ist nur die: sollen wir das Zweimarkstück oder Zweieinhalbmarkstück nehmen? Ich weiss, meine

Herren, der ganze Süden namentlich wird sich aufbäumen, wenn ich mich etwas mehr für das Zweieinhalbmarkstück erkläre, es wird ein wahrer *grido di dolore*, ein wahrer Schmerzensschrei sich erheben, wenn ich erkläre, man solle lieber Zweieinhalbmarkstücke prägen als Zweimarkstücke, aber ich denke, die Sache ist nicht so gefährlich, und es ist sogar besser, vielleicht im Interesse des Südens, das Zweieinhalbmarkstück vorzuziehen.

Ich will, weil ich mich ermüdet fühle, nicht auf die Gründe dieser Bevorzugung eingehen, es wird sie wohl ein späterer Redner an meiner Statt vorbringen; allein das muss ich doch noch sagen: für mich entscheidend ist hier der Punkt, den ich bereits angedeutet habe bei anderer Gelegenheit, es ist die Namensverwandtschaft mit dem österreichischen Gulden. Wenn wir hier den österreichischen Gulden mit Wirksamkeit los werden wollen: so müssen wir auch alle seine Brüder und Vettern wegzubringen versuchen, sonst werden wir bei der demoralisierten Münznatur des deutschen Volkes, das gewohnt ist, sich mit allem Janhagel von fremden Münzsorten zu vertragen, den österreichischen Gulden nie los. Wir müssen also absolut eine Münze schaffen, welche einschneidet in das alte System. Es giebt kein besseres Mittel, etwas gründlich Neues zu schaffen, als wenn man mit dem alten Schlendrian bricht. Wollen wir mit der dem österreichischen Gulden treuen Gewohnheit brechen, dann, glaube ich, werden wir das Zweieinhalbmarkstück adoptieren müssen, und ich bin auch vollständig bereit, jedem Rede zu stehen, der behauptet, das wäre ein Schnitt in das Decimalsystem. Das ist durchaus nicht wahr. Die Gründer des Decimalsystems, die systematische Nation in Europa, die übersystematische Nation, die Franzosen, haben in ihrem Münzgesetz vom 7. Germinal des Jahres XI auch die Viertelung und die Dreiviertelung eingeführt, nicht bloss Franken und halbe Franken, sondern auch $^3/_4$ und $^1/_4$ Frankstücke dekretiert, und es ist nur allmählich das eine und das andere aus anderen Gründen ausser Gebrauch gekommen. Alle anderen Völker beinahe sind ebenso verfahren, ich brauche Sie nur daran zu erinnern, dass die Engländer, die allerdings damals kein Decimalsystem hatten, die halbe Krone als Normalsilbermünze bis ganz vor kurzem allein kannten. Die Holländer in ihrem Decimalsystem haben Zweieinhalbguldenstücke geprägt, die

Skandinavier schlagen 25 Öre als Unterteile von der Krone, in Amerika werden Stücke von 2 $^1/_2$ Dollar regelmässig geschlagen; kurz, wo wir hinsehen, ist gerade dieses System, das in den unteren Einteilungen die Viertelteilung zulässt, die sich mit der Fünftelteilung bequem quadriert, gerade so benutzt worden, um diese Viertelteilung einzuführen, und dieselbe würde bei uns darin bestehen, dass wir Zweieinhalbmarkstücke als vierten Teil der Zehnmarkstücke einführten an Stelle oder neben den Fünfmarkstücken.

Meine Herren! Ich überspringe alles, was ich noch an Bemerkungen zu machen hätte: nur eines in § 2 muss ich doch noch erwähnen, weil es sich um eine der wichtigsten Bestimmungen handelt, von denen wir heute und bei künftigen Beratungen zu sprechen haben. Sie erinnern sich, dass wir bei dem Gesetz über die Goldwährung in der Lage waren, einen Antrag abzulehnen, den unser verehrter Kollege Graf Münster in Verbindung mit zwei anderen Kollegen gestellt hatte. Meine Herren, es ist uns damals gegangen, wie manchmal, aber vielleicht mehr als je, so, dass wir eigentlich mit unserer Entscheidung auf der Regierungsseite, mit unserer Überzeugung aber vollständig auf Seiten der Antragsteller waren. Ich glaube, wenige von uns, wenige von der Majorität jedenfalls haben bezweifelt, dass es recht und korrekt gewesen wäre, die Münzen auszuprägen, wie es der Herr Graf Münster in Verbindung mit zwei anderen Kollegen vortrug, von denen der eine ein Mitglied eines des patriotischsten Regentenhäuser von Deutschland war. Nun, meine Herren, ich freue mich, dass wir damals diesen Beschluss gefasst haben, und zwar deshalb, weil wir uns jetzt darauf berufen können, um nun von der anderen Seite auch zu verlangen, dass man Raison annimmt. Das vorige Mal waren wir mehr als vernünftig (Heiterkeit); ich hoffe, diesmal soll man auf der anderen Seite wenigstens vernünftig sein. Ich hoffe, man wird sich gefallen lassen, nachdem man auf dem edeln Gold sein Souveränetätsrecht hat konstatieren lassen, nun von dem durch das neue Gesetz als gemein erklärten Silber nicht mehr zu verlangen, dass es das Souveränetätsrecht stabiliere. Ich weiss wirklich nicht, was bei der gegenwärtigen Vorlage noch die Chefs der deutschen Dynastien bestimmen könnte, hier an ihrem Bildnis auf den groben Silbermünzen festzuhalten.

Ich glaube wirklich, der Sache nach, sobald das Symbol gewünscht werden könnte, ist es gar nicht möglich gewesen, es besser zu befriedigen, als wir es bei der Goldausprägung gethan haben. Nun noch so ängstlich sich befangen zu zeigen im Punkte der Bejahung der Souveränetät, wie es wäre, wenn man das Zeichen jeder Dynastie auf das gemeine Silber geprägt sehen wollte, das würde wirklich, wie ich glaube, den Standpunkt seiner eigenen Festigkeit erschüttern heissen. Ich glaube, die deutschen Fürsten haben nicht nötig, noch darauf bedacht zu sein, dass man bei jedem halben Markstück an jene Souveränetät denke; ich glaube, ohne Übertreibung, ihre Throne haben nie fester gestanden als jetzt, schon aus dem Grunde, weil auch der preussische Königsthron nie fester gestanden hat als jetzt, und weil die deutschen Fürsten in ihren dynastischen Rechten nie besser geschützt sind, als wenn die deutsche Kaiserkrone befestigt ist. Ich glaube, sie können alle Sorgen ihrer Souveränetätsetiquette fahren lassen und das Silber so ausprägen, wie es die Natur der Dinge verlangt. Es ist dies schon deshalb wünschenswert, weil ja die Zahl der Münzen, die als Silberstücke ausgeprägt werden, unverhältnismässig grösser ist als die Zahl der Goldmünzen. Dass bei der Varietät der Köpfe, die daraus entsteht, die Gefahr der Fälschung, von der wir vorhin gesprochen haben, entschieden verstärkt würde durch die Verschiedenheit der äussern Erscheinung, die die Möglichkeit der Nachahmung erleichtert, liegt sehr nahe. (Sehr richtig!)

Ich glaube, es ist wirklich im Interesse eines gut geordneten und leicht erkennbaren Münzwesens, dass auf diesen Silbermünzen nicht die verschiedenen deutschen Fürstenköpfe figurieren, und ich wünsche, dass die Regierungen rein aus sachlichen Gründen und durchaus nicht wegen einer konstitutionellen Marotte von unserer Seite hier nachgiebig sein mögen.

Um nun alles zu erlangen, was ich wünsche, müsste ich allerdings sagen, es sollen die Silbermünzen nicht geprägt werden, wie es hier von den Nickel- und Kupfermünzen gesagt ist, nämlich ohne ein menschliches Haupt. Ich wünsche, dass eine doch eine wesentliche Rolle spielende Münze geprägt werde mit dem Kopfe des deutschen Kaisers. Ich bin in diesen Dingen durchaus kein Enthusiast, allein ich halte es für naturgemäss und dem Gefühl des deutschen Volkes entsprechend,

dass, wie bei anderen Völkern, auch unsere Stücke ihre Köpfe erhalten, dass auf den deutschen Silbermünzen das Bild des deutschen Kaisers figuriere. Dieses Bedürfnis liegt ja so sehr im Volke, dass man, wo man keine Monarchie hat, wie in Amerika oder in Frankreich, eben in Ermangelung eines anderweitigen menschlichen Wesens irgend ein hochbusiges Phantasiefrauenzimmer als Republik auf die Münze stellt. (Grosse Heiterkeit.)

Warum sollen wir also hier nicht den deutschen Kaiser auf die Münze prägen wollen? Wollen aber die Regierungen an diesem Desiderium Anstand nehmen, wollen sie, um die republikanischen Gefühle unter den Fürsten zu schonen, lieber auch den Kaiser nicht auf die Münze setzen, nun so mögen in Gottes Namen die Silbermünzen so ausgeprägt werden, wie es für Nickel- und Kupfermünzen vorgeschrieben ist, und wie z. B. auch in Russland sogar die Goldmünzen ausgeprägt werden, nämlich nur mit Angabe des Namens auf der einen und mit dem Wappen auf der anderen Seite.

Nun, meine Herren, habe ich versprochen, keinen Punkt mehr zu erwähnen, aber einen muss ich doch noch erwähnen (Heiterkeit) und zwar, weil ich ein ganz besonderes Verhältnis zu ihm habe und deswegen mich verpflichtet fühle, ihn zu erwähnen. Das ist die Frage der Nickelmünzen, ob sie empfehlenswert seien oder nicht. Es war ein Zufall, wie es sich manchmal im Leben begiebt, dass ich hier im Nickel einem alten Freunde begegne. Ich war einer derjenigen, die schon vor länger als einem halben Menschenalter die Einführung der Nickelmünze in Europa befürwortet haben, und es hat mich gefreut, nun in der Vorlage des deutschen Reiches ohne mein Zuthun diesem alten Freunde wieder zu begegnen. Ich werde also auch etwas über ihn sagen. Die Nickelmünze besteht bis jetzt und bestand namentlich bis vor kurzem in den nordamerikanischen Staaten, in einigen centralamerikanischen Staaten, in der Schweiz und in Belgien. Ihr Vorteil ist eben der, dass sie weniger hässlich wird als die Bronce- und Kupfermünze, ohne sich zugleich zu sehr mit dem Silber verwechseln zu lassen, dass sie hart zu prägen ist, deshalb Widerstand leistet, sich nicht leicht verschleisst, und einen natürlichen Wert hat, der in gesunder Mitte steht zwischen dem Vollwert und der gänzlichen Verachtungswürdigkeit des Metalls. Die Belgier haben vor un-

gefähr 12 oder 13 Jahren die Nickelmünze eingeführt und eine Zeit lang gekämpft damit. Es ging ihnen um deswillen nicht leicht mit dieser Münze, weil sie mit der französischen Münze an der Grenze zu konkurrieren hatte. In Belgien, wo alles seinen Zug nach Frankreich hat, zog man den schweren französischen Sous vor, weil er leichter über die Grenze geht, und die belgische Regierung hat diesen Versuch dadurch verstärkt, dass sie glaubte, als sie die Nickelmünze einführte, eine Bestimmung erlassen zu müssen, vermöge deren die Staatskassen überall verpflichtet wurden die Nickelmünzen einzuwechseln gegen Silbermünzen. Das machte nun, dass alle Nickelscheidemünzen der Staatskasse übergeben wurden, und alle französischen Scheidemünzen im Lande kursierten. Dadurch hat die belgische Regierung sich veranlasst gesehen, dieses Dekret aufzuheben, und seitdem sie es aufgehoben hat, cirkuliert die Nickelmünze wieder reichlich im Lande, und es sind mir seitdem keine Klagen mehr darüber zugegangen. Auch Brasilien hat sich vor einigen Jahren entschlossen, Nickelmünzen einzuführen, und nach den mir zugegangenen Nachrichten ist man dort sehr zufrieden damit. Es ist nur eine Besorgnis, die uns möglicherweise aufhalten könnte, das ist die, ob auch Metall genug zu beschaffen sei. Es wird nicht viel Nickel produziert in Europa, und ich habe Preisveränderungen gesehen, die uns allerdings beunruhigen möchten. Vor 15 Jahren war das Pfund Nickel gerade die Hälfte wert von dem, was es heute wert ist, und die Verteurung des Preises ist allein dadurch gekommen, dass eine einzige Fabrik, welche in Belgien Nickel produziert, ihr Geschäft aufgegeben hat und dass Brasilien einen Münzvertrag mit dem belgischen Münzmeister geschlossen hat. Diese verhältnismässig beschränkten Erscheinungen haben wesentlich dazu beigetragen, den Preis so stark zu steigern. Ein anderer merkwürdiger Umstand hat dazu beigetragen, den Nickelpreis plötzlich zu verdoppeln; das ist die Entwertung der Nebenprodukte des Nickels. Nickel kommt meistens vor in Verbindung mit Kobalt, welcher als Färbestoff bis vor kurzem sehr hoch bezahlt wurde, und die schöne blaue Farbe des Porzellans wurde zum Teil mit Kobalt erzeugt. Nun haben die modernen Fortschritte der Farbenchemie den Kobalt zum Teil entbehrlich gemacht und der Nickel muss selbst für seine Bereitungskosten einstehen.

Auch das hat zur Erhöhung des Preises beigetragen. Er kommt nun zur Zeit vor in Wallis in der Schweiz, ganz wenig am südlichen Abhange der Alpen in Piemont, am meisten im Königreich Sachsen und in Kornwallis. Die grösste Nickelfabrik, die einzig die europäischen Märkte beherrscht, ist in Swansea in England, und wir werden wahrscheinlich auch in der Lage sein, mit dieser zu kontrahieren, wenn wir Nickelmünzen anschaffen. Wie dem auch sei, die Steigerung des Preises und die verhältnismässige Dürftigkeit des Vorkommens wird mich doch nicht abschrecken, für diesen Versuch zu stimmen, denn die Preise sind so berechnet, dass wir selbst, wenn sie sich abermals verdoppeln sollten, immerhin mit Vorteil Nickel ausmünzen können. Hiermit will ich wirklich die letzte Bemerkung gemacht haben, behalte mir aber vor, bei weiterer Debatte noch viele andere zu machen. (Heiterkeit.)

VI.

Rede über die Reichskassenscheine.

(März 1874.)

Rede über die Reichskassenscheine,

gehalten im Reichstag am 26. März 1874.

(Vergl. Einleitung S. 52 ff. u. 59.)

Meine Herren, ich stehe der Regierungsvorlage gegenüber dem Redner, welcher soeben die Tribüne verlassen hat, näher als demjenigen, der die Debatte eingeleitet hat; ich bin aber nichtsdestoweniger meinem verehrten Freunde Mosle, der uns ja überhaupt in der Ausarbeitung des Münzgesetzes so wesentliche Dienste in den früheren Sessionen geleistet hat, dankbar dafür, dass er den Standpunkt des reinen Prinzips heute gewahrt hat. Er erleichtert mir dadurch die Aufgabe, die geringe Konzession, die ich im Interesse des Prinzips von seiten der verbündeten Regierungen wünsche, sicherer erhoffen zu können, als wenn er seine strammen Prinzipien nicht so stark in den Vordergrund der Debatte gestellt hätte.

Meine Herren, die Frage, ob die gegenwärtige Vorlage verbunden werden müsse mit der Vorlage wegen des Bankgesetzes, ist, wie schon mehrmals heute bemerkt worden, für uns insofern eine müssige, als wir, wenn wir, wie wir müssen, die in der vorigen Session getroffene Verabredung zwischen Reichstag und Regierung streng, ich meine so loyal als möglich, interpretieren, wir in der Verhandlung keinen Anhaltspunkt finden, der uns davon dispensiert, die heutige Vorlage in Beratung zu ziehen. Ich leugne damit durchaus nicht, dass dieser enge Zusammenhang zwischen beiden Materien stattfindet, und es hat es ja eigentlich auch noch niemand geleugnet; aber, meine Herren, wenn auf der einen Seite das der Fall ist, so können wir ebenso

wenig aus der Debatte, welche bei Artikel 18 im vorigen Reichstage stattgefunden hat, herauslesen, dass mit Bestimmtheit erklärt worden ist, wir würden die Reichspapiergelds-Gesetzgebung nur dann emanieren lassen, wenn uns gleichzeitig das Bankgesetz vorgelegt würde. Es ist meines Erachtens, gerade weil sie in allgemeiner Form eingegangen ist, die Verpflichtung, welche der Reichstag gegenüber den verbündeten Regierungen übernahm, eine Ehrenverpflichtung, und Ehrenverpflichtungen müssen immer im weitesten Sinne interpretiert werden. Ich bedaure das nicht, denn nach den Erklärungen, die wir hier gehört haben, ist die Trennung beider Gesetzesmaterien vielleicht eine überhaupt nicht einschneidendere, als ein notwendiger Geschäftsgang mit sich bringt. Wir haben ja bis jetzt in den Verhandlungen über die ausserordentlich schwierige Aufgabe einer Münzreform unseres Vaterlandes, auch wie ich glaube zu unserem Vorteil, den ganz richtigen Gang eingehalten, dass wir zwar nicht verkannt haben, dass jede einzelne Etappe, um mich so auszudrücken, dicht an die andere sich anschliesst, vielleicht nur Teil des Ganzen ist, wir haben aber nichtsdestoweniger doch, wie ich meine, uns ganz wohl dabei befunden, dass wir Etappe für Etappe in möglichst rasch aufeinander folgenden Zwischenräumen behandelt und zu Ende gebracht haben.

Meine Herren, als wir zum ersten Male 1871 das Gesetz wegen Ausprägung von Reichsgoldmünzen behandelten, glaube ich, ist uns gesagt worden — und ist es uns nicht gesagt worden, so konnte es uns gewiss mit der grössten Entschiedenheit gesagt werden —, dieses Gesetz hängt doch ganz eng zusammen mit einer Münzreform überhaupt, und als wir im vorigen Jahre die Bestimmungen über die Münzreform im grossen und ganzen, abgesehen von den Goldmünzen, erliessen, konnten ebenso die übrigen Fragen genannt werden, deren Lösung nötig ist, damit wir das gesamte System der Tausch- und Verkehrsmittel unseres Vaterlandes auf die Höhe einer geeinigten und gebildeten Nation bringen. Nun, meine Herren, wir haben uns gut dabei befunden, dass wir jede dieser schwierigen und dornigen Aufgaben isolierten mit dem Vorbehalt, unmittelbar nachdem sie gelöst, die andere vorzunehmen, und nie, indem wir die eine lösten, die Blicke zu verschliessen gegen das, was in nächstfolgender Zeit kommen müsste; und ich bedaure deshalb nicht,

dass wir heute wieder vor der Staatspapiergeld-Gesetzgebung allein stehen. Ich erkenne nicht an, dass ich inkonsequent wäre, indem ich mich heute mit dieser Aufgabe befasse, und ich bin noch weniger in der Lage, dies zu thun, nach der Erklärung, die wir heute gehört haben vom Ministertische, nach der Erklärung, die *implicite* in der Gesetzesvorlage liegt, und endlich nach einer ganz förmlichen Erklärung, die in demjenigen Bescheid zu finden ist, welche der Bundesrat erlassen hat als Antwort auf die verschiedenen Beschlüsse und Anfragen, die in der vorigen Session vorgekommen sind und worin er bei dem Bescheid über die Resolution wegen einer Bankgesetzgebung ganz ausdrücklich in unsere Hände aktenmässig die Erklärung niedergelegt hat, es soll in der nächsten Session ein solches Bankgesetz vorgelegt werden. Ich glaube, meine Herren, praktisch können wir unmöglich mehr verlangen als dies, und wenn der Herr preussische Finanzminister uns nur verbriefen will, dass wir in nächster Session die Frage zur Erörterung haben werden, nicht dass wir sie lösen, so hat er im Grunde nichts anderes gethan, als was er nicht lassen kann. Er kann sich ja unmöglich dafür verbürgen, dass wir gemeinsam die Frage lösen werden. Er hat vielleicht mit dieser Wendung etwas mehr Skepsis in den Gegenstand geworfen, als mir lieb ist und vielleicht notwendig war, er hat vielleicht damit dem Verdacht, den mein Freund Mosle gegen ihn ausgesprochen hat, dass es ihm nicht allzusehr eile mit den Gesamtmassregeln, welche Preussen in einen gewissen Interessenkonflikt mit dem Reiche bringen könnten, mehr Nahrung gegeben, als zur Widerlegung des Abgeordneten Mosle wünschenswert gewesen wäre, und ich will diese Gelegenheit benutzen, um dem Herrn Finanzminister, der ja weiss, welche hohe Achtung ich vor seinen Leistungen habe, zu sagen, dass ich glaube, er hatte Unrecht, sich über das Übermass von Kritik zu beschweren, welches Herr Mosle gegen ihn ausgeübt habe. Ich bin weit entfernt davon, alles zu unterschreiben, was mein Freund Mosle gesagt hat, aber ich glaube, es ist ein starker Ausdruck, zu sagen, dass in der parlamentarischen Karriere ein solcher Tadel, so viele Vorwürfe noch nicht vorgekommen seien. Das beweist mir nur, dass Herr Finanzminister Camphausen eine sehr dornenlose und glückliche ministerielle Karriere hinter sich hat. (Heiterkeit.)

Und nun, meine Herren, noch eines. Der Herr Finanzminister Camphausen hat uns auch schon darauf aufmerksam gemacht, dass er das seinige gethan habe, der künftigen Lösung der Bankgesetzgebung vorzuarbeiten. Ich bezweifle das gar nicht. Er hat sich dabei berufen auf eine Zusammenstellung der Bankstatuten, welche als schätzbares Material zur Lösung dieser Frage unter seinen Auspizien angeordnet worden ist. Ich kenne diese Zusammenstellung, sie ist ein sehr dickleibiger Band, aber ich bedauere sagen zu müssen: es ist kaum mehr als Buchbinderarbeit. Es sind die Statuten sämtlicher deutschen Banken in ein Fascikel zusammengebunden. Meine Herren, dazu braucht man das preussische Finanzministerium nicht. Ich wünschte, wenn solche Aktenstücke ausgegeben werden, dass sie durchgearbeitet wären, dass wir eine Übersicht aus denselben gewinnen können, dass wenigstens Inhaltsverzeichnisse über die einzelnen Materien dabei seien. Ich fühle mich nicht berufen, das Aktenstück zu kritisieren, ich wollte nur, weil man sich darauf gestützt hat, um zu sagen, wie viel zur Vorbereitung der Bankfrage geschehen sei, bemerken, dass ich diese Vorarbeit als solche für eine geringfügige halte.

Nun, meine Herren, lassen Sie uns, nachdem Sie hoffentlich mit mir darüber einig sind, dass wir uns heute nicht abweisend gegen die Vorlage verhalten sollen, zu der Frage übergehen, ob es denn zu bedauern ist, dass wir uns überhaupt verpflichtet haben, Reichspapiergeld auszugeben. Es ist ja einerseits eine müssige Frage, denn wir haben die Verpflichtung; auf der anderen Seite wird das Mass der Einsicht in die Richtigkeit des Beschlusses natürlich Einfluss auf die Art und das Mass der Ausführung dieses Prinzipes selbst ausüben; und nun muss ich gestehen, dass ich hierin dem Herrn Finanzminister von Preussen viel näher stehe in seiner Anschauung als dem Abgeordneten Mosle. Ich habe es ja selbst gesagt, und er hat mir die Ehre mehrmals angethan, mich zu citieren: ich hätte niemals aus mir dem Deutschen Reiche die Erfindung zu präsentieren gewagt, es möge *pure et simpliciter* die Initiative zum Reichspapiergeld ergreifen. Ich glaube auch, das Deutsche Reich würde, wenn es wie Minerva aus dem väterlichen Haupte voll und fertig entsprungen wäre, selbst niemals den Gedanken

gehabt haben, Papiergeld zu machen, aber wir befinden uns gegenüber fertigen Thatsachen. Wir haben auf der einen Seite die finanzielle Last, welche auf den einzelnen Staaten ruht, wenn wir ihnen den Zwang auferlegen, einfach und ohne Gegenwähr ihre Staatspapiere einzuziehen; wir haben auf der anderen Seite die doch nicht so ganz zu unterschätzende Gewohnheit unseres Volkes, sich auch des kleinen Papiers zu bedienen. Herr Mosle mag uns noch so viel faktische Belege *ad hominem* aus seiner Tasche ziehen, um uns zu beweisen, wie gut man mit Geld in Portemonnaies und Rollen und dergleichen umgehen kann, er wird mir nie beweisen, dass nicht auch zahlreiche Fälle vorkommen, wo es nicht doch bequemer ist, für eine kleine Münze ein Blättchen Papier zu haben. Das deutsche Volk hat sich in seinem Verkehr an diese Dinge gewöhnt, und ich würde ihm nur zumuten, sich dieses abzugewöhnen, wenn ich damit eine Kalamität verknüpft sähe.

Ich habe auch noch einen zweiten Grund, meine Herren, warum ich für nötig halte, dass wir jetzt ein Gesetz wegen des Staatspapiers geben. Wir haben die Banken, wenn ich mich so ausdrücken darf, zwar auf schmale Rationen gesetzt, wir haben sie verpflichtet, ihre Noten auf 100 Mark zu erhöhen, aber wir haben ihnen in dem Spielraum ihrer bisherigen Thätigkeit keine Schranken gezogen. Hier haben wir also nur eine relative Unfreiheit eingeführt, auf der anderen Seite im Staatspapiergeld haben wir *tabula rasa* gemacht, wir haben einfach gesagt: es muss am 1. Januar 1876 eingezogen sein. Nun, meine Herren, wie der Herr Finanzminister schon vorhin gesagt hat, ist ja gar nicht mit Sicherheit zu verbürgen, dass wir uns bis zum genannten Termin über ein Bankgesetz einigen werden. Was geschähe nun, wenn wir uns nicht einigen und das Staatspapiergeld aufheben? Kleine Noten werden die Banken zwar nicht mehr ausgeben, aber es ist gar keine Frage, dass die Anzahl von grösseren Noten, von 100 Mark-Noten, sich vermehren würde durch die Einziehung des Staatspapiergeldes. Wir haben bereits, namentlich im Süden, einen ganz bedeutenden Posten an Staatspapiergeld, das 50 Gulden beträgt, also dem Betrag von 100 Mark ja sehr nahe kommt, und wir hätten dann ganz gewiss zu gewärtigen, dass nichts anderes geschehe, als dass die Banken durch Mehremission von Banknoten sich bereichern auf

Kosten des Reiches, das sich die Sparsamkeit und Enthaltsamkeit auferlegt, kein Papiergeld zu machen. Ich glaube, dass das auch ein zwingender Umstand ist, zu dieser Massregel überzugehen. Im übrigen, meine Herren, so sehr ich auf eine gesunde Geldwirtschaft halte — und ich glaube, ich habe das belegt durch meinen Eifer für die Einführung der Goldwährung und der freien Prägung, deren Zweck es ist, dass nur wirkliche Werte als Tauschwerte cirkulieren —, so sehr ich auf ein gesundes Umlaufsystem sehe, zu dem Fanatismus eines Metalltemperänzlers bringe ich es nicht. Die Leute, welche glauben, dass man absolut nichts nehmen dürfe als Metall, auch in kleinen Bruchteilen, gehören zu denjenigen, die, wie ich glaube, nicht mit Prinzipien zu wirtschaften verstehen, weil man auch das beste Prinzip tot machen kann, wenn man es übertreibt. Was Staatspapiergeld in mässigen Beträgen sei, darüber kann die Praxis sowohl als die Schule kaum zweierlei Meinung sein. In der Quantität, wie ich es für das Deutsche Reich wünsche, ist es eigentlich nur ein System von Checks, von Anweisungen, welche zwischen dem Staate und dem Steuerpflichtigen umherlaufen. Dieses Geld, welches der Steuerzahler heute dem Staate bezahlt, der Staat morgen dem Steuerzahler zurückgiebt, braucht nicht mehr Gold zu sein, als die Checks, die jeden Abend im Clearing-house zu London zwischen den einzelnen Bankers ausgetauscht werden, und so wenig der Abgeordnete Mosle verlangt, dass die Checks aus barem Golde bestehen sollen, so wenig verlange ich, dass dieses Steuergeld, wenn ich mich so ausdrücken soll, aus barem Golde bestehe, vorausgesetzt, dass es in den Schranken einer mässigen Summe bleibt. Meine Herren, ich kann einfach exemplifizieren auf die Scheidemünze; wir haben Scheidemünzen von Silber sehr stark unterwertig geprägt in der festen Überzeugung, dass, wenn einmal unsere Handelsbilance zum Ausland in Gefahr kommen sollte, diese unterwertigen Scheidemünzen nicht für vollwertig gelten könnten, so wenig wie das Papier. Wir haben uns aber dabei vollkommen beruhigt, weil wir wissen, dass der Beruf dieser Scheidemünzen und unterwertigen Münzen nur der ist, innerhalb der stets im Lande sich bewegenden Verkehrswege zu cirkulieren, und dass sie in das Ausland, wo es gilt, Farbe zu bekennen, nicht ge-

langen. Aus demselben Grunde ist auch eine mässige Summe von Staatspapiergeld meiner Ansicht nach nicht schädlich.

Nun hat uns der Abgeordnete Mosle auch den alten Einwurf der Schule wiederholt, der stets seit 100 Jahren von einem Buch ins andere wandert und jedes Jahr dabei eigentlich weniger wahr wird. Es ist das der Einwurf, dass, wenn der Staat einmal den vielbesungenen lasterhaften Weg betritt, etwas Staatspapiergeld zu machen, er dann unaufhaltsam auf der abschüssigen Bahn der Papierfabrikation herabgezogen wird. Meine Herren, das ist eine pure Theorie, die Praxis widerspricht dem vollkommen. Meine Herren, die Staaten, die in Not kommen, die machen Papier, wenn sie kein anderes Geld haben, und haben sie auch nie vorher Staatspapiergeld gehabt; die Not lehrt beten, die Not lehrt auch Staatspapiergeld machen. Und wenn sie Papiergeld haben, so machen sie es deshalb nicht schneller, als wenn sie keines haben. Wollen Sie einen praktischen Beleg, meine Herren? Greifen Sie doch nur in das Aktenstück, welches Ihnen mit dem vorliegenden Gesetz gegeben worden ist, und gehen Sie nicht weiter, als bis zur zweiten Nummer. Das Königreich Bayern hat die Grundsätze der Keuschheit und Enthaltsamkeit, die mein Freund Mosle predigt, bis zum Jahre 1866 kalt wie Eis und rein wie Schnee aufrecht erhalten, es hat kein Staatspapiergeld gehabt, und im Kriege des Jahres 1866 der doch kein 30jähriger Krieg war, im Jahre 1866 ist es augenblicklich zum Staatspapiergeld übergegangen. Meine Herren, gegen den Tod ist kein Kraut gewachsen; wenn der Staat Geld braucht und hat kein Metall, so muss der Staat Papiergeld machen, und es ist ganz gut, dass er noch dieses Mittel hat. Amerika wird es nicht bedauern, dass es sich mittels der Greenbacks aus der Not helfen konnte. Aber zu glauben, dass es gegen diese Not schütze, wenn man Staatspapiergeld nicht habe, ist ein alter Schulirrtum, auf den ich mich nicht weiter einzulassen brauche.

Nun, meine Herren, wenn Sie vielleicht mit mir darüber einig sind, dass wir uns vor dem Prinzip als solchem nicht zu fürchten haben, so erlaube ich mir, noch einen weiteren Punkt zu berühren, der heute nicht zur Sprache gekommen ist, der aber meines Erachtens auch in der allgemeinen Debatte angeregt werden muss. Es hat noch niemand von der Eigenschaft

von der Definition dieses Papiers gesprochen, welches wir jetzt zu machen aufgefordert werden. Es wird „Reichskassenscheine" genannt. Ob man sich etwas ganz Genaues dabei denken kann, das steht noch dahin. Ich will Ihnen keine Vorlesung halten über das, was die Schule unter Papiergeld versteht, sie versteht eigentlich durchaus nicht das darunter, was wir hier als Reichskassenscheine machen, sie versteht darunter im allgemeinen solche Zettel, welche Zwangskurs haben und nicht einlösbar sind; das ist eigentlich Papiergeld. Nun schlagen wir vor, hier ein Papier zu machen, das keinen Zwangskurs hat und das einlösbar ist. Erlauben Sie mir, nur ganz im Vorübergehen, diese beiden Hauptgesichtspunkte einen Moment in Frage zu stellen. Es war bisher allerdings in den meisten deutschen Staaten so hergebracht, dass das Papiergeld der Staaten keinen Zwangskurs hat, ich glaube, Ausnahmen bestanden nur in meinem engeren Vaterlande Hessen-Darmstadt und einigen thüringischen Staaten, wo ausdrücklich das Papiergeld mit Zwangskurs versehen war. Die preussische Gesetzgebung gleitet eigentlich zwischen beiden Methoden durch, sie zwingt niemand, das Papiergeld zu nehmen, aber bei Einführung der Tresorscheine wurde gesagt und wurde sogar später bei der Gesetzgebung der Darlehnskassenscheine wiederholt: sie sollen gleich dem Gelde cirkulieren — ich weiss nicht, ob ich wörtlich citiere, es ist dies aber der Sinn des Ausdruckes, der gebraucht wurde — was man aber darunter zu denken habe, wurde nicht gesagt. Ich gestehe für mich, wenn ich unter meiner Verantwortlichkeit Papiergeld zu machen hätte, so würde ich mir nicht lange den Kopf zerbrechen, ob ich Zwangskurs dekretieren soll oder nicht. So lange es freiwillig genommen wird, brauchen Sie niemand zu zwingen, und wenn Sie einmal zwingen müssen, meine Herren, nach dem was ich vorhin gesagt habe, dann werden Sie den Zwang doch einführen. Es ist heute, wenn wir vom Zwange dispensieren, eine ganze angenehme Ornamentik und ich habe nichts dagegen, wenn wir in das Gesetz hineinschreiben: es braucht niemand dies Papier zu nehmen; es wird doch alle Welt es nehmen, wenn die Staatskasse es nimmt.

Nun komme ich zur zweiten Frage, zu der der Einlösbarkeit. Die liegt so einfach nicht und ich gestehe Ihnen, wiewohl

ich vielleicht etwas ketzerisch erscheinen mag, ich bin eigentlich nicht einverstanden damit, dass wir in das Gesetz die Pflicht der Einlösung dieses Papiergeldes hineinsetzen. Meine Herren, was heisst es denn, dass wir die Pflicht übernehmen, dies Papiergeld jederzeit einzulösen? Wir setzen uns in die Möglichkeit, dass bei der Reichskasse, in solchen Momenten, wo es darauf ankommt, wo jemand ein betreffendes Interesse hat, es in ganz bedeutenden Posten, die sie in Verlegenheit bringen können, präsentiert wird, und ich glaube, wir setzen uns vielleicht dadurch in die Lage, uns eine Verlegenheit geschaffen zu haben, wo ohne eine solche Bestimmung dieselbe nicht gekommen wäre. Bedenken Sie, meine Herren, eines. Ich weiss zwar, bis jetzt war auch in deutschen Staaten das Papier einlösbar. Allein namentlich in der letzten Zeit waren wir mit unserer Silberwährung und unseren vielen bereits abgeschliffenen Silberstücken eigentlich auf eine Art Geldinsel gesetzt, so dass wir selten in Gefahr kamen, unser cirkulierendes Metall an das Ausland zu verlieren, wenn Metallkrisen eintraten. Aber da jeder Zustand seinen Nachteil und seinen Vorteil hat, so treten wir, indem wir zur Goldwährung übergehen, auch der Gefahr näher, dass wir an dem Leid und Freud der grossen Weltcirkulation mehr partizipieren und wir können einmal in die Gefahr kommen, dass, wenn ein grosser Abfluss von Goldmetall nach dem Auslande stattfinden sollte, jemand beikommen könnte, auch die Regierungskassen mit seinen Kassenscheinen in Anspruch zu nehmen. Sähe ich eine grosse Notwendigkeit, die Kassenscheine in gewöhnlichen Zeiten einlösbar zu machen, so würde ich mich dem unterwerfen. Allein ich frage: wird es denn wirklich zur Baisse kommen, wird für ein solches Papiergeld, das vom Staate in allen Kassen angenommen wird, das freiwillig von allen Menschen, von allen Kassen in gewöhnlichen Zeiten wird angenommen werden, die Notwendigkeit entstehen, es zwangsweise einlösbar zu machen? Wir haben zwar auch die Scheidemünzen einlösbar gemacht; allein dazu haben wir einen ganz anderen Grund gehabt; das ist bloss, um einzelne Störungen des Verkehrs, die erfahrungsmässig dadurch vorkommen, dass in einzelnen Winkeln sich eine zu grosse Menge von Scheidemünzen anhäuft, zu beseitigen und um dabei von Staatswegen Abhilfe zu leisten. Etwas ganz anderes ist es aber, wenn Sie das Papier

einlösbar machen wollen, da weiss ich Ihnen keinen anderen Rat, als Sie müssen Banknoten machen. Banknoten kann ich einlösbar machen, denn jede Bank, sie möge eine kontingentierte oder quotisierte oder irgend durch andere Massregeln des Verhaltens bedingt sein, lebt in einer täglichen Equilibrierung ihres Metallvorrates und ihrer Papiercirkulation; denn sie ist mit ihrem Kopf verantwortlich, dass das richtige Verhältnis Tag für Tag bestehe, und sie hat auch die Freiheit der Bewegung, um dafür Sorge zu tragen, dass dieses Gleichgewicht immer vorhanden sei. Aber was kann ein unglücklicher Staat machen? Er giebt 40 oder 50 Millionen Thaler aus und ist nun festgenagelt; er kann keinen Deut davon ab oder dazu thun. Wollte er besondere Fonds zur Einlösung, so müsste er erst an das Budget oder an die Stände oder an das Reich rekurrieren, er hat absolut keine Macht über die Verhältnisse; und deswegen, wenn Sie einlösbare Papiere wollen, was vom Standpunkt der grundsätzlichen Strenge gerechtfertigt erscheinen mag, so weiss ich kein anderes Mittel, als diese kleinen Papiere auf Banken fundieren zu lassen. Ich gebe Ihnen ferner zu, dass mein Gedanke ist, dass wir zwar vorläufig diese 40 Millionen in Staatspapiergeld machen, dass wir aber bei der Ordnung des Bankwesens diese 40 Millionen Staatspapiere vielleicht wieder in Banknoten verwandeln und dadurch der Bank die Pflicht auflegen, sie zu jeder Stunde einzulösen, und dann wird das, was Sie jetzt Einlösbarkeit nennen, ein wahres Wort sein. Wenn das nicht eine Fiktion wäre, was hier in dem Gesetz stände, ei, so hätten Sie doch notwendig daran denken zu müssen, auch einen Mechanismus uns an die Hand zu geben, wie gesorgt werden soll für die Einlösungspflicht. Sehen Sie doch Ihr Gesetz an: Sie dekretieren, das Papiergeld soll jederzeit gegen bar eingezogen werden. Ja, meine Herren, das kann jeder sagen. Wenn ein Kaufmann so verfährt und Papiergeld hinausgiebt, Scheine, Verpflichtungen hinausgiebt, ohne sich darum zu kümmern, welchen Einlösungsfonds er zu dem Zwecke parat hat, wird er bei Zahlungsunfähigkeit für einen fahrlässigen Bankerutteur erklärt. Und nun wollen wir in das Gesetz eine Massregel stellen, für die wir absolut nicht ein Gegenstück als Sicherungsmassregel, dass wir unser Wort halten können, vorfinden. Ihre Einlösungspflicht ist ein gemaltes Fenster, weiter

gar nichts. Sie werden einlösen, so lange man Ihnen es nicht abverlangt, und Sie werden nicht einlösen können, wenn einmal das Unglück wollen sollte, dass man es von Ihnen verlangte. Ihre Einlösungspflicht ist ein Pelz für die Hundstage, der Ihnen im Dezember genommen wird. Ich bin also meinerseits nicht dafür, dass wir diese Pflicht in das Gesetz hineinschreiben, und man wird uns deswegen nicht für weniger solid halten, als wir sind, man wird uns nur für umsichtig halten, und das ist ein Teil der Solidität.

Und nun, meine Herren, lassen Sie mich zur zweiten Frage kommen, die hier so wichtig ist, in der ich anfange in der Hauptsache abzuzweigen von der Richtung, die die Gesetzesvorlage uns giebt, nämlich in der Frage der Zahl, der Quantität von Staatsnoten, die uns jetzt zu emanieren vorgeschlagen wird. Es ist hier ausserordentlich schwer, natürlich von den Grundsätzen aus einen Übergang in konkrete Zahlen zu geben. Das ist ja immer so, meine Herren: wir können ebenso gut sagen, dass jemand mit 20 Jahren 11 Monaten majorenn ist und im Vollbesitze seiner Kräfte, wie mit 21 Jahren, wir können auch sagen, dass jemand mit 24 Jahren 6 Monaten fähig ist ein guter Wähler zu sein, ebenso wie zu 25 Jahren. Grenzen in endlichen Dingen festzustellen, dazu gehört immer eine gewisse Willkür. Nun sind wir über einen Punkt einig, das heisst, das Quantum des auszugebenden Staatspapiergeldes im voraus auf ein Minimum zu beschränken, auf nicht mehr, als was absolut notwendig ist für unsere Lage. Soweit haben wir unser Wort gegeben, soweit wollen wir es auch halten. In Bezug auf diese Ziffer bin ich gar nicht in Verlegenheit, es hat sich ja gewissermassen als Anspruch der allgemeinen Meinung sowohl von seiten der Regierung als von seiten des Reichstags und der ganzen öffentlichen Stimmung die Norm von 40 Millionen gefunden, welche 1 Thaler oder 3 Mark ungefähr für den Kopf der Bevölkerung ausmacht und welche, wie ich meine, nicht in so ungereimter Weise mit dem Kriegsschatze von 40 Millionen zusammengefügt wird. Es wäre ja thöricht, wenn man behaupten wollte, dass wir die 40 Millionen Kriegsschatz als Deckung schafften für die 40 Millionen Reichskassenscheine. Eine solche Ungereimtheit wird man wohl nicht aufstellen, und

ich halte es daher nicht für nötig, sie zu bekämpfen. Aber eine Nation, welche auf der einen Seite sich den Luxus erlaubt, zum Bedürfnis ihrer Wehrhaftigkeit und Sicherung 40 Millionen bar Geld zu vergraben und die Zinsen davon zu verlieren, eine Nation, die so reich ist, sagen zu können, dass sie solche Opfer ihrer Solidität bringt, die wird auch sagen können: für gewisse kleine Bedürfnisse mache ich auch ein bescheidenes Mass Papiergeld. Das ist nicht zusammenhanglos, und deswegen finde ich die Summe von 40 Millionen in Übereinstimmung mit dem Kriegsschatze zu nennen ganz richtig. Es ist das ausserdem eine Summe, die zu dem bisher umlaufenden Papiergelde wenigstens in dem Verhältnis steht, dass wir sagen können, wir verringern etwas von dem, was wir bis jetzt gehabt haben. Denn wenn wir das nicht thun, weiss ich überhaupt nicht, warum wir uns seit Jahr und Tag davon unterhalten haben, dass die Papiercirkulation verringert werden solle, wenn einmal die Goldcirkulation ins Land rückt. Meine Herren, wir haben seit zwei Jahren den Grundsatz des Zusammenhanges zwischen Papiergeldumlauf und Metallgeldumlauf, die Gefahren, welche über der Goldwährung schweben werden, so reichlich, beinahe zum Überdruss diskutiert und wir werden ihn bei der Bankgesetzgebung noch so oft wiederholen hören, dass ich darüber kein Wort verliere; aber grundsätzlich wird es doch anerkannt, es widerspricht hier eigentlich niemand diesem Grundsatze; wir haben in Anwendung dieses Grundsatzes den Banken Kasteiung auferlegt, wir haben sie gezwungen, ihre Noten vorerst auf hundert Mark zurückzuführen, wir bedrohen sie vielleicht im Interesse desselben Grundsatzes mit noch stärkeren Zumutungen; und nun, nachdem wir so streng und tugendhaft und korrekt den Banken gegenüber gewesen waren, nachdem wir so lange darüber gesprochen haben, wie die Papiercirkulation vermindert werden müsse, wenn Gold geschaffen wird, nun kommen wir an das Reich, meine Herren, und was schlagen wir uns vor? Von 61 Millionen wollen wir etwa 3 Millionen abziehen; damit legen wir die Anerkennung der grossen Grundsätze als Opfer auf den Altar des Vaterlandes nieder! Ich halte das wirklich für eine ganz derisorische Anerkennung des von allen Seiten eingeräumten Grundsatzes, und ich kann mich deswegen nicht zu diesem Ausdruck derselben verstehen. Allerdings, meine Herren, wenn

wir mit unserer Münzreform recht langsam vorgehen wollen, wenn wir lange auf unserem Gold im Kasten sitzen bleiben wollen, unser Silber recht langsam einziehen wollen, wenn mit anderen Worten unsere ganze Münzreform auf dem Papier stehen soll, dann eilt es auch am Ende nicht so sehr damit, dass wir unsere Papiercirkulation beschränken. Aber ich wünsche die Beschränkung dieser Papiercirkulation unter anderem auch, weil ich ein etwas rascheres Tempo in die Durchführung unserer Münzreform bringen möchte. Ich bin ja vertraut mit den praktischen Schwierigkeiten, welche z. B. der Einziehung des Silbers und der Hinauslassung des Goldes im Wege stehen können, aber man fragt sich doch im Volke, und Sie haben sich gewiss auch schon gefragt: wo steckt denn all das Gold, die 340 Millionen Thaler, die wir bis jetzt geprägt haben? und es wird Ihnen schwer werden, ihnen nachzugehen. Ein Teil steckt in den deutschen Banken, ein Teil steckt in der preussischen Bank, ich glaube, ein sehr grosser Teil steckt noch im Reichsschatz, und in der wirklichen Cirkulation ist sehr wenig. Gleichmässig ist äusserst wenig Silber aus der Cirkulation gezogen, vielleicht — ich glaube, es ist vorhin schon bemerkt worden — im ganzen etwas wie 10 Millionen Thaler, ein verschwindendes Nichts. Nun weiss ich ja, dass wir vielleicht dadurch, dass wir diese 10 Millionen zu dem höchsten Preise, der in den letzten sechs Monaten zu erzielen war, verkauft haben, ein Achtel, ein Viertel, oder unter Umständen drei Achtel an diesem Silber mehr gewonnen haben; aber meine Herren, in diesem Tempo können wir die Sache doch nicht weiter führen, ohne eine ganz unendliche Zeit zu warten, bis wir am Schlusse unserer Münzreform sein werden. Wir haben grosses Glück bis jetzt gehabt, meine Herren, wie im Kriege, so auch im Frieden mit dieser grossen und schwierigen gefahrvollen Reform, aber ich meine, es ist auch eine alte Weisheitslehre, dass man das Glück nicht müde machen soll, und ich fürchte — darin nähere ich mich wiederum ein wenig den Anschauungen des Herrn Mosle — ich fürchte, das preussische Finanzministerium in seinem Zusammenhange mit der Reichsverwaltung, in der es ja einen grossen Einfluss ausübt, hat doch nicht diejenige Wärme für die rasche Durchführung unserer Münzgesetzgebung, wie ich wenigstens wünsche, ich würde sonst glauben, dass namentlich die Verwertung von

Silber doch schon rascher gegangen wäre, als sie bis jetzt gegangen ist. Ich sage, meine Herren, wir haben Glück. Wir haben das Glück gehabt, dass wir eine Masse von Fünffrankenstücken als Kriegsentschädigung bekommen hatten, die dank der eigentümlichen und gar nicht zu erwartenden Konstellation der Valutaverhältnisse in Frankreich nicht bloss ohne Schaden, sondern sogar mit Nutzen von dem Reiche wieder abgegeben werden, die wir also nicht einzuschmelzen brauchen. Wir haben ferner das Glück gehabt, dass die sogenannte lateinische Münzkonvention existierte, welche die fünf Staaten festband, dass kein einzelner zur Goldwährung übergehen konnte, wie der oder jener sehr gern gemocht hätte, dass diese Staaten vor kurzem sich verpflichtet oder erlaubt haben, von neuem 140 Millionen Silber auszuprägen. Wir haben ferner das Glück gehabt, dass Holland, welches die Goldwährung einführen wollte, als das Gesetz in die Kammer kam, bei dem ersten Artikel stutzig wurde und sich nicht einigen konnte über diesen Artikel, und dass das Gesetz vorerst wieder reponiert wurde. So hat sich alles gewissermassen für uns verschworen, uns die eigentümliche Lage, in die wir uns in unserem Überfluss an Silber gesetzt haben, zu erleichtern. Ja, meine Herren, wenn es nicht wie Blasphemie herauskäme, so möchte ich sagen, unserem Glück zu Liebe mussten die armen Hindus in eine Hungersnot geraten, damit die englische Regierung in die Lage kam, Massen von Silber jetzt nach Indien zu schicken, eine Anleihe zu machen, welche in barem Silber bezahlt werden muss, und dadurch das Silber und den Silberbedarf mehr zu steigern, als wir erwarten konnten. Meine Herren, ich sage deshalb, wir waren glücklich, aber verlassen wir uns doch nicht allzusehr und allzulange auf dieses Glück. Ich bin keiner von denen, die jeden Augenblick Hannibal vor den Thoren sehen und sich vor dem Kriege fürchten, der morgen oder übermorgen hereinbricht, aber sicher sind wir doch eines ewigen Friedens nicht, und denken Sie, wie peinlich und gefährlich es für unsere ganze Münzreform wäre, wenn eine neue Störung des europäischen Friedens mitten in die Durchführung derselben hineinkäme.

Noch eine andere Gefahr, meine Herren, auf die ich aufmerksam machen muss, weil ich wenigstens ebenso viel Wert darauf lege, dass es dem preussischen Herrn Finanzminister und

den Vertretern des Reiches möglichst oft nahe gerückt werde, ein rascheres Tempo in diese Dinge zu bringen, — ein anderer Gesichtspunkt ist der — Herr Mosle hat ihn bereits erwähnt — wie unerwartet glücklich sich die französischen Finanzen gestalten. Die französische Bank ist heute schon zu 37 bis 38 Prozent ihrer Cirkulation gedeckt, und mich würde es durchaus nicht überraschen, wenn sie in Jahr und Tag ihre Barzahlungen wieder aufnähme. Die Folge würde wahrscheinlich bald darauf sein, dass Frankreich die Goldwährung, die es bis jetzt nicht wieder in Angriff nahm, von neuem in Aussicht zu nehmen sich veranlasst sähe, dass sie wenigstens sehr stark in Erwägung ziehen würde, und dass wir einen ganz formidablen Konkurrenten bekämen in der Anschaffung von Gold und in der Ablassung von Silber. Meine Herren, deshalb, sage ich, bin ich auch für die Beschränkung unserer Papiercirkulation, weil ich will, dass unser Gold in das Land kommt, dass unser Silber eingezogen wird, und wir nicht nur scheinbar und langsam nach alter Methode vorgehen in der Durchführung dieser grossen Massregel. Meine Herren, wenn das der Fall ist, dann bleibt es bei meiner Behauptung, dass 40 Millionen das Maximum dessen sind, was wir als Staatspapiergeld jetzt zu machen haben. Ich glaube, dass wir auch niemals mehr verstanden haben zu gewähren, als im Artikel 18 des Münzgesetzes die bewusste Verabredung getroffen wurde. Ich glaube aber, und das ist mir die Hauptsache, ich glaube, dass wir auch durchaus durch nichts aufgefordert sind, mehr zu machen, als diese 40 Millionen, und das erlauben Sie mir nun noch zu begründen.

Wir wollen einmal in Augenschein nehmen die Summe des Papiergeldes, die jetzt einzuziehen ist. Die Rechnung, die uns vorgelegt wird, behauptet, es seien 61 Millionen und ein Bruchteil. Ich glaube, Herr Mosle hat schon erwähnt, davon sind einmal von vornherein abzuziehen 2 228 000 Thaler, welche das preussische Finanzministerium uns als Papiergeld eingebracht hat, welche aber Dahrlehnskassenscheine sind. Meine Herren, wie diese Darlehnskassenscheine hier in die Aufstellung des Staatspapiergeldes hineinkommen, das ist mir eigentlich etwas rätselhaft. Die Darlehnskassenscheine — ich habe meinen Augen so wenig getraut, dass ich noch einmal die sämtliche Gesetzesmaterie darüber konsultiert habe, ehe ich mir eine

Meinung bildete — die Darlehnskassenscheine sind Vorschüsse' die gegen Unterpfand gegeben sind, Sicherheit gegen zinsbare Staatspapiere oder Waren, welche wieder eingelöst werden von dem Darlehnsempfänger, und welche mit dem, was wir unter Staatspapiergeld verstehen, nichts gemein haben. Meine Herren, wenn das Reich sagt, dass die Darlehnskassenscheine zurückbezahlt werden, so würde es mir beinahe vorkommen, als wollte es den Darlehnsempfängern ein Geschenk machen. Denen müsste eigentlich das Geld gegeben werden und nicht dem Staate Preussen. Der Staat Preussen hat sogar seine Darlehnskassenscheine bereits eingelöst; er zieht sie ein, er bekommt das Geld zurück von denjenigen, denen er es vorgeschossen hat und die Sache passt absolut nicht in die Rechnung. Die 2 200 000 Thaler, die uns hier aufgerechnet sind, erinnern mich an das Verfahren des Gastwirts, der bei der Rechnung in die Rubrik der Thaler auch die Nummer des Kabinets setzte, in dem die Gäste gespeist hatten. (Heiterkeit.)

Und nun erlaube ich mir, die 2 200 000 Thaler abzuziehen. Es bleiben dann 59 Millionen. Meine Herren, zur teilweisen Deckung dieser 59 Millionen wäre ich damit einverstanden, dass das Reich 40 Millionen Thaler Papiergeld ausgäbe, dann bleiben noch 19 Millionen Thaler, welche auf andere Weise zu decken sind. Da haben sich nun die einzelnen Staaten in ihrer Verabredung im Bundesrate bereit erklärt, *hic et nunc* sofort einen Teil dessen einzulösen, was sie über das Mass von drei Mark pro Kopf in der bewussten Abrechnungsbasis ausgegeben haben. Da die Staatsminister über diese Frage einig waren, wie von allen Seiten eingeräumt wurde, ich auch anerkenne, dass jedenfalls die Einzelstaaten für einen Teil ihrer Papiergeldsünden auch die Folgen zu tragen haben, so habe ich gegen diesen Posten gar nichts einzuwenden, ich nehme mir ihn auch aus dem Gesetze in meine Vorschläge hinein und bin damit einverstanden, dass diese Summe von den einzelnen Staaten bar geleistet werde im bewussten Verhältnisse. Diese Summe beträgt in runder Zahl 9 Millionen Thaler. Auf diese Weise kommen wir zu 49 Millionen Thalern und haben noch zu decken von den 59 Millionen Thalern 10 Millionen Thaler. Wie diese 10 Millionen Thaler gedeckt werden sollen, darüber allein kann augenblicklich Streit entstehen, wenn wir nicht über 40 Millionen

Thaler hinausgehen. Und nun, meine Herren, kommt eine solche Menge von Rücksichten, die sich kreuz und quer einander durchschiessen, hier zur Sprache, dass ich mich nicht in der Lage fühle, gegenüber den anderen wichtigen Fragen, die bei der Bankgesetzgebung zur Sprache kommen werden, schon jetzt hier vorzugreifen. Ich will mich gleich erklären, dass ich durchaus nicht einseitig mich zu der Ansicht bekenne, welche sagt: der preussische Herr Finanzminister beansprucht ganz mit Unrecht für sich und einzelne Staaten, welche entweder gar kein Papiergeld, oder weniger als drei Mark per Kopf ausgegeben haben, für diese ein *bene*, ein plus aus der Sache. Der Herr Finanzminister hat sein Recht begründet; ich stehe nicht ganz auf seiner Seite, ich bestreite aber auch nicht, dass er viel gute Gründe für seine Anschauung anführen kann. Auf der anderen Seite, glaube ich, sind ihm nicht weniger gute Gründe entgegnet. Ich möchte ihn vor allen Dingen doch auch darauf aufmerksam machen, dass, ohne die Verdienste bestreiten zu wollen, welche das Königreich Preussen sich dadurch erwarb, dass es sein Papiergeld von 30 Millionen Thaler auf 15 Millionen Thaler herabsetzen und durch die Bank einziehen liess, so ganz ungedeckt und ohne Kompensationsvorteile das Königreich Preussen aus den Operationen doch nicht hervorgegangen ist. In jener Übereinkunft, welche 1856 geschlossen wurde, ist auch in die Statuten der preussischen Bank eine ganz kleine Abänderung gekommen; sie hatte damals nur das Recht, 21 Millionen Thaler Banknoten auszugeben; das Recht der Banknotenausgabe wurde ihr seit 1856 unbegrenzt gegeben, und sie hat seitdem 100 Millionen Thaler und mehr an Banknoten ausgegeben. An dem Vorteile aber, der daraus entsteht, hat das Königreich Preussen die Hälfte des Nutzens. Also, meine Herren, so fromm und rein, wie man sie uns gemalt hat, ist die Sache doch nicht, ohne dass man die Verdienste der Massregel bestreiten kann; sie war rationell und richtig, aber rein und uninteressiert war sie nicht.

Auf der anderen Seite aber habe ich noch viel Weitergehendes zu bemerken. Nehmen wir an — es wird das vielleicht manchem eine Gänsehaut machen —, Deutschland sei im Jahre 1870 statt eines eng zusammengezogenen Bundesstaates ein Einheitsstaat geworden, so wäre die ganz einfache

Folge gewesen, dass das Papiergeld der Einzelstaaten auf Kosten des Gesamtstaates wäre eingezogen worden und niemand hätte fragen können, welche Lasten den einzelnen Provinzen daraus erwachsen. Nun, meine Herren, ist meine Ansicht, dass in denjenigen Punkten, in welchen der Bundesstaat die Attribute der Einzelstaaten an sich nimmt, der Bundesstaat Einzelstaat wird, und dass er deshalb mit demselben grossen Gesichtspunkte der Solidarität zu verfahren hat, mit welchem verfahren würde, wenn wir einen Einheitsstaat begründet hätten. Meine Herren, wir haben diesen Grundsatz bereits zur Anwendung gebracht, wir haben beschlossen, dass auch das Metallgeld, das Silbergeld in den einzelnen Staaten von Rechtswegen durch die Reichskassen eingezogen werden solle. Der Reichstag, der dieses Prinzip der Nationalität und Solidarität zu vertreten berufen ist, der hat auch dieses Prinzip in das Münzgesetz hineinamendiert. Mein Freund Lasker hat dies damals von diesem Gesichtspunkte aus befürwortet, den ich heute hervorgehoben habe, und ich bitte, dass wir auch heute diesen Gesichtspunkt nicht übersehen in dem Gesetz das wir heute besprechen. Wie weit wir darin gehen, das ist eine andere Frage. Anerkannt haben dieses Prinzip die verbündeten Regierungen schon selbst; denn indem sie einen fünfzehnjährigen unverzinslichen Vorschuss gewähren für die zwei Drittel, welche nicht gedeckt werden, haben sie anerkannt, dass den Einzelstaaten auf Kosten des Gesamtstaates ein gewisser Vorteil gewährt werde in Anerkennung ihrer Lage. Also im Prinzip können Sie mir die Sache nicht streitig machen. Ich gehe nun weiter, meine Herren. Wenn ein grosses Reich wie das Deutsche Reich nach langen Wehen und Kämpfen seine einzelnen Glieder zu einem Gesamtbundesstaat zusammenlegt, so macht es auch gewissermassen eine Gesamtmasse aus seiner geschichtlichen Vergangenheit, aus den Lasten, Leiden und Vorteilen der Einzelnen. Und nun wollen Sie, meine Herren, statt dieses Prinzip, das wir täglich anzuwenden gezwungen sind, für diese Gesamtmasse anzuwenden, wollen Sie aus diesem Prinzip folgern, dass beispielsweise Elsass-Lothringen, von dem wir noch nicht wissen, wie es als Einzelstaat an das Reich wird angepasst werden, das wir von allen Schulden befreit von Frankreich übernommen haben, gegenüber dem Herkommen bei Friedensschlüssen, dessen Eisenbahnen

wir so teuer bezahlt haben und noch teuer zum Vorteil seiner Einwohner verwalten, dass Elsass, dem wir für die Strassburger Universität grosse Summen aus dem Gesichtspunkte der Reichssolidarität gewidmet haben, dass dieses jetzt, weil es kein Papiergeld von Frankreich hat, 150000 Thaler Profit machen soll an der Sache. Wo ist da die Logik? Ich behaupte, diese ganze Einteilung geht vollständig gegen den Grundgedanken des nationalen Staates, wie wir ihn begründet haben, und sollten die verbündeten Regierungen sich weigern, diesen Grundgedanken weiter anzuerkennen als sie es mit diesem fünfzehnjährigen Vorschuss gethan haben, so mache ich mich anheischig, in zweiter Lesung noch andere Gründe vorzubringen, die vielleicht noch mehr durchgreifen; und deswegen bin ich der Ansicht, dass wir, weil, wie ich Ihnen bereits mehrfach angedeutet habe, wir erst bei der künftigen Bankgesetzgebung wirklich Massregeln werden treffen können, um das ganze Staatspapiergeld auf eine rationelle Basis zu bringen, weil dann eine Menge von Ansprüchen seitens des preussischen Staates wie anderer Staaten Verpflichtungen mannigfacher Art werden zur Anerkennung und Kompensation rufen müssen, — dass wir alle diese Fragen vertagen, bis wir das Bankgesetz machen; es wird dadurch durchaus nicht geschädigt, ich greife keinem Rechte und keiner Verpflichtung vor. Ich erkenne den Herrn Finanzminister Preussens für vollkommen berechtigt an, ja auch für berufen, die Interessen seines einzelnen Staates hier auch nach Kräften zu verteidigen, ich erkenne aber auch die Verpflichtung des Reichstages und des Reiches an, seinen Standpunkt zu vertreten; und ich sage, gerade weil mir so viel daran liegt, dass diese Interessen aus grossen Gesichtspunkten geordnet werden, weil ich wünsche, dass die Bankgesetzgebung recht sicher und recht bald hierher zurückkomme, deswegen will ich jetzt nicht diese kleine Rechnung ordnen, bei der Preussen ungefähr sechs Millionen Thaler nach Hause trüge, sondern sie mit der Erörterung der Bankfrage in das nächste Semester verweisen. Ich will so auskommen, wie ich es verantworten kann, dass ich jetzt nicht mehr als 40 Millionen Thaler Papiergeld mache. Die zehn Millionen, die weiter zur Einlösung gebraucht werden, machen mir keine Sorge. Wenn der Herr Vertreter der Reichsregierung die Güte haben wollte zu sagen, wie viel Gold zur

Zeit müssig und zinslos in den Reichskassen liegt, dann werden wir sicher daraus die Überzeugung schöpfen, dass die verschiedenen Bestände, die da aufgehäuft sind und die nicht so schnell aufgezehrt werden können, mehr als ausreichend dazu sind, die zehn Millionen, wie wir es wollen, aus Papier in Gold zu verwandeln, und sollte er, weil er die Dinge streng auseinander halten will, vielleicht behaupten, dass alle diese Bestände ihre besonderen Zwecke haben, nun, meine Herren, so haben wir zum Zweck der Durchführung der Münzreform vor sechs Monaten einen Kredit von 50 Millionen gewährt, dann mag die Münzreform bei dem Festungsfonds oder bei dem Marinefonds borgen, sie mag das Geld mit $4^1/_2$ Prozent verzinsen, wir zahlen dann mit der einen Hand, was wir mit der anderen nehmen, kommen aber nicht in die Lage, mehr Papiergeld zu machen als angezeigt ist, bloss deshalb, weil wir uns nicht von dem Gelde trennen können, das wir hüten.

Meine Herren, ich habe mich bemüht, Ihnen meine Ansichten zu exponieren, ich habe mich bemüht, so sehr als möglich nahe zu kommen der Absicht der Reichsregierung. Ich habe in den voraufgegangenen Gesetzen über die Münzreform das Glück gehabt, in den Hauptvorschlägen beinahe immer mit den Anschauungen der Regierungen zusammenzutreffen, und ich sehe auch jetzt wieder, dass wir uns vollkommen eigentlich auf demselben Terrain befinden, aber umsomehr rechne ich darauf, dass Sie, indem Sie sich auf die Ausgabe von 40 Millionen jetzt beschränken, den von mir vorgetragenen Argumenten auch Rechnung tragen. Ich glaube, anders zu verfahren würde nicht nur heissen, gegen die Grundsätze der Vorsicht, sondern beinahe gegen die Gesetze des wirtschaftlichen Anstandes verstossen. (Beifall links.)

VII.

Rede über das Bankgesetz.

(November 1874.)

Rede über das Bankgesetz,

gehalten am 16. November 1874.
(Vergl. Einleitung S. 66 ff.)

Meine Herren! Ohne in die formale Untersuchung der Frage einzutreten, welche soeben durch die Einreichung des Antrages Lasker und Genossen ins Leben tritt*), darf ich doch von vornherein erklären, dass der materielle Inhalt für mich den hervorragenden, wenn nicht den ausschliesslichen Inhalt der heutigen Erörterung bildet. Meine Herren, mit allen Auseinandersetzungen, welche der geehrte Herr Präsident des Reichskanzleramts uns soeben vorgetragen hat, bis auf einen einzigen Punkt, kann ich mich einverstanden erklären; nur dieser einzige Punkt beherrscht die heutige Diskussion.

So oft wir die Jahre her die Bankfrage in Betracht oder in den Bereich unserer Besprechungen gezogen, habe ich mich immer eifrigst damit einverstanden erklärt, dass erstens eine Beschränkung des Unwesens, das namentlich mit ungedeckten Banknoten bei uns in Deutschland getrieben wird, vor allen Dingen gefordert sei zur Herstellung eines Münzwesens, wie wir im Begriff sind, es durchzuführen. Zum zweiten habe ich immer aus voller Überzeugung den Bedenken zugestimmt, welche darauf hinausgingen, uns zu sagen, wir möchten uns die Schwierigkeit einer Bankgesetzgebung so gross wie nur immer denkbar vorstellen, es sei eine der schwierigsten und verwickeltsten Auf-

*) Überweisung des Bankgesetzentwurfs an eine Kommission, mit dem ausdrücklichen Auftrag, den Entwurf durch Bestimmungen über die Errichtung einer Reichsbank zu ergänzen. Die Zulässigkeit der Erteilung eines solchen Auftrags wurde angefochten.

gaben, welche unserer Gesetzgebung bevorstehen. Umsomehr, meine Herren, war ich aufs peinlichste überrascht, als mir bei Kenntnisnahme von dem ersten Entwurfe, der vom Reichskanzleramt dem Ausschuss der einzelnen Regierungen zuging, klar wurde, dass die schon bestehenden Schwierigkeiten auf eine ganz unerwartete Weise vermehrt worden. Allerdings, der geehrte Herr Präsident des Reichskanzleramts hat sehr recht, wenn er sagt, im Interesse der Durchführung unserer Münzwährung eilt es, dass wir zu gewissen Bestimmungen über die Bankgesetzgebung kommen; allein, meine Herren, je mehr dieses eilt, desto mehr musste ein Gesetz eingebracht werden, welches nicht von vornherein die Schlüssigmachung des Reichstags und das Zustandekommen des Gesetzes dadurch erschwert, dass es ganz ausser demjenigen Gesichtspunkte steht, welchen wir bisher ins Auge gefasst hatten.

Als ich zum ersten Male Kenntnis bekam von dem Entwurf des Reichskanzleramts, berührte mich sogleich die eigentümliche Ähnlichkeit, welche diese Arbeit mit einer auf einem anderen Gebiete entstandenen hatte, die Eigentümlichkeit, welche im Verlaufe des Lebensganges dieses Gesetzes sich immer mehr herausbildete, ich meine nämlich mit dem Versuche, auf dem Gebiete unseres Strafverfahrens der Nation eine Neuerung zu bieten, auf welche sie durchaus nicht gefasst war. Meine Herren, ich bin nicht verdächtig, hier beiläufig für eine besondere Meinung zu Gunsten der Geschworenen plaidieren zu wollen; ich habe nicht zu denen gehört, welche mit meinem Freunde Völk in Vereinigung von vornherein sich anstrengten, ein Strafverfahren abzuweisen, welches nicht auf das Institut der Geschworenen basiert sei. Allein das habe ich mit Freuden begrüsst, dass, sobald einmal festzustehen schien, dass der öffentliche Geist, das Bewusstsein der ganzen Nation in ihrer grossen Mehrheit auf ein Strafverfahren nicht vorbereitet sei, welches sich auf etwas anderes stützt als das Geschworenengericht, dieser Gesetzentwurf, noch ehe er an das Haus gebracht wurde, durch die Initiative der verbündeten Regierungen eine Abänderung erlitt und in Übereinstimmung gesetzt wurde mit dem, worauf der öffentliche Geist vorbereitet war. Denn, meine Herren, es kann nicht die Aufgabe einer Gesetzgebung sein, und es ist am allerwenigsten die Aufgabe einer parlamentarischen

Gesetzgebung, Neuerungen in das Land hineinzutragen, welche, wenn auch noch so sinnreich ausgedacht, aus einzelnen Köpfen entspringen. Die Gesetzgebung hat nur die Aufgabe, das zu formulieren, was im allgemeinen Bewusstsein gereift ist; sie kann es ausbilden, aber sich mit ihm in Widerspruch setzen nimmermehr, und ich bin fest überzeugt, wenn die heutige Vorlage nur dieselbe Zeit gehabt hätte, in Fühlung und Berührung zu kommen mit dem öffentlichen Geist, wie sie der Entwurf einer Kriminalprozessordnung hatte, so würde uns auch heute die Mühe erspart werden, von diesem wichtigen Gesichtspunkte aus dem Gesetzentwurf entgegenzutreten, dass man auf eine andere Ordnung des Bankwesens ausgeht, als die auf eine Reichsbank von vornherein begründet ist. Wie die Sachen heute liegen, darf ich, trotzdem dass, ich will annehmen, die verbündeten Regierungen nicht mehr die Zeit hatten, eine so gründliche Änderung in ihrer Vorlage vorzunehmen, doch behaupten, dass immerhin die Frage bereits entschieden ist, dass wir ganz auf demselben Boden stehen, als wenn die Frage, dass eine Bankgesetzgebung ohne gleichzeitige Einsetzung einer Reichsbank nicht erlassen werden soll, bereits allseitig entschieden wäre. Ich habe mich davon überzeugt durch vielfache Berührungen, die ich mit den Kollegen im Reichstage, durch vielfache Berührungen, die ich mit der öffentlichen Meinung hatte, und ich begrüsse das, gerade wie bei dem, was wir mit dem Strafverfahren erlebt haben, als ein sehr erfreuliches Symptom der parlamentarischen Zustände Deutschlands, welche man von einer Seite, die zuweilen ihre Freude daran hat, die Schwächen der Volksvertretung hervorzukehren, nicht immer anerkennt. Mir scheint, es kann nichts Erfreulicheres für diejenigen geben, welche überhaupt an der staatlichen und öffentlichen Entwickelung unserer Nation einen lebhaften Anteil nehmen, als die Wahrnehmung, dass stärker als auch die formalsten Beschlüsse der verbündeten Regierungen der öffentliche Geist und das öffentliche Bewusstsein ist, und dass, wenn dieselben glauben sich mit allem in Widerspruch setzen zu dürfen, schon an der Schwelle ihres Beginnens ein solcher Versuch scheitert, wie wir es auch diesmal erlebt haben.

Nun, meine Herren, es giebt keine schlimmere Lage für den Verfechter einer gewissen Meinung, als wenn der Gegner

ihm von vornherein Recht giebt. Wir stehen den verbündeten Regierungen gegenüber in einer Meinungsverschiedenheit über die Einführung einer Reichsbank, und sowohl nach den Äusserungen, die wir heute hier vernommen haben, als nach allem, was wir Gedrucktes zu lesen Gelegenheit hatten, haben wir immer nur das Prinzip einer Reichsbank bejahen hören; es handelt sich also bloss um die Frage, ob denn dieses Prinzip derzeit nicht ausführbar, oder ob es entbehrlicher sei, als in gewöhnlichen Zeiten. Seitdem wir durch die Mitteilungen in der Presse mit der betreffenden Vorlage bekannt geworden sind, wie auch bei dem heutigen Vortrage, war die grösste Spannung bei mir immer darauf gerichtet, zu erfahren, wo denn die Hindernisse zu suchen seien, die einer solchen Verwirklichung des von allen geforderten Gedanken entgegenstehen. (Sehr richtig!)

Und nun, meine Herren, muss ich gestehen, ich bin auch heute in dieser Beziehung so wenig zufrieden gestellt worden, als durch das, was wir vorher erlebt haben. Ja, ganz eigentümlich war überhaupt der Gang, den der Entwurf des Gesetzes in den wichtigsten, hervorragenden Punkten von vornherein genommen hat. Ich stehe nicht an, zu sagen: meiner Empfindung nach verriet der Geschäftsgang selbst eine sehr starke Befangenheit von seiten derer, welche uns die Reichsbank heute schon zu bringen nicht für angezeigt halten. Es sind uns ja die ersten Vorschläge des Reichskanzleramts an den engeren Ausschuss des Bundesrates durch die Zeitungen zur Kenntnis gekommen. Meine Herren, heute hören wir aus dem Munde des verehrten Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts den Gedanken der Reichsbank als einen ganz rationellen anerkennen; in jenem Gesetzentwurf aber, wenn ich mich nicht irre, war nicht bloss nicht in den Dispositionen der Artikel, sondern auch in den Motiven von einer Reichsbank absolut gar nicht die Rede; es war gerade so, als hätte in Deutschland überhaupt niemals jemand den Gedanken einer Reichsbank gehegt und wäre es also auch durchaus nicht nötig, diesem Gedanken eine Aufmerksamkeit zu schenken. Sie werden mir gestehen, dass, wer auch nur drei Jahre hier im Reichstage den Verhandlungen gefolgt ist, wer einigermassen Kenntnis von der Bewegung in den Fachblättern und der öffentlichen Meinung hatte, schon

dadurch sehr betreten sein musste. Nun kam aber eine zweite Wendung hinzu. Bei der ersten Besprechung in dem Ausschusse des Bundesrates, denke ich mir, musste diese eigentümliche Lage der Dinge eine gewisse Verwunderung erregen, die Reichsbank musste zur Sprache kommen; es trat damit auch das Bedürfnis hervor, ihre derzeitige Überflüssigkeit zu rechtfertigen, und nun ging der neue Bericht, das neue Gesetz, welches im wesentlichen nichts änderte an den Artikeln, die festgesetzt waren, — der zweite Entwurf ging nun an das Plenum des Bundesrats mit den Motiven, welche die Frage, ob Reichsbank und warum nicht Reichsbank, ins Auge fassten. Meine Herren, diese Motive liegen uns heute nicht vor, allein ich glaube, es steht nichts im Wege, dass wir sie bei den Akten haben und dass wir ihrer erwähnen. Sie waren nämlich höchst eigentümlicher Art; ihr Grundgedanke war eben der, dass die Anhänger der Reichsbank ja noch nicht einig unter sich seien über die Art, wie sie dieselbe konstruieren wollen.

Nun, meine Herren, der Entwurf, der uns heute vorliegt, ist in meinen Augen, so wenig ich ihm beistimme, ein Meisterwerk von Scharfsinn und Erfindungsgabe; allein das wird man ihm gerade nicht nachrühmen können, dass er in seinen wesentlichen Punkten von vornherein aus dem öffentlichen Bewusstsein diejenigen Massregeln herausgeschöpft habe, über die alle Welt einig ist. Ich behaupte gerade das Gegenteil: er hat sehr lebhaft überrascht, er hat die lebhafteste Anfeindung erfahren, und kann von seiten derjenigen, die ihm am wohlgemeintesten gesinnt sind, noch dem grössten Zweifel Raum geben. Und nur in dem einen Punkte, wo meiner Ansicht nach die eminente Majorität der ganzen Nation und des Reichstags einig war, lässt sich der Entwurf plötzlich von Zweifeln befallen und steht zurück, weil die Meinungen noch verschiedentlich auseinandergingen. Das ist allerdings abermals ein höchst merkwürdiges Gebahren, und zum Beleg dafür, dass es nicht haltbar war, die Sache auf diese Weise zu kolorieren, sind diese Motive abermals untergetaucht, und haben wir nun eine dritte Wendung erlebt. Wir haben, als der Gesetzentwurf nun schliesslich an den Reichstag kam, bloss die kurze Mitteilung erhalten, dass eine Reichsbank ja durchaus nicht ausgeschlossen sein solle, dass aber dafür noch Zeit vorhanden sei, dass man sie früh oder

spät — wie früh oder spät, weiss ich nicht — einsetzen könne, und mir scheint, die Reichsregierung hat in den wenigen Linien, in denen sie diesen Gedanken andeutete, schon den Fortschritt gemacht, dass nach dem ursprünglichen Geiste des Entwurfs die Reichsbank erst kommen sollte am Ende der zehn Jahre, wenn reiner Tisch gemacht wäre, heute aber in den Motiven schon die Konzession gemacht ist, sie könne noch früher kommen, sie könne auch vor Ablauf der zehn Jahre kommen.

Nun, meine Herren, wenn dem so ist, so haben wir also bloss zu untersuchen: ist es denn, wenn überhaupt ihre Notwendigkeit anerkannt ist — und das scheint mir von seiten der Bundesregierungen der Fall zu sein — jetzt weniger nötig oder möglich, sofort den Bau des Gesetzes so vorzunehmen, dass das, was wir als Fundament desselben betrachten, nämlich die Reichsbank, hineingesetzt wird? oder wollen wir uns der schwierigen Aufgabe unterziehen, jetzt ein Haus zu bauen, und später unter Stützung des Daches ein anderes Fundament, einen anderen Unterbau in dasselbe hineinzuschieben? Was mich betrifft, alle Gründe, die ich mir auch denken könnte, weshalb wir eine Reichsbank wünschen, eine Bank, welche die Einheit des Verkehrsgebiets thatsächlich repräsentiert und dem Reiche verantwortlich ist für ihr Gebahren, — alle Gründe, die ich mir dafür denken könnte für künftige Zeiten, dringen auf mich ein mit noch viel stärkerer Macht für die Gegenwart, und ich frage mich, ob nicht alles, was der geehrte Herr Präsident des Reichskanzleramts uns soeben wegen der Münzreform auseinandergesetzt hat, vielmehr Argumente waren für sofortige Einführung der Reichsbank als gegen dieselbe. Meinerseits erkläre ich, dass, wenn aus irgend einem Grunde eine Reichsbank nötig ist ein Institut, welches unter den Augen und dem Einfluss des Reiches arbeitet und die gesamten Geld- und Verkehrsverhältnisse des Reiches überwachen und beeinflussen kann, dass ein solches Institut, und wäre es auch bloss zum Zweck der Durchführung unserer Münzreform, absolut unentbehrlich ist. Ich erkläre es auch heute nicht zum ersten Mal, sondern mir scheint, nicht bloss von meiner Seite, sondern auch von vielen anderen, die sich mit der Sache beschäftigt haben, ist dieser Standpunkt stets aufs lebhafteste festgehalten worden.

Meine Herren, der Herr Präsident des Reichskanzleramts hat es vorhin für angezeigt gehalten, im Eingange zu verweilen bei der Darlegung der Aufgabe, die unserer noch wartet bei Durchführung der Münzreform; Sie werden mir daher vergönnen, umsomehr als wir uns neulich, bei den Verhandlungen über die Einführung der Währung in Elsass-Lothringen, ein Stelldichein gegeben haben, den damals nur kurz und ungenügend berührten Gegenstand, der die öffentliche Meinung so lebhaft beschäftigt, etwas näher ins Auge zu fassen. Ich glaube, ich darf es mir leicht machen, die Zweifel, die damals von dem geehrten Abgeordneten von Minnigerode vorgebracht sind, zu beseitigen. Ich würde es mir heute gänzlich erlassen, den Gedanken nochmals abzuweisen, dass wir durch die Verhältnisstellung zwischen Silber und Gold in unserer Münzwährung jetzt unsere Goldwährung in Gefahr gebracht hätten — ich sage, ich würde es mir ganz versagen, diesen Gedanken nochmals abzuweisen, wenn ich nicht auch in dem Ausspruch des verehrten Herrn Finanzministers von Preussen bei dieser Gelegenheit etwas hätte wahrnehmen zu müssen geglaubt, das wie eine entfernte Billigung der Anschauung des verehrten Abgeordneten von Minnigerode aussah. Ich weiss nicht, ob ich mich darin täusche, ich habe aber absichtlich, weil mich der Ausspruch beunruhigte, die Rede des Ministers Camphausen nochmals nachgelesen und habe darin die förmliche Erklärung vermisst, dass das Verhältnis, wie wir Silber und Gold damals festgesetzt haben, absolut nichts mit den Bedrängnissen zu thun hat, wie sie heute vielleicht als Gefahr für unsere Münzreform hingestellt werden. Hat er es so gemeint, so ist es mir um so lieber; jedenfalls aber, da der geehrte Herr Abgeordnete von Minnigerode — nicht sowohl, wie ich annehme, weil er selbst das dachte, sondern weil er glaubte, einem Teil der öffentlichen Meinung gerecht werden zu müssen — diesen Zweifel aussprach, ob wir nicht doch darin etwas verschuldet hätten, möge er mir doch nochmals erlauben, wie schon der Geheime Regierungsrat Michaelis gethan hat, und hoffentlich zum letzten Male, zu versichern, dass dieses Verhältnis zu Gunsten oder zu Schaden des Silbermetalls ganz bedeutungslos geworden ist von dem Augenblick an, als weder Private noch der Staat im Stande waren, neue Silberkurantmünze zu prägen. Meine Herren, wenn wir heute jemandem

einen Silberbarren schenken, so kann er sich absolut dadurch nicht mehr Gold verschaffen, als wenn wir ihm die entsprechende Quantität in Wolle oder in Kaffee schenken, er müsste ihn wie gewöhnliche Ware verkaufen, er kann weder durch den Staat noch durch sonst jemand Münzen daraus prägen lassen, und es ist eigentlich für den Abzug unseres Goldes ebenso gleichbedeutend, ob wir unsere Thaler in Silber haben, als wenn wir sie in Papier hätten. Faktisch ist unsere gegenwärtige Silberkurantwährung gerade so gut wie eine Papierwährung, wie die Währung der Länder, die wirklich Zwangskurs für Papier haben. Geld, das im Auslande nicht seinen vollen Wert hat, ist für die Fluktuationswirkungen kein Geld. Es mag ja noch einen inneren Wert haben, aber für die Festsetzung des einen Metallverhältnisses zum anderen hat es gar keine Bedeutung, und damit sich der verehrte Herr Abgeordnete die Sache recht veranschauliche, um denen zu antworten, die ihn vielleicht wieder in Zukunft mit solchen Zweifeln anfallen möchten, so bitte ich ihn, doch nur auf den einen Punkt aufmerksam zu sein, dass wir die neuen Silbermünzen zu einem anderen Fusse ausgeprägt haben als die alten. Bekanntlich sind unsere Thaler, die jetzt noch cirkulieren, ausgeprägt in dem Verhältnis, dass für 15 ½ Pfund Silber ein Pfund Gold gegeben wird; wir haben aber unsere neuen Silbermünzen so ausgeprägt, dass für 13,95 Pfund Silber 1 Pfund Gold gegeben wird. Wäre nun also der innere Gehalt des Silbers im Verhältnis von Silber zu Gold bei unserer Münzwährung von Einfluss auf den Wert des Goldes im Inlande oder Auslande, so würde man ja für 20 Mark in einzelnen neu geprägten Markstücken weniger Gold bekommen, als für 20 Mark in alten Thalern; und das ist durchaus nicht der Fall. Es ist also das Silber, wie wir es jetzt haben, eine reine Konventionsmünze, und es hat mit ihrem Inhalt absolut nichts zu schaffen, wenn wir jetzt einen gewissen Abfluss unseres Goldes nach dem Auslande wahrnehmen. Aber, meine Herren, wir haben es überhaupt nicht zu bedauern, dass wir die ausschliessliche Währung des Goldes eingeführt haben, wie ich sofort hinzufüge, weil vielleicht jetzt Bedenklichkeiten aufsteigen und der eine oder andere Anhänger der Doppelwährung kommen und sagen könnte: „ich habe wohl gewarnt.“ Durch die Goldwährung sind die Gefahren des Abflusses des Goldes durchaus nicht er-

höht; hätten wir die Doppelwährung eingeführt, so wäre die Gefahr noch viel stärker; denn die Doppelwährung würde dem Silber Prägungswert geben, und dann würde erst die Möglichkeit gegeben sein, die in den Befürchtungen des Herrn von Minnigerode und der durch ihn vertretenen Personen liegt. Zu bedauern haben wir an dem, was geschehen ist, durchaus nichts, — ich kann das nicht fest genug betonen und benachdrucken.

Nun, meine Herren, tritt eine andere Frage heran: ist es denn wahr, haben wir eine bedeutende Goldausfuhr zu erleiden gehabt, stehen wir unter der Gefahr, dass dieselbe in Zukunft noch Platz greift? Die Frage ist von solcher Bedeutung, dass, obgleich bereits der Herr Minister Camphausen und vorhin der Herr Präsident des Reichskanzleramts sie berücksichtigt haben, ich dennoch glaube, dass es dem Reichstage nicht unwillkommen sein wird, wenn ich zu ihrer Beleuchtung etwas beizutragen suche. Die Herren haben uns statistische Mitteilungen gemacht und auf Grund derselben uns versichern zu können geglaubt, dass die Ausfuhr an Gold noch eine geringe sei. Meine Herren, in diesen Dingen sind Ziffern noch unzuverlässiger, als sie es sonst zu sein pflegen. Ich halte die Statistik auch in Ehren; aber wenn ihre Ziffern überhaupt nicht immer unanzweifelbar sind, so giebt es kaum einen Punkt, der schwerer zu kontrolieren wäre, als die Bewegung der edlen Metalle, besonders in Form von geprägten Münzen, weil schon der Handel durch sein Interesse sehr oft angereizt wird, seine Operationen in denselben zu verkleiden. Es ist beispielsweise gar nicht selten, dass, um Porto zu ersparen, Goldsendungen als Silber deklariert verschickt werden, Gold in Silber maskiert: der Metallhandel hat sogar einen technischen Ausdruck für dieses Verfahren. Darum, meine Herren, glaube ich, bei so bewandter Lage giebt es nur ein Mittel, sich zu überzeugen von dem eigentlichen Stand der Dinge: man muss die Feder nehmen und muss rechnen, ergiebt sich ein Nutzen, so können Sie sicher sein, es finden sich auch die Leute, die diesem Gewinne nachgehen. Das ist der einzige sichere Massstab, meine Herren, und wie ich bei früheren Gelegenheiten, leider nicht mit genügendem Erfolg, zu sagen die Ehre hatte: dieses Geschäft wird mit so geringem Gewinn betrieben, dass auch die leiseste Schwankung genügt, um sofort die betreffende Thätigkeit ins Spiel zu setzen. Ich sage, leider,

weil ich damals zu Gunsten eines niedrigen Prägelohnes für Privatausprägung sprach und gegen den Schrecken, den die Auseinandersetzung des Herrn Bundesvertreters hervorgerufen, welcher vor dieser Privatprägung etwas Furcht verbreiten zu müssen glaubte, weil sie Gegenstand von grosser Spekulation sein könne. Ich sagte, es begnüge sich dieses Geschäft mit einem ausserordentlich geringen Nutzen. — Und nun, meine Herren, wie stehen die Dinge? Sie stehen so, dass wir gerade an der Schwelle der Austrittsfähigkeit unseres Goldes uns befinden; kleine Schwankungen erlauben bereits, dasselbe nach Frankreich zu exportieren, wir sind aber für England noch diesseits der Grenze, und zwar nicht unwesentlich diesseits der Grenze; denn es ist eine eigentümliche Erscheinung dieses ganzen Getriebes, dass nicht wir allein in der Lage sind, Gold nach Frankreich schicken zu müssen, dass es also auch nicht mit unseren speziellen Zuständen in Zusammenhang steht, sondern Frankreich ist in der Lage, von der ganzen Welt, noch mehr von England als von uns, Gold zu beziehen. Beispielsweise ist die englische Valuta in Frankreich jetzt auf einem unerhört niedrigen Standpunkt, auf dem ich sie, glaube ich, in den letzten zwanzig Jahren nicht gekannt habe — eine gewiss höchst wunderbare Erscheinung nach den Schicksalen, die dieses Land durchgemacht hat. Genau wie heute die Preise ausweisen, nämlich, dass man z. B. für 300 Franken, in Brüssel zahlbar, heute in Berlin 81 1/2 Thaler bezahlt, ist es möglich, Gold nach Belgien auszuführen mit einem geringen Gewinn. Wenn man hier Zwanzigmarkstücke aufrafft und sie nach Belgien schickt, so kommen sie inklusive aller Nebenkosten, mit Zinsverlust und Transport 81,40 zu stehen, während man hier einen Wechsel zu 300 Franken auf Belgien verkaufen kann zu 81,50. Für dieses ein Achtel Prozent arbeitet der Goldhändler, meine Herren, und ich erwähne nicht ungern gerade das Beispiel von Belgien, weil es ein besonderes Licht auf den ganzen Gang der Dinge wirft. Wenn Sie sich erinnern an das, was der geehrte Herr Geheimrat Michaelis bei den Verhandlungen von Elsass-Lothringen gesagt hat, so hat er Ihnen die Ziffern von Frankreich und England angegeben, aber, wenn ich mich nicht irre, hinzugesetzt, dass er die von Belgien nicht fixieren könne. Nun ist aber das Eigentümliche, dass der Export des Goldes vorzugsweise

nach Belgien geht, und zwar nur deshalb, weil die französische Bank durch Bankverbindungen die Sache so eingeleitet hat, dass der deutsche Versender von Gold das Porto von Brüssel bis Paris sparen kann. Er schickt sein Gold bloss nach Brüssel, es wird ihm aber in Paris gutgeschrieben, und da er mit sehr geringem Nutzen arbeitet, so entscheidet schon das, dass er nicht nach Paris, sondern nach Brüssel schickt. Sie haben also auch hier den Schlüssel, warum, trotzdem ein gewisser Gewinn lockt, scheinbar die Zahlen nicht weit genug gehen.

Nun, meine Herren, wäre das schlimm, wenn nicht noch ein anderer Umstand mitwirkte, den der geehrte Finanzminister von Preussen neulich ganz mit Recht hervorgehoben hat. Er hat nämlich gesagt: es würde vielleicht noch mehr Gold weggehen, allein wir werden uns hüten, Gold herauszugeben, wo wir es vermeiden können. Ich stimme ihm darin vollständig bei; ich glaube, dass in der gegenwärtigen Lage der Dinge das geradezu geboten ist. Wir sind in keinem normalen Zustande, wir sind in dem gefährlichen Übergangszustande, wo ein neuer Weg gebaut wird und der alte, deshalb vernachlässigt, nicht mehr sehr gangbar ist. Wir müssen ausserordentliche Massregeln ergreifen, und meine Überzeugung war so übereinstimmend in diesem Punkte mit der des Herrn Finanzministers von Preussen, dass ich im Monat Juli, als zum ersten Male die Anzeichen dieser Gefahr kamen, mir sogar erlaubte, dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts brieflich den Rat zu geben, er möge sogar ein Aufgeld auf das kursierende Zwanzigmarkstück zahlen, wenn es die Händler thäten, er müsse ihnen Konkurrenz machen, so lange das Aufgeld nicht die Höhe habe, als die Kosten der Prägung, die wir selbst im Reiche zu tragen hätten. Ich weiss nicht, ob er meinen Rat zu befolgen für gut hielt; ich wollte aber nur anzeigen, dass ich in diesem Punkt vollständig mit dem Vertreter der preussischen Regierung übereinstimme. Allein das Ding hat natürlich seine Grenze, wir können unser Geld nicht absolut einsperren und zugleich verlangen, dass wir in die neue Münzwährung übergehen; und hier, glaube ich, wird gerade der Punkt sein, in welchem der Dienst einer das Reich vertretenden Bank von der höchsten Wichtigkeit sein müsste. Aber, meine Herren, wie schwer es ist, in diesen Dingen das Richtige zu beobachten, davon erlaube ich mir aus

unserer allerjüngsten parlamentarischen Vergangenheit Ihnen einen Beweis zu geben. Als jüngst die Klagen der Herren Vertreter von Elsass-Lothringen hier laut wurden wegen des Mangels an Cirkulationsmitteln, so wurde Ihnen zur Rechtfertigung von seiten des Bundestisches geantwortet, dass man sein möglichstes gethan hätte, sie zu befriedigen und dass man unter anderem 8 Millionen, so viel war es, glaube ich, in Zwanzigmarkstücken nach Elsass-Lothringen geschickt habe. Nun, meine Herren, wenn ich die Massregel zu ergreifen gehabt, so hätte ich, glaube ich, anders gehandelt; ich hätte lieber meine Zwanzigmarkstücke nach Pommern und Ostpreussen geschickt und deutsches Silber nach Elsass-Lothringen, als dass ich deutsches Gold nach Elsass-Lothringen geschickt hätte, mit anderen Worten, als dass ich den Leuten, die auf die Ausfuhr spekulierten, das Porto von hier nach Strassburg oder Metz auf eigene Kosten bezahlt hätte. (Heiterkeit.)

Was mich betrifft, so zweifle ich kaum, dass diese 8 Millionen Goldes nicht lange in Elsass-Lothringen geblieben sind; ich will damit durchaus nicht eine unliebsame Kritik aussprechen, sondern nur andeuten, wie ausserordentlich geschäftsmässig jeder einzelne Teil der grossen Aufgabe betrieben werden muss, die wir in Gestalt unserer Münzreform vorhaben, wie notwendig es ist, nicht bloss verwaltungsmässig, sondern im innigsten Bunde mit einer geschäftsmässigen Behandlung der Dinge auf alle Einzelheiten Acht zu haben.

Nun, meine Herren, wäre, wie ich glaube, soweit diese Frage erst in ihrem geringsten Teile ins Klare gekommen.

Viel wichtiger als der Punkt, ob Gold jetzt hinweggehe oder nicht, ist die Frage, die auch der Herr Präsident des Reichskanzleramts berührt hat: wie soll denn in der Zukunft es gehalten werden? wie denken wir uns die vollständige Durchführung unserer Münzreform? Und hier, ehe ich diesen Punkt berühre, erlauben Sie mir nur noch dem Herrn Abgeordneten von Kardorff mein Wort zu halten, der damals meine Aussage anzweifelte, als ich ihm bemerkte, die Valutaverhältnisse von Deutschland nach dem Auslande könnten um so weniger ein Ergebnis unserer neuen Münzanordnungen sein, als sie bereits lange vor denselben in ähnlicher Stärke bestanden hätten; er hat damals so bedenklich das Haupt geschüttelt, dass wirklich

mir etwas ängstlich zu Mute geworden ist, und ich habe sofort nach der Sitzung die Thatsache zu verifizieren gesucht; und nicht bloss ihm, sondern auch allen anderen, die seine Beunruhigung teilten, zur Beruhigung oder wenigstens zur Gewissensreinigung kann ich sagen, dass meine Aufstellungen, die bis 1868 zurückgehen, vollständig nachweisen, dass in den drei letzten Jahre vor dem Kriege — ich bin nicht weiter zurückgegangen, wahrscheinlich könnte ich es noch weiter nachweisen — ebensosehr die Wechselverhältnisse von Deutschland auf England, Frankreich und Belgien zu unseren Ungunsten waren, wie sie es heute sind: die Kurse von 1868, 1869 und 1870 — ich habe sie hier und werde sie dem Herrn Abgeordneten von Kardorff ehrerbietigst zu Füssen legen — (Heiterkeit) weisen deutlich nach, dass auch unsere heutige Münzreform in diesem Punkte nichts geändert hat, dass sie vielmehr wahrscheinlich nur hindert, dass die Kurse nicht mehr zu unseren Ungunsten sich ergeben, weil sie die Mittel giebt, unsere Schulden in Metall abzutragen. Wenn wir uns nun dabei noch anklagen wollen, dass wir durch ein ungerechtfertigtes Verfahren, durch zu frisches Daraufloßgehen in den Geschäften eine ungünstige Handelsbilanz herbeigeführt haben, — nun, meine Herren, ich glaube allerdings, besondere Fehler mögen von der deutschen Nation, ich unterscheide nicht, in welchen Schichten, begangen worden sein; allein alles, was wir ihr an Vorwürfen sagen können, muss doch bedeutend temperiert werden durch die Betrachtung, dass wir eigentlich die Ausschweifung des Handelsverkehrs und des Unternehmungsgeistes aller Orten, nicht bloss in Europa, sondern in der ganzen Welt gleichzeitig zu konstatieren haben. Wenn sie mit unserer Münzreform beispielsweise oder unseren Arbeiterverhältnissen oder mit der Heimzahlung der 5 Milliarden zusammenhängen und allein damit zusammenhängen, dass wir zu viel Geld ausgegeben haben, wie kommt es, dass wir dieselbe Krisis noch viel stärker in Wien hatten, wie kommt es da, dass noch in viel grösserem Masse jenseits des Ozeans in Amerika ein ebenso grosser Rückschlag, ein die ganze Industrie erschütternder und untergrabender Rückschlag zu konstatieren ist, wie er bei uns stattgefunden hat! Nur dies möchte ich einflechten gegen diejenigen, welche den Geist der Nation auf Grund der gegenwärtigen Erfahrungen

und der Verkehrserscheinungen allzusehr anzuklagen geneigt sein möchten.

Des Ferneren darf ich wohl die Erwartung aussprechen, dass der geehrte Herr Finanzminister von Preussen die Aufklärung sowohl, die er uns bei der Verhandlung über Elsass-Lothringen gegeben, als die Aufklärungen, die uns bereits von seiten des Herrn Präsidenten zu teil geworden sind, noch in seinen heutigen Auseinandersetzungen vervollständigen möge, soweit er das für zuträglich hält, mit dem Erfolge der von ihm zu vertretenden Massregeln. Es kann ja sein, dass er Absichten hegt, die mitzuteilen er nicht für gut hält, und ich will ihm dieselben damit durchaus nicht zu entlocken versuchen; aber darum würde ich ihn bitten, dass, soweit es möglich ist, er uns über den Gang der künftig durchzuführenden Münzreform aufklärt. Ich bin deswegen besonders gespannt auf das, was er uns sagen wird, weil ich, vielleicht durch meine Schuld, in Zweifel geraten bin über die Vorstellungen, die er für die Zukunft mit dieser Lage der Dinge verknüpft. Als wir zum ersten Male den Gegenstand behandelten, meine Herren, im Dezember 1871 war es, glaube ich, da erlaubte ich mir, an den geehrten Herrn Finanzminister, mit dem ich mich über die Dinge hier öffentlich unterhalten habe, die Frage zu stellen, wie sich derselbe die Durchführung der Goldwährung denke, weil ich mir zwei Wege vorstellen konnte, in denen dieselbe ausgeführt würde; der eine bestand darin, er schien mir etwas gigantisch, er sammelt das Gold, das er für den Verkehr für nötig hält, um es aufzuhäufen und einzuschliessen, um im Momente, da er glaubt, genugsam gerüstet zu sein, plötzlich die Schleusen zu öffnen — so drückte ich mich damals aus — und das Gold über das Land zu ergiessen, während er das Silber einzöge. Der geehrte Herr Finanzminister antwortete mir damals, das sei entfernt nicht seine Ansicht, er sei vielmehr gewillt, successive mit der Auslassung des Goldes vorzugehen und in demselben Masse auch aufzuräumen mit der Cirkulation des Silbers (er legte damals mehr Nachdruck auf das Papier als auf das Silber). Nun, meine Herren, ich habe durchaus gegen dieses Procedere nichts einzuwenden, nur ist mir aus seiner letzten Erklärung der Eindruck zurückgeblieben, als hätte er seinen Operationsplan von damals

geändert, als sei er jetzt Willens, das Gold zurückzuhalten und im gegebenen Momente das aufgespeicherte herauszugeben. Auch dieser Plan wäre meines Erachtens kein durchaus anfechtbarer, ich wünschte nur in diesem Punkte, weil mir Zweifel gekommen sind, und nicht mir allein, eine Aufklärung zu haben. Er hat seine Operation oder seine Anschauung über den künftigen Gang der Dinge auf die verhältnismässig geringe Summe des cirkulierenden Silbermetalls begründet, er habe dieselbe auf 300 Millionen geschätzt, ich möchte beinahe glauben, nicht dermalen, sondern er meinte damit auch die Summe, die vor der Münzreform in Deutschland cirkuliert hat. Sollte dieses seine Ansicht sein, so müsste ich mir schon Vorbehalte machen, denn ich glaube, der Silberbestand der Banken und des preussischen Kriegsschatzes allein würde schon nachweisen, dass vor 1870 doch inklusive der Cirkulation mehr als 300 Millionen Silber dagewesen sind. Allein ich entsinne mich, der Herr Finanzminister verklausierte sich, bestimmte Wahrheiten und Ziffern gebe es in diesem Dinge nicht, und dadurch ist er eben unangreifbar geworden. Ich will mich beschränken, zu sagen: ist er auch nur der Meinung, dass wir jetzt nur 300 Millionen Silber gegenüberstehen, so wäre mir dadurch eine grosse Beruhigung gegeben für die Durchführung unserer Münzreform, dann brauchten wir höchstens mit 200 Millionen gerüstet zu sein, um die Operation zu machen. Er hat es ja selbst zum öfteren wiederholt: unser Verkehr würde mehr Silber festhalten, als man annehmen möchte, er wird sich nicht allein auf Gold- und Scheidemünze beschränken, es wird eine gewisse Anzahl Silber zum Dienst in Kurant verbraucht werden. Ist das der Fall, so können wir mit sehr grosser Ruhe und beinahe mit gekreuzten Armen dem zukünftigen Gange der Dinge entgegensehen; denn meiner Ansicht nach hat ja das Reich für gar nichts anderes zu sorgen, als dafür, dass es jedem, der ihm 20 Mark in Kurantsilber bringt, Gold dafür geben kann. Wie es die Banken anfangen, um ihre Noten in Gold einzulösen, meine Herren, das ist ihre Sache. Wir haben uns durchaus nicht anheischig gemacht, ihnen Gold zu verschaffen, dafür sind sie Banken, dass sie selbst dieses Geschäft besorgen müssen. Wir sind ihnen nur insofern verantwortlich, als sie Silberkurant haben und sie von uns verlangen können, dass wir dasselbe

gegen Gold austauschen. — Ist das der Fall, dann können wir in der nächsten Zeit schon die Hoffnung hegen, unsere Goldwährung zu proklamieren, und damit, glaube ich, eine viel grössere Sicherheit im Verkehr herbeizuführen, als sie mit allen Beschränkungen des Papiers herbeizuführen wäre; denn mit der Gefahr, bei der Verpflichtung zur Goldwährung sofort insolvent zu werden, wenn sie nicht mit den nötigen Deckungsmitteln versehen sind, wird den Ausschweifungen der Banken am allerwirksamsten vorgebeugt.

Nun hat allerdings der Herr Finanzminister noch ein Bedenken, und ich bin auch weit entfernt, ihm darin entgegen zu treten. Er sagt: ich kann nicht eher mit Einführung meiner Goldwährung vorgehen, bis die Massregel wegen der 100 Marken*) durchgeführt ist. So lange — fürchtet er — die Banken kleine Zettel im Umlauf haben, so lange wird ihm alles nur irgendwie entbehrliche Silber zum Austausch gegen Gold dargebracht werden. Sind aber einmal die Banken gezwungen, nur grössere Noten von 100 Mark in Umlauf zu haben, sind sie nicht mehr imstande, ihre Zettel als Silber, als klein Geld cirkulieren zu lassen, dann wird man ihm keine Konkurrenz machen können, dann wird das Land möglichst viel Silber festhalten, und er in der Lage sein, den Austausch von Silber gegen Gold leicht durchzuführen. Ist das der Fall, so warte ich gern bis zum 1. Januar 1876, länger haben wir ja den Banken Frist nicht gegeben. Vielleicht dürfte es angezeigt sein, den Verstoss gegen die durch Artikel 18 des Münzgesetzes vorgeschriebene Massregel auch unter Privatklausel zu setzen, damit wir um so sicherer wären, dass sie die Vorschrift einhalten und wir könnten dann — wenn ich die Auffassung des Herrn Finanzministers richtig verstanden habe — sofort im Jahre 1876 zur Goldwährung übergehen. Nur eines, meine Herren, wird nötig sein: das ist, dass wir auch mit der gehörigen Quantität von Gold versehen seien und dass wir denjenigen, die wir als Banken zwingen, mit der nötigen Quantität von Gold versehen zu sein, die Möglichkeit geben, sich entsprechend mit Münzen zu versehen, — und hier führt mich mein Weg zum Bankgesetz zurück.

*) Gemeint ist die Bestimmung in Art. 18 des Münzgesetzes von 1873, nach welcher die Banken alle nicht auf Reichswährung in Beträgen von mindestens 100 Mk. lautenden Noten bis zum 1. Januar 1876 einzuziehen hatten.

Die Hauptaufgabe der Reichsbank, wie ich sie mir vorstelle, ist eben die, der Vermittler zwischen der Münzprägung des Landes und dem Ankauf von Gold zu sein. Der Herr Präsident des Reichskanzleramts glaubte sich gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen, dass zuviel Gold ausgegeben worden sei. Mir ist ein solcher Vorwurf bis jetzt noch kaum zu Ohren gekommen. Der einzige Gedanke, der nicht ohne Unterstützung vorgebracht worden ist, ist der, dass unser Goldvorrat für die künftige Durchführung der Münze vielleicht nicht genugsam vorbereitet sei, und das ist ein Gedanke, der allerdings sehr berechtigt ist, in Betracht gezogen zu werden. Ist nun, meine Herren, die Zeit, in der es uns möglich war, diese Münzreform vorzubereiten, wirklich so benutzt worden, wie sie hätte benutzt werden können und sollen? Ist sie namentlich so benutzt worden, wie sie hätte benutzt werden können, wenn wir in unserem Münzgesetz das freie Prägungsrecht mit einer so geringen Gebühr eingesetzt hätten, wie es in anderen Ländern geschehen ist? Ich meinerseits bezweifle das sehr. Ich bezweifle das aus dem einfachen Grunde, weil sehr lange — wie wir ja aus den Rechnungen des Reiches wissen —, es vorteilhaft war, Gold aus anderen Ländern nach Deutschland zu führen und es als Münze ausprägen zu lassen. Hätten wir damals, meine Herren, eine Operation gemacht, wie Frankreich und England, eine Bank, die im Interesse des Reiches Gold kauft und geprägtes Gold giebt, oder hätten wir in Ermangelung anderer Einrichtungen die Münzscheine angenommen, die ich damals für diesen Zweck vorschlug, so konnte meines Erachtens ein bedeutend grösserer Vorrat von Gold in das Land gebracht werden, mit dem wir dreister den künftigen Dingen entgegengingen. Meine Herren, ich habe vorhin gesagt, dass gerade Frankreich das erstaunliche Phänomen biete, dass jetzt das fremde Land, dem es eben seine Milliarden ausgezahlt habe, sein Schuldner sei, und dass es das Gold von Europa an sich zöge. Glauben Sie, dass dieses hätte geschehen können, wenn Frankreich nicht ein so hervorragendes kommerzielles Institut wie die französische Bank, benutzt hätte zu seinen Operationen? (Sehr richtig!)

Ich meinerseits bin fest überzeugt und glaube auch, dass, wer die Verhältnisse kennt, mir darin beistimmen wird, dass

es nur Dank der geschickten Operationsweise der französischen Bank möglich war, wieder so viel Gold nach Frankreich anzuziehen, die günstigen Momente so zu benutzen, dass jetzt dieses Land trotz seines Zwangskurses gewissermassen solventer dasteht, als andere Länder, die noch die Barwährung haben. Man hat vielfach den Ruhm des Herrn Thiers hervorgehoben, dem Frankreich verdanke die Befreiung seines Territoriums und die geniale Durchführung der Geldoperation, durch die diese Befreiung möglich geworden sei. Es ist durchaus nicht mein Beruf, den Ruhm des Herrn Thiers herabzuziehen, und ich gönne ihm gern, was ihm die französische Nation und andere Nationen dafür an Anerkennung zollen. Ich glaube aber, es ist in diesem Falle gegangen, wie in vielen anderen Fällen. Diejenigen Früchte, welche die Gunst der Verhältnisse gezeitigt hat, winden sich leicht um die Schläfe eines Ministers als Lorbeeren (sehr gut!), und man gönnt sie ihm von Herzen, wenn er auf der Höhe der Umstände zu sein versteht. Im übrigen aber hat Herr Thiers, so lange er die Geschäfte führte, allerdings zwei Dinge sehr wohl verstanden. Er verstand zunächst, nicht am unrechten Orte zu knausern. Er verstand es, diejenigen Kräfte ins Spiel zu setzen, die nötig sind, um eine Staatsleitung bei grossen finanziellen Operationen zu unterstützen, und er wusste, dass das nicht geschehen kann, wenn nicht auch der Durst nach Gewinn in den betreffenden Hilfskräften gereizt und befriedigt wird. Der grosse Erfolg der Dreimilliarden-Anleihe bestand im Grunde darin, dass man ein Fünffrankenstück für 4,75 Frank verkaufte, und dass es dafür viele Liebhaber in der Welt gab, das war im Grunde ganz natürlich. (Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, dies Verfahren war deshalb gerechtfertigt, weil in schwierigen Augenblicken heroische Mittel auch notwendig sind, und ich glaube, dass, wenn wir ähnlich kommerziell verfahren wären in der Durchführung unserer Goldwährung, wenn wir uns nicht begnügt hätten, die Privatprägung, wie es geschehen ist, nur als toten Buchstaben wegen der Höhe des Münzlohnes in unser Gesetz zu stellen, sondern dem privaten Gewinndurst Anreiz zu geben, Gold in das Land zu führen, so hätten wir auch einen Erfolg mehr zu verzeichnen. Ein zweites aber hat Herr Thiers besonders verstanden; das war, sich überhaupt der Privatindustrie auch als Ratgeberin zu bedienen,

nicht sich einzuschliessen bloss in die Schranken seiner administrativen Einsicht, sondern von denen, welche mit solch' grossen Operationen des Geldverkehrs am meisten vertraut sind, Rat anzunehmen. Und sonderbarer Weise, meine Herren, wenn ich glaube, dass das Gelingen der grossen Finanzoperation wesentlich auf der Eingebung von französischen Banquiers beruht, so habe ich noch die kuriose Thatsache hinzuzufügen, dass es eigentlich meines Erachtens deutsche Banquiers waren, die hauptsächlich das Material zu jenen Lorbeeren gesammelt haben. Ich weiss es zwar, meine Herren, die deutschen Banquiers, denen ich dieses Verdienst zuschreibe, hören sich dort nicht gern Deutsche nennen, und sie versichern manchmal ihren französischen Patriotismus in einer Mundart, die mehr oder weniger rein frankfurterisch oder hamburgerisch, aber um so enthusiastischer klingt. (Heiterkeit.)

Allein nichtsdestoweniger glaube ich, ihren Ruhm und ihr Verdienst zu Ehren des deutschen Handelsingeniums vindizieren zu müssen, das ja in der ganzen Welt anerkannt ist. Ich glaube, meine Herren, dass ein ähnliches Verfahren nicht genug in schwierigen Lagen, wie die Durchführung einer Münzreform eine ist, empfohlen werden kann; und wenn ich beklage, dass dies von seiten unserer Reichsverwaltung nicht in gleichem Masse geschehen ist, so darf ich mich doch auf die einfache Thatsache berufen, dass sie bei der Emanierung dieses Gesetzes sich von vornherein in Widerspruch gesetzt hat mit dem Begehr und der Auffassung des gesamten deutschen Handelsstandes beinahe in seiner ausnahmslosen Gesamtheit.

Meine Herren, ich habe übrigens dafür, dass eine Bank, welche die Geschäfte, die unabweisbar mit der Durchführung unserer Münzreform verbunden sein werden, eine Bank, welche den rechtzeitigen Ankauf von Gold, die Betreibung der Ausprägung, die Verhinderung der Ausfuhr des Goldes durch gewisse Gegenoperationen besorgt, unentbehrlich ist, dass ein solches Geschäft nicht ohne eine Reichsbank glücklich zu Ende geführt werden kann, — ich habe dafür einen Zeugen, den mir niemand rekusieren kann: es ist das der Herr Vertreter der Bundesregierungen bei der heutigen Verhandlung, der Herr Geheimrat Dr. Michaelis. Ich darf ihn wohl daran erinnern, dass zu einer Zeit, wo wir eine freie Kommission zur Beratung

der Münzreform gebildet hatten, und ich die Ehre hatte, sein Nachbar am Tische zu sein, ich, wie mir das manchmal in den Fragen passiert, für die ich mich lebhaft interessiere, damals auch eifrig gegen die Fortsetzung des hohen Prägelohns von sieben Mark war, der, wie ich damals behauptete, (was sich inzwischen ja bewahrheitet hat), gleichbedeutend sei mit einem Ausschluss der Privatprägung; dass, als ich dabei sehr stark gegen ihn insistierte, er mir zur Antwort gab: „Aber ereifern Sie sich doch nicht so wegen dieser Frage! Sobald wir eine Reichsbank haben, wird die das Geschäft in die Hand nehmen, und wir werden uns mit ihr über einen viel niedrigeren Tarif verständigen als nach dem Maximum, das wir heute feststellen." Ich weiss nicht, ob der Herr Geheimrat Michaelis sich heute daran noch erinnert; aber ich appelliere nicht einmal an sein Gedächtnis, sondern an seinen Verstand und an sein Wissen, und frage ihn, ob er sich nicht fähig halte, jene Gedanken ausgesprochen zu haben? (Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, wenn ich dies Zeugnis habe, so glaube ich über den Punkt vollständig beruhigt sein zu können, und gehe zu einem anderen Punkte über, der mir nicht minder den Wunsch nahe legt, die Massregel der Bankreform, zu der wir allerdings zu schreiten gezwungen sind, in einer Weise zu ordnen, die mehr Beruhigung einflösst als die blosse Negative, auf die sich der heutige Gesetzentwurf beschränkt. Nach meiner Ansicht ist der Grundfehler — nämlich dieses Entwurfs —, dass er glaubt, er könne den Bedürfnissen der Lage entsprechen, indem er rein negativ verfährt, indem er wohl gewisse Dinge abwehrt und einschränkt, einen Mechanismus einsetzt, den man sich selbst überlassen kann, und nun alles, was lebendige Kraft und lebendige Thätigkeit ist, zurückzieht, sicher, dass in seinem Rechenexempel auch nicht eine Ziffer fehlgehen möchte! Meine Herren, gerade dieser Punkt ist es, der mir den Entwurf ohne eine Reichsbank vollständig unannehmbar erscheinen lässt. Ich muss sagen, trotz der grossen Ehrerbietung, die ich den Herren des Reichskanzleramts, bekannt mit ihrer Gelehrsamkeit und Gewissenhaftigkeit, in diesen Dingen entgegentrage, ist es mir doch rein unerklärlich, wie Männer von grosser Lebenserfahrung, die sich ja nicht abschliessen gegen das, was ausser

ihnen vorgeht, wie die sich beruhigen können, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der als Automat sichern soll, dass alles in Zukunft richtig gehen solle, auch in den schweren Zeiten, in denen die definitive Durchführung der Münzreform vor sich gehen wird, ohne sich irgendwie zu versichern, dass bei Eintritt irgend eines Rechenfehlers, bei Konstatierung der Thatsache, dass sie in irgend einem Punkte geirrt haben, eine Hand da sei, die diesen Fehler wieder gut macht. Kein Gebiet der Welt, meine Herren, giebt es, auf dem so wenig die Bewegungen der Dinge berechenbar sind, als diejenigen, welche sich auf die Fluktuation der Umlaufsmittel beziehen. Ich möchte, ohne mich einer Uebertreibung schuldig zu machen, behaupten, es lässt sich noch eher das Wetter prophezeien, es lässt sich noch eher aus dem Gange des Windes und der Wolken voraussagen, wie in 3 Monaten sich die Temperatur gestalten wird, als voraussehen, wie die Bewegung in den Cirkulationsmitteln sich gestalten möge; und zum Beweise dessen, meine Herren, brauche ich nur an das Phänomen zu appellieren, das ich Ihnen eben vorgeführt habe; wer hätte geglaubt, dass seit den ein bis zwei Jahren nach der Abzahlung der Milliarden Frankreich im stande sein würde, das Land zu sein, welches die anderen Länder mit der Reduzierung ihrer Münzvorräte bedroht? Niemand, auch die klügsten Bankiers und die klügsten Rechner nicht, hat auf diesem Wege zu spekulieren gewagt. Und nun sollen wir bei diesem vielverschlungenen, unkontrolierbaren Phänomen uns heute begnügen, unsere schwierige Münzreform ins Werk zu setzen, gestützt auf ein Gesetz, welches ganz auf der Annahme beruht, dass das kalkulatorische Exempel, welches der Bundesrat hier aufgezeichnet hat, bei jedem Punkte genau stimmen werde in alle Ewigkeit, oder wenigstens auf 10 Jahre hinaus, was für die Möglichkeit eines Ruins schon eine Ewigkeit ist. Nein, meine Herren, ich erkenne die negative Seite, die Seite der negativen Vorsicht, in der Beschränkung, welche der Entwurf bezweckt, vollkommen an, ich acceptiere vollkommen die Kritik, welche der geehrte Herr Präsident des Reichskanzleramts und die Motive gegen die Missbräuche des Bankwesens und über die Notwendigkeit der Beschränkung aussprechen; aber, dass mit dieser Beschränkung alles gethan sei, dass wir nicht den Fall vorhersehen müssen, wir haben uns dabei verrechnet,

das muss ich bestreiten. Es muss eine andere Kraft, eine höhere, eine die Interessen des gemeinsamen Ganzen vertretende und von uns zur Rechenschaft zu ziehende, dazwischen treten; zu etwas anderem kann ich mich nie und nimmer bekennen, und aus diesem Grunde werde ich nie und nimmer dazu einstimmen können, dass wir die — wenn auch noch so notwendige — Beschränkung des Banknotenverkehrs durchführen, ohne gleichzeitig die Reichsbank als wachende Macht über das Ganze daneben zu setzen. Nicht minder für diese Aufgabe als die Durchführung der Münzreform wird schon die erwähnte Massregel sein, dass die kleineren Noten eingezogen werden und dafür Hundertmarknoten ausgegeben werden. Die Tragweite dieser Reform kann gar nicht wichtig genug geschildert werden. Ganz mit Recht legen die Herren der Bundesregierungen den stärksten Nachdruck darauf. Wie stark sie einwirken auf den Verkehr, lässt sich heute gar nicht annähernd berechnen, und namentlich, meine Herren, ist das vorauszusehen, dass die Banken, welche kleine Noten ausgegeben haben, in der Zeit, in der wir uns dem Jahre 1876 nähern, und in der nächstfolgenden Zeit nach dem Jahre 1876 gänzlich absorbiert sein werden von den Geschäften, deren bedeutender Wechsel nach ihren bisherigen Verhältnissen vorherzusehen ist. Ihre Thätigkeit wird ins Stocken geraten, ihre Dienste werden zum grossen Teil handwechseln müssen, eine Menge Beziehungen, die sie hatten, werden abgebrochen werden, und das wollen wir ja eben. Aber, meine Herren, können wir denn sicher sagen, dass hier alle diejenigen Gebiete, die seit Jahrzehnten auf sie gerechnet haben, vollständig hilflos liegen, dass wir uns nicht die Möglichkeit geben wollen, ihnen beizuspringen in einem Interesse, das identisch ist mit dem allgemeinen Interesse? Aus demselben Grunde, weshalb ich glaube, dass wir wegen der Münzreform eine Reichsbank nicht entbehren können, glaube ich, dass wir auch schon bei der Durchführung der Einziehung der kleinen Noten gegen Hundertmarknoten die Dienste der Reichsbank vollständig in Berücksichtigung zu ziehen haben. Und nun ausserdem noch, meine Herren, je mehr wir uns dem Termin von 1886 nähern würden nach der Voraussicht des Regierungsentwurfes, desto notwendiger wäre es ja, hier einzutreten. Allerdings, der Gesetzentwurf will ja auch die Banken, deren Privilegien früher erlöschen, wieder

beleben, er will ihr Leben entgegen dem, was wir früher erwarteten, verlängern und bis zum Jahre 1886 ausdehnen. Allein wenn dieser Termin mit dem Jahre 1886 kommt und er seinen Schatten lange vorher wirft, so wird natürlich eine vollständige Veränderung in dem Gebahren dieser einzelnen Banken eintreten, und sie werden immer mehr auf sich selbst sich zurückzuziehen genötigt sein, sie werden vollständig liquidieren müssen, und ich frage, wer wird dann diese Dienste übernehmen, wenn wir nicht ein Institut dafür hinsetzen, welches den Anforderungen eines grossen Verkehrs entspricht, wie wir ihn bei Gründung unseres Münzsystems und bei der gegenwärtigen Bankreform ins Auge gefasst haben?

Es giebt nur zwei Dinge, entweder muss man Bankfreiheit geben und sich darauf verlassen, dass jeder das Richtige thun wird, oder man muss das beste Mittel wählen, um Unrichtiges zu verhüten. Dieses Unrichtige zu verhüten und ihm zu wehren durch Normativbestimmungen, ist immer nur ein Notbehelf; Normativbestimmungen, das wissen Sie aus jedem Gesetze, welches wir beraten, schwanken immer zwischen der Gefahr des Zuviel oder Zuwenig. Wollen Sie einen Zweck des Gemeinwohls in der Art sichern, dass Sie die Freiheit des Individuums bestehen lassen, ihr aber Schranken für die Verkehrsgebahrung setzen, so werden Sie immer in der Gefahr sein, entweder die Thätigkeit allzusehr zu binden, oder in der Gefahr, Lücken zu lassen, durch welche nachteilige und schlechte Dinge entschlüpfen können. Wo Normativbestimmungen entbehrt werden können, wie bei der Bankgesetzgebung, da ist es unendlich vorzuziehen, die massgebende Kraft unter den Augen der Gesetzgebung und der Gesamtheit zu lassen. Das hat dazu geführt, dass allen grossen Nationen in Europa zu dem System der einen massgebenden Bank sich bekehrt haben und dass in allen parlamentarischen Verhandlungen dieser Nationen dieser Gedanke siegreich durchgedrungen ist.

Und nun wird immer die Frage wiederholt: ja, Reichsbank ist schon recht, wir wollen sie gern machen, wenn wir nur wüssten, wie sie beschaffen sein soll. Meine Herren, ich glaube, dass ich prozessualisch diesen Einwurf am vollständigsten abweisen kann. Wenn die Frage entsteht, ob Reichsbank oder

nicht Reichsbank, so ist die Frage wie sie sein soll, ein erst später kommendes Argument. (Widerspruch.) Wenn ich ein Haus bauen will, müssen wir erst entscheiden, ob wir das Haus überhaupt bauen; wie das Haus gebaut werden soll, ist eine spätere Frage. (Lebhafter Widerspruch.) — Sie widersprechen mir? Ich will Ihnen sofort das Argument *ad hominem* geben. Vor allen Dingen wurde mir die Frage entgegengehalten: wie ist es denn? wir haben allerdings Verfängliches von dir gehört und gelesen; es wird gefragt: glaubst du an Kontingentierung? gerade in einem Tone wie: glaubst du an Gott? Ich will Ihnen das Bekenntnis ablegen, dass ich glaube, man kann mit Kontingentierung selig werden, man kann auch ohne Kontingentierung selig werden, man kann mit und ohne Drittelndeckung selig werden. Und die Herren, die da sagen, ich kann mich über die Errichtung einer Reichsbank nicht mit dir verständigen, weil du nicht weisst, wie sie sein soll — denen antworte ich: ich nehme kein Gesetz an ohne eine Reichsbank, und ich nehme jedes Gesetz an mit einer Reichsbank. Sind Sie nun zufrieden, meine Herrn? (Nein! nein!) Dann werden Sie später ganz einfach *per majora* zu entscheiden haben, wie die Reichsbank sein soll, und ich bin der Ansicht, dass die Frage, wie sie beschaffen sein soll, eines der am wenigsten schwierigen von allen denjenigen Problemen ist, welche dieses Gesetz uns heute entgegenbringt.

Meine Herren, wenn es sich so verhält, wenn man die preussische Bank, wie dies schon bemerkt worden ist, als den unvermeidlichen, geborenen Kandidaten der zukünftigen Reichsbank ansieht, dass also auch eine ganze Reihe von wichtigen Fragen und Zweifeln von vornherein gelöst sind, dass es sich bloss darum handelt, zu wissen etwa: soll die künftige Reichsbank monopolistisch bestehen neben anderen Banken, — so werden wir die Lösung auf Grund unserer Gesetzgebungspraxis gar leicht herbeiführen können. Wir sind nicht gewohnt im Deutschen Reiche, mit kühnen Neuerungen so krass einzugreifen, dass wir beispielsweise eine monopolistische Bank einzusetzen wagen würden mit Unterdrückung aller bestehenden Banken; ich glaube, dass das niemandem einfällt, auch demjenigen nicht, der, wenn *tabula rasa* in der Sache wäre, meinte, dass eine einzige Bank besser wäre. Also das scheint von vornherein

beantwortet. Die Bank, die wir in Deutschland schaffen sollen als gemeinsames Institut, sie wird berechtigt sein, überall zu agieren, sie wird überall das Bürgerrecht besitzen, sie wird überall sich nützlich machen können; sie wird aber kein anderes der bestehenden Institute, insofern es nützlich sein kann, verhindern, sich nützlich zu machen, und sie wird dahin wirken, dass da, wo Hindernisse im Wege stehen, durch Verständigung mit ihr gerade diese Hindernisse viel besser aus dem Wege geräumt werden, als durch gesetzliche Massregeln, die entweder den Charakter eines Zwanges oder einer unsicheren Mechanik an sich tragen. Und wenn deshalb diese Möglichkeit nach meiner Ansicht und nach der Ansicht der öffentlichen Meinung besteht, so frage ich, ob etwa legale Hindernisse vorhanden sind, dass man sofort die Reichsbank schafft durch Erweiterung der preussischen Bank. Hier ist mir nur ein einziges legales Hindernis bekannt, nicht gegen das Monopol der Bank, sondern gegen das gleichzeitige Wirken der Bank auf dem gemeinsamen deutschen Gebiete; das wäre ein Privilegium, wie es jetzt die bayerische Hypotheken- und Wechselbank besitzt; meines Wissens ist dies das einzige Privilegium auf dem gesamten deutschen Gebiete. Hätten wir zu erfahren gehabt, dass Bayern dieses Privilegiums wegen Schwierigkeiten macht, so würden wir vielleicht einigermassen davor zurückgeschreckt sein; soweit ich aber die thatsächlichen Verhältnisse bis vor drei Monaten kenne, wage ich geradezu zu behaupten: keine deutsche Regierung vielleicht war so geneigt, auf Verhandlungen wegen einer Reichsbank einzugehen, als die bayerische Regierung selbst. Meine Herren, man hat ja, wenn man sich für einen Gegenstand lebhaft interessiert, immer Gelegenheit genug, die Meinung der massgebenden Kreise kennen zu lernen, und ich habe mich auch redlich bemüht, zu erfahren, wie die Dinge stehen. Nun fürchte ich gar keinen Widerspruch, wenn ich behaupte: schon die Schwierigkeiten, die bei Artikel 18 des Münzgesetzes auftauchten, die Bedenklichkeiten, die sich erhoben bei Erlass des Reichspapiergeldgesetzes, kamen hauptsächlich daher, dass Bayern wegen der Bankgesetzgebung beunruhigt war, und dass in den Gedanken der bayerischen Staatsmänner durchaus die Meinung, dass eine Reichsbank mit einem entsprechenden Nutzen für das Reich einzusetzen sei, dass dieser Gedanke

durchaus kein abgewiesener war; soweit ich zu beurteilen im stande war, und wenn mich meine Sinne und mein Gehör nicht vollständig getäuscht haben, so war eine vollkommene Willfährigkeit in diesem Sinne bei Bayern vorhanden. Und nun, meine Herren, wenn die einzelnen legalen Schwierigkeiten demnach meines Erachtens auf kein unbesiegbares Hindernis stiessen, so frage ich: ist eine praktische Schwierigkeit vorhanden, dass man eine Bank einsetzt, die Gültigkeit hätte neben den anderen Banken, die bereits bestehen? Und hier kann ich mich auf die Thatsache in der ganzen Welt, wo Banken bestehen, berufen. Die Geschichte der französischen Bank, der englischen Bank, der belgischen Bank, sie sind nichts anderes, als die Konstatierung der Thatsache, dass eine grosse Centralbank ganz glücklich und nützlich und rechtlich bestehen kann neben älteren Banken; nur muss man sich allerdings mit derjenigen Person verständigen, welche von vornherein die wichtigste Rolle in der ganzen Sache spielt. Man muss es machen wie andere Regierungen, die in einem solchen Falle das Einverständnis zunächst gesucht haben, statt Hindernisse zu erwarten und, vor ihre Legislative tretend, erst auf die Schwierigkeiten hinzudeuten, die künftig entgegentreten könnten. Meine Herren, als die belgische Regierung — ich glaube, es war im Jahre 1850 — zwei bestehenden Banken gegenüberstand, und eine Nationalbank ins Leben treten sollte, verfuhr sie so, dass sie einen provisorischen Vertrag mit den bestehenden Banken abschloss, dass sie dann vor das Parlament trat, den Organisationsplan der neuen Bank vorlegte und dann auf Grund der Genehmigung dieser provisorischen Traktate zu dem Gesetz überging. War es nicht möglich, meine Herren, mit Preussen auf ähnliche Weise zu verfahren? war die Zeit, die nötig war, um ein so kunstreiches Gewebe auszuarbeiten, wie es der gegenwärtige Gesetzentwurf und die Verständigung mit den verschiedenen Regierungen erforderte, — war sie nicht gegeben, nachdem schon so lange von der Sache gesprochen war, um ein Einverständnis mit Preussen herbeizuführen? Meine Herren, wenn das nicht möglich war, so hätte ich wenigstens das Zeugnis vernommen, dass man sich zwar Mühe gegeben hätte, sich mit Preussen vorläufig zu verständigen, dass dies aber leider aus irgend einem Grunde an dem hartnäckigen Widerstand Preussens

gescheitert sei. Wir hätten vielleicht als Reichstag kein Recht gehabt, Preussen darüber zur Rede zu stellen, denn ich kenne hier keinen Vertreter einzelner Regierungen, sondern nur Vertreter der Bundesregierung des Deutschen Reichs, — allein im preussischen Landtage hätte man vielleicht Aufklärungen über die Sache bekommen, und eventuell wären sie derart ausgefallen, dass wir das Deutsche Reich zur Rede hätten stellen können: warum hast du nicht rechtzeitig mit der preussischen Bank dich verständigt? Die preussische Bank, wenn Sie sich dieselbe als Individuum vorstellen, hat doch wohl auch etwas zu sagen, und da wissen wir, wenigstens wird dies von allen Seiten berichtet, dass sie darauf gefasst war, Reichsbank zu werden. Ich bin fern davon, Preussen exproprieren zu wollen in einer Weise, durch die sein Interesse vielleicht geschädigt werden könnte; ich will mich auch nicht einmischen in die Frage, wie es sich mit seinen Bankaktionären abfinden soll, — das ist Sache der preussischen Regierung. Meiner Ansicht nach hätte Preussen unrecht, die Aktionäre recht- und besitzlos zu stellen. Allein das ist seine Sache; und sollte es vielleicht ein Präcipuum verlangen von dem Reich dafür, dass es ein so kostbares und gedeihliches Institut ihm als ein fertiges Ding in den Schoss legt — nun, meine Herren, darüber kann man verschiedener Meinung sein, vielleicht wehrt sich das preussische Ehrgefühl dagegen, eine Belohnung anzunehmen (Heiterkeit); aber ich glaube, von seiten derer, die dieses köstliche Gut zu erwerben wünschen, würde vielleicht die Zahlung einer Prämie für dasselbe auf keinen unwiderstehlichen Widerstand stossen. Ich glaube also, meine Herren, auch aus diesem Grunde können die Hindernisse, welche der sofortigen Durchführung der Reichsbank entgegenstehen, nicht als genügende Erklärung der gegenwärtigen Vorlage dienen.

Was mich anbetrifft, so glaube ich nicht bloss, dass die lebendige Thätigkeit eines Centralinstitutes in den schwierigen Verhältnissen, denen wir entgegengehen, unentbehrlich sein werde, dass gerade die Ziele, welche der Gesetzentwurf sich vorsetzt, und welche uns vorhin der Herr Präsident des Reichskanzleramts so nachdrücklich wiederholt hat, nämlich die Beschränkung des ungebührlichen Verkehrs in Banknoten, viel besser als durch den Mechanismus, der in diesem Gesetzentwurf

so klüglich auseinandergesetzt ist, erreicht werden können durch das Bestehen einer überall waltenden Reichsbank. Und, meine Herren, wenn Sie sich davon überzeugen wollen, so fragen Sie einmal die Direktoren der kleinen Banken, die Misswirtschaft getrieben haben, ob sie sich mehr fürchten vor dem kalkulatorischen Exempel, das in diesem Gesetzentwurf steht und das sie in Zukunft einschnüren soll, oder vor einer Reichsbank, die Wache über sie halten wird und jede Ausschreitung sofort mit einer Repressalie in das richtige Mass zurückweisen wird. Sie fürchten sich weit mehr vor der Reichsbank, und wir sind viel mehr gedeckt vor allen Gefahren durch die Reichsbank, als durch die noch so stark ausgesponnenen Netze, die Sie jetzt über die einzelnen Banken werfen wollen.

Ist demnach praktisch meiner Ansicht nach der Entwurf unbrauchbar für diesen Mittelpunkt, so glaube ich auch, dass er sich gesetzgeberisch nicht der scharfen Kritik entziehen kann. Zunächst darf ich wohl an eines erinnern. Der § 3 des Gesetzes über das Reichspapiergeld bestimmte, dass die Massregeln über provisorische Zuteilung von einem Plus von Papiergeld an die Einzelstaaten nur gegeben werden für die Eventualität, dass man sich mit einer Reichsbank nicht verständige über künftige Verwaltung dieser Vorschüsse. Er sah also in einer sehr bezeichnenden Weise vor, dass es eine hervorragende Aufgabe der künftigen Bank sein werde, für Einziehung dieses Plus zu sorgen, dafür zu sorgen, dass der zu grossen Ausgabe auch von Staatspapiergeld — die nicht minder gefährlich ist als die von Bankzetteln, im Gegenteil, die noch gefährlicher ist — entgegen getreten werde, er hat deshalb einen Wechsel auf das künftige Bankgesetz gezogen; und nun frage ich, meine Herren, wo ist denn in diesem Gesetze die Honorierung dieses Wechsels? In dem Entwurf, wie er dem Bundesrat vorgelegen hat, war am Ende des Artikel 15 ein Paragraph, der vorsah, dass die einzelnen Banken, welche den Regierungen ihre Vorschüsse von Papiergeld abnahmen, um es einzulösen, das Recht haben sollten, ein Äquivalent an Bankzetteln auszugeben. Der Paragraph ist aber im Bundesrat gefallen, und ganz begreiflich; denn er hatte nur eine Wirkung für die preussische Bank, welche die Operation bereits früher gemacht hat und jetzt das Plus von

15 Millionen Mark als einen Vorteil erhalten hätte — ein Vorteil, den ich ihr ja gönne, der aber nicht mit dem in Harmonie steht, was für die übrigen Banken in Aussicht gestellt war. Denn welcher Reiz bestand dann für die anderen Banken, das Papiergeld ihres Staates einzulösen und Zettel dafür auszugeben? — Nicht der allerentfernteste! Es war nur eine Gefahr damit verbunden. Sicher waren sie, dass sie das Papiergeld ihres Staates einziehen mussten, sicher waren sie, dass sie ein Äquivalent von kleinen Bankzetteln ausgeben durften; aber waren sie auch sicher, dass sie sie wirklich an den Mann brachten, waren sie sicher, dass sie sie zu gleicher Höhe an den Mann brachten? — Und wo war selbst dann der Lohn? Sie hatten das Geld mit der einen Hand hergegeben, mit der anderen empfingen sie es wieder.

Der Paragraph fiel deshalb, weil er gänzlich zwecklos war; und nun sehe ich in dieser wichtigen Versprechung, dass die künftige Bankgesetzgebung einen Boden für das Reichspapiergeld geben sollte, den Übergang dazu bieten sollte, dass meines Erachtens in Zukunft auch die Einlösung des Papiergeldes durch die Bank besorgt werden sollte, — an diesem Punkt, sage ich, ist das Gesetz heute bankerott geworden, es hat absolut keine Antwort auf diese Frage gegeben und beweist schon dadurch, dass es nicht den Verpflichtungen der Reichsgesetzgebung, wie sie bisher gegeben sind, entspricht.

Aber das ist leider nicht mein einziges Bedenken dieser Art gegen den Gesetzentwurf. Er hat auch sonst gesetzgeberisch meiner Ansicht nach eine solche Gestalt, dass, wären auch die ökonomischen Bedenken nicht, wir uns mit ihm durchaus nicht versöhnen könnten. Er unterscheidet, meine Herren, in den Restriktionen, die er künftig den einzelnen Banken auferlegen will, solche, die im Namen des allgemeinen Interesses und von Rechts wegen ihnen, ob sie wollen oder nicht, sollen auferlegt werden, und solche, welche ihnen nur insofern vorgeschrieben werden sollen, als sie sich freiwillig denselben unterwerfen. Ist die Grenze zwischen den verschiedenen Kategorien von Beschränkungen dieser Art wirklich so gezogen, dass sie logisch und gesetzlich verantwortbar ist? Meine Herren, ich muss das im hohen Grade bezweifeln; ich glaube, dass diese Anordnung — gesetzgeberisch und juristisch — in hohem Grade anfechtbar

ist. Wenn beispielsweise im § 7 des Gesetzes, der sich ja als ein unbedingter hinstellt, das Acceptieren von Wechseln und das Abschliessen von Zeitgeschäften verboten ist, so ist das für mich vom Standpunkte der richtigen Bankgesetzgebung, der Gesetzgebungspolitik aus vollständig gerechtfertigt. Allein, meine Herren, wollen die Regierungen wirklich die hohe Achtung der bestehenden Privilegien so wörtlich auslegen, wie sie es nach der Konstruierung der §§ 19 und 20 thun zu wollen scheinen, so kommt es mir vor, als müssten sie auch vor § 7 zurückschrecken, als dürften sie auch den Banken, welchen das Privilegium gegeben ist, Wechsel zu acceptieren, wie das seit Jahren z. B. die Meininger Bank mit einem Kapital von 16 Millionen in reichstem Masse in Frankfurt ausgeführt hat, dieses Recht nicht entziehen, und sie setzen sich in Widerspruch mit sich selber, indem sie das eine von Rechtswegen absolut diktieren und das andere nicht.

Meine Herren, ich habe in diesen Dingen, wenn wir den Missbräuchen der früheren Praxis, wie sie sich bei den kleinen Staatswesen bei uns ausgebildet haben, entgegentreten müssen, immer das *fair play*, den geraden Weg, vorgezogen, zu sagen: das ist nicht mehr verträglich mit den Institutionen und dem Gedeihen des neuen Deutschen Reichs und muss verschwinden, und jenes ist noch zulässig. Auf das Auslegen von juristischen Gründen habe ich mich in dieser Weise nie eingelassen, und beispielsweise, wenn ich dafür bin, dass den Banken in Zukunft nur erlaubt würde, Hundertmarknoten und keine kleineren auszugeben, so habe ich nie den Grund acceptieren können, den ich oft habe vorbringen hören, dass, weil das Privilegium früher in Thalern und Gulden gegeben worden sei, man aus diesem Grunde nun vorschreiben könne, welche Noten in Mark sie ausgeben dürften. Meine Herren, ich habe das immer für eine Chikane gehalten, die der deutschen Gesetzgebung unwürdig ist (sehr richtig!), und ich bin der Ansicht, dass wir in der Abgrenzung derjenigen Fakultäten, die wir den Banken in Zukunft noch lassen sollen, abermals in gleich offener und gerader Weise verfahren müssen; und deshalb will ich keine Wolfsfallen stellen, in die sie rennen müssen, wenn man das, was ich als ein Hoheitsrecht auf der einen Seite schildere, auf der anderen Seite als eine strikte Auslegung ihres Privilegiums

zu beiden Seiten aufbaut, sondern ich will ihnen sagen, gewisse Zustände sind so verändert, dass eure alten Privilegien so und so weit auf sie nicht mehr passen, und gewisse Zustände sind noch so, dass eure Privilegien bestehen können. Beispielsweise, meine Herren, Sie haben in Artikel 18 den Fall vorgesehen, dass eine Notenbank sich den Vorschriften der Artikel 19 und 20 nicht unterwirft, und haben sie für diesen Fall in die Lage gesetzt, auf ihre alte Gebietsgrenze vor dem Jahre 1870 mit ihrem Notenrecht beschränkt zu bleiben. Meine Herren, wenn Sie das Ding recht strikt hätten machen wollen, so hätten Sie das auch anwenden müssen auf die hannoversche und frankfurter Bank, und Sie hätten das schöne Ziel erreicht, dass Sie, nachdem wir zu unserer Freude im Jahre 1866 das Königreich Hannover und die Republik Frankfurt mit dem Deutschen Reiche vereinigt haben, durch die Bankgesetzgebung das Königreich Hannover und die Republik Frankfurt wiederhergestellt hätten. Glücklicherweise ist das vermieden; aber, meine Herren, nicht gering scheint mir die politische und gesetzgeberische Vorsicht, wenn wir nun andere Landesgrenzen, andere Gebietsgrenzen im Deutschen Reiche ziehen, wo sie nicht mehr bestehen sollen seit unserer Reichsgesetzgebung vom Jahre 1871. So wenig ich noch heute eine Landesgrenze von Frankfurt oder von Hannover anerkennen kann, so wenig kann ich heute eine Gebietsgrenze des Verkehrs innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches anerkennen. Ich weiss nichts mehr von einem Herzogtum Meiningen, ich weiss nichts mehr von einem Grossherzogtum Sachsen, wenn sie hier in Verkehrsdingen vor das Reich kommen; hier kenne ich nur das auch im Interesse seines grossen Handels- und Gewerbeverkehrs geeinigte Deutschland, — diese alten Grenzen wieder herzustellen, halte ich so zu sagen für ein Majestätsverbrechen an der Schöpfung des Deutschen Reiches, und deshalb glaube ich, dass die Vorschriften, welche einzelne Banken bedrohten mit der Einschränkung ihres Geschäftsverkehrs auf ihr altes Gebiet vor dem Jahre 1870, nicht in dem Gesetze stehen bleiben können. Ich glaube es aber nicht bloss, weil solche Vorschriften meiner Ansicht nach das Gesetz legislatorisch verunstalten, sondern auch, weil sie praktisch unwirksam sind. Ich habe seiner Zeit mit dem Herrn Kollegen August Reichensperger, glaube ich, einen kleinen Strauss darüber ge-

habt, als wir die Cirkulation gewisser Münzen bei Strafe in dem Münzgesetze verbieten wollten. Er hat damals gegen mich die Ansicht verfochten, — und ich glaube, es war nicht die schlechteste Sache, die er damals verfocht, (Abgeordneter Dr. Reichensperger-Crefeld: Bitte sehr! — Heiterkeit) — dass man eine Cirkulation nicht mit Strafe belegen könne, dass dies ein vergebliches Unternehmen sei. Nun, meine Herren, Not kennt kein Gebot. Wir mussten uns zu diesem allerdings nicht sehr schmackhaften Gesetzesartikel verstehen und damals z. B. die österreichischen Silbermünzen selbst eventuell bei Strafe verbieten. Aber etwas ganz anderes wäre es, ein deutsches Papier, ein Papier, dem wir sein rechtliches Bestehen innerhalb der Gebietsgrenzen des Landes nicht bestreiten können, nunmehr wirksam verbieten zu wollen. Wir haben ja die Erfahrung gemacht, meine Herren, wir wissen es ja: zu einer Zeit, wo Deutschland viel weniger in Verkehrssachen geeinigt war, zu einer Zeit, wo der Verkehr durchaus nicht so entwickelt war, hat man sich bemüht, diese Verbote zu erlassen, sie sind heute noch erwähnt worden, und ich möchte den Menschen hören, der mir sagte, dass sie auch nur im allergeringsten Masse wirksam waren; sie sind vollständig vergeblich; sie können nur dazu dienen, die Gesetzgebung zu kompromittieren und ihr Ansehen zu erschüttern, weil sie vollständig wirkungslos sind. Ich sage also, gerade dieser Punkt, auf den das Gesetz überhaupt Wichtigkeit legt, weil er ein Drohungsmittel gegen die Banken ist, ist hinfällig, hat in meinen Augen nicht die geringste praktische Bedeutung. Noch viel mehr steht es so mit demjenigen Gesetzesartikel, der namentlich will, dass den Banken, die sich nicht unter die Artikel 19 und 20 beugen, das Geschäftsgebiet beschränkt werden soll, dass sie nicht im deutschen Ausland, das wir auf diese Weise rühmlicher Weise wiederherstellen würden, Geschäfte machen oder sich daran beteiligen könnten. Ja, meine Herren, allen Respekt vor der Klugheit, vor dem Scharfsinn, mit dem dieser Gesetzentwurf ausgearbeitet ist; aber einen Wettlauf der Schlauheit mit den Geschäftsleuten anzufangen, das ist denn doch ein ganz anderes Ding (Heiterkeit), und es ist umso gefährlicher, wenn Sie denken, dass Sie heute ihr Gesetz ausarbeiten und sich dann ruhig darauf müssen schlafen legen, während Sie während der ganzen vollen

zehn Jahre allen denen, die auf Umgehung des Gesetzes Tag und Nacht spekulieren, die Fortspinnung Ihrer Gedanken und Aktionen preisgeben müssen. Was mich betrifft, so halte ich auch die Beschränkung der Geschäftsthätigkeit in dem Sinne, wie der Artikel 20 im Auge hat, für vollständig wirkungslos; und um Ihnen nur ein Beispiel aus der Praxis zu geben: jede Bank kann ja einfach das thun, was heute so viele schon thun, sie beteiligt sich nicht, z. B. wenn sie bloss das Recht hat, in Meiningen zu sitzen, geradezu bei einem Geschäftshaus in Hamburg, sondern sie macht mit einem Geschäftshaus einen festen Kontrakt, dass es alles dasjenige für sie thut, was sie nur selbst thun könnte, wenn sie an Ort und Stelle wäre; und so weit ist diese Kunst schon ausgebildet, dass man gar nicht einmal sogenannte Kommissionen dafür bezahlt. Man bezahlt ein fixes Pauschquantum, so und so viel tausend Thaler, und dafür macht das Geschäftshaus dieser Bank die Geschäfte, vertritt die Bank, gerade als wäre sie eine Filiale, ohne eine andere Belohnung. Meine Herren, wie wollen Sie diesem Gebahren entgegentreten mit Ihrem Artikel 20? Er wird rein ohnmächtig zu Boden fallen! —

Und nun, meine Herren, wenn ich deswegen auch legislatorisch ebenso starke Bedenken habe, so sind das immerhin noch nicht die stärksten, welche ich gegen das Gesetz überhaupt hege; so sehr ich aus speziellen Gründen dasselbe für unpraktisch, für unausführbar, ja geradezu für gemeinschädlich halte, so sehr stelle ich doch noch das Bedenken über alle die praktischen Bedenken, welches aus der politischen Natur dieses Gesetzes folgt. Ich habe bereits gesagt, dass ich es für verwerflich halte, für eine Versündigung an dem neu geschaffenen Deutschen Reich, in demselben Gebietsgrenzen wieder aufrecht halten zu wollen; ich halte es für eine noch grössere Versündigung, dass man in der Konfektion des Gesetzes appelliert hat an den partikularistischen Eigennutz der einzelnen Regierungen (sehr wahr! links), dass man die Regierungen, die uns die Absicht und den Willen, eine Reichsbank zu machen, entgegenbrachten, zurückgewiesen hat mit Hinweis darauf, in ihrem Sonderland ihre besonderen Interessen im Gegensatz zum Reiche zu suchen, dass, während wir, seitdem das Deutsche Reich besteht, darauf hinarbeiten, die Wege für eine einfache Verkehrsart, für gleiche

Münze, deswegen auch für gleiche Banknoten, die ein Äquivalent für die Münze sind, herzustellen, der Entwurf nicht bloss die Regierungen und die einzelnen Landesgruppen und jedes Partikularinteresse aufgefordert und gewissermassen gezwungen hat, sich in ihre vier Pfähle einzupferchen, sondern dass er auch jede Sonderbildung befestigen und die Privilegien ausdehnen soll, wie er es mit Bayern im Sinne hat. Hier ist merkwürdigerweise, während wir auf der einen Seite stets den Gedanken haben, die preussische Bank zu einer Reichsbank auszubilden, Bayern, nachdem wir drei Jahre lang verhindert haben, neue Noten emanieren zu lassen, ein neues Notenprivilegium in den Schoss geworfen, — hier ist es aufgefordert, eine neue Bank zu gründen und einzurichten, sie so zu befestigen und zu entwickeln, dass, wenn wir nach zehn Jahren mit dem gemeinsamen Gedanken an ein wohleingerichtetes Centralinstitut erscheinen, wir tief eingewurzelten und fest krystallisierten Verhältnissen gegenüberstehen, aus deren Bestand man uns die Argumente entgegenhalten würde, dass man den besonderen Interessen nicht mehr entgegentreten könnte. Das scheint mir die schwächste Seite des Gesetzes zu sein; das bereitet ein *bellum omnium contra omnes* vor, der Art, dass jedes deutsche Land einzeln dastehen wird, mit den einzelnen Instituten und gestützt auf Regierungen, welche sich für verpflichtet halten werden, die einzelnen Institute zu schützen. Wir haben bereits ein Vorspiel gehabt von dem, was zu erwarten ist, in den Verhandlungen über die Normalsumme, welche an ungedeckten Noten in den einzelnen Ländern respektive Banken gestattet werden soll; wir haben die Abänderungen gesehen, welche nicht ohne Zusammenhang waren mit dem Wunsche, diese oder jene Regierung abzufinden, damit sie dem Regierungsentwurfe beistimmte. Wir werden, wenn wir diesen Gesetzentwurf durchführen, mit jedem Tag, den das Gesetz besteht, einen Apell an den centrifugalen Partikularismus der einzelnen Staaten im Verkehr von neuem hervorrufen.

Ich freue mich, dass wir heute die Ehre haben, den Herrn Reichskanzler in Person dieser Debatte beiwohnen zu sehen; er hat uns nicht immer bei Verhandlungen dieser Art mit seiner Gegenwart beehrt, und ich weiss, dass wir es in der rühmlichen Weise auszulegen haben, dass er aus Bescheidenheit zu erkennen

giebt, Dinge, von denen er glaubt, nicht genug zu verstehen, lege er besser auf andere Schultern. Ich fürchte aber, meine Herren, wenn er sich nicht für diese politische Seite unseres Gesetzes lebhaft interessiert, wenn er sie nicht zu seiner eigenen Sache macht, so wird er denen Argumente liefern, die ihn bisher in einem anderen Punkte sehr stark bekämpft haben; er wird denen Argumente liefern, welche behaupten, dass die Organisation des Reichs schadhaft sei, wenn kein verantwortlicher Reichsminister für jedes Departement besteht. Er vertritt ja die entgegengesetzte Ansicht, wie wir wissen, mit sehr geistreichen Gründen, und jedes Mal, wenn man sie liest, kann man sich von ihnen angezogen fühlen. Kommt man aber einer so praktischen Aufgabe gegenüber, wie der gegenwärtigen, so steigen doch wieder Zweifel auf, ob nicht das Interesse prävaliere, welches verlangt, dass für jede Spezialaufgabe des Reichs auch ein verantwortlicher Minister da sei. Denn, meine Herren, wir verstehen ja die Verantwortlichkeit der Minister nicht in dem Sinne, dass man sie köpft, wenn sie die Verfassung verletzen — (Heiterkeit), das ist nicht deutsche Art, und meines Wissens ist nur einmal im Deutschen Reiche, im Herzogtum Württemberg vor 2—300 Jahren, ein Kanzler enthauptet worden wegen Verfassungsverletzung. Wir verstehen unter der Verantwortlichkeit das moralische Einstehen für das richtige Handeln, für die richtige staatliche Thätigkeit, das Verantworten vor dem Geiste der Nation, vor ihrem Gedeihen. Und nun, meine Herren, genügt nicht die juristische Verantwortung. Es muss zusammenfallen ein gewisser Grad von Verständnis mit dem Einstehen für die legale Seite der Sache; es muss, da von einem Minister nicht verlangt werden kann, dass er alle Details seines Ressorts versteht, wenigstens eine Fühlung bestehen für die Wichtigkeit, welche gewisse spezielle Angelegenheiten des Reiches haben, indem sie von rein sachlichen Interessen zu grossen politischen werden, und diese Fühlung, dass sie der Herr Reichskanzler sich im höchstmöglichen Masse für dieses Gesetz aneigne, darum möchte ich ihn dringend im Interesse seiner eigenen Schöpfung im Reiche gebeten haben. Wir haben ihn schon einmal hier bei Münz- und Verkehrsangelegenheiten dieser Art sprechen hören. Wir wissen ja, dass er sich für das Reichseisenbahnamt, das im Verhältnis zur politischen Bedeutung der

Bankeinheit eine Kleinigkeit ist, lebhaft interessiert hat. Wir haben ja in der Verfassung den Pfennigtarif stehen, was wirklich komisch wäre, wenn es nicht symbolisch auszulegen wäre in dem Sinne, dass das Reich sich identifiziert mit den materiellen Interessen der Nation und auch in ihrer Förderung die Garantien seines Bestehens findet. Wir haben den Kanzler speziell bei der Münzfrage sich erheben sehen, einen Punkt zu verteidigen, der eine politische Bedeutung hatte: ich darf wohl heute daran erinnern, dass, als es sich um die Frage handelte, ob das Bildnis des Landesfürsten auf unseren Goldmünzen ausgeprägt werden sollte, er gegenüber der Opposition, die sein nachmaliger Botschafter, Graf Münster, machte, sich erhob und bat, hier nicht monetarische Rücksichten gelten zu lassen, sondern grosse politische. Er sprach damals die denkwürdigen Worte: *Nolite turbare circulos meos.* Nun, meine Herren, ich habe ihm damals keine Opposition gemacht, habe mir seine politischen Rücksichten gefallen lassen, nach seinem Wunsche in der Sache gestimmt; aber heute sage ich ihm, es handelt sich nicht mehr bloss um Verwirrung seiner Kreise, wenn der Geist des Partikularismus, der in diesem Gesetze steckt, entfesselt wird, sondern dass der Kreis, den er so glücklich im Reiche geschlossen hat, wieder aufgebrochen wird, und dass man dann nicht seine Zirkel bloss turbiert, sondern für die Zukunft einreisst. (Bravo! links.)

VIII.

Die Entthronung eines Weltherrschers.

(1876.)

Vorbemerkung.

In der Ausgabe seiner gesammelten Schriften, in deren IV. Band die beiden folgenden zuerst in der „Deutschen Rundschau" veröffentlichten Abhandlungen Aufnahme gefunden haben, hat Bamberger dieselben mit folgender Vorbemerkung eingeleitet:

Diese beiden Abhandlungen liefern einen Ausblick nach Vorwärts in den Kampf um die Währung, welcher in den seit der Abfassung verflossenen zwei Jahrzenten so grosse Dimensionen angenommen hat. Sie bieten mehr als ein lediglich historisches Interesse, weil sie an der Schwelle der grossen kulturgeschichtlichen Evolution beinahe alle Fragen auswerfen, welche im Verlauf des langen folgenden Zeitraums zur Sprache gekommen sind und in ihrer Argumentation die Probe auf die Richtigkeit der zum Ausdruck gebrachten Ansichten anzustellen ermöglichen. In allen Hauptsachen hat der Gang der Thatsachen die hier vorausgesagte Entwicklung noch viel schneller und entschiedener gezeitigt, als ich erwartet hatte. Die Fehler, welche durch zu kleinliche und langsame Behandlung der Silberabstossung im Deutschen Reich begangen wurden und denen die im Jahre 1879 durch den Fürsten Bismarck veranstaltete unverdauliche Thorheit der Einstellung der Silberverkäufe die Krone aufsetzte, die durch Professor Süss in Schwung gekommene Prophezeiung eines demnächst bevorstehenden Versiegens der Goldproduktion sind hier gerade so gewürdigt, wie sie sich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre herausgestellt haben. Die Vergleichung der zur Zeit ihres ersten Auftretens vielleicht kühn erscheinenden Auffassung mit dem heutigen Stand der Dinge mag zur Beleuchtung des theoretischen Streits einen nicht überflüssigen Beitrag liefern.

Dezember 1895.

L. B.

Die Entthronung eines Weltherrschers.*)

> Auch alle Trinkgeschirre des König Salomon waren golden und alle Geschirre im Hause des Waldes Libanon waren feines Gold, denn zu den Zeiten Salomons achtete man das Silber gar nicht.
> (B. d. Könige I. 10. 22.)

I.

Im Schosse der Reichstagskommission, welcher die neue deutsche Konkursordnung vorlag, gab ein im Entwurf gebrauchtes Wort Anlass zu einem Bedenken eigentümlicher Art. Bei dem Abschnitte nämlich, der die Veräusserung von Hab und Gut des Gemeinschuldners regelt, warf ein Mitglied die Frage auf: ob es denn fernerhin auch gerechtfertigt wäre, dass man sich des im Gesetze gebrauchten Ausdrucks „versilbern", im Sinne von zu Gelde machen bediene? Der Redner berief sich darauf, dass nach der deutschen Reichsmünzordnung aus Silber nicht mehr vollbürtiges Geld, sondern nur ein untergeordnetes Ausgleichsmittel gemacht werde, und dass man, um mit dem Bilde nicht hinter der Wahrheit zurückzubleiben, nunmehr auch in der Sprache vom „Versilbern" zum „Vergolden" übergehen müsse. Dem sachlichen Inhalte nach war die Bemerkung ganz gewiss berechtigt. Soweit dagegen es sich um die blosse Form handelte, lag die Erwiderung nahe, dass gar viele Wörter über ihren ersten sprachlichen Sinn im Laufe der Zeit hinausgegangen sind, ohne dass der stehen gebliebene ursprüngliche Laut An stoss oder Irrtum bereitete. Vielmehr gleitet im täglichen Ge brauch der buchstäbliche Sinn des Ausdrucks so leicht und unbeachtet am Ohr vorüber, dass erst nach absichtlich erregter Aufmerksamkeit der Gedanke längs des Weges zurückgeführt

*) Aus der „Deutschen Rundschau", III. Jahrgang, Heft 2, 1876.

wird, welcher zwischen dem Ursprung des gebrauchten Bildes und seiner dermaligen Verwendung liegt. Solche Sinnverschiebungen bezeichnen den Gang menschlicher Entwicklung auf den mannigfaltigsten Gebieten. Schwerlich dachten die Römer der Kaiserzeit bei dem Worte *aestimare* noch daran, dass es von hause aus bedeutete: den Wert eines Gegenstandes in seinem Gewicht an Erz oder Kupfer abschätzen, und sie wendeten es ruhig auch auf jede Veranschlagung in Gold oder Silber, ja, von da weiter gehend bloss figürlich an. Vielleicht, dass nach Jahrhunderten beim Wort „versilbern" einem Sprach- oder Geschichtsforscher der Verdacht auftauchen wird, es heisse dasselbe darum so viel wie verwerten, weil in alten Zeiten das silberne Geld die Grundlage des Tauschverkehrs gebildet habe. Aber der Rückblick auf jenen altrömischen Sprachgebrauch erweckt in uns eine Gedankenreihe nicht mehr bloss etymologischer Natur. Es kann also, sagen wir uns, ein Metall bis zu dem Grade die Verkörperung des allgemeinen Tauschwertes geworden sein, dass die menschliche Vorstellung in Gestalt der Sprache dasselbe schlechthin als den endgültigen Wertmesser behandelt; wie *argent* im Französischen nicht nur Silber sondern auch Geld bedeutet; und es kann dennoch ein solches Metall durch die historische Entwicklung aus seinem hohen Berufe verdrängt und zum Material für den allgemeinen Wirtschaftsdienst degradiert werden. Was uns die Sprache in Ausdrücken wie *aestimare*, *aes alienum*, *per aes et libram* und zahlreichen Formen desselben Stammes bezeugt, das bestätigt nicht minder die Geschichtsforschung. Bis zur Periode der punischen Kriege waren Kupfer und Bronze das ausschliessliche Münzmetall der Römer, und erst von jenem Zeitabschnitt datiert der Gebrauch des aus Asien, Afrika und Griechenland herüber mehr und mehr an Stelle des Erzes vorgedrungenen Silbers. Und wohlbemerkt, Kupfer und Erz lieferten während jener älteren Periode nicht etwa den Rohstoff zu Tauschzeichen bloss konventioneller Natur, wie jene oft erwähnten Muscheln (*Cauries*) einiger Inselbewohner der indischen Meere; sondern sie bildeten eine wirkliche Valuta, eine Münze, deren Geltung ihrem metallischen Gehalt und Gewichte entliehen war. In der älteren Zeit und bei grösseren Zahlungen wurden Kupfer und Erz so ausgewogen, wie das Silber noch heute (sog. *Saisie* oder *Syce-see* Silber) bei den

Chinesen. Daher das Wort *expensa* für Auslagen, *stipendium* für Sold, *libripendes* für die Zahlmeister der Armee, daher ferner für das schwere Geld die Bezeichnung *aes grave*, *as libralis* etc. Auch andere mittelitalische Länder hatten diese Erzwährung, namentlich Etrurien und Umbrien. Die Thatsache steht übrigens nicht vereinzelt da. Im Elsass (erzählt z. B. eine Geschichte des Münzwesens) war am Ende des 10. Jahrhunderts der Pfennig die Kurrentmünze für gewöhnliche Einkäufe. Er bestand aus Kupfer, und 60 wogen eine Mark oder 120 ein Pfund. Der Preis eines Scheffels Weizen zu 60 Pfund war sieben solche Pfennige. Einen Beleg aus viel späterer Zeit, dass Kupfer seinem Inhalt nach als Zahlmittel und Wertmesser galt, liefert die Geschichte Russlands. Aus hundertfachen Beispielen wissen wir, dass die im Laufe der Zeiten eingetretenen Gewichtsverminderungen silberner und goldener Münzen zu unleidlicher Verwirrung und Beschwerde für Handel und Wandel geführt haben. Die russischen Münz-Annalen berichten, dass gleiche Ursache mit gleicher Wirkung am Kupfer erlebt worden ist. Im Jahre 1735, unter Kaiserin Anna, musste eine Münzreform durch Umkehr zu vollwichtiger Kupfermünze vorgenommen werden, ähnlich der, welche am Ende des vorausgegangenen Jahrhunderts in England zu Gunsten der Silbermünzen unter Newtons Leitung durchgeführt worden war. In Zukunft sollten danach zehn Rubel ein Pud Kupfer enthalten, und ein späteres Edikt (1757) setzte ausdrücklich das Wertverhältnis von Kupfer zu Silber fest, ganz so wie die Länder der Doppelwährung das Verhältnis von Silber zu Gold gesetzlich aufstellen.

Erz und Kupfer waren also einmal bei ausgebildetem Staats- und Verkehrsleben, wenn auch nicht gerade bei besonders verfeinerter Kultur, ein Edelmetall in dem Sinne, wie es jetzt bei uns Silber und Gold sind. Sie haben aber später in allen jenen erwähnten Herrschaftsbereichen diesen Rang verloren und sind in die Klasse der gemeinen Metalle herabgekommen. So neu und unerhört uns daher auch jetzt noch der Gedanke entgegentreten mag, dass dem Silber etwas Ähnliches geschehen möge, so zeigt uns doch jener Vorgang, dass dergleichen Entadelungen stattfinden, und daher unter gegebenen Umständen sich wiederholen können. Wenn wir uns von den allgemeinen Ursachen Rechenschaft geben, unter deren Ein-

wirkung ein solcher Niedergang sich vollzieht, so bieten sich bemerkenswerte Anhaltspunkte für die Vermutung, dass ein so tragisches Geschick im Fortschreiten der Menschheit dem Silber drohen könnte, und dass vielleicht dereinst, nach vollendeter Thatsache, die rückwärtsschauende Betrachtung der Dinge gerade auf der gegenwärtigen Epoche verweilen möchte als auf der, in welcher die ersten Anzeichen einer so grossartigen und tiefbedeutenden Umwälzung hervortraten. Ist es nicht schon an sich, und abgesehen von allen Konvulsionen, welche den Metallmarkt dermalen erschüttern, etwas höchst Bedeutsames, dass zum erstenmale die Frage aufgeworfen wird, ob nicht die eine der beiden Mächte, welche bisher gemeinsam die Welt beherrschten, durch die andere aus dem tausendjährigen Kondominium hinausgedrängt zu werden Gefahr laufe? Nun ist allerdings wahr, dass vor etwa einem Menschenalter auch das Reich des Goldes erschüttert schien. Als Ende der vierziger Jahre gleichzeitig die kalifornischen und australischen Goldfelder aufgeschlossen wurden, hörte man einzelne Warnungsstimmen, die eine tiefe Störung in dem bisherigen Gegenseitigkeitsverhältnis der Edelmetalle voraussagten und den Völkern den Rat erteilten, sich gegen die Wertverringerung des Goldes zu wahren. Dass sie damals sich irrten, steht heute fest, und es liegt nahe, denen, welche jetzt die gleiche Gefahr aus dem Silber drohend prophezeien, jenen Irrtum entgegenzuhalten zum warnenden Exempel vor allzu raschen und weittragenden Schlüssen auf diesem Gebiete.

Doch nur im ersten Zusammenprall entwickelt dieser Einwand eine gewisse rückstossende Kraft. Umsichtiger und ausdauernder Erwägung hält er nicht Stich. Zunächst, was ist mit dem Faktum bewiesen, dass einmal schon dieser oder jener wohlberufene Sachkenner sich in einem ähnlichen Fall geirrt hat? Nichts anderes, als dass jeder sich irren kann! Dazu bedarf es wahrlich keiner Belege. Diese Möglichkeit ist stillschweigend eingeschlossen in jeglichem Ausspruch, den menschliche Urteilskraft zu Wege bringt.

Jener frühere Vorgang entkräftet also die heute zu ziehenden Schlussfolgerungen nicht in anderem Sinne, als es der auch ohne ihn feststehende Satz thut: „Irren ist menschlich.“ Und darum ist er für das Mass des Vertrauens, welchen neue Unter-

suchungen derselben Art beanspruchen können, ohne Bedeutung. Ja man kann mit Recht sagen, dass jener vorausgegangene Fehlschluss, wenn überhaupt dazu angethan, auf den Kredit späterer Untersuchungen Einfluss auszuüben, vielmehr diesen späteren Vorschub leisten müsste. Denn die Lehre, welche das Exempel enthält, wird doch wahrlich am wenigsten verloren sein für die, welche von neuem an die gleiche Aufgabe herantreten. Sie mehr als jeder Aussenstehende werden sich vergegenwärtigen, was ihnen selbst oder ihresgleichen soeben passiert ist; ihre Aufmerksamkeit wird geschärft und geradezu hingelenkt sein auf die Klippen, an denen die Gefahr lauert. Am Tage, nach dem ein Eisenbahnunglück geschehen, sagt man, sei die Fahrt am sichersten, und es ist etwas Wahres daran. Doch alles dies, spreche es nun für oder gegen, ist nur äusserlicher Natur. Sehen wir der Sache selbst auf den Grund, so ergiebt sich mit noch grösserer Evidenz, dass gerade aus jenem früheren Irrtum der neuerdings festzustellenden Wahrnehmung ein Plus an Glaubhaftigkeit zuwächst. Zur Zeit, da mit einem male das Gold in nie dagewesener Fülle von allen Seiten aus den Eingeweiden der Erde hervorquoll und der Vorrat an diesem Metall in gewaltigen Verhältnissen sich steigerte, lag es nahe, den Schluss zu ziehen, dass auf lange hinaus eine Wertverminderung des Goldes im Verhältnis zum Silber und zu allen übrigen Dingen eintreten werde. Es geschah dies aber nicht, und daraus geht eben am deutlichsten hervor, dass der Beruf des Goldes als eines Weltmetalls ein unerschütterlicher ist. Wäre dieser sein Beruf nicht so tief und fest begründet in allen Lebensbedingungen der heutigen Zivilisation, so hätte es eben jene Probe nicht so siegreich bestehen können.

Schon die grosse, durchgehende, tausendjährige Bewegung giebt ihr beredtes Zeugnis in diesem Sinne. Die Geschichte der Edelmetalle weist abwechselnd Perioden vorwiegend reicher Zuflüsse bald von Silber, bald von Gold auf, und im einzelnen folgte das Wertverhältnis in seinen Schwankungen dem Gesetze des vermehrten oder verminderten Vorrats. Aber alle diese Wellenbewegungen durchzieht als konstante Richtung das Sinken des Silberwertes gegenüber dem Goldwert, mit dem Erfolg, dass an die Stelle eines ursprünglichen Verhältnisses von ungefähr 10 zu 1 nach und nach im Anfang unseres Jahrhunderts

das Verhältnis von $15\frac{1}{2}$ zu 1 getreten war.*) Und angenommen auch, dieses stetige Fortrücken wäre nur das Resultat eines in stärkerem Masse anwachsenden Silbervorrats, so würde das den Satz nicht umstossen, dass die Abweichung mit derselben Tendenz zuzunehmen bestimmt ist; denn die wirkende Ursache, das Anwachsen, ist durch eine vieltausendjährige Erfahrung zugleich als eine bleibende bestätigt. Aber die Erscheinungen der Neuzeit haben uns gezeigt, dass es nicht das Mass der Vorräte ist, welches in diesem Gegenseitigkeitsverhältnis den Ausschlag giebt. Während wir nämlich heute erleben, dass eine verstärkte Silberzufuhr den Marktpreis dieses Metalls um viele Prozente nach abwärts treibt, hat sich vor dreissig Jahren die massenhafte Ausbeute der kalifornischen und australischen Goldfelder über die Welt ergossen, ohne nennenswerte Veränderungen in dem Preise des Goldes nach sich zu ziehen. Man hat berechnet, dass in den ersten vier Jahren nach jener Entdeckung die jährliche Goldproduktion um das vierfache stärker war als in der entsprechenden vorhergehenden Periode. Trotzdem wich in derselben Zeit der Goldpreis, am Silber gemessen, kaum um zwei Prozent. Vergleichen wir damit die Ursachen und Wirkungen der heutigen Umwälzung! Die englische Parlamentskommission hat aufs sorgfältigste zusammengestellt, auf wie hoch das Mehrangebot von Silber in den Jahren 1871 bis 1875 veranschlagt werden müsse. Sie hat dabei nicht nur die Ausbeute der neu entdeckten amerikanischen Bergwerke, sondern auch die von Deutschland, Holland und Skandinavien abgestossenen Vorräte und endlich den Minderverbrauch des indischen Reiches mit in Rechnung gebracht. Das Ganze ergab auf die vier Jahre einen Gesamtbetrag von beiläufig 74 Millionen Pfund Sterling. Verglichen zu der Silbergewinnung der vier vorausgegangenen Jahre erweist sich dieses Mehr als eine Verdoppelung. Nun aber die Wirkungen! Während die Vervierfachung beim Golde dieses nur vorübergehend um nicht zwei Prozent hinabdrückte, hat hier die Verdoppelung beim Silber einen Sturz bis zu zehn Prozent herbeigeführt, auf welchen

*) Michel Chevalier meint, dass das Gesamtergebnis der amerikanischen Metallzuflüsse früherer Jahrhunderte die Getreidepreise verteuert habe in Silber um das sechsfache, in Gold um das vierfache (in seinem älteren Werke „*La monnaie*").

in den darauf folgenden Monaten ein neuer Sturz um abermals zehn Prozent folgen sollte. Und wohlbemerkt: es lässt sich gar nicht behaupten, dass moralische Einflüsse in dem einen Falle stärker aufgetreten wären, als im anderen. Die Sensation, welche ihrer Zeit die fabelhaft klingende Kunde aus Kalifornien und Australien über die Welt verbreitete, war mehr geeignet, eine starke Wirkung auf die Einbildungskraft der Menschen auszuüben, als die seit lange im Anzuge begriffene Idee von der Abschaffung des deutschen Silber-Kurants.

Es ergiebt sich aus allen diesen Beobachtungen, dass jede Vermehrung des Goldvorrats willig vom Verbrauch aufgenommen wird, weil derselbe mit steigender Zivilisation einen zunehmenden Bedarf nach diesem Material empfindet; dass umgekehrt jeder Zuwachs von Silber dem Markte eine Verlegenheit bereitet, weil bei dem abnehmenden Bedürfnis die Verwendung immer schwerer wird.

Wie überall, wo aus einer Mehrheit thatsächlicher Erscheinungen ein Schluss auf den zukünftigen Gang der Dinge gemacht werden soll, kommt es zunächst darauf an, diese Erscheinungen ihrer Natur nach zu scheiden, namentlich die zufälligen und bloss begleitenden von den in dem Grund der betreffenden Verhältnisse selbst wurzelnden loszulösen. Es braucht ja nicht erst besonders nachgewiesen zu werden, wie schwierig auf diesem Gebiet die Arbeit der Beobachtung, wie vielfach zusammengesetzt und dunkel die Massen und Bewegungen sind, um die es sich handelt. Genügt es doch, daran zu erinnern, dass allen Anstrengungen der Wissenschaft zum Trotz kein Land mit Gewissheit feststellen kann, wieviel geprägten Geldes und wieviel von jeder Art Metall es in seinen Grenzen birgt. Noch heute, nachdem wir in Deutschland seit fünf Jahren unsere eigenen Geldzustände unausgesetzt und eifrig zum Gegenstand der Prüfung und Verbesserung gemacht haben, noch heute streiten sich hartnäckig zwei Ansichten über die Frage, wie gross oder klein die Summe der umlaufenden, beziehungsweise abzustossenden Silbermünzen sei. Und alles, was man an ähnlichen Ziffern aus anderen Ländern bringt, erhebt sich nicht über das Mass einer wohldurchdachten Vermutung. Gehen wir aber gar an das Problem, mitten in der ewigen Bewegung aller Dinge Wertveränderungen rückwärts liegender Zeiten zu

bestimmen, so erfahren wir, dass alles, was scheinbar einen festen Massstab abgeben könnte, kaum minder in sich selbst schwankt, als dasjenige, was an ihm gemessen werden soll. Bei Geld und Geldeswert haben wir es mit einem stets im Fluss befindlichen Stoffe zu thun, der zugleich die Neigung besitzt, sich zu verstecken, wie denn seiner ganzen Natur etwas Geheimnisvolles innewohnt.

Fehlt es auch nicht an allerhand Gründen, aus denen der Verstand hinterher erklären kann, weshalb gerade die zwei bestimmten Metalle seit Jahrtausenden die Welt beherrschen, so bleibt doch noch etwas Rätselhaftes in dieser durch alle Wandlung der Völkergenerationen und Civilisationsformen hindurch den Sinn der Menschen fesselnden, toten Substanz. Alles, was angeführt wird, um das Tiefbegründete des merkwürdigen Zusammenhanges zwischen den Bedürfnissen einer entwickelten Gesellschaft und der Herrschaft jener Metalle durch den Nachweis von Ausnahmen zu entkräften, ist so untergeordneter Art, dass es nur die Regel bestätigt. Wenn uns das Muschelgeld einiger wilden Völkerschaften, die hie und da im Altertum erwähnten Stein- oder Glasmünzen entgegengehalten werden, so bedeutet das für das grosse Kulturgesetz ebenso wenig, als wenn zur Anfechtung der allgemeinen, aus der inneren Menschennatur erwachsenen Sitten und Gesetze gewisse Philosophen uns Thatsachen beibringen, wie die, dass bei irgend einer afrikanischen Horde es Gebrauch ist, die Eltern von den Kindern totschlagen zu lassen, oder dass anderwärts, wenn die Frau geboren hat, der Mann sich ins Bett legt und Wöchnerbesuche empfängt. Dergleichen launenhafte Gebilde an der Peripherie der menschlichen Entwicklung haben nicht das geringste Recht, uns irre zu machen an deren wesenhaftem Gestaltungstrieb.

Will man sich Rechenschaft geben von der eigentümlichen Natur des Gegenstandes, so muss man doch vor allem fragen: was ist es, das den Edelmetallen die schrankenlos anerkannte Gewalt über den Sinn der Menschen verschaffte? Die nächstliegende Erklärung wäre die der grössten und allgemeinsten Gebrauchsnotwendigkeit, zum mindesten: Nützlichkeit. Hieran schliesst sich von selbst die Erwägung, dass nicht Nützlichkeit allein das Massgebende sein konnte, sondern nur das Nützliche an eine Form gebunden, welche durch Unzerstörbarkeit, Erkenn-

barkeit und Bewegbarkeit dem besonderen Zweck sich anpasste; auch musste dieses nützliche erkenn-, beweg- und unzerstörbare Wesen selten genug vorkommen, um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, dass es in Wertlosigkeit verfalle. Bleiben wir bei der geschichtlichen Thatsache des aus Erz oder Kupfer gefertigten Geldes stehen, so decken sich hier noch alle soeben zusammengehaltenen Bedingungen. Aber um so merkwürdiger erscheint dann der Sprung von diesem Metall zum Silber und Gold. So weit wir die Geschichte der Verwendung dieser zwei Metalle zu Geld kennen, kennen wir auch die Geschichte der Sitten und Lebensweise der Völker, welche ihnen diese Bestimmung gaben. Und nirgends finden wir sie so wie die anderen Metalle verwendet aus blosser Rücksicht auf ihre stoffliche Brauchbarkeit als Werkzeuge der Wirtschaft. Überall vielmehr, wo wir ihnen begegnen, erscheinen sie als Attribute der Macht und der Üppigkeit. Wir finden also hier von vornherein den Sitz der Wertschätzung in der menschlichen Phantasie. Selbst die Eingeborenen Amerikas, welche nach den Berichten der ersten Eroberer vergleichsweise geringen Wert auf Silber und Gold legten, erstaunt waren über die von den Fremden damit getriebene Abgötterei und willig ihre Schätze teils als Lösegeld, teils im Austausch gegen andere Gegenstände anboten, selbst diese befanden sich bei ihrer ersten Berührung mit den spanischen Abenteurern doch wesentlich auf dem europäischen Standpunkte: sie behandelten die beiden Metalle als etwas Edles, verwendeten sie entwender als Schmuck oder häuften sie als Schätze des Landesherrn an. Die Kaziken Mexikos hatten einen goldenen Kopfschmuck, in welchem die Konquistadoren natürlich, und vielleicht mit Recht, eine Krone sahen. Die grösseren Vorräte an Gold waren im Besitze der Kaziken, denen das Metall von den Unterthanen abgeliefert wurde. Ebenso fanden später die Eroberer Perus die Inkas als die Herren der Silberschätze; für sie wurden die Bergwerke betrieben. Handle es sich nun um Asien, um Ägypten oder um Phönizien, den Tempelbau Salomonis oder die Schicksale des Krösus: allüberall tritt uns Silber und Gold entgegen als ein Stoff, der, je höher gepriesen, desto ausschliesslicher nur von den Mächtigen als Schatz angehäuft oder von den Reichen und Wohlhabenden zu Zierrat, zu Kleinoden, kurz zur blossen Verschönerung des Lebens verwendet wird.

Es stimmt dies mit einem Grundzug der menschlichen Natur, dass das Entbehrliche höher gestellt wird als das Unentbehrliche, die Kunst über das Handwerk, die Hingebung über die Selbsterhaltung, so auch das, was zum Schmuck des Daseins dient, über das, was zu dessen Fristung notwendig. Die mythologische Formel des „Eisernen Zeitalters" als des unerfreutesten und unedelsten sagt alles mit einem Worte. Nur Metalle, die nicht zum gemeinen Leben gebraucht wurden, konnten die Herrschaft über die Phantasie der Menschen in dem Grade erlangen, um sie masslos zu unterjochen. Je weiter sich der Sinn von der Notdurft des Lebens entfernt, desto mehr steigt er vom Gemeinen und Dienenden zum Erhabenen und Herrschenden auf. Erst als die Verwendung zu blossem Luxus in Verbindung mit ihrer relativen Seltenheit und Unzerstörbarkeit dahin geführt hatte, die Edelmetalle zu Massstäben und Tauschmitteln gegenüber allen anderen Dingen zu machen, erst dann konnte und musste aus dieser Gewohnheit allmählich in dem menschlichen Gehirn sich eine Vorstellungsweise herausbilden, die nun selbst wiederum der Herrschermacht des glänzenden Stoffes als einer überlegenen unterwürfig ward. Nachdem er das endliche Mass und Erwerbsmittel aller irdischen Güter geworden, befestigte sich seine Herrschaft als eine selbständige. Wir haben hier ohne Zweifel einen ganz analogen Entwicklungsgang der menschlichen Denkungsart wie in der Herausbildung der Sittengesetze. Ursprünglich aus den Bedingungen der Selbsterhaltung im engeren und weiteren Sinne aufgekeimt, erlangen sie im Laufe der Entwicklung eine Kraft, die ihrerseits wieder allmählich zu etwas auf eigenen Füssen Stehendem sich emporarbeitet und als *causa sui* den Menschen so mächtig imponiert, wie sie es thun muss, damit die Gesellschaft auf der sicheren Grundlage spontaner Empfindung, statt auf der unzuverlässigen Verstandsreflexion, ruhe. Des Goldes berückender Glanz, der „heilige Golddurst", sie arbeiten heute als Elementarkraft im gesellschaftlichen Apparat mit einer Wirksamkeit, welche zu allem aus ihrem Rohstoff erzielbaren Nutzen und Vergnügen in gar keinem Verhältnis mehr steht.

Je mehr sich aber die Herrschaft dieser Tyrannen losgelöst hat von den ersten Ursachen ihres Emporkommens, je mehr sie sich auf eigene Füsse gestellt haben und, ohne irgend anderer

Rechtfertigung zu bedürfen, sozusagen von Gottes Gnaden legitim geworden sind, desto weniger, sollte man denken, könnte einer oder der andere von ihnen Gefahr laufen, durch eine blosse Verschiebung im wirtschaftlichen Mechanismus des Throns verlustig zu werden. Soviel ist auch wahr, dass das Prästigium der vieltausendjährigen Herrlichkeit eine zeitlang seine Widerstandskraft den auf sie andringenden unterwühlenden Strömungen siegreich entgegenhält; dass es an treuen, überzeugten Anhängern der morschen Dynastie nicht fehlt und auf lange hin nicht fehlen wird; ja dass — damit die Ähnlichkeit noch grösser sei — diese Anhänger sich auf ihr loyales Festhalten an dem gefährdeten Herrscherhaus etwas zugute thun und seine Gegner als frivole Neuerer verunglimpfen.

Und dennoch rückt das Verhängnis sichtbar heran. Was vor wenigen Jahren die meisten noch zuzugeben sich weigerten, ist heute eingestandene Thatsache. Die tauben Ohren alle haben sich eines nach dem andern dem Alarmruf öffnen müssen. Eine Herrschaft von Gottes Gnaden währt eben noch häufig lange fort, wenn der Gott und die Gnade, denen sie ihr Reich verdankten, längst zerstört sind; aber es liegt doch nur ein zeitlicher Unterschied zwischen dem Verschwinden der Ursache und dem Verschwinden der Wirkung. Auch das geheimnisvollste Wesen leitet sein Bestehen von ganz bestimmten Ursachen ab, und gerade, wenn sein Bestand ins Wanken kommt, fangen wir an, die Wurzeln seiner Kraft gewahr zu werden. So auch hier.

II.

Zwei Bewegungen aus der Gesamtheit derer, welche den Fortschritt der menschlichen Gesittung charakterisieren, haben wir an dieser Stelle ins Auge zu fassen. Mit dem Philosophen zu reden, gehört die eine dem Reich der Ausdehnung, die andere dem Reich des Denkens an. In räumlichen Dingen geht ein Zug der Zivilisation ganz sichtbar dahin, das Leben zu erleichtern; und zwar im wörtlichsten Sinne des Wortes. Es handelt sich um die Tendenz, alles Körperliche, was der Mensch zu tragen oder in Bewegung zu setzen hat, so wenig umfangreich, beziehungsweise so wenig schwerwiegend herzu-

stellen wie möglich. Die Arbeit des Denkens ihrerseits wendet sich mit stets wachsendem Kraftaufgebot der Entzifferung der Lebensgesetze zu und, zum Unterschied gegen frühere Zeiten, auch vornehmlich dem Lebensgesetze der gesellschaftlichen Ordnung. Wenn es darauf ankäme, für beide Bewegungen einen gemeinschaftlichen Ausdruck zu finden, so wäre man wohl berechtigt, zu sagen: dass die eine wie die andere der Verfeinerung des Daseins diene. Der gewaltige, auf dem Gebiete des Geldverkehrs sich vorbereitende Umschwung ist ein Ausfluss dieser doppelten Bewegung. Die Verfeinerung der Gewohnheiten im Leben trifft zusammen mit der im Denken, um dem Selbstherrschertum des Silbers allmählich das Grab zu graben. Nur im Vorübergehen sei hier einstweilen der mit dieser Auffassung streng zusammenhängende Gedanke eingeschaltet, dass die Entdeckung der grossen Silberbergwerke in den Vereinigten Staaten eben deshalb nicht in den Vordergrund unserer Auseinandersetzung gehört. Die Erschliessung dieser Quellen bildet, ungeachtet ihrer Grossartigkeit, nur einen jener Zwischenfälle, durch welche einer, in der organischen Beschaffenheit der Sache vorbereiteten Wandlung möglich gemacht wird, sich ihren Anlagen gemäss mehr oder weniger rasch und eingreifend zu entfalten. Der Tod muss eine Ursach haben, sagt das Volk. Wenn die Comstock-Minen wirklich die treibende Ursache der Perturbationen auf dem Metallmarkt wären, so stände die hier vertretene Ansicht allerdings auf schwachen Füssen; denn das plötzliche Versiegen dieser neu eröffneten Minen*) oder die plötzliche Erschliessung ebenso mächtiger Goldadern könnte das ganze Meinungsgebäude über den Haufen werfen. Die wesentlich empirische Beobachtung der Dinge hat ein volles Recht, einer so stark wirkenden Erscheinung die grösste Aufmerksamkeit zu schenken; daher das englische Unterhaus — eine parlamentarische Körperschaft, deren Sache es nicht ist, theoretischen Studien nachzugehen — unsern Dank verdient für die Anstrengung, mit der es Umfang und Bedeutung jener neu zufliessenden Silbermassen ins Licht gesetzt hat. Aber das letzte Wort der grossartigen Wandlung, die vor unsern Augen

*) Dasselbe ist, wenigstens zu einem beträchtlichen Teil, in der That lange nachdem Obiges erschienen war, eingetreten.

sich zu vollziehen beginnt, ist in jenen Vorgängen nicht zu suchen, denn das erste jene Wandlung ahnende Wort war ausgesprochen, längst bevor die unerschrockenen Pioniere von Nevada mit ihren Spaten seiner Verbreitung den Weg abkürzten. Wir werden übrigens weiter unten sehen, dass die englische Kommission selbst sich diesen Gedanken nicht verschliesst.

Die Arbeit der körperlichen Verfeinerung gehört wesentlich zur Kulturarbeit selbst. Bildung ist Verfeinerung, nicht am mindesten die Bildung der Sinne und der organischen Thätigkeitswerkzeuge. Es lässt sich auch nichts feiner machen, ohne dass es zarter, empfindlicher, reizbarer, eben deshalb in gewisser Weise schwächer wird. Selbst die Tierleiber verfeinern sich unter dem Einfluss der menschlichen Kultur. Ohne in das vielbeliebte Gebiet der vorgeschichtlichen Schöpfungsperiode und der sie bevölkernden Riesengestalten hinüberzugreifen, dürfen wir erwähnen, dass in geschichtlichen Zeiten der ungeschlachte Auerochs und der zottige Büffel in die dichtesten Wälder und in die ungesundesten Sumpfgegenden zurückgedrängt worden sind; und wenn wir nur die schweren Rosse auf den Bildern früherer Jahrhunderte mit den heute vorherrschenden Arten vergleichen, können wir als unbezweifelbar feststellen, dass auch hier eine Verfeinerung der Gliedmassen sich ergeben hat. Unter den Menschen hat die wachsende Zahl der Wohlhabenden überhaupt, insbesondere die Zunahme der städtischen Bevölkerung, das stets bequemer werdende Leben derselben, und die immer weiter greifende Sittenausgleichung zwischen ihr und den Landbewohnern offenbar die Summe leiblicher Verfeinerung in hohem Masse gesteigert. Die sichtbare Folge dieser Umbildung ist das Bestreben, auch die mechanischen Werkzeuge des Lebens den verfeinerten Nerven, Muskeln und Gliedern anzupassen. Nehmen wir beispielsweise die Bewaffnung der älteren Zeit: Harnisch, Helm, Schwert, Armbrust oder Hakenbüchse.*) Das

*) Allerdings hat die neuere Zeit auch ein Phänomen zu verzeichnen, welches im Widerspruch zum Gesetz der Verfeinerung steht. Die Marine ist im Suchen nach Vervollkommnung auf den Weg der Vergröberung geraten. Alle ihre Anstrengungen laufen, um die Worte eines berühmten Rhetors zu gebrauchen, darauf hinaus: immer wieder einen dickeren und stärkeren Stahlpanzer zu erfinden, damit unmittelbar hinterher abermals mit der Erfindung eines noch schwereren und noch kolossaleren Geschosses geantwortet werde.

dünne Eisen ersetzt den schweren Stein und den dicken Balken; überall macht die Kraft der Maschine den übermässigen Aufwand der Muskeln entbehrlich. Was der Mensch auf dem Leibe trägt, ist an Gewicht mindestens um die Hälfte vermindert gegen die früheren Jahrhunderte: das Taschenmesser wie die Taschenuhr, das Tuch des Rocks wie das Leder der Fussbekleidung. Wohl führt in manchem Städtlein der ehrsame Meister, wenn er abends zur Stammkneipe wandert, noch den pfündigen Hausschlüssel im Sack, der ihm, wenn Not an Mann geht, auch zu Schutz und Trutz dienen kann; aber in den modischen Taschen ist kein Platz mehr für solches Instrument, und die lebenskundigen Engländer haben dasselbe schon vor einem Menschenalter auf die Verhältnisse eines grossen Uhrschlüssels zurückgeführt. Man vergleiche auch z. B. noch einen Regenschirm oder eine Brieftasche von vor fünfzig Jahren mit ihren heutigen Nachkommen.

Eine ähnliche Bewandtnis hat es offenbar mit dem Vorzug, welchen die Neuzeit der Goldmünze vor der Silbermünze giebt. Der Antrieb hierzu wächst mit dem Fortschritt der Kultur um so stärker, als die Preise der Arbeit und der Nahrungsmittel regelmässig steigen. Abgesehen von einzelnen seltenen Epochen der Weltgeschichte, in denen unter der Einwirkung besondere Ereignisse ein Rückgang oder Stillstand zu beobachten ist, ergeben die vergleichenden Preistabellen regelmässig, dass jede spätere Periode mehr Metall für dasselbe Quantum Arbeit oder Getreide gegeben hat als die vorhergehende. Während aber die Steigerung der Preise sich mit dem wachsenden Bedürfnis nach bequemeren, leichteren Utensilien begegnet, greift noch ein Drittes im gleichen Sinne wirkend

---

Diese Richtung trägt offenbar das Gepräge einer rückläufigen Entwicklung. Während der Landkrieg seinen mörderischen Instrumenten selbst immer mehr Gelenkigkeit und Schliff giebt, ist die Seewehr zu den Schiffsschnäbeln, Balisten und Widdern des grauen Altertums, zu den ungeheuerlichen Kanonen der Sultane zurückgekehrt. Ein so plump extensives Bestreben verrät im Gegensatz zu einem auf die intensive Vervollkommnung gerichteten schon darin seine Inferiorität, dass es alsbald seine räumliche Grenze finden muss, während jede auf innere Verfeinerung gerichtete Bewegung ihrer Natur nach unbegrenzt ist. Die armselige Rolle, welche die grossen Marinen in den neuesten Kriegen gespielt haben, giebt ein unverkennbares Zeugnis von der Verkehrtheit einer Richtung, die mit dem ganzen Zug der modernen Welt kontrastiert.

ein. Menschen und Dinge gehorchen einem durch die Erfindungen immer mehr genährten Trieb nach Ortsveränderung. Reisende und Waren durcheilen nach allen Winden die Welt, bald mehr bald weniger eine Geldströmung in gleicher oder entgegengesetzter Richtung bedingend.

Der Drang nach mechanischer Verfeinerung des Geldverkehrs datiert übrigens nicht erst aus neuerer Zeit, obwohl gerade in dieser begreiflichermassen er an Gewalt unendlich zugenommen hat. Der Gebrauch der Scheidemünze, des Wechselbriefes und der Banknote sind Resultate eben desselben Bedürfnisses. Nur das eigentliche Staatspapiergeld verdankt seinen Ursprung der Not oder Gewinnlust der Regierungen. Gemischter Art ist die Entstehungsursache einer andern, mehr den älteren Zeiten angehörenden Bewegung. Es ist die, welche dazu führte, unter derselben höheren Bezeichnung in fallender arithmetischer Progression allmählich geringeren Metallwert zu verstehen. Nachdem die Römer vom Kupfer zum Silbergeld übergegangen waren, machten sie alsbald das As der alten vollwichtigen Kupferwährung (*aes grave*) bedeutend leichter, während sie der Münze denselben Namen liessen. Indem das Kupfer oder Erz bloss Scheidemünze, d. h. fiktives Geld wurde, konnte man ihm beliebige Gewichtsteile entziehen, ohne seine Essenz anzugreifen, und indem man es that, gehorchte man dem Bedürfnis nach mechanischer Erleichterung des Verkehrs. Etwas Ähnliches haben die schweren französischen Sousstücke der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts erfahren. Doch viel bedeutsamer ist die analoge Erscheinung auf dem Gebiete der Münzen aus Edelmetall. Noch heute bedient sich das Leben zur Bezeichnung der bekanntesten Münzen solcher Namen, die zu deren Gehalt im Widerspruch stehen. Ein merkwürdiges Exempel dafür liefert unser deutscher Gulden, der, wie der Name besagt, ursprünglich golden war (Florin die betreffende alte Florentiner Goldmünze). Eigentümlich ist ferner, wie das Pfund (Libra, Livre, Pound), ursprünglich das effektive Gewicht der Münze bezeichnend, sich als blosser Münzname erhalten hat; das römische *as libralis* oder *librarius*, zuerst wirklich ein römisches Pfund schwer, kommt schon früh von 12 auf 10 Unzen, dann auf 4 (*as trientalis*). Das englische Pfund Sterling war im Anfang ein Pfund Silber, die französische Livre war

das Pfund Silber Karls des Grossen, das allmählich zu seinem sechsundsiebenzigsten Gewichtsteil herabschmolz, denn der Franc der Revolution war um eine Schwebung der alten Livre gleich und noch heute hat der Sprachgebrauch namentlich in gewissen Verbindungen die alte Bezeichnung beibehalten. Ähnliche Schicksale erlebten die bekanntesten Goldmünzen des Altertums, der Dareikos und der Aureus. Die meisten dieser Herabminderungen entsprangen allerdings der Not oder der betrügerischen Absicht der Regierungen, welche, den alten Namen bei verringertem Gewicht beibehaltend, einen künstlichen Wert schaffen zu können vermeinten. Aber auch die besser beratenen Münzreformatoren späterer Zeiten kehrten niemals zu den schweren Gewichten älterer Perioden zurück, sondern huldigten dem Bedürfnis der modernen Welt, indem sie unter dem alten, schweres Gewicht bedeutenden Namen leichtere Münzen schufen.

Das Bedürfnis nach einer leichten und wenig umfangreichen Münze sicherte dem Golde die Vorliebe der weiterschreitenden Gesellschaft. Aber damit allein war das gleichberechtigte Nebeneinandergehen von Silber und Gold noch nicht gefährdet. Diese weitere Folge wurde erst herbeigeführt, als die potenzierte Selbstbeobachtung der modernen Menschheit das wirtschaftliche Problem dieser Gleichberechtigung zu zergliedern begann. Die ganze Präokkupation entstammt neuesten Zeiten. Allerdings haben gewisse äussere Vorkommnisse dazu mitgewirkt, die Frage anzuregen. Aber wesentlich erwuchs sie aus der Arbeit des reifenden ökonomischen Gedankens. Das blosse Schwanken des gegenseitigen Wertverhältnisses zwischen beiden Metallen gehört dem Bewusstsein bereits der ältesten Zeiten an. Zahlreiche Gesetze, unter denen am häufigsten das den Goldwert reduzierende Edikt von Medina (Isabellas der Katholischen) erwähnt wird, befassten sich mit Abänderung und Festsetzung desselben. Aber die Frage, ob eine solche Fixierung zu dem Zweck einer gleichberechtigten Cirkulation überhaupt statthaft sei, datiert erst vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Selbst Adam Smith, der Inbegriff und die Summe alles wirtschaftlichen Denkens seiner Zeitgenossen und Nachfolger, übergeht das Problem noch mit Stillschweigen. Die Polemik der älteren Nationalökonomen hatte vor allem die Fälschungen zu bekämpfen, welche den Wert des Geldes künstlich von dem Wert

des Metalls loslösen zu können glaubten. Zu der Frage des Kondominats beider Metalle standen sie meistens ahnungslos, obgleich auch einzelne Ausnahmen citiert werden, vor allem der Philosoph Locke, der sich in den klarsten Wendungen und mit der noch heute massgebenden Begründung gegen die Doppelwährung erklärt. Der unverdrossene Rationalismus der Revolutionsgesetzgebung ist zum erstenmal auf den Grund der Sache gedrungen und hat sie im Prinzip ganz logisch richtig entschieden. Mirabeaus bekannte Denkschrift vom 12. Dezember 1790 behandelt auch diesen Gegenstand mit einer Meisterschaft, die noch heute Bewunderung erregt. Seitdem das Thema der Doppelwährung wieder in den Vordergrund der Tageslitteratur getreten, ist auch aus der Folgenreihe der gesetzgeberischen Verhandlungen zur Genüge der Beweis geliefert worden, dass die französische Münzverfassung der neunziger Jahre, welche mit dem bekannten Gesetz vom 7. Germinal XI. abschliesst, durchaus nicht in den Fehler verfiel, zwei gleichberechtigte Metalle mit unveränderlichem Gegenseitigkeitsverhältnis zugrunde zu legen, sondern dass sie von rechtswegen die Silberwährung, den Franken mit dem Feingehalt von $4\,^1/_2$ Gramm Silber, als die fundamentale Einheit des Systems hinstellte, dem gegenüber das Gold einen variablen Wert haben sollte.

Eine Periode geringer Schwankungen zwischen beiden Metallen, welche erst durch die Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldfelder plötzlich unterbrochen wurde, hatte die am Ende des Jahrhunderts mit so viel Scharfsinn erörterte Frage wieder der Aufmerksamkeit entrückt. Die englische Münzregulierung von 1816 blieb eine innere Angelegenheit, und in Frankreich vergass die von störenden Thatsachen verschonte Praxis, dass der Gesetzgeber mit dem Verhältnis von $15\,^1/_2$ zu 1 nicht ein Ewiges zu stabilieren gemeint hatte. Doch darf nicht unerwähnt bleiben, dass von 1807 an die Tendenz leise auf ein Steigen des Goldes ging; die Abweichung im Gegenseitigkeitsverhältnisse erreichte das Maximum von 1 zu $16\,^1/_4$, und das Gold verschwand immer mehr aus dem französischen Verkehr bis gegen das Ende der vierziger Jahre. Aber selbst das Hereinbrechen des kalifornisch-australischen Goldstromes regte nur mittelbar zur Erörterung des eigentlichen Problems an. Auch damals ging der erste Impuls einseitig auf Ab-

schaffung des einen Münzmetalls, des Goldes, weil man seine starke künftige Entwertung befürchtete. Aber indem diesem Vorgang andere Thatsachen bald widersprechender, bald bestätigender Art nachfolgten, und die ohnehin in Gärung befindliche Wissenschaft durch alle diese konträren Bewegungen noch mehr aufgerüttelt wurde, entwickelte sich aus dem gleichzeitigen äusseren und inneren Prozess diejenige Gedankenarbeit, der allein es zuzuschreiben ist, dass zum erstenmal in historischen Zeiten grundsätzlich und auch praktisch vor der ganzen zivilisierten Welt die Frage aufgeworfen wurde: ob vernünftigerweise die beiden Edelmetalle gleichberechtigt nebeneinander als Münze zu brauchen seien. Auf jedem Flecke civilisierter Erde, auf welchem die beiden Metalle sich einander reiben, entbrennt stets hitziger der Streit: ob nicht das eine dem anderen weichen müsse, und in derselben Minute, in welcher dies Muss entschieden, ist auch die Frage, welches von beiden als das schwächere dem anderen zu weichen habe, gelöst. Wie lange die asiatischen Völker, welche, tausendjähriger Überlieferung gehorchend, im wesentlichen noch mit der einfachen Silberwährung leben, sich bei dieser beruhigen wollten und würden, wenn einmal die herrschenden Handelsnationen das Silber zur Scheidemünze degradiert hätten, auch das wäre höchst wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit. Hauptsache ist und bleibt, dass der Widersinn einer Münzverfassung, welche das Unmögliche möglich machen will, an der Wirklichkeit zerschellt und vor dem Verstande entlarvt ist. Zwei Materien ihr gegenseitiges Wertverhältnis für alle Zukunft vorschreiben wollen, obgleich die wertbestimmenden Faktoren bei zweierlei Dingen sich von selbst verschieden gestalten und daher ein stets wechselndes Verhältnis zur Folge haben müssen, das ist ein Verkennen der Grenze, welche dem menschlichen Können von der Natur der Dinge gezogen ist. Die Geschichte der wirtschaftlichen und insbesondere der Münzgesetzgebung ist die eines fortwährenden Kampfes zwischen dem Gesetzgeber und dem sich gegen seine künstlichen Vorschriften empörenden Gang der Weltgeschäfte. So oft hier die Natur der Dinge obsiegt, so oft siegt der Fortschritt. Und wir sind jetzt an dem grossen Wendepunkt angelangt, in welchem, was lange vorbereitet war, unwiderstehlich zum Durchbruch kommt. Eine Veste nach der anderen streckt die Waffen, der hart-

näckigste Widerstand ist erschöpft. Hie und da sucht ein durchaus nicht verzweifeln Wollender in der Hoffnung Trost, dass etwas auftauchen werde (*something will turn up*), um ihm schliesslich doch wieder Recht zu geben; oder ein Wunderdoktor schmeichelt sich, mit antithetischen Salbadereien im Stile Victor Hugos die exakte Wissenschaft zur Umkehr zu überreden. Doch alles vergeblicher Kampf auf verlorenem Posten. Nichts ist belehrender und bezeichnender in diesem Gang der Dinge, als der Weg, den Frankreich dabei zurückgelegt hat. Dies merkwürdige Land, in seinem Denken zum vollendeten Rationalismus zugespitzt und doch zugleich mit scheuer Ehrfurcht und Furcht der Routine opfernd, hat, nachdem zuerst seine Gesetzgeber und seine Gelehrten das Richtige aufgestellt, mehr als alle anderen mit der trägsten Zähigkeit an der falschen Überlieferung festgehalten. Zoll um Zoll musste sich die Wahrheit den Boden erkämpfen.

Im folgenden Kapitel soll geschildert werden, wie überall mit wachsender Gewalt in jüngster Zeit die richtige Erkenntnis sich Bahn gebrochen und von der wirklichen Welt Besitz ergriffen hat. Nicht aus dem Schacht der Comstock-Minen, sondern aus dem strengen Denken der europäischen Bildung ist die grosse Katastrophe hervorgegangen.

III.

Es liegt nur ein Jahrzehnt zwischen heute und der Zeit, da die Aufgabe einer rationellen Münzreform Gegenstand europäischer Verhandlung wurde. Das zweite Kaisertum hatte, bei allem, was ihm Unechtes innewohnte, doch lebhaften Sinn für Ideen, die über die Enge und Voreingenommenheit französischer Überlieferung hinaus gingen. Aber diese erweiterte Anschauung unterlag in den meisten Fällen der zähen Tradition, die bis auf den heutigen Tag in den „Büreaus“ herrscht. Durch den Vertrag vom 23. Dezember 1865 war die später sogenannte lateinische Münz-Konvention begründet worden zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz. Schon damals drängte sich, sobald man über eine durchdachte Münzverfassung zu beratschlagen anfing, die Erkenntnis auf, dass es nur eine Lösung gäbe, nämlich die ausschliessliche Goldwährung. Aber schon

damals scheiterte der Vorschlag an dem auf französischer Seite vereinigten Widerstand der Routine und der grossen Geldmächte. Vergebens kämpften die Delegierten der drei anderen Länder mit allen Gründen der Wissenschaft und Erfahrung, vergebens kamen ihnen hohe französische Autoritäten zu Hilfe: die Vertreter des geheiligten Herkommens blieben die stärkeren, und das Gesetz vom Jahre 1803, noch dazu falsch ausgelegt, ward als der Weisheit letzter Schluss die Basis der neuen Übereinkunft. Das Verhältnis des Silbers zum Golde sollte bis zum Jahre 1880 (auf so lange läuft die Konvention) unwandelbar feststehen. Wenn dieses Unterfangen schon damals auf starken Widerspruch stiess, so kann man daraus entnehmen, dass die richtige Lösung des Problems nicht erst durch den hereindringenden Silberstrom herbeigeführt worden ist. Damals im Gegenteil lebte man noch unter dem frischen Eindruck der Silberklemme, welche, durch den amerikanischen Sezessionskrieg hervorgerufen, jahrelang Europa in Verlegenheit gebracht hatte. Denn das Preisverhältnis auf dem Metallmarkt stand dazumal wie 1 zu 15,33 (Silberpreis $61^1/_2$ die Unze, ein Prozent günstiger für Silber als das Normalverhältnis 1 zu $15^1/_2$). Zwei Jahre darauf, unter der Konstellation der Weltausstellung von 1867, ward der schon vorher angeregte Gedanke, die sämtlichen Kulturstaaten dies- und jenseits des Ozeans zum Einverständnis über eine Weltmünze zu bringen, auf Frankreichs Veranstaltung hin einem eigens dazu berufenen Kongresse unterbreitet. Die lateinische Münz-Konvention sollte, nachdem man eine gemeinsame Grundlage gefunden, zu einer die Welt umspannenden erweitert werden. Auch in diesen Verhandlungen sprach sich die grosse Mehrheit für die reine Goldwährung aus; nur die Frage der Gewichtseinheit, welche der gemeinsame Massstab werden sollte, gedieh nicht zur Reife; weder wollte England noch wollte Amerika von seinem mit allen Zuständen verwachsenen Münzfuss lassen; Preussen beobachtete eine seinem Charakter entsprechende Zurückhaltung, und Österreich-Ungarn im natürlichen Gegensatz dazu schmiegte sich möglichst nahe an Frankreich an, indem es Goldmünzen auf dem Zwanzigfrankenfuss zu prägen übernahm, als Vorbereitung eines Anschlusses an den lateinischen Bund.

Mit dem praktisch ergebnislosen Auseinandergehen des

internationalen Kongresses konnte aber eine wiederholt und lebhaft in Betracht gezogene Frage nicht ohne weiteres liegen bleiben. Frankreich selbst musste sich klar werden, wie es sich zur künftigen Entwicklung der Dinge zu stellen habe. Einflussreiche Männer, zugleich die höchsten Sachverständigen, eine Reihe von Handelskammern mahnten immer wieder an die Unhaltbarkeit des bestehenden Zustands; und, diesem Andrang gehorchend, wurde eine Untersuchung (Enquête) veranstaltet, welche, von Ende 1867 bis in den Anfang des Jahres 1870 hinein arbeitend, eine Masse Material, teils wertlos, teils wertvoll, zusammentrug. Die schliessliche Abstimmung dieser französischen Versammlung war abermals der Sieg der einfachen Goldwährung mit 17 Stimmen gegen 6.

Trotz aller Niederlagen im Kampf der Meinungen erhielt sich der *Status quo* der Doppelwährung unverändert. Aber selbst als die Wucht der Thatsachen mit handgreiflichem Ernst auf ihn eindrang, wollte er sich nicht erschüttern lassen.

Bald nach dem Ende des grossen Krieges begann der Preis des Silbers auf dem Weltmarkt zurückzugehen. Deutschlands mutiger Gedanke einer radikalen Umbildung seines Geldsystems war eine der vielen mitbestimmenden Ursachen bei diesem Rückgang. Wir werden weiter unten Gelegenheit haben, sie allesamt aufzuzählen. Jedenfalls war Deutschlands Einfluss nur moralischer Natur, denn leider blieb die Ausführung der Reform in ihrem Gang hinter der entschlossenen Konzeption, von der sie eingegeben war, in beklagenswerter Weise zurück. Auch in Deutschland gab es Leute, welche sich von ihrer angestammten Anhänglichkeit an das Silber nicht losmachen konnten und stets darauf rechneten, die Vorsehung werde es zu seinem alten Glanze zurückführen. Viel mehr Eindruck als unser isolierter Entschluss machte in der Welt die Beobachtung, dass andere Länder sich anschickten, unser Beispiel zu befolgen. Diese Nachahmung war bei der grossen Unpopularität, die dem deutschen Namen unter den Völkern anhaftet, um so merkwürdiger. Und wenn es schon überhaupt wenige giebt, auf die wir einige Anziehungskraft auszuüben uns schmeicheln können, so waren unsere Nachahmer in diesem Falle gerade solche, bei denen wir von lange her und namentlich seit den letzten Jahren einer besonderen Ungunst genossen. Dänemark, Schweden und

Norwegen auf der einen Seite, Holland auf der anderen gaben durch ihr Vorgehen der Welt zu verstehen, dass Deutschland nicht einer theoretischen Schrulle gehuldigt, sondern eine Bahn betreten hatte, in welche aus innerer und äusserer Notwendigkeit später oder früher jeder vernunftgemäss regierte Staat wird einlenken müssen. Und zwar waren die skandinavischen Königreiche auf einem Wege zu ihrem Entschluss gelangt, der von dem der Holländer ganz abseits lag. Jene haben, ähnlich wie Deutschland, aus freien Stücken sich zunächst zur Herstellung eines einheitlichen Münzwesens ermannt und sind bei dem Nachdenken über die hierbei zugrunde zu legende Wahrheit gleichmässig wie wir zur Einsicht gelangt, dass etwas anderes als die reine Goldwährung nicht denkbar sei, sobald überhaupt einmal reformiert werden solle. Anders kam die Sache in den Niederlanden; hier lässt sich eher eine Verwandtschaft mit der Entwicklung der Dinge in Frankreich erkennen. Nicht der selbständige Wunsch nach Reform, nicht die Verwertung theoretischer Erkenntnis, sondern der Druck der faktischen Bedrängnisse schob die Gesetzgebung vorwärts. Holland besass die reine Silberwährung, und ganz folgerichtig hatte es den Privaten die Freiheit gegeben, Barren zu Münzen ausprägen zu lassen. Sobald der Silberpreis namhaft herunterzugehen anfing, drängten sich natürlich die Barren zu, um sich in Gulden zu verwandeln, und das Königreich ging der Gefahr entgegen, einen Geldumlauf bei sich anwachsen zu sehen, der in dem Mass sich steigern musste, als das zu seiner Herstellung dienende Metall an Wert verlor. Die aus einer solchen Bewegung sich erzeugenden Missstände führten so unmittelbarerweise zu handgreiflichen Verlegenheiten, dass für theoretisches Besinnen über die Metall- und Münzpolitik nicht lange Zeit übrig blieb. Man musste die Thür schliessen, um nicht Land und Leute in Zukunft grossen Verwirrungen und Verlusten auszusetzen. Auch hier, wie später in Frankreich, erhob sich die Gesetzgebung nicht auf einen Schlag zur Erkenntnis der definitiven Umgestaltung, welche den unvermeidlichen Schluss der grossen Wandlung bildet. Vorläufige Massregeln und abwartende Betrachtungen mussten zunächst ausreichen, um den unabweisbarsten Missständen des Augenblicks zu entgehen. Hollands Widerstreben gegen eine sich dem Silber entschieden abwendende Münzpolitik lag in der

Natur der Sache. Es hatte erst vor einem Vierteljahrhundert die Goldwährung abgeschafft, und seine grossen Kolonien, die in ihrer Art noch wichtiger für seine gesamte Wirtschaft sind als das indische Reich für die Wirtschaft Englands, sind wie der ganze ferne Osten noch eng mit der Silberwährung verwachsen. So entschloss man sich also, in der Hoffnung, einer endgiltigen Umkehr noch zu entrinnen, zu einer provisorischen Verfügung. Im Jahre 1873 trat die holländische Gesetzgebung ihren Rückzug an, ganz genau mit der ersten Viertelsschwenkung, die wir vor kurzem auf französischem Boden vollziehen sahen, und genau mit demselben Erfolg. Die Regierung liess sich durch die Kammern bloss die fakultative Ermächtigung geben, die Münzanstalt nach eignem Ermessen dem Silber zu sperren. Aber es dauerte nicht lange, so wurde praktisch daraus und musste werden eine absolute Unterdrückung des Silberprägerechts, wenigstens für die Privaten und das Mutterland. Zunächst, und die abwartende Stellung noch weiter charakterisierend, liess sich das Ministerium jene Autorisation nur auf zwei Jahre bewilligen. Aber vor Ablauf derselben hatten die Dinge, statt der Hoffnung auf Rückkehr der alten Verhältnisse zu entsprechen, sich nur weiter von denselben entfernt, und die Erlaubnis musste um zwei Jahre verlängert werden. Zu gleicher Zeit war es aufs empfindlichste fühlbar geworden, dass mit dem bloss negativen Verhalten nicht auszukommen war. Die Entwicklung drängte durch ihre eigene Gewalt zu positiven Veranstaltungen, und diese konnten auf nichts anderes hinauslaufen als auf die Wiedereinführung der Goldmünze.*) Doch abermals gab man die Vorbehalte nicht auf, sondern entschloss sich nur, durch eine zweite Viertelsschwenkung bis zur halben Umkehr vorzugehen. Während die Regierung sich zum Einstellen der Silberprägung auf zwei weitere Jahre ermächtigen liess, legte sie zugleich ein Gesetz über Ausprägung von Goldmünzen vor, welches Holland auf den Standpunkt brachte, auf dem das Deutsche Reich nach dem ersten Gesetz von 1871 über die Ausprägung von Reichsgoldmünzen sich befand: eine

*) Die eigentümliche Physiognomie und den ganz besonders belehrenden Verlauf dieser Entwicklung habe ich im fünfzehnten Abschnitt meines „Reichsgold“ ausführlicher geschildert.

noch fortdauernde, aber auf den vorhandenen Bestand eingeschränkte Silbercirkulation und daneben in bestimmtem Wertverhältnis eine dehnbare Goldausprägung. Aber auch dieser zweite und dritte Schritt konnte so wenig einen befriedigenden Abschluss herbeiführen, wie wir bei unserem ersten Gesetz von 1871 hätten stehen bleiben können. Vor Ablauf des zweiten provisorischen Termins sah sich die holländische Regierung in die Notwendigkeit versetzt, den letzten Schritt zu thun, das Silber als grobe Münze abzuschaffen. Das thut ein bis jetzt nur noch als Entwurf für die nächste Sitzung der Kammern ausgearbeitetes Gesetz.*)

Wenn jemals das, was die Verstandesträgen oder noch viel öfter die Interessierten eine „Theorie" nennen, ohne jede dialektische Überredungskunst und nur durch die Naturgewalt der äusseren Umstände sich den Weg in die Welt gebahnt hat, so ist es hier geschehen; und es lässt sich kein Vorgang denken, welcher für die Unaufhaltsamkeit der noch im Fluss befindlichen Entwicklung dieser Dinge einen stärkeren Beweis enthalten könnte, als diese durch die Thatsachen erzwungene Bekehrung eines durch alle Ideen- und Interessenverbindungen zum Widerstehen aufgelegten und seinen Widerstand nur zollweise aufgebenden Staatswesens. Frankreich hat die erste Hälfte derselben Erlebnisse durchgemacht, und was es noch nicht erlebt hat, das steht ihm bevor, so sehr auch die dort viel mächtigeren Einflüsse der Routine und des Eigennutzes sich sträuben mögen.

Der Friede von 1871 fand Frankreich in der Münzverfassung, welche der Krieg geschaffen hatte, mit einem Umlaufsmittel, das zum wesentlichen in den mit Zwangskurs versehenen Noten der Bank bestand. Die ersten starken Erschütterungen der Silberpreise konnten sich schon deshalb nicht im Innern auf schädliche Weise fühlbar machen, weil nach dem Text des Friedenstraktats die Kriegsentschädigung auch in Silbermünzen entrichtet werden durfte. Nachdem diese Operation abgewickelt war und die Verhältnisse des Wechselkurses wieder zur Metalleinfuhr nach Frankreich Veranlassung gaben, war es natürlich, dass die Geschäftsleute hierzu das inzwischen wohlfeiler ge-

*) welches aber mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen von den Generalstaaten abgelehnt ward.

wordene Silber vorzugsweise vor dem Golde verwandten. Da die Bank nicht verweigern konnte, ihre Noten gegen Silbergeld herzugeben, so wuchs ihr Vorrat an diesem Metall im Verhältnis zu dem in ihren Kellern befindlichen Gesamtschatz stetig an, und in dem Masse, wie das Silber auf dem Weltmarkt an Wert verlor, verringerte sich die Gesamtbürgschaft, welche das Land zur Deckung seiner umlaufenden Cirkulation am Barvorrat der Bank besass. Doch wie geschildertermassen die offizielle Welt geartet und beeinflusst war, wäre dieser bedenkliche Gang noch nicht aufgehalten worden, hätte nicht die lateinische Münz-Konvention dafür gesorgt gehabt, dass auch andere Leute in diesen Sachen zu Worte kommen konnten.

Die Schweiz übernahm die mühsame Aufgabe, dem Vogel Strauss den Kopf aus dem Sande zu ziehen. Auch hier war es praktische Nötigung, welche gebot, das Schweigen zu brechen, allerdings begleitet von der klarsten und furchtlosesten Einsicht in den grundsätzlichen Zusammenhang der Erscheinungen. Da der Geldumlauf der Schweiz nicht unter den künstlichen Einflüssen eines mit dem Zwangskurs operierenden Bankinstituts stand, so wurde die Veränderung der Metallwerte auf dem Weltmarkt alsbald in dem Alltagsleben sichtbar. Die Goldstücke verschwanden und es blieb nur Silber in der Cirkulation. Ganz abgesehen von der daraus sich für den Verkehr ergebenden mechanischen Unbequemlichkeit konnte dem sachverständigen Urteil nicht entgehen, welche nachteiligen Verschiebungen am Wechselkurs sich daran knüpfen müssten, welche Verwirrungen und Verluste bei weiterer Verminderung des Silberwertes dem Gemeinwesen drohten. So ergriff die Schweiz die Handhabe, welche ihr der Art. 11 des Vertrages von 1865 bot, um Ende 1873 eine Konferenz der verbündeten Staaten zu verlangen, die sich mit den bezeichneten Missständen und Gefahren zu befassen habe. Auf der gemäss diesem Ansinnen eröffneten Konferenz begannen die Abgesandten der Schweiz damit, grundsätzlich für die Staaten der Konvention die Einführung der reinen Goldwährung und als erste, dringende Vorbereitungsmassregel das Einstellen aller Silberausmünzung zu verlangen. Aber noch war Frankreich nicht gesonnen, die Lage der Dinge mit unbefangenen Blicken zu überschauen, und die beiden anderen Mitverbündeten hatten jeder seine besonderen Gründe,

Frankreichs Spuren zu folgen. Dieser Tendenz kam — ob aus zufälligen oder nicht zufälligen Veranlassungen, weiss man nicht — ein günstiger Umschlag auf dem Londoner Silbermarkt zu Hilfe. Kaum war nämlich die Konferenz zusammengetreten, als eine plötzlich gesteigerte Silbernachfrage den Kurs um etwa zwei Prozent hinauftrieb und sofort die Anhänger der Silberlegitimität die Wiederkehr der guten alten Zeit ankündigten. Aber selbst dieser ganz momentane Aufschwung erreichte doch noch lange nicht wieder die Höhe, welche dem alten Normalverhältnis von $15^1/_2$ zu 1 entsprach; und so war nicht einmal zu bestreiten, dass selbst unter der Einwirkung des wieder gestiegenen Wertes die Invasion des Silbers und die Aufsaugung des Goldes fortgehen müsse.

Da musste denn auch Frankreich sich entschliessen, dem Zwang der Umstände die erste Konzession zu machen. Ihre Form ward gefunden in der Beschränkung der Silberbeträge, welche zur Ausmünzung zugelassen werden sollten. Die vier verbündeten Staaten teilten sich in einen Betrag von 140 Millionen Franken nach Massgabe ihrer Bevölkerungsziffern (mit untergeordneten Modifikationen). Von der reinen Architektur des Systems war man damit auch für den uneingeweihten Beobachter abgewichen; dem tieferen Einblick konnte nicht verborgen bleiben, dass mit diesem Beschluss sein Fundament selbst untergraben wurde. Die selbstgefällige Routine tröstete sich damit, dass nur eine interimistische Veranstaltung auf ein Jahr getroffen sei, nach dessen Verstreichen wohl wieder ins alte Geleise eingelaufen werden könne.

Was es mit dieser Ermächtigung zum Ausmünzen begrenzter Metallquantitäten eigentlich auf sich hatte, ward nicht ausgesprochen und ist selbst im Laufe aller später daran geknüpften Erörterungen selten eingeräumt worden. In Wahrheit würde es schwer geworden sein, nachzuweisen, dass damit etwas anderes bezweckt war, als gewissen privilegierten Kunden der Münze ein vorteilhaftes Geschäft zuzuwenden. Das Gemeinwesen als solches hatte an diesen Münzgeschäften nicht nur kein Interesse, sondern ward geradezu den Privatinteressen geopfert.

Denn was bedeutet in dürren Worten die Stipulation, Frankreich dürfe im Laufe des Jahres 1874 60 Millionen Franken

Silber ausmünzen lassen? Nichts anderes, als dass die französischen Münzanstalten gegen den herkömmlichen Prägelohn diesem und jenem Geschäftsmanne seine Barren zu Fünffrankenstücken zu prägen verpflichtet sein sollen. Die Operation des Mannes bestand darin, dass er, dank dem gefallenen Silberpreis, das Material zu einem solchen Fünffrankenstück im gegebenen Falle um $4^{3}/_{4}$ Franken Münzgold erkaufte und gegen Vergütung von nicht vier Centimes ein Fünffrankenstück daraus prägen liess, deren er je vier bei erster Gelegenheit wieder in ein goldenes Zwanzigfrankenstück umwechselte. Der Profit von 20 Centimes oder 4 Prozent floss in die Tasche des Privatmannes, und die Zeche zahlte das gemeine Wesen, in dessen Umlaufsbestand ebenso viel minderwertige Stücke an die Stelle von mehrwertigen traten. Auf diese Weise wuchs der Vorrat an Silber selbst bei der französischen Bank, die sich doch noch am besten zu verteidigen verstand, zwischen dem Jahre 1871 und dem Jahre 1876 von 75 Millionen Franken auf 540 Millionen an. Es war natürlich stets dafür gesorgt, dass nicht der erste beste jenen Vorteil einstrich. Die Anwartschaft auf den Profit der gesetzlichen Falschmünzerei war immer auf lange hinaus im voraus vergeben, sogar in solcher Weise, dass die Vertreter der französischen Regierung auf allen Konferenzen schon deshalb mit gebundenen Händen zu kommen erklärten, weil die rechtskräftigen Ansprüche auf Ausmünzung bestimmter Quantitäten bereits für das nächste Jahr unwiderruflich erteilt seien. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, Theorien, deren praktische Wirkung auf solche Resultate hinauslief, mit dem Pathos wissenschaftlicher und politischer Überzeugung verteidigt zu sehen.

Die Königreiche Belgien und Italien zogen wenigstens den richtigen logischen Schluss aus der gegebenen Voraussetzung. Wenn doch einmal Falschmünzerei getrieben werden soll, sagten sie sich, so verlangt die Billigkeit, dass derjenige den Nutzen von der Sache habe, welcher auch den Schaden trägt, wenigstens den berechenbaren Nutzen gegenüber dem berechenbaren und dem — in der Zukunft verborgenen — unberechenbaren Schaden. Mit anderen Worten, sie schlossen den Privatleuten die Münze und machten das Geschäft für Rechnung des Staates. Wie wenig die ganze Operation im übrigen mit der Sorge für den

allgemeinen Landesverkehr zu thun hat, lässt sich aus dem Beispiel der italienischen Manipulation am einfachsten nachweisen. Was bedeutete die dem Königreich gegebene Erlaubnis, 40 Millionen Silber auszumünzen? In dürren Worten das Recht, an dem Raube, der auf Kosten des Goldmünzbestandes der vier Konventionsländer organisiert wurde, seinen Teil zu nehmen. Nur seinen Teil? Nein, viel mehr! Denn da Italien nicht einmal Silber, sondern nur Papierumlauf hat, so braucht es das auszumünzende Silber nicht für sich. Auf ihren letzten Ausdruck zurückgeführt, bestand also die italienische Operation darin, dass die Regierung mit irgend einem Geschäftsmanne ein Übereinkommen traf, demgemäss derselbe gegen eine Vergütung, welche dem am Silber zu erzielenden Gewinn entsprach, ihre Quote von 40 Millionen ausmünzte. Diese wanderten dann in dasjenige Land der Konvention, wo sie am besten zu rentieren verhiessen. Die Masse der italienischen Stücke strömte daher vorzugsweise nach Frankreich, der Rest nach Belgien und der Schweiz. Vorerst trug das französische Verkehrsgebiet die Unkosten einer Falschmünzeroperation, deren Profit zwischen dem italienischen Fiskus und irgend einem Bankhaus geteilt wurde. In Frankreich genossen bis auf einen Bruchteil der letzten Quote von 1876/77 die Bankhäuser allein den Profit. Bei der Auskehr am Ende der Tage, wenn es gelten wird, die entwerteten Silberstücke durch vollwichtiges Gold zu ersetzen, werden die Völker jenen Gewinn, von dem sie nur einen Teil oder gar keinen Teil erhielten, mit verzehnfachten Opfern erstatten müssen. Darum erwogen auch, je nach ihrer Solidität oder Gewissenhaftigkeit, die einzelnen Staaten die Frage, ob sie von der ihnen zugeschobenen Berechtigung thatsächlichen Gebrauch machen sollten. Italien, das weder einen eigenen Umlauf zu verderben hat, noch ernstlich hoffen mag, in menschlicher Zeit zu einem reinen Metallfuss zurückzukehren, nahm die Sache am heitersten. Je mehr Silber man ihm zu schlagen erlaubte, desto schöner. Über die seiner Bevölkerung entsprechende Quote hinaus verlangte es noch eine Licenz für 20 Millionen, weil es in irgend einem Winkel das Silber dazu liegen habe und doch verwenden müsse (natürlich auf gemeinsame Kosten — denn sonst hätte es ja am Markt dasselbe als Ware verkaufen können). Belgien enthielt sich vom Jahre 1876 an jeder Silberausprägung; die

Schweiz erklärte sogar, von der ihr eingeräumten Berechtigung keinen Gebrauch zu machen, that auch demgemäss im Jahre 1875, nachdem sie sich im Jahre vorher, 1874, von ihrem guten Vorsatz durch irgend welche besondere Verführung hatte abbringen lassen. — Was wird geschehen, wenn der *Status quo* nicht mehr zu halten ist, wenn vom Silber zum Gold wird übergegangen werden müssen? Frankreich, Belgien, die Schweiz werden ihre Silberstücke mit entsprechenden Opfern gegen Gold einlösen, aber wenn Italien, bis dahin noch immer zahlungsunfähig, nicht im stande ist, das Gleiche zu leisten, wer wird die Kosten zahlen? was werden die Staaten thun, deren Umlauf, deren Banken (nachdem sie sich eine Zeitlang — aber vergebens — dagegen gewehrt) mit den silbernen Bildnissen Viktor Emanuels überfüllt sind?

Fasst man dergestalt den wahren, sachlichen Verlauf nach vergangener und künftiger Seite hin ins Auge, so braucht es eigentlich weiter keiner Auseinandersetzung über den Zerfall des Systems, welches zu dergleichen widersinniger und gemein schädlicher Wirtschaft herhalten konnte, und über die morsche Grundlage desselben.

Das Jahr 1874 lief zu Ende, ohne den Hoffnungen der Silberlegitimisten etwas anderes als wachsende Enttäuschung zu bereiten. Der Preis des Metalls fiel, die Sorge der davon Betroffenen stieg. Nur die offizielle französische Welt fand, dass die Lage nichts zu wünschen übrig lasse und alles am besten bleibe, wie es sei. Dem gegenüber erneuerten bei dem Wiederzusammentreten der Konferenz im Jahre 1875 die Repräsentanten der Schweiz den Ausdruck ihrer Besorgnis; wenn man auch an dem vorläufigen Abkommen festhalten wolle, so solle man wenigstens die Maximalziffern der Ausprägungslicenz für Silber namhaft herabsetzen. Italien leugnete nicht, dass der Vorschlag innerlich wohl begründet sei, wollte aber die Anwendung der richtigen Maxime auf spätere Zeiten verschoben wissen. Vorerst hatte seine Bank noch einen bedeutenden Silbervorrat, den auf Kosten der Gemeinschaft loszuwerden, ihr sehr angenehm sein musste, und diesem Umstande zu lieb ward endlich beschlossen, Italien statt der früher bewilligten 40 nunmehr für 1875 50 Millionen zuzugestehen; und da, was dem einen recht, dem anderen billig, so wurde das Gesamt-

kontingent von 140 auf 150 Millionen für das Jahr 1875 erhöht.

Im Laufe des Jahres 1875 bewegte sich der Preis des Silbers, kurze Momente der Gegenströmung abgerechnet, in stetigem Niedergang. In den Monaten Januar und Februar, während die Konferenz zu Paris tagte, galt die Unze in London $57^3/_8$ Pence, was einem Verhältnis zum Golde wie 1 zu 16,43 entspricht. Ende Januar und Februar 1876, als sie zum dritten Male sich versammelte, war der Preis auf 55 gesunken mit einer entsprechenden Verschiebung des Verhältnisses zum Golde gleich 1 zu 17,14. Das heisst, zwischen der gesetzlichen Fiktion und der Wirklichkeit des gegenseitigen Tauschwertes hatte eine Abweichung von 11 Prozent zum Nachteil des Silbers stattgefunden. Der Ernst eines so krassen, sich immer mehr festsetzenden und verbreitenden Missstandes hatte in den nicht von dem offiziellen Schlendrian befangenen Kreisen Frankreichs zu selbständiger Erörterung der Frage geführt. Die Pariser Handelskammer unterzog den Gegenstand wiederholt ihrer Prüfung und sprach sich mit Entschiedenheit für die Herstellung der ausschliesslichen Goldwährung aus. Zur Zeit, als die Konferenz zum drittenmale sich vereinigte, legte die Handelskammer dem Finanzminister eine dahin zielende Petition vor, in welcher sie das Einstellen aller ferneren Silberprägungen begehrte. Noch bedeutsamer war, dass der eifrigste und begabteste Anwalt der Goldwährung, der ehemalige Präsident des kaiserlichen Staatsrats, bei den Neuwahlen in den Senat eingetreten, die Regierung aus ihrem süssen Traum durch eine Interpellation zu wecken sich anschickte. Der Finanzminister Say ergriff den letzten Augenblick, um sich die Initiative zu retten. Die dritte Staatenkonferenz hatte für das dritte Jahr (1876) das alte System erneuert, nur die Summen der betreffenden Licenzen um ein Geringes beschnitten. Am 21. März, d. h. einen Tag vor der im Senate anberaumten Debatte über die Interpellation Parieus, brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein, der in einem einzigen Artikel bestand, lautend: „Die Ausprägung von silbernen Fünffrankenstücken kann auf dem Wege des Dekrets eingeschränkt oder suspendiert werden.“ In den nächstfolgenden Tagen antwortete Parieu mit einem Gegenvorschlag, welcher der Münze verbot, neue Berechtigungsscheine auf Silberausprägung

(*bons de monnaie*) auszugeben. Was dort nur fakultativ war, sollte hier absolut verfügt werden. Die Motive des vom Finanzminister verfassten Gesetzentwurfs sind wie geschaffen, um alles das zu illustrieren, was zu schildern wir unternommen haben. Nichts könnte klarer den Gang eines Gedankens bezeichnen, der von Anfang an mit absichtlicher Blindheit die Thatsachen ignorierte und endlich, als diese ihm gewaltsam die Augen öffneten, sich mit allerhand Plausibilitäten und Hoffnungen darüber hinauszuhelfen suchte und schliesslich doch nicht anders als sich gefangen geben konnte, aber auch dann noch zu derjenigen Form der Kapitulation seine Zuflucht nahm, welche die Bedeutung der Sache am meisten verhüllen mochte. Man fühlt aus des Ministers Say schriftlichen wie mündlichen Ergehungen übrigens einen Sinn heraus, dem die Wahrheit ganz gut bewusst ist, der aber unter dem Druck des offiziellen Schlendrians sich zu einer Transaktion zwischen beiden hergiebt. Nach der faktischen Einleitung zum Gesetzentwurf, welcher den Stand der Gesetzgebung darstellt, wird endlich zum erstenmal eingeräumt, dass die Vorgänge in der Welt etwas Bedenkliches haben und sogar zu Massregeln nötigen. Bis dahin hatte es nur immer geheissen: es sei alles in schönster Ordnung und höchstens eine gewisse Mässigung im Silberprägen rätlich. Jetzt wird zugestanden, dass das Silber stetig an Wert einbüsst, und aus der bloss zuwartenden Stellung des Staates rückt man zur Höhe des Entschlusses vor: „dass der Staat die Zahl der Silberstücke nicht vermehren lassen dürfe, für welche er verantwortlich ist, und deren Einwechslung gegen Gold, wenn eine solche notwendig würde, auf seine Kosten zu geschehen haben würde". Man sieht, wie eine bis dahin noch abgelehnte Möglichkeit mit dem Gefolge ihrer schweren Kosten sich in den Gesichtskreis drängt. Um jedoch aus dieser Möglichkeit noch immer keine Wahrscheinlichkeit zu machen, werden alle Eventualitäten heraufbeschworen, welche vielleicht noch eine Umkehr im Gang der Entwicklung herbeiführen könnten: wenn einmal Deutschland sein entbehrliches Silber würde verkauft haben; wenn vielleicht die amerikanischen Silberminen zu versiegen anfingen; oder wenn vielleicht neue grosse Goldminen erschlossen würden; endlich, wenn der abnehmende Silberverbrauch Britisch-Indiens in sein Gegenteil umschlagen sollte, so könnte, wer weiss, alles,

alles sich wieder wenden. Darum soll abermals noch nichts Definitives geschehen, wodurch die Gesetzgebung selbst an ihrer Grundlage verändert würde. Nur ausser Wirksamkeit soll sie einstweilen zu einem Teile gesetzt sein.

Der Widerspruch, den der Gegenentwurf Parieus der Regierungsvorlage entgegenstellte, war ein der Form nach vollständig berechtigter; für den nächsten Verlauf der Sache kamen beide Bestimmungen auf dasselbe hinaus. Der Minister wollte nur eine in seiner Hand liegende Berechtigung, die Münze für Silber zu sperren; der Senator wollte eine Schliessung von Gesetzeswegen. Natürlich trug der Minister in den Kammern den Sieg davon; aber in der folgenden Stunde bereits machte er von der Berechtigung Gebrauch. Die Form der falkultativen Stellung zu dem Schritt in die gesetzliche Wirksamkeit war nur eine Beschönigung für den unwiderstehlichen Zwang der Umstände. Und das ist eben das Charakteristische an dem Gesamtbilde, das hier an uns vorüberzieht. Um zu begreifen, was mehr noch als alle Vorstellungen und Petitionen der Regierung endlich aus ihrem Schlaf erweckt hatte, muss erwähnt werden, dass zwischen dem Schluss der dritten Staaten-Konferenz und dem Erscheinen der ministeriellen Vorlage das stärkste bis dahin erlebte Fallen des Silbers eingetreten war. Die Vorlage ist datiert vom 21. März 1876. Das Silber, welches wir anfangs Februar auf dem Preis von 55 verlassen hatten, war am 4. und 18. März auf $52^{5}/_{8}$ Pence heruntergestürzt und hatte damit die Abweichung vom Normalverhältnis auf beinahe 1 zu 18 erweitert.

Der am 21. März unterzeichnete Gesetzentwurf kam im Monat Juni vor den Senat. Wenn es in der Absicht der gegenwärtigen Arbeit läge, das Für und Wider der grossen Währungsfrage theoretisch und geschichtlich darzustellen, so würden die in dieser Debatte vorgebrachten Argumente eine reiche Ausbeute liefern. Allein die Grenzen sind uns hier viel enger gesteckt. Es handelt sich blos darum, am lebendigen Vorgang zu zeigen, wie wenig die Fortschritte, welche das einzig richtige Prinzip in der Welt gemacht hat, theoretischen Anstrengungen zu verdanken sind; wie die Verächter der theoretischen Erkenntnis Fuss um Fuss zum Rückzug gezwungen wurden durch die Gewalt der blossen Thatsachen. So viel Belehrendes auch die Diskussion in allen ihren Teilen enthält, so würden wir doch

auf eine selbst gekürzte Wiedergabe verzichten, wenn nicht der Hinweis auf den Gang der Dinge in Frankreich hier nicht unentbehrlich wäre, weil recht eigentlich zwischen dem, was unserer Ansicht nach das richtige, und dem, was das falsche Prinzip ist, auf diesem Boden die letzten entscheidenden Kämpfe stattfinden. Beinahe alle Kulturstaaten sind zur reinen Goldwährung bekehrt; die einen stehen thatsächlich darin, die anderen haben sich wenigstens grundsätzlich dafür ausgesprochen, wenn ihnen auch die Umstände noch nicht gestatten, von ihrer Erkenntnis Gebrauch zu machen. Zu der ersten Kategorie gehören England, Deutschland, Schweden, Norwegen und Dänemark; Portugal, die Niederlande können dazu gerechnet werden, wenn schon der für letztere dahin zielende Gesetzentwurf noch nicht alle Stadien durchlaufen hat. Als prinzipielle Anhänger haben sich erklärt Österreich, Italien, die Schweiz und Nordamerika. Von Spanien wird soeben ein Gesetz nach derselben Richtung hin vorbereitet. Es verdient gewiss die höchste Beachtung, wenn mitten in dieser allgemeinen Bewegung die reichste und gewerbfleissigste Nation des europäischen Festlandes, dieselbe, welche seit Jahren die Welt-Münzreform betrieben und zuerst von allen genannten Völkern das Beispiel einer rationellen Münzverfassung gegeben hat, wenn diese Nation eine konträre Richtung einzuhalten den Anschein nimmt. Und dieser Widerstand wird um so interessanter, wenn er eine Niederlage nach der anderen erlebt, wenn die angeblichen Praktiker sich von einer Position zur anderen zurückziehen, indem sie nach hergebrachter Weise fortwährend sich gegen die Anerkennung der ihnen im Nacken sitzenden Doktrin verwahren. Ein wahres Modell dieser Spezies von praktischen Leuten ist der Gouverneur der französischen Bank, Herr Rouland (ehemals Justizminister des Kaisers). Wie bei uns in Deutschland alle salbungsvollen Hohlköpfe, und noch mehr alle falschen Biedermänner mit den typisch gewordenen Stichwörtern des »Ethischen« oder »Sittlichen« um sich werfen, so versteckt sich die interessierte Banalität in Frankreich hinter die Anerkennung der altüberlieferten nationalen Weisheit. Welch ein schöner Redeschluss z. B. ist dieser: »Was uns betrifft, so teilen wir nicht die Furcht, dass Silber noch weiter fallen werde; wir hoffen, dass man die beiden Währungen erhalten wird, welche

seit Jahrhunderten unserem Lande und Europa so grosse Dienste geleistet haben« — worauf natürlich alle, welche nicht höchst undankbar gegen das wackere Silber sein wollen, in lebhaften Beifall ausbrechen. — Oder in einer zweiten Rede: »Geben Sie dem Lande Sicherheitsgefühl, lassen Sie keine absoluten Theorien zu, welche beunruhigender Natur sind. Auf diese Weise, wenn Sie in den Grenzen der Weisheit und Klugheit bleiben, werden Sie dem Lande einen grossen Dienst leisten; Sie werden bewirken, dass die so wesentlich notwendige Geldcirkulation nicht gestört werde, und Sie werden einen Akt des gesunden Menschenverstandes, der Voraussicht bethätigt haben, welcher die grossen Interessen Frankreichs sicher stellt.« Bei diesen inhaltreichen Schlussworten hielt sich die Mehrheit für so überzeugt von deren Richtigkeit, dass sie stürmisch Applaus und Ruf nach Schluss von sich gab. In derselben Rede war es, dass der Bankgouverneur das deutsche Reich, weil es die Goldwährung unternommen, »jenes unglückliche Land, *ce malheureux pays*,« nannte, welches in tiefe Zweifel versunken sei, ob es nicht auf halbem Wege wieder umkehren solle. Alles, was je die sich praktisch nennende Banalität an Selbstgenügsamkeit und Verachtung methodischer Erkenntnis von sich gegeben, war hier mit der Geschicklichkeit und Eleganz aufgehäuft, welche das französische Redetalent kennzeichnet. Jeden Augenblick kehrt die Wendung wieder, dass das »System« eine herrliche Sache ist, dass aber »wir bescheidenen Praktiker, die nicht aus Büchern sprechen,« doch viel klüger sind.

Die Verhandlungen der Deputiertenkammer hatten auch auf seiten der Regierung schon bedeutend mehr Tiefgang als die des Senats. Der Ernst der Lage sprach sich selbst in der Haltung des Berichterstatters Dutilleul aus, welcher die Dinge ganz anders nahm als der flache Rouland. Der Abgeordnete Le Cesne, welcher die Opposition leitete, that es an Schärfe und Vollständigkeit der Exposition dem Senator de Parieu wenigstens gleich. Selbst dem offiziellen Berichterstatter kam diesmal der Wahn, dass man die grosse Gefahr totschweigen solle und könne, nicht in den Sinn. Ja, wir begegnen in seinem Munde folgendem, unter solchen Umständen auffallend weit gehenden Ausspruch: „Ich weiss nicht, ob es diesem Jahrhundert, welches schon viel Ausserordentliches gesehen hat, bestimmt

ist, einen Vorgang zu erleben, welcher die denkbar grösste Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete bedeuten würde, einen Vorgang, der in der Depossedierung, wenn ich mich so ausdrücken soll, des Silbers bestände, indem dies Metall der Münzfunktionen enthoben würde, die es neben dem Golde versehen hat, seitdem beide in der Menschen Händen sind." Setzt auch der Redner hinzu: „Für meinen Teil glaube ich nicht daran," so ist doch mit dem auch in blosser Zweifelsform vorgetragenen tiefgreifenden Gedanken ein ganz anderer Horizont hergestellt, als er bis dahin in dem offiziellen Frankreich sichtbar gewesen war. Aus der Gegenrede des Abgeordneten Le Cesne sei nur die eine Stelle hervorgehoben, welche genau mit einer weiter oben ausgeführten Betrachtung zusammentrifft, und auch mit einer weiter unten dem englischen Bericht zu entnehmenden sich deckt. „In den Jahren 1850 bis 1865," heisst es hier, „schüttete sich eine wahre Goldlavine über die Welt aus, wie dergleichen Ähnliches nie erlebt worden. Im Zeitraum von fünfzehn bis zwanzig Jahren wurden für fünfzehn Milliarden Franken ans Licht gefördert; von 14000 Kilo jährlich sahen wir die Goldgewinnung auf 200000 Kilo anschwellen, im Wert von 100 auf 700 Millionen jährlich, einmal sogar auf eine Milliarde. Was war die Folge davon? Der natürliche Zug (*l'affinité*) zum Golde hin ist der Art, die Tendenz der Europäer, das Silber in den Tauschgeschäften durch das handlichere und bequemere Gold zu ersetzen, ist so stark, dass ohne weiteres diese ungeheure Metallmasse sich in den Verkehr verloren hat, und dass selbst im ungünstigsten Moment die Entwertung nicht über $1^1/_2$ bis 2 Prozent erreichte."

Natürlich blieb auch in diesen Verhandlungen die Regierung Siegerin. Wo nicht gewaltige Partei-Interessen mit solchen finanzpolitischen Lösungen verkettet sind, werden parlamentarische Versammlungen immer der offiziellen Führung folgen. Sie haben in ihrer grossen Mehrheit zu deutlich das Bewusstsein ihres mangelhaften Fachverständnisses, um nicht hinter der offiziellen Regierungsverantwortlichkeit Schutz zu suchen. Wir haben das in Deutschland in einigen Punkten zu unserem eigenen Schaden nicht minder erlebt. Aber selbst die Regierungsvorlage machte einen enormen Schritt gegenüber dem früheren Verhalten. Aus der von ihr begehrten Ermächtigung zum

Sperren der Silbermünze ward sofort eine vollendete Thatsache. Jahrelang hatten die „Praktiker" behauptet, es sei gar nichts zu thun, das „System" allein verbreite einen panischen Schrecken, und noch im letzten Augenblick versicherten sie, es sei gar kein Grund, sich zu beunruhigen. Und in allen Punkten sind sie zu entgegengesetztem Verhalten hingetrieben worden! Durch die „Doktrin"? Nicht entfernt! Die Metallmakler und Metallhändler (vor allem die Londoner *Bullion brokers* und *Bullion merchants*) auf den grossen Handelsplätzen mit dem Gewicht ihrer Barren haben sie in die Enge getrieben. Sie mussten sich doch entschliessen, etwas zu thun, und diese That giebt den sprechendsten Ausdruck der Beunruhigung, der sie sich nicht länger zu entziehen vermochten. Ob sie nun willens seien oder nicht, ob sie fähig seien oder nicht, den wahren Sinn ihres Handelns zu durchschauen: für das unbefangene Urteil steht felsenfest, dass dies Handeln einen Akt der Unterwerfung unter das Urteil der von ihnen so lange verunglimpften Gegner ausmacht. Sie sperren die Münzanstalt dem Silber — provisorisch, fügen sie hinzu — um abzuwarten, ob nicht eine Umkehr eintrete. Man nennt das in der Rechtssprache ein Geschäft unter einer Resolutivbedingung eingehen. Wer das thut, bekundet, dass ihm die endgültige Vollziehung des Geschäfts Hauptsache ist, und er nur für einen minder wahrscheinlichen Fall einen Rückweg sich offen halten will. Den minder wahrscheinlichen Fall! wer wollte seine Möglichkeit bestreiten? Kein Einwand kann ihn leugnen, denn kein Gegenbeweis kann widerlegen, was seinen Daseinsgrund gerade aus dem Kontingente der unberechenbaren Elemente schöpft. Aber soweit die Rechnung mit bekannten Grössen in der Abwägung der Dinge zu Werke geht, so weit ist der widerlegt, welcher sein aktuales Thun den logischen Schlussfolgerungen des Gegners anpasst. Und das ist eben geschehen mit dem Einstellen der Silberprägung. Die Begrenzung der Summen in den drei Konferenzen war der Anfang der zögernden Bewegung; die totale Sperre ist der Schluss. Allerdings hat das französische Gemeinwesen vorerst von diesem Beschluss noch gar keinen Gewinn. Die Leute, welche an der Schüssel sitzen, haben dafür gesorgt. So gut wie die italienische Bank verstanden hatte, die Prägelicenz für ihre Silberreserve auf gemeinsame Kosten in Sicherheit zu bringen, so gut ver-

standen die Leute, welche zuletzt aus $4^1/_2$ Franken Silber ein Fünffrankenstück zu machen die Erlaubnis verlangten, dass es gelte, vor Thorschluss eingelassen zu werden. Besser als die schönrednerischen Verächter der „Theorie" erkannten die stillen Praktiker, dass aus der Theorie der Silberentwertung längst eine ihnen vorteilhafte Wirklichkeit geworden, dass aber auch der feierlichste Ton des offiziellen Schlendrians nicht lange mehr den Skandal solcher Leugnung der Wirklichkeit aufrecht zu erhalten imstande sein werde. Sie zwängten sich durch die von den Beschlüssen der Konferenzen geöffnete Pforte der Prägungslicenz mit einem wahrhaft possierlichen Ungestüm. Die am 3. Februar 1876 geschlossene Konferenz der lateinischen Verbündeten hatte die Licenz zu Gunsten Frankreichs für das Jahr 1876 auf 54 Millionen festgesetzt. Daneben wurde stipuliert, dass die Anwartsscheine für das folgende Jahr 1877, welche von der Münze ausgegeben zu werden pflegen (*Bons de monnaie*) bis zur Hälfte des kontingentierten Betrages, d. h. bis zu 27 Millionen, auf das Jahr 1877 verabreicht werden dürften. Und als nun, der unaufhaltsamen Notwendigkeit gehorchend, der Finanzminister sich entschloss, die Ermächtigung zum Einstellen der Silberprägung zu verlangen, welchen Gebrauch konnte er noch von derselben machen? Nicht die Prägung eines einzigen Fünffrankenstücks konnte er mehr aufhalten! Nicht bloss die für das Jahr 1876 eingeräumten 54 Millionen, sondern auch die Anwartschaften auf die weiteren 27 Millionen, zusammen 81 Millionen, waren bereits vergriffen, und zwar, wie der Minister selbst eingestehen musste, in den ersten vierzehn Tagen nach Schluss der Konferenz! Man sieht, die Leute von der profitablen Praxis bleiben an hellsehender Befähigung nicht hinter den Theoretikern zurück. Die Wirkung des Gesetzes ist somit vorerst nur eine platonische, und ihre eigentliche Bedeutung liegt darin, dass die französische Regierung auf der nächsten lateinischen Konferenz Anfang 1877 eine andere Stellung als bisher zur Frage nehmen muss und, falls sie, wie nicht unmöglich, sich neue Silberlicenzen auswirkt, schwerlich von ihnen Gebrauch machen wird.

Welchen Weg aber kann Frankreich einschlagen, wenn bis zum Januar 1877 das Silber nicht über 61 Pence (von 52, die

es heute wert ist) hinaufgeht? Nur drei Möglichkeiten liegen sodann vor:

1. In dem geschaffenen Zwischenstadium zu verharren und kein Silber weiter zur Münze zuzulassen. Damit kann das Land ein halbwegs erträgliches Dasein nur führen, so lange der Zwangskurs der französischen Banknoten besteht. Von dem Augenblick an, wo die Bank wieder verpflichtet wird, ihre Noten in bar einzulösen, wird dieselbe entweder nur Silber geben, und dann wird sofort das Gold mit Prämie im Verkehr bezahlt werden; oder die Bank giebt ihr Gold her, dann wird man ihr alles im Lande befindliche Silber bringen und das Unterpfand ihrer Noten in einen um 10 bis 20 Prozent entwerteten Barschatz verwandeln. In beiden Fällen ist die Lage eine unhaltbare. Dauern kann sie nur höchstens, so lange der abnorme Zustand des Papier-Zwangskurses herrscht.

2. Soll diesen Verlegenheiten ein Ende gemacht werden, so muss man die gleichberechtigte Silberwährung definitiv beseitigen. Ob das geschehen kann, ohne einen Teil des im Verkehr befindlichen Silbers einzuziehen, ist sehr zu bezweifeln, selbst wenn man das Maximum der Zahlung in Teilungsmünzen auf hundert Franken erhöht.

3. Ein dritter Ausweg bestände darin, das Silber wie bisher als zweites gleichberechtigtes Glied der Doppelwährung zu erhalten und nur die Verhältniszahl des Gesetzes vom Jahre 1803 durch eine andere zu ersetzen, beispielsweise durch die von 1 zu $17^1/_2$, statt 1 zu $15^1/_2$. Aber es bedarf nur geringen Verständnisses, um zu erkennen, dass damit nicht blos eine neue Wertrelation, sondern ein neues System geschaffen wäre. Denn der wahre Sinn des herrschenden Systems ruht in der Voraussetzung, dass menschliche Gesetze und Übereinkommen ein unabänderliches künstliches Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Gold und Silber stabilieren könnten. So wie eingeräumt wird, dass die thatsächlichen Vorgänge hier stärker sein können, als die geschriebenen Anordnungen, so stürzt das ganze Gebäude in sich zusammen. Und am wenigsten lässt es sich mit nur veränderten Zahlen wieder aufrichten in einer Zeit, welche so empfindlich unter dem Druck der Vorgänge leidet und deren Macht in wechselndem Masse noch zu erfahren gefasst sein muss. Wer wollte sich heute unterfangen, auch nur auf die

Frist eines einzigen Jahres ein Verhältnis voraus zu bestimmen, mit der noch so entfernten Aussicht dadurch im Einklang mit dem thatsächlichen Gang der Dinge zu bleiben? Im Zeitraum von drei Jahren haben wir den Preis des Silbers von 60 auf 47 heruntergehen sehen, dann wieder bis 54 emporschnellen, um bald darauf wieder zu 51 herabzukommen. Nicht blos die Produktion des Metalles und der Gang des Welthandels, sondern die Gesetzgebungsarbeiten selbst wirken mit an diesem unaufhörlichen Wechselgang, und jeder Antrag im Kongress zu Washington, oder in der Kammer zu Versailles könnte alles aus den Fugen bringen, was menschliche Weisheit abgezirkelt hätte.

Enthält die vorausgegangene Darstellung der Hergänge auf französischem Boden auch in sich eine Kritik der betreffenden Münzpolitik, so ist diese Kritik doch für die hier verfolgte Absicht ein schlechthin zufälliges Nebenprodukt. Mit Lob oder Tadel in diesen Dingen uns über die Grenzen des eigenen Staatsgebietes hinaus zu begeben, liegt gar kein Anlass vor. Vom deutschen Standpunkt aus ist die Zauderpolitik der französischen Finanzleitung sogar nur als ein grosser Vorteil zu betrachten, und je länger sie anhält, desto besser für uns. Schade nur, dass auch in der Reichsfinanzleitung jenes beseligte Ruhegefühl waltete, welches allen Mahnungen zum Benützen der kostbaren Augenblicke ein: „nur nicht drängeln!“ (wie man in Berlin sagen würde) entgegenhielt. Schon vor drei Jahren wurde auf das, was jetzt eingetreten ist, vorbereitet, schon damals nachgewiesen, dass Frankreich früher oder später aus seinem Winterschlaf erwachen und dem Silber seinen Markt verschliessen müsse, dass es gelte, die möglicherweise kurze Frist zu benützen; auch bei uns wollte man dem unaufhaltsamen Zug der Dinge keinen ganzen Glauben schenken, und um das eigene Sicherheitsgefühl zu erhöhen, redete man sich ein, wir hätten gar kein Silber zu entbehren, eine Behauptung, welche, so oft sie auch vorgebracht worden, heute wahrscheinlich von ihren eifrigsten Vertretern schon preisgegeben ist. Wie übrigens jedes Unglück zu etwas gut ist, so hat die auf unserer Seite bewiesene Saumseligkeit den Vorteil, dass man an dem ungeheuren Preisniedergang, den das Silber erfahren, der deutschen Münzpolitik nicht die Schuld zuschieben kann. Hätten wir statt der lumpigen

Beträge, die wir uns zu den hohen Preisen vom Halse schafften, eine Milliarde Mark losgeschlagen, so müssten wir alles Unheil angestiftet haben. Ob dieser Trost alle die Millionen Mark wert ist, welche die Zauderpolitik uns kostet, ist aber umsomehr eine Frage, als Unwissenheit und Böswilligkeit uns doch auf alle Fälle zum Sündenbock ausersehen haben würden.

Für Deutschland war die Ausscheidung des Silbers eine beschlossene Sache, und zur raschen Durchführung des einmal feststehenden Beschlusses mahnten nicht nur die von allen Seiten in Sicht kommenden Anzeichen, sondern es wären selbst die solcher Warnung zu sehr nachgebenden Massnahmen im schlimmsten Fall mit geringen Gefahren verbunden gewesen. Denn angenommen, wir hätten so viel Silber verkauft, dass später nötig geworden wäre, einen Teil des zur Scheidemünze erforderlichen Metalls zu höheren Preisen wieder zurückzukaufen, so wäre das mit leicht übersehbaren und eng begrenzten Opfern verbunden gewesen. Schwerer lag die Sache für Frankreich, weil es die grundsätzliche Entscheidung noch zu treffen hatte und befürchten musste, dass die Verkündung seines Abfalls vom Silber einen viel nachhaltigeren Druck auf den Preis des Metalls ausüben werde, als der entsprechende Schritt jedes anderen Landes.

IV.

Ganz eigentümlich liegen die Dinge für England. Seit sechzig Jahren der Doppelwährung entrückt, könnte es vom sicheren Ufer den Stürmen zusehen, mit welchen die anderen Nationen sich herumschlagen. Aber die Königin von Grossbritannien ist auch Kaiserin von Indien, und Indien hat die Silberwährung. Zwar wenn es sich nur um den internen Verkehr der grossen östlichen Kolonie handelte, so würde dem Mutterland schwerlich etwas anderes zu thun bleiben, als mit gekreuzten Armen einstweilen der Dinge zu harren, welche sich aus dem Schosse der Zukunft entwickeln mögen. Denn die Währung von Britisch-Indien wird sich nicht wohl loslösen lassen von denen Japans, Chinas und der Sundaländer. Der Gedanke, den Hunderten von Millionen Bewohnern dieser unge-

heuren Welt, welche seit Jahrtausenden die grösste Masse des Silbers aufgesogen hat, und welche mit der Zähigkeit uralten Herkommens an ihren Sitten hält, ein neues Geld an Stelle des alten zu bieten, ist vorerst unfassbar. In dem Anfang der sechziger Jahre, als der gesteigerte Silberverbrauch des indischen Handels eine Verlegenheit für England wurde, machte es den Versuch, Goldmünzen in seinen Kolonien einzuführen, aber mit sehr geringem Erfolg. In jüngster Zeit hat das neuerungsselige Japan dem Golde sein Gebiet geöffnet. Aber an der grossen Unterlage der asiatischen Geldgewohnheiten und Verkehrsverhältnisse ist damit noch wenig erschüttert.

England könnte und müsste um so ruhiger der Weiterentwicklung der Dinge zuschauen, als wenigstens vor dem Schaden der doppelten Währung und dem damit zusammenhängenden Wirrwarr sein indisches Reich in der Hauptsache bewahrt bleibt, weil es in dem Rupienfuss die einfache Silberwährung hat.

Aber die Wechselbeziehungen zwischen dem in Gold rechnenden Mutterland und den in Silber rechnenden Kolonien machen die Metallkrise zur Quelle eigentümlicher Verlegenheit für das mächtige Inselreich und rauben ihm das Glück, mit kühlem Herzen den Perplexitäten des Festlandes beizuwohnen. Das englische Staatsbudget ist mit seinen Einnahmen an die Ergiebigkeit der indischen Länder gebunden. Wenn diese in Silber zahlen, und Silber immer weniger wert wird, so wird das Loch in den Einnahmen immer grösser, und jeder Penny, um den die Unze am Markt sinkt, fällt als ein empfindliches Gewicht auf die Schultern des britischen oder indischen Steuerzahlers.

Mehr und mehr ergriff daher diese Sorge alle die, welche des Haushaltes im britischen Reiche zu warten haben. Und endlich fand sie, dem politischen Herkommen gemäss, ihren Ausdruck in der Niedersetzung einer parlamentarischen Kommission (*select committee*), welcher die Aufgabe zufiel: den gegenwärtigen Stand der Dinge und deren Ursprung, namentlich mit Rücksicht auf den indischen Wechselkurs zu ermitteln. Ratschläge zur Abhilfe wurden nicht verlangt und, sich streng an ihre Vorschrift haltend, vermied die Kommission jeden Ausspruch, welcher Massregeln anzuempfehlen scheinen konnte.

Aber ihr Bericht giebt deshalb doch deutlich genug ein Bild der Lage, aus dem die Nutzanwendung leicht zu ziehen ist.

Am 3. März 1876 wurde beschlossen, die Kommission einzusetzen. Am 15. Juli hielt sie ihre letzte Sitzung. Der Generalbericht, wie er gedruckt vorliegt, enthält die Schlussresultate aus allen geprüften Dokumenten und vorgenommenen Zeugenverhören, in einer ausserordentlich knappen und unbefangenen Sprache; er ist ein wahres Muster objektiver Darstellung.

Gleich auf der dritten Seite finden wir ein an dieser Stelle doppelt bemerkenswertes Zugeständnis. Es heisst da: „Gerechtfertigt erscheint die Schlussfolgerung, dass ein Rückblick auf das wechselseitige Verhältnis beider Metalle in vergangenen Zeiten den Beweis liefert, dass das Fallen des Silberpreises nicht von irgend einer übermässigen Produktion des Silbers im Vergleich zum Golde herkommt. Der thatsächlich bestimmende Grund liegt vielmehr in dem veränderten Gebrauch, der von den Metallen gemacht wird. Gold ist allgemein mehr in Gebrauch gekommen, als früher, und in der That haben die Handelszustände und die Lage zahlreicher Länder, welche Gold und Silber verwenden, einen totalen Umschwung erlebt. Argumente, welche sich auf die relativen Förderungen aus Gold- und Silberbergwerken stützen, haben daher sehr irrige Auffassungen nach sich gezogen."

Nicht um das Gegenseitigkeitsverhältnis in der Förderung beider Metalle zu konstatieren, was ausserdem als eine mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbundene Aufgabe charakterisiert wird, sondern nur um das Mass des in jüngster Zeit vielbesprochenen Silberzuwachses zu ermitteln, werden die Zahlen vom Jahre 1852 bis heute nach den meist beglaubigten Schätzungen gegeben und auch bei Annahme der geringsten Ziffern die Zunahme auf 75 Prozent ermessen: von etwa 170 Millionen Reichsmark auf 284 Millionen jährlich. Wie bekannt, spielt in diesem Anwachs der neu entdeckte Bergwerksdistrikt im Südwesten der Vereinigten Staaten die hervorragendste Rolle. In den Jahren 1859 bis 1860 figuriert die amerikanische Ausbeute noch mit den geringen Ziffern von 4 bis 500000 Mark, im Jahre 1861 sprang sie auf 8 Millionen, und im Jahre 1875 ergiebt der Ausweis 128 Millionen!

Über die Wunderwelt dieser an der Küste des stillen

Ozeans erschlossenen Metallschätze und insbesondere über die Wunderthaten der berg- und hüttenmännischen Technik, welche amerikanische Betriebsamkeit hier verrichtet, sind in den neueren Zeiten ganze Bibliotheken geschrieben worden. Es kann hier nicht versucht werden, auch nur obenhin über das zu berichten, was ausführlich und mit vollem Sachverständnis zu schildern für einen Geologen oder Ingenieur eine anziehende und dankbare Leistung wäre. Genüge es zu sagen, dass die beträchtlichste und meist genannte dieser Minen die sogenannte „Comstock-Lode" im Staate Nevada, 1500 Fuss unter der Oberfläche mittelst eines Kanals befahren wird, den die bloss zur Auspumpung der Stollen und Schachte aufgestellten Dampfmaschinen mit dem nötigen Fahrwasser versorgen; dass nach kompetenter Aussage die Entdeckung dieses Erzlagers alle früheren ähnlichen weit hinter sich lässt. Die mässigste Berechnung des in dem Bergwerke noch ruhenden Erzreichtums schliesst auf einen Wert von 600 Millionen Mark, eine andere auch noch lange nicht zu den phantastischen gehörende auf das Doppelte. Im Jahre 1875 betrug die Ausbeute 68 Millionen Mark und die ausbezahlte Dividende 48 Millionen. Im Monat März dieses Jahres war die Ausbeute auf mehr als 14½ Millionen, d. h. fürs Jahr 174 Millionen Mark gestiegen, und der offizielle Bericht des Münzdirektors berechnet den Ertrag der vereinigten sogen. Virginia- und California-Minen im Staate Nevada, zu welchen Comstock-Lode gehört, auf 50 Millionen Dollars oder 200 Millionen Reichsmark jährlich, hinzusetzend, dass dies nur ein bescheidener Anfang sei.*)

Nur so viel aus dem Zahlengewimmel des parlamentarischen Berichts sei hier aufgenommen, weil Anhäufung von Ziffern nur zur Folge haben könnte, den Leser zu verwirren. Die Kommission stellt als letztes und sicherstes Ergebnis ihrer umsichtigen und erschöpfenden Nachforschungen fest, dass die Silberproduktion der Vereinigten Staaten allein dermalen nach der allerniedrigsten Schätzung 180 Millionen Mark ergebe, und dass die übrige Welt nur 140 Millionen fördere. Nicht in gleichem Masse übrigens, wie die Gewinnung, hat die Ausfuhr

*) Der Comstock-Lode ging nach einiger Zeit sehr stark in der Ausbeute zurück. Gegenwärtig (1895) wird an einer Wiederbelebung des Betriebes gearbeitet.

des Silbers aus Amerika zugenommen, und seit Anfang 1875 ist ein weiterer Rückgang in der Ausfuhr zu bemerken. Dieser Umstand erklärt sich aus Massregeln der amerikanischen Münzpolitik betreffs der Ausprägung von Silbergeld, auf die wir zurückzukommen haben.

Unmittelbar nach Behandlung des amerikanischen Elementes wendet sich der englische Bericht der deutschen Münzreform zu. Er giebt zunächst eine summarische Darstellung der ganzen Gesetzesreihe, die in Münz- und Banksachen das neue Reich erlassen, um alsdann auf die für ihn praktisch wichtigste Frage zu kommen, wie viel Silber Deutschland noch abzugeben habe. Die unbestrittene Thatsache, dass es zur Zeit (der Berichterstattung) nur den Belauf von etwa 120 Millionen Mark losgeschlagen, wird auch hier in einer Weise vorangestellt, die vermuten lässt, dass sie ob ihrer Geringfügigkeit Verwunderung und Zweifel erregte. Ueber den Betrag des Thalervorrats, der annoch im Schosse des deutschen Verkehrs vorhanden, ergeht sich der Bericht in einer angestrengten Untersuchung, deren Einzelheiten wiederzugeben hier umsoweniger Anlass vorliegt, als einheimische Arbeit, aus welcher die Kommission hauptsächlich schöpfte, ihre Resultate uns direkt geliefert hat. Die schliesslichen Schätzungen, auf welche Bezug genommen ist, bewegen sich zwischen den äussersten Punkten von 600 und 160 Millionen Mark, erstere sich der Veranschlagung nähernd, welche noch in neuester Zeit unser um diese Dinge am meisten verdiente Soetbeer aufgestellt hat, letztere nach der Auffassung neigend, welche den preussischen Finanzminister zu dem Ausspruch bewog, »dass der Übergang zur reinen Goldwährung in einer wahrhaft spielenden Weise sich vollziehen werde.« Es verdient bemerkt zu werden, dass der englische Parlamentsbericht diese Worte im deutschen Urtext anführt.

Nach einem kurzen Ausweis über den durch die skandinavische Münzreform freigewordenen Silberbetrag gelangt der Bericht zu dem wichtigsten Teil seiner Aufgabe, den Beziehungen zu den ostindischen Kolonien. Während einerseits feststeht, dass der Bedarf an Silberbarren für diese Gegenden in den letzten Jahren sehr stark abgenommen hat, wird zunächst dargethan, dass diese Verminderung wesentlich nicht mit einer Reduktion der Überschüsse zwischen Ein- und Aus-

fuhr zusammenhängt. Von jeher hat das ferne Asien einen bedeutenden Überschuss aus dem reichen Füllhorn seiner üppigen Vegetation dem Abendlande zugesandt und dafür Silber zur Befriedigung seines Geschmacks an schwerem Prunk und zur Anhäufung machtgebietender Schätze in Empfang genommen. In der ofterwähnten Zwischenperiode des amerikanischen Sezessionskrieges und der dadurch hervorgerufenen „Baumwollen-Hungersnot, *cotton-famine*," erreicht dieser Überschuss eine nie erlebte Höhe, und in den neuesten Zeiten des universellen Industriekrachs erlebte er einen ungewöhnlichen Rückgang. Aber im grossen und ganzen, so konstatiert unser Bericht, ist die Differenz sich immer gleich geblieben und bewegte sich seit 1870 um den Mittelpunkt von 20 Millionen Pfund Sterling oder 400 Millionen Reichsmark. Damit stimmen auch so annähernd, wie sich erwarten lässt, die Aufnahmen der Verschiffungen von Silber nach Indien, summiert mit den von der Regierung des Mutterlandes auf die Kolonie abgegebenen Wechseln.

Also nicht in veränderten Handelsbeziehungen ist der Grund des Umschlags der Dinge zu suchen. Aber was sich ganz anders gestaltet hat, ist die Zusammensetzung eben des Materials, mittels dessen die Differenz in der Bilanz ausgeglichen wird. Früher bestand jenes Material zum grössten Teil aus Barren, zum geringeren aus Regierungswechseln. Seit 1872 namentlich hat sich das Verhältnis durchaus gedreht. Während in der früheren Periode das Durchschnittsverhältnis ergab 10 Millionen Pfund Sterling Barren und $7^1/_2$ Millionen Wechsel, kam es in den Jahren 1875/76 auf 3 Millionen Barren gegen 12 Millionen Wechsel.

Der allgemeine Grund aber dieser allgemeinen Bilanzverschiebung liegt in dem Anwachsen der Beträge, welche von den Kolonien der Regierung des Mutterlandes geschuldet werden. Das heimische Budget hat jetzt durchschnittlich 300 Millionen Reichsmark jährlich von dem indischen Departement zu beziehen. Noch in den Jahren 1862—1863 kam ihm nur der vierte Teil dieses Betrages zu. Der Entstehungsgrund der starken Verschuldung liegt in der grossen Empörung der Seapoys am Ende der fünfziger Jahre. Der zur Bewältigung derselben gemachte Aufwand erheischte eine Reihe von Anlehen und stehenden Mehrausgaben, welche die Kolonien zu verzinsen

und zu tilgen haben. Wenn die Wirkung zwischen Ost und West sich erst in den jüngsten Jahren äusserte, so hängt dies mit der Erbauung der indischen Eisenbahnen zusammen. So lange an diesen gearbeitet wurde, was für englische Rechnung geschah, war eben dadurch der ganze Geldbedarf des Baues von England nach Indien zu schaffen. Dieses Begegnen der Ausgaben und Einnahmen gab willkommene Gelegenheit zur Ausgleichung ohne Geldtransport. Was die Regierung des Mutterlandes an Steuern in Silber zur Zahlung der Schuldzinsen und Militärbeiträge in Indien zu empfangen hatte, das wies sie den Bauunternehmern an, und diese bestritten mittels der aus diesen Geldanweisungen erhobenen Gelder ihre Ausgaben auf indischem Grund und Boden. Darum konnte die Nachwirkung jener Umgestaltung des Budgets erst fühlbar werden, als die Eisenbahnen der Hauptsache nach gebaut waren.

Die Kommission ist der Ansicht, dass, unvorhergesehene Fälle abgerechnet, die Dinge in dieser Verfassung beharren werden. Sie knüpft daran die weitere Betrachtung, dass der aus dieser Sachlage folgende Minderbedarf an Silber einen Rückgang des Wechsels auf Indien, des Kurses der Rupien, oder was dasselbe ist, des Silberpreises unbedingt nach sich gezogen haben müsste, auch wenn die Silbergewinnung und die Demonetisierung des Silbers in den betreffenden Weltteilen nicht eingetreten wäre. Die einfache Thatsache fällt am meisten ins Gewicht, dass bis vor wenigen Jahren der Handel die grosse Differenz zwischen seinem Bezug aus Indien und seinen Lieferungen dahin mittels Silbers auszugleichen hatte; dass aber jetzt das ostindische Kriegsbudget für seine aus dem Mutterlande zu bestreitenden Leistungen in der Kolonie jährlich eine Masse Silbers erhebt, welche es den Kaufleuten anweist, während die Kaufleute ihrerseits den Gegenbetrag in England auszahlen; eine Wechseloperation, welche dem einen Teil das Herholen und dem anderen das Hinschicken von Silber erspart. Und damit man sich einen richtigen Begriff von dem Effekt dieser Verschiebung mache, stellt die Kommission die Ziffern der Jahresforderung des indisch-englischen Budgets mit denen der jährlichen Silberproduktion der ganzen Welt zusammen. Ganz allein die Summe von 200 Millionen Mark, um welche das indische Budget an Einnahmen zugenommen hat, ragt, nach

ihr, über die Hälfte der Silberproduktion der gesamten Welt hinaus!

Endlich stellt der Bericht sich noch die Frage: wie voraussichtlich sich der Gang des Silberkonsums in der indischen Kolonie für die Zukunft entwickeln werde. Die beiden am meisten mit den Zuständen jener Bevölkerung vertrauten Zeugen, welche vernommen wurden, haben geglaubt, nach dieser Richtung hin viel Beruhigendes sagen zu dürfen. Sie sagen, dass durch die Verbesserung der Wege und Herstellung der Eisenbahnen ganze Striche erst dem höheren Verkehr erschlossen worden seien. In diesen Gebieten trete erst jetzt die Gewohnheit, mit Geld, das heisst Silbergeld, zu kaufen, an Stelle des Tauschhandels; ferner habe das Volk in den Kolonien eine so gewaltige Lust an silbernem Schmuck und Geräte, dass dadurch der grösste Teil dieses Metalls Verwendung finde. Mit zunehmendem Vermögen und mit dem Sinken des Silberpreises werde dieser Sinn neue Mittel finden, sich zu befriedigen. In jedem grösseren Dorf ist ein Silberschmied, und sobald ein Mann einige Rupien verdient, lässt er denselben zu sich ins Haus kommen und die Ziergeräte allda anfertigen. Auch Gold wird zu gleichem Zweck in starker Proportion verwendet. Obwohl Goldgeld in verschwindend geringem Masse umgeht, beträgt doch der Goldimport der letzten 40 Jahre die Hälfte der Silbereinfuhr, nämlich 2 Milliarden Mark, welche beinahe ausschliesslich zu Prunksachen verarbeitet wurden.

Lässt solchergestalt der ferne Osten für die Aufsaugung des Silbers auch ferner ziemlich begründeten Hoffnungen Raum und erwächst daraus ein Anhaltspunkt für die Widerstandskraft der Silberpreise, so stehen nach der Überschau unseres Berichtes die Dinge überall in Europa um so aussichtsloser. Der Konsum Englands ist verschwindend klein. Bis auf eine einzige Million Pfund Sterling halten sich im vereinigten Königreich die ein- und ausgeführten Beträge an Silber jahraus jahrein die Wage, und von dieser Million werden nur etwa $^2/_5$ zu Münzzwecken verwandt. Der Verbrauch zu Manufakturzwecken übersteigt nicht die geringe Summe von 600000 Pfund Sterling oder 12 Millionen Mark, und darin ist nicht bloss der Verbrauch für Geräte, sondern auch für galvanische Versilberung und Photographie inbegriffen. Was aber Frankreich betrifft, so stimmen die Be-

obachtungsresultate des Berichts bei aller Enthaltsamkeit, die sie in der Skizzierung von Zukunftsbildern üben, mit unseren eigenen oben entwickelten Ansichten überein. Einerseits wird konstatiert, dass seit dem Rückgang der Silberpreise Frankreich vermöge der fiktiven Wertrelationen das Abzugsbecken für das minderwertige Metall geworden ist, dass namentlich unter dem Schutz der lateinischen Münzkonvention, welche der Bankgouverneur Rouland mit Recht eine „fatale" nennt, auch das auf Papier fussende Italien seinen ganzen Vorrat an Silbermünzen und sogar an untergradiger Scheidemünze nach Frankreich hinübergeworfen hat; dass in der That und alles in allem berechnet, mehr als die Hälfte sämtlichen, während der letzten vier Jahre in der Welt produzierten Silbers auf Frankreich ausgeschüttet worden ist; dass aber, nachdem der Weg unvermeidlicher Erkenntnis endlich beschritten, d. h. die Silberprägung erst beschränkt und dann sistiert worden, das Land nicht länger fortfahren kann, auf die bisherige Weise der Welt als Abzugskanal für den Überschuss des an Wert verminderten Metalls zu dienen. Der Totalüberschuss nämlich, welcher im Lauf der letzten vier Jahre, verglichen zu den vorhergegangenen vier Jahren, auf den Weltmarkt kam, betrug rund anderthalb Milliarden Mark, und von diesem Gesamtbetrag erhielt Frankreich 670 Millionen. Diese Thatsache und die innere Unmöglichkeit ihrer Fortdauer ist, was die Kommission als das Wichtigste in der ganzen Physiognomie der Lage wiederholt hervorhebt. Und so verhält es sich. Der gegenwärtige Stand des Silbers hängt an diesem Faden und man muss blind sein, um nicht zu sehen, wie dünn derselbe geworden. Als gewiss, sagt der Bericht am Schluss, steht vor uns die grosse Zunahme der Produktion von Silber, die Abnahme von Verwendung vermöge des veränderten indischen Budgets. Ob dagegen die Aufnahmefähigkeit der ostasiatischen Bevölkerungen dem das Gegengewicht halten wird, bleibt jedenfalls zweifelhaft.

Und bei aller Gewalt, welche die Kommission sich anthut, keine Zukunftsansichten zu formulieren, kann sie sich doch nicht entbrechen, mit folgender Reflexion ihre Arbeit zu schliessen: „Wenn es dahin kommen sollte, dass die allgemeine Münzpolitik den Weg einschlüge, das bequemere Gold immer mehr im innern und auswärtigen Handelsverkehr dem Silber vorzuziehen

und so dasselbe aus der Position zu verdrängen, die es allzeit behauptet hatte, so könnte der ihm dann bevorstehenden und ganz unvermeidlichen Wertverminderung gar keine berechenbare Grenze im voraus bestimmt werden!"

Und so schliesst dieser so trocken sachliche und geflissentlich nüchterne Bericht, nicht ohne dass auch er, mit einem Blick in die Zukunft schweifend, die Züge eines Mene Tekel gewahre, welches mit veränderter Fassung an den Palast des Weltherrschers schreibt: „Du bist gewogen, du bist zu schwer befunden, deine Tage sind gezählt."

V.

Wir haben die Zeiten und Länder in raschem Lauf überblickt. Die Ergebnisse der Betrachtung sind überall eingeflossen; es wäre nur entbehrliche Wiederholung, wollten wir sie nochmals in Reihe und Glied hier am Ende aufstellen. Kam es doch überhaupt hier nicht darauf an, zu letzten Schlussfolgerungen zu gelangen, sondern nur Gedanken anzuregen und Horizonte zu eröffnen. Gedanken allerdings, welche bereits in breiten Massen ihre Herrschaft über die körperliche Welt geltend machen, und Horizonte, die täglich sichtbarer nahe rücken. Ein Staat, der heute zukünftige Verbindlichkeiten eingehen will, muss sich verpflichten in Gold zu zahlen, will er seinen Kontrahenten volle Sicherheit einflössen; und so weit ist es schon gekommen, dass die österreichische Nationalbank sich zeitweise geweigert hat, ihr mit Zwangskurs versehenes Papier gegen Silber herauszugeben, und in dem darüber erhobenen Streit sich dies ihr Recht anerkennen liess.

Diejenigen, welche ungern die Hoffnung auf Rückkehr der alten Zeiten fahren lassen, waffnen sich mit noch zwei Argumenten, deren bis jetzt hier nicht Erwähnung geschehen, und die der Vollständigkeit halber vor dem Abschluss ihren Platz finden sollen. Das eine Argument weist auf eine Hoffnung, das andere auf eine Schwierigkeit hin. Die Hoffnung ruht auf den Vereinigten Staaten von Amerika. In diesen besteht ein Gesetz, welches der Verwendung von Silber zu Münze einen gewissen Spielraum öffnet. Zur Hälfte ist das Gesetz vollendete Thatsache, zur anderen noch blosse Eventualität. Das in Kraft

stehende Gesetz ordnet an, dass die in Umlauf befindlichen kleinen Abschnitte von Staatspapiergeld in Silber umgewechselt werden sollen; es verfügt ferner die Ausprägung einer Quantität sogenannter Handelsdollars (*Trade dollars*), welche zum Zweck des Verkehrs mit dem Ausland geschlagen werden können, ohne gesetzliches Zahlungsmittel im Inland zu sein. Beiderlei Verwendungen haben in der letzten Zeit recht ansehnliche Quantitäten von Silber aufgezehrt; aber wenn wir sagen, dass beide zusammen bis zum März dieses Jahres rund 13 Millionen Dollars oder 52 Millionen Mark aus dem im Jahre 1875 von Regierungswegen gekauften Silber absorbiert haben, und dass die Gesamtheit des einzuwechselnden kleinen Papiergeldes auf 40 Millionen Dollars angegeben wird, so erhellt daraus, dass damit den entgegenwirkenden Elementen noch kein entsprechender Damm gesetzt ist. Und die höchsten Anschläge der künftig in den Vereinigten Staaten verwendbaren silbernen Teilungsmünzen gehen kaum über die Hälfte des Belaufs, den unserer Ansicht nach Deutschland noch abzustossen hat.

Nun wird an diese Massnahmen die Hoffnung geknüpft, dass Amerika bei Wiederherstellung seiner Metallzirkulation die Doppelwährung einführen werde. Es lässt sich natürlich *a priori* nicht behaupten, dass dies- oder jenseits des Meeres den politischen Umtrieben und der Begriffsverwirrung unmöglich sein werde, irgend einen unsinnigen Beschluss durchzusetzen. Aber es wird gestattet sein, diese unberechenbaren Bahnen des Unsinns nicht in die Berechnung der künftigen Dinge aufzunehmen. Nach den bestehenden Gesetzen bleibt das Silber auch in Zukunft in den Vereinigten Staaten nur Teilungsmünze, und nicht für mehr als 20 Dollars (80 Mark) gesetzliches Zahlungsmittel. Dass ein so vielfach in Gold verkehrendes und Gold produzierendes Land wie Nordamerika zur ausschliesslichen Silberwährung übergehen werde, hat noch niemand zu behaupten gewagt. Und wenn Länder, welche die Doppelwährung haben und mit allen Fibern an ihr hängen, durch die Notwendigkeit sich gezwungen sehen, auf dieselbe zu verzichten (wie Frankreich bereits zu thun angefangen hat), so muss man es erst sehen, um es zu glauben, dass ein Land, welches noch *Tabula rasa* vor sich hat, aus freien Stücken sich in diese Verlegenheit stürzen werde.

So viel, was die Hoffnung betrifft. Amerikas Verbrauch an Silbermünze hat bereits seine Schuldigkeit nach dieser Richtung gethan. Die beiden wieder aufsteigenden Bewegungen der Silberskala, die wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, sind wesentlich auf diese Mitwirkung zurückzuführen. Nach einem ersten Sturz bis 52 Pence für die Unze sahen wir eine Reaktion bis 56, dann einen Niedergang bis 47, dann abermals Umkehr bis 54, um schliesslich wieder an dem Stand zwischen 51 und 52 anzukommen, welcher eine Abweichung von etwa 17 Prozent vom alten Normalfuss darstellt. Ohne jene Ursache hätte der Rückgang wahrscheinlich bereits stärkere Dimensionen angenommen.

Als unüberwindliche Schwierigkeit soll aber der Ausbreitung der Goldherrschaft der Umstand im Wege stehen, dass für diesen Zweck nicht Gold genug aufzutreiben wäre. Der Deutsch-Engländer Seyd, von lange her ein begeisterter Silberlegitimist, welcher sich übrigens durch Zusammenstellung belehrender Zahlen aus seiner auf dem Metallmarkt gesammelten Erfahrung Verdienst erworben, hat eine Schrift verfasst, in welcher er berechnet, was alles die Welt dereinst an Gold brauchen werde, wenn überall das Silbergeld abgeschafft würde. Zu den in diese Berechnung hineingezogenen Voraussetzungen gehört an erster Stelle die der Wiederaufnahme der Barzahlung seitens der noch in der Papierwirtschaft steckenden Länder. Er vergleicht den auf Grund dieser Hypothese veranschlagten Gesamtbedarf mit der Gesamtgewinnung des Goldes, um die Unzulänglichkeit der letzteren darzuthun. Ohne seine Ziffern des Näheren zu prüfen, können wir aber von vornherein seine Hypothese als soweit von ihrer Verwirklichung entfernt betrachten, dass wir auch ruhig der Zukunft überlassen können, das dieser Verwirklichung entsprechende Material zu beschaffen. Österreich, Italien, Russland und selbst die Vereinigten Staaten, welche doch die nächsten sind, drohen nicht, sich in Ungeduld nach Beseitigung des Papiergeldes zu überstürzen.

Ein anderer Trost für die, welche dessen bedürfen, liegt in der Ergiebigkeit gerade der amerikanischen Minen, welche so stark den Druck auf den Silberpreis vermehren helfen. Wir haben oben bei Schilderung dieser interessanten Bergwerke absichtlich eines Phänomens nicht erwähnt, welches erst an dieser

Stelle richtig gewürdigt werden kann. Die ungeheuren Schätze' welche von den amerikanischen Unternehmern aus Comstock-Lode gezogen werden, bestehen nämlich entfernt nicht ausschliesslich aus Silbererz. Beinahe die Hälfte, dem Werte nach berechnet, ist Gold, 40 bis 45 Prozent der Förderung. Das wäre also schon eine wesentliche Zubusse für die wachsende Nachfrage. Und neben dieser isolierten Erscheinung steht unterstützend für uns die allgemeine, dass im grossen und ganzen im Laufe der Zeiten die Produktion des Goldes, verglichen zu der des Silbers, stetig im Wachsen geblieben ist, seit mindestens dreissig Jahren auch an absolutem Wert die Summe des gewonnenen Silbers namhaft übersteigt. Ist auch das Verhältnis nicht mehr so überwältigend zu Gunsten des Goldes, wie in dem Anfang der fünfziger Jahre (das Jahr 1852 weist 790 Millionen Mark Gold gegen 178 Millionen Silber auf), so ist es noch immer beträchtlich genug und ergiebt selbst für das Jahr 1875 trotz der grossen Silbergewinnung noch die Zahlen: Gesamtproduktion in Gold: 500 Millionen Mark, an Silber 340.

Bedenkt man hierzu noch, dass Gold, eben weil es koncentrierteren Wert, oder was gleichbedeutend ist, grössere Beweglichkeit bietet, schneller cirkuliert, so entspringt daraus die weitere Konsequenz, dass das Verkehrsgebiet mit einer geringeren Summe an Gold als an Silber auskommen kann, was auch eine absolute Ersparnis für den Volkshaushalt mit sich bringt.

Und letztlich ist es gewiss nicht als ein Übel anzuschauen, wenn dem natürlichen, stets die Preise der meisten Dinge allmählich hinauftreibenden Zuge der Zeit ein stiller Widerstand entgegenarbeitet in der verlangsamten Zufuhr des Edelmetalls.

Darum glauben wir, uns noch nicht plagen zu müssen mit der Sorge um die Beschaffung des Goldes für den Erdball. Und wenn der ganze Zug der menschlichen Sitten und Bedürfnisse auf den Weg nach den Goldmünzen hindrängt, so werden ihn jene Angstberechnungen doch nicht aufhalten. Am allerwenigsten werden sie es dahin bringen, aus dem gekünstelten, widernatürlichen System eines unabänderlichen Wechselverhältnisses zweier Metalle ein natürliches zu machen. Feste Wertverhältnisse vorschreiben heisst im Grunde nichts anderes, als das eine der zwei in wechselseitiges Verhältnis gesetzten Dinge

um ein Stück seines natürlichen Wertes künstlich verkleinern oder das andere um so viel vergrössern, mit anderen Worten aus Etwas Nichts und aus Nichts Etwas machen. Beides ist wider die Natur, und je mehr überall die menschliche Gesellschaft zur Selbsterkenntnis ihrer natürlichen Lebensbedingungen fortschreitet, desto mehr zerstört sie die auf den entgegengesetzten Effekt abzielenden Täuschungen. Der Kampf zwischen Schutzzoll und Handelsfreiheit steht auf demselben Blatt. Es ist der Kampf künstlich festgehaltener Wertfiktionen gegen das natürliche Gewicht der auf sich selbst ruhenden Werte.

Wer wird sich vermessen wollen zu sagen, dass ein vieltausendjähriger Grundpfeiler des menschlichen Haushalts jetzt auf einmal vor unseren Augen brechen und in den Abgrund stürzen werde! Die abstrakte Logik zieht ihre Schlüsse in grader Linie, aber das lebendige Wissen nimmt alle Hindernisse in seine Anschauung mit auf, welche bewirken, dass eine Wahrheit sich nie in grader Linie Bahn bricht, sondern nur auf langsam gewundenen Wegen endlich zu Tage tritt. Für uns kam es nur darauf an, nach einem fernen Signalpunkt am Horizont zu spähen. Haben wir etwas Wirkliches erblickt oder, wie andere sagen werden, den Reflex eines nur im eigenen Gehirn aufgetauchten Visionsbildes? In jener künftigen Zeit, welche hier das letzte Wort der Entscheidung auszusprechen hat, wird die Spur verschwunden sein dessen, der dies schreibt, und derer, die es lesen, und niemand wird sich erinnern, ob Irrtum oder Wahrheit auf diesen Blättern verkündet worden.

IX.

Das Gold der Zukunft.

(1878.)

Das Gold der Zukunft.*)

Von allen Aufgaben der Staatswirtschaft, denen unsere Zeit so eifriges Mühen widmet, ist durch eigentümliche Verkettung der thatsächlichen Umständen am meisten die Frage nach der besten Münzverfassung in den Vordergrund gerückt. Kaum ein Kulturstaat, der sich nicht nahe berührt fände von den Folgen der mächtigen Verschiebung in dem gegenseitigen Verhältnis der beiden Edelmetalle, aus welchen Geld gemacht wird. Nur die Länder, welche tief in Schulden und dadurch in die Fabrikation von Papiergeld geraten sind, haben vorerst andere Sorgen, als die um Regelung ihres Münzwesens. Alle übrigen befinden sich entweder in Übergangsstadien, sei es, dass sie noch diesseits der richtigen Entscheidung stehen, sei es, dass sie bereits das jenseitige Ufer erreicht haben; oder sie befinden sich, obzwar im fertigen Zustande, doch in Verlegenheit infolge auftauchender Schwierigkeiten. Selbst Grossbritannien ist wegen seines Verhältnisses zu Indien nicht frei von Heimsuchung. Überschaut man das ganze Gebiet, dessen Gestade von dem Wellenschlage dieser tiefgehenden Bewegung erreicht werden, so stellt sich ohne viel künstliches Suchen die Frage ein: ob wir nicht den Anfängen eines Prozesses beiwohnen, welcher das Geldwesen der herrschenden Handelsnationen nach einiger Zeit auf neuer Grundlage herausgebildet haben wird?

Kein Wunder also, dass die Münzpolitik mit besonderem Eifer gepflegt wird. Aber nicht bloss um die lehrhaften Probleme handelt es sich. Vielmehr legen sich die thatsächlichen Erscheinungen, welche so viel zur Anregung der Frage beigetragen haben, mit ihrem ganzen stofflichen Schwergewicht quer über die Wege der theoretischen Forschung. Am ersten Tage

*) Aus der „Deutschen Rundschau", 4. Jahrgang, Heft 1.

des Eintritts in die deutsche Münzreform bezeichnete ich die Frage: „Wohin mit dem Silber?“ als die schwierigste des ganzen Unternehmens. Und die, welche damals meinten, ich mache mir darüber zu viel Sorgen, sind wohl seitdem von ihrer Ansicht zurückgekommen. Als Gegenstück zu jener Frage wird nun seit einiger Zeit eine andere aufgeworfen: „Woher das Gold?“ Läge in derselben mit Recht der Hinweis auf eine Gefahr, so wäre sie noch viel ernster zu nehmen. Denn dem Überfluss, wie gross er immer sei, ist im allgemeinen eher abzuhelfen, als dem Mangel.

In neuester Zeit haben namentlich zwei Männer von Fach die Frage mittelst emsiger Nachforschungen auf dem Gebiete der Geologie und der Bergwerkskunde zu beantworten gesucht. Beide sind zu entgegengesetzten Resultaten gelangt. Der eine bedroht die Welt mit Goldhungersnot, wenn sie nicht zur Praxis der alten Doppelwährung zurückkehre. Der andere, ohne auf die Münzfrage einzugehen, schildert die australischen Lager in solcher Weise, dass sie uns noch auf lange hinaus unerschöpfliche Schätze verheissen. Hören wir einen nach dem anderen.

Herr Eduard Süss hat ein belehrendes und höchst anziehendes Werk geschrieben, welches er „Die Zukunft des Goldes“ benennt, weil es im grossen und ganzen auf den Schluss hinzielt, dass das Gold eine sehr zweifelhafte Zukunft vor sich habe. Das Argument, mittels dessen dieser Beweis geliefert wird, füllt bei weitem den grösseren Teil des Buches aus; und auf seinen Kern zusammengedrängt lautet es: Zum alten Gold wird immer weniger neues kommen; so wenig am Ende, dass es sich von selbst verbieten wird, Münzen daraus zu prägen. Oder mit anderen Worten: Das Gold der Zukunft erlaubt nicht, an die Zukunft des Goldes zu glauben. Seinen Vordersatz hat nun der Verfasser mit grosser Liebe zur Sache, oder, was gleichbedeutend ist, mit grosser Kenntnis der Sache durchgeführt. Dagegen ist der eigentliche Schlusssatz weniger gut weggekommen, ihn hat er sich etwas leicht gemacht. Es wird also jedenfalls nur die schönste Gerechtigkeit an ihm geübt, wenn man, ihn besprechend, den Nachdruck von vornherein auf den von ihm selbst intensiv und extensiv bevorzugten Teil der Arbeit legt und dies schon in der Überschrift andeutet. Auch die

Gerechtigkeit gegen Herrn Wolff verlangt, ihn nicht unter der fremden Firma der Welt vorzustellen. Die von mir gewählte Aufschrift möge unparteiisch verkünden, um welches Problem sich beide mit verschiedenem Ergebnis bemüht haben: nämlich um die Frage nach dem wie viel oder wie wenig des Goldes der Zukunft.

Die Schrift, mit der wir uns zuerst beschäftigen, hat grosses Aufsehen erregt. Da man in Deutschland den Zweikampf der Edelmetalle, zu welchem wir soeben eine entschiedene und auch wesentlich entscheidende Stellung genommen haben, mit Aufmerksamkeit verfolgt, so konnte es nicht ausbleiben, dass ihre Bedeutung nachdrücklich hervorgehoben ward. Auch da, wo für die Auffassung des Autors der Boden durchaus nicht günstig war, hat man sich stark, in der That zu stark, von ihr beeindrucken lassen; dagegen ist dem interessanten Material, das in ihr ausserordentlich schön gruppiert und mit einem bei deutschen Fachmännern leider so seltenen künstlerischen Fleiss anschaulich geordnet ist, weniger Ehre widerfahren, als es beanspruchen kann. Wie schon angedeutet, wäre das entgegengesetzte Verfahren das richtigere gewesen. Die Schlussfolgerungen sind von sehr zweifelhafter Beweiskraft, aber die ihnen zugrunde gelegte Darstellung aus dem Gebiet der Geologie und Montanindustrie ist sehr verdienstlich. In ihr liegt der Wert des Buches.

Herr Eduard Süss ist, wenn nicht in Deutschland, so doch in der österreichischen Monarchie zu einem bedeutenden Rufe gelangt. In England geboren, kam er früh nach Wien und seiner nach den verschiedensten Richtungen hin bewährten Leistungsfähigkeit thaten sich bereitwillig alle Pforten des öffentlichen Lebens auf. Geologe von Fach und vortragender Professor ist er zugleich Kustos des Museums, Mitglied des Gemeinderates und des Abgeordnetenhauses. Während seine akademischen Vorträge die Jugend bezaubern, reissen seine politischen Reden die Männer der parlamentarischen Versammlungen mit sich fort, unter deren Leuchten er gezählt wird. So wird berichtet, und danach begreift sich, dass man ihm in der österreichischen Politik eine bessere Zukunft prophezeit, als die, welche er dem Golde verkündet. Mit beiden Weissagungen vielleicht stimmt es ganz gut, dass sein warmer

österreichischer Patriotismus hervorgehoben wird. Bei aller Anerkennung nämlich, die ich seiner Untersuchung gerne zolle, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier eine stattliche Rede *pro domo austriaca* gehalten wird, welche die Welt zur Ansicht bekehren soll, dass das Heil einer guten Münzpolitik nur in der sogenannten Doppelwährung, in dem friedlichen und fest geregelten Nebeneinander von Silber und Gold zu finden sei; und als der Weg des Heils wird die monetare Völkerverbrüderung empfohlen, welche neuester Zeit ein wunderlicher Heiliger*) von Paris aus mit der unschuldvollen Überzeugungen eigenen Emphase allen Nationen der Erde in allen Zungen predigt. An sich beruht zwar der Gedanke, dass ein finanzschwacher Staat zu gesunder Münzverfassung eher gelangen könne, wenn er nach Silber- oder Doppelwährung, als wenn er nach Gold hinsteuert, auf Selbsttäuschung; aber es lässt sich doch nachfühlen, dass die schönselige Quacksalberei weltumspannender Münzkonventionen für solche Staaten, welche an finanziellen Schwächezuständen leiden, etwas Verlockendes hat.

Nachdem unser Verfasser die Fülle seines Wissens und den Reichtum seiner Gedanken-Kombinationen erschöpft hat, geschieht es auch ihm, dass er bei der schliesslichen Nutzanwendung nur die alten Irrtümer in neuer Form zu Tage fördert. Was ihn beschäftigte, fesselte, anregte, war offenbar die geologische Hypothese. Nachdem er sie mit allem Aufwand von Gelehrsamkeit und Geist entwickelt, nachdem er alle Höhen und Tiefen der fünf Weltteile durchwandert — was Wunder, dass die vielbetretene Heerstrasse den vielleicht etwas Ermüdeten lockt, um rasch zum Ziel zu kommen! Schon die äussere Ökonomie des Buches trägt die unverkennbare Spur dieser zwiespältigen Sachbehandlung. Auf kaum dreissig Seiten am Schlusse, zu denen allenfalls noch siebenzig im Eingang, welche allgemeineren Betrachtungen gewidmet sind, mit gerechnet werden könnten, werden die inhaltschweren Konklusionen gezogen. Diesen höchstens 100 Seiten, in welchen die eigentliche Münzfrage behandelt ist, stehen 270 gegenüber, die sich mit der geologischen und bergmännischen beschäftigen. Aber um so besser! Die, welche nützliche Belehrung suchen, haben ent-

*) Cernuschi.

schieden bei dieser Stoffverteilung ihren Vorteil gefunden, und schliesslich braucht man nicht zu fürchten, dass die falsche Moral dieser nützlichen Schilderung irgend jemanden auf Abwege führen werde. Die Münzrevolution, die sich unter unseren Augen vollzieht, entspringt nicht künstlichen Veranstaltungen, und alle Bemühungen, die darauf gerichtet werden, ihren Konsequenzen zu entrinnen, werden zerstieben wie Spreu vor dem Winde. Diejenigen insbesondere, welche berufen sind oder welche zum mindesten berufen sein sollten, die grossen, folgenschweren Entscheidungen für die Münzpolitik ihres Volkes zu fassen, werden bei allem Reiz, den ein Werk wie das vorliegende auf sie ausüben mag, sich nicht verbergen können, dass es ein wenig zu sehr nach der Lampe riecht, als dass wir uns seiner Führung bei dem Tagewerk des Lebens unbedenklich überlassen dürften. Womit jedoch keineswegs jener ewig wiederkehrende Vorwurf der „Theorie" gemacht sein soll, mit welchem Plattheit oder Eigennutz sich das Wissen und Nachdenken vom Halse zu halten suchen. Nur das will ich ausdrücken, dass wir es hier mit einer Studie zu thun haben, deren Schwerpunkt in der geschichtlichen und naturgeschichtlichen Darstellung liegt. Eben deshalb ist auch ihr Verdienst in derselben Richtung zu suchen. Wenn wir die französisch geschriebenen Arbeiten von Humboldt abrechnen, giebt es in Deutschland noch keine Monographie, welche, wie die von Süss, eine zusammenfassende Darstellung auf diesem Gebiet geliefert hat, und sich an die Schriften der Engländer Lord Liverpool und Jacob, wie der Franzosen Lenormant (François) und Chevalier anreiht, mit dem Unterschied jedoch, dass das neueste Werk weniger als die genannten dem Münzwesen und mehr als dieselben dem Bergwesen zugewendet ist.

I.

Gestützt auf die Kenntnis von der Beschaffenheit der Erdoberfläche, welche sowohl durch das Studium der Natur, als durch die Erfahrung des Bergbaues gewonnen wird, entwickelt Süss seine Hypothese, welche wir kurz zusammenfassen, wie folgt:

Dass die edleren Metalle die schwereren sind, ist bekannt. Schon daraus ergiebt sich, dass sie als Bestandteile der Erdsubstanz mehr nach dem Inneren als nach der Oberfläche zu geschichtet sein müssen. Dieser Voraussetzung kommt zur Hülfe die Beobachtung der Spektralanalyse, welche auf der Oberfläche der Sonne eine Reihe der auch bei uns leicht erreichbaren Metalle verrät und deshalb der Vermutung Raum lässt, dass die übrigen den unseren entsprechenden Metalle, edle und schwere, im Innern des grossen Feuerballes liegen. Eine andere Betrachtung kommt derselben Annahme zustatten. Das spezifische Gewicht der Erde würde ein geringeres sein, als es ist, wenn das Innere derselben aus den gleichen Stoffen gebildet wäre, welche die Rinde enthält. Um die Ausgleichung zu erzielen, sind wir auf den Rückschluss angewiesen, dass im Gegensatz zu dem verhältnismässig leichten Gestein der Schale der Kern der Planeten Metalle enthalten müsse, wahrscheinlich grosse Massen von Eisen und — in welchem Verhältnis ist nicht zu bestimmen: Gold, Platina und Silber*).

Aus der Voraussetzung nun, dass die drei Edelmetalle, Gold, Platina und Silber, durch ihre spezifische Schwere am meisten nach dem Inneren des Erdkörpers gezogen werden, ergiebt sich von selbst die Thatsache, dass sie den Nachforschungen der Menschen weniger zugänglich sind, und dass ihnen eben dadurch jenes Attribut der relativen Seltenheit gesichert ist, welches ein Hauptelement ihres adeligen Ranges ausmacht. Da das Gold annähernd doppelte spezifische Schwere hat wie das Silber, so ist auch sofort seine grössere Seltenheit motiviert, und schon hier werden wir auf den Schluss vorbereitet, dass nach Massgabe der fortschreitenden Bearbeitung der Erdoberfläche die Hoffnung neue Schätze zu finden, viel eher auf Silber als auf Gold rechnen darf. Flieht nun aber solchergestalt das heissbegehrte Metall vor den ihm nachsetzenden Menschen in die Tiefe hinab, so würde es auch da gewiss nicht vor seinen nimmersatten Verfolgern sicher sein, wenn nicht ein feuriger Drache es bewachte. Dieser Drache ist niemand an-

*) Platina ist das schwerste, Gold etwas weniger schwer, Silber beinahe nur halb so schwer wie Gold. Die anderen Metalle von grossem spezifischen Gewicht kommen nur selten vor.

ders als das höllische Feuer selbst, welches im Inneren unserer Erdkugel von dem wilden Kommunebrand aus der Zeit der grossen Planetenrevolution her fortglüht. Bereits pochen die Pioniere des fernen amerikanischen Westens an das Verliess des wutschnaubenden Dämons und können sich nur durch künstliche Vorrichtungen gegen die Glut seines verderbenbringenden Odems schützen. Auf der Sohle der grossen Comstock-Lode, des neuesten der Eldorados, in einer Tiefe von nahezu 2000 Fuss unter der Oberfläche würden schon heute die Bergleute bei der da herrschenden Temperatur von 43° Reaumur es nicht aushalten können, wenn ihnen nicht durch Maschinen kalte Luft zugepumpt würde. Viel tiefer, als man solcherweise bis jetzt gelangt, werde, so meint unser Verfasser, auch in Zukunft nicht gegen die Erdwärme vorzudringen sein.*) Ob hier der möglichen Vervollkommnung der Technik im Punkte der zu überwindenden Schwierigkeiten nicht zu enge Grenzen gezogen sind, möchte eine wohlberechtigte, wenn auch von anderen gleichfalls verneinte Frage sein. Aber es gilt hier überhaupt nicht mit dem Verfasser über seine thatsächlichen Voraussetzungen zu rechten. Sie sollen stehen, wie er sie hinstellt, und so wollen wir ihm mit Vertrauen auf der Spur weiter folgen, die er selbst zieht. Es handelt sich darum, die Wege zu erspähen, auf welchen im Laufe der Jahrtausende das vielvermögende Erz aus den Tiefen der Erde nach oben gekommen ist. Diese Arbeit verrichtete im wesentlichen die vulkanische Thätigkeit in Ausbrüchen, welche das Metall in Dampfform aus Rissen und Spalten emportrieben, in denen es als Niederschlag zurückblieb, während allmählich der Schlot, der ihm Durchlass gewährte, sich wieder schloss. Auch die grossen gold- und silberhaltigen Lagerungen von Nevada, die heute eine so wichtige Rolle in der Währungsfrage spielen, werden zu den Erscheinungen der eben geschilderten Art gerechnet.

Zeugt das vulkanische Bett, in welchem diese nevadischen Bonanzas liegen, für solchen Ursprung, so verlangen die nicht vulkanischen Gesteine, namentlich aus Quarz und Schiefer ge-

*) Nach anderer Ansicht wäre die höchste Temperatur dieser Regionen wesentlich aus den Zugängen von heissen Quellen zu erklären, was allerdings keinen Widerspruch zu obiger Theorie bildet.

bildet, in denen Edelmetalle und besonders Gold in Massen gefunden werden, eine andere Erklärung. Zu diesen Formationen gehören als Fortsetzungen gerade die Goldfelder oder sogenannten Seifenlager*) von Kalifornien und Australien, welche vor einem Vierteljahrhundert die Welt noch viel mehr als heute die Comstock-Lode in Aufregung gebracht haben. Ob hier das Wasser in seiner flüssigen Gestalt oder als Dampf die Förderung des schwereren Stoffes nach oben übernommen hat, bleibt ungewiss, aber es ist immerhin zu unterstellen, dass auch hier ein Durchbruch nach aufwärts das Geschäft der Vermittlung zwischen dem eigentlichen Sitz der schweren Erze und der von dem Menschen bearbeiteten Oberfläche besorgt hat. Und zwar sind gerade die ebengenannten, ihrer Zeit so plötzlich erschlossenen und durchwühlten Goldfelder Kaliforniens und Australiens nicht sowohl die ursprünglichen Niederlagen der neptunisch-plutonischen Arbeit als vielmehr deren Filialanstalten. Die Anhäufungen, welche aus den metallhaltigen Niederschlägen anwachsen, werden im Lauf der Jahre oder Jahrhunderte von Luft und Wasser bearbeitet, zerbröckelt und in die tieferen Regionen entführt. Allda bilden sie jene wundersamen Gefilde, welchen auf die erste märchenhafte Kunde das abenteuernde Volk der Schatzgräber zuströmte, um den Zauberschlüssel zu allen Erdengütern — wenn nicht Enttäuschung und ein klägliches Ende zu finden. Der Versucher, welcher weiss, was er thut, hat viel weniger vom sanftblickenden Silber als vom feuerglänzenden Golde auf diese Weise in berückender Fülle und greifbarer Gestalt den armen Sterblichen auf den Weg gestreut.

Man sieht sogleich, wozu das führt. Kaum erklingt die Kunde vom Lande der Fabel, so zieht sie auch aus nah und fern Menschen jeden Ranges und Standes in ihren Zauberkreis. Wenige Monate, nachdem die kalifornischen Goldfelder erschlossen worden, hörte die Zeitung, welche in San Francisko eigens gegründet worden war, um über den Fortgang der Entdeckung zu berichten, wieder zu erscheinen auf. Die ganze Redaktion mit Setzern und Druckern, und wohl auch mitsamt den Druckerbuben, war nach den „Diggings“ gelaufen, um sich mit an die Tafel zu setzen, statt hungrigen Magens deren Freuden zu be-

*) Das Verfahren des Auswaschens wird „Seifen“ genannt.

schreiben. Kein Wunder, dass solche Glückstöpfe dann schnell abgerahmt werden. Der gierigen Arbeit des Menschen hatte die Arbeit der Elemente das Tagewerk vorbereitet. Das zerfetzte, zerbröckelte Erz ist in grösseren und kleineren Massen in der Anschwemmung ausgebreitet. Die grösseren Pepiten, reine Erzklümpchen, wechseln mit dem feineren metallhaltigen Sande ab, der auf mechanischem Weg zu behandeln ist. Alle die berühmten Goldgefilde haben nach den ersten Jahren angefangen mindere Ausbeute zu geben und sind stetig darin zurückgegangen.

Im Gegensatz zum Golde tritt das Silber der Regel nach mit festem Gestein verbunden auf und mit anderen Erzen vermischt; doch kommen Gold und Silber in gemeinsamen Lagern nicht selten vor, am meisten gerade in Nevada. Bekanntlich führt die Bereitung des Bleies jahraus jahrein dem Silbermarkt namhafte Quantitäten zu, obwohl sie nur als Nebenprodukte der Bleihütte erzielt werden.

Nach diesen Ausführungen widmet der Verfasser eine Reihe von Kapiteln den Einzelheiten über die Gold- und Silberminen der Welt, der Geschichte ihrer Entdeckung und Ausbeutung. Überall gruppieren sich die Bilder so, dass das Verständnis für die letzte thatsächliche Zusammenstellung und die auf sie gebaute Hypothese vorbereitet wird.

Das Silber, viel häufiger vorkommend, bei geringerem spezifischen Gewicht nicht ganz so streng wie das Gold in der Tiefe zurückgehalten, ist gleichzeitig in mannigfaltigerer Form verteilt. Nach des Verfassers Ansicht rühren neun Zehnteile sämtlichen im menschlichen Besitz befindlichen Goldes aus dem lockern Schwemmlande her, das Silber dagegen wird aus festen, langsam zu bearbeitenden Gängen gewonnen, und der auf gleiche Weise dem Gold gewidmete regelmässige Betrieb ist untergeordneter und unzuverlässiger Natur. (Wir werden weiter unten erfahren, dass gerade in diesem höchst wichtigen Punkt andere Autoritäten mit entgegengesetzter Ansicht auftreten.) Es giebt ganz ertragsfähige Silbergruppen mitten in den alten Kulturländern; es bedarf keiner Erweiterung der geographischen Entdeckungen, um die Silberproduktion zu vermehren; sie ist nicht jenen beträchtlichen und raschen Schwankungen ausgesetzt, welche die neuere Goldproduktion auszeichnen, und

seitdem die Quecksilberpreise teils durch neue Fundorte, teils durch neue Aufbereitungsmethoden, welche dies Hülfsmetall zur Zerlegung der Silbererze entbehrlich machen, beträchtlich heruntergegangen sind, wird die Versorgung des Silbermarktes noch mehr an Stetigkeit gewinnen.

Hieraus soll sich nun ergeben, dass, während die reichsten Goldquellen eben so üppig emporsprudelten wie rasch erschöpft würden, die Natur für eine stetige und unabsehbare Zufuhr an Silber gesorgt hätte. Von der jetzigen Jahresausbeute an Gold dagegen, welche auf 584 Millionen Franken veranschlagt sind, sollen 381 Millionen aus dem Schwemmlande gewonnen werden, dessen Leistungsfähigkeit nur auf eine begrenzte Reihe von Jahren hoffen lässt. Neben dieser geologischen Vermutung muss zugleich eine gewerbliche erwähnt werden, mit welcher sie ergänzt wird. Da das Silber vielfach nur als Nebenprodukt gewonnen wird, so soll auch der Niedergang des Preises auf seine Gewinnung keinerlei bestimmenden Einfluss üben, ja zum Teil durch Steigerung des Preises der beigemischten Metalle ausgeglichen werden können.

Man kann allen diesen Schilderungen der thatsächlichen Verhältnisse, wenigstens hypothetisch, folgen, ohne deswegen auch sofort den letzten Schluss zu ziehen, dass in gegebener, beinahe berechenbarer Zeit dem Goldmarkte der Welt die gewohnte Zufuhr fehlen werde. Von vornherein drängt sich eine Betrachtung auf. Hätte etwas wie diese Theorie von der ephemeren Natur der Goldquellen auch vor 1849, d. h. vor der Entdeckung der grossen Goldfelder Kaliforniens und Australiens auftauchen können? Schwerlich! ja ganz gewiss nicht! Sämtliche hier beigebrachte Beweiselemente, Ziffern und Deduktionen nötigen zu diesem Rückschluss. Und nun sollte plötzlich als ein Naturgesetz stabiliert sein, was vor dreissig Jahren nicht zu ahnen war? Allerdings, ein neuentdecktes Gesetz ist darum nicht minder eines, und jede Entdeckung muss einen Anfang haben. Aber nach tausendfältigen und tausendjährigen Erfahrungen, die Begebenheiten einer kurzen Zeitspanne, seien sie auch noch so imposant, zu einer ewigen Regel zu verallgemeinern, ist bedenklich. Und wie weit immer der Versuch gelungen sein mag, alles in älterer Zeit Erlebte nach dem Sinn der eben gewonnenen Anschauung auszulegen, — der Verdacht

lässt sich nicht unterdrücken, dass vorübergehenden Erlebnissen zu viel Herrschaft über die Denkweise des Beobachters eingeräumt worden sei. Schwerlich zwar kann bestritten werden, dass gerade die grossen im Schwemmlande angehäuften Goldmassen rascher zu Ende gehen müssen, als die mit regelrechtem Abbau auszubeutenden Erzlagerungen im Gebirge. Und noch weniger lässt sich die Richtigkeit einer zweiten vom Verfasser aufgestellten Behauptung in Zweifel ziehen, dass nämlich beim Vordringen der Bevölkerung in neue Gebiete gerade die Spur der Edelmetalle am mehrsten und eifrigsten aufgesucht, das Aufgespürte am ungestümsten durchwühlt wird. Der Vortrab der Zivilisation, der ausschwärmende Haufe der Abenteurer, wirft sich zuerst auf die Ernte, die nicht er, sondern das Reich der Jahrtausende gesäet hat.

Das alles kann richtig sein, ohne zu dem Schluss zu nötigen, dass mit den bisher bekannten Goldfeldern nahezu die letzte Goldquelle der Welt aufgefunden und erschöpft sei. Es heisst gar zu rasch das Reich der Möglichkeit durchlaufen, wenn man also Art und Ort der Goldgewinnung für alle Zeiten voraus abgrenzt. Wenn wir unserem Autor glauben, so wäre der Erdkreis schon so beiläufig abgesucht. „Mit einem nicht geringen Grade von Bestimmtheit", so spricht Süss, „wird man zu der Meinung gedrängt, dass viel mehr als die Hälfte der mit den bisherigen Mitteln überhaupt erreichbaren Menge Goldes bereits durch die Hand des Menschen gegangen ist."

In der That, ein solcher Ausspruch verdient ob seiner Kühnheit unsere Bewunderung zu erregen! War die Welt in ihrer Peripherie nicht bekannt lange vor 1848. Ist aber umgekehrt die Möglichkeit solcher Erschliessungen an vielen, vielen Stellen im Inneren der Länder nicht auch noch gerade so denkbar wie zuvor? Der Verfasser selbst behält sofort den ganzen unermesslichen Kontinent von Afrika vor, die klassische Erde, deren blosser Küstenrand seit Jahrtausenden den Goldstaub versendet — doch wohl nur den Abfall tiefer verborgener Schätze? und gerade jetzt, wo die Aufmerksamkeit und Anstrengung der Entdeckungswissenschaft sich erst rüstet, das Innere des geheimnisvollen Weltteils zu sondieren? Wie viel fehlt, dass der ganze Nordwesten Amerikas durchforscht sei! und von Australien werden wir noch zu reden haben. Hier

noch mehr als da, wo der Verfasser der Technik die Möglichkeit abspricht, etliche tausend Fuss tiefer nach Gold zu graben, ist sicher ein Fragezeichen wohl angebracht.

Doch es mögen nun diese Zweifel auf sich beruhen bleiben. Sie haben für unsere eigentliche Aufgabe eine untergeordnete Bedeutung. Auch hier soll nichts zurückgenommen werden von dem zum voraus gegebenen Versprechen, die thatsächlichen Hypothesen des Autors frei walten zu lassen und ihm nur da auf die Finger zu sehen, wo er uns beweisen will, dass das deutsche Reich übel beraten gewesen sei, als es die ausschliessliche Goldwährung einführte. Denn das ist doch eigentlich der unausgesprochene Grundgedanke, welchen das Buch in sich trägt; etwa noch in den Zukunftsgedanken fortgesetzt, dass Österreich sich aus dem Sinn schlagen möge, dieser gefährlichen Spur zu folgen.

Nehmen wir immerhin die beiden Kardinalsätze als richtig an: was die Erde den Menschen an Gold zu liefern im stande ist, hat sie — für alle Zeiten — zum grössten Teil ausgeliefert: dagegen folgt die Silberproduktion ganz anderen Bedingungen als die des Goldes.

II.

Gegenüber dem grössten Trumpf, welchen der Alarmist ausspielt, wird es am besten sein, mit einem offenen Geständnis die Karten auf den Tisch zu legen. Sein düsteres Orakel spricht nämlich also:

„Der Zeitpunkt ist aber unausweichlich (*sic*), in welchem und zwar voraussichtlich nach wenigen Jahrhunderten die Goldproduktion sich dauernd in ausserordentlichem Masse vermindern wird, und dieses Metall bei fortwährend zunehmender Seltenheit nicht mehr im stande sein wird, seine bisherige wirtschaftliche Stellung zu behaupten."

Also noch „wenige hundert Jahre" lägen selbst nach dieser bösen Prophezeiung zwischen dem glücklichen Heute und jenen kommenden Tagen der Goldarmut. Man braucht vielleicht noch gar kein schlechtes Gemüt zu haben, um bei dieser Vorstellung ganz unbewegt zu bleiben. Selbst angenommen, das

vielbeliebte Ethos und Pathos, welches die „Volkswirte“ heuer so reichlich verzapfen, erheische nebst der Liebe zu den lebenden Menschen, deren Kindern und Kindeskindern noch eine ebenso herzliche Teilnahme an den entferntesten Geschlechtern, — selbst dies angenommen, wäre doch der Gedanke berechtigt, dass zu frühzeitig beschlossene Anordnungen füglich den Nachkommen mehr schaden als nützen könnten. Eine Weichenstellung auf Distanz von mehreren Jahrhunderten hinaus, das ist eine Vorsichtsmassregel, welche beinahe mit Sicherheit den Zug in den Graben führen muss. Nicht der Leichtsinn, sondern die Einsicht in die Unberechenbarkeit der Zukunft hat die Weisheitslehre erfunden, der Mensch solle sich mit der Plage des Tages genügen lassen; und auf die Weltwirtschaft angewendet, ist wohl ein Säkulum ein reich bemessener Tag. Hat man uns nicht auch den Kopf schon damit warm machen wollen, dass wir nach Jahrhunderten keine Feuerung mehr haben würden? Süss selbst kann nicht umhin, an die Analogie jener Steinkohlenalarmisten zu erinnern, welche berechnet haben, wann in New-Castle und Ruhrort der letzte Centner geschöpft sein wird. Nein, mit dieser Sorge lassen wir uns nicht bange machen; einstweilen mit dem Gold für etliche kurze Jahrhunderte in der Tasche, wollen wir ruhig die Lebensreise weiter fortsetzen. Aber, könnte man hier einwerfen, ist nicht ebenso von entgegengesetzter Seite eine dem Silber nachteilige Prophezeiung gemacht worden? (Auch Süss erwähnt ihrer.) Wurde nicht auf sie der Rat gestützt, sich vom Silbergelde zu befreien? Nichts ist leichter anzurufen als Analogien, nichts mit grösserer Vorsicht zu gebrauchen. Zunächst schöpfen die gegen das Silber gewendeten Argumente ihre Kraft weder aus dessen Zuwachs noch aus dessen Abnahme, überhaupt nicht aus Vorgängen im Reich der Natur, sondern aus Erscheinungen, die sich mit innerer Notwendigkeit aus den Grundbedingungen eines rationellen Verkehrs ergeben haben. Das zu grosse Gewicht im Verhältnis zum Wert, der innere Widerspruch der Doppelwährung, das sind Gebrechen, die nicht von künftigen äusseren Vorgängen abhängen. Hier liegt eine Rechnung mit bekannten Grössen vor. Ferner ist die Wertverminderung des Silbers eine bereits für die Gegenwart vollzogene Thatsache. Die, welche vor drei, vier Jahren voraussagten, dass binnen

kurzem ein Rückschlag eintreten werde, warten noch heute auf Erfüllung ihrer Hoffnungen. Zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit hat seit fünf Jahren einen Staat nach dem anderen dahin geführt, sich von der praktischen Anerkennung des früheren festen Verhältnisses von Silber zu Gold loszusagen, dem Gold allein freien Zugang zu den Prägeanstalten zu lassen. Indem wir auf Grund dieser lebendigen Vorgänge und im Verständnis ihres wohlbegründeten Zusammenhangs an die Fortdauer der gegenwärtigen Sachlage glauben und uns auf dieselbe einrichten, thun wir gerade das Gegenteil von dem, was die Lehre von der Zukunft des Goldes uns empfiehlt; denn diese mutet uns zu, im Vertrauen auf einen dereinst nach Jahrhunderten zu erwartenden Umschlag der Dinge die Lehren der heutigen Erfahrung abzuweisen. Allerdings *„gouverner c'est prévoir"*, und jeder Entschluss gerade auch in dieser kitzlichen Währungsfrage hängt von der Ansicht ab, die wir uns von der Zukunft zu bilden haben. Fragt sich nur, von welcher Zukunft und auf welche Berechnung gestützt? Der Gang der Weltgeschichte hat dahin geführt, dass nur die Nationen, welche die ausschliessliche Goldwährung haben, sich geregelter Münzverhältnisse erfreuen und nicht auf Abänderungen zu sinnen gezwungen sind. Die eigentliche Doppelwährung konnte kein Staat in Wirksamkeit erhalten, kein Staat, kein einziger! Das ist ein Wort. Und die Staaten, welche auf die Doppelwährung verzichten mussten, ohne sich zur einfachen Goldwährung entschliessen zu können oder zu wollen, alle diese sind in Verlegenheit, wie sie diesem unleidlichen Schwebezustand ein Ende machen sollen. Es ist ein wunderlicher Rat, unser besseres Los mit jenem schlechteren zu vertauschen, weil in hundert oder zweihundert Jahren vermutlich der bessere Zustand sich in den schlechteren verwandelt haben werde!

Der Rat ist übrigens nicht neu. Auf näher liegende und enger begrenzte Möglichkeiten gestützt, hat ihn ein bekannter Gönner des Silbers, Herr Ernst Seyd in London, schon vor zwei Jahren erteilt. Sein Argument ist einfach aus der Berechnung gezogen, dass bereits dermalen nicht Gold genug in der Welt sein würde, um das Bedürfnis zu befriedigen, wenn nur sämtliche Länder, welche jetzt noch in der Doppelwährung oder gar in der Papierwirtschaft stecken, den Reinigungsprozess

vornehmen und zur Goldwährung sich emporarbeiten wollten. Auch dieser minder kühnen Hypothese gegenüber bleibt man kalt. Es fällt uns nicht ein, die vorteilhafte und vernunftgemässe Münzverfassung, die wir Deutsche uns mit gutem Vorbedacht erobert, Preis zu geben, weil sie in ihren logischen Konsequenzen zu den an sich ungewissen und der Zeit nach jedenfalls unberechenbaren Bewegungen anderer Nationen nicht stimmen würde. Einstweilen steht nur so viel fest: Die Länder der reinen Goldwährung umfassen vorerst nur 140 Millionen gegenüber 940 Millionen mehr oder weniger kultivierter Seelen, die mit Papier, Silber oder Doppelwährung leben. Umgekehrt aber wird die Jahresproduktion an Silber auf 300 Millionen, die Goldproduktion auf 450 Millionen Mark in Bausch und Bogen veranschlagt. Es sieht demnach gewiss nicht so aus, als sollten die glücklichen Inhaber der ausschliesslichen Goldwährung in Verlegenheit geraten wegen Mangels an Zufuhr.

Und angenommen selbst, der Gegner hätte Recht! Sein prophetischer Satz enthält eine Wendung, an der man sich schon im Vorübergehen stossen muss, und die ihm ohne Zweifel selbst zu denken gab:

„Das Gold wird bei fortwährend zunehmender Seltenheit nicht mehr im stande sein, seine bisherige wirtschaftliche Stellung einzunehmen," das heisst mit anderen Worten: es wird zu teuer geworden sein, um als Münzmetall dienen zu können. Zu wenig und zu teuer ist hier doch offenbar gleichbedeutend; wir werden sofort sehen, dass Süss selbst die Sache so ansieht. Also kurz zu sagen: es droht dem Gold die Gefahr, die Treppe hinauf zu fallen! Und die Besitzer des Goldes werden dann dies gar nicht bittere Geschick zu teilen haben. Ehe aber der Zeitpunkt gekommen wäre, wo das Gold so selten geworden im Verhältnis zum Bedarf, dass es aufhörte, Münzmetall zu sein, wo es vielmehr nur noch dem Luxus dienen könnte, würde notwendigerweise ein Zustand eintreten, in dem es, am Silber gemessen, einen viel höheren Preis als früher erzielen müsste. Die Nationen, die Gold besässen, würden damit ein sehr gutes Geschäft machen. Sollte dieser Gedanke etwas Abschreckendes für sie haben? Wahrscheinlich giebt es in den mit der Goldwährung gesegneten Ländern Finanzminister, die bedauern, dass die Salomonische Lebensfrist ihnen keine Wahrscheinlich-

keit lässt, bei Eintritt dieses schönen Augenblicks noch auf ihrem Posten zu sein.

Eines ist wahr und Süss bemerkt es mit Recht: es ist für ein Volk nicht reiner Profit, eine bessere Währung zu haben als seine Mitvölker, oder um den Gedanken richtiger auszudrücken: die schlechte Währung der Mitvölker schafft auch dem Verlegenheiten, welches die bessere besitzt. Das ist einmal die Solidarität der internationalen Wirtschaft wie der Welt überhaupt; nur ist die Logik falsch, welche uns bestimmen möchte, diesem Schicksal zu entgehen, dadurch, dass wir zu der minder günstigen Lage der anderen hinabsteigen. Mit gutem Grunde macht unser Verfasser aufmerksam, dass, wie eine schlechte Währung als Schutzzoll wirkt, eine gute dem eigenen Ausfuhrhandel entgegenwirken muss. Das lässt sich so wenig bestreiten, dass man entweder den ersten Satz nicht als richtig anerkennen darf, oder auch den zweiten gelten lassen muss; denn beide Sätze sagen dasselbe, nur sagt es jeder mit anderen Worten, oder vielmehr jeder enthüllt die nämliche Wahrheit; der eine sieht die Sache vom Lande der schlechteren, der andere vom Lande der besseren Währung aus. Schlecht und gut sind hier relative Begriffe, sie setzen zwei in Handelsverbindung stehende Nationen voraus, von denen die eine mit Geld von höherem inneren Werte bezahlt als die andere. Sowie also feststeht — und noch niemand hat das bezweifelt — dass die Industrie des mit unedlerem Gelde zahlenden Landes dadurch eine Art Schutzzoll geniesst, so muss die diesseits der Grenze verringerte Einfuhr jenseits der Grenze einer verminderten Ausfuhr entsprechen. Es kann niemand seinen Import hemmen, ohne den Export eines anderen zu erschweren. Wir stehen also hier vor einem richtigen Vordersatz. Nur mit der Nutzanwendung können wir nicht einverstanden sein. Die österreichische und die russische Papierwirtschaft üben ohne Zweifel den eben beschriebenen störenden Einfluss auf unseren deutschen Ausfuhrhandel nach diesen Ländern aus. Aber es wird niemand sich beikommen lassen, uns den Rat zu erteilen, dass wir deshalb auch in die Papierwirtschaft eintreten sollen. Und ebensowenig werden wir uns bestimmen lassen, das höherwertige Gold mit dem niederwertigen Silber zu vertauschen, um jener schädlichen Rückwirkung auf unseren auswärtigen

Handel zu entgehen. Die Welt ist einmal so eingerichtet, dass wir auch an den Fehlern der anderen mit zu leiden haben. Aber es wäre eine schlechte Heilmethode, darum zu den eigenen noch die fremden Fehler zu fügen.

Zum Überfluss aber haben wir bereits die Erfahrung gemacht, dass nicht einmal schlechte Währung gegen jenen Nachteil sicher stellt, vor dem hier gewarnt wird. Wenn eine Nation von Wertverringerung ihres Münzmetalls überfallen wird, so muss sie, um nicht das Opfer der Metallspekulation zu werden, die Prägung einstellen; und wenn diese Massregel mit einem ihr günstigen Stand der internationalen Bilanz zusammenfällt, so verteuert sie dem Auslande die Zahlungsmittel, d. h. sie erschwert sich ihre eigene Ausfuhr. Dann stellt sich die Frage einfach so: mehr Waren ausführen und die Beschaffenheit des ganzen eigenen Geldumlaufs verschlechtern, oder weniger Waren ausführen und seine innere Verkehrsgrundlage rein und solid erhalten? So tauchte vor einigen Jahren die Frage in Holland auf, als dieser Staat notgedrungen die Silberausprägung aufgeben musste. Die Amsterdamer und Rotterdamer Grosshändler jammerten, dass der auswärts gestiegene Wechselkurs auf Holland ihre Geschäfte vermindere. Die holländische Gesetzgebung liess sich aber wohlweislich dadurch nicht irre machen. Die verschlechterte Währung hätte dem ganzen Lande und schliesslich auch den Grosshändlern den grösseren Schaden gebracht. Sie hätten momentan mehr Waren verschifft, aber sie hätten dafür ein Geld erhalten, das binnen kurzem durch Wertverringerung sie um mehr als den Nutzen am Exportgeschäft betrogen hätte.

Merkwürdigerweise ist unter der nicht geringen Zahl derer, welche gegen die reine Goldwährung neuerdings zu Felde gezogen sind, noch keiner mit dem Vorschlag herausgekommen, das Gold als Münzmetall abzuschaffen und alle Länder ausschliesslich auf Silberkost zu setzen. Und das wäre doch der einzige haltbare Standpunkt! Auch unser Autor mag das nicht auf sich nehmen, obwohl er uns doch eigentlich voraussagt, dass die Zeit kommen wird, in welcher der letzte Sovereign und die letzte Krone in den Schmelztiegel der Goldschmiede wandern werden. Fürs erste empfiehlt auch er jenen Menschheitsbund der Doppelwährung, welcher wieder mehr von sich

reden gemacht hat, seitdem zahllose Broschüren auf dem schönsten Velin in allen lebenden Sprachen zu Paris gedruckt, den hübschen neuen Namen „Bimetallismus“ für die alte Sache verbreiten und in der bilderreichen Sprache Viktor Hugo's das „*Quinze et demi universel*“ den civilisationsbedürftigen Nationen anbieten. Es verdient nämlich bemerkt zu werden, dass, wie von den Widersachern der reinen Goldwährung keiner es auf sich nehmen mag, ihr gegenüber das reine Silbersystem vorzuschlagen, so auch wieder keiner sich unterfängt, den lieblich klingenden Bimetallismus auf seine eigenen Füsse zu stellen. Nein! sie alle verweisen uns auf völkerrechtliche Verträge, welche das stabile Verhältnis vom Gold zum Silber „auf ewige Zeiten“, wie es in den Friedensinstrumenten heisst, verbürgen sollen. Gerade dieser Gegensatz ist es, welcher immer und immer wieder übersehen wird, auch auffallender Weise den Scharfsinn unseres Verfassers gar nicht zum Verweilen einladet. Und doch, wer nur ein wenig die Augen aufthun will, muss darauf kommen, an welch innerem Widerspruch diese Idee krankt. Oder ist es nicht ein solcher, dass der Dinge letzter Grund im menschlichen Verkehr, — denn so darf das Geld genannt werden — seinen Stützpunkt nicht in sich selbst finden soll? das nicht das eigene Gewicht, nicht die eigene Kraft — nein! das gebrechlichste aller Menschenwerke, der Vertrag, und zwar der völkerrechtliche, sein Fundament sein sollte? d. h. ein Rechtsverhältnis, für das es keinen Richter giebt, geschweige denn einen Gerichtsvollzieher; ein Übereinkommen, das gerade so lange gehalten wird, als es jedem einzelnen Teile beliebt, ja sogar, das zu halten meistens nach einiger Zeit gar nicht mehr in des einzelnen Beteiligten eigener Gewalt liegt! Darin darf man aber den Anhängern der Doppelwährung wohl beipflichten, dass ohne solchen Vertrag ein Heil für diese gar nicht zu finden ist. Sie steht und fällt mit ihm. Indem alle ihre Anwälte alsbald den Weltvertrag herbeirufen, wenn die Haltbarkeit ihres Vorschlags bestritten wird, bekennen sie geradezu, dass an ein stetiges, verlässliches, berechenbares Wechselverhältnis zwischen beiden Metallen fortan nicht mehr zu denken ist; dass die Fiktion zu Hilfe gerufen werden muss, um es aufrecht zu erhalten. Aber, ihr lieben Leute, wenn man mit Verträgen und Fiktionen so schöne Dinge fertig bringen

kann, warum nicht dann einen Schritt weiter gehen? Wozu braucht es dann Silber und Gold? Nehmen wir doch ohne weiteres Papier, und wir haben sofort den Stein der Weisen gefunden und sind aller Schmerzen bar! Es ist nicht dasselbe, wird man sagen. Ich bitte um Verzeihung: es ist ganz dasselbe! Wenn man durch Vertrag dekretieren kann, dass in der ganzen civilisierten Welt 1 Gramm Gold genau so viel wert sein soll wie $15^1/_2$ Gramm Silber (das *Quinze et demi universel* des famosen Don Cernuschi), obgleich auf dem Markte 1 Gramm Gold nicht unter 17 Gramm Silber zu kaufen ist; wenn der Wille aller Kontrahenten genügt, dem Silber 10 Prozent mehr Geltung zu sichern, als es aus eigener Kraft besitzt: wer kann sie dann hindern, dem Papier, das gar nichts wert ist, dieselbe Geltung zu verschaffen? Der Verstand sträubt sich, auf eine Einrichtung einzugehen. Das kommt bloss daher, dass hier der Widersinn sehr dick aufgetragen ist. Es ist aber der gleiche Widersinn, welcher im anderen Vorschlag steckt. Wer aus nichts den kleinsten Strohhalm machen könnte, könnte auch die Welt machen. Zum Überfluss hat es niemals an Narren, Phantasten und Konfusionsräten gefehlt, denen der Gedanke lächelte, der Menschheit auf diesem, in der Geschichte der Finanzthorheiten allerdings nicht ungewöhnlichen Wege der Wertdekretierung zu helfen. Es sei fern, alle die ehrenwerten Leute, welche uns die bimetallischen Weltverträge anpreisen, in einen und denselben Topf zu werfen. Aber charakteristisch bleibt es doch, dass Napoleon III., welcher die Verbrüderung der lateinischen Rasse bis nach Mexiko tragen wollte, auch die Weltmünz-Konvention in Paris versammelte, dagegen das nüchterne England mit seinem gesunden Selbsterhaltungstrieb von jeher am wenigsten den süssen Klängen dieser Universalsymphonie sein Ohr zu leihen geneigt war.

Diese beliebte Irrung hat so sichtbar die Tendenz des ganzen Werkes über die „Zukunft des Goldes“ bestimmt, dass wir uns nicht wundern dürfen, darin auch den anderen Irrtümern zu begegnen, welche am Rande dieses Abwegs gedeihen. So wiederholt Süss den längst widerlegten Satz, dass die deutsche Münzreform dem Preise des Silbers den Hauptstoss gegeben habe*), unbekümmert darum, dass auch die umfangreiche und

*) Sie habe „wesentlich zum Sturz des Silberpreises beigetragen“. S. 28.

gewiss nicht günstig voreingenommene englische Enquête das Gegenteil erwiesen, namentlich aber unbekümmert darum, dass die Erfahrung des letzten Jahres neue schlagende Gegenbeweise beigebracht hat. Man wusste schon aus der Enquête, dass die zwei bestimmenden Faktoren wesentlich in der Ergiebigkeit der Bergwerke und mehr noch in der jeweiligen Aufnahmefähigkeit Ostindiens zu suchen sind; man konnte schon aus den Erfahrungen von 1871 bis 1876 herausrechnen, dass die Beschlüsse sowohl wie die Operationen Deutschlands einen geringen Einfluss auf die Bewegung der Silberpreise ausgeübt hatten. Die Ziffern des letzten Jahres haben dies zur Evidenz bekräftigt. Die Quantitäten Silber, welche die deutsche Reichsregierung seit dem Herbst 1876 bis heute auf den Markt gebracht hat, übersteigen ganz ausserordentlich die früheren Verkäufe des gleichen Zeitabschnittes. Wir haben im ersten Halbjahr 1877 vier mal so viel Silber auf den Markt geworfen, als im letzten Halbjahre vorher. Gleichwohl waren die Silberpreise nie so stetig! Sie haben sich stets in denselben engen Grenzen gehalten. In den Jahren 1872 bis 1876, während deren wir äusserst ängstlich und rückhaltend mit Angebot zu Markte kamen, bewegten sich die Schwankungen im Abstand von 60 bis 46 Pence per Unze, d. h. in einem Spielraum von 25 Prozent; dagegen blieb in der letzten Periode trotz unserer starken Anfuhren der Preis in der engen Grenze zwischen 53 und 54 eingedämmt. Und nach der Erklärung braucht man nicht lange zu suchen wenn man weiss, dass Indien allein in der Jahresperiode 1876—1877 für 140 Millionen Mark Silber in London aufgenommen hat, im Jahre vorher aber nur 31 Mill. Wie man nach dieser Erfahrung noch behaupten kann, Deutschland habe die Wertverminderung des Silbers auf dem Gewissen, ist schwer begreiflich.

Noch mehr überrascht es, unter der Feder eines Gelehrten der Bemerkung zu begegnen, dass die Unzuträglichkeit der deutschen Münzreform sich an der Ausfuhr der Doppelkronen offenbart habe. Als ob es ein Land gäbe, dessen Hartgeld nicht von Zeit zu Zeit oder sogar beständig ausgeführt wird, bald mehr, bald weniger. Selbst das Papiergeld wird ausgeführt, wenn auch am seltensten. Selbst Papiergeld, welches so wenig Geld ist, ist noch so viel Geld, dass es sich seiner Be-

stimmung, Allerweltsvermittler zu sein, nicht ganz entziehen kann. Wie aber das schlechteste Geld, das aus Papier, am wenigsten exportiert wird, so natürlich das beste am meisten. Darin besteht eben seine Lebensaufgabe: im Kommen und Gehen. Niemand wird vorschlagen, Geld aus einem Metall zu machen, dessen Vorrat nicht durch Zufuhr vermehrt werden könnte. Alles aber, was von Natur zufliessen kann, kann auch abfliessen; es muss es können, sonst wäre es für seinen Zweck unbrauchbar. Seitdem der vorübergehende und noch durch besondere Ausnahmsverhältnisse bedingte Abzug von Gold aus Deutschland im Jahre 1874 so viel ungereimten Klagen zum Anhalt gedient, hat die entgegengesetzte Bewegung mehr als einmal uns auch Gold in Menge wieder zugeführt, und gerade wieder in den letzten Zeiten. Der grösste Teil des Goldes, welcher aus den Reichsprägeanstalten dermalen in den Verkehr wandert, kommt freiwillig anmarschiert. Die Regierung braucht gar nichts zu thun, um es herbeizulocken, sie braucht nur gewähren zu lassen, gerade wie sie auch gewähren liess, als eine zeitlang die andere Strömung herrschte. Von den rund 1500 Millionen Mark in Gold, die wir bis jetzt ausgeprägt haben, sind rund 200 Millionen von Privatleuten geliefert worden, und die Summe wäre noch viel grösser, wenn in der ersten Zeit der stärksten Prägung der Staat nicht das Geschäft des Goldimportes als ein sehr einträgliches selbst betrieben hätte. In den letzten sechs Wochen des ersten Halbjahres 1877 wurden allein an 30 Mill. Mark Doppelkronen für Privatrechnung auf deutschen Münzen geprägt. Sind die Länder, welche uns dies Gold verkauften, eben darum weniger glücklich als wir, die wir es kauften? Wunderlicheres als die Vorstellungen ökonomischer Art, welche in den „besten“ Kreisen umgehen, giebt es freilich überhaupt nichts. Als jüngst in einer Gesellschaft die Rede darauf kam, dass die von deutschen Reisenden in der Schweiz verausgabten Goldstücke für die Zwecke der Genfer Goldindustrie aufgekauft würden, rief einer der Anwesenden aus: „Ja, wie soll das mit uns enden! Die Schweizer nehmen uns unser Gold, die Engländer kaufen unser Silber, schliesslich haben wir kein Geld mehr!“ Der Herr war offenbar der Ansicht, dass die Schweizer und die Engländer diese beiden kostbaren Zaubermittel ohne unsere Einwilligung, uns zum Trotz

abnähmen, und das, was sie uns dafür geben (wenn er überhaupt daran dachte, dass sie etwas dafür geben), uns aufdrängten. Noch weniger wird ihm der Gedanke beigekommen sein, dass es nur von unserem Belieben abhängt, ebenfalls Gold und Silber zu erhalten, wenn wir nur andere Sachen dafür hergeben wollen; dass der Tausch nur das Werk derer ist, welche auf andere Güter mehr Wert legen, und zwar mit gutem Grund, als auf das Gold, das sie dafür zahlen. Aber merkwürdigerweise stossen wir selbst in dem gelehrten wohldurchdachten Werk, das uns vorliegt, auf Anwandlungen, die von den eben geschilderten des guten Publikums nicht sehr weit abliegen. Der praktische Zweck, die Wiederherstellung der österreichischen Valuta, erscheint auf dem Hintergrunde dieser Untersuchung mit Silber oder vielleicht gar mit Silber und Gold erreichbar, nicht aber mit Gold allein. Verstehe das, wer wolle! Warum hat noch niemand in Deutschland und Österreich, wo doch der Kaffee ein so unentbehrliches und allgemeines Nahrungsmittel ist, befürchtet, dass man nicht im stande sein möchte, die Bevölkerung mit dem nötigen Vorrat zu versehen? Kaffee kommt von jenseits des Meeres gerade so wie Gold und muss gerade so bezahlt werden. Ja, sogar wenn Österreich eine Silberwährung herstellen wollte, würde es, mittelbar wenigstens, den grössten Teil aus England beziehen müssen, insbesondere falls wir Deutschen, auf Professor Süss' Vorschlag hörend, gleichzeitig auch die Silberwährung bei uns wieder ins Leben rufen wollten, also nichts abzugeben hätten. Und selbst wenn wir das nicht thäten, sondern, wie schon manchmal angeregt wurde, unser überschüssiges Silber dem Nachbar verkaufen wollten, müsste er es weniger mit irgend einer Ausfuhr bezahlen, als wenn er Gold aus London, New-York, San Francisko oder Melbourne bezöge? Warum sollte es ihm also schwerer werden Goldmünzen herzustellen als silberne? Vorerst giebt es noch Gold genug in der Welt, und ein Land, welches nicht erst, wie Deutschland, sein Silber zu verkaufen braucht, sondern keines oder wenig im Umlauf hat, ist gewissermassen nur um so besser daran. Sollte man dem Einwurf begegnen, dass Gold teurer sei als Silber? Was heisst hier teuer, was wohlfeil? Von dem Augenblick an, da das eine Metall teurer ist, braucht der Umlauf von demselben ebensoviel weniger, als er von dem wohl-

feileren mehr braucht. Denn nicht gewisse Gewichtsquantitäten, sondern Wertquantitäten erfordert der Verkehr zum Zweck der Tauschmittel. Und gerade je teurer ein Metall, je geringere Gewichtseinheiten desselben man braucht, um dieselbe Werteinheit herzustellen: desto besser eignet es sich zur Erfüllung seines Berufs (wenigstens bis an eine gewisse Grenze). Das eben ist ja das Geheimnis des siegreich vordringenden Goldes. Wenn beispielsweise Österreich heute beschlösse, zur Goldwährung überzugehen und Gold im Verhältnis zu allen anderen Waren der Welt dadurch um fünf Prozent im Preis stiege, so brauchte der Kaiserstaat auch nur neunzehn Zwanzigteile des Quantums zu beschaffen, dessen er ohne diese Steigerung bedurft hätte. Angenommen das Cirkulationsbedürfnis an gesunden Barmitteln für die Monarchie wäre, in deren jetziger Silbermünze ausgedrückt, zwei Milliarden Gulden. Nach dem ehemaligen Wertverhältnis des Silbers zum Gold ($15^1/_2$ zu 1) würden 1450000 Kilo Gold anzuschaffen gewesen sein; nach dem heutigen (17 zu 1) würden nur 1322000 Kilo (rund) erfordert werden. Wo früher $^1/_{155}$ Gramm Gold nötig war, um 1 Gramm Silber oder 100 Gramm Kaffee zu kaufen, da wären heute nur $^1/_{170}$ Gramm nötig, und auf diesen Wert, nicht auf das Gewicht kommt es an. Die Leute, welche meinen, es sei weniger kostspielig, eine vollwertige Cirkulation in Metall von geringerem Werte herzustellen, urteilen genau wie die Kinder, welche auf die kaptiöse Frage: „was ist schwerer, ein Pfund Federn oder ein Pfund Blei?“ unbedenklich antworten: „ein Pfund Blei!“ Will man eine unterwertige Cirkulation, so braucht man sich überhaupt um deren Gehalt nicht zu kümmern, so kann man beim Papier bleiben; will man eine vollwertige, so muss man eben deren Gehalt auf den Wert bringen, welcher dem Bedarf an Umlaufsmitteln entspricht; dieser Wert ist bestimmend, nicht Gewicht oder Volumen. Wollte Österreich z. B. eine vollwertige Eisenmünze, so müsste es gerade so viel mehr Eisen anschaffen, als Eisen dermalen wohlfeiler ist als Gold; und der Umstand, dass Eisen neuerer Zeit so sehr im Preise gesunken, wird die Operation nicht um einen Gulden wohlfeiler machen; denn um eine vollwertige Eisenmünze zu haben, müsste es von diesem Metall desto grössere Massen ausprägen. Soll ich mit meinem eisernen Gulden ein bestimmtes Gewicht Kaffee oder

Baumwolle kaufen können, so muss ich auch ebensogut für denselben das bestimmte Gewicht Gold kaufen können, mit welchem wiederum das nämliche Gewicht Kaffee oder Baumwolle zu erstehen wäre. Es kostet mich also eine Münze, mit der ich meine Weltgeschäfte machen will, absolut nicht mehr andere Gegenstände, wenn ich sie aus Gold, als wenn ich sie aus Eisen mache. Im Gegenteil, die schwerere Münze ist kostspieliger; denn erstens kostet sie bei der Anschaffung wie bei jeder Bewegung mehr Transport; und zweitens, je schwerer beweglich eine Münze ist, desto grössere Wertquantitäten von ihr braucht der Verkehr. Je leichter das Gewicht im Verhältnis zum Wert, desto schneller der Umlauf, je schneller der Umlauf, desto geringer ist der Gesamtbedarf. Das springt in die Augen.

Um einem möglichen letzten Einwand vorzubeugen, mag eingeräumt werden, dass die Gesamtoperation der Beschaffung ausreichender Goldvorräte zur Herstellung der Valuta in einem grossen Staate, als beispielsweise in Österreich, sich nach der heutigen Sachlage nicht eben so rasch und bequem vollziehen liesse, als der Ankauf grösserer Silbermassen. Es sind von dieser Ware grössere entbehrliche Vorräte auf Lager als von Gold, und dementsprechend würde der Käufer geringeren Schwierigkeiten begegnen. Das kommt aber eben daher, dass heute keiner der Hauptstaaten Silber verlangt, der laufende Barbedarf auf Gold angewiesen ist. So lange dies Verhältnis dauert, wird auch kein vernünftig regierter Staat daran denken, sich eine Silbervaluta zu geben. Die hierauf zielenden Vorschläge gehen alle von der Voraussetzung aus, dass es ausführbar wäre, dem Silber das aktive Bürgerrecht auf dem Geldmarkte durch gemeinsame Übereinkunft der Völker zurückzugeben. Von dem Moment an, da dies gelungen wäre, würde es aber auch nicht schneller gehen, Milliarden Silber aus dem Markt zu nehmen, als Milliarden Gold. Die Voraussetzung, dass der Silbermarkt so viel williger wäre als der Goldmarkt, enthält eine *petitio principii*. Das Silber ist jetzt nur in grossen Quantitäten vorrätig, und wohl leichter auf Borg zu haben, weil es aus dem aktiven Dienst des Geldverkehrs ausgestossen ist. So wie dieses Verhältnis in sein Gegenteil umschlüge, würden die Besitzer von Silber ihr liebenswürdiges Entgegen-

kommen verleugnen wie Droschkenkutscher beim Platzregen, und keine Bank würde grössere Schwierigkeiten machen, Gold zu verabfolgen als Silber. Massenhafte Bezüge von Edelmetall sind überhaupt nur rasch zu bewerkstelligen, wenn das Metall auf dem Weltmarkt nicht als Geld zu verwenden ist. Denn die Grundbedingung normaler Verkehrszustände besteht in der richtigen Geldverteilung unter die verschiedenen Reservoirs oder Vorratskammern, d. h. Banken der Nationen. Wollte plötzlich ein Land versuchen, dies Gleichgewicht durch rasches Heranziehen grosser Massen zu stören, so würden sich alle anderen Länder widersetzen. Zudem ist auch kein Land imstande, dergleichen auf so ungestüme Weise in Angriff zu nehmen, am wenigsten ein Land, das aus der Papierwirtschaft in die Barwirtschaft überzugehen versucht. Die Überstürzung verbietet sich hier schon von innen heraus und hat gar nicht nötig von aussen hinein abgewiesen zu werden. Operationen dieser Art lassen sich nur auf dem Wege langsamer, allmählicher Vorbereitung vollziehen. Jahrelang muss das nötige Metall in der Stille gesammelt werden, immer mehr muss dem umlaufenden Papier eine volle Wertdeckung in den Kellern entgegenwachsen, bis in dem gegebenen Augenblick das Zauberwort ausgesprochen werden kann. So hat die französische Bank seit dem Krieg systematisch ihre Vorräte vermehrt und könnte heute bereits die Barzahlungsverpflichtung aufnehmen, wenn nicht die fatale Frage der Doppelwährung, aus deren Banden die französischen Gesetzgeber sich so ungern loswinden, vorher beseitigt sein müsste.

Nicht in der Wahl des Metalls liegt die Schwierigkeit des Übergangs, sondern in der Aufgabe, aus den Ersparnissen des Landes Milliarden von wirklichem Wert zur Anschaffung von Geld auszuscheiden an Stelle von blossen Wertzeichen, die ohne Opfer hergestellt werden. Und ebensowenig entscheidet die sogenannte Handelsbilanz oder gar die eigene Metallproduktion. Russland, das einzige Land Europas, welches ansehnliche eigene Goldminen besitzt, kann trotz aller Anstrengungen kein Gold festhalten; und Grossbritannien, das doppelt so viel Waren einals ausführt, importiert am meisten Edelmetall. Eine ungünstige Warenbilanz haben heisst viel Waren beziehen, und Edelmetalle sind auch Waren, bilden auch thatsächlich eines der Elemente

in den Ziffern der Aus- und Einfuhrbilanzen. Es ist nicht schwerer für 100 000 Pfund Sterling Gold als für 100 000 Pfund Sterling Baumwolle zu beziehen. Man muss nur die 100 000 Pfund Sterling reich sein.

Sollte endlich einmal die Zeit kommen, in welcher nach unseres Autors Voraussetzung die Masse des vorhandenen Goldes zu dem Bedarf der ganzen Erde in solchem Unzulänglichkeitsverhältnis stünde, dass der Münzgehalt immer mehr reduziert werden müsste, um mit der Wertzunahme des Metalls in entgegengesetzter Richtung gleichen Schritt zu halten, so würden ohne Zweifel derartige ganz neue Zeitumstände auch neue Kombinationen ins Leben rufen. Der Versuch, voraus zu berechnen, unter welchen Umständen diese auf hunderte von Jahren entfernte Eventualität eintreten werde, leidet, wie er bei Süss ausgeführt ist, an Einseitigkeit. Es ist ganz richtig, dass neben dem Verbrauch für Münzen auch der Verbrauch der Industrie stets zunehmende Mengen von Gold aufsaugt. Aber es darf doch mit der grössten Gewissheit angenommen werden, dass im gleichen Schritt mit einer eventuellen Preissteigerung des Goldes die Industrie nicht minder als der Münzbedarf sich einzuschränken gezwungen sein würde.

Ein anderes ist noch viel wichtiger. Mit fortschreitender Civilisation nehmen die Bedürfnisse an umlaufender Münze stetig ab. Schon jetzt, wie bekannt, sind dieselben in Grossbritannien bedeutend geringer als auf dem europäischen Festlande. Die vielfältigen Formen der Übertragung durch Post- und Bankverkehr öffnen jeden Tag neue Wege, deren Benützung das Barmetall entbehrlich macht. Trotzdem die aus den Umsätzen der Banken, der Post, des Wechselstempels extrahierten Ziffern uns zeigen, dass bereits heute auch auf dem Festlande bei weitem die grösste Masse der Umsätze nicht mit Metall, sondern nur mit schriftlichen Zeichen und Umstellungen gemacht wird, befindet sich doch sogar das einfache Checksystem bei Franzosen wie Deutschen noch in der Kindheit. Welcher raschen Entwicklung sind aber glückliche Neuerungen in diesen Dingen fähig!

Ein einziges Rad, welches die deutsche Reichsbank ihrem Getriebe eingefügt, hat Wunder gewirkt. Die Dienstleistungen, welche der neuorganisierte „Giroverkehr" verrichtet, bestehen

einfach darin, dass auf Wunsch der Kunden an jeder Bankstelle Zahlungen gemacht werden, ganz in der Weise, wie das durch die Post für kleinere Beträge und gegen Vergütung geschieht. Über diese einfache Walze sind bereits im ersten Jahre mehr als acht Milliarden Mark Einnahmen und Ausgaben gelaufen. Bei mehr als fünf Milliarden ward dabei von Bargeld überhaupt kein Gebrauch gemacht. Der Rest von drei Milliarden beglich sich zwar nicht mit gänzlichem Ausschluss von Geld, doch ohne jede Versendung von Ort zu Ort. Die Benutzung von Barmitteln beschränkte sich auf die Einzahlung oder auf die Auszahlung an Ort und Stelle. Diese Auszahlungen selbst wurden ohne Zweifel zum geringsten Teil in Metall, vielmehr der Hauptsache nach in Banknoten gemacht.

Allerdings, wie sehr auch das System der Zeichensprache sich im Geldverkehr noch vervollkommnen möge, so wird das Metall selbst immer die unentbehrliche Grundlage bleiben. Ja sogar, je mehr sich die Mittel der Umsätze für Handel und Wandel ins Symbolische verflüchtigen, desto strenger wird das Bedürfnis einer sicheren letzten Instanz anerkannt werden, welche dem Gläubiger bürgt, dass er seine symbolische Formel in greifbaren Stoff verkörpern kann. Das gerade ist der springende Punkt für die Schaffung des wohlorganisierten Bankwesens: die feinste Sublimierung des Verkehrs auf der solidesten Grundlage. Je mehr aber dies System ausgebildet wird, desto mehr werden die Barschätze der Welt sich in einzelne, feste Niederlagen zusammenziehen; desto geringer wird der Bedarf an kreisendem Metall, das, während es zwischen Geber und Empfänger unterwegs ist, seine Zeit verliert. Sollte wirklich der Goldschatz der Erde so rasch erschöpft sein, wie unser Verfasser befürchtet, so würde bis zu jener Epoche gewiss auch das Verkehrssystem sich zu einem Grade ausgebildet haben, der unendlich viel weniger Stoffbewegung in Anspruch nähme. Jede Vervollkommnung, die auf diesem Gebiete Platz greift, befreit schon jetzt von einer Art der Aufzehrung des Metalls, welche den Besitzstand der Menschheit mit am meisten beeinträchtigt. Jede Bewegung eines Geldstückes in der Tasche, in den Händen, auf dem Transport, setzt dasselbe einer Reibung aus, durch welche kleinste Teilchen sich ablösen und ins Unsichtbare verschwinden. Die verschiedenartigsten Berechnungen und Experimente sind

von lange her angestellt worden, um zu veranschlagen, wie viel von der Substanz der Goldmünzen durch diese Reibungen verloren gehe. Die Angaben müssen schon deshalb schwanken, weil jedes Stück seine eigenen Wege läuft und die Strapazen dieser Wege so verschieden sind. Doch so viel kann man ruhig sagen, dass nach etlichen tausend Jahren des Umlaufs ein Goldstück gänzlich aufgerieben sein müsste.*) Nun erhellt, dass gerade in dieser Reibung beinahe alles erspart wird, wenn die Goldstücke statt einander reibend sich umherzutreiben, fest in den Vorratskellern liegen und die Arbeit des Umherschweifens ihren Stellvertretern, den Noten oder gar den blossen Ziffern, überlassen. Noch grösser wird die Ersparnis, wenn, entsprechend dem Gebrauch der Banken, die Vorräte nicht in geprägtem Metall, sondern in Barren gehalten werden. Denn das Fabrizieren der Münzen führt selbstredend auch stets Zerstörung kleiner Teilchen mit sich, die als Staub abfallen und, trotz aller auf ihre Ansammlung verwendeten Sorgfalt, nicht wiedergefunden werden. Ebenso geht beim Transport von Barren viel weniger durch Reibung als beim Transport von geprägtem Metall verloren. Eine Sendung Kronen, die von Hamburg nach Paris mit der Eisenbahn geht, wird stets nur um etwas leichter am Totalgewicht daselbst anlangen; wohl verpackte Barren dagegen verlieren so gut wie nichts unterwegs.

Mit Ausnahme dessen, was durch Reibung der Münze oder Geräte, namentlich der vergoldeten, und durch Schiffbrüche abhanden kommt, wird mit fortschreitender Kultur immer weniger Edelmetall dem allgemeinen Besitz verloren gehen. In dem Masse, als die Kultur ein Land erobert, scheucht sie verborgene Schätze aus ihren Verstecken auf und verhindert, dass deren neue angelegt werden. Durch die Angst vor wirklicher oder eingebildeter Gefahr werden noch heute sehr beträchtliche Mengen Gold und Silber in allen nur denkbaren Schlupfwinkeln zurückgehalten, teils vom lebenden Eigentümer gewusst, teils mit dem Verstorbenen als Geheimnis ins Grab gesenkt. Krieg und Revolution haben selbst bei dem französischen Bauer die Gewohnheit dieses „Hortens“ noch in Übung

*) Die sorgfältigsten Berechnungen und Beobachtungen haben einen Verlust von $^1/_{2500}$ Teil auf das Goldstück gewöhnlicher Dimension im Jahre ergeben.

erhalten. In Italien sorgt die Überlieferung aus der Zeit der ewigen Fehden früherer Jahrhunderte, gleich wie das noch nicht ausgerottete Brigantentum dafür, dass viel mehr verscharrt wird, als in Frankreich. Spanien gar, das Land der Guerillas, ist das klassische Land der eingemauerten Töpfe.

Den Voraussagungen, welche mit dem Rückgang der Goldausbeute drohen, stellen sich so von selbst Erwägungen gegenüber, welche dem abnehmenden Bedarf des Verkehrs selbst entnommen sind. Auf welche Art von Beobachtungen sich eine glaubwürdigere Wahrscheinlichkeitsberechnung gründen lässt, ob auf solche, die in die Schachte des unerschlossenen Erdreichs einzudringen versuchen, oder auf die, welche den zu Tage liegenden Gang der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgen, bleibe dahingestellt. Sollte die eine wie die andere Erwartung sich erfüllen, so wäre damit eine der Hauptbedingungen gedeihlichen Verkehrs gesichert. Die auf Ersparung von Barmitteln gerichtete Tendenz der Civilisation verlangt ausdrücklich nach einer Ausgleichung in Form verminderter Zufuhr. Wie gut, wenn doch eine solche Wendung bereits eingetreten wäre! Die Weltgeschäfte haben beinahe von jeher darunter gelitten, dass die neuen Tauschmittel nicht langsam genug zuflossen. Mit Ausnahme kurzer Zwischenabschnitte sind im Verlauf der grossen historischen Entwicklungsperioden die Preise der meisten Dinge fortwährend gestiegen, d. h. der Geldwert ist gesunken, und offenbar infolge der Vermehrung, sei es des Metallgeldes, sei es der Surrogate desselben. Sowohl unser Jahrhundert im allgemeinen als insbesondere die jüngsten Zeiten (wenn auch nicht gerade die letztdurchlebten Jahre) haben dies erfahren. Die grossen Lager von Gold und Silber, die in verschiedenen Weltteilen seit 1848 erschlossen wurden, haben sehr viel dazu beigetragen, den Preis der Edelmetalle zu drücken; die bereits geschilderten Vervollkommnungen in Handel und Verkehr haben mitgewirkt; endlich traten hinzu als dritte nach derselben Seite drängende Ursache die Finanzverlegenheiten der meisten Grossstaaten. Denn diese sahen sich bewogen, Papiergeld an Stelle der klingenden Währung zu setzen und letztere in die wenigen Länder zu treiben, deren Münze noch auf der metallischen Grundlage ruht. Von den sechs grossen Staaten, die sich mit Papier

behelfen, stehen Frankreich und die Vereinigten Staaten der Rückkehr zur Barzahlung am nächsten. Von den vier anderen, Österreich, Italien, Russland und Türkei lässt sich durchaus nicht bestimmen, wann und wie die Wiederherstellung eines gesunden Münzwesens zu gewärtigen sei. In Österreich denkt man daran, in Italien redet man davon, in Russland und der Türkei verbietet die Lage sogar dergleichen schwachen Trost.

Unter so bewandten Umständen ist für die nächste Zeit eher die Furcht vor zu starker als zu geringer Goldgewinnung am Platze. Wie die Dinge in hundert oder zweihundert Jahren aussehen mögen, wissen die Götter. Wir Lebenden aber, welche sie um das tägliche Brot bitten, sollten in wohlverstandener Auslegung dieses Wunsches entschieden unser Gebet dahin richten, dass uns vorab nicht zu viel Münzmetall beschert werde. Denn nur wenn der Gang der Zufuhr sich verlangsamt, sind wir sicher, die Preise der wichtigsten Lebensmittel nicht fortwährend steigen zu sehen. Nichts ist heilsamer für den Verkehr als Stätigkeit der Preise in den notwendigsten Dingen. Wenn aber die Welt zu wählen gezwungen wäre zwischen der Gefahr einer Verteuerung des Geldes oder dem Gegenteil, so thäte sie gut, sich lieber der Geldverteuerung auszusetzen, d. h. lieber einem Rückgang als einem Steigen der Preise aller Waren.

Es ist nicht richtig, zu behaupten, Deutschland habe dem Silber den Stoss versetzt, der es so stark nach unten schleuderte. Und selbst wenn dieser Sturz Deutschlands Werk wäre, so hätte es nur sich beeilt, eine Konjunktur für sich zu verwerten, damit dieselbe nicht zu seinem Schaden von anderen ausschliesslich benützt werde. Deutschland hat gerade noch den letzten günstigen Augenblick benützt, sich vom Silber loszusagen und dem Golde zuzuwenden. Hätte es das nicht gethan, so würde ein anderer der zahlungsfähigen noch in der Doppelwährung steckenden Grossstaaten ihm zuvorgekommen sein, um ihm sein Silber aufzuhalsen und sich selbst die Goldwährung zu sichern; wenigstens müsste der andere Staat so gehandelt haben, wenn er gut beraten gewesen wäre. Vielleicht hätte der ganze lateinische Münzbund seinen grossen Verlegenheiten auf diese Weise ein Ende gemacht, vielleicht Nordamerika vor uns die Wiederaufnahme der Goldzahlung dekretiert. Inzwischen

wären wir Deutschen als die einzig grosse Nation Europas, bei welcher Silber und Gold als Barzahlung nebeneinander gegolten hätten, mit ersterem überschwemmt worden. Zu der Perturbation, die wir durch die rasche Einkassierung der fünf Milliarden selbst uns bereiteten, wäre eine noch viel stärkere gekommen durch die Entwertung unserer metallischen Valuta. Es ist ein zweifaches Glück, dass wir uns rechtzeitig zum Golde entschlossen haben. Nicht bloss die Zukunft, sondern auch die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart standen dabei auf dem Spiel.

Haben wir dadurch den Anstoss gegeben, dass einige andere kleinere Staaten denselben Weg einschlugen, so wird das der Welt im grossen und ganzen nur zum Heil gereichen. Die anderen zahlungsfähigen Grossstaaten werden, wenn sie über kurz oder lang sich entschliessen müssen, diesem Beispiel zu folgen, im gleichen Sinne sich nützlich erweisen.

Schon heute ist Silber nicht mehr im vollen Sinne des Wortes das Münzmetall der herrschenden Nationen. Wäre diese Suspendierung nicht eingetreten, die Welt hätte schon heute zu viel Münzmaterial, das Geld wäre noch mehr im Preise gesunken, die Preise der meisten Artikel wären stark hinaufgegangen. Allgemeine Verwirrung wäre die Folge gewesen. Die enormen Entdeckungen von Bergwerken und offenen Lagern, die Gold und Silber spenden, sind nur dadurch in ihren störenden Wirkungen paralysiert worden, dass das Silber teilweise für Münzzwecke unbrauchbar gemacht wurde. Bei dieser Unbrauchbarmachung mitgewirkt, ja eigentlich den Anstoss dazu gegeben zu haben, gereicht Deutschland zu grossem Verdienst. Selbst wenn es wahr wäre, dass es dadurch auch wesentlich zur Wertverminderung des Silbers beigetragen, würde es keine Ursache haben, sich schuldbewusst zu fühlen.

III.

Kaum fünfundzwanzig Jahre sind vergangen, seitdem die Welt der Geschäfte in Schrecken gesetzt wurde durch den Ruf, dass ihr eine Überschwemmung mit Gold drohe. Durch ein merkwürdiges Zusammentreffen waren um die Mitte des

Jahrhunderts gleichzeitig die zwei grössten Goldlager entdeckt worden, von welchen die Geschichte weiss, das eine im Westen Nord-Amerikas, das andere im Südosten Australiens. So gewaltig wie die Ausbeuten der ersten Jahre sind die späteren nicht mehr gewesen, aber noch heute fliessen die Schätze im reichen Masse aus den damals erschlossenen Quellen und liefern den Hauptbeitrag zur Befriedigung des Marktes der Edelmetalle. Doch niemand denkt mehr daran, in diesem Zufluss die Gefahr einer Störung zu erblicken. Im Gegenteil: heute tritt ein Forscher auf, der damit droht, dass die Störung aus der Unzulänglichkeit der künftigen Erträgnisse entspringen werde. So wechseln die Gedanken, denen sich gerade die Sachverständigen unter dem Eindruck neuer Erscheinungen überlassen. Aber nicht bloss nach einander, sondern auch zu gleicher Zeit stellen sich die entgegengesetzten Auffassungen ein. Eine Mahnung fürwahr an die, welche, auf die Diagnose der Erdbeschaffenheit gestützt, etwas schnell zu Folgerungen oder gar zu Massregeln zu schreiten sich versucht fühlen. Eben da der Wiener Professor uns die Offenbarung der sieben mageren Kühe verkündet, kommt vom Rheinland her ein praktischer Bergmann, der uns die sieben fetten vorführt. Und sein Bild ist darum gewiss nicht minder der Beachtung wert, weil es ihm eigentlich gar nicht darauf ankommt, uns zu irgend etwas zu bekehren. Alles, was als Tendenz angesehen werden könnte, liegt ihm fern. Die Reflexionen sind nur ganz beiläufig und absichtslos in den Text gewebt; von Münzpolitik ist mit keinem Wort die Rede. Im neuesten Jahrgang der „Zeitschrift der deutschen geologischen Gesellschaft“ hat Dr. Gustav Wolff die australischen Goldlager und deren Betrieb in einer sehr umfangreichen und ausführlichen Abhandlung geschildert. Die hundert eng gedruckten Seiten, mit vielen Tabellen und einer Karte versehen, sind auch in einer besonderen Ausgabe erschienen. Ein grosser Teil der Darstellung beruht auf eigener Wahrnehmung des Verfassers, welcher anfangs der siebenziger Jahre Neuseeland und später einen Teil von Australien zu bergmännischen Zwecken bereist und mehrfach daselbst Untersuchungen geleitet hat. Sowohl in Neuseeland als in Australien hat er sein Augenmerk vorzugsweise auf die Industrie der Goldgewinnung gerichtet. Wo er nicht aus eigener Anschauung schöpft, hat er die zahl-

reichen Monographien, welche dem Gegenstand gewidmet sind, zu Hilfe gerufen und zum Teil mit dem nämlichen Material wie Professor Süss gearbeitet. Es verdient noch bemerkt zu werden, dass die Arbeit von Wolff, obgleich etwas später erschienen als das Buch von Süss, in der Verwertung der Zahlen nicht so nah an den heutigen Moment heranrückt wie die Darstellung des letzteren.

Das Normaljahr, so zu sagen, des Wolfi'schen Berichtes, ist 1871, die Quellen, die er ergänzend benutzt, gehen meistens nicht über 1873 hinaus. Süss erstreckt seine Beobachtungen stellenweise auf 1875 und 1876. Da wir aber wissen, dass in diesen wenigen späteren Jahren kein charakteristischer Umschlag der Dinge zu verzeichnen ist, so darf ruhig angenommen werden, dass die Ansichten von Wolff wegen dieses Zeitunterschiedes nicht an Autorität gegenüber denen von Süss verlieren. Was Süss über den Rückgang der im regelrechten Gangbau betriebenen Werke sagt, ist nicht aus der Abnahme des Erzes zu erklären, sondern aus dem Rückgange der Geschäfte; denn Australien hat er sich nicht minder fühlbar gemacht als in der übrigen Welt; gerade in den Bergwerksunternehmungen dieses Erdteils haben die Gründungen eine grosse Rolle gespielt.

Wie schon angedeutet, sind die beiden Darsteller über die Zukunft des australischen Goldes gerade entgegengesetzter Ansicht. Seiner Gesamtauffassung gemäss nimmt auch in diesem Weltteil Süss einen stetigen Rückgang wahr und erwartet in gegebener Zeit ein gänzliches Versiegen. Von dem reichsten der australischen Goldfelder, in Viktoria, heisst es: „die Abnahme der Goldproduktion wird daher wohl der thatsächlichen Verarmung oder Erschöpfung der Lagerstätten und nicht untergeordneten und vorübergehenden Umständen zuzuschreiben sein."

In dem besonderen Abschnitt, welchen Süss Australien widmet, ist dies allerdings der einzige scharfe Ausspruch; im übrigen begnügt er sich mit Schilderung der Thatsachen und stellenweise lässt er sich sogar zu der Bemerkung herbei, dass einzelne Gebiete noch nicht auf der Höhe ihrer Ergiebigkeit angelangt sein müssen. Wie es nach der Stoffverteilung selbst, welche alle Länder der Erde zu bedenken hatte, nicht anders geschehen konnte, ist der australischen Goldgewinnung im

ganzen ein Kapitel von nur 25 Seiten gewidmet, während Wolff sich nur mit Australien beschäftigt und etwa den achtfachen Raum darauf verwendet. Natürlich beweist dies allein gar nichts für oder gegen die Stoffmenge, welche von einem und vom anderen verwertet sein mag. Aber voraussetzend, dass beide Teile mit gleichem Fleiss und gleicher Gewissenhaftigkeit gearbeitet und geforscht haben, kann billigerweise die dem einen Gegenstand ausschliesslich gewidmete, in allen Einzelheiten breit angelegte Untersuchung auf ihrem Felde einen höheren Grad von Autorität beanspruchen. Ich gestehe ferner, dass ich in den hier zur Lösung gestellten Fragen lieber dem Bergmann folge, als dem Geologen, und wenn nun dieser zu dem entgegengesetzten Resultat gelangt, wie jener, wenn aber beide darin einig gehen, dass Australien für die moderne Goldproduktion das wichtigste Land ist, so ergiebt sich die Nutzanwendung in der Hauptsache von selbst. Wolff erklärt schon im Eingang seiner Schrift, dass die Goldproduktion Australiens sich vergrössern, dessen Goldbergbau sich ausdehnen und heben werde. Im einzelnen wiederholt er diese Aussage an zahlreichen Stellen. Zwei Gesichtspunkte sind es namentlich, aus welchen im Verlauf der Darstellungen die Grundverschiedenheit in den Schlussfolgerungen unserer beiden Autoren hervortritt. Während Süss, getreu seiner Hypothese über den Ursprung der grossen Goldablagerungen, uns auf den Gedanken bringt, dass der im Gang eingeschlossene Goldvorrat sehr gering und der regelmässige Abbau desselben ziemlich hoffnungslos sei, finden wir bei Wolff weder jene Hypothese noch diesen Schluss. Neben der Ausbeute der rasch zu erschöpfenden Felder oder Seifenlager, welche dem Menschen durch die zerstörende Arbeit der Elemente vor die Füsse gelegt wurden, bleibt für den australischen Forscher der auf Gold gerichtete bergmännische Betrieb nicht minder wichtig, wenn nicht noch wichtiger und zukunftsvoller. Gerade da, wo er jene durch die Einwirkung von Wasser und Luft auf mechanischem Wege angesammelten Vorräte findet, schliesst er zurück auf solide Gänge, denen sie entstammen und welche dem künftigen Abbau vorbehalten bleiben, wenn das leichtere Werk der Gegenwart sich erschöpft haben wird. Er hält dafür, dass an vielen Stellen die Ausscheidung, der die Felder von Viktoria z. B. ihre Entstehung verdanken,

noch immer vor sich geht; und er bekennt sich zu der Ansicht, dass dadurch kein Grund vorliege, gerade in der auf der Oberfläche so goldreichen Region Viktorias an dem grossen Gehalt der Tiefen zu zweifeln. Ein zweiter Unterschied springt in die Augen, wo es sich um die Erkennbarkeit der geographischen und geologischen Grenzen der Goldgebiete handelt. Aus der Darstellung von Süss bleibt nur der Eindruck, als gebe es — Afrika abgerechnet — so zu sagen hier keine *terra incognita* mehr. Woffs Schrift, indem sie uns an einer ungeheuren Masse und Zahl und Mannigfaltigkeit von Goldlagern vorüberführt, drängt uns schon von selbst die Vorstellung auf, dass es vermessen wäre, die Goldlager des australischen Erdteils, deren Existenz vor 30 Jahren noch nicht geahnt wurde, für erschlossen, überschaut und annähernd berechenbar halten zu wollen. Und ein Blick auf die Spezialkarte, welche die ungeheuren von weiten Goldfeldern übersäeten Distrikte aufwärts des Südostens bis nördlich nach dem Busen von Carpentaria versinnlicht, muss vollends den Gedanken ausschliessen, dass die Arbeit der Pioniere auch nur die Grenze des Reviers abgesteckt habe. Wenn man bedenkt, dass kaum seit einigen Jahrzehnten Spanien den europäischen Bergleuten ungeahnte Schätze von Erz der verschiedensten Gattung spendet, dass die ganze metallurgische Industrie von Deutschland, Grossbritannien und Frankreich noch in den letzten Zeiten durch den Betrieb spanischer Minen eine neue Gestalt angenommen hat; wenn man dazu in Betracht zieht, dass gerade diese iberische Halbinsel der ältesten Kultur Europas bekannt und zwar insbesondere als Fundgrube für Metalle bekannt war, — dann ist es wohl erlaubt, Vorsicht zu empfehlen gegenüber einem System von Konjekturen, welches sein Netz über die kaum am Rande erschlossenen 162 000 Quadratmeilen des ozeanischen Weltteils ausspannt.

Stellt man die Zahlen aus der Schilderung der verschiedenen Distrikte nach Wolff in einem Überschlage zusammen, so kommt man auf mindestens zehntausend Gänge, welche zum Teil schon jetzt untersucht und nach Horizontalstreckung, wie nach Teufe rentabel befunden sind. Wie Wolff für Australien, so spricht sich der bereits erwähnte Berichterstatter des preussischen Handelsministeriums für die ganze Gebirgsgegend

des nordwestlichen Amerika dahin aus, dass das Reich der erzhaltigen Gänge erst mit seinen Umrissen in Sicht getreten und noch nicht abzuschätzen sei. Und letzterer knüpft daran die ausserordentlich zutreffende Bemerkung, dass gerade mit dem Versiegen der Schwemmgefilde und dem Wachsen des regelmässigen Bergbaues ein Zustand eintreten werde, wie er dem wahren Bedürfnis des Geldmarktes entspricht:

„Dass auch die Goldproduktion voraussichtlich sich vermindern und auf einem mehr oder weniger gleichmässigen Niveau stehen bleiben wird, ist anzunehmen. Die hohen Ziffern der Jahresproduktion im letztvergangenen Vierteljahrhundert sind auf Rechnung des in Kalifornien, Idaho, Montana, sowie in Australien, gefundenen gediegenen Goldes zu setzen, welches in den losen, leicht aufzubereitenden Gebirgsmassen stellenweise in sehr ansehnlicher Menge auftrat. Dagegen wird der Wahrscheinlichkeit nach die Gewinnung von Gold aus Erzen, die in Gängen oder Lagern auftreten, noch auf lange Zeit hinaus in seitheriger Höhe fortgehen, in Amerika voraussichtlich sich noch steigern. Bei dieser Produktion sind bedeutende Sprünge, sei es nach oben oder nach unten, weniger wahrscheinlich, als bei der Ausbeutung von Gebirgsseifen.“ (Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen im preussischen Staate l. c.)

Könnten wir des Genaueren auf beide Berichte, namentlich auf den Bericht über Australien, eingehen, so würde sich deutlich zeigen, wie stark die an Ort und Stelle vorgenommenen einzelnen Untersuchungen Wolffs der zusammenfassenden Übersicht von Süss gegenüber ins Gewicht fallen. Um nur ein Beispiel zu geben, ist das goldreiche Gebiet von Neu-Südwales zwischen dem 35. und 32. Grad südl. Breite bei Süss ganz im Vorübergehen behandelt, während Wolff aus den daselbst gelegenen Gruben von Hillend am Fusse der Blauen Berge seine in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Belege für die reichen Zukunftsaussichten des betreffenden Reviers schöpft, und diese Aufstellung hat gerade um so mehr Wichtigkeit für uns, als Wolff hier mit eigenen Augen gesehen und die spätere Entwicklung der Dinge bis zum Jahre 1875 nach den veröffentlichten Berichten verfolgt hat. Über die Art des Betriebes im ganzen Gebiet von Neu-Südwales erfahren wir aus der Darstellung von Süss soviel: dass fast nur aus den Alluvien Gold

gewonnen wurde, dass fast alle grösseren Versuche auf den Quarzgängen bis jetzt gescheitert sind. Wolff hingegen erwähnt als Beleg für seine Auffassung gerade den genannten Bezirk von Hillend und darin „den interessantesten und best aufgeschlossenen dieser Lagergangzüge, welcher sich durch die reichen Gruben am Hawkins-Hügel und dessen nördlicher Verlängerung Tambarora zieht". Er giebt eine ganz genaue Beschreibung der Quarzgänge, der verschiedenen Ergebnisse des regelrechten bergmännischen Betriebes, legt namentlich Gewicht darauf, dass an mehreren Stellen, nachdem die goldhaltigen Mulden schwach geworden waren, in einem gewissen Abstand nach oben wie nach unten infolge der „Verwerfung" des Gesteins neue Vorräte zu Tage kamen und das ganze Lager sich mehr in die Breite und Tiefe erstreckt, als man früher anzunehmen geneigt schien. Der vorliegenden Schilderung zufolge war hier schon 1871 nach den Hauptrichtungen hin ein regelmässiger Abbau im Gang, und in einer der beschriebenen Minen wurde, nachdem „in der Gangmasse neben Quarz, Pyrit und Pyrophylit wieder reichlicher aufgetreten waren, im Juli eine zweite Anreicherungszone in etwas grösserer Teufe bestimmt erwartet". Bei Süss findet dasselbe Gebiet mit folgenden Worten Erwähnung: „noch im Jahre 1871 fand ein grosser Run nach den Tambarora Claims statt, deren Ertrag hauptsächlich die hohe Ziffer für Neu-Südwales in der Liste der Produktion von Neu-Südwales erklärt."

Gewiss ist Süss nach dem Grundplan seines Werkes aus dieser raschen Skizzierung nicht der geringste Vorwurf zu machen. Aber es muss gestattet sein, das Urteil von Wolff auf Grund seiner schärferen Beleuchtung des Stoffes, von der hier nur ein Beispiel unter vielen gegeben ist, wenigstens zur Neutralisierung des entgegengesetzten anzurufen. Um noch eines anzuführen, heisst es, gerade im Anschluss an die hier wiedergegebene Beschreibung, bei Wolff: „Ausser den genannten sind noch andere Lagergangzüge und auch mehrere echte, zum Teil sehr mächtige Gänge vorhanden. Keines dieser Vorkommnisse ist untersucht oder in Betrieb genommen, trotzdem ihr Goldgehalt konstatiert und dessen Höhe oft einladend genug ist." Derartige Aussprüche liessen sich in grosser Zahl beibringen, wenn es nicht sich von selbst verböte, hier mit allen

Einzelheiten einer geologischen Kontroverse aufwarten zu wollen. Genug, dass Wolff, weit entfernt, die glänzenden Resultate der ersten Periode und den seitdem eingetretenen Rückschlag zu ignorieren, doch zu dem Schluss gelangt: es steht Australien eine unabsehbare Reihe von stetigen und ergiebigen Goldernten nach Massgabe der um sich greifenden Forschungen und des verbesserten Betriebs bevor. Er sagt es mit ausdrücklichen Worten: dass die Ausbeute sich dann erst wieder zur Fülle der früheren Jahre erheben werde, „wenn der Abbau der nach Tausenden zählenden Gänge und Lagergänge allgemeiner und energischer als bisher in Angriff genommen wird." Und von Neu-Seeland heisst es (denn auch auf die Inseln setzen sich die Schätze des Festlandes fort): „Trotz der relativ grossen Produktion sind bisher nur wenige Gänge an derselben beteiligt, und es lässt sich aus allem, was über die neuseeländischen Lagerstätten bekannt geworden ist, für den Gangbergbau, wenn er in ausgedehnterem Masse und nach guten wirtschaftlichen Grundsätzen betrieben wird, eine glänzende Zukunft und eine die jetzige weit übersteigende Gesamtproduktion ohne jeden Optimismus voraussehen."

Gerade für den Bezirk Viktoria, welchem die leicht zugänglichen Alluviallagerungen am meisten Erfolge verschafft haben, wird die Vermutung aufgestellt, dass der Gangbau eine viel grössere Zukunft habe, „weil es gewöhnlich in jedem Goldfelde nur wenige Gänge sind, welche jetzt schon bewirtschaftet werden; das Verhältnis der bebauten Gänge zu der Gesamtzahl der Gänge dürfte in Wirklichkeit zehn Prozent kaum übersteigen. Es sind wahrscheinlich 90 Prozent von der Gesamtzahl der Gänge noch nicht in Abbau genommen und die in 2881 Quarzgängen vorhandenen Goldmengen warten noch der Gewinnung."

Doch genug der Citate! Sie alle beweisen freilich nicht, dass nach Jahrhunderten noch das edle Metall in unerschöpflichen Strömen hervorquellen wird. Dies zu beweisen möchte überhaupt schwer sein, wie günstig auch immer das Reich der Thatsachen sich dem Augenschein darstelle. Mindestens ebenso schwer aber muss es fallen, den Beweis des Gegenteils zu führen. Allein warum denn uns gerade auf die problematische entfernte Zukunft einrichten?

Allerdings müssen die Lebenden sich auch mit Rücksicht auf ihre Nachkommen einrichten. Denn bekanntlich in dem Heute steckt untrennbar schon das Morgen. Dass aber die Pflicht, der Zukunft zu gedenken — dies Wort im ernsten, nicht im übertriebenen Sinne genommen — einen Grund habe, sich wegen Mangels an Gold zu beunruhigen, dies würde die national-ökonomische Auseinandersetzung von Süss nicht darthun, selbst wenn sie in ihren geologischen Voraussetzungen unbestritten dastände. Was wir von Wolff erfahren, fügt nur noch ein Übriges hinzu, damit wir uns nicht irre machen lassen. Zu diesem Zwecke allein, nicht um ihn als prinzipiellen Gegner ins Feld zu führen, ist seiner Arbeit hier gedacht worden.

Die Abhandlung von Süss ist nicht der erste Versuch, den Gang, welchen die Münzpolitik der civilisierten Welt genommen hat, zu stauen und nach entgegengesetzter Richtung hin zu treiben. Sie wird auch nicht der letzte sein. Es wäre unnatürlich, sogar unerbaulich, wenn eine so merkwürdige und grossartige kulturgeschichtliche Wendung, wie die Bekehrung der Nationen zum Monometallismus (um mit Cernuschi-Victor Hugo zu reden) sich unwidersprochen vollzöge. Schon die mit den älteren Einrichtungen verwebten Interessen können nicht verfehlen, sich aus allen Kräften zu widersetzen, und daneben muss liebgewordene Gewohnheit nicht minder wie die doktrinäre Anhänglichkeit an alten Lehren festzuhalten versuchen. Wer möchte auch wünschen, dass so gewaltige Neuerungen durchdringen, ohne dass der *advocatus diaboli* alle seine Gegengründe erschöpft hätte? und nicht bloss der *advocatus diaboli*, sondern auch der Romantiker, welcher die schönen Zeiten beklagt, da man deine Tempel noch bekränzte, Venus Amathusia? Solch ein Schlussakkord ist es, in welchen die Stimme des österreichischen Warners ausklingt. Es ist die Pflicht des höher entwickelten Westens, so etwa heisst es da, nicht die Münze fallen zu lassen, deren Silberklang bis zu den äussersten Pforten der Sonne, zu den anderen Erdenbrüdern spricht, oder um es mit des Autors eigenen Worten wiederzugeben:

„Auch gegen die Gefahren der Überproduktion giebt es nur ein naturgemässes und friedliches Mittel, und das ist die Vermehrung der Zahl der Konsumenten. Das civilisierende Vordringen des Levantiner-Thalers am Tsad-See und am Benuë,

der Rupee in den Quellgebieten der grossen indischen Flüsse und des amerikanischen Thalers in China, sie zeigen die Wege, welche dem neuen Silber mit allen Kräften sollen angewiesen werden. Eine Generation der weissen Rasse, welche sich in so hohem Grade zum Herrn der Erde gemacht hat, welche die schwersten und edelsten Metalle in so grossem Masse der Erde entnimmt, erhält dadurch nicht nur die moralische Verpflichtung, sondern zugleich die wirtschaftliche Nötigung, die anderen Rassen zu derselben Lebhaftigkeit des Verkehrs, zu denselben Bedürfnissen und durch diese, soweit es thunlich ist, zu demselben Bewusstsein menschlicher Würde und höherer Lebensziele zu führen.

„Nun weiss ich allerdings, dass es ein anderes ist, solche Verpflichtungen auszusprechen, und ein anderes, sie ausgeführt zu sehen. In einer Schrift jedoch, in welcher die Freigebigkeit der Natur, allerdings auch ihre Grenze, besprochen wird, ziemt es sich wohl, zu erinnern, dass dieser Reichtum erst dann dem bevorzugten Zweige der Menschheit zum Vorteile wird, wenn dieser sich aufrichtig zum Vermittler dieser Schätze mit den minder glücklichen Stämmen hergiebt. Nicht darum handelt es sich so sehr, dass dieser oder jener Kirche eine Anzahl von Proselyten zugeführt wird, sondern darum, dass den fremden Völkerschaften gegenüber jene ersten Grundsätze thatsächlich und unbeirrt befolgt werden, welche jeder Religion gemein sind. Die Aufgabe ist es nicht, durch die Überlegenheit unserer Waffen tiefer stehende Nationen niederzuwerfen und auszubeuten, sondern vielmehr jene geistigen und materiellen Berührungspunkte aufzusuchen und zu pflegen, welche zwischen Menschen und Menschen niemals ganz und gar fehlen, mögen diese auch ihrem Bildungsgrade nach einander noch so ferne stehen.

„So wie das Herz Blut aufnimmt und abgiebt, muss Europa empfangen und geben; nur das Gegenteil jener Bestrebungen, welche die heutigen Zustände benützen möchten, um sich des Goldes zu bemächtigen und den anderen Weltteilen entwertetes Silber zu lassen, kann eine glückliche Zukunft begründen, und England selbst wird mit der Zeit immer deutlicher die Schädlichkeit seiner exklusiven Währung fühlen. Aus diesen Gründen ist die Eröffnung jeder grossen Weltstrasse, der Durchstich einer Landenge, jeder neue aufrichtig gemeinte Handelstraktat,

darum ist die erleuchtete Politik, welche der erste Handelsstaat der Erde dem Sklavenhandel, so wie jene, welche er den mohammedanischen Stämmen gegenüber befolgt, ein Schritt in der Erfüllung dieser Pflichten, zugleich ein wirksamer Schritt gegen die Überflutung mit Edelmetall und eine Genugthuung für den Menschenfreund."

Wer dem Schwung der schönen Phantasie folgen und diese Gedanken weiterspinnen wollte, könnte, anknüpfend an die Warnung vor dem engherzigen Monometallismus Albions, eine artige Parallele zu der historischen Figur des Romantikers auf dem Throne der Cäsaren durchführen. In einer an dessen Widerstand gegen den aus Judäa importierten Christenglauben erinnernden Anwandlung wird hier das auserwählte Volk Englands, welchem die Wahrheiten der Staatswirtschaft vor allen anderen Erdenbewohnern offenbart worden, bekämpft, und es wird beklagt, dass dessen monometallistische Religion jetzt den schönen bi- oder polymetallistischen Kultus aus der Welt zu verdrängen sucht! Doch auch der interessante, sympathische, heldenmütige Julianus vermochte es nicht. Der grosse Pan war tot, und die entzauberte Welt musste sich in die eintönige monotheistische Anschauung fügen, welche von Galiläa aus verbreitet wurde.

Was allen Freunden der Doppelwährung als charakteristischer Zug gemeinsam ist, vom guten seligen Wolowski bis auf den Vorkämpfer, mit dessen so neuen als glänzenden Waffen wir hier Bekanntschaft gemacht haben: das ist die Verschlossenheit des Blicks für das Wirken der elementaren Kräfte, für das Ungemachte, Unfreiwillige in der Entwicklung dieser Dinge. Wer sie hört, könnte meinen: bloss die Erfindung einseitig reflektierender Köpfe habe einen Teil der Welt dahin gebracht, in die grosse Neuerung einzutreten. Für den Anstoss, für den Drang und Zwang der gegebenen und mehr und mehr sich ergebenden Verhältnisse sind sie so zu sagen blind. Aus demselben Grunde meinen sie auch, man könne, was geschehen ist, wieder zurückdekretieren und dem Weg der Verkehrsgesittung durch irgend ein ökumenisches Konzil der Nationen seine Bahnen vorschreiben.

Das Vorbild gelehrter Historiker, welche die verschiedenen Rassen vor ihr Totengericht laden — die Germanen zum Leben

rufend, die Romanen zum Untergang verdammend — hat nichts Verführerisches. Doch muss es immerhin gestattet sein, gewisse vorherrschende Züge im Charakter ganzer Nationalitätsgruppen zu erkennen. Die Anschauung, welche im Aufbau der menschlichen Gesellschaft mit Vorliebe das Überlegte, Gewollte, Gemachte wahrnimmt und daher auch durchsetzen zu sollen vermeint, ist dem französierten Geiste eigentümlich und übt deswegen den grössten Reiz auf diejenigen anderen Nationen aus, welche den Spuren des französischen Geistes gerne folgen. Es verdient nicht unbemerkt zu bleiben, dass die Idee einer auf künstlichem Übereinkommen basierten Weltmünze von Paris aus gerade durch einen französierten Polen und einen französierten Italiener am eifrigsten umhergetragen worden. Dass dieselbe Idee nunmehr auch in Wien einen neuen Vorkämpfer gefunden, dass auch Stimmen in den Niederlanden sich dafür erheben, wollen wir weniger auf dieselbe Bewandtnis zurückführen als auf das natürliche Verlangen, für ernste Verlegenheiten einen Haltepunkt in mächtigen Verbündeten zu suchen. Nicht so sehr wie Österreich durch seine Finanzlage überhaupt, aber immerhin noch sehr fühlbar ist den Niederlanden durch ihre ausschliesslich in Silber zahlenden Kolonien der Übergang zu gesunder Münzverfassung erschwert.

Was Nordamerika betrifft, so spielen hier andere Dinge mit. Giebt es da schon längst die Partei der sogenannten Inflationisten, welche für Papiergeld schwärmen, mit dem Wahlspruch: „Je mehr, d. h. je schlechteres Geld, desto besser", so schuf die Entdeckung der grossen Silberminen des Westens ein neues Interesse, welches nun für das Silbergeld eintritt und als ein Mittelding zwischen der frivolen Papierwährung und der strengen Goldwährung die Gleichberechtigung der beiden Metalle durchzusetzen bemüht ist. Aber wie mundgerecht es immer den Interessierten gelingen möge, ihre Vorschläge zuzubereiten, erst im Moment der letzten Fertigstellung wird die ganze Schwierigkeit der Sache sich geltend machen. Schon jetzt heisst es, man wolle nicht das alte gegenseitige Wertverhältnis des Goldes zum Silber (in Nordamerika 15,99 zu 1), sondern ein neues der Wertverminderung des Silbers entsprechendes der neuen Doppelwährung zu Grunde legen. Aber eben da man sich anschickte, hier eine bestimmte Zahl auszusprechen, würde

klar werden, dass man damit nichts anderes thäte, als dem Zustande eines vorübergehenden Augenblicks eine für alle Zeiten bindende Formel zu entlehnen. Denn wer bürgt, nach allen Schwankungen, denen wir seit fünf Jahren beigewohnt, dafür, dass gerade das am Tage des Gesetzes geltende Wertverhältnis auch das der Zukunft sein werde? Und ist es dies nicht, warum gerade die eine Zahl nehmen und nicht jede beliebige andere? Man wird umsomehr vor Feststellung eines neuen Wertverhältnisses zurückschrecken, als die europäischen Doppelwährungsstaaten ihrerseits noch gar nicht daran denken, solche neue Wertansätze einzuführen. Sollte sich nun gar die eben auftauchende Nachricht bestätigen, dass im alten Wunderlande Potosi nach deutlichen Anzeichen neue Schätze aufgefunden worden, und dem Silbermarkt ein neuer gewaltiger Zuschuss bevorsteht, so wird auch Nordamerika sich zweimal besinnen, ehe es den *Salto mortale* zurück in die Silberwährung unternimmt. Denn — und das ist das grosse entscheidende Wort, das regelmässig überhört wird — nicht im Mehr des Silbers oder im Weniger des Goldes, das heute oder morgen ins Land strömt, liegt die Ursache, welche der Gleichberechtigung des Silbers ein Ende gemacht hat, sondern in der Thatsache der immer kürzer und heftiger gewordenen Schwankungen des ehemals festen Wertverhältnisses. Dieses ist zerstört auf unberechenbare Zeit. Sie ist dahin, die schöne Eintracht, in der beide Metalle in gegenseitigem Vertrauen friedvoll nebeneinander und miteinander lebten; sie ist zerstört die schöne Welt; kein Hexenmeister kann sie wieder heraufbeschwören; und wie herrlich immer man uns die messianischen Zeiten male, in denen das Lamm weiden werde neben dem Tiger: jeder Versuch, die beiden Metalle im festen, dauernden, gleichberechtigten Wertverhältnis nebeneinander einzusetzen, muss zu Schanden werden und kann nur damit enden, dass das eine dem anderen zum Opfer fällt.

Zweiter Teil.

(1879—1899.)

X.

Rede über die Einstellung der Silberverkäufe

(Juni 1879).

Rede über die Einstellung der Silberverkäufe,

gehalten im Reichstag am 19. Juni 1879.

(Vergl. Einleitung S. 99 ff.)

Meine Herren, ich danke zunächst den Herren Kollegen, welche durch ihre Zustimmung mich in den Stand gesetzt haben, in dieser Sache das Wort zu nehmen, und ich hoffe, sie werden auch sofort sehen, wenn sie selbst mit allem, was ich ihnen vorher angedeutet hatte, einverstanden waren, dass sie es nicht bereuen werden. Es war durchaus nicht die Absicht dieser Interpellanten und speziell nicht die meinige, eine Besprechung der Interpellation heute herbeizuführen, und ich bedaure, dass der Herr Präsident der Reichsbank nicht zuerst erlaubt hat, dass die Interpellanten sich hier erklärten, ehe er die meines Erachtens wenigstens für die Interpellanten ganz entbehrliche Auseinandersetzung über den Stand der Silberverkäufe gab.

Meine Herren, ich hätte nicht gesprochen, wenn nicht die Rede des Herrn Reichskanzlers den Vorwurf enthalten und mit besonderem Nachdruck wiederholt hätte, dass die Interpellanten, wenn sie einer richtigen Eingebung gefolgt wären, in richtiger Würdigung der Sachlage, den Gegenstand hier nicht zur Sprache gebracht hätten, dass sie versäumt hätten, vorher diejenigen Erkundigungen einzuziehen, welche in solchem Falle üblich sind, und erst zu hören, ob es denn der Reichsregierung respektive dem Herrn Reichskanzler auch passe, den Gegenstand hier zur Erörterung zu bringen. Ich weise diesen Vorwurf als thatsächlich gänzlich unbegründet aufs entschiedenste

zurück (hört, hört! links) und habe dafür die klassischsten Zeugen. Ich kann auf drei Monate zurückgreifen.

Meine Herren, zur Zeit als im Etat hier die Münzposition zur Diskussion stand, erbat ich mir vom Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts eine Audienz und erklärte ihm in dieser Audienz folgendes: Ich hätte gehört, man wolle hier im Reichstag bei Gelegenheit des Etats die Frage anregen, ob nicht an unserer Münzgesetzgebung etwas im Sinne einer Rückkehr zu früheren Verhältnissen zu ändern wäre? Ich glaubte mich verpflichtet, ihn darauf aufmerksam zu machen, dass eine solche Diskussion für die Verkehrsbeziehungen des Landes im höchsten Grade bedauerlich sein würde, und ich bitte ihn, nach Kräften dazu beizutragen, dass der Gegenstand ohne Erörterung bei der Debatte vorübergehe. Ich stellte ihm bei dieser Gelegenheit die Frage, ob ihm etwas von solchen Absichten bewusst sei, und erhielt von ihm die Antwort, dass er seinerseits keine Kenntnis von dergleichen habe. Das Übrige, was an Erklärungen ausgetauscht worden ist, gehört nicht zur Sache. Ich glaubte damals auch verschiedene Freunde, welche zur Münzposition hier sprechen wollten, warnen zu müssen, es nicht zu thun, damit diese gefährliche Seite der Sache nicht angerührt und zu unberechenbaren Dimensionen und Folgen entfesselt werde. Ich glaube, es war zum Theil damals mein Werk, dass die Sache so vorüberging; denn die Herren haben ja die Güte, in diesen Dingen ein wenig auf meinen Rat zu hören.

Seitdem erschienen Artikel in den öffentlichen Blättern, die der Regierung nahe stehen und die oft zu dem benutzt werden, was der Herr Reichskanzler bei einer anderen Gelegenheit einmal seine Kanonenschüsse genannt hat, um anzukündigen, dass eine Schlacht beginnt, und einstweilen die Truppen zu avertieren. In solchen Blättern — ich nenne namentlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — wurde auch die Schädlichkeit der Münzreform erwähnt, und es galt überhaupt als ausgemacht, dass nun, da mit der ganzen Gesetzgebung, die man der nationalliberalen Ära verdanke, aufgeräumt werden solle, notwendig auch die Münzgesetzgebung an die Reihe kommen müsse.

Ich wurde damals schon, auch nachdem eine etwas gelinde Dementierung in dieser Zeitung erschienen war, von den ver-

schiedensten Seiten, und, wie ich ausdrücklich bemerken will, nicht von dieser Seite des Hauses (links) gefragt, ob es nicht dringend notwendig sei, durch eine Interpellation eine Aufklärung über diese wichtige Frage herbeizuführen. Ich antwortete ausnahmslos, dass es mir so undenkbar scheine, die Reichsregierung könne ernstlich mit solchen Plänen umgehen, und auf der anderen Seite die Gefahr so gross, die Sache hier in Gang zu bringen, dass ich mich beharrlich weigere, eine Interpellation zu stellen. Verschiedene Male — es sind mir sehr viele Herren hier im Hause Zeugen — habe ich es abgelehnt, auf diese Dinge einzugehen.

Nun trieb sich die Sache so weiter; in der Presse hörte sie gar nicht auf, namentlich in derjenigen Presse, welche die jetzt herrschende Strömung vertritt. Ich erinnere z. B. an die „Volkswirtschaftliche Korrespondenz", welche ja unter dem Patronat des Herrn von Kardorff steht und die insofern bis jetzt sich sehr prophetisch gezeigt hat, als sie längst die wirtschaftliche Rückkehr verkündet hat, in die wir bereits eingetreten sind. Es verging keine Woche, wo nicht dieses Blatt oder diese Publikation — denn es ist eine litterarische Korrespondenz — Artikel brachte, des Inhalts, dass es ganz entschieden zu erwarten sei, wir würden zu diesem Schritt übergehen, und sie mir persönlich zur besonderen Kenntnisnahme zuschickte. Dergleichen Manifestationen wiederholten sich in einer Reihe gleichgesinnter Blätter. Immerhin verschloss ich mich auch damals noch jeder Zumutung, den Gegenstand zur Sprache zu bringen, bis die vorhin erwähnten öffentlichen Vorgänge in England die Meinung des Publikums und namentlich des handeltreibenden Publikums so stark beeindruckten, dass nicht zu meiner Beruhigung, nicht zur Beruhigung des Hauses, sondern wie der Herr Abgeordnete Delbrück schon erklärt hat, zur Beschwichtigung derjenigen, die sich beunruhigt fühlten ausserhalb des Hauses, eine Reinigung der Atmosphäre hier unaufhaltsam nötig geworden war. (Sehr richtig! links.)

Zunächst muss ich ein Missverständnis beseitigen, auf dem die Erklärung des Herrn Präsidenten der Reichsbank fusst. Der Herr Vertreter der Interpellation, der Abgeordnete Delbrück, hat bereits ausdrücklich gesagt, dass wir nicht im geringsten

uns einmischen in die Frage der Sistierung des Silberverkaufs, dass es sich für uns im Augenblick darum nicht handelt.

Meine Herren, noch viel mehr! Das Wichtigste hätte ich Ihnen beinahe zu sagen vergessen, weil die Thatsachen und Umstände sich so zusammendrängen, dass ich im Augenblick nicht dafür stehen kann, ob ich Ihnen auch nur das Wichtigste sage, was durch die ungerechten Vorwürfe des Herrn Reichskanzlers angeregt worden ist. Als in der vorigen Woche diese Depeschen nach einander eintrafen, und dazu die entsprechenden Berichte in den Zeitungen und die Präokkupation hier im Hause traten; als von den verschiedensten Seiten — und es stehen ja auch die Herren von der anderen Seite, mit denen wir keine politische Gemeinschaft haben, unter der Interpellation — gedrängt wurde, Licht in die Dinge zu bringen, versammelten sich eine Anzahl Mitglieder dieses Hauses, 8 oder 10, die von jeher gewohnt sind, sich mit diesen Dingen zu befassen, und berieten über die Frage, ob eine solche Interpellation zu stellen sei. Das war vergangenen Freitag in einem Fraktionszimmer dieses Hauses. In dieser Privatberatung erklärte ich, dass ich nur dann zur Stellung der Interpellation mich entschliessen könnte, wenn vorher der Regierung Gelegenheit gegeben würde, sich über dieselbe zu erklären, und ich hatte die Mehrheit der Ansichten für mich, es war darüber Meinungsverschiedenheit, es waren andere da, welche glaubten, private Beruhigung würde zur Beschwichtigung der öffentlichen Präokkupation nicht ausreichen — aber die Mehrheit der acht oder zehn Mitglieder des Hauses, die sich mit dem Gegenstande beschäftigt hatten, waren meiner Ansicht, und es wurde Freitags beschlossen, den Herrn Abgeordneten Delbrück als denjenigen, der das Wort eventuell zu führen hatte, zu bitten, das Präsidium des Reichskanzleramts zu benachrichtigen (hört! hört! links), es sei die Absicht, eine solche Interpellation zu stellen, falls uns nicht Zusicherungen gegeben würden, die sie für unsere Überzeugung als entbehrlich erscheinen liesse. Der Herr Abgeordnete Delbrück übernahm die Mission. Am Sonnabend frug ich, ob er Antwort habe; er erklärte mir, der Herr Präsident des Reichskanzleramts habe ihm gesagt, er hätte den Reichskanzler noch nicht sprechen können und vertage seine Antwort auf Montag. Am Montag erhielten wir Bescheid durch den

Herrn Abgeordneten Delbrück, dass ihm die Antwort geworden wäre: es sei zwar die Interpellation nicht willkommen, man werde sie aber beantworten (hört! hört! links) zu unserer Beschwichtigung, dass an der Sache nichts wäre. Von einem Angebot, auf irgend eine Weise diese Beschwichtigung der öffentlichen Meinung herbeizuführen, die wir verlangten, ja davon war mit keiner Silbe die Rede. (Hört! hört! links. Zuruf: Mit Recht!) — Mit Recht? So versetze sich der Herr, welcher mir dies zuruft, doch in die Lage derer, die ausdrücklich von der Regierung über eine die öffentliche Meinung und eine den ganzen Verkehr auf das ernsteste präokkupierende Frage Aufklärung wollen und von ihr eine Antwort bekommen, die keine ist! Da erst waren wir in die Notwendigkeit gestellt, das letzte und äusserste Mittel zu versuchen, das uns übrig blieb, und ich habe beinahe allen Herren gegenüber, die diese Interpellation unterschrieben, mich darüber ausgesprochen, dass wir den aufrichtigen Wunsch hätten, es würde eine einfach ablehnende Erklärung, eine einfach verneinende Erklärung von seiten der Reichsregierung kommen, die jede Diskussion entbehrlich mache. Aber nachdem der Herr Reichskanzler seine Auseinandersetzung mit diesen, wie mir scheint, jetzt vollständig widerlegten Vorwürfen begonnen, den grössten Nachdruck darauf gelegt, gewissermassen die Verantwortung für die Zukunft den Interpellanten zugeschoben hat, kam es mir wesentlich darauf an, klar zu stellen, dass nichts versäumt worden ist in diesen Dingen, und dass, wenn jemand sich nicht bewusst war der Folgen, welche ein unrichtiges Verfahren hier nach sich ziehen könnte, es nicht die Interpellanten gewesen sind, denn sie haben alles gethan, um die Interpellation zu vermeiden.

Wenn nun der Herr Reichskanzler weiter gesagt hat, es sei ja an und für sich gar kein Grund vorhanden, auf solche Gerüchte hin, auch wie sie aus England gekommen seien, sich zu beunruhigen, so muss ich ganz einfach antworten: die Sache ist, folglich kann sie auch sein. Die ganze Welt hat sich mit der Sache beunruhigt, hat sich damit beschäftigt, es giebt keine nennenswerte Zeitung, die den Gegenstand nicht in dem einen oder dem anderen Sinn interpretiert hätte, und wenn der Herr Reichskanzler — ich will einmal davon absehen, ob das vielleicht eine Insinuation gewesen ist, ich glaube, bis jetzt schon

aus Respekt vor dem Herrn Reichskanzler es nicht annehmen zu sollen, zunächst aber auch aus Respekt vor mir und den anderen Herren Interpellanten — wenn er eine Andeutung gemacht hat, als könnten vielleicht Leute, die Silber verkaufen, interessiert sein, die Silberverkäufe nicht sistiert zu sehen, so will ich, wie gesagt, darauf nicht eingehen. Es wäre unter der Würde des Reichstages und meiner Person, dergleichen Konjekturen irgendwie auch nur zu widerlegen; aber etwas anderes muss ich dagegen halten: ich will dem Herrn Reichskanzler sagen, was diejenigen Personen, die mich am meisten drängten, zu interpellieren, mir vorhielten. Sie sagten: hier liegt eine Nachricht von Lord Odo Russel, dem englischen Botschafter in Berlin, vor. Es giebt in Berlin auch einen englischen Generalkonsul. Dieser englische Generalkonsul ist Mitglied des Ausschusses der Reichsbank, und was liegt nun näher, als zu denken, wenn Lord Odo Russel seiner Regierung einen offiziellen Bericht über das, was man in massgebenden finanziellen Kreisen über die Sache denkt, schickt, dass er sich erkundigt haben wird bei seinem Generalkonsul, welcher zugleich Mitglied des Ausschusses der Reichsbank ist? (Hört!) und diese Vermutung wurde damit noch bestätigt, dass die Summen, welche noch vorrätig sein sollen an verfügbarem Silber, nach dem Ermessen der Herren, die darüber eine Meinung zu haben glauben, so ziemlich mit der Wahrheit übereinstimmend sind, — ich weiss das ja nicht. Unter diesen Umständen wird der Herr Reichskanzler wohl finden, dass die Vermutung, Lord Russel habe aus Quellen geschöpft, die nicht ganz gleichgültig seien, nicht so ganz unbegründet war, um so mehr, wenn man wusste, dass die betreffenden Finanzleute, die sich für Autoritäten in diesen Dingen halten, auch von jeher der Meinung waren, Deutschland hätte Unrecht gethan, die Doppelwährung zu verlassen. Natürlich konnten diese Kommentare nicht ausbleiben sie konnten auch nicht verfehlen, auf die Börsen, welche ja von diesen Dingen sofort Akt nehmen und welche ihre Wirkungen weiter tragen, starken Einfluss ausüben nicht bloss in Deutschland, sondern auch im Auslande. Ich habe hier ein belgisches Blatt, welches internationales Organ, unter anderem auch für Metall- und Münzgeschäfte ist, den „*Moniteur des intérêts ma-*

tériels". Dieser bringt folgende kurze Notiz, indem er die Rede Goschens und die Depeschen citiert:

> *D'autre part, disons que parmi les pièces déposées cette semaine sur le bureau du Parlement au sujet de la discussion du budget indien, se trouve une dépêche de Lord Odo Russel, ambassadeur à Berlin, annonçant virtuellement l'intention du gouvernement allemand de revenir au bimétallisme.*

So wurde diese ganze Nachricht mit der entsprechenden Steigerung des „*res crescunt eundo*" *urbi et orbi* mitgeteilt. In der Nationalzeitung in dem ganz geschäftsmässig gehaltenen Börsenbericht vom 16. Juni heisst es in dem Berichte über die Londoner Börse vom 14. Juni:

> Barrensilber, welches bis Donnerstag immer matter geworden war, schnellte am letztgenannten Tage, wo es bis auf $51\frac{1}{2}$ d gesunken war, plötzlich um $\frac{3}{4}$ d in die Höhe, so dass es gegenwärtig auf $52\frac{1}{4}$ d steht, und mexikanische Dollars stiegen von $51\frac{3}{4}$ auf $52\frac{1}{2}$ d. Grund dieses rapiden Steigens war das Bekanntwerden des von Lord Odo Russel erstatteten Berichts über die deutschen Münzverhältnisse und der darin ausgedrückten Ansicht, dass Deutschland möglicherweise bald zu einer Doppelwährung übergehen wird.

Ich glaube, meine Herren, dieser Motivierung für die Berechtigung, nein, ich will nicht sagen für die Berechtigung, für die unabweisbare Notwendigkeit des Schrittes, der uns aufgezwungen worden ist durch die Lage der Dinge, ich glaube mit dieser Motivierung genug gesagt zu haben, ich will nur noch hinzufügen, dass es in dem wörtlichen Text von Odo Russels Depeschen nicht heisst, die Finanzmänner, sondern im allgemeinen Finanzmänner.

> *Lord Odo Russel adds that it is generally believed by financial men in Germany that the German Government are preparing to introduce and adopt the double Standard as in France.*

Meine Herren, ich glaube, Sie werden, wenn Sie auch noch so sehr zu Gunsten des Herrn Reichskanzlers die Präsumtion

erheben, dass er stets im Recht sei, wenn er sich beklagt über die linke Seite, dass Sie, nachdem Sie diese Auseinandersetzungen gehört haben, verstehen werden, dass ich nur aus diesem Grunde das Wort zur Debatte genommen und die Besprechung veranlasst habe. Es war mir leider nicht möglich, bloss im Rahmen einer persönlichen Bemerkung diese Erläuterung, diese Richtigstellung gegen eine vollständig ungerechte Anklage, im eigenen und im Namen meiner Mitinterpellanten zu geben, ich wiederhole aber ausdrücklich, dass ich dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts noch gestern mündlich erklärt habe, es ist uns nicht entfernt in den Sinn gekommen, uns in die Frage der Silberverkäufe einzumischen, am allerwenigsten sie hier im Reichstage zur Debatte zu bringen. Das sind Fragen der Exekution, die nicht bloss für die öffentliche Erörterung sich nicht eignen, sondern für welche die Parlamentsmitglieder gar keine Kompetenz haben. So lange die Münzgesetzgebung noch im Gange war, habe ich ja oft meine Meinung ausgesprochen und mich stets zu der Ansicht bekannt, dass wir rasch das Silber verkaufen müssten, weil ich der Ansicht war, dass es nur bergab gehen könne. Ich hatte damals den Widerspruch von seiten der Reichsregierung zu bekämpfen und ich stehe nicht an zu bekennen, dass namentlich der letzte Herr Finanzminister in dieser Beziehung von falschen Annahmen ausging, die ich stets heftig angegriffen habe, die aber damals massgebend waren, und ich erklärte fortwährend: wer keinen Anteil an der Exekution habe, wäre ein Thor, sich hinein zu mischen in das, was bei Exekutionsmassregeln zu thun sei. Er habe den Schaden davon, wenn er schlecht geraten; hat er gut geraten, so ist es die Regierung, die es gethan hat. Die Regierung muss die ganze Verantwortlichkeit der Exekution tragen und ich habe deswegen nie in diesem Hause seit Jahren mit der Frage mich befasst, ob die Regierung gut thue, Silber weiter zu verkaufen oder nicht. Ich hatte allerdings in früherer Zeit bis vor einem Jahr öfters die Ehre, mit dem Herrn Präsidenten der Reichsbank über diese Frage mich zu unterhalten, und stets das Vergnügen gehabt, dass wir ziemlich derselben Meinung waren in diesen Dingen. Jetzt habe ich mich enthalten, die Unterhaltungen fortzusetzen, weil meine Stellung zur Regierung sich ja verändert hat, und ich bei den Beamten nicht voraussetzen

durfte, dass es ihnen willkommen sei, über amtliche Geschäfte mit Personen, die zwar nicht sehr stark, aber doch immerhin zur Opposition gehören, sich zu unterhalten. Aber das muss ich, da der Herr Präsident der Reichsbank die Sache zur Sprache gebracht hat, hier anführen: die Frage, ob Deutschland eine Einwirkung gehabt hat auf die ungeheure Depression des Silbers, wie wir sie seit Jahren unerhörterweise erleben, ist bekanntlich eine Kontroverse, die hier zu besprechen am allerwenigsten heute jemanden einfallen kann. Aber selbst wenn man der Meinung wäre, dass Deutschlands Silberdemonetisierung diesen Sturz des Silbers herbeigeführt habe, eine Meinung, die nur von äusserst Wenigen und ganz schwach aufrecht erhalten wird, und welche die Thatsachen täglich widerlegen, wenn man dieser Meinung wäre, müsste man unterscheiden zwischen blosser Sistierung von Silberverkäufen und einer Rückkehr zur Silberwährung. Es kann ja ganz gut sein, dass ein momentanes Sistieren von Silberverkäufen auf das Steigen der Preise des Silbers wirkt, und ich hätte es ganz gut begriffen, wenn die Reichsregierung, respektive der Herr Präsident der Reichsbank, welcher die Sache, so weit ich es verfolgen konnte, mit ganz vorzüglicher Sachkenntnis und grosser Aufmerksamkeit bis jetzt dirigiert hat, wenn der ganz im stillen die Silberverkäufe eingestellt und für sich, meinetwegen im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler beschlossen hätte, nun einmal vom Markte wegzubleiben und das Silber steigen zu lassen. Statt dessen, wie wurde die Sache in die Welt gebracht? Zuerst wurde verkündet, dass auf einer politischen Soirée der Herr Reichskanzler den Bankpräsidenten angewiesen habe, er solle in Zukunft die Silberverkäufe sistieren. Meine Herren, das erinnerte wieder stark an den Kanonenschuss, es wurde ausgelegt als Avertissement, dass man gerade die Nachricht in die Oeffentlichkeit bringen wollte. Nicht das blosse Sistieren der Silberverkäufe kann, wenn es bekannt wird, dauernd wirken. Ich will der grossen Sachkenntnis des Herrn Bankpräsidenten nicht widersprechen, ich glaube aber nicht, wenn er sich selbst genau sondiert, dass er dabei stehen bleiben wird, zu behaupten, dass die blosse Thatsache der Sistierung der Verkäufe ohne einen Beschluss auch weniger Silber für alle Zukunft zu verkaufen, dass eine solche blosse Suspendierung auf den Markt einwirken wird? Ich glaube auch,

dass es durchaus in dieser grossen Operation nicht die richtige Politik ist, anzunehmen, man könne die öffentliche Meinung und die sehr scharfsinnigen Mitinteressenten in diesen Dingen durch falsche Manöver überlisten, wenn man es auch für erlaubt hielte, solche Manöver zu machen. So klug wie wir, sind die Herren auf dem amerikanischen, englischen und indischen Silbermarkte auch, wichtig für sie ist die Entscheidung nur, wenn sie die Bedeutung haben kann, die ihr die öffentliche Meinung unterlegt hat. Nun würde ich ja mit der grössten Freude heute eine Erklärung des Reichskanzlers entgegengenommen haben, dass er der Ansicht wäre, es läge kein Grund zu einer Beunruhigung in dem Sinne vor, dass eine Absicht vorwalte, zu etwas wie eine grundsätzliche Veränderung unseres Münzgesetzes überzugehen, und ich will hier gleich einfliessen lassen, dass der prozessualische Einwand, dass das Wort „Regierung" bei der Interpellation gebraucht worden sei, mich sehr wenig unglücklich gemacht hat. Zunächst ist durch einen *lapsus* das Wort „Reichs" weggeblieben und sollte heissen „Reichsregierung", aber das ist jedem klar, dass gemeint ist, auch wenn es geheissen hätte, „die verbündeten Regierungen", „der Herr Reichskanzler". Hätten wir eine aufrichtige den Thatsachen entsprechende Sprache sprechen dürfen, so hätten wir gesagt: beabsichtigt der Herr Reichskanzler etwas an der Münzgesetzgebung zu ändern? Denn, ohne den verbündeten Regierungen oder dem Hause zu nahe treten zu wollen, ich glaube, es sind doch geschichtliche Erfahrungen in der neuesten Zeit genug gemacht worden, welche zeigen, wie ausserordentlich wichtig es ist, wenn der Herr Reichskanzler sich schon klar darüber geworden ist, dass er etwas will, und ganz abgesehen davon, ob er im stande gewesen wäre, die verbündeten Regierungen und den Reichstag zu seiner Meinung zu bekehren, meine Herren, so hätte das blosse Bekanntwerden seiner persönlichen Absicht schon genügt, um dieselbe durch den organischen Gang der Dinge in der Welt zur Wahrheit zu machen, denn sowie die Welt erfahren hätte, der Herr Reichskanzler, den sie draussen noch viel mehr als in Deutschland als die Omnipotenz für Deutschland betrachten, — ich sage das nicht in dem Ton eines Vorwurfs gegen den Herrn Reichskanzler; wenn ein Vorwurf darin läge, so wäre er höchstens gegen die Nation ge-

richtet, nicht gegen den, dem eine solche Macht von der Nation zugetragen wird, und der sie menschlich nach bestem Wissen und Gewissen anwendet und ausnutzt; es ist das absolut kein Sarkasmus, es ist rein die Konstatierung der Thatsache; die Welt sieht den Fürsten Bismarck für den an, der omnipotent über Deutschlands Geschicke verfügt, und wie gesagt, ich sage das nicht mit dem leisesten Ton einer Ironie gegen den Herrn Reichskanzler; ich sage, wenn die Welt das erfahren hätte, dass der Herr Reichskanzler die Absicht hat, Deutschland zur Silber- oder Doppelwährung zurückzuführen, so würde sie den nächsten Tag gesagt haben: folglich bekommt Deutschland die Doppel- oder Silberwährung, und eine Reihe deutscher Blätter hätte Hosianna angeschlagen und erklärt: nun kann auch nicht mehr der geringste Zweifel herrschen. Was ich in der Stille meines Herzens gedacht hätte, gehört hier nicht zur Sache.

Was wäre dann aber die Folge gewesen? Sofort hätte das Ausland sich gerüstet, sich auf die neue Sachlage einzurichten; er hätte alles, was es von Deutschland zu fordern hat, in der Furcht, dass im entwerteten Gelde in Zukunft gezahlt werde, zurückgezogen; es wäre ein Rennen auf die Bank gekommen und auf die einzelnen Banken, um das Geld herauszuziehen, und wir hätten, ehe die Massregel beschlossen oder beantragt worden wäre, faktisch einen solchen Zustand gehabt, welcher dazu genötigt hätte, aus Not schon zu dieser verzweifelten Massregel zu greifen.

Aus diesen Gründen war es wahrlich sehr angezeigt, jeden Verdacht dieser Art aus der Welt zu entfernen und namentlich dem Herrn Reichskanzler Gelegenheit zu geben, hier so, dass es die Welt hören konnte, zu erklären, dass etwas dergleichen ihm nicht in den Sinn komme. Nun bin ich ausserordentlich geneigt und wünsche aufs lebhafteste gerade diesen Sinn seiner Erklärung aufs stärkste auszunutzen und zu betonen. Ich darf aber, da man ja in öffentlichen Dingen unnötig Versteckens spielt, auch nicht verbergen, dass die, welche seine Erklärung lesen werden, an einem kurzen Satze Anstoss nehmen werden, und ich möchte nun, da doch einmal die Dinge so gekommen sind, und er wünscht, es möchte die Sachlage aus dem heutigen Meinungsaustausch möglichst ungeschädigt hervorgehen, so möchte ich ihm Gelegenheit geben, auch diesen Zweifel hier

in einer weiteren Äusserung zu beseitigen. Er hat nämlich gesagt, es könne ja die Frage entstehen, ob nicht betreffs des Silbervorrats noch eine andere Verfügung Platz greifen müsse, welche uns von einem Teile des Verlustes, der uns auf andere Weise bedroht, befreien könnte. Ich habe es nicht deutlich, nicht wörtlich im Kopfe, aber ich habe so den Sinn verstanden, dass, wenn wir noch länger beisammen bleiben wollen, er uns eine Massregel vorschlüge, vielleicht auch nur sich autorisieren zu lassen, gesetzlich die Silberverkäufe zu sistieren, so war, glaube ich, wenn ich mich richtig erinnere, der Sinn des Satzes: er werde uns entweder in dieser oder der nächsten Session in die Lage versetzen, unsere Zustimmung dazu zu geben, dass die Silberverkäufe sistiert würden. Ich weiss nicht, ob die Reichsregierung in der Lage ist, das von uns zu verlangen. Ich habe es meinesteils an und für sich nicht für nötig gehalten, dass die Reichsregierung sich dazu autorisieren lasse. Es ist im Reichsgesetze gar kein Termin gestellt für die Durchführung der Silberverkäufe. Die Reichsregierung ist auch von denen, die sich an der Durchführung der Münzreform interessieren, bis jetzt in offizieller Weise nie belästigt oder gedrängt worden, hier einen Termin zu setzen, und es ist deswegen etwas auffällig, dass von einer Massregel gesprochen wird, die ihrerseits auch wieder fälschlich interpretiert werden könnte, als beabsichtige man etwas weiteres damit vorzubereiten. Ich hoffe, dass diese Zweifel, die ich absichtlich angeregt habe, damit sie widerlegt werden, durch diese Debatte auch beseitigt werden.

Dann habe ich nur noch hinzuzusetzen, dass jede Abfertigung, die der Herr Reichskanzler den Interpellanten hätte zu teil werden lassen, um ihnen zu sagen: wie könnt ihr so thöricht sein zu glauben, Deutschland denke unter den jetzigen Umständen an eine Abschaffung der Goldwährung im Prinzip, — eine jede Abfertigung wäre mir willkommen gewesen, sie hätte nicht scharf genug gefasst sein können; und wenn der Herr Reichskanzler hier gesagt hätte: ich erkläre die drei Leute für wahrhaft lächerlich, weil sie es für nötig halten, eine solche Interpellation zu stellen, so hätte ich mit dem grössten Danke eine solche Erklärung entgegengenommen (grosse Heiterkeit), besser und beruhigender hätte es gar nicht ausfallen können. Ich habe etwas derart gewünscht. Denn, meine

Herren, das ist wahr, und ich darf es ja doch sagen jetzt, wo der Herr Reichskanzler von sich und seinen Verbündeten den Gedanken fern abgewiesen hat, dass er an eine wirkliche Änderung unseres Münzgesetzes denke, jetzt darf ich ja, ohne jemandem zu nahe zu treten, sagen: es wäre in der That ein wahrer Abderitenstreich, unter den heutigen Umständen an eine derartige Änderung zu denken, und es wäre zugleich die grösste Frivolität. Denn, meine Herren, wie stehen denn die Dinge in der Welt jetzt? Kein civilisiertes Land mehr hat die Doppelwährung (oho! rechts), nicht ein einziges in der Welt! Ja, wenn die Herren Münzkenner, die jetzt oho schreien, mich widerlegen wollen, ich werde mich gern belehren lassen, ich kann ihnen aber die Aktenstücke der letzten Pariser Konferenz vorlegen, in welchen es sogar konstatiert ist, wenn sie mir nicht glauben wollen. Ich sage: die Silberwährung besteht faktisch und gesetzlich in keinem civilisierten Lande, zunächst in ganz Europa gar nicht, dann in Nordamerika auch nicht, weil die Ausmünzung beschränkt ist auf eine bestimmte Anzahl von Dollars, gerade wie bei uns sie total sistiert ist, nur nach verminderten Zahlenverhältnissen. Die einzigen Staaten, die etwas der Art haben, das sind die kleinen Abenteurerstaaten in Centralamerika, und da ist es nicht einmal in Form einer wirklichen Gesetzgebung vorhanden. Und, meine Herren, nicht bloss das: alle Staaten sind in einer weniger glücklichen Lage wie Deutschland. Wir haben die 300, ich will einmal sagen 350, wenn man es hoch greift 400 Millionen Mark, von denen die Rede ist, vielleicht noch zu verkaufen, wenn nicht auch eine kleine Veränderung gemacht wird, die ja im Laufe der Dinge und Zeiten ganz wohl angebracht sein kann, gegen die ich mich im Prinzip von vornherein gar nicht zu erklären für nötig halte, aber, meine Herren, was will das heissen gegen die anderen Länder, gegen England, das in den schwersten Verlegenheiten ist wegen seines Budgets für Indien und das auf uns drückt und uns beständig herauslocken will, noch etwas an unserer Währung zu machen, weil es seinen Interessen dient. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, Holland ist ganz in derselben Lage, musste auch seine Münzgesetzgebung sistieren. Der ganze lateinische Bund, der bis zum vorigen Jahre 1878 auf fünfzehn Jahre ab-

geschlossen war, meine Herren, was hat er denn gethan? Er hat sich mit Hängen und Würgen auf sechs Jahre verlängert unter der ausdrücklichen Bedingung, dass alle Staaten sich verpflichteten, keine neuen Silbermünzen während dieser sechs Jahre zu prägen, und es soll der Widerspruch eines einzigen Staates genügen, um dieses Verbot aufrecht zu erhalten. Wenden wir uns nach Österreich, meine Herren, wie sind denn die Sachen in Österreich? In Österreich ist es soweit gekommen, dass das Papier dem Silber entschieden vorgezogen wird, und dass der österreichische Finanzminister in dem österreichischen Reichsrat erklärt hat, er habe die Silberausprägung inhibiert, damit nicht ein Agio des Papiers auf Kosten des Silbers herbeigeführt werde. Meine Herren, so steht es in Österreich, dass das Papier, das an und für sich nichts wert ist, im Kurse höher steht wie Silber, ganz einfach aus dem Grund, weil das Papier seiner Zahl nach beschränkt ist und deswegen im Verhältnis zu dem Geldbedürfnis steigen kann, während das Silber wegen seiner ewigen Depreziation immer nachgeliefert werden kann, und kein Strich gezogen ist, unter den es nicht zurückkommen kann, so dass die Staaten, die die einfache Goldwährung verlassen wollten, in der That besser thäten, zur Papierwährung überzugehen, als heute zur Silberwährung überzugehen, die sie in der Ausnutzung gar nicht mehr in der Hand haben. Der Zufall wollte, dass gerade am gestrigen Abend, am Vorabend unserer heutigen Diskussion mir noch ein Aktenstück durch die Güte des Verfassers zugeschickt worden ist, das hier die Herren aus dem Centrum auch ein wenig beachten werden; es ist von einem der grössten Kenner des Münz- und Finanzwesens in Europa, aber einer Ihrer tapfersten und besten Gesinnungsgenossen, meine Herren vom Centrum, das ist der ehemalige Minister Malou in Belgien, der durch die neue Ära aus seinem langjährigen Präsidium verdrängt worden ist und bis dahin die Finanzen Belgiens geführt hat. Herr Malou ist auch ein Anhänger der Doppelwährung, er hat sie in der lateinischen Münzkonvention beständig vertreten, und nun hat er erst im April dieses Jahres eine historische Notiz über die deutsche Münzreform herausgegeben, die mir gestern Abend durch seine Güte zugegangen ist. Er sagt am Schluss derselben:

> Es scheint mir vollständig bewiesen, dass die deutsche Münzreform zugleich notwendig war und dass sie opportun war. Diese weitgreifende Operation ist ausgezeichnet kombiniert und nicht weniger gut geführt worden. Sie war klug aufgefasst, sowohl in der Beziehung auf ihre finanzmässigen Resultate als in den thatsächlichen Änderungen.

Und dann sagt er am Schluss:

> Selbst wenn ein grosses Defizit herausgekommen wäre, so war die finanzielle Reform so sehr geboten (*tellement impérieuse*), dass man keinen Grund gehabt hätte, sie nicht durchzuführen.

Das sagt Herr Malou, ein entschiedener Gegner meiner Ansichten, der Ansichten, die von der Reichsregierung vertreten waren, als wir die Goldwährung einführten, und ich kenne wirklich nur wenige originelle Köpfe unter den eigentlichen Sachverständigen, die behaupten, Deutschland wäre jetzt wohlberaten, wenn es irgendwie den Gedanken fassen könnte, an seiner Münzgesetzgebung zu rühren.

Ich hoffe, der Herr Reichskanzler wird das auch bestätigen und mich, da er es noch nicht gethan hat, nachträglich auslachen, dass ich die Interpellation für nötig hielt.

XI.

Rede gegen den Bimetallismus

(März 1885).

Rede gegen den Bimetallismus,

gehalten im Reichstag am 6. März 1885.

(Vergl. Einleitung S. 137 ff.)

Meine Herren, ich bin zunächst dem Herrn Abgeordneten von Kardorff dankbar für die ruhige und sachliche Auseinandersetzung, mit der er uns seine Gedanken vorgetragen hat; ich bin ihm aber auch namentlich dankbar für eine Thatsache, dass er nämlich zwei Stunden gesprochen hat; das ist ein Vorwurf, der mir manchmal gemacht wird (Heiterkeit), und ich freue mich, nun in diesem altgewohnten Gegner auch darin einen Verbündeten gefunden zu haben, wie ich ihn selbst an einigen Stellen seiner eben gehaltenen Rede zu finden das Vergnügen hatte.

Aber ich bin auch weit entfernt, ihm den Vorwurf entgegenzuschleudern, der mir in solchen Fällen manchmal gemacht wird; ich bin ganz mit ihm einverstanden, dass die eminente Wichtigkeit der Frage, die uns heute beschäftigt, jeden Anspruch an die Geduld rechtfertigt, jedes eingehende Prüfen der grossen Entscheidung, die, wenn auch nicht heute getroffen wird, doch die Folge sein kann von dem, was heute geschieht.

Eigentlich hätte ich vorgezogen, statt des Dialogs, zu dem mich die Rede des Herrn von Kardorff herausfordert, — denn die Herren werden mir zugeben, dass es eigentlich die Form einer Ansprache an mich war, auf die ich ihm zu erwidern jetzt berufen bin, — dass statt dessen ich eine Auseinandersetzung auch mit den verbündeten Regierungen über die Frage zu halten Veranlassung gefunden hätte; aber ich begnüge mich

gern unter den obwaltenden Umständen mit dem, was wir soeben vom Regierungstische gehört haben, denn es begegnet sich in den Hauptpunkten diese Äusserung nach der heutigen Situation vollständig mit meinen eigenen Anschauungen, nämlich darin, dass es frevelhaft wäre, eine Beunruhigung über die Haltbarkeit unserer Geldzustände in das In- und Ausland zu werfen. Und weil ich davon durchdrungen bin, gerade wie der Herr Vertreter der verbündeten Regierungen, dass wir vor allem eine solche Kalamität von unabsehbar nachteiligen Wirkungen fern zu halten haben, deswegen, meine Herren, richte ich von vornherein an Sie die Bitte, wohl zu prüfen, ob Sie aus allgemeinen Parteirücksichten, aus einem gewissen Instinkt, aus Liebhaberei, aus Neigung, aus altgewohntem Vorurteil — man liebt ja nichts so sehr wie sein Vorurteil — zustimmen sollen zu der Resolution, die Ihnen heute unterbreitet wird.

Betrachten Sie das nicht als eine gleichgültige Sache, sehen Sie es an als ein Ereignis, dem das In- und Ausland die grösste Aufmerksamkeit schenkt, und bedenken Sie, dass, wenn die Entscheidung auch gar keine gesetzgeberische Folge haben kann und haben wird, wenn auch die Reichsregierung ihr ganz kühl gegenübersteht, wie ich hoffe, und wie ich auf Grund ihrer früheren Erklärung anzunehmen berechtigt bin, — Sie doch durch eine Resolution dieser Art, wie sie Ihnen jetzt nahe gelegt wird, in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl dem Inland wie dem Ausland gegenüber eine Beunruhigung bringen werden oder bringen können, welche von verhängnisvollen Wirkungen begleitet sein möchte. Ich weiss wohl, dass man ja im ganzen darauf vorbereitet sein muss, bei Abstimmungen vorgefassten Meinungen zu begegnen, und dass jeder Appell an die Kraft prüfender Argumente etwas unschuldsvoll und naiv klingt. Ich verzichte aber dennoch, unter der schweren Verantwortung, die unter diesen Umständen auf dem Reichstag ruht, nicht auf die Hoffnung, dass der eine oder der andere von Ihnen, wenn wir zur Abstimmung über diese Resolution kommen werden, es sich wohl überlegen werde, ob er sie unterstützen wolle oder nicht.

Meine Herren, der deutsche Bimetallismus — ich bediene mich absichtlich dieser abstrakten Form, um jede persönliche Empfindlichkeit von vornherein zu beseitigen — der deutsche

Bimetallismus als ein Ganzes und als Träger einer Tendenz hat von jeher reichlich gelebt von Unglücksprophezeihungen; ich kenne gar kein Geschäft, sei es Todtengräber oder Arzt oder Glaser, der auf zerbrochene Scheiben rechnet, ich kenne kein Geschäft, das so sehr auf die Unglücksspekulationen basiert ist, wie der deutsche Bimetallismus. (Heiterkeit.) Seitdem wir ihn kennen, hat er von Jahr zu Jahr uns immer vorausgesagt: wir würden untergehen, die Welt würde untergehen, es würde alles in Stücke zersplittern, wenn wir nicht zur Doppelwährung umkehrten — ich kann nicht sagen „zurückkehrten", denn selbst Herr von Kardorff hat sich vorhin gehütet zu sagen, wir hätten früher die Doppelwährung in Deutschland gehabt, wir haben die Silberwährung gehabt; wir haben nie den Grundsatz der einfachen Währung preisgegeben. Bei der Entscheidung 1873 hatten wir uns also zu fragen, ob wir Silber- oder Goldwährung haben wollten. — Ich sage, jene Unglücksprophezeihungen haben uns stets begleitet, oder vielmehr sie haben die deutsche Goldwährung auf ihrem Wege so begleitet, wie die bekannte Geschichte von jenem Engländer erzählt, der mit der Menagerie van Aken, glaube ich, reiste, Jahr aus, Jahr ein, weil er immer den schönen Moment zu erleben hoffte, wo der Löwe dem Tierbändiger den Kopf abbeissen würde. In ähnlicher Weise ist der deutsche Bimetallismus immer mit unserer Münzwährung gereist, um endlich einmal diese Katastrophe zu erleben. Das Ungetüm, welches ihm diesen Dienst leisten sollte, der alles in Verwirrung und Verzweiflung bringen würde, war die Aufhebung der amerikanischen Blandbill. — Da ich nicht voraussetzen darf, dass, so oft auch derartige technische Formeln hier gebraucht werden, die grosse Mehrzahl unserer verehrten Kollegen mit diesen Dingen vertraut ist, so muss ich ein paar Worte zur Erklärung dieses Terminus hier einfügen.

Im Jahre 1878 haben es die Interessenten an der amerikanischen Silberproduktion durchgesetzt — und darin wird auch wohl Herr von Kardorff mir nicht widersprechen, dass das eine Interessentenfrage war — durchgesetzt, dass die Vereinigten Staaten ein Gesetz erliessen, wonach die Münzanstalt dieser Staaten gezwungen ist, allmonatlich die Summe von 2 Millionen Minimum und 4 Millionen Maximum, also als Minimum jährlich

24 Millionen Dollars oder beiläufig 100 Millionen Mark an Silber zwangsweise auszuprägen, ob nun Bedürfniss danach besteht oder nicht.

Auf diese Absorption des ehemals vierten Teiles, heute des fünften Teiles der Weltsilberproduktion beruht die Blandbill, und der Gedanke, dass mit Beseitigung, Wiederaufhebung dieser Blandbill eine Kalamität auf dem Silbermarkt hereinbrechen würde, welche in ganz Europa, namentlich auch in Deutschland zu grossen Verwirrungen führen würde, — das hat bis jetzt wesentlich die Polemik derer unterhalten, welche uns bedrohten mit dem Untergang unserer Goldwährung. Jahr aus, Jahr ein, bei jedem in Washington neu zusammentretenden Kongress stellte man sich die Frage, ob nun die Blandbill werde aufgehoben werden oder nicht; und in den schriftstellerischen Arbeiten unserer Gegner finden Sie immer die Hinweisung darauf: wartet nur, der Moment, die deutsche Goldwährung in Nöten zu bringen, wird dann eintreten, wenn die Blandbill aufgehoben, wenn die Silberausprägung in Amerika eingestellt wird.

Dieser Moment schien nun bei dem Antritt des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten endlich gekommen zu sein, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich das erneute aktive Vorgehen unserer Bimetallisten gegen die deutsche Goldwährung damit zusammenbringe, dass sie darauf rechneten, es würde jetzt die Blandbill aufgehoben werden, und das sei, wie man sich damals bei der Belagerung von Paris ausgedrückt hat, der psychologische Moment, uns mit einer Veränderung unserer Münzwährung zu kommen.

Es scheint nun nach den neuesten Nachrichten, dass sie sich in dieser Voraussetzung getäuscht haben; und warum sie sich darin getäuscht haben, erkläre ich mir auch ganz gut; denn die Silberinteressenten selbst in Amerika, die, wenn die Bimetallisten Recht hätten, sehr klug daran thäten die Blandbill aufzuheben, um dadurch die Katastrophe herbeizuführen, aus der der neue Bimetallismus in der ganzen Welt wiedererstehen soll, — die haben nach den neuesten Nachrichten es wieder dahin gebracht, dass die Massregel der Suspendierung nicht ergriffen wird, dass die Silberprägung in Amerika weitergeht. Warum haben sie das gethan? Weil sie uns nicht die

Thorheit zutrauen, dass wir, auch wenn sie die Blandbill aufheben, deswegen unsere Goldwährung fallen lassen; sie haben viel mehr Vertrauen zu unserem Verstand, als unsere bimetallistischen Gegner haben. (Oho! rechts.) Denn, meine Herren, die Amerikaner, die sehr scharf urteilen in solchen Dingen, wissen sehr gut, wie viel besser wir daran sind mit unserer eingestellten Silberprägung, als sie mit der noch fortlaufenden und sie wissen sehr gut, dass wir der paar hundert Millionen Mark Silber wegen, die wir noch zu viel haben — auf die ich im Lauf der Dinge noch zurückkommen werde —, nicht den kolossalen Sprung ins Dunkle machen würden, aus einer festen und soliden, in der ganzen Welt akkreditierten Währung in eine allen Erschütterungen preisgegebene überzugehen.

Nun, meine Herren, da alle die Unglücksprophezeiungen, welche uns seit Jahren vorgehalten sind, nicht eingetroffen sind, da, wie Herr von Kardorff selbst zugiebt, auch die Prophezeiung nicht eingetroffen ist, Italiens Übergang zur Wiederaufnahme der Barzahlung würde schon die grössten Verlegenheiten in Europa hervorrufen, er schreibt das bloss der Existenz eines guten Finanzministers zu — ich glaube, ein guter Finanzminister ist allerdings dazu nötig, aber auch der beste Finanzminister kann aus Häckerling nicht Gold machen, ein solcher würde auch Magliani nicht gewesen sein, — ich sage, da alle diese Prophezeiungen nicht eingetroffen sind, fängt man jetzt von neuem an, künftiges Unglück zu prophezeien, indem man die Unhaltbarkeit unserer Geldverhältnisse auf theoretische Weise zu beweisen sucht gegenüber einem faktischen Zustand der Dinge, der, wie ich kühnlich hier zu behaupten wage, unanfechtbar ist. Meine Herren, sehen Sie doch auf unsere Geldverhältnisse: wo ist denn ein Land, welches sich eines ruhigeren, geordneteren, weniger allen möglichen Peripetien ausgesetzten Geldverkehrs erfreut als Deutschland? Unser öffentlicher Kredit steht so hoch, wie er nur je gestanden hat, und ist noch in fortwährendem Aufschwung begriffen; kein Mensch, wenn es nicht den Herren Bimetallisten gelingen sollte, einen Alarm hervorzurufen — kein Mensch denkt daran, seinen Forderungen in Deutschland von aussen her zu misstrauen, weil sie nicht in gutem Gelde bezahlt werden könnten, und niemand bei uns denkt daran, Misstrauen gegen seine Schuldner zu hegen, Miss-

trauen in seinen Besitz zu hegen, weil der Wert des Geldes sich ändern möchte. Der Zinsfuss ist so niedrig, wie er bei den zivilisierten Nationen in diesem Jahrhundert im Durchschnitt überhaupt nur gewesen ist. Meine Herren, diejenigen von Ihnen, die sich etwas älterer Zeit erinnern, brauche ich ja nur darauf aufmerksam zu machen, dass man in früheren Zeitläuften den Zinsfuss von 5 Prozent als den normalen ansah, dass jeder Mensch, der sich ein gewisses Kapital erspart oder etwas geerbt hatte, seine Rente danach berechnete, dass er den zwanzigsten Teil davon ungefähr als Einkommen hatte und dass er es als zu 5 Prozent sich interessierend ansehen konnte. Heute ist das bekanntlich dahin geändert, dass nicht einmal mehr der Zinsfuss von 4 Prozent als sichere Einnahmequelle gilt, und dass derjenige, welcher eine ganz unzweifelhafte Geldanlage machen will, schon unter den Zinsfuss von 4 Prozent herabzugehen sich bequemen muss.

Meine Herren, man mag darüber diskutieren wie man will: ein deutlicheres und unanfechtbareres Kriterium befriedigender Geldverhältnisse besteht nicht, als wenn zugleich mit einer metallischen Währung, die im Auslande zahlungsfähig ist, im Inlande ein konstanter niedriger Zinsfuss besteht. Auch die Angriffe, die wegen häufigen Wechsels des Zinsfusses gegen unsere Währung früher gerichtet worden sind, müssen verstummen. Wir haben in den letzten zwei Jahren erlebt, dass die Reichsbank immer unverändert auf dem Fuss von 4 Prozent stehen bleiben konnte und dass der aktive, wirkliche, im Leben herrschende Zinsfuss zum Teil noch bedeutend niedriger war als dieser Satz. In Verbindung damit, wie der Herr Vertreter der verbündeten Regierungen gesagt hat, haben wir erlebt, dass unser bares Zahlungsgeld, worunter ich allein das Gold verstehe, niemals in erheblicher Weise ins Ausland geflossen ist; und dafür haben wir ein ganz untrügliches Kennzeichen in dem Wechselkurs.

Der Kurs der Wechsel auf auswärtige Plätze giebt ja, meine Herren, mit der Exaktitüde eines Thermometers die Stelle an, wo es möglich ist, dass unser bares Metall ins Ausland fliessen kann und fliessen muss; und wenn Sie diesen Wechselkurs in den letzten Jahren verfolgen oder von einem Sachkenner verfolgen lassen, so wird Ihnen der Bescheid zu teil werden,

dass er niemals oder nur ganz vorübergehend, wie dies überall in der Welt mal geschieht, an die Stelle gekommen ist, wo unser Metall auswandert.

Ich frage Sie, meine Herren: wo ist unter solchen normalen Zuständen der Zwang, irgend etwas an dem Bestande der Dinge zu ändern, daran zu rütteln — auf Grund von Ideen? Ich weiss ja sehr gut, dass jeder seine Idee für die richtige hält, und ich will die meinige nicht als mehr berechtigte meinem Gegner gegenüber hinstellen, als er die seinige. Aber, meine Herren, Sie werden mir zugeben, selbst nach der Rede, die Herr von Kardorff gehalten hat, und in der alles zusammengetragen war, was dazu geeignet sein könnte, Sie günstig für seine Sache zu stimmen, — nach der Rede werden Sie mir zugeben: Sie haben es bloss mit Plausibilitäten im besten Falle zu thun; Sie haben es zu thun mit einer Menge künstlich auf die Spitze gestellter Probleme, von denen man behauptet, wenn dies und das einträte, würde dies und jenes die Folge sein; und die Faktoren, mit denen Sie hier rechnen, sind so ungeheuer weittragender Art, sie greifen so tief in alle Verhältnisse der ganzen Weltbewegung ein, dass die Wahrscheinlichkeit, sich darin zu irren, im besten Falle eine unendlich viel grössere ist, als die Wahrscheinlichkeit, recht zu sehen. Und deswegen glaube ich, dass für einen gewissenhaften Mann von dem gegenwärtigen positiven Standpunkte unserer ruhigen, normalen Existenz aus schon das Bedenken, auch wenn ihm die Ideen, die hier vorgebracht sind, einleuchten, wenn sie seinen Gedanken schmeicheln, die Warnung sehr gross ist, sich nicht auf Experimente einzulassen auf dem Gebiete, welches den allersichersten, allerunentbehrlichsten Grundstein der wirtschaftlichen Existenz einer Nation bildet.

Meine Herren, die Theorie, auf welche sich unsere Gegner stützen, ist an sich, wie sie selbst zugeben, sehr zweifelhafter Art. Herr von Kardorff hat heute von dieser eigentlich seiner ganzen Polemik zugrunde liegenden Theorie nicht gesprochen; ich muss ihrer deshalb mit einer Silbe erwähnen. Man nennt sie in der Münzwissenschaft die „Quantitätstheorie“. Sie ruht nämlich in der Behauptung, dass die Preise der Dinge ganz genau steigen und fallen im Verhältnis zu dem Vorrat an umlaufenden Cirkulationsmitteln, dass, sowie die Cirkulations-

mittel, seien sie nun Metall oder Papier oder sonstige Repräsentativzeichen, sich in der Menge vermehren, sowie sie in der Menge herabgehen, die Preise steigen oder fallen müssen. Die Quantitätstheorie ist, wenn ich nicht unvollständig orientiert bin, in der Wissenschaft beinahe allgemein in ihrer abstrakten Giltigkeit nicht mehr anerkannt; und wenn ich nicht sehr irre, erstreckt sich diese Anschauung auch auf die Gebiete, auf denen Herr von Kardorff zu Hause ist, auf die Bimetallisten.

Die wissenschaftlichen Bimetallisten haben meines Wissens in den letzten Jahren die Quantitätstheorie nicht vertreten; es wird auch ausserordentlich schwer, diese Quantitätstheorie zu vertreten gegen die Unberechenbarkeit derjenigen Mittel, die heutzutage zugleich wie Geld im Verkehr wirken.

Zunächst will ich aber darauf hinweisen, dass, selbst angenommen, man hält diese Quantitätstheorie, die Theorie, dass durch die Verminderung der Cirkulationsmittel die Preise fallen müssen, für richtig, dass, selbst angenommen, diese Quantitätstheorie sei noch jetzt als in Kraft anzuerkennen, wir keinen Grund haben, in Deutschland daraus zu schliessen, dass unsere Geldcirkulation im Vergleich zu dem, was vor der Münzreform gewesen ist, eine schlechtere, geringere, unbeträchtlichere sei als heute. Meine Herren, gerade umgekehrt — die Ziffern, die der Herr Regierungsvertreter vorhin gegeben hat, stimmen ja auch damit überein: es kann kein Zweifel sein, — selbst Herr von Kardorff wird mir das nicht bestreiten, — die Summe der Cirkulationsmittel, über welche Deutschland jetzt verfügt, ist sehr bedeutend viel grösser als diejenige, welche es vor der Münzreform besessen hat, sie ist, gering geschätzt, 6- bis 700 Millionen Mark grösser, ein Drittel etwa grösser, als was früher vorhanden war. Ich will auf die Streitfrage, welche zwischen Herrn Schraut und Herrn von Kardorff ausgefochten worden ist, nicht näher eingehen; ich glaube, dass die Wahrheit, wie ich auch aus den Andeutungen des Herrn Schraut entnehme, der Vermutung nach — denn wir bewegen uns hier ja auf einem ganz konjekturellen Felde — ziemlich in der Mitte liegt, und ich bin mit Herrn Schraut einverstanden, dass ein redlicherer und weniger sophistischer Vertreter des Bimetallismus als Herr Ottomar Haupt nicht zu finden wäre. Er giebt —

wenn ich seinen neuesten Berichten, die im englischen „*Economist*“ veröffentlicht sind, folge — als Summe aller deutschen Goldmünzen, die in fremden Banken liegen oder in fremden Münzen eingeschmolzen worden sind, an: 205 Millionen Mark. Er rechnet das ganz genau nach. Herr Haupt ist ein alter Praktiker auf diesem Gebiete; er hat genaue Kenntnisse in Münzsachen, im Weltgeschäft in Gold- und Silberbarren, er hat sich von jeher damit beschäftigt, er hat seine Verbindungen in allen Hauptstädten Europas und hat offenbar aus den besten Quellen geschöpft. Als er dies angab, führte er alle einzelnen Banken und Münzstätten an, und ich habe das volle Zutrauen, dass er richtige Ziffern gegeben hat. Sie betragen nach meiner Addition 205 Millionen in Gold. Was dazu noch zu industriellen Zwecken eingeschmolzen ist, ja, meine Herren, das ist, wie auch dort schon bemerkt wurde, ausserordentlich schwer zu erraten. Wir haben ein einziges Land, in dem annähernde Untersuchungen gemacht worden sind, die etwas wie Wahrscheinlichkeit für sich haben, das ist Nordamerika. Der dortige oberste Beamte für diese Angelegenheiten hat sich seit Jahren damit beschäftigt, an alle diejenigen, welche edle Metalle verarbeiten, Cirkulare zu erlassen, um ihm mitzuteilen, wie viel sie von Gold und Silber einschmelzen jährlich. Er hat nur von einem Teile derselben Antworten bekommen, und selbst bei dieser angestrengten Sorgfalt ist er nicht im stande gewesen, eine definitive, zuverlässige Auskunft zu geben. Auch Herr Soetbeer mit seinem Bienenfleiss, seinem Scharfsinn und seiner Gewissenhaftigkeit hat in diesem Punkte eine Reihe von Untersuchungen angestellt; auch er vermag nicht mit Gewissheit, wie er selbst bekennt, zu sagen, wie grosse derartige Beträge jährlich verwendet werden.

In einem Punkte muss ich unbedingt Herrn Schraut zustimmen, nämlich darin, dass der Verbrauch unserer Zwanzigmarkstücke für die Industrie im Laufe der Jahre zurückgegangen sein muss, und es liegt ganz auf der Hand, dass, als die Zwanzigmarkstücke noch neu ausgeprägt waren, sie ganz natürlich einen grösseren Vorteil für den Goldarbeiter boten, der sie einschmolz, als nachdem sie eine Zeit lang in Cirkulation sind und von ihrem Vollgewicht schon etwas, wenn auch noch nicht viel, verloren haben. Ich glaube wahrlich nicht zu niedrig zu greifen, wenn ich annehme, dass ausser diesen 205 Millionen

noch 95 Millionen eingeschmolzen worden sind im Laufe der Zeit. Das wäre sehr viel, das würden 300 Millionen sein, die abgegangen wären von unseren 1922 Millionen ausgeprägter Goldmünzen. Dazu kommen 75 Millionen, die in der Reichsbank liegen, das macht also 2 Milliarden weniger 300 Millionen, gleich 1700 Millionen in Gold, und das ist im Verhältnis zu anderen Ländern ein sehr guter Vorrat, mit dem wir auch einstweilen zufrieden sein könnten, wenn wir nicht schon aus den Thatsachen sähen, dass alles bei uns normal und ungestört von statten geht. Nun rechnen die Herren aber in ihrer pessimistischen Theorie — es ist nämlich sehr merkwürdig, erlauben Sie mir, diese kleine Parenthese einzuschalten: Herr von Kardorff und seine Freunde haben eigentlich zwei Gesichter; wenn hier vom Schutzzoll die Rede ist, steht immer Deutschland in Blüthe, da geht alles herrlich, da ist seit 1879 alles in Schönheit und in Freuden, und wir haben nur Grund zufrieden zu sein; kommen wir aber zu der Währungsfrage, so sind wir in dem Pfuhl der Hölle versunken und alles ist furchtbar; man muss das nach Tagen unterscheiden, nach Währungstagen und Zolltagen, nach den einen sind wir im Himmel, nach den anderen in der Hölle. (Heiterkeit.)

Wenn ich auf die technische Frage selbst zurückkomme: die Herren, die behaupten, Deutschland sei zurückgegangen in den Währungsverhältnissen, können es schon deshalb nicht wahr machen, weil wir eine effektiv viel grössere Summe von nützlichen und gebrauchsfähigen Zahlungsmitteln haben, als wir vor der Münzreform hatten; unsere Zustände haben sich eminent dem Inhalte und dem Umfange nach gebessert. Da die Herren dies nicht widerlegen können, so werfen sie sich auf den ganzen Weltverkehr und sagen: durch die Einführung der Goldwährung, welche zwar ausser in England und Skandinavien nirgends vollständig praktisch geworden ist, welche aber thatsächlich in der Welt als Währung gilt — darin bin ich ganz mit Herrn von Kardorff einverstanden, — dadurch haben wir die Menge der Cirkulationsmittel, der Geldmittel, deren sich der Weltverkehr bedient, so plötzlich auf eine ungehörige Weise verringert, dass natürlich die Folge sein muss eine Preissteigerung des Goldes und eine Preisverminderung der Waren, also ein Mangel an Cirkulationsmitteln. Dabei vergessen die Herren

aber etwas — das ist sehr merkwürdig, dass ihnen das noch nie eingefallen ist: in der ganzen Welt sind die Cirkulationsmittel gar nicht um das Silber, das vorhanden war, vermindert worden; alles Silber, was da war, bis zum Jahre 1874 und 1875, alles, was noch seither durch Prägungen hinzugekommen ist, zählt doch vollständig mit im Weltumlauf. Wovon hängt denn überhaupt das ganze Verhältnis von Geldflüssigkeit oder Geldmangel in den einzelnen Ländern ab? Vom Stande der Banken, wie sich die Banken fühlen, wie sie im Verhältnis zu ihrem Barschatz Banknoten ausgeben können, danach reguliert sich das Ganze. Nun fragt sich eigentlich, ob die einzelnen Banken in Europa ausser England, das kein Silber hat, sich in ihrem Zustande der Deckung grundsätzlich verändert haben. Das ist mit nichten geschehen. Die meisten Banken haben nach wie vor einen Teil ihres Schatzes in Silber, und dieser Silberschatz wirkt ganz genau, als wenn er ein Goldschatz wäre; mit der kleinen Aenderung, gegen die ich auch schon oft mich erhoben habe, dass allerdings die teilweise mit Silber versehenen Banken seit dem faktischen Bestehen der Goldwährung etwas nervöser geworden sind. Wäre statt Silber auf dem untersten Grunde der Banken Gold vorhanden, so würden sie in ihren Operationen vielleicht etwas larger sein, noch etwas leichter nachgeben, als wenn sie denken, nach Absorption einer gewissen Summe von Gold kommen wir in die Nähe unserer Silberdeckung. Aber abgesehen von diesem kleinen moralischen Druck auf die Fixierung des Diskontsatzes, der vielleicht, in Prozenten ausgedrückt, $^1/_4$ Prozent auf den Zinsfuss jahraus jahrein machen möchte, ist der Barschatz der Banken geradeso thatkräftig metallisch, als wenn statt des Silbers Gold in derselben Quantität daläge; und das kommt ja von der eigentümlichen Verfassung, in welcher nach dem Vorbilde der englischen Bank alle anderen europäischen Banken jetzt eingerichtet sind, dass sie nach Herkommen nämlich nur bis zu einem gewissen Grade überhaupt in den Barschatz eingreifen dürfen. Meine Herren, ich enthülle hier gewissermassen ein Amtsgeheimnis, aber allerdings doch ein öffentliches Geheimnis, indem ich sage: im Grunde ist es ganz einerlei für den regelmässigen Verlauf der Dinge, ob die letzten 2- oder 300 Millionen, die auf dem Grunde eines Bank-

kellers liegen, Gold oder Silber wären, ja sogar, ob sie vielleicht ein Block Holz wären, auf dem geschrieben stünde: „300 Millionen", von denen man sich nur einbildete, es sei Geld. Denn wenn der Verkehr einmal an die Grenze kommt, wo man fürchtet, diesen letzten Stamm zu verlieren, dann werden solche Gegenmassregeln ergriffen, dass sogleich der Vorrat in den Banken wieder anschwillt; und aus dieser eigentümlichen Komplikation der Verhältnisse geht ganz deutlich hervor, wenn Sie diese Sache zu verfolgen im stande sind, dass der wirkende Geldvorrat in der Welt nicht abgenommen hat. In der französischen Bank liegt z. B. jetzt noch eine Milliarde Silber; bei uns, ich weiss nicht wie viel, sind zwischen 2- und 300 Millionen an Silber vorhanden (das Verhältnis wird geheim gehalten); in Belgien, Italien, Holland, überall befinden sich grosse Silberbestände in den Banken, welche gegenüber der Notencirkulation als bare Deckung gelten, gerade als wenn sie Gold wären; und so haben Sie den vollen Beweis erbracht, dass die Einstellung der Silberprägung in der Welt durchaus nicht den bestehenden Geldvorrat vermindert hat, sondern dass derselbe wenigstens ebenso gross ist, als er vorher war, aber noch vermehrt worden ist durch den ganz bedeutenden Zufluss an Goldmünzen, der inzwischen gekommen ist.

Herr von Kardorff behauptet nun merkwürdigerweise, wir seien so gut gestellt, nicht infolge unserer Zahlungsfähigkeit, nicht infolge des Kredits, den unsere Währung in der Welt geniesst, sondern Dank unserer Armee! Allen Respekt vor unserer Armee, meine Herren; wenn aber die Ausländer für Forderungen, die sie an uns haben, nichts zu hoffen erwarteten, als Kanonenschüsse, so würden sie uns wahrlich nicht viel borgen. Ich versetze diese kühne Darstellung der Sache, um mich damit gleich abzufinden, ganz in dasselbe Gebiet, auf dem Herr Kardorff sich auch bewegt, wenn er behauptet, dass der Antisemitismus von der Goldwährung gekommen wäre. Wenn er vielleicht damit auf mich einen Eindruck zu machen hofft, muss ich ihm jede Hoffnung absprechen. Ich bin überzeugt, wir würden auch in diesem Punkte gar keine Verschiebung erleben, wenn wir heute von der Gold- zur Silberwährung übergingen. Ich erwarte allerdings sowohl die Erhaltung der Goldwährung als das Abnehmen des Antisemitismus von dem Fort-

schreiten der Kultur. Darin sind beide solidarisch. (Heiterkeit links.)

Herr von Kardorff behauptet nun, die Valuta sei ganz unabhängig davon, ob man Zutrauen in sie habe oder nicht. Man hätte ja in Frankreich, in Italien u. s. w. auch noch nicht die Goldwährung, und doch geniessen sie den vollständigen Kredit wie Deutschland. Das gebe ich im grossen und ganzen zu, — nicht unbedingt, meine Herren; denn ich möchte nicht, dass wir in Deutschland das erlebten, was man von Zeit zu Zeit in Frankreich erlebt, was eben in Italien auch wieder vor sich geht, und was allerdings kommen kann, wenn die Beunruhigung bei uns fortgesetzt wird, dass die Goldmünzen mit Agio bezahlt werden, dass das legale Geld des Landes sich unterscheidet in zweierlei Geld: in gutes, welches eine Prämie bekommt, und in schlechtes, welches etwas gegen das gute verliert. Das ist thatsächlich trotz des grossen Geldvorrats, den Frankreich hat, noch jetzt der Fall und gerade in diesem Augenblicke spielt es; bei uns ist es, Dank unseren geordneten Zuständen und der Einsicht, die hierin auch von der Reichsbank bis jetzt beobachtet worden ist, noch nicht dazu gekommen, dass man ein Agio, eine Prämie auf unsere Goldmünzen bezahlt hat.

Wie unzuverlässig die Verhältnisse wären, sowie man einmal an dieser Parität rührt, haben Sie in den letzten Zeiten im Lande Rumänien erleben können. Rumänien hatte auch versucht, die Doppelwährung praktisch einzuführen und sich der stillschweigenden Übereinkunft anzuschliessen, welche in allen europäischen Ländern und in Amerika herrscht, mit Gold zu bezahlen. Aber die Goldmittel waren ungenügend. Alsbald flossen sie gerade in dem Masse, als sie sich ungenügend zeigten, weg; denn nichts flieht schneller als eine Münze, die man für besser hält, als andere neben ihr mit gleichem Nennwert umlaufende; und nun kam sehr schnell das Gold in Rumänien auf Agio, die Valuta fiel im Lande, der Kredit des Landes war erschüttert.

Meine Herren, wenn ich vorhin darauf hingedeutet habe, dass die Quantitätstheorie, wie sie eigentlich der ganzen Grundanschauung der Bimetallisten zur Basis dient, nicht mehr haltbar sei, so muss ich doch auch noch daran erinnern, wie ich es schon angedeutet habe, dass diejenigen Mittel, die zugleich

als Zahlung in der Welt gelten, jetzt neben dem Metall so unendlich vermehrt sind, derart unberechenbar sind in ihrer Wirksamkeit, dass niemand mehr sagen kann, wie viele wirkliche Zahlungsmittel in der Welt oder in einem Lande vorhanden sind. Ich darf ja z. B. nur erinnern an den Verkehr in Papieren, in Papierwerten, sogenannten „Effekten". Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, er wird dem Warenverkehr wohl ziemlich nahe kommen, wenn er ihn nicht übertrifft — in der Summe; namentlich aber wird er ihn übertreffen in der Häufigkeit der Bewegungen, denen er in der Welt dient. Er geht mit einer ungeheuren Schnelligkeit hin und her von einem Lande zum anderen, ganz anders, als die Waren sich bewegen; und die Warenausgleichungsmittel der Zahlungen zwischen den einzelnen Ländern sind neben den Wechseln hauptsächlich die Papiere, sowohl die Industrie- als die Staatspapiere, welche selbst, ohne *in natura* verschickt zu werden, bloss durch fiktiven Übertrag von einem Lande zum anderen sofort das Niveau herstellen, das Niveau verändern von einem Lande zum anderen. Gegenüber diesen grossen mitwirkenden Faktoren ausrechnen zu wollen *a priori*, wie sich der Preis verändert haben müsse, weil sich die Quantität des Bargeldes verändert hat, das ist absolut unmöglich. Dann muss ich doch neben den Effekten auch noch erinnern an die enorme Rolle, welche der Ausgleichungsverkehr, der Giroverkehr, der Checkverkehr spielt. Meine Herren, man rechnet ja also auch bei der Verteuerung des Geldes England mit, England spielt sogar die Hauptrolle dabei, weil es allein die Goldwährung ungeteilt festhält. Bedenken Sie, meine Herren, was an Geld erspart wird, wenn in einem Jahre das Londoner *Clearinghouse* die Summe von 120 Milliarden Mark umsetzt! denken Sie sich die Ziffer aus: 120 Milliarden Mark in einem Jahre! — und wenn selbst bei unseren kleinen Anfängen, bei unserem noch kaum entwickelten Checkverkehr, der, wie ich hoffe, allmählich sich immer mehr ausdehnen wird, die deutsche Reichsbank doch in einem Jahre auch die Summe von 21 Milliarden Mark umsetzt, das heisst fünfmal so viel, als die kolossale französische Kriegsentschädigung betragen hat.

Meine Herren, gegenüber diesen modernen Hilfsmitteln des Verkehrs nun rechnen zu wollen, mit wie viel Geldmitteln, mit

wie viel Bargeld man auskommen wird, das ist wirklich eine kindliche Einfachheit der Anschauung, und ich bin fest überzeugt, dass die Veränderungen in diesen subsidiären Cirkulationsmitteln eine viel grössere Rolle spielen würden, als die Veränderungen in den effektiven, in den Metallen.

Nun hat man, wenn man diese theoretische Seite der Sache auseinandergesetzt hat, dann, um zu beweisen, dass man Recht hat, auch übergegriffen auf die praktische Seite. Man hat uns aus der Bewegung der Preise zeigen wollen, dass dieselben sehr stark seit den letzten 10 Jahren niedergegangen seien, man hat daraus die Folgerung geschlossen, es müsste das aus der Rarifikation der Geldmittel hergekommen sein; es sind Autoritäten für, Autoritäten gegen citiert worden. Ich habe mich eigentlich gewundert — oder ich wundere mich nicht, um mich zu korrigieren —, dass Herr von Kardorff heute eine Autorität nicht citiert hat: es ist das Herr Goschen. Herr Goschen ist eigentlich derjenige Engländer, der am meisten sonst für die Theorie citiert wird, dass die Preise herabgegangen seien durch die Rarifikation des Geldes. Aber ich glaube, Herr von Kardorff, der sehr genau weiss, was er thut, hat ihn absichtlich nicht citiert, weil man von Herrn Goschen aus seiner Personalgeschichte — die übrigens im höchsten Masse ehrenwert, nur die eines vor allem anderen starken englischen Patrioten ist — sehr genau weiss, dass er alles thun will, um Deutschland zur Doppelwährung zu bereden, wie alle anderen Länder, damit England um so sicherer bei seiner Goldwährung bleiben könne, und die Auseinandersetzung, die jüngst Herr Goschen zum besten gegeben hat, war für den Blick jedes Eingeweihten darauf berechnet, hier in Deutschland einen besonderen Eindruck zu machen. Ebenso machen es die anderen Herren in England, von welchen einige allerdings zu der Schule des Herrn von Kardorff gehörende Bimetallisten sind und deshalb diesen Beweis zu führen suchen. Auf der anderen Seite fehlt es aber auch nicht an Argumenten und Autoritäten, welche das Entgegengesetzte beweisen. Wenn Herr von Kardorff die englischen Aktenstücke in diesen Dingen verfolgt, wird es ihm nicht entgangen sein, dass vor einigen Wochen ein sehr kompetenter Engländer, ein Mr. Hansard, einen Vortrag veröffentlicht hat, in welchem er das Gegenteil der bimetallistischen Behauptung

nachweist, und zwar auf Grund der allerschärfsten, mit Thatsachen belegten Untersuchungen, so dass er zu dem Resultate kommt, dass der Preisniedergang einzelner Waren genau zusammenhängt mit der Anstauung von Vorräten, die sich dabei gebildet haben. Er hat die Preise der einzelnen Waren verglichen mit den aufgestapelten Vorräten, die nicht abzusetzen sind, verglichen mit den früheren Vorräten und daraus gezeigt, wie notwendig durch die Produktion selbst, durch das Verhältnis, was zwischen Produktion und Konsumption besteht, die Preise sich verändert haben müssen.

Meine Herren, wenn die Bimetallisten recht hätten, dass der Sturz des Silberpreises an dem Fallen der Preise schuld wäre, so müsste doch diese Preisveränderung sich gehalten haben innerhalb der Schwankungen, welche auch der Silberpreis erlitten hat; sie müsste sich zwischen 15 bis 20 Prozent bewegt haben. Nun ist aber bekannt, dass eine Menge von Artikeln noch viel stärker im Preise gesunken sind, dass also hier die Erklärung des Sinkens des Silberpreises absolut nicht ausreicht. Ich will Sie nur erinnern an einen Artikel, von dem wir uns leider so oft unterhalten müssen, an den Zucker. Glauben Sie, dass der Preis desselben infolge des Sinkens des Silberpreises gesunken ist, oder haben wir nicht handgreifliche Beweise dafür, wie es gekommen ist? Meine Herren, die Veränderung der Preise ist auch eingetreten in allen Ländern, gleichviel ob sie Doppelwährung, Goldwährung, Papierwährung haben; sie ist aus allgemeinen Ursachen hervorgegangen, die uns auch durchaus nicht unbekannt sind. Ich habe z. B. hier der Preisveränderungen, welche in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1880 bis 1885 an einigen grossen Artikeln zum Vorschein gekommen sind. Ich weiss nicht, ob Herr von Kardorff Amerika zu den Ländern mit Goldwährung rechnen will oder zu den Doppelwährungsländern; man kann beides vertreten, — aber Thatsache ist: an Cirkulationsmitteln fehlt es in Amerika nicht. Es ist dort im Augenblick eher ein Überfluss davon, wie überall, wo die Geschäfte stocken. Nun hat der Preis des Kupfers im Jahre 1880 betragen 18 Cents, im Jahre 1885 11 Cents; Eisen per Tonne, sogenanntes Pig-Iron im Jahre 1880 24 Dollars 48 Cents, jetzt im Jahre 1885 16 Dollars 75 Cents — also um ein volles Drittel weniger —; Stahlschienen sind von 70 herab-

gegangen auf 27, Petroleum von 1,65 auf 0,71 per Fass, Blei von 4,23 auf 3,60 per Centner. Wir brauchen uns aber gar nicht auf Amerika zu beschränken; sondern wenn wir England und Deutschland nehmen, so haben wir eine ganze Reihe von Waren, welche ganz in ähnlicher Weise viel mehr herabgegangen sind, als der Silberpreis gefallen ist, welche also zeigen, dass wir es mit einem ganz anderen Phänomen zu thun haben als mit der Wirkung unserer veränderten Metallcirkulation. Und, meine Herren, dies Phänomen beruht vor allen Dingen auf einem Punkt, den ich nicht zu vergessen bitte.

Als Vergleichungs-, Anhaltspunkt für die Preise von ehemals und jetzt nehmen die meisten dieser Herren die Zahlen 1873 und 1874 gegenüber den heutigen Preisziffern. Nun ist aber gerade hervorzuheben, wie die Preise damals übermässig gestiegen waren, wie zu jener, ja oft genug charakterisierten Zeit, der ich deswegen keinen Spitznamen anzuhängen brauche, durch die ungeheure Zunahme der Cirkulationsmittel, durch den fieberhaften Aufschwung des Unternehmungsgeistes die Preise abnorm gestiegen waren, und wie sich dies Phänomen auch sehr bald an der Menschheit gerächt hat. Da möchte ich die Herren, welche uns jetzt das Heil durch künstliche Erhöhung der Preise als die Erfüllung einer messianischen Zeit schildern, daran erinnern, wie wir Wehklagen gehört haben über die künstliche Steigerung der Preise in jener Zeit, 1873, und wie alle Nöten, gegen die wir heute noch mit zum Teil anzukämpfen haben, sich herschreiben aus jener künstlichen Übertreibung der Umlaufsmittel. Meine Herren, ich habe oft genug in den Jahren 1871/72 davor gewarnt, dass man die französische Milliardenzahlung nicht zu rasch nach Deutschland ziehen möge. Es war aber eine Stimme in der Wüste! Es war bei uns ein Durst nach diesem französischen Gold, ein Wonnegefühl bei der Idee, dass nun diese Masse von Gold hineinströmen würde: ganz genau, wie dies jetzt zittert in dem Herzen des Herrn von Kardoff, wenn er uns die Herrlichkeit schildert, die beim Einströmen des Silbers entstehen würde. Es war ein Wonnegefühl, dazu aber gleichzeitig ein solches Misstrauen in die Zahlungsfähigkeit der französischen Nation, dass nicht schnell genug die Milliarden nach Deutschland gezogen werden konnten. Meine Herren, das Unglück wäre nur für Deutschland, nicht

für die ganze Welt gewesen, wenn man sich begnügt hätte, diese Geldmasse von dem einen Lande ins andere zu schleppen. Aber, meine Herren, die Länder, die diesen momentanen Gold- und Silberstrom zu versorgen hatten, konnten sich deswegen nicht der Geldmittel entblössen. Und was haben sie dafür gethan? Sie haben Papiergeld geschaffen. Die französische Bank hatte vor dem Kriege eine ungedeckte Notenmenge von wenigen hundert Millionen, und in den Zeiten von 1872/73, als sie alles bare Geld aus dem Lande gegeben hatte, stieg diese Cirkulation von Papier auf 2 Milliarden Franken. So wurde der ganze Schatz der umlaufenden Geldmittel in der Welt vermehrt. Die Folge war jene enorme Preissteigerung, die jetzt als der normale Ausgangspunkt für Vergleichungen angesehen werden soll, die ich aber als eine ausserordentliche und schädliche Konstellation zu erklären nicht Anstand nehme.

Meine Herren, wir brauchen aber — wir haben uns ja oft genug hierüber unterhalten — uns auf dies einzelne Phänomen nicht zu beschränken. Wir wissen ja sehr gut, wodurch die Masse der Produktion so stark vermehrt wurde in den letzten Zeiten. Wir können es ja an einzelnen Artikeln verfolgen, wie teils die gesteigerte Schaffungskraft, teils die Spekulation, teils der Erfindungsgeist unseres Jahrhunderts die Produktion in einer ganz anderen Weise ausgedehnt haben, als sie dem früheren Bedarf angemessen gewesen. Ich darf nur erinnern, was mit den Bessemer Schienen geschehen ist, wie die Eisenschienen ersetzt werden durch Stahlschienen, die so viel länger dauern als jene; ich darf nur erinnern, wie das Gebiet der ganzen Welt, auf dem noch Metall gegraben wird, sich ausgedehnt hat, wie auch die Kaffeeplantagen gewirkt haben, deren ungeheure Ausdehnung in Central-Amerika die Produktion so vermehrt, dass beispielsweise, wie bekannt ist, auf dem Platz in Havre eine Anstauung von Kaffeevorräten im vorigen Jahre vorhanden war, die allein das übertrafen, was vorher in den Hauptniederlagen Europas zusammen vorhanden gewesen ist. Wir haben ja selbst Gelegenheit gehabt, uns hier mit diesem Kaffee zu beschäftigen, weil die Idee einer *surtaxe d'entrepôt* damit in Verbindung gebracht wurde.

Auf jedem Gebiete der Industrie wie der Agrikultur sind die Produktion, die Technik, die Anhäufung der Kapitalien so

stark ins Werk gegangen, dass dies allein genügt, um zu erklären, warum jetzt die Vorräte so stark erhöht sind, dass das Angebot die Nachfrage übersteigt. Ich erinnere an den Niedergang der Schiffahrtsfrachten. Ich kann aber auch in der That gar nicht dem Gedankengang folgen, der da sagt: weil die Dinge so billig geworden sind, finden sie nun keinen Käufer. Das ist eine Idee, deren Berechtigung ich nicht begreifen kann; ich habe immer gehört, dass, wenn die Preise sinken, die Verlockung zum Kaufen steigt; und ich kann mir nicht erklären, wie man das beweisen will, dass die Leute nur ihre bisherigen Vorräte nicht mehr kaufen wollen, weil sie um so billiger geworden sind gegen früher. Denn wenn man sagt: das Geld ist teurer geworden, so hätte sich doch nur in demselben Masse das Geld verteuert, wie die Waren billiger geworden sind. Es wäre also hier gar keine Erklärung vorhanden für das Phänomen, an dem man sich stösst. Ja, meine Herren, es trifft dies alles, was man eigentlich theoretisch zusammenbaut, wenn man auf eine gewisse These hinauslaufen will, so wenig ein, dass wir auch die umgekehrte Erfahrung gemacht haben.

Es wird mir wohl nicht bestritten werden, dass zu der Wiederaufnahme der kommerziellen Bewegung in der ganzen Welt im Jahre 1879 wesentlich beigetragen hat ein plötzliches Aufleben der Industrie und des Handels, namentlich des Eisenbahnbaues in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich glaube, dass mir dies auch von anderer, wirtschafts-politischer Seite aus nicht bestritten wird. Nun ist das Merkwürdigste, dass dieses Aufblühen der amerikanischen Verhältnisse, das Steigen der Preise, denen wir unseren vermehrten Export verdankten, zusammenfiel mit der Wiederaufnahme der Barzahlungen; dass Amerika im Jahre 1879 zur Aufnahme der Goldzahlungen sich entschloss, seine Papierwährung ausser Kraft setzte und dennoch die Preise stiegen, umgekehrt zu allem, was man bisher als Theorie aufgestellt hat.

Wenn man sich aus der allgemeinen Weltgeschichte die Rechtfertigung dafür nicht holen kann, dass die Entwertung des Silbers die Ursache sei an dem Fallen der Preise, so stützt man sich auf einzelne Länder, von denen behauptet wird, sie seien ganz besonders in der Lage, ihre Produktion nun in ganz anderem Masse auf die europäischen Märkte werfen zu müssen als vor

der Entwertung des Silbers; und man stützt sich dabei namentlich auch auf den Punkt, dass hier die agrarischen Interessen am meisten beteiligt sind.

Ich will auch hier, da ich ja unmöglich alles sagen kann, was mir zu passe kommen könnte, nur aber eine beiläufige Bemerkung einschalten. Herr von Kardorff hat heute offen bekannt, dass diese bimetallistische Bewegung im einseitigen agrarischen — wie ich hinzusetze, vermeintlichen — Interesse gemacht wird. Das wurde vor einigen Jahren bestritten. Ich habe vor 3, 4 Jahren den Herren drüben vorgehalten, dass sie diese Bewegung im vermeintlichen Interesse der agrarischen Produktion machten, und sie haben auf das Feierlichste dagegen protestiert; Herr von Mirbach namentlich, einer ihrer eifrigsten und schärfsten Vertreter, hat mit ausdrücklichen Worten hier im Reichstage erklärt, es sei ganz falsch, wenn hier behauptet wird, die agrarischen Bimetallisten ständen auf einem besonderen Standpunkt, sie verträten Sonderinteressen; er behauptete vielmehr, sie hätten gar keine sonstigen Beweggründe als die allgemeinen. Ich will das hier nur einschalten, um zu zeigen, wie die Standpunkte sich verändern. Ich weiss ja, es ist heutzutage beinahe Ehrensache, dass man wenigstens alle zwei Jahre seine Meinung ändern muss; sonst ist man kein denkender Mensch. Nun exemplifiziert man hauptsächlich darauf — und Sie finden das auch, glaube ich, in den Petitionen, die dem Bundesrat „zur hochgeneigten Kenntnisnahme" überreicht worden sind —, dass die Ausfuhr von Weizen aus Indien seit dem Jahre 1873 erst ihren Aufschwung genommen habe, d. h. seit dem Moment, wo Deutschland zur Goldwährung übergegangen sei. Nun ist sehr merkwürdig, dass im Jahre 1873 noch etwas passiert ist, wovon weder die Reden noch die Petitionen, die sich mit diesen Dingen beschäftigen, bis jetzt nach meinem Wissen Erwähnung gethan haben. Es ist nämlich im Jahre 1873 durch Verfügung der indischen Regierung der Ausfuhrzoll auf Weizen aufgehoben worden. Das war der Grund, weshalb damals erst die Bewegung anfing. Ich weiss wohl, die Herren haben das wahrscheinlich nicht absichtlich verschwiegen; denn wenn sie es in ihren landwirtschaftlichen Versammlungen auch gesagt hätten, so hätten die doch einstimmig angenommen, was man ihnen vorgeschlagen hätte, — da kommt es auf ein

Argument mehr oder weniger nicht an. Aber für uns ist es immerhin interessant, dass die Bewegung anknüpft gerade an die Thatsache, dass im Jahre 1873 die indische Regierung sich veranlasst sah, Anstrengungen zu machen, den Weizenexport zu fördern, und zu diesem Zweck den Weizenausfuhrzoll aufhob. Und wie ist es seit jener Zeit ergangen? Hat sich denn seit jener Zeit die Weizenausfuhr aus Indien parallel bewegt mit den Preisen des Silbers? — Nicht im entferntesten, meine Herren! Das Silber hat sich in den Jahren 1873 bis 1879 in ganz anderen Dimensionen bewegt als der Weizenexport aus Indien. Wenn hier ein berechenbarer Zusammenhang vorhanden wäre, so müsste das, wenn auch nicht streng pedantisch, *pari passu* gegangen sein, es müsste eine merkbare Übereinstimmung herrschen zwischen dem Wert des Silbers und dem indischen Weizenexport.

Nun habe ich hier eine Tabelle der Wertverminderung der Preisverhältnisse des Silbers im Jahresdurchschnitt dieser Periode, und ich habe mir aus der Veröffentlichung einer englischen Zeitschrift über den Weizenexport, die auch in andere Publikationen übergegangen ist und jetzt allgemein als richtig anerkannt wird, die Bewegung des Weizenexports aus Indien daneben gestellt. Das ergiebt nun folgendes. Im Jahre 1878 war der durchschnittliche Silberpreis $52^{5}/_{8}$ Pence pro Unze, und die Ausfuhr aus Indien war $6^{1}/_{4}$ Millionen Centner. Im folgenden Jahre 1879 ist der Silberpreis gefallen auf $51^{1}/_{4}$, also um ein $1^{3}/_{8}$ Pence, etwa um 3 Prozent, man müsste also annehmen, es wäre nun der Weizenexport entsprechend gestiegen; statt dessen ist er von $6^{1}/_{4}$ Millionen Centner herabgegangen auf 1 Million Centner. Im folgenden Jahre 1880 ist der Silberpreis wieder gestiegen auf $52^{1}/_{4}$ Pence; der Weizenexport, der nun hätte fallen müssen, ist aber gestiegen auf $2^{1}/_{4}$ Millionen. Im Jahre 1881 stand der Silberpreis auf $51^{11}/_{16}$, also nur ein wenig niedriger als im vorhergegangenen Jahre; aber siehe da! die Weizenausfuhr stieg von $2^{1}/_{4}$ auf $7^{1}/_{2}$ Millionen Centner! In den letzten Jahren, 1882 und 1883, haben die Silberschwankungen sich in den allerengsten Grenzen bewegt, die Preise sind erst in der letzten Zeit durch die aus den Vermutungen über die Blandbill entsprungenen Verschiebungen mehr ins Schwanken gekommen, sie standen im Durchschnitt auf $51^{5}/_{8}$ und $50^{9}/_{16}$. Und wie war die Weizenausfuhr? Sie ist auf 20 Millionen

Centner gestiegen im Jahre 1882, und in der ersten Hälfte des Jahres 1883 auf 15 Millionen. Meine Herren, einen deutlicheren ziffermässigen Beweis, dass die indische Weizenausfuhr nicht zusammenhängt mit den Silberpreisen, können Sie wahrlich nicht beanspruchen.

Wir sind auch gar nicht in Verlegenheit, zu erklären, warum diese Weizenausfuhr unabhängig von den Silberpreisen so gestiegen ist. Das Land ist durch Eisenbahnen erschlossen worden, wie Russland, wie eine ganze Menge von Ländern, von denen wir hören, dass sie uns jetzt „überschwemmen", weil man dort in das Innere des Landes vordringt. Weit entfernt davon, dass die Preise in Indien niedriger gegangen wären durch die Hebung der Verkehrsmittel, sind sie vielmehr gestiegen. Der Preis des Getreides ist in denjenigen Gegenden, wo die Leute früher mit Ochsenkarren den Weizen fortschaffen mussten, wo er manchmal so wertlos war, dass man ihn zum Teil nicht verkaufen konnte, erheblich durch die Eisenbahnfahrt gestiegen; und das ist auch an sich so glaublich, dass man sich nicht anzustrengen braucht, um es erst glaublich zu machen.

Dieses eine Beispiel von vielen. Und dann lassen Sie mich daran erinnern, dass die Klagen der Landwirte — sie mögen mehr oder weniger berechtigt sein, ich will ja diesen Punkt nicht näher berühren, es wird den Landwirten im grossen und ganzen ebenso gehen wie der anderen Menschheit zu allen Zeiten, „dass unter Tausenden ein Glücklicher ist, und dass im übrigen die Menschheit sich quält"; vielleicht muss sich dieselbe überhaupt heute mehr quälen als ehemals, ich glaube, es liegt in der modernen Kultur, dass sich jetzt jeder mehr quälen muss; das Leben wird intensiver und damit angestrengter mit dem Fortschritt der Menschheit — aber, meine Herren, sind denn die Landwirte in anderen Ländern glücklicher als in Deutschland? sind sie in Österreich glücklicher, wo sie die Papierwährung haben, das Ideal nach den Schilderungen unserer Bimetallisten, wo man mit Scheingeld statt mit gutem Metall die Arbeiter bezahlt, sind sie dort glücklicher? Schon vor Jahren las ich in einem Bericht des österreichischen Parlaments, dass ein galizischer Grundherr ausrief: „Wir galizische Landwirte sind allesamt ruiniert". Der Brauch, alles auf die Währung zu wälzen, erinnert mich an eine Äusserung in der Rede, die der Herr Reichs-

kanzler uns jüngst über die englischen Beziehungen zum Auslande hielt. Er begleitete die Äusserung, dass England sich über Deutschland beschwere, mit der Bemerkung: So geht es immer; wenn irgend jemanden etwas drückt, so sucht er einen bestimmten Übelthäter, der alles verbrochen haben muss. Dieser Übelthäter ist hier für die Agrikultur wie für so vieles andere jetzt die Goldwährung; und man thäte wirklich besser, statt sich einen solchen Sündenbock zu holen, ernstliche Untersuchungen über die Dinge anzustellen und nicht auf solche kühnen luftigen Probleme hier Pläne zu bauen, welche den wirtschaftlichen Bestand des Landes in die ernsteste Gefahr bringen können.

Nun verstehe ich endlich auch folgendes nicht. Es wird uns immer gesagt, das Geheimnis des Vorteils, welchen Österreich, Russland, Indien vor den Ländern mit solider Zahlung haben, bestehe darin, dass die Preise sich dort im Inlande nicht änderten, während die Waren im Auslande höhere vollwertige Preise bekommen. Das ist eine sehr interessante Äusserung von seiten der Herren, die uns beständig beweisen, unsere Preise wären zurückgegangen, weil wir weniger Geld hätten als früher, weil das Geld seltener geworden wäre. Nun wollen sie absolut nichts davon wissen, wenn das Geld in anderen Ländern durch Papieremissionen, durch Silberzuströmungen häufiger geworden ist, dass sich da die Preise gehoben haben müssen. Wenn aber das eine wahr ist, so muss das andere auch wahr sein. Es kann hier doch nicht zweierlei Gesetze geben. Wie der Herr Abgeordnete von Kardorff richtig bemerkt hat, giebt es allerdings Übergangsstadien, in denen die Verschiebungen nicht sogleich sichtbar werden; und das ist der besonders wunde Punkt in den Vorschlägen, die die Herren machen, dass sie unsere wirtschaftlichen Interessen diesen Trugphänomenen überantworten wollen, bei denen jedenfalls die Arbeiter am allermeisten leiden würden. Die Arbeitslöhne fühlen zuletzt die Änderung, welche vorgegangen ist. Wenn die Währung sich verschlechtert, so werden diese dem Namen nach mit dem alten Gelde bezahlt, wenn es auch nicht mehr den alten Wert hat; die Löhne rücken erst langsam nach, und das ist die bedenklichste Seite der Berechnung, welche dem bimetallistischen Ansturm zu Grunde liegt. Aber auch diese Ungleichheit hält

nur eine Zeitlang vor; denn die ganze Weltbewegung sorgt dafür, dass die Preise sich unweigerlich ausgleichen. Indem die Ausführung aus diesen Ländern mit schlechterem Geld angespornt wird während der Übergangsperiode, indem die Preise der eingeführten Waren sich notwendig steigern müssen, setzt sich das Niveau aller Preise allmählich wieder ins Gleichgewicht; denn sonst würden so ungeheure Vorteile für den Handel entstehen, die die Rivalität der Handelsleute unter einander nicht aufkommen lassen. Wie wenig es zutrifft, dass in Indien das Silber in seinem Ankaufspreis für Getreide und andere Rohprodukte nicht die Veränderung gespürt habe, welche im Welthandel eingetreten ist, können Sie aus einem sehr einfachen Phänomen ersehen. Das ist nämlich dies: es geht nicht bloss Silber nach Indien, es geht eine ganz grosse Quantität Gold regelmässig nach Indien, es gehen zwischen 80 bis 90 Millionen Mark an Gold jährlich nach Indien. Glauben Sie nun, dass ein Mensch ein Gramm Gold nach Indien schicken würde, wenn das Verhältnis dort wäre wie 1 : 15½, wenn er nur in diesem schlechten Verhältnis für sein Gold Ware bekäme? So gottverlassen wird kein Goldhändler sein, um sein Gold dahin zu schicken, wenn das Verhältnis sich nicht adaptiert hätte der Verschiebung der Preise, die in der ganzen Welt stattgefunden hat. Meine Herren, sehen Sie doch, wie dieselben Phänomene in anderen Ländern, in Amerika, in dem reinen Goldland Australien ebenso wirken; die ganze indische Weizenzufuhr ist vielleicht nur der fünfte Teil von dem, was in England eingeht; die russischen, australischen, amerikanischen Zufuhren sind ja in ihrer Summierung viel bedeutender. Was würde denn die Folge sein — und das ist auch der grosse Irrtum, in dem sich die Herren bewegen — was würde die Folge sein, wenn sie durch eine Rehabilitation des Silbers, wie Sie es nennen, die Preise steigern in der ganzen Welt? Glauben Sie, dass dadurch die Weizenzufuhr aus Indien abgeschreckt würde? Auch das ist eine Rechnung, der ich nicht folgen kann. Ich glaube gerade umgekehrt, die Herren würden auch eine grosse Enttäuschung erleben. Gerade weil die Bewegung sich langsam vollzieht in der Nivellierung der Preise im Exportlande, würde ein weiteres Anziehen der Preise von Europa aus, durch Vermehrung des Cirkulationsmetalls hervorgerufen, die Zufuhr aus jenen entfernten Ländern

noch mehr anspornen, als es gegenwärtig der Fall ist, würde der Nutzen aus der Einfuhr steigen.

Auf alle diese Weise, meine Herren, sehen Sie, in welchem fragwürdigen Problem wir uns bewegen, wenn wir nun eingreifen wollten in unsere Münzverfassung und alles, was mit dem deutschen Kredit je zusammengehangen hat, ins Schwanken bringen wollten.

Herr von Kardorff hat nun gesagt, wir hätten einen falschen Gesichtspunkt, wie er sich ausdrückte, einen echt deutschen neidischen Charakterzug bekundet, dass wir uns vor dem Gedanken fürchteten, wir könnten den anderen Ländern einen Dienst leisten, wenn wir das Silber auf seinen alten Preis zurückführten. Ich weiss nicht, ob es allgemein als ein Verdienst des Herrn von Kardorff anerkannt werden wird, dass er hier von der Tribüne des Parlaments herab der deutschen Nation den Charakter des Neides so ganz vorzugsweise vindiziert. Ich habe bis jetzt keine Veranlassung, zu glauben, dass die deutsche Nation darin schlechter ist wie alle anderen Nationen, aber er mag dies mit seinen Freunden ausmachen. Ich sage nur, wenn wir beweisen — und nichts ist leichter als dies — dass die anderen Nationen so viel mehr unter der gegenwärtigen Silberverlegenheit leiden als wir, so haben wir darin die strengsten Beweise geliefert, dass nicht, wie diese Herren wollen, wir in der Lage sind, die Initiative zu einer solchen Veränderung zu ergreifen. Meine Herren, das ist es, worauf wir den Nachdruck diesem Antrage gegenüber zu legen haben; das ist es, warum wir beweisen, dass alle anderen Länder in einer minder guten Lage sind als Deutschland; wir wollen eben zeigen, dass, wenn überhaupt ein Grund wäre, eine solche Veränderung auf diesem gewagten Wege in die Welt zu setzen, wir die letzten wären, die vorangehen müssten; dass wir abwarten müssten, was die anderen thun, wie es auch ganz korrekt die Haltung der Reichsregierung bei vorausgegangenen Münzkonferenzen gewesen ist.

Wie gross ist denn die für uns aus den noch nicht abgestossenen Thalern möglicherweise entstehende Verlegenheit? — Ich muss doch da wieder auf einen Einwurf des Herrn von Kardorff zurückkommen, der mich ja so viel koramiert hat, dass ich nicht umhin kann, von Zeit zu Zeit an seine Monita

zu denken. Ich hätte mich, sagt er, leichten Herzens darein gegeben, dass wir noch eine Anzahl von Thalern im Bankschatz und in der Cirkulation hätten, die, wie er behauptet, die grösste Gefahr für den Bestand des deutschen Münzwesens darböten. Ich muss dem thatsächlich auf das allerentschiedenste widersprechen. Ich war der allerausgesprochenste, heftigste Gegner der Einstellung der Silberverkäufe; ich habe sie 1879 als ein schweres Vergehen gekennzeichnet; ich habe noch 1882 die Schrift dagegen geschrieben, die Herr von Kardorff selbst citiert hat; ich habe nie aufgehört, diesen Fehler als einen solchen auf das schärfste zu charakterisieren; ich habe immer Herrn von Kardorff gesagt: „Sie behaupten, wenn wir nicht zur Doppelwährung übergingen, sei es notwendig, dass wir unseren Rest von Silber verkaufen". Er kündigte an, dass er den Antrag auf Wiederaufnahme der Silberverkäufe stellen würde, und jedesmal antwortete ich ihm; „Stellen Sie doch den Antrag, — ich werde Arm in Arm mit Ihnen im Reichstag erscheinen." Ich habe das öfter gesagt: Herr von Kardorff hat mir mehrmals versprochen, Ihnen das erhabene Schauspiel vorzuführen, dass wir Arm in Arm nicht unser Jahrhundert, aber doch den Reichskanzler herausfordern würden, Silber zu verkaufen. Versprochen hat es Herr von Kardorff oft; gehalten hat er es nicht. Ich bin immer wieder bereit, die Aufforderung anzunehmen. Aber wenn ich es auf der einen Seite als einen Fehler ansehe, dass man diese Silberverkäufe einstellte, — ich will mich heute darüber nicht weiter verbreiten, weil ich noch gar viel anderes zu erledigen habe, — so muss ich doch sagen, auf die Gefahr hin, hier wieder denunziert zu werden, dass ich diese grosse Gefahr, die die Herren der Bimetallisten in dem Bestand von 400 Millionen Mark Silber in dem grossen deutschen Reiche sehen, dass ich diese Gefahr nicht mehr als etwas so furchtbares ansehe. Was ist denn das im Verhältnis zu den Silbervorräten aller anderen Länder? Was bedeutet denn diese ganze Gefahr? Wir wollen annehmen, dass verloren gingen 20, 30, 40 Prozent; 40 Prozent auf 400 Millionen wären 160 Millionen Mark. Etwas wäre das Silber doch noch immer wert; wir brauchten es nicht ins Wasser zu werfen. Einen eventuellen Verlust von 160 Millionen Mark würde Deutschland in einer Krise noch tragen können, ohne

irgendwie in die Gefahr des Unterganges zu geraten. Meine Herren, diese Summe von 160 Millionen Mark geben wir sogar spielend für andere Dinge aus; wir haben über 50 Millionen für Hamburg und Bremen votiert und diese Städte veranlasst, noch 100 Millionen für den Zollanschluss herzugeben. Was will ein solcher Betrag heissen in einer sonst ganz gesunden Cirkulation, wie wir sie haben? Ich wünsche sehr, dass die Silberverkäufe wieder aufgenommen würden — natürlich *cum grano salis*, wie ein verständiger Kaufmann es machen würde, der eine Ware abzusetzen hat. Ich bedaure, dass sie unterbrochen wurden; aber jetzt zu sagen, dass wir ins Wasser springen müssten aus Angst, zu ertrinken, dass wir zur Doppelwährung, zur Wiederaufnahme der Silberwährung übergehen müssten bloss um dieser 400 Millionen willen, die wir noch haben, — das ist eine Aberration, zu der ich nie kommen werde.

Übrigens ist die Gefahr, die aus dem Silberüberfluss in der Welt existiert, gar nicht so gross; ebenso steht es mit der angeblichen Gefahr des mangelnden Goldes. Sehr merkwürdigerweise hat uns Herr von Kardorff selbst in seiner heutigen Rede die Argumente geliefert, dass die Dinge gar nicht so schrecklich sind, wie er sie darstellt. Er hat angeführt, wie grosse Goldvorräte Frankreich, Amerika, England besitzen; er hat uns auch darauf hingewiesen, was an Silber noch verbraucht wird. Ich weiss also nicht, wo ist denn die grosse Kalamität, wenn sich das so verhält? Ich kann dann nur hinzufügen: bis jetzt findet sogar das Silber in den Münzprägungen eine solche Verwendung, dass ich gar nicht erschrecken werde, wenn die 100 Millionen Silber wieder frei werden durch Einstellung der Blandbill. Denn nicht bloss Amerika prägt aus, Mexiko prägt etwa für 100 Millionen Mark Silber aus, Indien prägt aus; und wenn wir die Tabelle nachsehen, die der amerikanische Münzmeister, der darin die sorgfältigste Zusammenstellung jedes Jahr macht, veröffentlicht, so finden wir, dass im letzten Jahre überhaupt 400 Millionen Silber ausgeprägt sind, also nur 100 Millionen weniger als die ganze Produktion, wozu noch der industrielle Verbrauch kommt. Es ist also auch dieser Schreck durchaus nicht so gross, wie er hingestellt wird.

Aber, meine Herren, wie ich schon sagte, das Interesse an dieser Frage ist bei den anderen Ländern ganz unendlich viel

grösser. Frankreich hat gegenüber den 400 Millionen, die wir noch höchstens entbehren könnten — und ich bin darin mit Herrn Professor Nasse, den Herr von Kardorff citiert hat, ganz einverstanden, dass wir nicht einmal die 400 Millionen abzugeben hätten, dass wir uns mit 300 schon begnügen könnten, also einer relativ kleinen Summe — gegenüber dieser Summe von 300 Millionen hat Frankreich eine Silbercirkulation von 3 bis 4 Milliarden Franken Silber. England hat in Indien eine furchtbare Silberlast, die an seinem Mark zehrt, die auf sein Budjet jährlich einen Verlust von 80 bis 90 Millionen Mark ausmacht, und die Besitzer von Forderungen an Indien, die indischen Bondholders, alle Pensionäre, alle Beamten, die aus Indien zurückgegangen sind, in England leben und einen sehr wesentlichen Bestandteil der Rentner unter der behäbigen Bevölkerung von England ausmachen, — die haben einen enormen Verlust an diesem Silber. Die Amerikaner haben das Silber aufgespeichert in solchen Massen, dass sie nicht mehr wissen, wie sie es unterbringen sollen; dass sie jedes Jahr neue Gewölbe bauen müssen, um das Silber zu bewahren, das niemand mehr in die Hand nehmen will, das nur in Form von Papier cirkuliert. Wenn alle diese Länder sich so bemühen mit dem Versuch, das Silber, wie Sie sich ausdrücken, zu rehabilitieren, dann begreife ich es. Aber dass wir die letzten sind, die es thun, dass wir höchstens einmal, wie der Herr Reichskanzler vor zwei Jahren verfügt hat, hingehen, hören, was wir thun können, um diese schwierige Operation anderen zu erleichtern, teils aus Solidaritätsgefühl mit der Welt, teils aus eigenem Interesse, — das begreife ich; aber dass nun die Herren herkommen und das deutsche Reich, das in verhältnismässig günstigster Lage ist, auffordern, die Initiative zu ergreifen, meine Herren, das ist von Ihrem so oft hervorgezogenen nationalen Standpunkt — ich wage zu sagen — eine Verirrung, die ich nicht begreife. Und nun wollen Sie wirklich, meine Herren, dieses deutsche Reich, das sich in der Handelspolitik auf den Boden gestellt hat, möglichst wenig Handelsverträge machen zu wollen, das den Satz ausgesprochen hat, wie der Reichskanzler es gethan: in jedem Handelsvertrag handelt es sich nur darum, wer den anderen betrügt, — dieses Reich sollte sich nun hier einlassen auf internationale Verträge! für sein eigenstes Blutsystem, für den

Inhalt seiner ganzen Verkehrsbewegung, seiner Cirkulation, seines Kredits soll es sich die Hände binden gegenüber einer ganzen Anzahl von Staaten, deren guten Glauben ich durchaus nicht für alle Zukunft verbürgen möchte, die aber unabhängig von ihrem guten Glauben gar nicht in der Lage sind, unter allen Umständen das zu halten, was sie versprechen! Meine Herren, eine Kalamität kann ein Land in die Notwendigkeit versetzen, sein Geld zu verändern; und dagegen hilft kein Vertrag, und alle Münzverträge, die gemacht worden sind, waren nur dazu da, um zerrissen zu werden.

Meine Herren, die Reichsregierung hat ja ein so gerechtes Misstrauen in alle diejenigen Geldverpflichtungen, die nicht mit unserer guten Goldwährung, wie wir sie jetzt haben, verbürgt sind, dass sie in einem der allerneuesten Gesetzentwürfe — und daran muss ich erinnern — die Klausel hineingesetzt hat: Geld, das für die Ersparnisse des arbeitenden Volkes angelegt wird, darf nur angelegt werden in Effekten, welche auf Goldwährung lauten. Das ist in dem Sparkassengesetz vorgesehen. Dieser ganz unwillkürlich hervortretende Gedanke zeigt Ihnen doch, wie wenig Vertrauen nach der Auffassung unserer Regierung die Doppel-, Silber- oder Papierwährungsgelder verdienen! Herr von Kardorff hat in ganz richtiger Voraussicht dessen, was ich sagen würde, einen Angriff zu paralysieren gesucht, den er von meiner Seite erwartet, und ich kann ihm trotz seiner vorbeugenden Massregel allerdings diesen Vorwurf nicht erlassen; es handelt sich nämlich um den Punkt, dass die Bimetallisten, welche die nach meiner Ansicht unannehmbare Thesis aufstellen, es könne der Silberpreis künstlich gesichert werden auf Jahre hinaus durch internationale Verträge, — dass diese bis vor kurzem immer sich fest erklärten dafür, dass ein solches Vorgehen ohne England undenkbar sei. Herr von Kardorff selbst hat, wenn ich nicht irre, noch vor zwei Jahren, als ich anführte, einige Bimetallisten hätten ohne England vorgehen wollen, mir zugerufen mit Handbewegung: „Ich niemals!“ Er niemals! Er verwahrte sich dagegen, und, meine Herren, was hat man auf der heiligen Synode in Köln, auf dem grossen Bimetallistenkongress von 1882 erklärt? Dass ein solcher Vertrag ohne England undenkbar sei! Herr von Kardorff hat mir eine Stelle vorgelesen aus einem populären Vortrage, der

von mir gedruckt worden ist im Jahre 1872;*) er wird mir also auch erlauben, einiges vorzulesen aus den Akten vom Jahre 1882, und zwar aus den offiziellen feierlichen Aktenstücken. Es handelt sich da nicht um einen einfachen Vortrag, — ich könnte ihm übrigens noch einige andere Irrtümer signalisieren, die in jenem Vortrag stehen, und die aus dem einfachen Grunde hineingeraten sind, weil ich, nachdem ich im Handwerkerverein gesprochen habe, im Jahre 1872 auf 3 Monate nach Italien verreiste und der Text durch einen Freund während meiner Abwesenheit redigiert wurde, ohne dass ich mich aufmerksam darum gekümmert hätte; es steht ein noch viel grösserer Irrtum darin, den ihm sein mich kontrolierender Freund**) signalisieren wird, wenn er noch einmal schärfer zuschauen will. (Heiterkeit.)

Ich will aber hier zurückkommen auf die Erklärungen des Kölner Kongresses, von dem, nachdem der Pariser Kongress gescheitert war, behauptet wurde, dass er die Welt erlösen werde. Hier heisst es nun in der vierten Thesis:

> So lange aber England bei der Goldwährung beharrt, wird weder die Regierung noch die öffentliche Meinung Deutschlands eine Freigebung der Silberausprägung zugestehen, und es würden demnach alle Bemühungen für das Zustandekommen des Bimetallismus vergeblich bleiben. Von der Einsicht des englischen Volkes hoffen wir, dass es den Segen und die Notwendigkeit der vertragsmässigen Doppelwährung erkennen werde.

Dann heisst es in Thesis 8:

> Die deutschen Bimetallisten halten daran fest, dass Deutschland die Goldvaluta aufrechterhalten muss, so lange England das Gleiche thut. (Hört, hört!)

Andere Redner haben sich nun bei Ausführung der Thesen noch viel eingehender und schärfer über diese Frage verbreitet. So hat z. B. Herr Professor Lexis, einer der angesehensten Autoritäten, mein persönlicher Freund, obwohl Bimetallist — denn, meine Herren, das macht nichts; ich vertrage mich auf

*) Der Vortrag ist oben unter IV. wiedergegeben.

**) Gemeint ist Dr. Arendt.

das allerbeste mit Bimetallisten, wenn sie nur sonst liebenswürdige Menschen sind; das weiss auch Herr von Kardorff — also Herr Professor Lexis, eine der bestakkreditierten und wissenschaftlich anerkanntesten Stützen der Silberwährungspartei, sagte auf diesem Kongresse:

> Die Wiederherstellung jenes historischen Wertverhältnisses von 1 : $15^1/_2$ erfordert jedoch eine weit energischere Aktion und setzt voraus, dass nicht nur die Prägung in Amerika, in den Frankenstaaten und in Deutschland freigegeben werde, sondern dass auch England beitrete. Es schliesst diese Ansicht übrigens nicht aus, dass ein Uebergangsstadium angebahnt werden könnte, bei welchem England nur gewisse, allerdings weitgehende, Konzessionen zu machen hätte. Als vollständig gesichert aber könnte das internationale bimetallistische System erst nach dem vollständigen Beitritt Englands angesehen werden.

Meine Herren, ich könnte Ihnen noch eine Reihe von Aussprüchen aus jener Konferenz citieren; ich glaube aber, dass das vollständig genügen wird, um Sie zu überzeugen, wie man damals mit vereinten Kräften und auf alle Weise den Versuch machte, einen vertragsmässigen Bimetallismus für möglich zu halten, wie man damals sich ausgesprochen hat.

Erlauben Sie mir noch, eine Stelle zu citieren aus einem Briefe des Herrn Ernst Seyd, auch eines der grössten Kenner und eifrigsten Verteidiger des Bimetallismus — er ist jetzt gestorben —, der aber auch daran festhielt: Nichts ohne England! Von ihm ist auch das von Herrn von Kardorff citierte Wort: „Wir werden doch nicht so thöricht sein, den Engländern die Kastanien aus dem Feuer zu holen!"

Herr Seyd schreibt:

> Ferner ist es zweifellos, dass die anderen Nationen nicht im stande wären, das Silber auf den früheren Fuss zu bringen, ohne dass England als Hauptinteressent am Silberverkehr mitwirkt. Deutschland darf unter keinen Umständen seine jetzige Stellung aufgeben, wenn es nicht völlig gegen das schnöde Spiel, das England mit der indischen Währung treiben kann, gesichert ist. (Hört!)

So sprach ein unbefangener, ehrlicher Anhänger des Bimetallismus, und, meine Herren, diese Meinung haben Sie immer vertreten, so lange Sie nicht die Hoffnung verloren hatten, dass England sich zum Bimetallismus bequemen könnte. Wie wenig in diesen Dingen zu geben ist auf das Urteil der Herren Bimetallisten, haben sie eben darin gezeigt, dass sie so lange den Wahn verfolgten, England könne auf ihre Idee eingehen. Wenn ich von irgend jemand sagen kann, dass er von diesen Dingen kein richtiges Urteil habe, so sind es die Bimetallisten, während wir auf unserer Seite das immer als unmöglich erklärt hatten. Und nun, meine Herren, kommt man jetzt, weil sie sehen, dass es nicht anders geht, weil das Haupt der englischen Bimetallisten dem Haupte der deutschen Bimetallisten, das nicht im Saale anwesend ist, vermutlich aber auf der Tribüne erschienen ist, erklärt hat, es sei ein für allemal nicht daran zu denken, dass man in England zum Bimetallismus übergehen werde, es sei eine Illusion, — kommen Sie jetzt und sagen — mit der volkstümlichen Wendung zu reden —: „Nun, dann nicht!“ Das ist die einfache münzpolitische Weisheit, mit der wir uns jetzt begnügen sollen. Und Sie glauben, meine Herren, dass England, welches das Centrum des Weltverkehrs, der Hauptgeldmarkt der ganzen Welt ist, bei der Goldwährung bleiben wird, und wir dennoch zur Silber- und Doppelwährung übergehen können, ohne unsere Beziehungen zur Welt zu schädigen, Sie wollen uns glauben machen, wir könnten Kolonialpolitik, überseeische Politik und überseeische Banken machen und könnten unsere Mark drüben in China und Japan für vollwertig verkaufen, wenn man nicht weiss, ob in Silber oder Gold gezahlt wird, während man von England wüsste, dass in Gold gezahlt werde! Meine Herren, für wen halten Sie uns denn? (Sehr wahr! links.) Meine Herren, England wäre uns sehr dankbar, wenn wir ihm diese Kastanien aus dem Feuer ziehen wollten, wenn wir ihm sein Silber in Indien u. s. w. abnehmen und unsere Goldwährung preisgeben wollten; ganz Neuguinea und Westafrika würde es uns mit Vergnügen ablassen, wenn wir ihm diesen Dienst leisten würden. Sie wollen sich von dem englischen Wechselmarkt emanizipieren, der allein 6 Milliarden in einem Jahr umsetzt, und glauben, dass wir eine besondere deutsche Währung in Kraft setzen können? Nein, meine Herren, das sind Illu-

sionen, die meiner Ansicht nach ebenso sehr gegen Sie beweisen wie die agrarischen Petitionen, die Sie ins Werk setzen. Denn, meine Herren, ficht man mit Argumenten, mit Gründen und mit Thatsachen, so lasse ich mir das alles gefallen und ermüde mit meiner Geduld nicht, so lange die Geduld anderer nicht ermüdet. Wenn man uns aber hinweist auf die Beschlüsse ländlicher Versammlungen, während Herr von Kardorff selbst sagt, es beschäftigen sich leider so wenige Parlamentarier, die Elite der Nation, die zur Gesetzgebung berufen ist, mit der Frage, und man bringt mir einstimmige Beschlüsse solcher ländlichen Kasinos, dann sage ich: eine Sache, die mit solchen Mitteln verteidigt wird, ist schlecht! — (bravo! links) und ich beneide den Bundesrat nicht um die Gefühle, die ihn bewegen mussten, als ihm diese denkwürdigen und sachlichen Petitionen zu hochgeneigter Kenntnisnahme (Heiterkeit links) überreicht wurden.

Meine Herren, nun machen es sich aber auch die Herren Bimetallisten noch wunderbar leicht mit ihrer ganzen Operationsweise. Der Antrag, den sie stellen, die Regierung möge doch die Initiative ergreifen zur Wiederaufnahme einer bimetallistischen Konvention, ist allerdings von einer solchen Einfachheit, die dafür beweisen könnte, dass er ländlichen Ursprungs wäre (Heiterkeit links); sie sagen ganz einfach: die Regierung soll eine Konvention machen. Was darin stehen soll, wie sie geartet sein soll, wie die verschiedenen Probleme gelöst sein sollen, davon ist mit keinem Schimmer die Rede. Ich erinnere mich einer alten Berliner Posse, in der vorkam eine Szene, dass ein Herr mit seinem Bedienten im Zimmer war, als von draussen Diebe hereinzudringen schienen; da sagt der Herr zu seinem Diener: Brenneke, geh vor die Thür und fechte wie ein Verzweifelter! (Heiterkeit.) So sagen die Bimetallisten auch zur Regierung: sie soll einmal hinausgehen, soll mit anderen Nationen fechten und sehen, was sie fertig bringt! Meine Herren, wenn ich die Regierung wäre, so würde ich doch sagen: seien Sie so gut und geben Sie mir einmal hochgeneigtest auch Ihre Ideen, wie das z. B. mit dem Verhältnisse zwischen Silber und Gold sein soll, ob wir das Silber wieder auf 1 : $15\frac{1}{2}$ bringen sollen oder auf 1 : 18, 1 : 20. Ferner möchte ich mich bescheiden darnach erkundigen, wie sich die

Herren denken, auf wie lange ein solcher Münzvertrag abgeschlossen werden soll, und wie sie sich das Verhältnis vorstellen, wenn solch ein Münzvertrag auf 10, 15 Jahre abgeschlossen ist, und in den letzten 4, 5 Jahren Zweifel entstehen, ob die Sache fortbestehen wird, und wie sich die einzelnen Währungen dabei befinden würden. Ich würde auch fragen: soll freie Prägung gegeben werden oder nicht? Herr von Kardorff hat an diese Frage nur so angetippt; aber wenn ich an seine korrekten Bundesgenossen appelliere und an ihn selbst in seinem tieferen Gewissen, so wird er doch nicht zweifeln, mir darüber Rede zu stehen, dass es keine Währung giebt ohne freie Prägung, dass der ganze Kern der Währung die freie Prägung d. h. die Selbstgeltung des Metalles ist, und dass wir übereinkommen müssten, sofort bei einer solchen Konvention freie Prägung zu geben.

Wenn Sie die Regierung auffordern wollen, die Initiative zu ergreifen zu solchen Verträgen, so haben Sie die Güte, machen Sie definitiv Vorschläge. Wenigstens ist das mein Gedanke, und ich werde mich darin nicht sehr von der Regierung entfernen. Aber bedenken Sie doch das eine: wie unendlich erschweren Sie die diplomatische Seite der Sache, indem Sie der deutschen Regierung zumuten, nunmehr die Initiative zu ergreifen gegenüber einer Beschlussnahme, bei der sie früher nur die kontemplative Rolle und die des kühlen Zuschauers gespielt hatte! Ist denn das ein Mittel, um etwas zu erreichen, wenn man jetzt dem Kunden nachläuft, dem man seine Waren verkaufen will? Im Jahre 1881 hat die deutsche Regierung ganz vernünftig und korrekt gesagt: ich bin nicht ohne Sympathie für das, was ihr jetzt versucht in anderen Staaten; ich will auch sogar im Kreise einer gewissen Bemühung nützlich sein, aber mich drücken die Dinge am wenigsten. Sie hat hinzugesetzt — und das war eine Wiederholung der Erklärung, die der Herr Reichskanzler im Jahre 1879 gegeben hat —: wir werden festhalten die deutsche Goldwährung auf alle Weise, wir haben sie ergriffen, wir lassen uns nicht davon abbringen; aber wir wollen nicht unverständig sein, wir wollen anderen Nationen das Leben nicht ohne Not erschweren, wir wollen Konzessionen machen. Und nun, nachdem auch diese Haltung zu nichts geführt hat, wollen Sie die deutsche Regierung

veranlassen, nun zu Kreuze zu kriechen, *pater peccavi* zu sagen, zu Frankreich und zu Amerika zu kommen und zu sagen: nehmt mich armen Sünder auf, ich habe mich zum Besseren bekehrt!? Meine Herren, welche Bedingungen werden wir da bekommen! Stellen Sie sich in die Lage des Vertreters, der in einer solchen Situation auf der internationalen Konvention erscheint.

Nein, meine Herren, ich kann nur zu dem zurückkommen, womit ich begonnen habe. Ich habe alle Argumente nicht erschöpft, aber — ich fürchte, ich habe — Ihre Geduld erschöpft, und will nicht länger an sie apellieren. Unsere Reichsregierung hat bis jetzt, wenn sie auch meiner Ansicht nach darin gefehlt hat, dass sie die Silberverkäufe eingestellt hat, im übrigen sehr wohl begriffen, welch' ungeheure Verantwortlichkeit auf ihr ruht dafür, dass sie den Gedanken in die Welt setzen könnte, sie sei versucht, von der deutschen Münzwährung, bei der alles in Ruhe und Ordnung verläuft, abzuweichen und nun Misstrauen ins Ausland und Inland zu säen. Selbst das Schwache, was bis jetzt in diesen wenigen Tagen geschehen ist, ist schon nicht ohne Wirkung geblieben. Wenn die Welt sich nicht mehr alarmiert hat, ist es aus dem einfachen Grunde, dass jeder verständige Mensch sich sagen muss: so gottverlassen kann die deutsche Nation nicht sein, dass sie aus irgendwelcher theoretischen Velleität ihre feste Währung preisgiebt und ihren Kredit in der Welt erschüttert. Es wird nichts geschehen, sagt sich die Welt, und deshalb beunruhigt sie sich nicht. Würde aber der Gedanke platzgreifen, dass es dennoch möglich wäre, dass so etwas geschehe, so würde das eintreten, was bereits in kleinen Symptomen sich bemerkbar gemacht hat. In den letzten Tagen haben sich bereits einzelne Personen, die die Dinge näher verfolgten, die Frage gestellt: wie könnte ich mich in Sicherheit bringen gegen die Gefahr, dass die deutsche Valuta erschüttert würde? Infolgedessen sind auswärtige Staatspapiere an der Börse gesucht worden, inländische sind um ein weniges gesunken. Die Wechsel auf London, die die Goldvaluta repräsentieren, sind gestiegen; die Leute, die bares Geld haben hier und da, haben sich schon mit solchen Wechseln versehen, weil sie der deutschen Valuta nicht mehr unbedingt das Zutrauen geben. Meine Herren, selbst die auswärtige Spekulation ist

schon aufmerksam geworden. Vor zwei Tagen bekam ich ein Telegramm aus Wien, worin die Anfrage an mich gerichtet wird: wie es stehe, ob wir zur Doppelwährung übergingen? Offenbar war das schon mit dem Gedanken geschehen, dass man wohl in Wien sich danach richten müsse, was hier geschehen wird. Meine Herren, wenn erst dieser Gedanke eingreift, dann sind die Folgen unberechenbar, und dann kann allerdings dasjenige Unglück eintreten, dass die Herren, die spekulieren — ich meine damit niemanden der Anwesenden — die Herren, die draussen spekulieren auf die Erschütterung der deutschen Währung, das herbeiführen, was sie wollen, nämlich ein solches Misstrauen, dass auch ohne veränderte Gesetzgebung die deutsche Währung ins Wanken gerät.

Meine Herren, ich habe damit angefangen, dass ich Sie darauf aufmerksam gemacht habe, wie die ganze bimetallistische Bewegung der Welt mit der Spekulation zusammenhängt, dass eine grosse Krisis herbeigeführt werden könnte durch die Zurückrufung der Blandbill, dass damit eine ungeheure Entwertung des Silbers käme, dass in dieser Verwirrung die deutsche Nation genötigt würde, zum Bimetallismus zu kommen.

Dass ich Ihnen keine Chimäre an die Wand gemalt habe, will ich nur aus dem letzten Aktenstücke beweisen, das ich Ihnen vorlesen werde, und mit dem ich dann die Summe der Ansprüche, welche ich an Ihre Geduld gestellt habe, erschöpft haben werde.

Vor nicht gar langer Zeit, am 11. Januar 1884, hat der leitende Führer des deutschen Bimetallismus, der Inspirator der ganzen Bewegung, dessen grosses Talent und Energie anzuerkennen ich nicht im geringsten anstehe, und dem ich auch fern bin irgend etwas von den schnöden Motiven unterlegen zu wollen, die Herr von Kardorff vorhin ganz mit Recht zurückgewiesen hat — ich sehe unsere deutschen Bimetallisten gerade so, wie die Vertreter der Goldwährung auf dieser Seite, als Männer an, die für ihre Idee mit der vollen Überzeugung ins Feuer gehen; und man weiss ja, dass gerade für solche wissenschaftlichen Probleme man sich ebenso sehr fanatisieren kann, wie für irgend eine andere Überzeugung; ich glaube nicht, dass irgend ein anderes Vehikel im Spiele ist bei den Vorkämpfern des Bimetallismus in Deutschland; aber, meine Herren, gerade

dieser Feuereifer kann manchmal zu Exzessen verleiten, die weiter führen als Interessen materieller Art; und ein Beispiel davon haben Sie eben in dem Aktenstücke, das ich Ihnen zum Schluss noch geben will — der Führer der deutschen Bimetallisten also hat am 11. Januar 1884 an Herrn Kelley, den Führer der amerikanischen Bimetallisten, geschrieben:

„Sehr geehrter Herr! Ich danke für die Abschrift Ihrer Bill."

— Nämlich die für Aufhebung der Blandbill —

„Ihre Prinzipien werden von mir, von Cernuschi, Gibbs, Pierson, Vrolick, Luzzatti und Laveleye vollständig geteilt, wie ich aus der Korrespondenz mit allen leitenden Bimetallisten Europas weiss."

— Beiläufig gesagt: wenn Sie uns auf der Linken hier eine solche internationale Korrespondenz nachweisen könnten in Sachen wirtschaftlicher Fragen, da möchte ich einmal sehen, welch ein Sturm losbräche. Jetzt hören Sie zu:

„Alle —

nämlich alle die bimetallistischen Korrespondenten —

hoffen auf den Sieg des Bimetallismus durch die Suspension der Blandbill;

— im Gegensatz zu dem, was Herr von Kardorff gesagt hat — in Deutschland ist die Währungfrage zu einer politischen Parteifrage geworden,

— politische Parteifrage! —

aber die Anhänger der Goldwährung, die auf dem Felde der Wissenschaft gänzlich besiegt sind (Heiterkeit links), sind machtlos, werden nicht einmal die Wiederaufnahme der Silberverkäufe durchsetzen. Andererseits macht die bimetallistische Propaganda beständige Fortschritte, und der Eifer für unsere Sache ist überall gross. Wenn die Regierung auch nicht bewogen werden kann, in der Sache vorzugehen, so zieht sie vor, zu warten und vor allem dann nicht einen Schritt weiter zu gehen als die Engländer. Wenn England einmal gewonnen ist, wird es auch in Deutschland gehen; aber um England zu gewinnen, ist die Suspension der Blandbill, wie Sie richtig schliessen, notwendig."

Und dann heisst es weiter:

„Wenn Sie es für nützlich halten, so würden die bimetallistischen Gesellschaften Englands, Belgiens und Deutschlands per Kabel eine Adresse an den Kongress richten, welche um die Annahme Ihrer Bill im Interesse des Bimetallismus bittet. Wenn Sie mir eine Kabeldepesche senden, so würde ich thun, was in der Sache nötig ist; und wenn der Reichstag zusammentritt, beabsichtigen die Bimetallisten die Regierungen über den gegenwärtigen Stand der Währungsangelegenheit zu befragen und eine amtliche Untersuchung über dieselbe zu fordern. Wenn die Blandbill aufgehoben ist, werden sie die Wiederaufnahme der Silberverkäufe fordern."

Also in diesem Moment, wenn das Silber stürzt, unverkäuflich wird, werden unsere patriotischen Bimetallisten auftreten und sagen: Nun verkauft das Silber, damit die Krisis über Deutschland herbeigeführt werde! Ich betrachte das alles nicht, wie Sie (rechts) es vielleicht in ähnlichem Falle thun würden, als Hochverrat, als Konspiration mit den Fremden; sondern ich betrachte es nur als einen Exzess des Fanatismus, zu dem man in theoretischer Überzeugung hinkommen kann, und ich schliesse damit, dass ich noch einmal die verehrten Kollegen bitte, wohl zu erwägen, dass die Folgen des Beschlusses, den sie heute fassen, vielleicht von grosser Tragweite sein werden. Ich fürchte nicht, auch wenn Sie heute mit Mehrheit den Antrag von Kardorff und Genossen annehmen sollten, dass eine bimetallistische Konvention zu stande kommt deswegen; nie und nimmermehr kommt eine solche zu stande, darüber bin ich ganz ruhig. Ich habe das im Jahre 1878 vorausgesagt, und Sie haben es nicht glauben wollen; ich habe es im Jahre 1881 vorausgesagt, und Sie haben es nicht glauben wollen. Sie werden es auch jetzt nicht glauben wollen. Darüber bin ich ganz ruhig. Worüber ich aber unruhig bin, ist dies, dass die Welt und Deutschland selbst alarmiert werden könnten in Bezug auf den Standpunkt, den die Reichsregierung in dieser Beziehung bisher eingenommen hat. Ich habe aus dem heutigen Verhalten der Regierung die Beruhigung gezogen, dass sie noch fest steht;

aber ich möchte auch Sie warnen, nicht bei einem so wichtigen Schritte exzeptionell nun in dritter Lesung eine Resolution zu fassen, die man in so wichtigen Fragen sonst erst nach drei Lesungen und nach sehr sorgfältigen Erwägungen und Fühlungnahme mit dem Lande zu fassen gewohnt ist. Ich verlasse mich darauf, dass die Reichsregierung und — ich fürchte nicht zu sagen — speziell der Mann, der die grosse Verantwortlichkeit trägt, der Herr Reichskanzler, die ganze schwere Verantwortlichkeit fühlen wird, die auf ihm ruht, wenn unser im In- und Auslande wohlbestellter Kredit durch Annahme eines solchen Antrages ins Wanken kommen würde. (Bravo! links. Zischen rechts.)

XII.

Rede über die Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank.

(1889.)

Rede über die Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank,

gehalten im Reichstag am 8. November 1889.

(Vergl. Einleitung S. 149, 150.)

Meine Herren, ich glaube, nach der Debatte, wie sie bis jetzt verlaufen ist, wäre es kaum nötig, noch auf die Gründe einzugehen, welche wir von seiten der Gegner des Gesetzentwurfs bis jetzt gehört haben. Es wäre auch vielleicht richtig gewesen von seiten des Herrn Abgeordneten Gamp, wenn er seine Rede mit der Erklärung eröffnet hätte, mit der er sie geschlossen hat, wenn er uns von vornherein gesagt hätte, dass eigentlich nach Entwickelung seines ungeheuren Schlachtplanes das Resultat seiner Forderungen darauf hinausgehen werde, statt auf 10 Jahre nur auf 5 Jahre zu verlängern. Dann wäre allerdings vielleicht unsere Aufmerksamkeit weniger gespannt gewesen. Aber wir hätten uns auch weniger angestrengt, darüber nachzudenken, wie wir seine Argumente widerlegen sollen. Denn darüber, ob man auf 5 oder auf 10 Jahre jetzt die Bank verlängert, einen grossen Prinzipienstreit anzufangen, dafür eine Kommission einzuberufen, das scheint mir ein ungeheurer Luxus. Herr Gamp hat wirklich seine ganzen Auseinandersetzungen so geführt wie jener Mann, der, von der Reise nach Hause gekommen, seinem Gastfreunde einen langen Brief schreibt über eine Dose, die bei ihm stehen geblieben sei, und dann ein Postskript hinzusetzt: geben Sie sich keine Mühe, die Dose ist gefunden. (Heiterkeit.) Das war ungefähr die Auseinandersetzung des Herrn Gamp.

Nun habe ich mir wirklich keine Anstrengung erlassen, um den Pfad zu verfolgen, den der geehrte Herr Abgeordnete in seiner Auseinandersetzung gegangen ist. Aber ich erkläre mich besiegt. Es ist mir rein unmöglich gewesen, den logischen Zusammenhang seiner Beweisführungen in die Hand zu fassen, aus dem einfachen Grunde, weil sie sich durchaus widersprochen haben. Ich erinnere nur daran, dass er damit begonnen und verschiedene Male sich wieder darauf zurückbegeben hat, die Leitung der Reichsbank wegen ihrer Vortrefflichkeit anzuerkennen, dass aber die Ausstellungen, die er gemacht hat, viel mehr gegen die Administration der Reichsbank gegangen sind als gegen das Statut und gegen das Grundgesetz der Reichsbank.

Worüber hat er sich beschwert? Er hat sich beschwert, dass der Landwirtschaft, dass dem kleinen Handwerk kein Kredit gegeben werde. Nun, meine Herren, in dem Gesetz der Reichsbank steht hiervon kein Wort, dass dem einen oder anderen vorzugsweise Kredit gegeben oder verweigert werden solle. Es kann also der Fehler, wenn einer vorgekommen ist, nur allein in der Anwendung des Gesetzes liegen. Wie reimt sich das also nun zusammen damit, dass Herr Gamp von einer Verbeugung gegen die Leitung der Reichsbank zur anderen kommt und schliesslich alle seine Klagen daran hängt, dass in der Anwendung des Bankgesetzes gefehlt worden sei? Denn die paar Ausstellungen, die er über die Verfallzeit der Wechsel oder über die Unterschriften gemacht hat, sind ja solche Nebensachen, dass ein Prinzipienstreit daran gar nicht zu heften ist. Er möge sich also erklären! Ich widerspreche gewiss nicht der Anerkennung, die der Leitung der Reichsbank gezollt worden ist; aber wenn er so entzückt davon ist, so begreife ich nicht, warum er seine Vorwürfe nur dahin zu wenden weiss, dass die Prinzipien der Bank offenbar falsch angewendet worden seien. Denn er wird doch nicht verlangen, dass man ausdrücklich in das Bankgesetz hineinstellen soll: der Kredit der Bank, das Diskontieren von Wechseln, das Lombardieren von Unterpfändern soll auch dem Landmann oder Handwerker gewährt werden. Es steht ja absolut keine Definition von Personen darin, auf die die Bankpraxis Anwendung finden soll. Er hat

also vollständig seinen Schlachtplan unter den eigenen Füssen verloren in dem Moment, wo er anfängt, Kritik zu üben.

Nun hat Herr Gamp auch dem Herrn Kollegen Büsing gegenüber sich darauf berufen, dass Herr Büsing nicht dabei gewesen wäre, als jenes Gesetz beraten und genehmigt wurde, dass er auch nicht wohl im stande sei, über den Geist, in dem das Gesetz gedacht und geübt werden sollte, Rechenschaft abzulegen. Auf mich wird das wohl keine Anwendung finden. Ich gehöre zu den wenigen, die in der Kommission — ich war damals Berichterstatter gerade vor 15 Jahren — sassen. Es sind beinahe Tag für Tag heute fünfzehn Jahre, dass uns das Gesetz von der Reichsbank vorgelegt wurde, und ich habe mit einer wehmütigen Bewegung heute Morgen meine Akten vorgenommen und gefunden, dass von der damaligen Kommission von den 21 nur noch 3 Mitglieder hier sind, die heute im Hause sitzen, nämlich ausser mir die Herren Kollegen von Kardorff und Haanen, und dass von den 21 bereits 7 nicht mehr unter den Lebenden weilen. Aber es sind doch noch viele Kollegen da, die mit uns damals im Reichstag sassen, und ich glaube, so ziemlich Zeugnis ablegen können über das, was damals bei Abfassung der Vorlage gedacht worden ist.

Ich will bei der Gelegenheit zugleich darauf kommen, dass Herr Gamp sich auch speziell auf Lasker berufen hat. Lasker war damals in der Kommission auch ein sehr thätiges Mitglied; und da die Kommissionsvorschläge im wesentlichen mit ganz kleinen Varianten vom Plenum angenommen wurden, so kann ich hinzusetzen, dass Lasker eins der thätigsten und überzeugtesten Mitglieder der Kommission war. Die Berufung auf ihn als auf einen, der die Sache missbilligt hätte, fällt ganz ohnmächtig zu Boden. (Zwischenruf.) — Ja, Sie haben den Wortlaut von einer ganz anderen Gelegenheit citiert; das war gar nicht bei der Bank. Wohlwollende Äusserungen über die Landwirtschaft hat jeder einmal gemacht, der eine mehr, der andere weniger. (Heiterkeit.) Das hat mit der Konstruktion einer Bank nichts zu thun. Ich gebe allerdings zu, dass in dem Gedankengang des Herrn Gamp diese Dinge sich beständig mit einander mischen; aber bei anderen ist das weniger der Fall.

Wie steht die Sache heute? Wir haben ja gewusst, dass alle diese Angriffe, diese Ungeheuerlichkeiten, die gegen die

Reichsbank vom Tage ihrer Geburt an bereits von gewissen Seiten losgelassen wurden, bei dieser Debatte herauskommen würden. Ich will sogar gestehen, ich habe sie mir viel fürchterlicher gedacht, als sie sich bis jetzt gezeigt haben; wenn es nicht noch kommt, so habe ich sie bedeutend überschätzt. Aber es wäre doch gut, wenn bei dieser Gelegenheit einmal mit diesen dunklen Anschuldigungen, diesen Flüchen, die auf die Reichsbank als auf ein schändliches, landmörderisches Institut losgelassen werden, bei dieser Gelegenheit aufgeräumt würde, und gezeigt würde, was an diesen Dingen ist.

Meine Herren, wie kam die Reichsbank zu stande? Das war eine ganz andere Situation als die heutige. Als wir im Jahre 1874 an diese Arbeit gingen, da war — ich kann beinahe sagen — ein Menschenalter von Anstrengungen, von Vorbereitungen, von Gedankenarbeit, von Erfahrungen hingegangen, in denen man alle die einzelnen Fragen, die hier zur konkreten Lösung kommen mussten, aufs eifrigste zu lösen bestrebt gewesen war. Eine ungeheure Litteratur, Äusserungen von Vereinen, Versammlungen von Spezialisten, Denkschriften von Korporationen waren ein Jahrzehnt lang in Deutschland beständig an der Tagesordnung, um zu einer richtigen Lösung dieser Frage zu gelangen, von der jeder sich sagte: hier wird ein grosses Stück Wohl und Wehe des gesamten nationalen Erwerbslebens zur Lösung gebracht. Als der Niederschlag dieser gesamten enormen Anstrengungen ist nun ein Bankgesetz zu stande gekommen unter thätiger Mitwirkung eines von Arbeitslust und Schaffensfreude beseelten Reichstags, einer Reichsregierung, die sich in allen ihren Teilen, auch in den einzelnen Regierungen, dieser Aufgabe mit der grössten Hingabe widmete. Alle diese Fragen, von denen heute nur so einige Nachzügler aufs Tapet kommen, hat man aufs glücklichste mit Rücksicht auf ihre Vorgeschichte zu lösen versucht, und endlich kam man zu dem Fazit, wie ich hinzusetze, mit einer grossen Mehrheit des Reichstags, unter dem allgemeinen Gefühl, dass hier nach menschlichem Ermessen in den Hauptbedingungen die beste Lösung gefunden sei. Als das fertig war, durfte man sich wohl sagen: nun ist der erste wichtige Schritt geschehen, wir wollen nun sehen, wie die Sache wird. Der Reichstag hat damals unter meiner eigenen Mitwirkung diese Frist von 15 Jahren gesetzt, indem

er sich sagte: es ist ja möglich, wir haben uns geirrt, die Erfahrung kann uns in dem einen oder anderen Kardinalpunkt Unrecht geben, wir wollen nicht die Mittel aus den Händen geben, darin Remedur eintreten zu lassen, — und deshalb haben wir die Kündigung oder Verlängerung von der Zustimmung des Reichstags abhängig gemacht.

Nun scheint mir die Sache einfach so zu liegen. Die Frage, die ein loyaler, sich selbst Rechenschaft legender Mann sich hier zu stellen hat, ist die: was hat die Erfahrung gelehrt? welche Nachteile sind aus dem Bankgesetz hervorgegangen? wo ist die bessernde Hand anzulegen? Und wenn Sie auf diese Fragen konkrete Antworten haben, wenn Sie mir heute entgegentreten und sagen: hier sind bestimmt definierbare, greifbare Fälle in nennenswerter Anzahl, in denen sich gezeigt hat, dass die Organisation der Reichsbank mit ihren Grundsätzen fehlerhaft war zum Schaden, sei es des ganzen oder einer gewissen Kategorie von Angehörigen des Reiches, so bin ich mit Freuden bereit, in eine Diskussion darüber einzutreten und zu untersuchen, ob hier etwas zu bessern ist. Wenn Sie aber nur mit so allgemeinen Betrachtungen kommen, wie wir sie heute von den beiden gegnerischen Vorrednern gehört haben, nur mit Betrachtungen kommen, die sich schliesslich nicht gegen das Gesetz wenden, sondern gegen eine Anwendung, von der sie selbst sagen, dass sie im ganzen richtig gewesen sei, so frage ich: ist das ein Grund, um ein so ruhmvoll zu stande gekommenes Werk, von dem alle Welt anerkennt, dass es die grössten Dienste geleistet hat und vortrefflich durchgeführt ist, wieder in Frage zu stellen und ein neues Experiment mit allgemeinen Theorien anzufangen, vor das Land hinzutreten und zu sagen: die Reichsbank, welche wir vor 15 Jahren geschaffen haben, taugt nichts, suchen wir etwas anderes nach anderen Prinzipien zu machen!? Ich glaube, kein Mensch im Lande, welcher einen Begriff von der Wichtigkeit des Instituts und der Art seiner Funktionen hat, wird verstehen, dass man in der Weise prozedieren möchte, und die Stimmung des Hauses ist auch, wenn ich nicht irre, ganz auf seiten derer, die so urteilen, in allen Parteien ohne Ausnahme. Ist das nicht ganz in der Natur der Sache begründet? haben wir denn die deutsche Reichsbank damals so aus der blauen Luft heraus-

genommen? war es eine Improvisation von Theoretikern und Doktrinären? Nein, meine Herren!

Der Gegensatz, den der Herr Abgeordnete Gamp zwischen preussischer und deutscher Reichsbank hat hervorrufen wollen, ist gänzlich aus der Luft gegriffen. Die Reichsbank ist weiter gar nichts als die erweiterte, vervollkommnete, fortgesetzte Preussische Bank. Das ist ihre Geschichte; so ist sie historisch geworden, so ist sie geführt worden. Der Reichsbankpräsident selbst ist ein lebendiger Beweis der Kontinuität dieser Einrichtung. Ich selbst habe die Ehre gehabt, ihn als Präsidenten der Preussischen Bank zu kennen, und wir haben dann zusammen die Reichsbank zu konstruieren versucht, so gut wie wir konnten. Meine Herren, wenn dem so ist, wo stehen denn dann die Theorien, die man dieser Bank vorwirft? wo stehen die Schäden, die gemeinschädliche, einseitige Tendenz? Ist denn bei der Preussischen Bank das, was man wahrscheinlich doch in der Stille als liberales Manchestertum oder dergleichen, oder als Begünstigung der hohen Finanz in der heutigen Reichsbank zu suchen sich bestrebt — ist das in der Preussischen Bank gewesen? hat man es der Preussischen Bank vorgeworfen? Und wenn das nicht ist — wir haben ja ganz und gar die Preussische Bank, nur mit erweiterten Attributen, nur mit höherer Stellung; — also nicht mal im Schein ist hier ein Anknüpfungspunkt dafür vorhanden, dass die Reichsbank von irgend einer Einseitigkeit bei ihrer Schöpfung ausgegangen sei.

Nun kommt Herr Gamp und hat Ausstellungen hauptsächlich nach dieser Richtung hin! Darauf geht er ja hinaus, und darum dreht sich ja auch sein ganzes Buch, das ihm, glaube ich, vorgehalten ist, weil es das einzige ist in der Litteratur — es ist ein Unikum, — das auf diese Weise die Reichsbank anzugreifen gesucht hat; wir haben ja in den Zeitungen, in Leitartikeln und allerhand Versammlungsreden keinen Mangel an Angriffen gegen die Reichsbank gehabt, — aber ich glaube die Litteratur über diesen Gegenstand zu kennen: es ist das einzige in seiner Art, welches der Reichsbank diese Art von Vorwürfen zu machen und solche Verbesserungsvorschläge zu machen sich unterfangen hat. Es ist vielleicht das Charakteristische an diesem Buch nicht so sehr, was darin steht, als dass, wenn ich mich nicht sehr irre, das Buch der Anlass war, dass der Herr

Kollege Gamp in die Reichsbehörde berufen wurde, — wenn ich nicht falsch berichtet bin. (Zuruf.) — Wenn das ein Irrtum ist, so ist es mir sehr angenehm für die Reichsbehörde. (Heiterkeit.) Aber, meine Herren, worauf geht denn das ganze Petitum hin? Herr Gamp fragt nach der Definition der Reichsbank, nach ihren Ermächtigungen, nach ihren Pflichten. Ich will sie ihm ganz einfach sagen, auch ohne mich nur auf die Unterscheidung einzulassen, ob sie ein Kreditinstitut ist oder nicht: die Bank leiht nur auf solche Wechsel, solche Gegenstände, von denen sie glaubt, sie werden ihr in einer bestimmten Verfallzeit wieder bezahlt; und auf solche Dinge, von denen sie zweifelt, dass sie richtig wieder eingehen, leiht sie nicht, und das ist ihre verfluchte Schuldigkeit, wie man zu sagen pflegt. Und, meine Herren, nicht bloss, dass eine Bank keine Wohlthätigkeitsanstalt ist, die dafür zu sorgen hat, dass Menschen, die vielleicht gern ihre Geschäfte erweiterten oder leichter betrieben, auch die nötigen Mittel fänden — ich gehe nicht einmal so weit, das allein für das Falsche zu erklären —, sondern eine Bank, die Geld ausleiht, ohne sicher zu sein, dass es ihr auf eine bestimmte Weise am bestimmten Tag ganz sicher wieder zukommt, zerstört das Nationaleigentum, meine Herren! Denn wer Geld an unsichere Kantonisten ausleiht, der leiht Geld aus zu unwirtschaftlichem Verzehr, und wer Geld zu unwirtschaftlichem Verzehr ausleiht, der schädigt und mindert das Nationaleigentum.

Diese Schädigung und Minderung des Nationaleigentums wird aber um so viel verderblicher, wenn sie verbunden ist mit einem Institut, das an der Spitze der ganzen Solvabilität, der ganzen Zahlungsfähigkeit der gesamten Nation und des Reiches steht. Denn das erkennt ja der Kollege Gamp auch selbst an: die Verpflichtung der Bank, ihre Noten am offenen Schalter einzulösen gegen bares Geld, unter allen Umständen, — das ist die *suprema lex* der Bank, das ist der Angelpunkt; davon gehen alle Gedanken, alle Thätigkeiten, alle Funktionen der Bank nach allen Seiten strahlend aus, und alles, was nicht in diesen Mittelpunkt hineinpasst, das ist vom Übel für die Bank. Und deswegen hat der Herr Reichsbankpräsident vollständig Recht, zu sagen, dass er gegen seine heiligsten Pflichten ver-

stossen würde, wenn er sich auf Transaktionen einliesse, welche von zweifelhafter Sicherheit wären.

Über die Kleinigkeiten, über die Formalistik, ob ein oder drei Unterschriften, wollen wir heute nicht sprechen; das ist seiner Zeit genügend erörtert worden, und wenn Herr Gamp den Bericht nachlesen will, der damals gegeben wurde, wird er das finden. Übrigens ist das eine solche Kleinigkeit; ein Mann mit einer guten Unterschrift findet immer noch einen oder zwei andere dazu; das macht ihm keine Schwierigkeiten. Wenn aber drei schlechte Unterschriften kommen — schlechter als die der Herren Meyer und Gamp, die der Herr Bankpräsident nicht zurückweisen würde, — aber drei schlechte Unterschriften würden ihn nicht bewegen, Kredit zu geben, wenn die Leute nichts taugen.

Ich hätte nun gedacht, dass bei allen diesen Beschwerden Herr Gamp uns wenigstens konkrete Fälle vorlegte, wo, sei es nach dem Grundgesetz der Bank, sei es nach der Administrationsweise, wirklich ein solches Unrecht geschehen sei, wie er es schildert. Was hat er uns nun erzählt? Einen einzigen Fall! Ob es ein Müller oder Bäcker war, das wusste er selber nicht mehr; kurz, weiss war der Mann, und Teuffel hiess er, was jedenfalls ein interessanter Gegensatz ist. (Heiterkeit.) Meine Herren, verlangen Sie nun, dass danach die Grundgesetze der Bank geändert werden? Ist das eine Auseinandersetzung von einem Abgeordneten, der hier im Reichstag diese schwerwiegende Frage zu einer anderen Auffassung bringen will, dass er einen einzigen Fall bringt, wo noch auf seine Verwendung hin, wie er selbst zugiebt, Remedur geschaffen ist?

Beiläufig gesagt, ich würde das nicht thun an seiner Stelle, ich hielte es für eine üble Praxis, dass gerade die Abgeordneten zu einer Bank liefen und so eine Art Protektionismus ausübten, wie es in anderen Ländern geschieht, dass jeder Abgeordnete ein Patronat von hilfsbedürftigen Leuten, sei es von kleinen Handwerkern, sei es von Landwirten, hinter sich hätte, deren Wechsel bei der Bank nicht diskontiert werden, und dass er ihnen sagt: lieber Freund, warte, ich gehe zur Reichsbank, der Präsident wird nächstens in der Sitzung zu sprechen haben, und da wird er mir wohl den Gefallen thun und wird mal überlegen, ob er den Wechsel nicht diskontiert. Ich bin weit davon

entfernt, zu meinen, dass Herr Kollege Gamp diese Praxis im Auge hat; aber es ist ein gefährliches Exempel, und ich möchte nicht, dass diese Art von Begönnerung bei uns Nachahmung fände. Nein, meine Herren, die Bank verfügt nach allgemeinen Grundsätzen von oben herab, und es werden ihre Verfügungen streng befolgt, und Herr Gamp hat uns ja selbst die allerschlagendsten Beweise gegeben über den aufs äusserste getriebenen guten Willen, gerade da Kredit zu geben, wo er ihn gegeben zu sehen verlangt. Ich muss sagen: der Erlass, den die Bank betreffs der Vorschüsse auf Branntweindepots in die Welt gesetzt hat, — mir geht er zu weit. Ich muss gestehen — der Herr Reichsbankpräsident mag mir das nicht übel nehmen —, mir hat er den Eindruck gemacht, als wenn er unter einer Art von Pression erlassen wäre in dem Moment, wo alles schrie: die Agrarier, die Produzenten von Kartoffeln, die Brenner sind das Opfer der neuen Steuern; wir müssen denen Erleichterung schaffen. Er hat das gewiss nicht mit Absicht gethan; aber ich glaube, dieser allgemeine Ton hat auf ihn gewirkt, um einen Erlass zu geben, der meiner Ansicht nach an Korrektheit zu wünschen übrig lässt, der die Sicherheit der Bank etwas weniger im Auge hat, als bei einer korrekten Bankverwaltung nötig wäre. Ich weiss, dass der Herr Präsident mir das nicht übel nehmen wird; es ist ja rein theoretisch hier ausgesprochen.

Was verlangt nun aber Herr Kollege Gamp? Er sagt: man soll auch den Leuten, die keine Sicherheit geben, von denen es nicht wahrscheinlich ist, dass sie zur richtigen Zeit bezahlen werden, — (Widerspruch rechts.) — Das haben Sie ja selbst citiert. (Zuruf rechts.) — Nicht wahrscheinlich oder zweifelhaft; der Sinn ist, dass solchen Leuten Kredit gegeben werden soll, von denen man nicht in normaler Weise überzeugt ist, wie es immer geschieht, dass in richtiger Weise bezahlt wird. Und zum Beweise, dass Sie das gesagt haben, Herr Gamp, fügten Sie das Mittel hinzu, das Korrektiv, das es erlauben soll, solch unsicheren Kredit zu geben; Sie sagten, man könne ja höhere Prozente nehmen, um sich eine Assekuranzprämie zu verschaffen, um für den Fall, dass der Mann nicht bezahlt, am Schluss des Jahres durch den Gewinn schliesslich gedeckt zu sein. Ja wissen Sie, Herr Kollege Gamp, was das ist? Das ist einfach Wucher. Der Wucher besteht eben darin,

dass derjenige, der einem schlechten Zahler borgt, eine höhere Prämie dafür nimmt, weil er in seinem ganzen Wuchergeschäft sich mit diesem höheren Nutzen dagegen deckt, dass eine Anzahl seiner Klienten ihm am Zahltage ausfällt. Das ist die Remedur, die Sie hier vorgeschlagen haben.

Herr Gamp hat noch einen anderen Vorschlag gemacht; er sagt: man kann ja das Kapital vergrössern. Nun, meine Herren, bis jetzt war ein Bedürfnis zur Vergrösserung des Grundkapitals nicht hervorgetreten; für die regelmässigen Geschäfte, für die Diskontierung von Wechseln, für die Lombardierung, für die Aufrechterhaltung der Währung, war das nicht hervorgetreten. Wozu soll denn das Kapital vermehrt werden? Um es an solche Leute zu leihen, die nicht ganz solvabel sind? Es soll also mehr Kapital gegeben werden zum Verlieren?! Das ist eine Bank, wie sie bis jetzt noch nicht bestanden hat, wie sie allerdings auf Originalität den grössten Anspruch hat. (Heiterkeit.)

Nun, ich glaube wirklich, dass, wer nur sich Rechenschaft von der unendlich wichtigen und unanzweifelbaren Zahlungsfähigkeit einer Bank giebt, davon durchdrungen sein muss, dass der ganze Standpunkt, den Herr Gamp in dieser Sache eingenommen hat, absolut ein externer ist. Nur jemand, der ganz ausserhalb des Begriffs und der Sphäre des Bankwesens steht, kann an die Bank herantreten und ihr Wünsche aussprechen über das, was alles desiderabel wäre, damit so viel Menschen wie möglich im Reich durch Kredit glücklich gemacht werden. Herr Gamp hat selbst angedeutet, dass man eine Menge Anstalten sich denken könne, die zu diesem Zweck thätig sind für Handwerkerkredit, landwirtschaftlichen Kredit, Genossenschaftskredit. So viel Sie wollen, schaffen Sie, wenn Sie die Pläne haben! Bringen Sie sie vor, im Reichstag und in den Einzelstaaten! Aber, wenn derartige Schmerzen existieren, diese an eine Bank heften und einen Wunschzettel herstellen, den die Banken befriedigen sollen, ohne zu fragen, wie die Zahlungsfähigkeit, die perennierende Solvabilität darunter leidet, das ist ein Standpunkt, den nur jemand einnehmen kann, der ganz falsche Vorstellung von dem Wesen der Zettelbanken hat.

Nun, meine Herren, soweit, was die Desiderien des Herrn Gamp angeht. Ich komme nun mit ein paar Worten auf die

allgemeine Forderungen, welche gestellt worden sind. Man hat die Verstaatlichung von zwei Gesichtspunkten aus verlangt, erstens, um dem Reiche den Vorteil zuzuwenden, den bis jetzt die Privatleute als Aktionäre hätten. Ich gebe sehr gern zu: das ist ein diskutabler Standpunkt. Unser Kollege Graf Mirbach, der heute, glaube ich, nicht hier ist, hat in einer veröffentlichten Auseinandersetzung diesen Standpunkt auch ganz einzig aufrechterhalten; darüber lässt sich reden. Warum soll man nicht streiten können, ob die Bank nicht so verstaatlicht werden könnte, dass auch die ein oder zwei Millionen, die jetzt nach dem neuen Plan herausfallen, dem Reich gehören könnten? Ich glaube, der Herr Bankpräsident und der Herr Kollege, der vor mir darüber gesprochen hat, haben schon zur Genüge den Punkt behandelt. Ich möchte nur auf eins aufmerksam machen.

Die Herren, welche vorrechnen, dass hier aus dem Zettelmonopol ein Teil des Nutzens an Aktionäre abgegeben werde, begehen in der Regel den Irrtum, dass sie glauben, der ganze Profit der Bank werde aus den ungedeckten Noten genommen, aus dem Zettelmonopol. Aber das ist ein grosser Irrtum. Die ungedeckten Noten bilden ja nur einen verhältnismässig geringen Bruchteil des ganzen werbenden Kapitals der Reichsbank; der grössere Teil besteht aus der Bardeckung, aus dem Kapital, und besteht aus den Einschüssen der Girogläubiger, die auch ihr Kapital in die Bank legen. Sie haben ja gehört, dass im letzten Jahr die ungedeckten Noten nur beinahe 3 Prozent des ganzen Bankvorrats waren, dass bis zu 97 Prozent gedeckt waren. Also aus diesem Monopol, ungedeckte Noten auszugeben, entspringt der grosse Teil des Nutzens gar nicht; er entspringt ganz einfach aus dem geschäftlichen Betrieb, daraus, dass die Bank eine Aktiengesellschaft ist wie jede andere, die mit ihrem Kapital und mit dem, was ihr anvertraut wird, zum Besten des Landes Geschäfte macht.

Also selbst dieser Grund, den man für die Rechtsfrage geltend machen könnte, ist meiner Ansicht nach nicht durchschlagend.

Meiner Ansicht nach haben die verbündeten Regierungen ganz richtig gegriffen; sie haben sich gesagt: es ist an dem

Bankgesetz bis jetzt kein hervorragender Fehler gefunden worden, der uns veranlassen sollte, an seiner Organisation oder an dem grundlegenden Gesetz etwas zu ändern. Aber eine Thatsache hat sich verändert. Der Zinsfuss hat sich verändert; er war im Jahre 1874 etwa $4^1/_2$ und ist jetzt durchschnittlich auf $3^1/_2$ heruntergegangen. Es ist nicht anders als richtig, dass wir nun die Vordividende der Bankinhaber von $4^1/_2$ auf $3^1/_2$ Prozent herabsetzen. Das ist eine durch die konkreten Thatsachen bedingte Aenderung, auf die jedermann wird eingehen können. Ebenso ist die Veränderung der Grenze von 8 auf 6 Prozent deshalb, um das Reich drei Viertel an dem Gewinn teilnehmen zu lassen, in den thatsächlichen Verhältnissen begründet. Erstens hat sich vielleicht gezeigt, dass der Griff von 8 Prozent, den wir vor 15 Jahren gethan haben, etwas zu hoch war; wie die Herren wissen, ist bis jetzt die Verteilung über 8 Prozent nie zu stande gekommen, und man wollte doch offenbar, dass in relativ günstigen Jahren der Anteil des Reiches grösser sei. Ausserdem ist in der ganzen Welt der Gewinn herabgegangen; alle Kapitalgewinne und Unternehmergewinne sind in den letzten 10 bis 15 Jahren erheblich gesunken, und auch darum ist es richtig, dass die Anteilseigner nicht mehr bis 8, sondern nur bis 6 Prozent das Recht haben sollen auf die Hälfte des Gewinnes.

Nun kommt aber auch die praktische Frage der Organisation hier zu pass, wie schon mehrmals auseinandergesetzt worden ist, wenn wir uns vor die Möglichkeit stellen, die Reichsbank in eine Staatsbank zu verwandeln. Ich will auf diesen Punkt, auf den bereits aufmerksam gemacht worden ist, nicht mehr des breiteren zurückkommen; aber es ist noch eine Nachlese zu halten. Die Herren von der Rechten, die sehr gut wissen, dass, wenn sie den anderen Privatbanken zu Leibe gehen, ihr Vorschlag noch aussichtsloser ist, als er sich jetzt schon herausstellt, haben natürlich in ihren Propositionen den Gedanken hineingelassen: an den Privatbanken wird nichts geändert; die bayerischen, die sächsischen und die anderen Privatbanken sollen ganz frei durchgehen. Dieser Gedanke ist ganz undurchführbar. Sowie Sie die Hand an die Reichsbank legen und sie verstaatlichen, können Sie auch mit den anderen Banken nicht so weiter wirtschaften. Sowohl das praktische Leben als

die Billigkeit und Gerechtigkeit verbieten Ihnen das. Wie wollen Sie es denn rechtfertigen, dass die Vorteile, die aus der Reichsbank gewonnen werden, ganz dem Reiche zufallen, die Vorteile aber, die aus der bayerischen, sächsischen und anderen Banken erzielt werden, nicht dem Reiche zufallen? Wie wollen Sie es rechtfertigen, dass Sie hier mit zwei verschiedenen Massstäben messen? Das ist nicht durchführbar. Und dann, glauben Sie nicht, dass die grössten Reibungen und die gefährlichsten Kollisionen für die ganze Praxis daraus entstehen könnten, wenn auf der einen Seite stünde eine absolut verstaatlichte Reichsbank, auf der andren die anderen Banken mit ihren Interessen? Stellen Sie sich das nur nicht leicht vor, in welchen Konflikt wir hier kommen könnten!

Es giebt noch einen dritten Punkt, der hier sehr ins Gewicht fällt; das ist die Frage der Kontingentierung. Von der hat auch keiner der Herren bis jetzt gesprochen. Ich weiss nicht, ob der Reichstag in seiner jetzigen Mehrheit für die Kontingentierung ist oder nicht. Ich war ursprünglich nicht dafür. Ich bin kein fanatischer Anhänger der Kontingentierung; aber ich stehe hier wie in der ganzen Gesetzgebung auf dem Boden, dass ich sage: was gut ist, wollen wir gut lassen; die Bank hat bis jetzt gut funktioniert; die Kontingentierung mit einer Steuer von 5 Prozent über eine gewisse unbedeckte Notensumme hinaus hat wenigstens nicht geschadet; wir wollen nicht ohne Not ändern, wir wollen die Dinge lassen, bis der Gegenbeweis uns aufgedrängt wird, dass etwas geändert werden muss. Meine Herren, die ganze Kontingentierung fällt aber, wenn Sie eine verstaatlichte Reichsbank machen; Sie können das Reich nicht zu Steuern an sich selbst verpflichten. Wenn Sie aber die Kontingentierung bei der Reichsbank aufheben, müssen Sie sie auch für die Privatbanken aufheben. Sie sehen also, meine Herren, man kann da nicht so auf den blinden Zufall hinaus einen Griff in einen wohldurchdachten Organismus machen, der seiner Zeit aus einem Gusse mit Berücksichtigung aller seiner Teile konstruiert worden ist, in den man nun wegen dieser oder jener theoretischen Liebhaberei eine Bresche zu legen verlangt. Das würde sich in jeder Weise rächen.

Meine Herren, glauben Sie nur nicht, dass das ein reines

Luftgebilde ist, die Gefahr, die die Staatsbank bei einer Invasion dem Feinde gegenüber darbietet im Vergleich zu einer Privatbank. Meine Herren, wenn ich nicht falsch berichtet bin, so hat sich die Sache im Kriege 1870 an einem Punkte der französischen Grenze ganz *in concreto* so abgespielt, wie wir hier theoretisch darüber streiten. Mir ist aus einer sehr guten Quelle berichtet worden, dass bei dem Einmarsch der deutschen Armee in Frankreich eine Bank in Gefahr war, eine Filiale der französischen Bank, dass ihr Barvorrat von den einmarschierenden Truppen, von dem Feldherrn, mit Beschlag belegt werde. Darauf wurde remonstriert nach dem Hauptquartier, dass hier eine Privatbank sei und keine Staatsbank, und darauf kam der Entscheid, wenn ich recht berichtet bin, zurück, in diesem Falle solle man die Hand von dem Barschatze lassen. Aber, meine Herren, ein anderes Beispiel, die Kommune von Paris. Die Kommune von Paris war gewiss nicht menschlicher und gerechter, als ein fremder Feldherr unter Umständen sein wird; die Kommune von Paris hat auch den Schatz der Bank von Frankreich respektiert. Es wurden ihr kleine Zahlungen, Abschlagszahlungen gemacht, damit die Verwaltung nicht gestört würde, damit man nichts devastiere; aber man hat im grossen ganzen das Eigentum der Bank respektiert. Sie sehen also, meine Herren, ganz chimärisch sind diese auf den äussersten Fall nur vorgebrachten Einwendungen nicht.

Nun, meine Herren, hat sich denn in der Verwaltung irgend etwas gezeigt von der Schädlichkeit des Privatbankausschusses? Haben wir auch nur einen Schimmer von Andeutungen dafür bekommen, dass jener Privatausschuss seinen Einfluss ausüben könne, um eine oder die andere Kategorie von Kunden der Bank zu bevorteilen oder zu benachteiligen? Meine Herren, der Ausschuss der Aktionäre hat gar nicht mit zu beschliessen; man muss die Verwaltung gar nicht kennen, wenn man glaubt, dass der nur ein Wort mitreden könnte. Er wird sich auch hüten. Die Bank steht, wie die preussische, mehr als irgend eine der kontinentalen Banken und mehr als die englische Bank unter beinahe ausschliesslicher staatlicher Leitung, so zwar, dass man sagen könnte: es ist ganz egal; dass die Laienelemente, Aktionärelemente beteiligt sind, das verschlägt nichts, sie haben nichts zu sagen, man könnte ebenso gut ein paar Leute der

Regierung ernennen. Ich bin nicht der Ansicht; aber jedenfalls ist es soweit wahr, dass man sagen könnte: Platz für Privatinteressen ist in dieser Vertretung des Ausschusses, der der Bank beigegeben ist, absolut nicht.

Nun, damit gar keine Argumentation weggelassen werde, die hinfällig ist, — Herr Gamp hat sich nicht eine einzige entgehen lassen, — hat er auch noch vorgetragen jene merkwürdige Betrachtung, es seien unter den Aktionären der Bank so und so viele Ausländer. Sollte man nicht meinen, es stünde in den Statuten der Bank oder in dem Gesetze, dass den Ausländern Aktien gegeben werden sollen? Meine Herren, warum sind Ausländer darunter? Ganz einfach, weil sie mehr für die Aktien bezahlen als Deutsche; wenn die Deutschen mehr dafür gäben, würden Sie Deutsche haben. Finden Sie darin ein Übel, dass so und so viele Ausländer die Aktien höher veranschlagen als die eigenen Mitbürger? Können Sie einen Einfluss ausüben? Es steht ausdrücklich in der Vorschrift, dass die Mitglieder jenes Ausschusses, der beratend der Bank zur Seite steht, nur Inländer seien, und ein grosser Teil davon nur in Berlin wohnen muss. Wo ist dann das Unglück, wenn auswärtige Aktionäre an der Reichsbank beteiligt sind? Ich erinnere mich, dass vor 10 oder 12 Jahren in offiziösen Blättern gar nicht mit Unrecht Staat damit gemacht war, dass jetzt die preussischen Konsols an die englische Börse gebracht würden, dass die Engländer preussische Staatspapiere kauften, und im ganzen, meine Herren, wird das nicht zum Nachteil eines Landes oder zur Schande eines Landes gereichen, wenn das Ausland soviel Vertrauen zu seinen Werten hat, dass Leute, die ganz solide sein wollen, die sich schützen wollen gegen die Gefahren einseitiger Kapitalanlage in ihrem eigenen Lande, auch solche auswärtigen Aktien kaufen. Ich muss sagen: von allen wunderlichen Argumenten, die ich in der Sache habe vorbringen hören, ist mir das noch eins der wunderlichsten.

Nun, meine Herren, ist schliesslich vorgeschlagen worden, diese Materie vor eine Kommission zu bringen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: wie ich die Dinge ansehe, glaube ich kaum, dass hier Ursache vorliegt, die Sache in eine Kommission zu verweisen. Denn von zwei Dingen eins: entweder man lässt die Sache bei ihrer jetzigen Bewandtnis, folgt dem Vorschlage

der verbündeten Regierungen, und da sehe ich nicht ein, was eine Kommission da Grosses zu thun hätte, — oder die Gegner siegen, man will die ganze Anstalt umwerfen, man beschliesst eine Kündigung, nun, meine Herren, dann ist noch Zeit, in zweiter Lesung zu beschliessen, dass die Spezialberatung an eine Kommission gehen soll. Es ist in keinem Stadium der Beratung ausgeschlossen, eine Materie wieder in eine Kommission zurückzuschicken. Aber ist es nicht selbst für die Anhänger der Staatsbank, für die Anhänger des Vorschlags der Kündigung von dem höchsten Werte, dass diese allgemeinen Prinzipienfragen nicht hinter den vier Wänden eines Kommissionszimmers, sondern dass die hier *in pleno* beraten und beschlossen werden? Meine Herren, hier handelt es sich ja nicht um Details; es handelt sich um eine grosse Prinzipienfrage: die Einen wollen die Bank verstaatlichen, die Anderen wollen es nicht. Das ist kein Gegenstand für eine Kommissionsberatung. Meiner Ansicht nach müsste man diese Sache vorerst für die zweite Lesung in das Plenum verweisen. Wird in dieser zweiten Lesung beschlossen, dass gekündigt werden soll, dann stimme ich mit dafür, dass man die Sache dann in eine Kommission verweist. Ich weiss aber, wie es geht: die Neigung ist heute einmal — nicht zum Vorteil des Parlamentarismus, nicht zum Vorteil unserer Beratungen, nicht nach der Zeit der besten Gewohnheit der parlamentarischen Praxis —, möglichst viele Dinge in die Kommission zu weisen; die grosse Anzahl der Mitglieder kann dann fehlen, kann nach Hause reisen, sie nimmt kein Interesse an der ganzen Verhandlung, es wird eine Spezialität von wenigen Leuten; dann kommt ein Bericht; ist die Sache fertig gekocht, so wird sie angerichtet, und dann wird es meistens so angenommen. Es giebt eine Menge Fälle, in denen ja dies notwendig ist; aber ich glaube, dass es nicht gut ist, dass das ohne Notwendigkeit eine Art allgemeiner Bequemlichkeitsregel wird.

Ich will keinen Vorschlag machen; ich bin nicht davon überzeugt, dass es hier nötig wäre, vorerst noch eine Kommission zu ernennen. Wollen Sie aber eine Kommissionsberatung, so scheint mir doch die Zahl von 28, wie sie Herr Graf Stolberg vorgeschlagen hat, enorm gross. Warum soll denn das bei 28 Cigarren beraten werden? 21 genügen auch,

um sich darüber sehr bald ins Klare zu setzen, ob die Herren von der rechten Seite, die für die Verstaatlichung sind, durchdringen oder nicht, und, sobald das einmal gegen sie entschieden ist, schnurrt der Rest von selbst ab. Also, wenn Sie schon eine Kommission wollen, so ernennen Sie eine Kommission von 21 Mitgliedern!

Aber darum möchte ich allseitig bitten, meine Herren: bedenken Sie die grosse Wichtigkeit dieser Institution! Bedenken Sie, dass sie bis in die feinsten Fäden hinaus und bis in die kleinsten Interessen hinein mit dem Wohl und Wehe des Erwerbslebens und des deutschen Kredits zusammenhängt und bewahren Sie sich nicht bloss vor schlechten Experimenten, sondern sogar vor guten Experimenten! (Bravo! links.)

XIII.

Drei Aufsätze aus der „Nation“

(1889—1892).

I.

Die Münzpolitik der Kulturstaaten am Ende des Jahres 1889.

(28. XII. 1889.)

Die wichtigste Entscheidung, welche in der laufenden Session des Reichstags bis jetzt gefallen ist, galt der Erhaltung der Reichsbank in ihrer gegenwärtigen Gestalt. Sollten auch nicht alle Sachverständigen dem Lande dazu Glück wünschen, so trifft dies doch ohne Zweifel auf die bei weitem grösste Zahl derselben zu. Und selbst die, welche irgend einer politischen Schattierung zuliebe einigen Abänderungsvorschlägen Beifall gezollt haben, werden wohl hinterher, sofern es ihnen um die Sache selbst zu thun ist, sich im stillen eher gefreut haben, dass wir der Gefahr entgangen sind, an einer gesunden Anstalt von so tief ins Leben eingreifender Bedeutung aus Experimentierlust mit scharfen Eingriffen zu operieren. Die Gefahr schien eine Zeit lang nicht gering. Zwar stand die nationalliberale Partei fest zu der Regierungsvorlage; aber das Wahlbündnis von 1887 hatte doch dafür gesorgt, dass Rechte und Centrum vereinigt auch in dieser wichtigen Lebensfrage Regierung und Nationalliberale hätten überstimmen können. Nur zufälligen Absenzen ist es zu verdanken, wenn das nicht geschah. Nächst diesem günstigen Zufall ist es der Reichsregierung zu verdanken, dass alles glücklich verlief. Man darf aber noch hinzusetzen, dass ohne die Anstrengung der kleinen freisinnigen Partei selbst die korrekte Haltung der Regierung nicht ausgereicht hätte. Denn die Stimmen der Freisinnigen, welche bei den betreffenden Entscheidungen beinah vollzählig auf dem

Platze waren, gaben den Ausschlag für die Herstellung der schwachen Mehrheiten, mit welchen die Beschlüsse zu stande kamen. Hätte das Wahlkartell von 1887 etwa ein Dutzend Freisinnige mehr zu Gunsten von Konservativen beseitigt, so war die Regierung überstimmt. Es ist nichts so schlimm, es ist für etwas gut.

Ist die grosse organische Einrichtung der Reichsbank solcher Weise auf ein weiteres Jahrzehnt hin in Sicherheit gebracht, so haben die bei diesem Anlass gepflogenen Verhandlungen auch das Gefühl verstärkt, dass eine andere gesetzliche Grundlage unseres gesamten Wirtschaftslebens, eine noch viel unentbehrlichere, jetzt als geborgen angesehen werden kann, wenigstens nach menschlichem Ermessen. Auch die Goldwährung schien einmal von der Gefahr bedroht, dunkler Experimentierlust zum Opfer zu fallen, und diese Gefahr war wohl eine geraume Zeit lang eine viel ernstere, als die, welche über der Reichsbank geschwebt hat.

Bei den Verhandlungen über die Bankvorlage hatte man allgemein erwartet, dass die Bimetallisten des Reichstags einen grossen Vorstoss machen würden. Sie vermieden aber sorgfältig jede Annäherung an den Gegenstand. Zwar erklärte ihr Wortführer, Herr v. Kardorff, die beiden Angelegenheiten hätten gar nichts miteinander gemein. Aber wenn man erwägt, dass beinahe gar keine Aufgabe in der Gesetzgebung zu finden ist, in welcher derselbe Abgeordnete nicht Schmerzen entdeckt, die mit Silber zu kurieren wären — man denke nur an seine Ausführungen in sozialen und kolonialen Debatten —, so darf man doch zweifeln, ob bloss korrektes Denken ihn bestimmt habe, zwei so nah aneinander grenzende Gebiete wie Geld und Banknoten diesmal säuberlich auseinander zu halten.

Es war doch viel eher das richtige Gefühl, dass für den Bimetallismus zur Zeit in Deutschland nichts zu holen ist, welches solche schöne Diskretion nahe legte. Und wenn man noch eines Beweises dafür bedürfte, so ergäbe er sich aus den Reden, welche die bimetallistischen Abgeordneten bei der Debatte über die Bank gehalten haben. Sie alle erkannten nämlich in erfreulicher Übereinstimmung an, dass die Reichsbank in erster Reihe die Aufgabe habe, für die Aufrechthaltung und zureichende Fülle der Währung zu sorgen, und sie zollten der

Bankleitung ihren innigen Dank dafür, dass sie dieser Aufgabe so trefflich nachgekommen sei. Wohlan denn, das heisst doch ein Loblied auf die Goldwährung anstimmen. Denn was heisst Aufrechthaltung der Währung anderes, als Aufrechthaltung der Zahlung in Gold? In Silber oder Papier zu zahlen wäre keine Kunst und auch schwerlich als Kunst gepriesen worden. Nein, wir wollen es dankbar anerkennen, dass die Herren von Kardorff, Graf Mirbach und ihre Freunde ihrer Befriedigung und ihrem Lob für die Durchführung und Befestigung der Goldwährung Ausdruck gegeben haben und wir verbinden damit die Hoffnung, dass sie sich dieser guten Regung auch in Zukunft nicht schämen werden. Das Lob, welches sie dafür insbesondere so reichlich auf den Scheitel des Bankpräsidenten häuften, sei diesem auch mit nichten verschränkt oder missgönnt; denn wenn schon auch er einmal eine Zeit durchgemacht hat, in welcher sein Verhältnis zur Goldwährung nicht ganz zweifelsohne war, so darf man ihn doch schon seit lange zu den Bekehrten rechnen und sich darum doppelt über ihn freuen. Auch war, was aus seinen Reden zu Gunsten der Goldwährung hervorging, noch ungleich viel wichtiger als die Bekenntnisse der bimetallistischen Wortführer. Wies er doch mit gerechtem Stolz darauf hin, dass die Bank sich zur Aufgabe und Ehre vor allem mache, stets nur mit Gold zu zahlen, wo es verlangt werde, im Gegensatz zur Bank von Frankreich, die sich ein Agio dafür bezahlen lasse. Der Enthusiasmus, den unsere konservativen Herren bei dieser Gelegenheit für die Bank von Frankreich an den Tag legten, war überhaupt ein sonderbares Intermezzo, und vielleicht wären sie in einige Verlegenheit geraten, wenn man sie einem Examen über den Unterschied zwischen der Praxis dieser Bank und der der übrigen grossen Zettelbanken der Welt unterworfen hätte. Noch wichtiger als der Hinweis auf die flotte Bereitwilligkeit zur Goldzahlung waren in der Rede des Bankpräsidenten die Andeutungen darüber, dass diesem guten Willen auch die nötige Kraft beigesellt sei; denn darauf kommt es doch am meisten an. Auch mit dieser Kraft sah es eine Zeit lang nicht unbedenklich aus, besonders nachdem der grosse Fehler der Einstellung der Silberverkäufe im Frühjahr 1879 begangen worden war. Aber Zeit und Glück haben uns von der damals geschlagenen Wunde geheilt. Der Bankschatz, so

darf man jetzt nach jenen Andeutungen ruhig annehmen, besteht auch heute noch, nachdem er seit vorigem Jahr, infolge einer über die ganze Welt herrschenden Konjunktur, beträchtlich zurückgegangen, zu etwa drei Vierteilen aus Gold, und wenn man bedenkt, dass nach der bekannten Peelsakte selbst im alten Lande der Goldzahlung die englische Bank ein Fünfteil ihres Schatzes in Silber halten darf, so ergiebt sich daraus vergleichsweise für uns ein beinah normales Verhältnis. Abnorm ist ja dabei, dass die Zusammensetzung des Barschatzes noch immer geheim gehalten wird. Der Bankpräsident sagt, es herrsche zwischen ihm und den verbündeten Regierungen Einverständnis darüber, bei dieser Geheimhaltung einstweilen zu verharren; aber wenn der Herr Präsident jetzt mit den verbündeten Regierungen ein gutes Wort reden und ihnen zeigen wollte, dass dieser Schleier ohne Gefahr vor Erkältung gelüftet werden könnte, — wer weiss, ob diese guten Regierungen sich nicht überzeugen liessen?

Konnte nun so die Goldwährung in seliger Ruhe hoch über den Stürmen dieser Bankdebatte schweben, so war doch noch eine Ursache dabei im Spiele, die ungleich viel mehr, als alles bis jetzt Erwähnte, eine solche Situation geschaffen hat. Nämlich die grosse bimetallistische Pauke hat neuerdings ein fürchterliches Loch bekommen, ein Loch, so gross, dass man fragen kann, was denn von dem ganzen Instrument noch übrig ist.

Wer dies Loch näher besehen will, der nehme die erste beste Rede oder Abhandlung der letzten zehn Jahre irgend eines Doppelwährungsfreundes zur Hand. Er wird nicht zehn Zeilen zu lesen brauchen, um auf die schrecklichste der Anklagen gegen das Gold zu kommen, dass es nämlich den Niedergang aller Preise in der Welt beinah ganz allein auf dem Gewissen habe, und dass allen Unglücklichen, die ihre Waren nicht mehr so teuer wie ehemals verkaufen könnten, vor allem den vortrefflichen Landwirten, nur mittels der Wiedereinführung des Silbers zu besseren Preisen verholfen werden könnte.

Und siehe da! die Preise steigen wieder, und die Preise der unentbehrlichsten Massenartikel sind wieder gestiegen um zehn, zwanzig bis hundert Prozente, ehe das Silber sich auch nur von seinem tiefsten Fall erholt hatte, und jedenfalls ohne dass seine Wiedereinführung in den Geldverkehr, die sogenannte Rehabili-

tation, sich auch nur um Haaresbreite gerührt hätte!*) Ja die Ironie des Schicksals will es, dass nachträglich der Preis des Silbers im Gefolge der anderen Warenpreise sich selbst ein wenig zu rühren angefangen hat und als ein Geschöpf wie andere mitgestiegen ist, aber nicht viel, bis jetzt etwa fünf Prozent von seinem allerniedrigsten Tiefpunkt. Manche führten diese Aufwärtsbewegung des Silbers auf Spekulationen zurück, welche sich aus der silberfreundlichen Gesinnung der ans Ruder gelangten neuen Regierung in Washington erklären sollen.**)

In der That rühren sich die Silberfreunde in den Vereinigten Staaten, und von verschiedenen Seiten derselben sind Projekte vorgebracht worden, welche aus einem unerträglichen Zwitterzustand, der immer mehr zur Entscheidung drängt, heraushelfen sollen. Natürlich möchten sie das Dilemma zu Gunsten des Silbers lösen. So hat sich vor einigen Wochen in St. Louis eine „Silberkonvention" zusammengefunden, welche zwar sehr schwach besucht war, aber dafür in der Schneidigkeit ihrer Beschlüsse nichts zu wünschen liess. Sie formulierte den Antrag, dass die Silberprägung von Standarddollars zu dem festen Goldverhältnis von 1 zu 16 in den Vereinigten Staaten ganz frei gegeben werde. Präsident Benjamin Harrison und sein Schatzsekretär Windom haben sich aber entschieden ablehnend gegen dies wirklich unsinnige Projekt erklärt. Dagegen zeigt der Präsident einem Vorschlag, welchen der genannte Schatzsekretär neuester Zeit veröffentlicht hat, ein freundlicheres Gesicht. Windom schlägt vor, die jährlich gemäss der bekannten Blandbill stattfindende begrenzte Ausprägung von Standarddollars einerseits abzuschaffen, während andererseits die Re-

*) So ist, um nur das Wichtigste anzuführen, Roggen die Tonne seit 1887 von 110 auf 180 Mk. gestiegen, Eisen von 39 ½ Mk. im November 1886 auf 90 Mk. im Dezember dieses Jahres, von Kohlen, Fleisch und vielen anderen bekannten Steigerungen nicht zu reden.

**) Die Hauptursache liegt höchstwahrscheinlich im vermehrten Bedarf für den Osten. Die Ausfuhr von Silber nach Indien hat sich in diesem Jahr gegen das vorige beinahe verdoppelt, die nach den sogenannten Straits-Settlements sogar verdreifacht, letztere infolge des lebhafteren Geschäfts in Zinn. Auch die Goldausfuhr nach Indien ist stark gewachsen. Dazu kommen noch vermehrte Silberprägungen in England, wo der Schatzkanzler Goschen einen Teil der goldenen halben Sovereigns durch Silber im Kleinverkehr zu ersetzen bemüht ist.

gierung die Verpflichtung übernähme, gegen jede ihr angebotene Quantität von Silberbarren sogenannte Silbercertifikate auszugeben und die letzteren auch auf Verlangen wieder in Silberbarren einzutauschen (oder wenn sie es vorzöge gegen Gold), in beiden Fällen nach dem wechselnden effektiven Marktpreis des Silbers. Es ist hier, wo nur in der gedrängtesten Kürze die neuesten Erscheinungen auf diesem Gebiet gekennzeichnet werden sollen, natürlich nicht an eine Kritik dieses Vorschlags zu denken. Bis jetzt scheint er nicht einmal bei den Silberfreunden viel Beifall zu finden. Und obwohl der Cynismus wirtschaftlicher Interessenpolitik vielleicht nirgends so unverschämt auftritt wie in den Vereinigten Staaten, darf man doch glauben, dass der Vorschlag schon an der Unberechenbarkeit seiner komplizierten Wirkungen scheitern wird. Der Präsident behält sich vor, über den Gegenstand später mit dem Kongress sich ins Benehmen zu setzen. An seiner silberfreundlichen Gesinnung lässt er keinen Zweifel. Dagegen hat die Silberpartei insofern eine Enttäuschung erlebt, als sie sich der Hoffnung hingegeben hatte, einen ihrer Anhänger zum Sprecher des Repräsentantenhauses von Washington ernannt zu sehen. Dies ist ihr aber nicht gelungen. Es ist vielmehr „ein Mann des Ostens", welcher für die Silberbeutezüge nicht zu haben ist, gewählt worden.

Um ein Verständnis für den Plan Windoms zu haben, muss man sich vergegenwärtigen, dass die erwähnten Silbercertifikate in den Vereinigten Staaten seit wenigen Jahren viel mehr als ehedem in Aufnahme gekommen sind. Dieselben sind nämlich ein sogenanntes fundiertes Papiergeld, welches gegen die gemäss der Blandbill in den Staatsgewölben sich aufhäufenden Silberdollars ausgegeben und vom Staat überall in Zahlung genommen wird. Es hat sich dabei gezeigt, dass das amerikanische Publikum für den Gebrauch von Papierzahlungsmitteln einen so ausgesprochenen Geschmack hat, dass es nach der grösseren oder geringeren Solidität des dem Papier zur Deckung dienenden Wertes wenig fragt. Man hat sich immer mehr an die Bequemlichkeit eines in der Brieftasche zu tragenden Geldes so gewöhnt, dass man sogar nicht einmal mehr Goldmünzen in der Tasche tragen will. Übereinstimmend wird berichtet, dass man in den allermeisten Staaten der Union überhaupt beinahe kein

Gold mehr zu sehen bekommt. Diese bemerkenswerte Erscheinung hat dazu geführt, ein Problem eigentümlicher Art aufzuwerfen, für welches die Lösung noch nicht gefunden ist. Der leider eben abgegangene amerikanische Münzdirektor Kimball, dessen Berichte musterhaft waren, giebt selbst, indem er sich mit dieser Frage beschäftigt, eine Äusserung des Newyorker *Commercial and Financial Chronicle* wieder, in welchem es heisst:

„Was das umlaufende Gold angeht, so muss sich dasselbe allesamt in den Pacific-Staaten befinden, denn in den östlichen, westlichen und südlichen Staaten empfängt sicherlich nicht ein Mensch unter Hunderten im Laufe eines ganzen Jahres bei gewöhnlichen Geschäften ein einziges Goldstück oder auch nur ein Goldcertifikat."

Wo steckt also das Gold? „Wo ist die Katz?" könnte man fragen, wenn nach den statistischen Veranschlagungen in den Vereinigten Staaten noch über 700 Millionen Dollars Goldmünzen vorhanden sein müssen, in allen Niederlagen des Staats und der Banken aber nicht mehr als 420 Millionen zu finden und für den Umlauf in den dem Papier abholden Pacific-Staaten höchstens 40 Millionen Dollars zu verrechnen sind? Wo steckt die Katz von 240 Millionen Dollars? Das Chronicle meint, es sei alles „*hoarded*" thesauriert. Eine Vermutung, zu der man sich schwer entschliessen kann.

Aber dem sei wie ihm wolle. In der Geringfügigkeit des goldenen Barumlaufes zeigt sich derselbe Zug, welcher im gröberen Massstab das Silber von seiner Herrschaft als civilisierte Courantmünze unwiderruflich entthront hat. Die Beweglichkeit des modernen Lebens scheidet die schweren Münzen aus. Die in England jetzt in Fluss gekommene Bewegung zu Gunsten von Ein-Pfund-Banknoten, welche ohne Zweifel in der Gesetzgebung durchdringen wird, entspringt derselben Quelle. In dieser ganzen Evolution wird aber der Nachdruck für die richtige Münzpolitik darauf zu legen sein, dass in demselben Masse als die papiernen Zahlmittel sich zur Expansion drängen, die Sorgfalt für die Solidität ihrer Deckung um so schärfer werden muss. An diesem Gebot wird schliesslich auch die Verallgemeinerung der Massregel eines nur mit Silber gedeckten Papiers scheitern müssen. In dieselbe Gedankenreihe gehört die jetzt in England auftauchende Anregung, ob nicht dem Hin-

und Hersenden von Gold in Barren und Münzen von Land zu Land durch ein internationales Clearing-System abgeholfen werden könnte, ein Gedanke, der wohl schon manchem längst gekommen war, aber an einiger Verwandtschaft, wenn auch nur entfernter, mit dem Wunsch allgemeiner Abrüstung leidet.

Die wichtigsten Entscheidungen werden im Jahre 1890 wohl auf dem Boden der Vereinigten Staaten zu erwarten sein, und aus diesem Grunde ist oben mit einiger Ausführlichkeit auf das, was zum Verständnis nötig, hingewiesen worden. Europa bleibt enthaltsam, wartet ab oder bewegt sich in entgegengesetzter Richtung, d. h. nach der Goldwährung hin. Die grosse englische Enquête, welche so viel Zeit, Mühe und Papier gekostet hat, ist, wie zu erwarten war, theoretisch und praktisch resultatlos verlaufen. Es denkt kein ernster Staatsmann an ein bimetallistisches Experiment. Neuerdings hat es grosses Aufsehen erregt, dass einer der angesehensten und meistgenannten englischen Statistiker, Robert Giffen, den man sogar eine Zeit lang zu den Bimetallisten hatte rechnen wollen, dieser Lehre einen Absagebrief geschrieben hat, wie er schroffer nicht geschrieben werden konnte, in der Monatsschrift „*Nineteenth Century*“ vom November, worauf eine Widerlegung in der folgenden Nummer derselben Zeitschrift, von dem bekannten Bimetallisten Professor Nicholson, erfolgt ist. Ohne in die Kontroverse zwischen den beiden Fachmännern hier eintreten zu wollen, kann man es als bezeichnend für die ganze Lage ansehen, dass Giffen mit einer wegwerfenden Rücksichtslosigkeit von der bimetallistischen Lehre spricht, die wohl als Symptom gelten darf, dass dieselbe von der öffentlichen Meinung in England gar nicht getragen ist. England beschäftigt sich zur Zeit nur mit der Einziehung und Ersetzung seiner unterwertig gewordenen Goldmünzen und hat dabei das vom deutschen Münzgesetz gegebene Vorbild, dies auf Staatskosten zu thun, mit Recht befolgt.

Frankreich hat soeben den Münzvertrag der lateinischen Nationen mit sämtlichen Kontrahenten erneuert und damit nebst den letzteren bekundet, dass bis auf weiteres alles beim Alten bleiben soll. Auf einem freien Kongress, welchen das Haupt der Bimetallisten in Europa, Herr Cernuschi, gelegentlich der Ausstellung in Paris veranstaltet hatte, war von deutscher Seite

(ausser einem Herrn Koch) nur das Haupt der deutschen Bimetallisten, der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Otto Arendt, erschienen, welcher ein Sendschreiben des Herrn von Kardorff verlas; in demselben war der Welt versprochen, dass, wenn sie den Bimetallismus einführen wollte, Herr von Kardorff sich verpflichte, in Deutschland den Freihandel einzuführen. Dass man damit die Franzosen für die Sache gewinnen würde, lässt sich nach neueren Beobachtungen bezweifeln. Ob Herr von Kardorff sich vorher Vollmacht vom Reichskanzler geholt hat, scheint auch nicht ganz gewiss. Er braucht sich aber dieserhalb keine schlaflose Nacht zu machen. Es wird noch einige Zeit dauern, bis man ihm seinen Wechsel präsentiert. Im übrigen ist der ganze Kongress klanglos zum Orkus hinabgefahren.

Rumänien hat beschlossen zur Goldwährung überzugehen. Österreich ist mit Ungarn in ernste Unterhandlung wegen der Wiederaufnahme der Barzahlung getreten. Allem Anschein nach hat nur die Annahme der Goldwährung Aussicht auf Berücksichtigung. Sehr rasch wird die Sache schwerlich gehen. Für Deutschland hat sie, wie schon der Bankpräsident in den jüngsten Reichstagsverhandlungen erwähnte, ein praktisches Interesse auch in unmittelbarer Beziehung. In Deutschland sind noch etwa an 90 Millionen Mark Thaler österreichischen Gepräges teils im Umlauf, teils auf Lager, in letzterer Gestalt vermutlich zwei Drittel des Ganzen in den Kellern der Reichsbank. Wenn Österreich seine alten Münzen einzieht, wird dies ein Mittel bieten, einen beträchtlichen Teil unserer überschüssigen Silberthaler zu besseren Bedingungen als dem Metallwert abzustossen. Zu diesem Zweck wird zwischen den beiden Ländern ein billiges und freundliches Abkommen getroffen werden müssen, und wenn die kompetenten Männer in der Reichsverwaltung auf diese Eventualität ihr Augenmerk richten wollten, könnten sie wenigstens einen Teil der Sünde wieder gut machen, die mit der unseligen Massregel des Frühjahrs 1879 begangen wurde.

Auf alle Fälle aber dürfen wir uns der Beruhigung anheimgeben, dass, wie die letzten Bankdebatten von neuem gezeigt haben, die Goldwährung in Deutschland sobald nicht mehr der Gefahr gesetzgeberischer Experimente ausgesetzt ist. Wenn die Leitung der Bank sich durch ihre Bemühungen um Verstärkung des Goldvorrats dabei ein unleugbares Verdienst er-

worben hat, so wollen wir nicht vergessen, dass uns dies nicht gerettet hätte, wenn nicht die Goldwährung in dem preussischen Finanzminister Herrn von Scholz einen scharfsinnigen und überzeugten Verteidiger gefunden hätte, der in den meist gefährdeten Momenten die agrarischen Husarenritte ins Währungsgebiet mit Energie zurückschlug.

II.

Der neueste Akt der amerikanischen Münzgesetzgebung

(21. Juni 1890).

Es ist wirklich schade, wenn es auch nicht unnatürlich ist, dass so wenig Menschen mit Verständnis den Gang verfolgen können oder wollen, welchen die sogenannte Währungsfrage seit zwanzig Jahren in der Welt genommen hat. Es steckt darin ein Stück Philosophie und Politik so fein und so tief, wie nur in irgend einer grossen die Welt bewegenden Aufgabe, und das bewährt sich auch in dem schon öfter angeführten Ausspruch, dass über kein Problem, ausgenommen über Religion und Liebe, so viele Menschen zu Narren geworden sind, wie über dieses, wenigstens im Verhältnis zu der beschränkten Zahl derer, die sich überhaupt mit der Sache beschäftigen. Für Deutschland ist es noch insbesondere schade, dass hier die aufmerksame Behandlung, welche der interessante Gegenstand verdient, stellenweise durch einen Zusatz von Renommisterei und Sophisterei aus dem Ernst in das Gebiet der Karikatur gedrängt worden und dadurch noch mehr als seiner Natur nach unvermeidlich war, der Anziehungskraft für weitere Kreise verlustig gegangen ist.

Man müsste darum, so oft man es unternimmt, solche weiten Kreise über den Stand der Dinge zu orientieren, immer wieder von vorn anfangen. Das ist nun allerdings nicht thunlich bei der langen und vielgestaltigen Vorgeschichte der Sache.

Als unentbehrlich zum Verständnis dessen, was jetzt in den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeht, sei nur Folgendes angeführt. Seitdem Deutschland die Goldwährung angenommen und die Ausprägung von Silbergeld nur noch in Gestalt von Scheidemünzen zugelassen hat, waren die übrigen grossen Kulturstaaten dazu gelangt, diesem Beispiel, wenn auch nicht im Wege definitiver Gesetzgebung doch im Wege einstweiliger Massregeln zu folgen. Nur die Vereinigten Staaten führten im Jahre 1878 durch die oft genannte Blandbill eine beschränkte Ausnahme von dieser Regel ein, indem sie eine gewisse Summe von Dollars mit voller Zahlungskraft jährlich in Silber auszuprägen vorschrieben. In dem Kampf der Meinungen setzte sich seit jener Zeit immer mehr bei den Anhängern der Silber- oder der Doppelwährung, was hier dasselbe bedeutet, die Ansicht fest, dass mit dieser Enthaltsamkeit nur gebrochen werden könnte, wenn alle beteiligten Staaten sich über ein gemeinsames Vorgehen verständigten, dass aber für einen einzelnen Staat es undenkbar wäre, auf eigene Faust seine Münzstätten wieder der freien Silberprägung zu öffnen. Denn dass ein richtiges und vollwertiges Geld nur auf dem Boden des freien Prägungsrechtes bestehen könne, war und bleibt von beiden Lagern anerkannt. Daher auch die Vereinigten Staaten trotz der Blandbill sich in derselben Linie wie die übrigen Staaten bewegten. Ihre auf bestimmte Summen vorschriftsmässig festgesetzten Prägungen von Dollars schlossen auch sie von dem System einer normalen Silber- oder Doppelwährung aus, wenn schon in der Blandbill dem Silber eine gewisse gesetzmässige Konzession gemacht war. Auch blieben die amerikanischen Silberfreunde aus diesem Grunde nicht minder als ihre Gesinnungsgenossen in Europa darauf bedacht, eine gemeinsame völkerrechtliche Aktion zu Gunsten der Doppelwährung durchzusetzen, ja man kann sagen, dass sie sich noch eifriger und namentlich mit mehr Effekt an den Bestrebungen des Bimetallismus beteiligten, als selbst ihre deutschen Gesinnungsgenossen.

Jeder Zeitungsleser weiss, wenigstens oberflächlich, von den verschiedenen internationalen Kongressen, welche seit 1878 in Paris getagt haben, um eine Verständigung herbeizuführen, und wie dieselben alle auf sie gesetzten Hoffnungen, beziehungsweise

prahlerischen Prophezeiungen regelmässig Lügen gestraft haben. Eine Zeit lang suchten die eifrigsten Vorkämpfer das Problem lebensfähiger zu machen, indem sie seine Lebensbedingungen auf ein Minimum reduzierten. Sie warfen sich auf die Behauptung, dass eine gleichzeitige Rückkehr aller grosser Kulturstaaten zur freien Silberprägung gar nicht nötig sei, um dem Silber ein festes Wertverhältnis zum Gold für alle Zeiten zu sichern; es genüge schon, wenn einige mächtige Staaten in diesem Sinn ein Bündnis schlössen. Mit anderen Worten hiess das: wenn auch England nicht mitthut, so kann die Sache doch ins Werk gesetzt werden. Und dabei war es eigentlich auf Deutschland abgesehen. Hätte das Deutsche Reich sich bereden lassen, die Hand zu einem bimetallistischen Vertrag mit Frankreich, Italien, Holland, Belgien und Nordamerika ohne England zu reichen, so hätten diese alle wahrscheinlich zugegriffen und Deutschland war um seine Münzreform betrogen. Glücklicherweise hatte doch Fürst Bismarck, so nahe die Agrarier, die leidenschaftlichsten Silberfreunde, seinem Herzen standen, hier den Instinkt eines richtigen Widerstrebens. Für einen Doppelwährungsbund ohne England war er, wenn überhaupt, nicht zu haben, und der preussische Finanzminister v. Scholz unterstützte ihn darin aufs kräftigste mit einer klaren Einsicht in den inneren Kern der ganzen Frage. Dass die Engländer gewünscht hätten, Deutschland verzichtete auf ihre Gegenliebe und ginge ohne sie mit den anderen, kam uns dabei ohne Zweifel bei dem Leiter der hohen Politik zu statten. Das letzte Intermezzo vor der neuen amerikanischen Wendung spielte im Zusammenhang mit diesem Stand der Dinge in England selbst. Weil es ohne Gegenliebe nicht ging, sollte sie hier zu Tage gefördert werden. Es ist noch in lebhafter Erinnerung, wie eine mit grossen Anstrengungen zu stande gebrachte bimetallistische Gruppe einen Parlamentsbeschluss auf Einsetzung einer Untersuchungskommission zu Wege brachte und wie etliche Folianten von Zeugenverhören und Gutachten das schätzbare Material über die Streitfrage um ein Namhaftes vermehrten, ohne auch nur zu dem geringsten praktischen Ergebnis zu führen. Seitdem gilt der Ansturm auf die Gesetzgebung in England für misslungen. Ein parlamentarisches Nachspiel in der laufenden Session des Hauses der Gemeinen besiegelte die Hoffnungslosigkeit der bimetal-

listischen Experimente. Noch im vorigen Jahre hatte man auf der Versammlung der englischen Handelskammern einen Versuch gemacht. Einhundertsiebenzig Delegierte in Vertretung von 54 Handelskammern waren erschienen, aber von den 170 Delegierten stimmten nur elf für einen bimetallistischen Antrag. In der letzten Versammlung dieses Jahres ward die ganze Angelegenheit überhaupt nicht mehr zur Sprache gebracht.

So war die Sache für Europa begraben. Die Goldwährung machte sogar noch einige Fortschritte über den *status quo* hinaus. Rumänien schuf ein Münzgesetz, womit es zum Golde überging, sein Silber verkaufte. In Oesterreich beschloss man, sich ernstlich mit einer Aufnahme der Barzahlungen zu befassen und räumte allseitig dabei ein, dass von Doppelwährung nicht die Rede sein könne.

Jetzt waren die amerikanischen Bimetallisten auf sich allein angewiesen, und sie entschlossen sich umsomehr auf eigene Faust vorzugehen, als die politische Konjunktur des eigenen Staates sie nach langen Jahren darin begünstigte. Unter den früheren Präsidenten wären Mehrheitsbeschlüsse des Kongresses zu Gunsten von Silbermachinationen am Veto des Oberhauptes gescheitert. Namentlich der Vorgänger des gegenwärtigen, Cleveland, war ein entschiedener Gegner und hat sich in einer Denkschrift förmlich als solcher bekannt. Nun aber war in der letzten Wahl die republikanisch-schutzzöllnerische Partei Siegerin geblieben, und wie die beiden Bekenntnisse, Schutzzoll und künstliche Wertsteigerung des Silbers, innerlich auf demselben Boden stehen, so fühlte sich auch der aus der republikanischen Partei hervorgegangene Präsident Harrison den Silberleuten geneigt. Bald nach seinem Amtsantritt manifestierte er zu ihren Gunsten, und sein Staatssekretär Windom trat mit einem bestimmten Gesetzesvorschlag gleichen Sinnes vor das Land. Dieser Vorschlag ist es auch, wenn schon einigermassen abgeändert und unter anderem Namen schliesslich eingebracht, welcher zur Stunde den Kongress beschäftigt und die Aufmerksamkeit der ganzen Welt mit Recht gespannt hält. Das Gesetz, wie es zuletzt vom Hause der Repräsentanten angenommen worden und jetzt dem Senate unterbreitet ist, geht im wesentlichen auf Folgendes hinaus: Der Schatzsekretär wird angewiesen, monatlich für $4^1/_2$ Millionen Dollars Silber zum Markt-

preis anzukaufen und dafür Schatznoten auszugeben. Letztere sind auf Verlangen des Inhabers in gesetzlichem Gelde (Gold oder Silber) einzulösen. Sie können zu Zahlungen an den Staat namentlich für Steuern und Zölle, ebenso den Banken als Deckung für Ausgabe von Noten dienen. Der Schatzsekretär kann aus den gekauften Barren Dollars prägen lassen. Wenn die Inhaber ihre gegen Silber erhaltenen Schatzscheine zur Einlösung präsentieren, können sie auf Verlangen statt geprägten Geldes Barrensilber zum jeweiligen Tagespreis erhalten. Dies die Hauptzüge des Gesetzes, eine Reihe anderer Bestimmungen bleibt hier zur Vereinfachung der Darstellung unberücksichtigt.

Zunächst charakterisiert sich die Neuerung nicht als Uebergang zu einer richtigen Doppelwährung. Freie Silberprägung, welche das Wesen derselben ausmacht, wurde zwar von den Heisssspornen der Partei verlangt, konnte aber bis jetzt nicht durchgesetzt werden. Was im Senate zu erreichen ist, muss abgewartet werden. Noch ist die letzte Entscheidung da nicht gefallen.*) Statt mit einer prinzipiellen Änderung des bisherigen Münzsystems, haben wir es bis jetzt vielmehr nur mit einer Erweiterung des bereits bestehenden Systems zu thun. Im Grunde handelt es sich nur um eine Steigerung der Vorschriften der bereits erwähnten aus dem Jahre 1878 datierenden Blandbill, welche ganz konsequenterweise auch mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes ausser Wirkung treten soll. Die Blandbill war ebenfalls ergangen auf Antrag der Silberleute und mit dem ausgesprochenen Zwecke, denselben einen Absatzweg zu öffnen und günstig auf den Silberpreis zu wirken. Sie hat diesen Zweck auch zu einem gewissen Grade erreicht. Ihre Vorschrift ging dahin, dass der Schatzsekretär angewiesen wurde, monatlich einen Betrag von mindestens zwei oder höchstens vier Millionen Dollars zum Ankauf von Silberbarren zu verwenden und letztere in Dollars umprägen zu lassen. Thatsächlich wurde das Minimum von zwei Millionen kaum über-

*) Anm. des Herausgebers: Der Senat beschloss zunächst die frei Silberprägung, welche das Repräsentantenhaus abgelehnt hatte. Nach langwierigen Verhandlungen in einer aus Mitgliedern beider Häuser gebildeten Kommission kam das Gesetz vom 14. Juli 1890, die sog. Shermanbill, zu stande, welche den monatlichen Ankauf von $4^1/_2$ Millionen Unzen Barrensilber anordnete. Vergl. Einleitung, S. 151.

schritten. Aus dem Mussankauf von zwei wird jetzt ein Muss von $4^1/_2$ Millionen monatlich. Das ist der Kern der ganzen Sache. Der jährliche Zwangsankauf von ungefähr 24 Millionen (in der Regel war es etwas mehr) wird jetzt gesteigert zu einem Zwangsankauf von 54 Millionen. Hatte das bisherige System einigermassen als Fallschirm gegen den Sturz des Silberpreises gedient, so soll ihn das neue wie ein Luftballon nach oben ziehen. Die mehr als verdoppelte Summe soll den Preis dauernd und immer mehr steigern, bis er auf der Höhe angekommen sein würde, welche dem früheren normalen Verhältnis des Silberwertes zum Goldwert nach amerikanischem Massstab entspräche, d. h. 1 zu 16, mit anderen Worten einem Silberpreis, welcher dem Londoner Marktpreise einer sog. Standardunze von 59 Pence gleich käme. Mit Eintritt dieses Preises auf dem Markt würde der Schatzsekretär aufhören, Barren gegen Schatzscheine zu kaufen, aber dagegen würde das Recht der freien Prägung proklamiert, und jeder könnte seine Barren direkt in die Münze schicken, um in obigem Normalverhältnis (1 Dollar aus $371^1/_4$ Grän fein Silber) prägen zu lassen.

Da es im Augenblick sich für uns nicht darum handelt, alle künftigen Kombinationen auszuklügeln, welche aus diesem Gesetz sich entwickeln können, so braucht auch nicht untersucht zu werden, wie viel Wahrscheinlichkeit für das Eintreten solcher Eventualität vorhanden ist, und wie lange sie würde aufrecht zu erhalten sein.

Ist das neue Gesetz in der Hauptsache nur eine Potenzierung der Blandbill, so gleicht es ihr auch darin, dass es nicht die Wahrscheinlichkeit ins Auge fasst, eine wirklich im Verkehr dienende Silbermünze zu schaffen. Ja in diesem Punkt geht es sogar hinter die Fiktion der Blandbill zurück. Diese hatte ursprünglich im Sinn, in der That Silberdollars zu schaffen, welche als solche in den Verkehr kämen. Nur als der Verkehr sich weigerte sie aufzunehmen, verfiel man auf das Auskunftsmittel, statt der Silberstücke Papier, sog. Certifikate, auszugeben, welchen die aufgespeicherten Dollars zum Pfand dienten. Auf diese Weise liegt der allergrösste Teil der bis jetzt ausgeprägten 340 Millionen Dollars in Gewölben aufgeschichtet, und gegen einen Teil derselben laufen Papiercertifikate um, welche an öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden, ganz so

wie es mit den neuen Schatzscheinen gehalten werden soll. Der ganze Unterschied liegt darin, dass künftig das Papier Zug um Zug bei Ankauf des Silbers ausgegeben werden soll. Was ehedem nur fakultativ war, wird jetzt imperativ: es wird neues Papiergeld geschaffen, welches mit Silber gedeckt ist. Kein Mensch denkt daran, dass aus diesem Silber Dollars geprägt werden sollen, denn schon die bisher geprägten sind in Festungstürmen aufgespeichert und harren vergeblich auf Erlösung. Also um einem Bedarf an Silbermünzen zu genügen, ist das Gesetz nicht vorgeschlagen. Zur Bemäntelung des wahren Grundes wird hie und da behauptet, zwar nicht nach Silbermünzen bestehe ein Bedarf, aber an Umlaufsmitteln überhaupt sei Mangel. Auch das ist nur eine Heuchelei; um sie zu charakterisieren, genügt festzustellen, dass in den letzten zwölf Jahren die Umlaufsmittel der Vereinigten Staaten sich statistisch erweisbarermassen um nicht weniger als 600 Millionen Dollars an Goldmünzen, Silbermünzen, Goldcertifikaten, Silbercertifikaten vermehrt haben.

Die Wahrheit ist einfach, dass die am Steigen des Silberpreises interessierten Einflüsse das Gesetz herbeigeführt haben. Ihnen muss man zur Vollständigkeit etwa noch diejenigen Einflüsse zurechnen, welche aus einer starken Vermehrung der Umlaufsmittel überhaupt Vorteil zu ziehen hoffen. Diese bezeichnet die Geschäftssprache in Amerika mit dem Namen Inflationisten, wie sie jene einfach Silberleute nennt. — Unsere bimetallistischen Heisssporne in Deutschland leugnen einfach, dass diese beiden Kategorien dort vorhanden seien, wollen uns glauben machen, dass jene Vorschläge nur aus tugendhaften Anstrengungen für das allgemeine Wohl hervorgehen. In Amerika würde man lachen über solche Behauptung, gerade wie man in Deutschland lachen würde, wenn amerikanische Silberleute uns belehren wollten, die deutschen Agrarier betrieben Schutzzölle und Bimetallismus nur aus tugendhafter Sorge für andere Leute, aus „Pflichtgefühl", wie Herr von Frege es nennen würde. Zum Ueberfluss können wir sagen: *habemus confitentem reum.* Sowohl Präsident Harrison als Staatssekretär Windom haben aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht. Sie haben in ihren Erlassen von vornherein mit dürren Worten erklärt, ihre Absicht sei, dem Fall des Silbers

entgegenzuarbeiten und seinen Wert zu steigern. Das neue Silbergesetz wird zum Besten der Silberverkäufer gemacht, nicht zum Besten des geldverwendenden Publikums, gerade wie die Getreidezölle gemacht werden nicht zum Besten der Brotesser, die satt werden wollen, sondern zum Besten der Kornverkäufer. Im ganzen nennt man das heutzutage „nationale Politik".

Vorerst ist der Preis des Silbers infolge des Ganges der Sache von der Spekulation um etwa 15 Prozent von seinem tiefsten Falle in die Höhe getrieben worden.

Wenn die bimetallistischen Wortführer in Deutschland ein Freudengeschrei über diese Begebenheiten erheben, so muss man ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass sie darin konsequent sind. Sie haben nämlich seit fünfzehn Jahren über alles, was sich auf diesem Gebiete begab, ein Freudengeschrei erhoben, indem sie jedesmal behaupteten: dies bedeute ihren endgültigen Sieg. Da wir Anhänger der Goldwährung nun ebenfalls bisher mit dem Gang der Dinge zufrieden waren und immer zufriedener wurden, so muss man sagen: in dieser Währungswelt ist es doch sehr wohl bestellt; jedermann findet darin sein Vergnügen.

Ehedem lautete der Vers der Bimetallisten so: Wenn Europa sich weigert, einen Münzbund mit Amerika zu schliessen, so werden ihm die Amerikaner den Streich spielen, ihre Blandbill abzuschaffen, kein Silber mehr zu kaufen und durch den heftigen Fall des Silberpreises die Welt in Verzweiflung zu stürzen. Nun ist statt dieser prophezeiten Lösung das Gegenteil eingetreten, und wieder rufen die Bimetallisten: „Haben wir's nicht gesagt? Hier ist die Lösung!" — fürwahr ein glückliches Geschlecht!

Soviel ist sicher: wir Anhänger der Goldwährung haben allerdings Grund zufrieden zu sein. Zum ersten sind wir das Gespenst der internationalen Münzverträge definitiv los. Zum zweiten wird vorerst Silber steigen und Gold in Amerika entbehrlich werden. Deutschland wird bei dieser Gelegenheit, wenn es nicht gar zu denkfaul ist, sein überflüssiges Silber losschlagen, und vor dem Geschrei der Goldnot, so thöricht es auch immer war, haben wir vorerst Ruhe, da Amerika Silber aufnehmen und Gold hergeben wird. Und wenn so wir zufrieden sind, warum sollen wir unseren Andersgläubigen nicht

auch gönnen, dass sie sagen: Alles sei aufs beste bestellt in der besten aller Welten?

III.

Adolph Soetbeer

(29. Oktober 1892).

Wenn Einer so ein siebenzigjähriges Jubiläum feiert, wie wir es jetzt beinah täglich in den Zeitungen verzeichnet lesen, so sagt man ihm wohl, um ihm die dabei aufsteigenden trüben Gedanken zu verscheuchen, das bedeute heutzutage gar nichts mehr; verbesserte Lebensweise habe die alttestamentarischen Grenzen hinausgeschoben, und die, welche man, nach vormaligem Sprachgebrauch, Greise nenne, hätten seit Jahrzehnten die Welt geführt, seien auch bis auf diesen Tag in solchen Stellungen noch so zahlreich auf dem Platz, dass dem *memento mori* die Ehre der Erwähnung gar nicht bei dem gegenwärtigen schönen Feste gebühre. Alles sehr gut! Aber dann kommt doch eines Tages plötzlich Freund Hain und erinnert daran, dass, welche Scherze immer wir uns über seine Gefügigkeit in Sachen des festen Preises erlaubt haben, an seinem alten Tarif im Ernste nichts geändert sei. Denn er bleibt doch bei dem Schlusssatz: „und wenn es hoch kommt, so sind es achtzig". Auch der vortreffliche Freund, dessen Todesnachricht heute Morgen gänzlich unerwartet eintraf, schien einer von denen zu sein, für welche die biblischen Worte nicht geschrieben ständen. Zwar zählte er der Jahre beinahe achtundsiebenzig, aber seine hohe, rüstige, breitschulterige, aufrechte Gestalt, sein lebensfrisches Interesse an allen grossen Fragen und insbesondere sein ewig reger Fleiss und Schaffensdrang gemahnten nicht entfernt an die Zeichen der Vergänglichkeit. In seinem letzten Briefe vom Anfang September hatte er noch seinen regelmässigen Besuch in Berlin für November angemeldet, um, wie gewohnt, „über vieles sich auszusprechen". — Da kommt auf einmal die schwarzgeränderte Botschaft. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ist er plötzlich „sanft entschlafen".

Wohl hatte er seit einiger Zeit geklagt, dass ihm das Arbeiten schwer werde. Aber was er arbeiten nannte war soviel, dass, auch halbiert, noch ein volles Tagewerk nach gewöhnlichem Massstab übrig blieb. Und bis in die letzten Wochen hinein erschienen die Erzeugnisse dieses Rastlosen in der Öffentlichkeit. Wer ihn kannte, musste wissen, er wird das Werkzeug nicht aus der Hand legen, bis ihn der letzte Hauch verlässt. Und so ist es gekommen.

Wenn man die Sammlungen der öffentlichen und privaten Bildergalerien durchwandert, ist man darüber erstaunt, wie viele Gemälde jeder einzelne Meister hinterlassen hat. Auch die lange Reihe von Bänden berühmter Schriftsteller macht den Eindruck des Ungewöhnlichen. Aber es geht soviel in ein einziges arbeitsames Menschenleben, und nur von dem allerberühmtesten bleibt alles erhalten und dringt zu Sinnen. Soetbeer war allerdings einer der leistungsfrohsten und produktivsten Schriftsteller auf volkswirtschaftlichem Gebiete, und die gewaltige Zahl der Erzeugnisse seiner Feder geht schon über den Durchschnitt, auch der fleissigen und langlebigen, hinaus.

Im November 1814 zu Hamburg geboren, publizierte er seine erste Schrift im Jahre 1837, „Versuch, die Urform der Hesiodeischen Theogonie nachzuweisen", und aus demselben Jahre stammt seine Inauguraldissertation *„de mythico argumento Euripidis Supplicum"*. Er hatte Philologie studiert. In den Conradschen „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik" war vor einigen Jahren ein Inhaltsverzeichnis sämtlicher Schriften Soetbeers abgedruckt, welches fünfundsiebenzig grössere und kleinere Werke desselben Verfassers aufführt. Dasselbe reicht aber nur bis zum Anfang des Jahres 1880. Ein von seiner eigenen Hand für mich gefertigtes Supplement fügt dazu weitere achtzehn Nummern, reicht aber nur bis 1888. Zu diesen dreiundneunzig Schriften sind seitdem noch etliche hinzugetreten, vor allem sein grosses, letztes, in seiner Art einziges Werk „Litteraturnachweis über Geld und Münzwesen", alle namhaften Publikationen der Welt seit der Entdeckung Amerikas bis auf diesen Tag umfassend, welches ich noch vor kurzem in der „Nation" besprochen habe.*)

*) Jahrgang IX, Nr. 31.

Doch auch die Zahl vierundneunzig, auf welche wir damit kommen, liefert nur ein ganz unvollständiges Bild. Man müsste alle die nicht gesammelten einzelnen Abhandlungen dazurechnen, welche etwa vom Jahre 1848 anfangend erschienen sind, und das wäre Legion. Die meisten derselben standen in dem „Deutschen Handelsblatt", der „Hamburger Börsenhalle" und der Wiener „Neuen freien Presse". Zum Teil sind sie in dem eben erwähnten „Litteraturnachweis" aufgenommen.

Nur ganz wenige dieser Arbeiten treten über den Rand des volkswirtschaftlichen Gebietes hinaus, z. B. eine im Jahre 1880 in der „Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft" erschienene Untersuchung über das Salomonische Goldland Ofir, Beitrag zur Lösung eines Problems, welches seit den indischen und afrikanischen Goldfunden der Neuzeit wieder öfter aufgeworfen worden ist. Unter den älteren Schriften findet sich auch ein in Hamburg gehaltener Vortrag über ein daselbst befindliches von Graff gemaltes Bildnis Lessings. Hiervon abgesehen sind die Arbeiten sämtlich volkswirtschaftlichen Inhalts, namentlich der Handels-, Steuer-, Einkommen-, Bank- und Münzpolitik gewidmet. Den Ausgangspunkt hatten Untersuchungen über den Stader Zoll geliefert, und eine Reihe von Arbeiten über die Elbschiffahrt schlossen sich von Berufswegen daran. Im Jahre 1852 gab er eine Übersetzung von J. Stuart Mills Nationalökonomie heraus, die in vierter Auflage 1884 in Wien erschienen ist. Seine wahrhaft epochemachende und hervorragende Leistung ist bekanntlich auf dem Gebiete der Währungspolitik zu suchen. Die wissenschaftliche Seite des Bankwesens ist mit dieser so eng verwachsen, dass man sie als selbstverständlich damit Hand in Hand gehend und darin einbegriffen ansehen kann. Hier setzt auch Soetbeers praktischer Einfluss auf die vaterländische Gesetzgebung ein. Er hat zwar weder in der Regierung noch in der Volksvertretung aber doch als Bahnbrecher und Führer einen sehr beträchtlichen Anteil an dem grossen Werke der deutschen Münzreform zu beanspruchen. Seine vorbereitenden wie seine begleitenden Arbeiten haben denen, welche selbst Hand anzulegen hatten, unschätzbare Dienste geleistet. Dabei ist nicht zu vergessen, dass er von Anbeginn des deutschen Handelstages als ein natürlich sehr angesehenes Mitglied dieser Institution stimmführend und ratgebend wirksam gewesen ist.

Gerade an diese seine Stellung schliesst sich eine Arbeit an, welche in erster Reihe unter denen genannt werden muss, durch welche sich ihr Verfasser seinen Platz unter den Urhebern der deutschen Münzverfassung gesichert hat. Im Mai 1869 überreichte er den deutschen Regierungen als Anlage zu einer Eingabe des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelstages eine

„Denkschrift, betreffend deutsche Münzeinigung auf Grundlage durchgängiger Dezimalteilung und durch Übergang zur Goldwährung".

Hier waren die herrschenden Zustände, ihre Mängel und Unzuträglichkeiten, die Geschichte der vorausgegangenen Verbesserungsvorschläge, die den internationalen Münzeinigungen gewidmeten Bestrebungen, endlich die Aufgaben und Ziele der Gegenwart gründlich behandelt. Nachdem der Kongress der deutschen Volkswirte die Frage der deutschen Münzeinigung bereits im Jahre 1860 angeregt hatte, wurde dieselbe vom ersten deutschen Handelstag zu Heidelberg im Jahre darauf auf die Tagesordnung gesetzt und bis Ende 1865 unausgesetzt auch im bleibenden Ausschuss desselben betrieben. Damals, wohlbemerkt, drehte sich das Interesse noch hauptsächlich um die Münzeinheit, die Frage der Währung schwebte im Unentschiedenen. Aber sie rückte nach dem bekannten ersten Pariser, die lateinische Union begründenden Münzkongress von 1865, auch in Deutschland der Goldwährung immer näher. Der volkswirtschaftliche Kongress, im Jahre 1868 in Hamburg versammelt, sprach sich bereits mit Entschiedenheit in diesem Sinne aus. So war der Beschluss, welchen die Kommission des Handelstags mit Mehrheit im März 1869 zu Gunsten der Goldwährung fasste, vorbereitet, und die in Ausführung des Beschlusses angefertigte, mit den Anlagen dreiundachtzig Quartseiten ausfüllende Denkschrift Soetbeers bildet den ersten grossen Markstein in der praktischen Entwicklung des neuen deutschen Münzwesens. Die Schrift ist auch noch heute sehr lehrreich und interessant zu lesen.

Vom Jahre 1871 an beginnen Soetbeers Arbeiten naturgemäss den Gang der grossen Ordnung unseres Münz- und Bankwesens auf Schritt und Tritt zu begleiten. Er half die

Lösung jeder einzelnen Aufgabe vorbereiten, er folgte mit seiner Begutachtung allen Stadien der parlamentarischen Beratung und sammelte, sichtete und kommentierte das zum Gesetz Erhobene für das Verständnis und die praktische Anwendung. Seine zwei Handbücher über deutsche Münz- und Bankverfassung sind unentbehrliche Hilfsmittel für jeden, der sich mit diesen Dingen befasst. Er ist unablässig für die Aufrechterhaltung und Durchführung unserer Goldwährung eingetreten, insbesondere für Widerruf der unverantwortlich thörichten Inhibierung der Silberverkäufe Bismarckschen Angedenkens, und später für ein Abkommen mit Österreich wegen der von diesem Lande ausgeprägten Thaler. Zwei vertrauliche Denkschriften, welche er zu diesem Behufe noch in den letzten Jahren der Reichsregierung eingehändigt hat, haben wohl das Ihrige dazu beigetragen, dass er noch die Genugthuung erlebte, unter dem Ministerium Caprivi dieses so berechtigte Verlangen erfüllt zu sehen.

In all den Zeiten von 1868 an bis zu seinem Ende, ein Vierteljahrhundert lang, hatte ich die Freude und den Vorteil, jede der auftauchenden Fragen brieflich oder mündlich mit ihm durchzuarbeiten und, soweit es sich um die Aufgaben deutscher Gesetzgebung handelte, übereinzustimmen. Oft kam er darauf zurück, wie lieb es ihm sei, nicht an meiner Stelle die Dinge im Reichstage ausfechten zu müssen; er beneidete mich nicht um das Vergnügen, mich mit den Phantastereien der landjunkerlichen Währungs- und Bankpolitik herumzuschlagen und, weiss Gott, er hatte Recht darin. Sein friedfertiger Sinn war dazu gar nicht angethan. Aus dieser — man dürfte sagen — friedseligen Neigung heraus erklärt sich auch das Verhältnis, in das er im Verlauf der Zeiten zur grossen Silberfrage kam, soweit es sich um dieselbe als universelle Angelegenheit handelte. Denn, wohl bemerkt, in Sachen der deutschen Münzgesetzgebung hielt er bis zum letzten Augenblick unerschütterlich an der Verteidigung der bestehenden Goldwährung fest. Dagegen suchte ein weicher, vermittelnder Sinn einen möglichst unschädlichen Weg, um auch die Silberfreunde zu versöhnen. Als alter Stammverwandter der Hamburger Bank mochte auch sein Herz noch einen stillen Winkel für das so unbarmherzig entthronte weisse Metall in sich schliessen. In den achtziger Jahren ver-

stieg er sich einmal in einer seiner Schriften zu dem Gedanken, theoretisch sei eine Doppelwährung mit festem Verhältnis möglich, wenn alle Kulturstaaten sich vertragsmässig darauf festlegten, aber für die Wirklichkeit erklärte er ein solches Abkommen doch für unausführbar. Bekanntlich hat er noch in diesem Sommer für den bevorstehenden Brüsseler Münzkongress Vorschläge und eine Denkschrift ausgearbeitet, nicht zum Zweck einer vertragsmässigen Doppelwährung, sondern behufs einer möglichst breiten Ausnutzung des Silbers als Zahlungsmittel zweiter Klasse. Wie er aber noch selbst konstatierte, hat sein Vorschlag keinen Anklang gefunden. Den Monometallisten ging er zu weit und den Bimetallisten nicht weit genug. Er entsprach nur seinem persönlichen, auf Vermittlung gestimmten Naturell.

Im Laufe der Zeiten wuchs Soetbeers Beruf immer mehr von der volkswirtschaftlichen Seite nach der statistischen und damit von der deutsch-nationalen nach der universalen Aufgabe hinüber. Hier war der wahre Grund und Boden seiner Leistungskraft, und hier entfaltete sich seine Thätigkeit immer breiter und angesehener. Die Schärfe volkswirtschaftlicher Argumentation, wie sie z. B. Otto Michaelis in so bewundernswertem Grade besass, war nicht Soetbeers Sache. Aber seine Kunst im Sammeln und Ordnen von Thatsachen, verbunden mit dem entsprechenden Fleiss, ist wohl selten übertroffen worden. Auch ist er auf dem Gebiete der Edelmetall- und Währungsstatistik unbedingt der erste auf dem ganzen Erdenrund gewesen, und sein Name war beständig im Munde derer, die sich gleicher Aufgabe widmeten. Das nützlichste seiner Werke, das für absehbare Zeiten einer der Grundsteine dieser besonderen Wissenschaft bleiben wird, sind die „Materialien zur Erläuterung und Beurteilung der wirtschaftlichen Edelmetallverhältnisse und der Währungsfrage“ (in zweiter Auflage 1886 in Berlin erschienen)*). An dieses Werk, welches vor allem Soetbeers unsterbliche Leistung auf monetarischem Gebiete bleiben wird, knüpft sich die wichtige Frage: wer in der Zukunft seine Arbeit fortsetzen wird. Denn die Entwicklung dieser Dinge ist gegenwärtig in so raschem Fluss und ihre Bedeutung für die Welt ist so sehr

*) Bei Puttkammer und Mühlbrecht.

im Wachsen, dass alles, was stehen bleibt, sofort veraltet. Schon ein Jahr nach Vollendung der ersten Auflage sah sich der Verfasser genötigt, eine ergänzte neue zu veranstalten, und nur die Zeit hat ihm gefehlt, weiter damit fortzuschreiten. Auch in seinem Sinn müsste sich jetzt ein Nachfolger finden, welcher diese, allerdings recht schwere, Erbschaft anträte. Dass ein solcher, auch nach Soetbeers Meinung, vorerst nicht in Sicht ist, zeigt am besten die Grösse des Verlustes, welcher die Wissenschaft mit dem Tode getroffen hat. Am nächsten kommen noch die Jahrespublikationen des Münzdirektors in Washington, jetzt Eduard O. Leech, und seines Kollegen des Comptrollers of the Currency, jetzt E. S. Lacey. Aber gerade als Mitarbeit und Gegenprobe namentlich auf den Bericht des Münzmeisters, hatten Soetbeers fortlaufende Registrierungen noch einen besonderen Wert. Wie viele hervorragende Währungsstatistiker auch in den übrigen Ländern noch an der Arbeit seien, es wird wohl niemand der Behauptung widersprechen, dass an Universalität und Vollständigkeit die Arbeiten Soetbeers bis jetzt unerreicht dastehen. Das grosse Geheimnis seiner grossen Leistung war, wie immer, die Liebe zur Sache. Er war mit dem ganzen Herzen dabei. Sie ging Tag und Nacht mit ihm herum. Der Mensch und seine Aufgabe waren ein einziges Wesen geworden. So wird das Beste in der Welt vollbracht.

Sein Glück wollte, dass er, in unabhängigen Vermögensverhältnissen lebend, ohne alle Nebenrücksichten sich ganz seiner Aufgabe widmen konnte. Im Schoss seiner Familie fand er dazu den vollen Genuss eines behaglichen, von Arbeit und von treuer Liebe der Seinigen getragenen Daseins. Sein Vater, Heinrich Friedrich Soetbeer, Kaufmann in Hamburg, war früh gestorben. Nach genossener Schulbildung studierte der Sohn in Berlin und Göttingen Philologie und wurde Lehrer am Johanneum in Hamburg, wo er in Tertia den Homer kommentierte. Ein Freund der Familie, der in dieser Laufbahn wenig Zukunft sah, beredete ihn, eine andere Fährte zu suchen und schlug ihm vor, etwas über den Stader Zoll zu schreiben. Der junge Gelehrte erklärte, dafür gar kein Verständnis zu haben. Der Freund verschaffte ihm Materialien. Die Arbeit gelang, und so verdiente er seine ersten Sporen auf dem Gebiet seines künftigen Ruhms. Im Jahre 1840 wurde er Bibliothekar, 1843

Konsulent der Hamburger Kommerzdeputation (jetzt Handelskammer); 1846 verheiratete er sich mit der Tochter des Senators Meyer, die ihn überlebt. Im Jahre 1848 nahm er am Vorparlament in Frankfurt Teil. Im Jahre 1872 legte er seine amtliche Stellung nieder und siedelte als Honorarprofessor an die Göttinger Universität über. Er hielt einige Semester Vorlesungen, aber seine Vorzüge waren nicht die, welche Anziehung auf die Studenten üben. Seine Stärke gehörte der eigenen Arbeit in der Stille des Kabinets. Er war ein guter Anhänger einer gesunden Freihandelspolitik und ein abgesagter Feind des Staatssozialismus. Obwohl ihm die Anerkennung, die in der wissenschaftlichen Welt aller Zungen fand, sehr wohl that, blieb er ein bescheidener, schlichter, durch und durch humaner, offenherziger Mann, dessen Sinn in allen Stücken auf das Reine und Gute gerichtet war. Er hat das glücklichste Ende — in hohen Jahren einen unverhofften Tod — gefunden. Am Sonnabend, dem 22. d. M., war er noch des Abends im Theater. Heimgekehrt fühlte er sich etwas unwohl, bestellte sich Thee, und schlief dabei ruhig ein. Nach Mitternacht war alles vorüber.

Wenn demnächst, genau einen Monat nach seinem Sterbetag, der internationale Münzkongress sich in Brüssel versammelt, sollte sein erstes Geschäft sein, des Verewigten Andenken zu ehren. Auch die Bimetallisten könnten ruhig einstimmen, denn so weit es von seinem Willen abhing, hätte sein freundlicher Geist auch ihnen gerne sich gefällig erwiesen.

XIV.

Rede über die Brüsseler Münkonferenz.

(1892.)

Rede über die Brüsseler Münzkonferenz,

gehalten im Reichstag am 12. Dezember 1892.

(Vergl. Einleitung S. 151, 152.)

Meine Herren, ich werde Ihnen keine Rede halten über Bimetallismus und Monometallismus; ich denke, im Augenblick sind diese Fragen auf der Brüsseler Konferenz von 20 Staaten und etwa 50 Abgeordneten behandelt, und es würde mir etwas sonderbar erscheinen, wenn der deutsche Reichstag sich in diesem Augenblick als eine Succursale der Brüsseler Konferenz konstituieren wollte, um das, was diese 20 Staaten und die 50 Herren der verschiedensten Anschauungen in bereits sieben oder acht Sitzungen nicht herausgefunden haben, durch seine Debatten hier, die doch auch nicht neu sind, ans Licht zu fördern. Deswegen werde ich weder dem Kollegen von Pfetten noch dem Kollegen von Kardorff in ihren Erläuterungen folgen.

Ich muss übrigens bemerken, dass, wenn Herr von Kardorff Herrn von Pfetten Litteraturbelehrungen hat zu teil werden lassen, damit derselbe sich in Zukunft besser informiere über diese Frage, mir nach Anhörung der beiden Reden es viel notwendiger schien, dass Herr von Kardorff sich einigermassen umsehe als Herr von Pfetten. (Sehr gut! links.) Denn der Herr Abgeordnete von Pfetten hatte einige Betrachtungen in seine Rede, mit der ich im ganzen durchaus nicht übereinstimme, eingeflochten, die mir die sehr richtige Würdigung der Hauptkontroversen in dieser Sache zeigten, während alles, was ich von Herrn von Kardorff jemals gehört habe, die über-

spanntesten Konjekturen nach nur einer Seite hin zu Tage gefördert hat.

Meine Herren, ich will noch eins vorausschicken. Als die Frage gestellt wurde, ob die Interpellation Gegenstand einer parlamentarischen Besprechung werden sollte, habe ich mich, entgegen meiner sonstigen Neigung in diesen Dingen, nicht zur Unterstützung dieses Antrags erhoben; nicht, weil ich fürchte, mich in die Debatte über diese Sache einzulassen, denn ich beschäftige mich so beständig mit dieser Angelegenheit, dass es mir ja nur wünschenswert sein konnte, mich einmal darüber zu expektorieren, — aber aus zwei anderen Gründen. Zunächst habe ich eine gewisse Beklemmung empfunden, dass in dem Augenblick, wo wir eine so schwerwiegende Frage, auf die ganz Deutschland mit der grössten Spannung hinhorcht, wie die geplante Umformung unserer Kriegsverfassung, in heissem Bemühen seit einigen Tagen unter der Aufmerksamkeit der ganzen Nation und, ich möchte sagen, der ganzen gebildeten Welt debattieren, wir diese Erörterung unterbrechen durch einen Gegenstand, der, wie er heute liegt, für gänzlich wertlos und ernstlos vom Standpunkte unseres praktischen Verhaltens erscheinen muss. (Sehr wahr! links.) Es wird nichts geändert in der Welt durch — — (Zuruf.) — Sie sehen es ja selbst ein. Deshalb hätten Sie bei richtiger Würdigung der Lage etwas vielleicht den Ansturm vertagen können, den Sie heute unternommen haben, und uns in der Erörterung der Militärvorlage ruhig und würdig fortfahren lassen können.

Das war der erste Grund, weshalb ich mich nicht zur Unterstützung der Besprechung erhoben habe; ich hatte aber noch einen zweiten Grund, und den hat der Herr Reichskanzler bereits in seiner Antwort angedeutet. Ich will über das Verfahren eines Teils der Kollegen durchaus kein abfälliges Urteil aussprechen; das kommt mir nicht zu. Ich will auch namentlich dem Beispiel des Herrn Kollegen von Mirbach folgen, jede Schärfe aus dieser Diskussion herauszulassen. Aber um zu zeigen, wie ich über die heutige Interpellation und ihre Opportunität denke, will ich nur eine Frage an die geehrten Herren Interpellanten stellen.

Nehmen Sie einmal an, die Lage der Dinge wäre umgekehrt; die Reichsregierung hätte zu einer internationalen Kon-

ferenz, an der beinahe sämtliche Regierungen der Kulturländer bis nach Asien und nach Amerika hinein vertreten sind, Delegierte geschickt und hätte sie in einem Sinne instruiert, welcher der Anschauung der Herren Interpellanten zusagt, und nun hätten wir Freisinnigen von dieser Seite hier eine Interpellation eingebracht (sehr gut! links) und hätten gesagt: wie kannst du, Regierung, deine Delegierten in einem Sinne instruieren, der uns gar nicht genehm ist? Meine Herren, welch ein Sturm des Unwillens hätte sich gegen uns erhoben! Mit welchen Attributionen, mit welchen Eigenschaften wären wir behaftet worden, wenn wir unsere deutsche Reichsregierung vor sämtlichen Regierungen der gebildeten Welt hätten blamieren wollen mit einer solchen Interpellation! (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts.)

Und nun, meine Herren, jetzt nehmen Sie noch den schönen Beigeschmack hinzu, dass es sich um eine internationale Angelegenheit und zwar um eine internationale Gold- und Silberangelegenheit handelt, und denken Sie, welche Persiflagen, welche Kommentare auf uns herabgeregnet wären, wenn wir im Interesse dieser kosmopolitischen Bemühungen — denn sie sind doch so kosmopolitisch, wie je Bemühungen waren — dem Auslande gegenüber versucht hätten, unserer Regierung ein Dementi zu geben! Wir wären begraben worden unter einem solchen Haufen von Vorwürfen und Anklagen, dass wir uns gar nicht hätten zeigen können. Wenn Sie daraus einen Rückschluss machen wollen auf Ihr eigenes Verhalten, so werden Sie doch auch vielleicht dem Herrn Reichskanzler beistimmen, dass es nicht sehr angezeigt war, in diesem Augenblick diese Interpellation zu bringen.

Aber Sie hatten allerdings zwei Gründe zur Eile. Zuerst konnte diese Konferenz in Brüssel, die ja schon unter so ungünstigen Auspizien begonnen hat, unter der Hand zerplatzen, und dann wäre es zu spät, hier noch zu intervenieren. Diese Gefahr lag allerdings sehr nahe; denn die Konferenz ist so schwächlich auf die Welt gekommen, dass man jeden Augenblick ihren Tod befürchtet. (Heiterkeit links.)

Es war auch noch ein anderer Grund; den hat auch der Herr Reichskanzler in seiner Rede bereits angedeutet. Es ist nämlich Ihr Beauftragter in Brüssel erschienen — das giebt ja Herr von Kardorff zu —, und der Beauftragte musste doch

eine Art Figur machen, besonders, wenn er ein Gegengewicht bieten sollte gegen die offizielle Vertretung des Deutschen Reichs. (Sehr richtig! links.) Damit nun eine solche Diversion den nötigen *soutien*, wie man es im Kriege nennt, hätte, musste hier eine Kanonade losgelassen werden, und dieser Kanonade zu Liebe, meine Herren, müssen wir nun heute unsere Verhandlungen über die Militärverfassung unterbrechen, damit Herr Dr. Otto Arendt mit den gebührenden Ehren in Brüssel auftreten kann. (Grosse Heiterkeit links. Ach! rechts.) — Meine Herren, wenn Sie (rechts) das leugnen, — das will ich Ihnen ja zugeben: Sie wissen es ja nicht, Sie haben unbewusst gehandelt, Sie sind wie die unschuldigen Kinder hineingekommen; aber Herr Dr. Otto Arendt, dessen Überlegenheit gegenüber seinen bimetallistischen Kollegen auch Herr von Kardorff vollständig anerkennt (grosse Heiterkeit links), Herr Otto Arendt, der wusste sehr gut, was er that. Denn sowie ich gehört habe, er geht nach Brüssel, habe ich meinen Freunden sogleich gesagt: ihr werdet sehen, wir bekommen eine Interpellation, damit Herr Otto Arendt mit dem nötigen Brillantfeuer in Brüssel erscheinen kann.

Das ist der Grund, weshalb Sie sich gedrängt fühlten, so vorzugehen, wie Ihnen sonst Ihr richtiger Instinkt und Ihr Taktgefühl vielleicht abgeraten hätte.

Wollen wir nun aber — obwohl wir in dieser Sache sind — lieber uns nicht gar zu weit bei dieser Debatte hineinlassen in den Streit über Monometallismus und Bimetallismus! Ein bekannter englischer Staatsmann — wenn ich nicht irre, war es Herr Goschen, der letzte Schatzkanzler — hat einmal gesagt: ausser über Religion und Liebe sind die Leute über nichts so oft verrückt geworden wie über Währungsfragen. (Grosse Heiterkeit.) Meine Herren, ich werde mir diesen Fingerzeig zu nutze machen und die ganze Tendenzfrage heute beiseite lassen. Für mich handelt es sich bloss um die Frage der Opportunität, jetzt der deutschen Regierung von Reichstagswegen, wenn auch nicht durch einen Beschluss, so doch durch den Geist unserer Debatte einen Wink zu geben, dass sie falsch verfahren wäre, und wie sie sich bessern und in Zukunft anders verfahren solle. Darauf allein werde ich mich beschränken. Ich werde deshalb auch dem Gang der äusseren Ereignisse

allein folgen, ohne mich auf die inneren Gründe des Für und Wider einzulassen; es bleibt ohnedies immer noch viel mehr zu sagen, als ich eigentlich wünschte.

Nur ein, zwei Punkte möchte ich vorausschicken, weil sie direkt einen Apell an mich enthielten, erstens aus der Rede des Grafen Mirbach und dann aus der Rede des Herrn von Kardorff. Herr von Mirbach hat am Eingang seiner Rede einen angeblichen Ausspruch von mir wieder citiert, den neulich mein verehrter und liebenswürdiger Gönner Herr von Schalscha (Heiterkeit) mir auch in den Mund gelegt hat, indem er sagte, ich wäre ja ein sehr falscher Prophet gewesen; ich hätte seinerzeit gesagt: das Silber wird immer auf demselben Verhältnis stehen bleiben, auf dem wir seiner Zeit in der Proportion von $15^1/_2 : 1$ unser Silber und Gold konvertierten. (Zuruf.) — Unwesentlich heruntergehen?! Ja, lieber Herr von Schalscha, wenn Sie mir nur den Text unterbreiten könnten, wo ich das gesagt habe. Ich habe den Text hier. (Grosse Heiterkeit.) Ich gebe Ihnen denselben. Da ich die Legende schon oft habe wiederholen hören — — (Zuruf.) — Dass Sie in gutem Glauben sind, das bezweifle ich nicht. (Heiterkeit.) Ihren guten Glauben habe ich nicht angegriffen. Aber ich will Ihnen den Text vorlesen. Ich habe bei der Frage, um die es sich handelte, unser Ausprägungssystem von Silber gegen Gold bei der Umwandlung unseres Münzverhältnisses festzustellen, folgendes gesagt in der 19. Sitzung vom 11. November 1871 — es war noch nicht einmal bei der Münzverfassung, sondern nur bei der ersten Ausprägung von Goldmünzen —:

> Ich bin der Ansicht, dass weder rückwärtsgehende Durchschnittsnormen noch vorwärtsgehende Berechnungen zu entscheiden haben, in welcher Proportion dieser Übergang gegriffen werden soll, sondern einzig und allein der Moment, in dem der Übergang bewerkstelligt wird.

Dann habe ich nachgewiesen, dass in diesem Moment genau der gegenseitige Wert der Edelmetalle auf dem Weltmarkt wie $15^1/_2 : 1$ sei.

Dann bin ich noch fortgefahren:

> Die Bemessung der Verpflichtung hat, abgesehen hiervon, sich rein nach dem Moment zu richten. Nun,

> meine Herren, was sagt der Moment? Durch einen merkwürdigen Zufall spricht er auf ein Haar heute gerade übereinstimmend mit der Vorlage der Regierung . . . Meine Herren, die heutige Lage stimmt überein mit dem Durchschnittsverhältnis eines ganzen Jahrhunderts; sie stimmt überein mit dem Niveau, in welches Silber zu Gold immer gekommen ist, nachdem es bald durch Entdeckung von Minen, bald durch den amerikanischen Krieg und die Baumwollenkonjunktur oder andere Ursachen gestört war; und ich glaube: die Reichsregierung kann es vollständig rechtfertigen, dass sie dieses Verhältnis von $15^1/_2$ festgesetzt hat.

Das ist alles, was ich über die Sache gesagt habe; ich habe kein Wort einer Prophezeiung hinzugefügt. Ich habe ausserdem noch die Genugthuung gehabt, dass, als im vorigen Jahre die österreich-ungarische Monarchie ihr neues Währungssystem einführte und damals die Frage des Verhältnisses zwischen dem neuen Silbergulden und dem Papiergulden festgesetzt werden sollte, man sich ausdrücklich von vielen Seiten auf meinen damaligen Ausspruch berief, und dass die Motive sichtlich dieselben gewesen sind, die ich damals vertreten habe. Aber, meine Herren, wie kann Ihnen denn die Idee kommen, dass ich gemeint hätte, das Silber würde nicht heruntergehen? Wer hat denn wie ein Verzweifelter gekämpft, dass man das Silber verkaufen solle, ehe es heruntergehen würde? Wer hat denn von vornherein, im Jahre 1873, den leider von den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des Reichstags nicht angenommenen Vorschlag gemacht, man solle, um einer künftigen Entwertung des Silbers zu entgehen, rasch sämtliche Thaler einziehen, solle Münzscheine dagegen ausgeben und Gold dafür kaufen, damit man das Silber möglichst rasch einziehen könne, und solle nicht warten mit einer allmählichen Einziehung, sondern sich mittlerweile mit Scheinen behelfen? Das wurde abgelehnt.

Erinnern Sie sich — der Herr Abgeordnete von Schalscha war ja damals auch hier und die anderen bimetallistischen Kollegen auch —, welche Kämpfe ich im Jahre 1879 mit dem Fürsten Bismarck gehabt habe, als er die Silberprägung einstellte! Und nehmen Sie einmal an, ich hätte es nicht voraus-

gesehen; hätte ich dann nicht tausendmal mehr Recht gehabt, gegen die Doppelwährung vorzugehen, wenn ich vorausgesehen hätte, dass ein so enormer Sturz kommen würde, dass das Silber bis zu 35 Prozent entwertet würde? Das wäre noch ein viel tausendfacherer Grund gewesen, sich das Silber vom Halse zu schaffen. Leider ist es nicht in dem Masse geschehen, wie ich es gewünscht hätte. Aber die Fabel werden Sie nicht aufrecht erhalten wollen, dass die lumpigen 600 oder 800 Millionen Mark Silber, die Deutschland verkauft hat, das Silber gestürzt hätten. Seit dem Jahre 1879 verkaufen wir keinen Pfennig mehr, und seitdem hat doch erst der eigentliche Sturz begonnen.

Dies zur Richtigstellung. Es wird zwar nicht helfen. (Heiterkeit.) Es wird auch in Zukunft wieder dieselbe Behauptung wiederkehren; dagegen ist man ja ohnmächtig. Ich will aber die Gelegenheit benutzen, um so etwas aktenmässig zu konstatieren.

Nun noch dem verehrten Herrn Kollegen von Kardorff gegenüber eine ganz kleine Bemerkung! Er hat Bezug genommen auf eine Äusserung meines leider verstorbenen Freundes und hochverehrten Mitarbeiters Dr. Soetbeer. Dass dieser im letzten Jahre seines Lebens nach Mitteln gesucht hat, um den Silbergebrauch auszudehnen, das habe ich nie bestritten. Darüber haben wir uns lebhaft unterhalten; ich war nicht seiner Ansicht. Wir haben uns gegenseitig, nicht vor dem Publikum, bekämpft; aber wir haben uns unter uns vielfach darüber gestritten, und ich will Herrn von Kardorff nicht bestreiten, dass, wenn nur in einem ganzen kleinen Punkte Soetbeer ihm beipflichtet, für ihn das ein sehr gutes Zeugnis ist. Aber er muss das qualifizierte Zeugnis — wie man es in der Jurisprudenz nennt — von Soetbeer so annehmen, dass er es nicht teilt; er muss den einzelnen Ausspruch desselben nicht allein gelten lassen. Soetbeer hat bei einer anderen Gelegenheit, auch in der allerletzten Zeit seines Lebens, noch folgendes gesagt: Unter allen Ländern — schrieb Soetbeer noch im September dieses Jahres — ist es nach wie vor Deutschland, das den weiteren Verlauf der Silberfrage ruhig abwarten kann. Nun, meine Herren, genau, was der Haltung der verbündeten Regierungen entspricht.

Nun komme ich zur Interpellation in ihrem Text und be-

haupte: dieser Text entspricht durchaus nicht dem wirklichen Vorgang der Dinge. Die Interpellation lautet folgendermassen:

Billigen es die verbündeten Regierungen, dass die deutschen Delegierten — nach den durch die Presse verbreiteten Mitteilungen — bei der Münzkonferenz in Brüssel sich den auf die Bekämpfung der Silberentwertung gerichteten nahezu einmütigen Bestrebungen aller auf der Konferenz vertretenen Staaten gegenüber ablehnend verhalten?

Die Behauptungen sind nach beiden Seiten meines Erachtens unzutreffend. Ich will es überhaupt dahingestellt sein lassen, ob es richtig war, eine Interpellation einzubringen und den ganzen Reichstag in diesem Moment mobil zu machen auf die Nachrichten einiger Zeitungen hin und vielleicht noch solcher Zeitungen, die, wie ich vermute, die Sache einseitig in ihrer Richtung dargestellt haben. Mir scheint, es wäre doch richtig gewesen, ehe man eine solche Interpellation einbrachte, sich in authentischer Weise zu versichern, was die anderen Regierungen thun, und was die deutsche Regierung gethan hat. Wenn die Herren das untersucht hätten, so würden sie sich vielleicht die Interpellation erspart haben; jedenfalls würden sie sie anders abgefasst haben. Denn es ist durchaus nicht richtig, dass die Delegierten sich ablehnend verhalten, und es ist noch viel weniger richtig, dass die anderen Regierungen sich einmütig dem Bestreben anschliessen.

Wie liegt denn die Sache in Brüssel? Die Herren sind ganz ohne Zweifel ebenso gut in der Lage, sich das authentische Material zu verschaffen, wie ich es habe, und ich habe den Inhalt der Protokolle bis zum letzten Donnerstag in meinen Händen im wirklichen Text. Ich war also in der Lage, mich vollkommen zu informieren, und ich könnte, wenn die Zeit es erlauben würde, Ihnen ausführliche Mitteilungen machen, dass das Verhalten der deutschen Regierung nicht das ablehnende war, welches Sie ihr unterlegen.

Zunächst muss ich folgendes behaupten: schon die Beschickung der Münzkonferenz ist das Gegenteil eines ablehnenden Verhaltens. Wenn die verbündeten Regierungen diese Bestrebungen bekämpfen wollten, so hätten sie ganz einfach erklärt, wie das z. B. unter dem Fürsten Bismarck noch im Jahre 1878 geschehen ist: wir beschicken die Konferenz gar

nicht. Im Jahre 1878 war eine Einladung an sämtliche Staaten ergangen betreffs einer Einigung in einer internationalen Münzkonferenz, und die deutsche Regierung hat das einfach ignoriert. Im Jahre 1881 hat sie sie beschickt, aber gerade so in platonischer Weise, wie es die gegenwärtige Regierung der Brüsseler Konferenz gegenüber gethan hat. Die paar Äusserungen, die damals in Paris gefallen sind — und ich werde noch darauf zurückkommen —, ändern an der Sache gar nichts. Aber dass die deutsche Regierung überhaupt Delegierte dahin geschickt hat, ein Mitglied des Reichsschatzamts, ein Mitglied des Reichsbankdirektoriums, zeigt doch schon ein Entgegenkommen; das zeigt ein Interesse, das zeigt guten Willen.

Was hat nun der Vertreter der deutschen Regierung in Brüssel erklärt und zwar gleich in der zweiten Sitzung, nachdem die erste mit blossen Solemnitäten und Formalitäten ausgefüllt war? Der Herr Graf von Alvensleben erklärte:

> Da Deutschland mit seinem Münzsystem zufrieden sei, so sei es nicht die Absicht, die Grundlage desselben zu ändern. Die Kaiserliche Regierung verkennt indessen nicht, dass die bestehenden Schwankungen

— ich übersetze —

> und die Bedeutung des Niederganges des Silbers sehr bedauernswert sind vom ökonomischen Standpunkte aus, und dass es sehr nützlich wäre den ökonomischen Verhältnissen des Reichs selbst gegenüber, wenn dem auf eine dauerhafte Weise abgeholfen werden könnte. Von diesen Betrachtungen ausgehend hat die Kaiserliche Regierung geglaubt, der Einladung der Vereinigten Staaten Folge geben zu sollen. Immerhin in Anbetracht der monetär befriedigenden Lage des Reichs hat die Kaiserliche Regierung die strikteste Reserve ihren Delegierten auferlegt, welche infolgedessen weder an den Verhandlungen noch an den Beschliessungen sich beteiligen sollen.

Sie haben aus dem Passus, den der Herr Reichskanzler vorgelesen hat, in welchem Fürst Bismarck Herrn Schraut im Jahre 1881, als zu weit gegangen, etwas reprimierte, schon gesehen, dass die damalige Reichsregierung in einer Lage, die

ungleich viel weniger Enthaltsamkeit auferlegte als die heutige, schon genau so handeln zu müssen geglaubt hat.

Was sind nun die grossen Dinge, zu denen jetzt die deutschen Delegierten hätten ihre Zustimmung geben können oder sich durch andere Beteiligung zur Förderung der Konferenzzwecke nützlich erweisen? Als man zusammenkam, erwartete man natürlich, dass die amerikanischen Abgeordneten, welche ja die ganze Sache veranlasst hatten — der Kongress ist auf Antrag Amerikas zusammengetreten —, mit bestimmten Vorschlägen kommen würden. Ich würde nicht richtig meine Gedanken ausdrücken, wenn ich sagte: man war allerdings enttäuscht, dass die Amerikaner keine solche Propositionen formuliert hatten. Es war das Geheimnis Policinells, dass sie nichts wissen würden uns vorzuschlagen, was irgendwie annehmbar wäre. Aber äusserlich müsste man sagen: eine Republik von 60 Millionen Menschen, die 20 Staaten der Welt auffordert, zur Lösung einer Frage zusammenzutreten, muss doch kommen, etwas anderes zu sagen als: „zerbrechen Sie sich gefälligst die Köpfe, was zu thun wäre, ich selbst weiss nichts". Und doch war es so. Als man die Amerikaner an die Wand stellte, um zu erklären, was sie denn vorschlügen, blieb nichts, als dass sie zuletzt erklärten, man möge doch dem beistimmen — das steht so im Protokoll —, dass es ausserordentlich wünschenswert wäre, wenn Mittel gefunden würden, um die Verwendung des Silbers in der Welt zu verbreiten. (Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, ist es denn so wichtig, dass man diesem Antrage beistimmt? Man könnte ebenso gut eine Konferenz berufen, um zu erklären, dass es sehr wünschenswert wäre, dass wir nächstens wieder einen guten Sommer bekämen (Heiterkeit), oder dass es sehr wünschenswert wäre, dass die Cholera nicht wiederkäme. Das alles steht auf derselben Höhe der Leistungsfähigkeit wie diese Erklärung.

Und was ist gegenüber dieser — „platonisch" wäre viel zu schwach gesagt — nichtssagenden Bestätigung gegenüber geschehen? Die Konferenz hat sie nicht einmal angenommen. (Heiterkeit.)

Wenn Sie hier die Liste der Delegierten vortragen hören, die sich dazu ausgesprochen haben — es haben die meisten

gesagt, das wäre so nichtssagend, dass sie sich enthielten, dem zuzustimmen. Die meisten von den Gesandten — ich will hier nur erwähnen England, Frankreich, Spanien, Schweden, die Schweiz, Russland, Italien, Rumänien, Portugal, Belgien, die Türkei —, sie alle haben erklärt: das bedeutet nichts; wir haben solche Reserven zu machen, uns in irgend einer Weise zu binden, dass wir in dieser Richtung nicht mitgehen wollen.

Der Ausgang der Sitzung war der, dass nicht in diesem Sinne beschlossen wurde. Ein Abgeordneter allerdings hat sich überdies ganz genau den Erklärungen des Deutschen Reiches angeschlossen; das war der von der österreichisch-ungarischen Monarchie. Er hat genau erklärt, dass seine Regierung nach ihrem Verhalten und dem Standpunkte ihrer eigenen Reformaufgabe nicht in der Lage sei, in der Deliberation in irgend einer Weise mitzusprechen. Und, meine Herren, wie viel mehr Grund haben wir, die wir schon am Ende dessen angekommen sind, was Österreich jetzt erst unternimmt, einen solchen Weg einzuhalten! Aber ob wir für oder gegen eine solche Phrase gesprochen hätten, das würde doch an der Förderung der Münzfrage wahrscheinlich nichts ändern.

Meine Herren, die Geschichte der Münzkonferenz ist ja nur eine Geschichte des ewigen stärkeren Scheiterns von Fall zu Fall. Mir ist nichts erwünschter im Interesse meiner Anschauung und der Nützlichkeit derselben besonders für deutsche Verhältnisse, die ich durch solche Störungen, wie sie heute versucht werden, nicht oft behelligt zu sehen wünsche, weil gerade in der etwas misslichen allgemeinen wirtschaftlichen Lage eine Beunruhigung unserer Münzverhältnisse erst recht noch verschärfend wirken könnte. Meine Herren, das dürfen Sie sich auch sagen, wenn Sie mit der Agitation jetzt in das Land hinausgehen wollen. Mir ist nichts erwünschter, als wenn Ruhe in diese Dinge kommt, und man nicht ewig versucht wird, an einer der heilsamsten Gesetzesmassregeln des Deutschen Reichs, die es jemals beschlossen hat, zu rütteln. Mir könnte nichts erwünschter sein, als wenn nichts geschieht, um diesen Geist in Europa wieder wachzurufen. Aber gerade darum freue ich mich über diese Konferenz; mir ist es ein wahres *delicium*, wenn ich ihre Protokolle lese.

Jedesmal, so oft eine Konferenz zusammentritt, haben wir

folgendes gehört. Die Herren Bimetallisten erklärten: nun wird das Problem gelöst, die Quadratur des Zirkels gefunden werden,— das ist uns 1878 und 1881 gesagt worden, das ist uns bei späteren Anlässen gesagt worden, — und wenn es nicht geschieht, — das war der zweite Teil der Prophezeiungen, — dann geht die Welt unter. (Heiterkeit.) Die bimetallistische Lösung oder Weltuntergang! Meine Erfahrungen haben mir gezeigt, dass mit jeder neuen Konferenz die Sache des Bimetallismus immer tiefer gesunken ist, und so tief, wie sie aus dieser Konferenz herauskommen wird, war sie noch nie gewesen, und ich bin fest überzeugt, wir brauchen uns gar nicht mehr zu beunruhigen. Mit der grössten Heiterkeit betrachte ich die ganze Angelegenheit, und ich bin so fest überzeugt davon, dass, wenn ich auch selbst annehme, der gegenwärtige Herr Reichskanzler würde seinen Posten verlassen und Herr Graf von Mirbach oder Herr Kardorff würde Reichskanzler (Heiterkeit), sie nicht im stande würden, den Bimetallismus einzuführen. (Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, es gab eine Zeit, wo ich in dieser Beziehung vielleicht etwas ängstlicher war, als das Silber nur 15, 17, 18 Prozent niedriger stand, als das normale Verhältnis war, als Fürst Bismarck am Ruder war, und ich ihn in dem wohl nicht ungerechten Verdachte hatte, dass er auch in agrarischer Versuchung nun hier zu weit gehen könnte, obwohl er in diesen Dingen doch schliesslich viel zu gescheit war, um zu weit zu gehen. (Zuruf rechts.) — Ich bin in dieser Beziehung entgegengesetzter Ansicht mit Herrn von Kardorff: das, was er als Mangel an Fürst Bismarck findet, halte ich für seine schönste Seite. Aber damals war noch eine gewisse Gefahr; es waren Momente, wo ich und gleichgesinnte Kenner der Sache fürchteten, es könne so etwas geschehen, was unsere Münzverfassung schädigen könnte. Heute ist kein Gedanke daran; Sie können machen, was Sie wollen: der Bimetallismus ist tot. (Zuruf rechts.) — Ach, Herr von Kardorff, er ist so lange schon tot (Heiterkeit); man kann ja auf ihn das Dichterwort anwenden: „sie waren längst gestorben und wussten es selber nicht". (Heiterkeit. Zuruf rechts.) Wie tot er ist, meine Herren, das will ich Ihnen jetzt beweisen.

Als Amerika zuerst die Einladung zur Konferenz erliess, da stellte es den Antrag, zunächst an England, — es schickte da-

mals einen Delegierten hinaus mit dem Ersuchen, man möge einen internationalen Kongress berufen, welcher die Frage des Bimetallismus, d. h. die Herstellung eines fixen Verhältnisses zwischen den beiden Metallen durch internationale Konvention, sich zur Aufgabe stellte. Darauf hat die — nicht die jetzige, sondern die konservative, etwas mehr auf diese Seite geneigte — englische Regierung geantwortet, auf diesen Fuss des Bimetallismus lasse sie sich nie ein, werde daraufhin nie einen Kongress beschicken. Den hat sie *a limine* abgewiesen, und die Sache fiel durch. Darauf erst hat Amerika sich bequemt, die Sache in einer Weise zu fassen, welche England diese Voraussetzung gar nicht zumutet, sondern man hat nur, wie ich vorhin formuliert habe, gesagt, man wolle einen Kongress berufen, der sich den Kopf zerbrechen möge darüber, wie der Wert des Silbers aufzubessern sei. Also, meine Herren, der Bimetallismus, wie Sie ihn vertreten, wie Sie ihn immer als Axiom vertreten haben, dessen Verwirklichung Sie als Ihre Aufgabe hinstellen, den Sie auf Ihr Panier geschrieben haben, — und Sie werden doch so konsequent sein, daran festzuhalten; Sie werden doch nicht von Ihren Prinzipien abfallen, wie ich hoffe, — meine Herren, dieser Bimetallismus ist *a limine* ausgeschieden selbst vom Brüsseler Kongress. England erklärt: es geht auf so etwas absolut nicht ein, wenn man diese Voraussetzung nicht herauslässt. Nun ist die jetzige Konferenz herbeigerufen worden, bloss um zu sehen, was man denn thun könne, um das Silber zu heben.

Auf dem Kongress nun stellten sich zwei Arten der Behandlung einander gegenüber. Die einen sagten: die Amerikaner behaupten: ja, ausser einem internationalen Gegenseitigkeitsverhältnis mit fixiertem Wert von Gold und Silber ist überhaupt nicht zu helfen, das ist die einzige Remedur, wir wollen also diese Frage voranstellen und einmal die Meinungen der anderen Staaten darüber hören, wir wollen das als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung stellen: die bimetallistische Regelung einer internationalen Konvention. Bei näherer Besichtigung schien das aber doch den Amerikanern sehr bedenklich; sie spreizten sich und sperrten sich dagegen von vornherein, indem sie sich sofort klar machten, dass sie darin eine Niederlage erleiden würden, und sie kamen nun darauf, zu sagen: es sind ja noch andere Mittel vorgelegt, wenn man auch

den Bimetallismus nicht herstellen kann, so sind doch andere Rezepte angegeben von verschiedenen Seiten, wie man das Silber im Umlauf vermehren könne, und wir wollen erst darüber uns klar werden. Ueber diese Kontroverse der Geschäftsordnung ist ganz lange debattiert worden, und die Frage ist heute eigentlich noch nicht ganz ausgetragen; denn zunächst hat man eigentlich nur gesagt: ja, wir wollen den Amerikanern den Gefallen thun, wir wollen die Frage des Bimetallismus für den Moment ausscheiden, diejenigen Rezepte, welche proponiert sind, um mehr Silber in Umlauf zu bringen, wie Herr von Kardorff auf Grund der seiner Zeit von Herrn von Dechend gemachten Vorschläge angedeutet hat, wollen wir in eine Kommission verweisen. Diese Kommission hat sich nun niedergesetzt und hat verschiedene dieser Rezepte beraten. Da waren hauptsächlich drei.

Das eine, am weitesten gehende, war das des englischen Bankiers Alfred von Rothschild, welcher einer der von England abgeordneten Delegierten ist. Dieses Rezept lautete folgendermassen: sämtliche Staaten, die hier vertreten sind, sollen sich vereinigen, jährlich eine Summe von etwa 100 Millionen Mark, 5 Millionen Pfund Sterling, auszugeben fünf Jahre lang, um Silber zu kaufen, um den Silberpreis zu heben, wenn sich andererseits Amerika verpflichte, sein Shermangesetz, das Gesetz, wonach jährlich 54 Millionen Unzen Silber gekauft werden sollen, aufrecht zu erhalten; wenn Amerika diese Verpflichtung annimmt, dann sollen alle anderen Staaten sich verpflichten, für 100 Millionen Silber ihrerseits zu kaufen, alles, um den Silberpreis etwas in der Höhe zu halten; ausserdem sollen sie die Massregeln ergreifen zur Unterdrückung von kleinen Goldmünzen und kleinen Papieren. Dieser Antrag von Rothschild, dem man als dem angesehensten Bankier von Europa mit der nötigen Referenz entgegenkam, wurde in der Kommission sehr eifrig hin und her debattiert, und schliesslich war die Folge, dass er abgelehnt wurde, und dass, als der Antrag auf den Bericht der Kommission in das Plenum der Konferenz kam, Herr von Rothschild selbst seinen Antrag zurückzog. Das war derjenige, der am weitesten ging, wiewohl er lange nicht dem entspricht, was man sich unter Bimetallismus vorstellt. Es war der Vorschlag einer Art von Liebesgabe, die Europa den amerikanischen Silberinteressenten

machen solle im Betrag von 100 Millionen Mark Silber jährlich, um den Silberpreis zu halten und den jenseitigen Minenbetrieb nicht zu stören. Nun muss ich zugeben: ich bin kein Schwärmer für unsere Branntweinliebesgaben, aber lieber noch als den Amerikanern hätte ich doch unseren Branntweinbrennern zu Hause noch die auf Deutschlands Teil fallenden zehn Millionen Mark zu dem, was sie jetzt schon haben, gegönnt. (Heiterkeit.)

Das war der weitestgehende Vorschlag, der im silberfreundlichen, nicht bimetallistischen Sinne gemacht wurde. Nachdem dieser gefallen war, blieb der sogenannte Antrag Moritz Levy. Dieser Antrag stammt aus dem Jahre 1881, wurde aber schon im Jahre 1878 angeregt, und die Konferenz selbst hat in richtiger Würdigung alter Verdienste festgestellt, dass nicht dieser dänische Bankdirektor, Herr Moritz Levy, sondern ein russischer Staatsrat, Herr von Thörner, bereits im Jahre 1878 und auch später 1881 den Vorschlag gemacht hat, den sich *in nuce* Herr von Dechend später in seinem Artikel in der „Norddeutschen Zeitung" angeeignet hat, nämlich den, kleine Goldmünzen im Betrage von weniger als 20 Franken und kleine Papiere ebenfalls von weniger als 20 Franken im Werte aus dem Verkehr verschwinden zu lassen und zu suchen, ob man dafür Silber substituieren könne. Ich verschone Sie mit meinem Urteil über diesen Antrag; ich begnüge mich, zu sagen, dass er ein Tropfen auf einen heissen Stein wäre, dass er aber wahrscheinlich auch nicht ausgeführt wird. Nun, meine Herren, was ist mit diesem Antrag geschehen? Als er in der Konferenz am vorigen Dienstag verhandelt wurde, hat der englische Vertreter erklärt, England würde selbst darauf nicht eingehen. Selbst diese lumpige Konzession, zu der eventuell die Vertreter des Deutschen Reichs im Jahre 1881 sich bereit erklärt hatten, weist England jetzt zurück, und das ist sicher: wenn sie angenommen werden sollte oder könnte, so würde das nur für den Fall geschehen können, dass die amerikanische Regierung sich bereit erklärt, ihrerseits als die höchst interessierte viel mehr für das Silber zu thun. Daran ist aber nicht zu denken; denn der amerikanische Delegierte erklärte, er sei auch gegen diesen Antrag Moritz Levy: das genügt ihm gar nicht, das hilft ihm gar nichts.

Meine Berichte gehen nur bis zur letzten Donnerstagssitzung, das ist die letzte Sitzung, die ich kenne. Wir stehen

aber schon absolut vor dem Nichts oder vielmehr vor dem Thurm von Babel; denn die völligste Sprachverwirrung, die je bei einer Konferenz geherrscht hat, herrscht hier auf der Brüsseler Konferenz. Und jetzt soll die deutsche Regierung zu diesen Dingen eine andere Stellung einnehmen, als sie gethan hat; indem sie ihrem Delegierten den Auftrag gegeben hat, ruhig, freundlich, wohlwollend all die Heilsmassregeln anzuhören, die man vorschlägt, und darüber zu berichten. Anders haben es die anderen Länder auch nicht gethan. Wollen Sie, dass Herr von Glasenapp und Herr Hartung auch noch ein Rezept beibringen? Es steht Ihnen ja auch frei; es sind so viel Leute nach Brüssel gelaufen, kluge und närrische, die Vorschläge gemacht haben, z. B., man solle ein Monopol für Silber machen für den ganzen Erdenrund, man solle vereinbaren, wieviel Steuern jede Mine zahlen soll, damit alles Silber auf denselben Kostenpreis kommt; kurz, ich müsste Ihnen tausend und eine Nacht vorerzählen, wollte ich Ihnen berichten, welche sonderbaren Vorschläge gemacht worden sind. Herr Dr. Arendt hat, wie uns Herr von Kardorff mitteilte, auch einen Vorschlag in der Tasche. Wir wollen einmal abwarten; vielleicht gefällt der dem Kongress, dann können wir noch überlegen, und die deutsche Regierung auch, was daraus werden soll. Alle Delegierte haben gesagt: wenn wir etwas erklären, so binden wir unsere Regierung nicht im geringsten.

Herr von Kardorff war es, glaube ich, der behauptet hat, die englische Regierung nähme eine affirmative Stellung zur ganzen Sache ein. Nun, wie verhält sich denn die englische Regierung? Sie hat fünf Delegierte bei dieser Konferenz. Von diesen fünf Delegierten hat ein einziger am letzten Tage, am Donnerstag, Sir William Houldsworth, einen Vorschlag gemacht, der keine Spur von Aussicht auf Annahme hat, nämlich: alle europäischen Staaten sollen sich bereit erklären, zu festen Preisen Silberbarren anzukaufen; sie sollen dagegen Silbermünzscheine ausgeben, und diese sollen im internationalen Verkehr berechtigt sein, als Geld zu dienen. Meine Herren, bis wir einmal dahin kommen, hier im Reichstag eine Gesetzesvorlage zu debattieren, die diesem Antrag Erfüllung bringt, wollen wir es abwarten.

Im übrigen, meine Herren, haben die vier angesehenen Delegierten von England sich negativ verhalten zu allen An-

trägen. Sie haben aber — und das ist das Wichtigste — eine entschieden perhorreszierende Stellung eingenommen gegen alles, was nur irgendwie nach Bimetallismus riechen könnte. Selbst Herr Alfred von Rothschild, der den weitestgehenden Vorschlag gemacht hat im Sinne der Silberwertverbesserung, selbst Herr Alfred von Rothschild, der der Meinung ist, die ich nicht teile, dass, wenn Amerika seine Silberverkäufe einstellt, eine grosse Katastrophe kommen wird, selbst dieser hat seinen Vorschlag in der Konferenz damit eröffnet, dass er sagte: ich muss vor allen Dingen erklären, ich bin ein abgesagter Feind des Bimetallismus! Und, meine Herren, die anderen Deputierten! Herr Currie, der zweite, hat eine der fulminantesten Reden für die Goldwährung gehalten; ich glaube, ich habe nie so fulminant für die Goldwährung gesprochen, wie er es gethan hat! (Heiterkeit.) Dann bleiben noch zwei andere: Herr Freemantle, der Direktor der englischen Münze, und Sir Rivers Wilson, der schon 1878 die englische Regierung auf der Münzkonferenz vertreten hat. Sie haben feierlich erklärt, dass sie in Ubereinstimmung mit den Instruktionen ihrer Regierung und in Übereinstimmung unter einander sich dagegen verwahren, irgend ein bimetallistisches Programm anzunehmen oder zu versichern, dass England daran dächte, entfernt von seiner monometallistischen Goldwährung abzugehen. Das ist die wahre Stellung Englands!

Nun wollen Sie, dass wir mit unserer fertigen Währung, die wir kein Indien haben, die wir geringe Quantitäten von Silber produzieren, uns die Köpfe zerbrechen sollen, wie wir der Welt aus der Verlegenheit helfen können! Ja, wenn uns etwas gescheites einfiele, hätte ich nichts dagegen; aber das Kopfzerbrechen, nachdem so lange Jahre vergeblich nach etwas gesucht worden ist, hat doch gar keinen Sinn.

Und nun, meine Herren, schliesslich denken Sie doch an eines, in welchem Moment wir gerade stehen! Wir sind unterbrochen worden im Suchen nach Verteidigungsanstalten für einen Krieg, der, wie wir alle zugeben, jeden Augenblick, wenn auch die Situation noch so friedlich erscheint, über uns hereinbrechen kann. Und nun, meine Herren, gegenüber dieser Präoccupation, dieser Sorge für einen Krieg, was schlagen Sie vor? Ein Weltliebesbündnis, dass wir abschliessen sollen mit

anderen Staaten, eine Union, einen Vertrag, der in dem Augenblick, wo der erste Kanonenschuss erschallt, hinfällig und nichtig ist. Und was ist denn Ihre ganze Grundlage, vorausgesetzt, sie wäre einen Schuss Pulver wert? (Heiterkeit.) Was ist Ihre ganze Konvention? Sie geht in Stücke, sie zerfällt. Und was ist aus der lateinischen Münzkonvention geworden? Sie ist eine Krux für die Mitglieder. Und möchten sie nicht lieber heute wie morgen aus der lateinischen Konvention heraus? Wenn Sie die Verhandlungen von 1885 läsen, wenn Sie die Verhandlungen läsen, die noch jetzt in der französischen Kammer stattgefunden haben, so würden Sie sehen, welche Angst man davor hat, in eine solche Konvention hineinzugehen, und dass auch die Staaten der lateinischen Konvention nicht entfernt daran denken, sich in einen neuen Münzvertrag mit irgend jemand einzulassen. Die Schweiz hat ausdrücklich erklärt, dass sie gar nicht daran denkt; nach keiner Weise liegen auch nur die Chancen vor, dass bei dieser Konferenz irgend etwas herauskommen werde. Sehen Sie sich die Akten an, statt die Zeitungsberichte zu lesen! Sie werden sehen, wie viel weniger als je die Möglichkeit gegeben ist, und aus einem sehr einfachen Grunde. Als im Jahre 1881 die letzte Pariser Münzkonferenz tagte, war das Verhältnis von Silber zu Gold aus dem Stande von 1 zu $15\frac{1}{2}$ zu dem Stande von 1 zu 18 gefallen. Silber, das früher 61 stand oder nahe an 61, als das Verhältnis von 1 zu $15\frac{1}{2}$ galt, war damals auf 51 gefallen. Heute, meine Herren, steht es 38 gegen 61, d. h. 35 Prozent niedriger. Nun möchte ich einmal den Hexenmeister sehen, der macht, dass eine Ware, die zum Betrage von 500 bis 900 Millionen Mark jährlich in der Welt produziert wird, durch einen künstlichen Vertragsschluss um 35 Prozent ihres Wertes erhöht werde, — den Hexenmeister möchte ich sehen! Es wird nicht mehr versucht werden; wenn es versucht würde, würde es zu den heillosesten Verwirrungen und zum heillosesten Unsinn führen. Aber, meine Herren, nehmen wir die ganze Geschichte gar nicht tragisch; Sie werden sehen: die Sache geht aus ohne irgend einen Erfolg. Die jetzige Brüsseler Münzkonferenz unterscheidet sich von den früheren nur auf folgende Weise: die früheren gingen aus wie das selige Hornberger Schiessen; diese fängt schon an, wie das Hornberger Schiessen ausging. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

XV.

Vier Aufsätze aus der Nation.

(1893—1895.)

I.

Die Entthronung eines Weltherrschers.

(8. Juli 1893.)

Seit etlichen Tagen sind alle Zeitungen voll von einem Ereignis, welches das grösste Aufsehen über die weite Welt verbreitet. Selbst diejenigen, welche sich sonst um Wirtschaftspolitik nicht kümmern und vor deren Streitfragen einen aus Langweile und Abscheu gemischten Widerwillen empfinden, sind gezwungen, die Augen zu öffnen und zu fragen: Was ist das? Nun, der hohe Rat des indischen Reichs britischer Nation hat beschlossen, dass mit der Prägung von Silbergeld, welche bis dahin freigegeben war, ein rasches Ende gemacht werden soll. Und das ist in der That ein Vorgang von der allergrössten weltgeschichtlichen Bedeutung. Er bedeutet eben den Abschluss einer Revolution, welche, vor weniger als fünfundzwanzig Jahren ihr Haupt erhob und nach unaufhörlichen und über den Erdenrund geführten mächtigen Geisteskämpfen jetzt ihr Ziel erreicht hat. Kein Zweifel mehr möglich! Das Land von dreihundert Millionen Menschen, welches seit uralten Zeiten die feste Burg des weissen Metalls war und ihm unumschränkte Herrschaft einräumte, hat dem angestammten Souverän den Gehorsam gekündigt, und sich dem Nebenbuhler, dem Golde, für die Zukunft verschrieben.

Es sind jetzt siebenzehn Jahre, dass ich diesen Gang der Dinge als unausbleiblich vorausgesagt habe. Im Sommer 1876 verfasste ich für die „Deutsche Rundschau“ unter derselben Überschrift, die hier oben steht, eine Abhandlung*), die sich die

*) Anm. des Herausgebers: Die Abhandlung ist in dieser Sammlung unter Nr. VIII wiedergegeben.

Aufgabe gesetzt hatte, das Unausbleibliche dieser kommenden Dinge nachzuweisen. Nur in einem hatte ich dabei geirrt. So schnell hatte ich die Vollziehung der Gedanken durch die Thatsachen nicht erwartet. Am Schluss jenes Artikels heisst es mit einem Anflug von Resignation: in den Tagen, wo die Voraussagung sich erfülle, werde es schwerlich noch jemanden geben, der sich ihrer oder ihres Verkünders erinnern möchte. Allerdings hatte ich diesem auch damals nicht zugetraut, dass er noch so manches Jahr auf Erden verweilen werde. Und wie auch nicht? Hat mich doch vor nicht langer Zeit ein gemütlicher Reichstagskollege angesprochen mit den Worten: „Seit länger als zwanzig Jahren, dass ich Sie kenne, habe ich Sie immer als einen Todeskandidaten angesehen, und immer sind Sie noch auf dem Platze!“ Aber, Scherz bei Seite, der Irrtum lag doch mehr nach der Richtung der Schnelligkeit hin, mit welcher die Logik der Zustände sich abwickeln sollte. Was sind siebenzehn Jahre für einen so gewaltigen Umschwung der Dinge! Wenige Erscheinungen sind so wie diese danach angethan, uns zu veranschaulichen, wie rasch in der heutigen Welt Ursachen und Wirkungen in einander greifen. Auch hat, wie das meistens zu geschehen pflegt, vieles was zur Abwendung des Unvermeidlichen aufgeboten wurde, gerade dazu geführt, den Gang des Geschickes zu beschleunigen; so vor allem das tolle Experimentieren der amerikanischen Gesetzgebung.

Man müsste die Welt nicht kennen, um nicht voraus zu sehen, was jetzt die unverdrossenen Anhänger des gestürzten Souveräns ausrufen werden. Nämlich zwei Dinge. Erstens: „Zwar ist er im Augenblick vom Throne gestossen, aber er wird wiederkommen.“

Nun, warum soll man so grausam sein, ihrem bedrängten Herzen diesen Trost zu rauben? Die Hauptsache ist und bleibt einstweilen, dass das für unmöglich Erklärte Wirklichkeit geworden ist. In dem Augenblick, wo das indische Reich zu dem Entschluss kommt zu erklären: die silberne Rupie ist nur noch ein Schein, sie ist nur noch der Schatten des Wertinhalts, den sie einst in Wirklichkeit bezeichnete, und um diesem Schein- und Schattendasein ein Ziel zu setzen, sind wir gezwungen, der unbeschränkten Herstellung von Rupien aus Silber die Thüre vor der Nase zu schliessen — im selben Augenblick hat Silber

aufgehört die Welt zu regieren. Es ist nicht mehr Herr auch in Indien, seiner letzten grossen Zuflucht, es ist Unterthan. Denn nur vom Belieben der Verwaltung soll sein Reich abhängen, es soll nicht mehr Selbstherrscher sein. Und als Probe auf das Exempel schaue man hin auf das, was in Amerika und Europa sofort geschah. Der Preis des Silbers hat einen neuen Sturz erlebt, schrecklicher wie alle vorangegangenen, und in eine Tiefe, dergleichen selbst noch vor einem Jahrzehnt nicht für denkbar gehalten worden wäre. Mit einem Worte, nach den heute, am ersten Juli, vorliegenden Marktberichten aus Newyork und London gilt Silber genau nur noch die Hälfte des Preises, den es behauptete, als Deutschland vor zwei Jahrzehnten sein Münzgesetz auf die alleinige Goldwährung setzte. Damals gab man für eine Unze Silber in London beiläufig 61 Pence. Heute bezahlt man sie mit 30. Wahrscheinlich wird sich der Preis von diesem ersten Schrecken rasch erholen und wieder um einige Prozente nach oben kommen; aber dass er vorerst einmal so stark erschüttert werden konnte, wird ihm nie mehr vergessen werden. Ist das Entthronung oder nicht? Wer's glauben kann, dass aus dieser Tiefe wieder ein Emporkommen nach jenen Gefilden hoher Ahnen möglich sei, mag's eben glauben. Aber dass es jetzt so ist, wie es ist, kann er doch nicht leugnen. Und so ist eben jedenfalls wahr geworden, was vorausgesagt war. Und da es nicht ein blosses Erraten ins Blaue und auf gut Glück war, sondern ein wohlüberlegtes Vorausberechnen der notwendigen Folgen bestimmter Thatsachen, so geht für den, der nicht blind sein will, eben daraus auch die Gewissheit hervor, dass, was sich auf so schlagende Weise bewährt hat, in sich begründet war, in dem Zutreffen seiner Erwägungen die Bürgschaft richtiger Wahrnehmung trägt.

Noch ein zweiter Ruf wird ertönen:

„Da haben wirs, das ist das Unglück, das wir immer vorausgesagt. Wehe!"

Notabene. So hatten sie's eigentlich nicht gemeint. Jahr aus Jahr ein hatten sie im Gegenteil ihren Sieg für den nächsten Tag prophezeit; bald sollte von Europa, bald von Amerika das Heil kommen, bald mit England, bald ohne England, bald mit Deutschland, bald ohne es. Man lese nur rückwärts, alle die

Zeiten hinauf, die Verkündigungen des nahenden Triumphes. Noch vor acht Monaten, als der internationale Kongress in Brüssel zusammentrat und es hiess: Nun wird es werden! Bände von Citaten könnte man anführen.

Dann hiess es freilich zur Abwechslung auch wieder anders: „Wenn die verstockten Völker nicht auf unsere Stimme hören, wird der Weltuntergang hereinbrechen". Auch das wurde prophezeit von Jahr zu Jahr immer fürs folgende und gleichzeitig mit dem nahenden Triumph. Was verträgt sich nicht alles mit einander im Reich der Sophistik und Phantastik!

Noch ist die Welt nicht untergegangen. Im Gegenteil; überall wo Klarheit der Gedanken und Unbefangenheit der Interessen walten, heisst man mit Ruhe die Lösung willkommen, welche den endlosen Streit und die endlose Unsicherheit binnen gegebener Zeit in einen Zustand friedlicher Stetigkeit und Gewissheit hinüberführen werde. Es versteht sich ja von selbst, dass ein Ereignis, wie das gegenwärtige, nicht eintreten kann, ohne einen mächtigen Rückschlag auf die gesamte Weltwirtschaft hervorzurufen. Die Neuerung wäre nicht die grossartige und entscheidende, die sie ist, wenn sie spurlos an den von ihr berührten Verhältnissen vorübergehen könnte. Dass England und Indien ihr letztes Wort in diesen so lange schwebenden Fragen gesprochen haben; dass sie es thaten schneller als man noch vor Monaten ahnte; dass unfehlbar auf diese That auch die Vereinigten Staaten mit einem nahezu ebenso drastischen Entschluss folgen müssen; dass damit ein so tief und weit greifendes Problem zu einer Lösung gebracht wird, aus welcher tausend Konsequenzen in alle Gebiete des Haushaltes der Nationen erfliessen müssen — das alles ist so natürlich, so unvermeidlich, so in und mit der Sache selbst gegeben, dass überflüssig erscheinen muss, nur ein Wort darüber zu sagen, warum Veränderungen, gleichbedeutend mit Störungen, im Gebiete eines solchen Ereignisses sich fühlbar machen. Aber wie viel störender oder vielmehr wie verderblich wäre es gekommen, wenn der Anlauf in entgegengesetztem Sinn genommen, wenn versucht worden wäre, mit einem Schlag das entwertete Silber wieder auf seine alte Höhe hinaufzudekretieren und der Menschheit einen Brauch aufzudrängen, von dem sie sich losgesagt hat. Noch mancher Stoss wird unsanft empfunden werden, bis

die gewaltige Veränderung, die eben erst einsetzt, sich in das breite Bett der fliessenden Weltbewegung ruhig wird eingedämmt finden. Aber sie kommt mit dem Strom und wird sich mit ihm bewegen. Die andere wäre gegen den Strom unternommen worden und hätte nach Verwüstungen jämmerlich geendet. Dess Zeugen sind genugsam alle die gescheiterten Versuche, denen wir seit langen Jahren beigewohnt haben, besonders in Amerika.

Hauptsache aber ist und bleibt: ob es dem oder jenem gefalle oder nicht, ob's ihm schade oder nütze, in der Wirklichkeit oder nur in der Einbildung, es ist doch nur gekommen, was kommen musste, früher oder später und alles, was heute von einer plötzlich hereingebrochenen Entwertung bejammert wird, gilt eigentlich einer Entwertung, die längst vollzogen war, aber verdeckt und verleugnet wurde. Nur kindische Denkweise kann vermeinen, der oder jener habe es zu Wege gebracht; vom Willen oder der Ansicht der Regierungen oder der Nationen habe es abgehangen, ob die Sache so oder anders laufen werde. Wie haben sich die Menschen, einzelne und Gesamtheiten, die Köpfe zerbrochen und beinah einander die Schädel eingeschlagen, um den Strom von seinem Ziele abzulenken. Wie hat sich gerade vor diesem Wendepunkt, der jetzt zum Ausschlag führt, England besonnen, ehe es seinen Sinn zusammennahm zu einer riesengrossen Entscheidung. Man lese die Einzelgutachten, welche verschiedene Mitglieder des Währungsausschusses für Indien dem eben publizierten Beschluss desselben beigefügt haben. Nichts bezeichnender als diese Erwägungen, welche zeigen, wie sich der eine widerstrebend, der andere nicht ganz befriedigt, zum Teil von entgegengesetztem Standpunkt ausgehend, der unabweisbaren Notwendigkeit fügte, alles Spezialisten der grössten Sachkenntnis, im vollen Bewusstsein ihrer grossen Verantwortlichkeit, Männer wie Leonard Courteney, T. H. Farrer, B. W. Currie. Dieser Ausschuss, in den letzten Zeiten so oft nach dem Vorsitzenden genannt „Lord Herschells Comittee" hat mit der indischen Regierung, dem Vizekönig, dem Staatsrat, mit der Regierung des Mutterlandes zusammen seit Ende März dieses Jahres in ununterbrochenem eifrigen Gedankenaustausch die Entschliessung vorbereitet, welche jetzt Thatsache geworden ist, und die dahin geht, dass die freie Silberprägung

in Indien aufhört; d. h. dass die indische Münzverwaltung nicht mehr, wie bisher, jedes ihr dargebotene Silberquantum zu einem feststehenden Preise aufnimmt (106,75 Rupien für 100 Tolas); dass die Einführung der Goldwährung für die Zukunft ins Auge gefasst wird und dass als transitorische Massregel die indische Regierung sich vorbehält, je nach Bedürfnis Silberrupien weiter ausprägen zu lassen, gleichzeitig aber sich bereit erklärt, jedem, der ihr Gold bringt, dafür Rupien abzugeben und zwar zu einem festen Satz von 1 Shilling 4 Pence englische Goldwährung für eine Rupie. Bekanntlich stand die Rupie vor der Erschütterung des Silberwertes zur englischen Goldmünze in dem Verhältnis, dass eine Rupie mit kleinen Schwankungen zwei Shilling, also 24 Pence galt, statt der hiermit fixierten 16 Pence. Dies entspricht also einer Herabsetzung des Wertes auf zwei Dritteile des früheren, oder im Preis des Silbers auf dem Londoner Markt ausgedrückt, einem Preis von $41^1/_2$ Pence für die Unze, die früher etwa 61 galt. Wohlbemerkt, diese Fixierung des Verhältnisses hat nur den Zweck, dasselbe nach oben abzugrenzen. Mehr als 16 Pence in Gold kann die Rupie künftig nicht mehr erzielen, weil für 16 Pence immer eine Rupie von der indischen Regierung zu haben sein wird. Aber nicht das Maximum ist der Zweck dieser Begrenzung, sondern das Masshalten im fiktiven Wert. Indem der Rupie durch das Aufhören der freien Prägung ihr Charakter als einer auf ihren eigenen Gehaltswert gestellten vollgültigen Münze entzogen und ihr damit der Charakter eines nur auf gesetzlicher Vorschrift basierten Geldes zuerteilt wird (wenn auch mit einem gewissen inneren Wert), soll mittels der Grenze von 16 Shilling dafür gesorgt werden, dass die Fiktion sich nicht allzuweit vom derzeitigen inneren Wert entferne. Ob die Rupie in ihrem Verhältnis zum Ausland sich auf diesem Maximum als auf einem Minimum werde behaupten können, muss erst die Zukunft lehren, die es in dem Wechselkurs Englands auf Indien zum Ausdruck bringen wird. Man hofft es, weil Indien Jahr aus Jahr ein mit einer sogenannten aktiven Handelsbalanz arbeitet, mehr Waren hinaussendet als bezieht. Aber je mehr es gelingt, den Geltungswert der Rupie durch die Aufhebung der Prägefreiheit zu sichern, desto unsicherer wird der Preis des Barrensilbers, das nach Indien keinen freien Abfluss mehr hat. Darum erwartet man

jetzt allgemein, dass der Kongress der Vereinigten Staaten zur Abschaffung der sogenannten Sherman-Bill schreiten werde, welche jährlich 54 Millionen Unzen Silber anzukaufen vorschreibt, lediglich um den Preis zu halten oder zu treiben. Jetzt hat sich gezeigt, mit welchem Erfolg. Aus Newyork wird heute berichtet, Präsident Cleveland, welcher ein entschiedener Gegner dieses unsinnigen Gesetzes ist (in seiner Proklamation nennt er es nur „unweise"), habe den Kongress nunmehr auf den 7. August berufen. Ohne Zweifel wollte er ihn erst zur Stelle haben, wenn die verstockten Gönner des Silbers durch den Unmut des Landes mürbe gemacht sein würden und meint, bis dahin werde das längstens geschehen sein.

Die Moral dieser gesamten Vorgänge für Deutschland braucht man nicht erst zu ziehen. Sie liegt auf der flachen Hand und hallt jetzt von allen Ecken wieder. Bis auf das blaue Auge, der thörichten Einstellung der Silberverkäufe des Mai 1879, mit dem wir davon gekommen, haben wir das beste Loos gezogen, als wir vor zwanzig Jahren die Begründung des Geldwesens in dem Augenblick, der uns von der Gunst des Schicksals geboten wurde, in der einzigen Richtung wahrnahmen, welcher jetzt der Gang der Weltbewegung seine unwiderrufliche Sanktion erteilt hat. Von der Begründung bis zur Durchführung war allerdings noch ein weiter Weg, und selbst unter denen, welche in der Hauptsache einverstanden waren, gab es nur sehr wenige, welche genug davon durchdrungen waren, dass es nun galt, rasch Hand ans Werk zu legen, um die grosse Wendung bei uns zu vollziehen, bevor sie durch den Umschlag der Dinge in der weiten Welt erschwert, wenn nicht gehemmt werde.

Welche Mühe kostete es, dies auch nur halbwegs durchzusetzen! Gleich beim ersten Anhieb, schon im Jahre 1871 hatte ich die Aufgabe formuliert. Nicht das „Woher das Gold nehmen?" ist die Schwierigkeit, sondern das „Wohin mit dem Silber?" Ja, ich musste 1871 noch einen besonderen Beschluss des Reichstags extrahieren, damit sofort die Ausprägung von Silbermünzen aufhöre, was der damalige Finanzminister von Preussen nur ungern zugab. Als dann im Jahre 1873 das Münzgesetz beraten und beschlossen wurde, stellte ich den Antrag, sofort alles grobe Silbergeld einzuziehen und es,

bis man Gold dafür ausprägen könne, durch mit Silber oder Gold gedeckte Münzscheine, wie sie Holland einst gemacht hatte, interimistisch zu ersetzen. Mittels einer solchen Manipulation hätte man den gesamten Vorrat an Thalern und Gulden schnell verkaufen und in wenigen Jahren Preise erzielen können, welche viel höheren Erlös, als später möglich war, gebracht hätten. Aber trotzdem mich einige Kollegen, wie der Abgeordnete Hammacher und der verstorbene Harnier, darin kräftig unterstützten, war selbst ein so kundiger und scharfsinniger Kopf, wie Otto Michaelis, als Vertreter der Reichsregierung, nicht für die Idee zu gewinnen. Ihre Durchführung hätte dem Deutschen Reich einen Gewinn von mindestens dreihundert Millionen Mark bedeutet. Auf Indien ruhte, wie ich schon im Jahre 1871 im Reichstag nachwies, unsere Hoffnung für die Ablagerung des freiwerdenden Silbers; Indien hat uns auch mittelbar oder unmittelbar das meiste abgenommen. Mitte der siebziger Jahre stockte der Abfluss, weil das Mutterland England mit seinen Operationen dazwischen kam. Dann folgte, zu unserem Glück, das Unglück, das Indien traf, die grosse Hungersnot, die massenhaft Geldsendungen nach Indien notwendig machte, den Silberpreis dadurch wieder in die Höhe trieb. Die armen Hindus mussten wieder gut machen, was die Saumseligkeit der deutschen Reichsregierung unter der Führung des preussischen Finanzministers verdorben hatte; damals wurden wir das Dickste los. Seit dem Abderitenstreich von 1879 sind wir dann auf einen Rest von Thalern sitzen geblieben, der uns mehr zur Schande als zum Schaden gereicht. Wenn man bedenkt, wie nah wir oft der Gefahr waren, den kleinen Abderitenstreich mit dem grossen, den uns die Bimetallisten empfahlen, zu krönen, müssen wir doch unser Glück preisen.

Die neuesten Telegramme bringen die Meldung, der belgische Premierminister habe auf Anfrage in der Kammer erklärt, die im Dezember auf den Mai vertagte und vom Mai wieder auf den November vertagte internationale Brüsseler Konferenz werde trotz allem wieder zusammentreten — „unentwegt" würde es im grossen Stil heissen. Das verspräche ja sehr amüsant zu werden. Vor kurzem haben die Delegierten der Schweiz, welche jener Brüsseler Konferenz beiwohnten, ihrem Bundesrat einen ausführlichen und gewissenhaften Bericht er-

stattet. Den Herren der deutschen Reichsregierung, welche wohl demnächst wieder von einem Münzweisen der Agrarier werden zur Rede gestellt werden, möchte ich empfehlen, diesen Bericht zu lesen, falls ihnen der, ohne Zweifel ganz ähnlich lautende, vertrauliche Bericht ihrer eigenen Kommissare noch nicht genug Licht aufgesteckt haben sollte. Ich kann es mir hier leider des Raumes wegen nicht gönnen, die bedeutsamsten Stellen aus diesem Schweizer Bericht wiederzugeben. Aber ich kann mir auch nicht versagen, wenigstens den Schluss desselben hier einzuschalten; er lautet:

„Einen grossen Nutzen wird die Konferenz jedenfalls gehabt haben, denjenigen nämlich, dass sie neuerdings, und wohl endgültig, die Aussichtslosigkeit der Bestrebungen zur Herstellung einer internationalen Vereinbarung zum Zweck der künstlichen Hebung des Silberpreises dargethan hat."

Die Mitglieder des englisch-indischen Ausschusses, welche soeben die grosse Massregel beschlossen haben, sind natürlich von derselben Voraussetzung dabei ausgegangen; eines derselben hat es in seinem Separatgutachten sogar ausdrücklich mit schmerzlicher Resignation konstatiert. Jetzt hat die auf den August berufene amerikanische Volksvertretung zunächst das Wort. Was nachher noch die Bannerträger eines internationalen Bündnisses behufs Erhebung des Silbers auf das Doppelte seines dermaligen Wertes, seinen heiligen Thron, sollten sie im Herbst in Brüssel wieder antreten, uns erzählen werden, darauf dürfen wir gespannt sein. Aber schon jetzt darf man ihnen zurufen:

„Taschenspieler, Du wirst keinen Geist mehr rufen!"

II.

Eine Karikatur der Wissenschaft.

(12. Mai 1894.)

Ich hatte vor Zeiten einen älteren Freund, dessen Sohn das Gymnasium besuchte. Ihm begegnete einst auf dem Spaziergang der Direktor besagter Schule und erzählte ihm in

wohlwollender Weise, der Professor der Mathematik, welcher in der Klasse des Sohnes unterrichte, habe dessen Fähigkeit ausserordentlich gepriesen. „Freut mich sehr", antwortete der Vater, „aber", setzte er hinzu: „Verehrter Herr Direktor, allzu grossen Wert will ich auf das Lob des Rechenmeisters doch nicht legen; denn, sagen Sie mir, wenn dieser Professor sich in seiner Rechnung um 10000 Mark irrt, wer merkt's?"

Diese Geschichte fällt mir immer wieder ein, wenn Vorschläge für die Gesetzgebung sich auf vorgebliche wissenschaftliche Autoritäten stützen. Wissenschaft ist eine herrliche Sache; es kommt für solche legislative Verwertung nur darauf an, zu unterscheiden, was wahre und was falsche Wissenschaft ist. Die wahre begnügt sich nicht mit den Berechnungen, die sie im eigenen Gedankenkreise stimmend findet; sie beruhigt sich erst, wenn die Berechnung ihre Probe mittels der Anwendung auf den lebendigen Versuch bestanden hat. Dies gilt sogar für die exakten Wissenschaften, welche auf den untrüglichen Voraussetzungen der Mathematik und Geometrie oder auf der Untersuchung mit der Retorte oder dem Mikroskop beruhen. Ja, ihre Proben dürfen auch dann nicht einmal als endgültig abschliessend angesehen werden, wenn sie sich thatsächlich am Hergange im kleinen Massstab des Laboratoriums bewährt haben. Dies ist die Geschichte vieler Erfindungen, die Glänzendes versprachen, bis sie, aus dem Laboratorium in die grosse Welt hinausgetragen, als unbrauchbar aufgegeben werden mussten. Selbst auf dem Boden der exakten Wissenschaften sind Gesetze, welche mit Hilfe der schärfsten Beobachtungen grosse Geister gefunden zu haben meinten, später als falsch erkannt worden. Man denke nur beispielsweise an die Geschichte der Theorien des Lichtes und der Farben, welche noch immer nicht abgeschlossen sind.

Doch, welchen unendlichen Vorsprung hat die Wissenschaft der Natur mit ihren scharfen Sinneswahrnehmungen vor denjenigen Wissenschaften voraus, welche lediglich mit der Abstrahierung allgemeiner Grundsätze auf dem Wege der Logik und der, den mannigfaltigsten Auslegungen zugänglichen, Statistik arbeiten! Und wenn im Bereiche dieser Art von Wissenschaften für irgend eine das Gebot der Vorsicht gelten muss, so ganz besonders für die der Volkswirtschaft.

Man hat dieselbe nicht mit Unrecht die jüngste der Wissenschaften genannt, aber auch, wenn sie älter wäre, als sie ist, würde sie mehr als jede andere der Gefahr ausgesetzt sein, Unheil anzurichten, da wo der spekulierende Gedanke mit schneller Selbstgefälligkeit seine wohl zugestutzten Pläne in gesetzgeberische Thaten umzuwandeln begehrt. Wie sagte doch Katharina die Grosse zu ihrem Philosophen Grimm? „Ihr Gelehrten habt gut reden, Ihr experimentiert auf dem Papier; ich aber experimentiere auf der lebendigen Haut meiner Unterthanen, und darum muss ich ganz anders vorsichtig sein als Ihr."

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, dass die Verwahrung vor leichtherziger Verwendung wissenschaftlicher Spekulation heute gegen die Vertreter agrarischer Interessen hervorgekehrt werden muss. Vor anderthalb Jahrzehnten lagen die Dinge gerade umgekehrt. Damals gab es keine grösseren Verächter der Wissenschaft als die Agrarier. In dem Kampf, welchen der Freihandel gegen den Schutzzoll im Jahre 1879 bei der Umkehr unserer Handelspolitik durchzufechten hatte, hallte die Luft beständig wieder von dem Geschrei der Verachtung, welches die Schutzzöllner gegen die „Theorie" auszustossen nicht müde wurden. Das kam daher, dass bis zu jener Zeit, von Anfang des Jahrhunderts bis Ende der siebziger Jahre, mit wenigen Ausnahmen, die Wissenschaft der deutschen Nationalökonomie die Grundsätze des Freihandels vertreten hatte. Theoretisch — so hiess es damals einmal um das andere — mag ja der Freihandel das Wahre sein, aber praktisch ist er ein Unding. Jetzt sehen wir auf einmal in dem Kampf um die Währung wie in dem berühmten Trinklied: rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Die agrarischen Reden und Schriften fliessen über von „Wissenschaft", und der rauheste Landwirt in Wasserstiefeln spricht mit unendlicher Geringschätzung von den bedauernswerten Leuten, die soweit hinter der Zeit zurückgeblieben sind, dass sie noch nicht einmal die jetzt von der „Wissenschaft" unwiderleglich bewiesenen Grundsätze des Bimetallismus begriffen haben. Der bekannte französische Journalist und Ultramontane Veuillot antwortete einmal als ihm ein Liberaler entgegenhielt, die katholische Kirche beobachte da, wo sie herrsche, durchaus nicht die

Grundsätze der Denkfreiheit, die sie im modernen Staat für sich verlange: „Ja, mein Herr, das ist ganz richtig, wenn Ihr am Ruder seid, dann verlangen wir nach Euren Grundsätzen regiert zu werden, wenn aber wir am Ruder sind, dann regieren wir Euch nach unseren Grundsätzen.“ Ebenso machen es die bimetallistischen Agrarier heute mit der ehemals von ihnen so sehr verunglimpften Wissenschaft.

Man könnte sich das gefallen lassen — denn ein reuiger Sünder ist immer ein gottgefälliges Wesen — wenn es sich in der That um Wissenschaft handelte. Aber diejenige, welche jetzt mit immer lauter werdendem Wortschwall als die unfehlbare bimetallistische angerufen wird, ist keine ächte, eben weil sie sich für unfehlbar ausgiebt. Wahre Wissenschaft ist bescheiden den Menschen und den Thatsachen gegenüber, sie betrachtet als unumstösslich feststehend nur, was seinen Platz in der Welt so fest erobert hat, dass es niemand mehr bestreiten kann. Nun braucht man aber nur einen Blick in die Litteratur und in die Verhandlungen der Parlamente und Kongresse zu werfen, um wahrzunehmen, dass alle Meinungen über diese Kontroverse noch so schroff auseinandergehen, wie jemals; dass auf dem Boden der Thatsachen nicht das Geringste von den Bimetallisten erstritten worden ist. Ein Gelehrter kann wohl auf dem Wege des Denkens und Forschens zu dem Ergebnis kommen, dass er für sich allein das Richtige gefunden habe; aber wenn es genügte, die, welche ihm das nicht glauben, für einfältige Tröpfe zu erklären, die das Licht des Tages nicht sehen, so würden die lautesten Schreier auch die grössten Gelehrten sein, was bis jetzt noch niemals erlebt worden ist. Das Piedestal, auf das sich eine sich selbst für unfehlbar erklärende Lehre stellt, ist das Gerüste des Marktschreiers.

In Deutschland sind wir schon seit einer Reihe von Jahren an Produktionen dieser Art gewöhnt; in England ist die Erscheinung neuer und ohne Zweifel erst aus Deutschland von gewissen Adepten des Bimetallismus ihren Meinungsgenossen zugetragen worden. Auf dem letzten Bimetallistenkongress in London hat ein angesehener Staatsmann, Herr Balfour, der Führer der Opposition im Unterhause, durch die Art, wie er sich in Ausschweifungen dieser wissenschaftlichen Selbstver-

herrlichung gütlich that, Staunen erregt, und das begreift sich; denn solche Dinge, wie er sie da kaltblütig aussprach, hatten sich anderwärts als bei uns noch wenig hervorgewagt. Folgende sind einige dieser bescheidenen Aussprüche des englischen Redners:

> Über die Frage, ob eine Doppelwährung möglich sei, herrsche jetzt eine Übereinstimmung (*consensus*) der ganzen ökonomischen Wissenschaft, und jemand, der jetzt noch eine von den alten einfältigen Formeln anrufe, wonach es unmöglich sei, durch Staatsverfügung den Preis zweier Metalle festzusetzen, stelle sich nur das Zeugnis aus, dass er ein im Punkte der letzten Ergebnisse der politischen Ökonomie unwissendes Individuum sei; es werde nicht mehr lange Zeit vergehen, bis dass ein Mensch, welcher noch zu behaupten wage, eine Doppelwährung liege ausserhalb der Möglichkeit internationaler Übereinkunft, unter dem allgemeinen Niveau und ausserhalb des Kreises einer gebildeten Denkart überhaupt dastehen werde, dem man es deutlich auf den Kopf sagen möge, dass er hilflos und hoffnungslos unter alten und vergessenen Thorheiten einhertappe."

Die Versammlung begleitete diese Auslassungen mit lebhaftem Bravo. Wer erinnert sich nicht, einmal in Deutschland schon Ähnliches in ähnlichem Tone mit ähnlichem Beifall vernommen zu haben?

Der Urvater dieser Art von Selbstverherrlichung unter der Maske der Wissenschaft ist Ferdinand Lassalle. Zwar ist „der Fluch der hohen Meinung, mit der der Geist sich selbst umfängt", bekanntlich älteren Datums; aber so wörtlich formuliert, wie wir ihn in Herrn Balfours berühmten Mustern entlehntem Pathos lesen, findet sich die Sache doch vor allem zuerst bei Lassalle. Über das famose „eherne Lohngesetz" lässt dieser sich in einer grossen, oft citierten Rede folgendermassen aus:

> „Dieses eherne und grausame Gesetz, meine Herren, müssen Sie sich vor allem tief, tief in die Seele prägen und bei allem Ihren Denken von ihm ausgehen. Jedem,

der Ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes spricht, müssen Sie vor allem die Frage vorlegen: ob er dieses Gesetz anerkennt. Erkennt er es nicht an, so müssen Sie sich von vornherein sagen, dass dieser Mann entweder Sie täuschen will oder aber von der kläglichsten Unerfahrenheit in der national-ökonomischen Wissenschaft ist."

Man sieht, dieser Schluss stimmt wörtlich mit dem von Balfour überein; und doch ist bekanntlich gerade dieses Gesetz, dessen wissenschaftliche Unfehlbarkeit bis vor wenigen Jahren so oft von Lassalles Anhängern mit demselben vernichtenden Nachdruck wiederholt worden ist, in den letzten Jahren feierlich verleugnet und zu jenen alten thörichten Irrtümern geworfen worden, mit denen Herr Balfour jetzt die Gegner seiner bimetallistischen Wissenschaft bedenkt.

Was ist nun aber jenes grosse Gesetz, welches die bimetallistische Wissenschaft in ihrer unangreifbaren Herrlichkeit neuerdings ans Licht gezogen haben soll? Auf seinen kürzesten Ausdruck gebracht, lautet es dahin, dass für Edelmetalle, wenn sie die Funktion des Geldes versehen, nicht dieselben Bedingungen gelten wie für alle anderen Gegenstände des menschlichen Verkehrs. Während zugegeben wird, dass es nicht gelingen könnte, zwei Gegenstände des Warenhandels kraft staatlicher Anordnung in einem unerschütterlichen und dauerhaften Wertverhältnis zu einander zu erhalten, soll die Wissenschaft entdeckt haben, dass das Entgegengesetzte Platz greife, wenn es sich darum handle, das Wertverhältnis der zwei Edelmetalle Gold und Silber durch gesetzliche Bestimmungen nach ewig sich gleichbleibendem Massstab zu fixieren. Aber angenommen selbst, man wollte in seiner abstrakten Auffassung diesen Satz einmal nicht anfechten, so gelangt man doch sofort an die Grenze seiner Unangreifbarkeit, wenn man ihn nur einfach auf folgende zwei Punkte des näheren prüft. Also erstens soll die Eigenschaft des zu Geld bestimmten Edelmetalls eine der Hauptbedingungen der Ausnahme von der Regel sein. Mithin könnte der Satz nicht auf jedes beliebige Metall seine Anwendung finden; beispielsweise wenn das Gesetz dekretieren wollte, ein Pfund Eisen sollte der fünfzehnte Teil eines Pfundes

Gold wert sein, so würde das nicht gelingen können selbst nach Ansicht der Bimetallisten. Der Nachdruck liegt also auf dem Begriff „Edelmetall". Wie nun, wenn heute das Metall Silber nach der richtigen Definition von Edelmetall nicht mehr als ein solches gelten könnte? Dann fiele die ganze Behauptung schon damit zusammen, und gerade über diesen Punkt gehen jetzt bereits die Meinungen auseinander. Wenn dem Silber auch nicht jeder Anspruch auf die Qualität Edelmetall abgeleugnet wird, so wird doch vielfach und nicht ohne Fug behauptet, dass es bereits bedenklich an der Grundeigenschaft verloren habe, auf welcher der Begriff „Edelmetall" beruhe, nämlich an Seltenheit und Kostspieligkeit der Produktion. Eben diese Seltenheit und Kostspieligkeit verteidigen allerdings noch die Bimetallisten, aber die Verteidigungsgründe führen wieder in Gebiete der Geologie, Mineralogie und Industrie hinein, auf deren jedem jeder Zoll umstritten ist. Ebenso steht es mit dem zweiten Punkte, der das Schwergewicht auf die Macht des Gesetzes legt. Hier — so räumen die Bimetallisten ein — soll das Gesetz eines einzelnen Landes nicht wirkungskräftig sein, es gehören mehrere dazu, aber wie viele? Abermals eine grosse Frage! Siebenzig Jahre lang soll das Gesetz Frankreichs allein genügt haben. Dann aber soll es ohnmächtig geworden sein. Heute soll dazu eine grosse Mehrheit grosser Staaten an die alleinige Stelle Frankreichs treten müssen. Und während die einen behaupten, vor allem sei dabei Englands Mitwirkung nötig, erklären die anderen, das sei überflüssig; gar nicht zu reden von der Frage, in welchem Verhältnis eine derartige gesetzmässige Fixierung Aussicht auf Widerstandskraft habe. Während die einen behaupten, das Verhältnis müsse einigermassen dem der Gegenwart entsprechen, erklären die anderen, man könne es auf die Zeit von vor zwanzig Jahren, um das Doppelte seiner gegenwärtigen Höhe, wieder hinaufschrauben. Und wenn hier alles von der Willkür des Gesetzes abhinge, so könnte man auch fragen, ob nicht ein Verhältnis festgesetzt werden dürfe, welches auf etliche hundert Jahre zurückgriffe und für das Silber einen noch höheren Wert, also beispielsweise eine Relation von 1 zu 10 zum Golde festsetzte. Man sieht: so wie es gilt, der angeblich unerschütterlichen wissenschaftlichen Thatsache näher ins Auge

zu schauen, löst sich alles in Zweifel auf, und man braucht nicht einmal daran zu erinnern, wie vergänglich schon die schönsten Theoreme sich bewiesen haben, um davor zu warnen, das praktische Staatsleben nicht den Experimenten des Studiertisches zu überliefern, die noch unendlich viel gefährlicher sind, als die des grünen Tisches der Büreaukratie. Denn die Büreaukratie kommt wenigstens mit den harten Proben des Lebens und mit den fliessenden Gestaltungen der staatlichen Aufgaben in empfindliche Berührung. Die Professoren aber — an die denkt man vorzugsweise bei der Selbstverherrlichung der Wissenschaft — kommen oft zu keiner anderen Probe auf die Richtigkeit ihrer Experimente, als dass sie sie auf ihr Papier niederschreiben oder vor andächtigen Jünglingen vortragen. Und allerdings ist gerade daraus das Uebermass von Selbstbewusstsein herzuleiten, an dem so manche derselben — glücklicherweise lange nicht alle — leiden, weil das Netz, in das sie sich zwischen Studierzimmer und Hörsaal einspinnen, auch nicht vom leisesten Hauch der Aussenwelt erschüttert wird.

Der grosse Gelehrte Rudolph Lotze pflegte zu sagen: die durchschnittliche Lebensdauer einer physiologischen Wahrheit ist drei bis vier Jahre. Wenn das schon für die exakte Naturwissenschaft gesagt werden konnte, wieviel berechtigter ist die Skepsis der abstrakten Wissenschaft und gar der Sozialpolitik oder Volkswirtschaft gegenüber! Welche stattliche Reihe von wissenschaftlichen Wahrheiten haben wir seit dem vorigen Jahrhundert dahin sinken sehen! In den Anfangszeiten der Nationalökonomie herrschten die französischen Physiokraten mit der wissenschaftlichen Wahrheit, dass aller Nationalreichtum nur aus dem Grund und Boden herrühre. Ihnen folgte die Epoche des Adam Smith mit der Freihandelslehre, die bis vor kurzem allmächtig die Doktrin bei uns und in anderen Ländern beherrschte. Daneben kam die Lehre des Malthus von den unerbittlichen Gesetzen der Bevölkerungstheorie auf und Riccardos Lehre von dem Ursprunge der Grundrente, alle eine Zeit lang hochgepriesen, dann wieder verworfen und schliesslich noch heute mehr oder weniger umstritten. Ähnliches gilt von dem uns hier ganz nahe berührenden Kampf der Schulen um das sogenannte Bank- und Currencyprinzip. Haben wir nicht auch die schönsten wissenschaftlichen Demonstrationen mit abwech-

selnden Erklärungen über das Wesen oder das Recht des Kapitalzinses, über den „Grenznutzen“ und auf dem sozialpolitischen Gebiet über den sogenannten Lohnfonds und die industrielle Reservearmee, alle mit nicht weniger scharfsinnigen Argumenten ausgestattet und gerade so gut geeignet, als siegreiche Wissenschaft gepriesen zu werden, wie seiner Zeit das eherne Lohngesetz von Lassalle und heute das Gesetz des Bimetallismus von dessen Nachahmern? Und wo ist, seit der Aufhebung des Identitätsnachweises, der von der höchsten staatsmännischen Autorität zur Bereicherung der Wissenschaft verkündete Satz geblieben: dass das Ausland den Zoll bezahle? Nur ein einziger Satz hat sich zur allgemein anerkannten Wahrheit durchgerungen; der aber datiert aus einer Zeit, wo es noch keine nationalökonomische Wissenschaft gab, und rührt von einem Manne her, der nicht mit seiner gelehrten Unfehlbarkeit zu bramarbasieren gewohnt war. Es ist der Satz des Thomas Gresham, des Bankiers der Königin Elisabeth, des Gründers der Londoner Börse, der damals entdeckte, dass, wo zweierlei Geld mit gesetzlichem Zwange in Umlauf gesetzt wird, immer das schlechtere das bessere verdrängt. Jener Gresham war ein Mann des Börsen- und Bankwesens und keine Spur von einem Professor. Aber der von ihm vor mehr als dreihundert Jahren entdeckte Grundsatz ist bis heute von der Wissenschaft festgehalten worden; und was jetzt die Verkünder der unfehlbaren bimetallistischen Wissenschaft begehren, ist am letzten Ende doch nichts, als gerade diesen unumstösslichen Satz in der Gesetzgebung zu verleugnen.

III.

Der Vizekanitz.

(16. Februar 1895.)

Am 13. und 14. April 1894 wurde im Reichstag über den Antrag des Grafen Kanitz, „betreffend den Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen

Getreides für Rechnung des Reichs“ verhandelt. Gegen Schluss der Debatten nahm Herr von Bennigsen das Wort, um den Antrag in einer stattlichen und wuchtigen Rede zu bekämpfen. Er begann mit der Erklärung, dass er und die Gesamtheit seiner Freunde den Antrag dem Gemeinwohl für verderblich erachteten, und setzte hinzu, beim ersten Auftauchen dieses Vorschlags hätten böse Spötter verbreitet, derselbe sei nur ein schlechter Scherz, welcher den Konservativen aufgeladen würde; leider habe sich die Sache als ernst herausgestellt. Im letzten Teile seiner Rede sprach er die, seitdem unter die „geflügelten“ aufgenommenen Worte:

> „Bis an diese Höhe, ich möchte sagen, der Gemeingefährlichkeit, hat noch keine einzige der (agrarischen) Forderungen herangereicht.“ (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Darauf folgte noch eine Mahnung, das Gefährliche solcher Agitationsweise zu beherzigen und „einer Handvoll von Fanatikern“ die Führung zu entwinden. Nach einigen in demselben Sinn gehaltenen und nicht nur von links, sondern auch von der Mitte der Versammlung eifrigst mit Beifall begleiteten Wendungen schloss der Redner damit, dass er die bevorstehende Ablehnung seitens einer grossen Mehrheit des Reichstags als die Zurückweisung wüster Agitation für ein Glück erklärte.

Die Erinnerung an diesen Vorgang drängt sich ganz natürlich auf in dem Augenblick, wo an die Stelle des Antrags Kanitz notorischer Weise der Antrag Friedberg, von Kardorff, Lieber, von Mirbach getreten ist. Weil der Antrag auf das Getreidemonopol doch jetzt noch nicht ganz so viel Aussicht bei der Regierung und im Hause zeigt, als es eine Weile nach dem Sturz des Ministeriums Caprivi seinen Urhebern geschienen hatte, haben dieselben zum Ersatz den Antrag auf Einberufung einer internationalen Währungskonferenz eingeschoben. Gegen die Folgerichtigkeit dieser Substitution ist nichts einzuwenden. In allen hauptsächlichen Eigenschaften, die Herr von Bennigsen dem Antrag Kanitz nachgerühmt hat, kann sich der Antrag Friedberg und Genossen getrost dem ersteren an die Seite stellen, wenn schon Herr von Bennigsen ihn nun auch selbst mit unterschrieben hat. Ja, man kann sogar ruhig sagen, dass

wenn der Antrag Friedberg diejenigen Ergebnisse zeitigen sollte, welche seinen Urhebern vorschweben, er an Gemeinschädlichkeit den Antrag Kanitz wohl überbieten würde. Das Getreidemonopol könnte im ersten Hungerjahr wieder abgeschafft werden. Wie man aus künstlich geschaffenen Währungswirren herauskommen kann, ist eines der schwersten Probleme der praktischen Finanzpolitik. Die gegenwärtige Lage der Vereinigten Staaten liefert dazu einen der sprechendsten Belege. Auch darin überbietet der Währungsantrag den Monopolantrag, dass der letztere auf einem graden, einfachen Weg seinen Zweck erreicht, während der andere von dunklen Vorstellungen ausgeht, deren Ziel zwar mehr Unheil stiften, aber die daran geknüpften Hoffnungen ohne Zweifel enttäuschen würde. Wenn doch gewissen Kategorien von Landwirten durch ein Geldopfer auf Kosten der Gesamtheit beigesprungen werden soll, ist es noch besser, durch sicher wirkende hohe Preise die Mittel zur Auszahlung der verlangten Millionen jedes Jahr einzukassieren, als durch wüste Verwirrung und Entwertung des gesamten Geldbestandes ihnen lediglich Aussicht auf ein Fischen im Trüben zu eröffnen.

Die logischen Vorzüge des Antrags Kanitz bereiten aber allerdings demselben ein Hindernis, während die logischen Fehler des Antrags Friedberg letzterem einen Vorsprung geben. Wenn der Antrag Kanitz vom Reichstag angenommen und von der Regierung gutgeheissen würde, so könnte und müsste er sofort zur Ausführung gebracht werden. Wenn der Antrag Friedberg, was beim Erscheinen dieser Nummer wohl schon geschehen ist, mit Mehrheit im Reichstag angenommen und, von der Regierung gutgeheissen wird, so bleiben bis zu dem Umsturz unserer Währungsverfassung noch eine lange Reihe von gewaltigen Schwierigkeiten zu überwinden, deren endliche Lösung höchst unwahrscheinlich ist.

Aus diesem Grunde ist es doch gut, dass vorerst an Stelle des Antrags Kanitz der Antrag Friedberg eingebracht worden ist. An Leichtherzigkeit und mittelbarer Gemeingefährlichkeit überbietet er zwar den von Kanitz, aber an unmittelbarer Ausführbarkeit steht er hinter ihm zurück. Sein nächstes Unheil kann er nur durch die Unsicherheit stiften, die er im Inland in alle grossen und kleinen Geschäfts- und Vermögensangelegenheiten hinein zu tragen und im Auslande über die wirtschaft-

lichen Grundlagen Deutschlands zu verbreiten geeignet ist. Dem Antrag Kanitz hat, wie heute die Dinge im Reiche liegen vielleicht nur das Hindernis der abgeschlossenen Handelsverträge im Wege gestanden. Die ernsthaften Erwägungen, deren ihn verschiedene Autoritäten der jetzigen Reichsregierung und die offiziöse Presse würdig befunden, lassen dem Gedanken Raum, dass er vielleicht sonst seiner Verwirklichung schon näher gerückt wäre. Jedenfalls — wie hoch hat er sich bereits über das Niveau erhoben, das ihm Herr von Bennigsen damals anwies! Er meinte, die Ablehnung mit imposanter Mehrheit würde ein Glück sein, weil sie den Antrag und seine Erfinder in ihr verhängnisvolles Nichts hinabstürzen müsste. Der Antrag Kanitz wurde mit 158 Stimmen gegen 46 abgelehnt. Hat es ihm und seinen Anhängern geschadet? Wenn er heute wieder eingebracht würde, hätte er wohl von vornherein etwa hundert Unterschriften, und darunter wohl ein Dutzend aus der nationalliberalen Fraktion. Herr von Bennigsen hatte sich auf den Nachweis der Absurdität durch die erste Abstimmung verlassen. Welch eine Illusion! Den substituierten Antrag unterstützte er bereits in eigener Person.

Als Graf Caprivi, um dem Ansturm gegen die Handelsverträge ein Opfer zu schlachten, sich auf die Silberkommission einliess, wurde ihm das von unserer Seite als eine nutzlose Konzession verdacht, einfach aus dem Grunde, weil es bei der Agitation der Silberleute sich doch um Gründe gar nicht handelt, und jede Belehrung hoffnungslos ist. Als nun die Enquete mit allen erdenklichen Hilfsmitteln gründlich durchgeführt war, meinten doch sogar viele Anhänger der Goldwährung, die Sache sei immerhin so übel nicht gewesen. Die Sanguinischsten redeten davon, dass die Silberleute siegreich widerlegt worden seien. Die Unparteiischen, an ihrer Spitze der Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky, glaubten wenigstens fesstellen zu müssen, dass die Schwierigkeit der richtigen Antwort auf die Frage nicht entfernt gelöst sei. So viel ist jedenfalls gewiss: von den 202 Mitgliedern des Reichstags, welche den neuesten Antrag unterschrieben haben, steht es nur von den Herren v. Kardorff und Leuschner, den Mitgliedern der Kommission, ausser Zweifel, dass sie die Protokolle gelesen haben. Wie viele sonst von den 202? Ja, ob sämtliche vier

Antragsteller? Auch hier wäre vielleicht eine interessante Enquete anzustellen. Aber sie würde uns höchstens beweisen, was nicht mehr bewiesen zu werden braucht, dass Aberglaube stärker ist, als alle menschliche Vernunft mit ihren Gründen; und der in den ländlichen Kreisen erfolgreich verbreitete Aberglaube an das Allheilmittel der Doppelwährung ist es doch, das der Mehrzahl der Vertreter im Hinblick auf ihre Wähler zum Unterschreiben die Hand führt.

Was haben wir nicht alles an sogenannten Gründen an uns vorüberziehen sehen! Im Anfang der siebziger Jahre sagte ein mächtiger, bekannter Silberfreund der Börse, Deutschland mit seiner passiven Handelsbilanz werde das Gold nicht festhalten können. Dann kam die berühmte Weisheit von der kurzen Decke, auf welcher der Name des grossen Kanzlers selbst prangte. Sie ward im Triumphe durch alle Welten getragen und dient vielleicht manchem noch heut zur Unterlage seiner Stellung, obwohl sie inzwischen beinah zu lang geworden ist. Als vor anderthalb Jahren die Silberprägung in Indien eingestellt wurde, prophezeiten ansehnliche Fachgelehrte, nun werde das Gold nach Asien gehen, und als Amerika die Shermanbill abschaffte, prophezeiten sie, das Gold werde aus Europa nach Amerika abfliessen. Der Entschluss zur Einsetzung der Silberkommission kam gerade unter dem Druck dieser Prophezeiungen zur Reife, wie Graf Posadowsky in der ersten Sitzung selbst erklärte. Und was ist seitdem geschehen? Asien hat fortwährend Gold nach Europa geschickt und Amerika sendet dessen mehr und mehr. Aber ist es nicht mit allen sogenannten Gründen das nämliche? Was ist nicht alles der Reihe nach als das Heilmittel für agrarische Not verlangt und erlangt worden? Zuerst ein kleiner Getreidezoll, dann ein grösserer, dann der möglichst grosse, dann Branntweinsteuerprivileg, dann Zuckerprämie. Und ist der Durst auch nur um einen einzigen Tropfen gestillt? Alles, als wäre nichts geschehen! Natürlich wächst mit der Erfolglosigkeit der Glaube an Wunderkuren. Wenn das Getreidemonopol und die Doppelwährung bewilligt würden, wäre es auch, wie vorher; es würden neue dunkle Erklärungen für das Übel und neue geheimnisvolle Rezepte hervorgesucht. Auch die ärztliche Kurpfuscherei hat nicht umsonst

einen goldenen Boden und ihre grösste Gemeinde in der Aristokratie.

Als die Reichsregierung vor Jahresfrist die Enquete anordnete, ging sie von dem Standpunkt aus, es sei immerhin wünschenswert, dass der Silberpreis gehoben werden könnte, und sie wollte zunächst ermitteln, ob es dazu einen gangbaren Weg gäbe?

Wenn die Regierung seit Schluss der Enquete diesen Weg nicht entdeckt hat, was wird aus dem Antrag? Offenbar will man ihr den ersten Schritt leicht machen, indem man ihr vorstellt: du brauchst ja gar keine Gedanken zu haben, du sollst nur die Nationen zusammenrufen, das Übrige wird sich finden. Offenbar hat man diese Taktik auch eingeschlagen, um möglichst viel Unterschriften herbeizulocken. „Was kann da sein!" sagt der Berliner. *Cela n'engage à rien*, sagt der Franzose. Man hört ordentlich, wie der Einpeitscher zum Kollegen, der selbst seine Unkenntnis in der Sache entgegenhält, freundlich sagt: das kann ja nicht schaden, es soll ja nur ein Versuch sein, eine Verständigung herbeizuführen; wie und womit? das ist Sache der künftigen Kongressmänner. — Der Antrag Kanitz steuerte auf den Bruch der abgeschlossenen internationalen Verträge los. Der Vizekanitz schwärmt für Verbrüderung der Nationen. Unter Kameraden ist alles egal.

Fürst Bismarck, der nie lebhaft für die Goldwährung eintrat, aber den Ernst dieser Dinge nicht verkennen mochte, hat sich nie dazu bereden lassen, auch nur einen Finger zu rühren für die Berufung einer Konferenz, und das einzige Mal, dass er einer fremden Einladung folgte, 1881, hat er seinen Vertretern wiederholt aufs strengste eingeschärft, die Hauptaktion den anderen Nationen zu überlassen und nur ganz unbedeutende Zugeständnisse als möglich in Aussicht zu stellen. Schon damals, 1881, trug er ihnen auf, zu erklären: Deutschland befinde sich im vorgerückten Stadium seiner Münzreform verhältnismässig viel wohler als alle anderen Staaten. Er wollte nicht der Narr sein, die Schmerzen Amerikas, Frankreichs, selbst Angloindiens zu heilen. Und das geschah alles vor vierzehn Jahren, als unsere Goldwährung kaum über die ersten Schwierigkeiten hinaus war, als die Goldproduktion der Welt anfing, bedrohliche Zeichen des Rückgangs aufzuweisen. Damals, als Fürst Bis-

marck der Pariser Konferenz kaum einige kleine Konzessionen machen wollte, weil wir mit unserer Goldwährung über den Berg seien, damals lagen in der Reichsbank wenige hundert Millionen Gold, manchmal weniger als Silber. Und heute lagern deren achthundert Millionen darin, eine Deckung, auf die das goldreichste Land, Frankreich, vor etlichen Jahren noch stolz war, und die noch heute die Bank von England, obgleich sie über Goldplethora klagt, nicht in ihren Kellern hat. Rechnet man die 80 Millionen der Landesbanken und die 120 des Juliusturms hinzu, so haben wir eine Milliarde in Gold im Verwahr, und daneben von dem, was reichlich im ganzen Land umläuft, wenigstens noch anderthalbmal so viel.

Freilich, die Sophistik ist nie verlegen: ehemals hiess es, wir haben zu wenig Gold. Jetzt heisst es: das ist eben das Unglück! Die Geschäfte gehen schlecht, weil kein Geld da ist; es ist kein Geld da, weil alles Gold eingesperrt ist. Aber der arme Gefangene möchte doch so gerne heraus! In der Reichsbank liegen zur Zeit hundert Millionen Deckung mehr, als sie Noten im Umlauf hat. Sie könnte dreimal so viel ausgeben, wenn nur Leute da wären, welche Geld brauchen könnten, natürlich solche, welche die Absicht und die Fähigkeit bieten, es wieder zu geben. Sonst fehlt es an Liebhabern bekanntlich nicht.

In solcher Lage soll nun *urbi et orbi* verkündet werden: Deutschlands Währungszustände liegen im Argen, d. h. sein Geschäftsgang verdient das äusserste Misstrauen im In- und Ausland. Dies ist die Proklamation, welche durch Annahme des neuesten Währungsantrags zunächst erlassen wird. Eine weitergehende Wirkung ist davon vorerst nicht zu erwarten.

Aber der wahre Grund für die Notwendigkeit der ganzen Umwälzung soll ja nicht mehr im Mangel an Gold und an Geld, sondern in den niedrigen Getreidepreisen liegen. Wenn irgend etwas in der Silberenquete nicht bewiesen worden, so ist es gerade dies. Auch ausserhalb der Kommission hat z. B. der angesehenste aller Bimetallisten, der ehemalige holländische Minister Pierson, noch jüngst in einer scharfsinnigen und gründlichen Abhandlung die Lehre von dem Zusammenhang der niedrigen Preise mit der Silberentwertung zurückgewiesen. Und die Klagen wegen der Konkurrenz richten sich ja jetzt vor-

nehmlich gegen ein Land, das überhaupt nicht mit entwertetem Silber, sondern mit noch viel stärker entwertetem Papier rechnet. Konsequenterweise müsste der Antrag Friedberg und Konsorten dahin amendiert werden: die verbündeten Regierungen aufzufordern, eine Konferenz zwecks Hebung aller Papierwährungen einzuberufen.

Die letzte internationale Währungskonferenz fand im Herbst 1892 in Brüssel statt. Sie vertagte sich am 17. Dezember desselben Jahres auf den 30. Mai 1893. Aber seitdem hat man nichts mehr von ihr gehört noch gesehen. Sie war auf Anstehen der Vereinigten Staaten zusammengetreten. Bei der Eröffnung fragte man die amerikanischen Delegierten nach ihren Vorschlägen. Vorschläge hätten sie nicht mitgebracht, war die Antwort; aber sie bäten jetzt um einige Tage Aufschub, um sich darauf zu besinnen. Und sie besinnen sich noch immer.

Jetzt sollen die verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches diese beneidenswerte Rolle auf sich nehmen. Zu der lohnenden Aufgabe, Deutschlands in glänzender Ordnung befindliche Geldzustände vor der Welt für erschüttert zu erklären, sollen sie auch die Rolle auf sich nehmen, sich lächerlich zu machen. Man kann gespannt darauf sein, wie sich die Organe der Reichsregierung dem Antrag gegenüber zu den Einzelheiten äussern werden; ob sie von dessen Urhebern ein Programm erbitten, oder selbst eins vorlegen werden, und wie sie im einen oder dem anderen Fall beispielsweise über die eine kleine Frage denken, ob das Silber wieder von seinem jetzigen Preis von etwa 80 Mark auf den ehemaligen von 180 „gehoben" werden soll, eine der kleinen Ecken, um die bei der „Lösung" der Währungsfragen nun einmal nicht herumzukommen ist.

Man könnte auch gespannt sein auf die Haltung, welche die Vertreter von Handel und Industrie in Deutschland zu dieser zwar skurrilen aber immerhin gemeinschädlichen neuen Agitation zu nehmen gedenken. Aber allerdings, weder der erste Antrag Kanitz noch sein jetziger Stellvertreter wären überhaupt möglich gewesen, wenn nicht die meisten unserer hervorragenden grossen Kaufleute und Industriellen, im Gegensatz zu

ihrer persönlichen und geschäftlichen Tüchtigkeit, sich in politischen Dingen von der agrarisch-aristokratischen Bewegung zu schwächlicher Subalternität hätten herabdrücken lassen.

IV.

Die Ehre gerettet!

(2. März 1895.)

Das Schlimmste, die zunächst drohende Gefahr, ist einstweilen beseitigt. Die sachkundigen und gewissenhaften Vertreter des grossen wirtschaftlichen Getriebes haben die deutsche Nation durch rasches Einschreiten vor einer Beschämung gerettet.

Es war ein glücklicher Zufall, dass der deutsche Handelstag auf den 22. d. Mts. einberufen war, und dass der Antrag auf Einberufung einer internationalen Währungskonferenz mit seinen Reden, seiner Abstimmung und der ihn begünstigenden wunderlichen Haltung der Reichsregierung wenige Tage vor diesem Termin auch die Gutgläubigsten und Ruheliebendsten aus ihrem Schlaf aufweckte.

So viel Versäumtes zu beklagen ist, man muss dem Handelstag Glück wünschen, dass er im entscheidenden Augenblick die richtige Entschlossenheit und den richtigen Ausdruck gefunden hat. Im vorigen Jahre zu gleicher Zeit bereits war eine abwehrende Demonstration von vielen Mitgliedern begehrt worden. Aber nimmer fehlende Bedenken, verbrämt mit „Wenn und Aber", die immer zu haben sind, hatten dazu geführt, dass der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Man braucht dem damaligen Beschluss nicht die Verantwortlichkeit für das neuerdings Geschehene in die Schuhe zu schieben. Es wäre nicht minder so gekommen, dass der Kanzler, welcher die Handelsverträge zu Stande gebracht und welcher die grenzenlose Frivolität eines bimetallistischen Ansturmes auf Deutschlands feste Münzverfassung zu durchschauen gelernt hatte, eines Morgens entlassen und durch einen Nachfolger ersetzt worden

wäre, der zwar mit vollem Recht für einen wohlmeinenden Ehrenmann gilt, dessen Amtsantritt aber den Heisssspornen der Agrarier als das Signal erschien, nunmehr einen grossartigen Beutezug durch das Gebiet der deutschen Gesetzgebung zu organisieren, ein Plan, der bis jetzt als nur zu wohl berechnet sich herausgestellt hat. Der neue Reichskanzler ist, nach allem, was man aus seiner Vergangenheit auf seine Gegenwart schliessen kann, nicht der Mann, zu diesem Beutezug Halali zu blasen. Aber es ist nicht zu leugnen, dass die ihm zur Verfügung stehende Widerstandskraft nicht auszureichen scheint, um dessen siegreiches Vorgehen aufzuhalten. Wenn die Dinge so liegen, darf man immerhin vermuten, ein thatkräftigeres Auftreten des deutschen Handelstages vor der neuesten Wendung hätte dahin wirken können, den der Vorsicht gewiss nicht abgeneigten obersten Staatsmann des Reichs auf die Gefahren einer vieldeutigen Erklärung in dieser so empfindlichen Materie aufmerksam zu machen. Allem Anschein nach ist er mit einer Art Unschuld an die Sache herangetreten, die ihm hätte benommen werden können; denn man darf annehmen, dass er in Sachen der Währung mehr Wert auf den Ausspruch des gesamten Handels- und Gewerbestandes gelegt haben würde, als auf die Sachverständigkeit der zweiundvierzig Prozent ländlicher Bevölkerung, deren Ansicht über den Nutzen der Doppelwährung neuerdings bedeutenden Eindruck auf den Reichsschatzsekretär gemacht zu haben scheint, zweiundvierzig Prozent, Weiber und Kinder mit eingerechnet, die gewiss ebenso urteilsfähig in der Sache sind, wie ihre Gatten und Väter. Auch das vom Reichsschatzsekretär vorgeführte Argument, dass ein nennenswerter Bruchteil des Gewerbestandes wegen des Exportes nach den Silberländern zum Bimetallismus bekehrt sei, hätte nicht aufkommen können, wenn vor Jahresfrist eine Manifestation des Handelstages im Sinne der diesmaligen ergangen wäre.

Doch was geschehen ist, ist geschehen: und da es für den Moment den Anschein gewonnen hat, als hätte bittere Erfahrung dem Handels- und Gewerbestand die Augen geöffnet, so muss man sich des neuen Erwachens freuen und damit die Hoffnung verbinden, dass nicht abermalige Erschlaffung folgen werde.

Des deutschen Handelstages Ausschuss setzte am Vor-

abend der Plenarversammlung die Währungsfrage als ersten Gegenstand auf seine Tagesordnung; mit vollstem Recht, denn keine, auch noch so wichtige, kann sich jetzt entfernt mit dieser messen. Und die Plenarversammlung, bestehend aus den zahlreichen Vertretern von hundertundvier Körperschaften des Handels und der Industrie — unter denen als die bedeutendsten genannt seien: Aachen, Augsburg, Berlin, Bremen, Breslau, Crefeld, Danzig, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Stettin, Stuttgart — adoptierte den folgenden Beschluss ihres Ausschusses:

„Der Ausschuss des Deutschen Handelstages bedauert auf das Lebhafteste, dass der im Reichstage zur Annahme gelangte Antrag Friedberg, Graf Mirbach und Genossen, noch mehr aber die im Antrage selbst nicht ausgesprochene, in den Debatten indessen zu Tage getretene Tendenz desselben eine tiefgehende Beunruhigung für Handel und Verkehr hervorgerufen und im Auslande die Vorstellung hat aufkommen lassen, als ob Deutschland eine Änderung seiner Währung beabsichtige. Wenngleich der Herr Reichskanzler in der von ihm verlesenen Erklärung ausdrücklich betont hat, dass die Reichsregierung durch die eventuell in Aussicht genommenen Verhandlungen über Massregeln zur Hebung des Silberpreises der deutschen Währung nicht präjudizieren wolle, so hielt der Ausschuss es dennoch für unbedingt geboten, zu erklären,

> dass der Deutsche Handelstag unverändert an seinem Plenarbeschluss vom 12. März 1886 festhält, wonach an der deutschen Goldwährung nicht gerüttelt werden darf; der Ausschuss würde hierin eine fundamentale Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens erblicken, gegen welche nicht laut und entschieden genug Protest erhoben werden kann.

Der Ausschuss beauftragt das Präsidium, baldthunlichst eine neue Plenarversammlung des Deutschen Handelstages einzuberufen, in welcher die Währungsfrage mit besonderem Hinblick auf die gegenwärtige Sachlage zur Verhandlung gelangen soll."

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst. Berichte

in den Blättern sagen: gegen eine Stimme. Bei näherer Erkundigung über diese Angabe lautet die Aufklärung dahin, dass bei der Abstimmung sich allerdings eine Hand gegen den Antrag erhoben habe, dass diese Hand aber alsbald unter der Heiterkeit der Versammlung wieder in den Schoss ihres Eigentümers, und dass sogleich darauf dieser selbst mit ihr aus dem Schoss der Versammlung verschwunden sei, ohne dass bis jetzt hätte festgestellt werden können, wem diese Hand und der dazu gehörige Kopf angehöre.

Mit diesem in alle Welt verbreiteten Pronunziamento der dazu am meisten berufenen Stände ist das Dringendste geschehen, dass der Schatten, den die Reichstagsverhandlungen auf die Intelligenz der deutschen Nation geworfen hatten, für die Wissenden zum mindesten, im In- und Ausland weggewischt ist.

Man braucht sich wenigstens nicht mehr zu schämen vor urteilsfähigen Zeitgenossen, welche die grenzenlose Verirrung zu würdigen wissen, die darin läge, dass Deutschland die Mithilfe der Nationen gegen seine Münzverfassung anriefe, während nicht eine einzige von allen so wenig Ursache hat, die Beschwerden des unaufhaltsamen Übergangs, der sich in dieser Region vollzieht, mit einer Operation auf Leben und Tod zu kurieren. Der erste Wortführer der Bimetallisten im Reichstag, der die Güte hatte, in wohlwollenden Ausdrücken meiner zu gedenken (ich geniesse, nachdem ich ausgeschieden, schon die Freuden der Abgeschiedenen), erinnerte triumphierend daran, dass ich schon vor langen Jahren das Unternehmen, unsere Goldwährung wieder abzuschaffen, für einen Abderitenstreich erklärt hätte, und er meinte ohne Zweifel: darüber dächte ich wohl jetzt anders. Ich bin jedoch mehr als jemals dieser Ansicht, höchstens könnte ich an Stelle der Abderiten die „Vandalen“ setzen. Derselbe Redner citierte auch aus späterer Zeit, dem Jahre 1892, meinen Ausspruch, der Bimetallismus sei tot. Auch daran bin ich nicht im geringsten irre geworden. Der Bimetallismus ist tot, aber freilich die Bimetallisten sind es nicht. Das habe ich auch niemals erwartet. Sie sind bei uns lebendiger als je, und da sie so stark geworden, können sie am Deutschen Reich mit dem toten Bimetallismus so erfolgreich

experimentieren, dass sie es zwar nicht umbringen, — dazu ist es zu stark — aber gründlich schädigen.

Darüber, dass die Doppelwährungsgläubigen bei uns nicht tot sind, habe ich mich nie einen Augenblick getäuscht. Seit Jahren ward ich nicht müde, den einflussreichen Herren der kommerziellen Welt zu predigen: an dem Tag, an welchem eine Regierung eine bimetallistische Abstimmung im Reichstag haben will, kann sie sie binnen fünf Minuten haben; nur in der Regierung ist die Sicherheit vor leichtgläubigem und leichtsinnigem Draufgehen. Das lag ja für jeden in unseren parlamentarischen Zuständen heimischen offen zu Tage. Alle Schattierungen der Konservativen und Freikonservativen, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, nebst dem ganzen Centrum, waren seit Jahr und Tag auf diesen Ton gestimmt, gerade wie sie für die Wiederbelebung der Zünfte sind. Nur der Übergang der Nationalliberalen in ihrer grossen Mehrzahl ist neu. Die Erklärung dieses Rätsels ist aber nicht auf monetärem, sondern auf psychologischem Gebiet zu suchen, und für diese Untersuchung ist hier kein Raum.

Aber wenn man den Herren diese Gefahr vor Augen rückte und sie aufforderte, sich zu wehren, so meinten sie: das würde doch niemand wagen, die in zwanzig Jahren über alle Erwartung glücklich durchgeführte Lösung einer der grossartigsten Aufgaben des Staatswohls im Handumdrehen unter dem Drucke chimärischer Vorstellungen wieder preiszugeben. „Sie werden es nicht wagen!“ Du liebe Zeit! wehe uns, wenn alles am Leibe des Deutschen Reichs geschähe, was agrarische Mehrheiten zu wagen den Mut hätten. Es ist ja menschlich zu verstehen, dass ruhige, vernünftige Leute von der Unvernunft eines Beginnens so durchdrungen sind, dass sie ihre Nebenmenschen dessen, was ihnen als barer Unsinn erscheint, nicht für fähig halten. Aber diese vernünftige Beschränktheit kommt eben daher, dass unsere betriebsamen Stände sich immer mehr der Politik entfremdet haben und immer mehr in Unkenntnis und Apathie versunken sind gegenüber den wichtigsten politischen Symptomen. Wenn dann plötzlich ein Donnerwetter hereinbricht, und der ganze Ernst der Gefahr sich aufthut, dann erschrecken sie unwillig, um — wer weiss wie bald — doch nach

einiger Zeit wieder sich einzulullen mit dem klugen Refrain: „Man wird es nicht wagen".

Nun, diesmal ist doch das Wagnis um ein schön Stück weiter gediehen. Denn wir haben es nicht mehr mit Reichstagsmehrheiten zu thun, sondern mit der Reichsregierung. Das ist das Neue und das Schlimme. Zwar ist die Schlaflust der Ruhebedürftigen auch jetzt schon wieder mit einem besänftigenden Tränklein zur Stelle. Der Reichstag hat ja nur beschlossen, die Regierungen zur Veranlassung einer internationalen Münzkonferenz einzuladen, und der gute Reichskanzler hat freundlichst hinzugesetzt, das präjudiziere vorerst unserer bestehenden Währung gar nicht.

So harmlos ist auch das schon nicht. Denn niemals hat eine deutsche Regierung sich dazu herbeigelassen, auch nur entfernt an etwas der Art zu denken, zu Zeiten, wo das noch weniger unverzeihlich gewesen wäre.

Doch das Bedenklichste liegt noch anderwärts, nämlich in den Erklärungen und in der Haltung des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes, Grafen von Posadowsky, in der entscheidenden Sitzung, am zweiten Tag der Währungsdebatte, 16. Februar. Mir scheint, dieser weitaus wichtigsten Episode ist bis jetzt lange nicht die verdiente Aufmerksamkeit zu teil geworden. Auch der Handelstag in seinem dankenswerten Beschluss hat nur den Antrag und die Erklärung des Reichskanzlers erwähnt.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes ist der berufene Vertreter der Gesamtregierung in der Währungsangelegenheit. Seine Haltung muss als die massgebende angesehen werden. Auch ist er viel näher als der Kanzler auf die Sache eingegangen. Und da haben wir es erlebt, dass zum ersten Mal, seitdem das Reich besteht, sein offizieller Vertreter die Richtigkeit der in den Jahren 1871 und 1873 beschlossenen und bis auf den heutigen Tag durchgeführten Münzreform in Frage gestellt hat. Etwas Ähnliches war nie geschehen, und daher konnten bis jetzt mit einigem Recht die Vertreter von Handel und Gewerbe sich bei dem Gedanken beruhigen, wenn auch parlamentarische Mehrheiten Schädliches beschliessen sollten, die Reichsregierung werde nimmer darauf eingehen. Das liess sich nach beinah fünfundzwanzigjähriger gleichmässiger Haltung erwarten. Auch unter Fürst Bismarck war davon niemals ab-

gewichen worden. Selbst bei den leidenschaftlich bewegten Szenen, welche die Sistierung der Silberverkäufe im Juni 1879 hervorrief, hat sich der damalige Kanzler nicht einen Augenblick dazu verleiten lassen, das Fundament der Währung durch seine Anzweiflung zu erschüttern. Nicht einmal den Satz von der kurzen Decke hat er selbst ausgesprochen, der Minister v. Scholz hat ihn nur als von ihm herrührend erwähnt. Und er bedeutete nie, dass die Münzreform ein Fehler gewesen, sondern nur die Frage nach dem Hindernis, das ihr möglicher Weise entgegenstehen möchte. Aber vollends gegenüber dem Ausland, gegenüber den Staaten, mit denen es zu Verhandlungen kommen konnte, die Richtigkeit des eigenen Gesetzes in Frage zu stellen, das konnte Fürst Bismarck sich niemals beikommen lassen. Wie peinlich hat er seinen Vertretern im Ausland darin die strengste Vorsicht eingeschärft! Er war viel zu viel Staatsmann, um, selbst wenn er die eigene Position für schwach gehalten hätte, ihr eine solche Blösse zu geben. Und wie viel weniger war damals noch unsere Währung befestigt, als heute, wo Graf Posadowsky sie vor dem Ausland anklagt. Ob der Schatzsekretär diese Anklage in der Form des Zweifels oder der schlichten Behauptung vorgetragen, ist von ganz untergeordneter Bedeutung. Einen solchen Zweifel an der Richtigkeit und Widerstandsfähigkeit seines Landesgeldes darf ein Minister vor dem In- und Ausland nur aussprechen, wenn er im Stillen den Stab über dasselbe gebrochen hat und entschlossen ist, es zu beseitigen. So lange er sich darüber nicht klar ist, muss er seine Zweifel in den Schrein seines eigenen Busens verschliessen. Parlamentarier und Dilettanten können sich Monologe über Sein oder Nichtsein gestatten, verantwortliche Minister sind zu solchen offenherzigen Meditationen nicht berufen. Auch wenn er nicht so ganz und gar unverdient wäre, wie er es ist, wäre der Zweifel, den Graf Posadowsky an unsere gesetzliche Münzverfassung geheftet hat, ein schwerer Missgriff gewesen.

Mit seinen Worten, der Reichskanzler hätte doch nicht in Antwort auf den Antrag erklären dürfen: „unsere Währung ist zu Recht eingeführt", hat er für alle Draussenstehenden einfach der Ansicht gehuldigt, unsere Währung sei zu Unrecht eingeführt; und die, welche in der Sitzung waren, berichten, dass Ton und

Haltung der ganzen Rede denselben Eindruck hervorbringen mussten. Wie anders hat sich der englische Schatzkanzler soeben im Unterhause gezeigt!

Dieses Auftreten erscheint um so bedenklicher, wenn man die jüngste Vorgeschichte der Sache in Betracht zieht. Als Ende 1893 das Reich die Silberkommission berief, wurde deren Aufgabe eng darauf beschränkt, Mittel zur Hebung des Silberpreises zu entdecken. Von einer Anzweiflung der ganzen Grundlage war mit keinem Wort die Rede. Ganz im gleichen Geiste waren die Eröffnungs- und die Schlussrede des Grafen Posadowsky in der Kommission gehalten, und noch als vor Kurzem, im November, die „Nordd. Allg. Zeitung" die wohlfeile Ausgabe der Protokolle dem Publikum ankündigte, geschah es mit der offiziösen Empfehlung, dass man sich daraus belehren möge, wie schwierig das ganze Problem sei.

Beim Studium der Protokolle drängt sich die gleiche Schlussfolgerung auf. Sicherlich wird keinem Leser der Eindruck bleiben, die Verhandlungen hätten den Vorsitzenden zu dem Schluss hingedrängt, dass unsere Münzgesetzgebung eine verfehlte sei. Ein angesehener ausländischer Gelehrter, Professor J. d'Aulnis de Bourouill in Utrecht, veröffentlichte vor kurzem einen Bericht über unsere Protokolle*). Zum Schluss sagt er: sein Eindruck sei, dass durch diese Enquete die Aussichten des Bimetallismus nicht gebessert seien; er belegt seine Auffassung mit Stellen aus den Resumés des Reichsschatzsekretärs. Es war gewiss des letzteren Aufgabe, bei seinem Vorsitz in der Silberkommission strenge Unparteilichkeit walten zu lassen, und niemand hat offener anerkannt als ich, wie sehr ihm das gelungen. Aber ich muss doch hinzusetzen: wenn er damals schon so ungünstig über die Goldwährung dachte, wie es aus seiner Rede vom 16. Februar durchzublicken scheint, so hat er eine ungeheuere Selbstbeherrschung ausgeübt, und in der Kunst, seine Gedanken zu verbergen, war der selige Talleyrand nur ein Kind gegen ihn.

Haben aber seine Zweifel neue Nahrung erst seit dem Juni vorigen Jahres bekommen, so ist die Erklärung nicht leicht.

---

*) Separatabdruck aus dem holländischen „Economist", datiert Dezember 1894.

Das Einzige, was noch nicht in der Kommission erörtert wurde, sind die paar Worte, welche der französische Minister Ribot in der Kammer vom 4. Februar zum Besten gegeben. Es ist in der That bis jetzt noch nicht dagewesen, dass einige von einem Minister des Auslandes in die Diskussion geworfene Worte einen so mächtigen Eindruck auf die deutsche Reichsregierung gemacht hätten, wie das aus den sich darauf stützenden Wendungen unseres Schatzsekretärs sich abspiegelt. Herr Ribot ist ein sehr respektabler Mann, dem man ein nach französischem Massstab möglichst langes Regiment wünschen kann. Aber als Nationalökonom oder gar als Kenner in Währungssachen hat ihn bis jetzt noch niemand gekannt. Er hat einfach seine Angel nach seinen Agrariern ausgeworfen. Und nun soll er auf einmal im Handumdrehen eine Autorität für das Deutsche Reich werden. Ja, es wird uns vom Grafen Posadowsky zu Gemüt geführt, dass dieser französische Minister die Schuld am Niedergang des Silbers der deutschen Münzreform zuschiebe. Wenn wir uns von dergleichen hätten erschüttern lassen wollen, wäre es längst um uns geschehen. Um auf solche Stimmen zu hören, dazu brauchte man freilich keine Reichskommission einzusetzen. Ich könnte vom Grafen Posadowsky fordern, dass er mir „meine Legionen" wieder gebe, meine Zeit aus 19 Sitzungen von 21, die ich mitgemacht. Aber ich bin nicht so unbillig. Ich wusste im voraus, dass es verlorene Zeit und Mühe war, *pro lana Capri—vi* könnte man sagen, nur weil der Kanzler einmal im Kampfe für die Handelsverträge diesen Bissen hingeworfen hatte.

Alle diejenigen, welche ein Interesse haben, dass Deutschland auf seine Kosten ihre Silberschmerzen heile, reiben sich jetzt im Stillen die Hände. Vielleicht kommt uns eines dabei zu statten. Die deutsche Politik und Diplomatie ist seit der Gründung des Reiches in den Ruf grosser Klugheit gekommen. Wenn sie etwas scheinbar Dummes thut, werden ihre zahlreichen Gegner glauben, es müsse eine grosse Schlauheit dahinter stecken, und sie sollen überlistet werden. Es wäre unpatriotisch, ihnen diese Meinung zu benehmen.

XVI.

Die Entscheidungsschlacht

vom 3. November 1896.

Die Entscheidungsschlacht vom 3. November 1896.

(Aus der „Cosmopolis“ Nr. XIII, Vol. V.)

Die civilisierte Menschheit zerfällt in zwei sehr ungleiche Teile: einen unendlich kleinen, welcher sich für die Frage „Gold oder Silber“ ganz ausserordentlich interessiert, und einen unabsehbar grossen, welcher nichts davon wissen will und ganz besonders nichts davon weiss.

Von Zeit zu Zeit wird man aufgefordert, etwas „Gemeinverständliches“ über die Materie zu schreiben, welche doch so wichtig, so interessant und noch so wenig begriffen sei. Man kann zugeben, dass diese drei Epitheta vollkommen passen. Aber wenn man, wie ich, einige Erfahrung darin hinter sich hat, so gerät man immer fester in die Überzeugung hinein, dass, wie interessant und wichtig auch die Sache sei, es nicht gelingen will, die grosse Masse der Menschen, selbst der Gebildeten, dahin zu bringen, dass sie sich dafür interessiere und sie begreife.

Diese Beobachtung muss abschreckend vornehmlich auf den wirken, welcher weiss, welche Berge von Papier in den letzten zwanzig Jahren mit Abhandlungen über diesen Gegenstand bedruckt worden sind, und wie gering im Verhältnis zu diesem Aufwand an Mühe, Zeit und Stoff das Ergebnis der Ausbreitung an Sinn und Verständnis für das Thema geworden ist. Die Redaktion der Cosmopolis, welche meine ganze Sympathie besitzt, hat mir aber- und abermals den Wunsch ausgesprochen, ich möchte ihr über das „interessante Thema“ etwas schreiben, und ich habe mich immer dagegen gewehrt,

weil ich mir sagte, dass ich ihr mit der Erfüllung ihrer Bitte nur einen Scheindienst erweisen würde. Neunundneunzig von hundert ihrer Leser würden meines Erachtens sich mit Gleichgültigkeit, wenn nicht gar mit Grauen der näheren Bekanntschaft mit diesem Texte enthalten.

Aber immer wieder tritt man mit erneuter Liebenswürdigkeit an mich heran, und, wie der Mensch ist, zuletzt lässt er sich überreden, wenn er auch nicht überzeugt ist. Ein Argument ist allerdings neuerer Zeit hinzugekommen, welches einigermassen zur Korrektur obiger Auffassung nötigen könnte, nämlich der grosse Wahlkampf in den Vereinigten Staaten, welcher einen halben Weltteil in die heftigste Bewegung und das ganze Erdenrund in die lebhafteste Spannung versetzt hat. Die vierzehn Millionen Wähler, welche mit Ja oder Nein über Silber oder Gold abzustimmen hatten, mussten sich doch eine Meinung darüber machen, und die 100 Millionen Zeitungsleser, welche dem aufregenden Schauspiel folgten, mussten doch danach verlangen, annähernd zu verstehen, um was es sich dabei handle. Mein Freund Dr. Barth hat ja auch das Glück gehabt, die Leser der Cosmopolis mit seiner Schilderung dieses Wahlkampfes zu fesseln und zu belehren. Vielleicht ist manchem dabei ein Stück Erkenntnis, anderen der Wunsch nach Erkenntnis aufgegangen. Wie Viele von denen, die jenseits des grossen Wassers mit Ja oder Nein gestimmt haben, im Besitz einer richtigen Vorstellung von der Sache waren, ist nicht zu ermitteln. Aber gewiss waren Hunderttausende unter den für William Bryan Stimmenden, die sehr enttäuscht gewesen wären, wenn die freie Silberprägung sich verwirklicht hätte, ohne ihnen die erwarteten Vorteile zu bringen. Die Amerikaner sagen, der letzte Wahlgang sei ein Erziehungsfeldzug gewesen, *an educational campaign.* Schon die Erziehung der Unerwachsenen ist ein schweres Problem. Wieviel mehr noch die der Erwachsenen! Immerhin darf man glauben, dass die siebzehntausend Redner, welche während einer Reihe von Monaten für Gold predigend das Land durchzogen, in vielen Köpfen ein erhellendes Licht angesteckt haben werden. Dafür ist es aber auch gewiss ebenso ihren Gegnern gelungen, eine nicht geringe Zahl mit Vorspiegelung willkürlicher Phantasiebilder zu verwirren. Das Merkwürdige an der Sache ist nur, dass die Ver-

nunft über die Phantasie gesiegt hat. Es ist das ein sehr grosses Zeugnis für die Urteilskraft der amerikanischen Bevölkerung. Ich weiss nicht, ob, ausser der englischen, noch eine andere diese Probe so gut bestanden hätte, und es hat etwas Beruhigendes, dass man mit Gewissheit sagen kann, die grosse Masse der Wähler des Kontinents wird niemals zu einer ähnlichen Entscheidung berufen werden. Die Gefahr liegt nämlich darin, dass, sobald das Wort „Geld" vor den Sinnen auftaucht, dieselben in Versuchung kommen, sich aufzuregen. Es giebt sehr wenig Menschen, die nicht mehr Geld zu haben wünschen, als sie besitzen, und da die unendliche Mehrzahl dessen recht wenig besitzt, so kann man sicher sein, sie günstig zu stimmen, wenn man verspricht, ihnen dessen mehr zu verschaffen. Dies ist der grosse Vorsprung, welchen die für eine Umwälzung des Geldwesens Werbenden voraushaben. Sie verheissen denen, die ihnen folgen, eine Besserung ihrer Zustände, und da das Wort Geld dabei eine Hauptrolle spielt, so kommt es darauf hinaus, dass sie ihnen mehr Geld versprechen. Um so schwerer ist die Aufgabe ihrer Gegner, d. h. derer, welche die zur Zeit im grössten Teile der civilisierten Welt herrschende Währung verteidigen. Sie verteidigen damit den *status quo*, d. h. sie können niemandem etwas versprechen, was er jetzt nicht hat, sondern nur ihn warnen, dass er nicht auf Vorschläge höre, welche sein Schicksal verschlechtern würden. Wer die Menschen kennt, wer weiss, wie die Wenigsten mit ihrem Schicksal zufrieden und wie leicht sie, selbst zufrieden, zur Unzufriedenheit zu bereden sind, am meisten, wenn es sich um Geld handelt, der mag ermessen, wie viel leichteres Spiel die haben, welche behaupten, die Menschen werden durch eine neue Geldverfassung glücklicher werden, als die, welche nur den Trost geben können, dass die gegenwärtigen Besitzstände durch die gegenwärtige Gesetzgebung erhalten bleiben und durch eine Abänderung verschlechtert werden würden.

Bedenkt man dies und bedenkt man besonders, dass das Versprechen von Geldvorteilen an die Menge naturgemäss auf Anklagen und Bedrohung gegen die Reichen hinauslaufen muss, so erscheint es als ein wahres Wunder, dass die Freisilberleute nicht in Amerika bei einer Volksabstimmung gesiegt haben. Es beweist dies in der That einen hohen Grad von Verstand,

vielleicht aber auch von Wohlstand in den Vereinigten Staaten von Amerika, — zwei Eigenschaften, die eine Wechselwirkung auf einander ausüben. Wohlstand erzieht zur Einsicht und Einsicht zur Ehrlichkeit, wie Elend, Verirrung und Gewaltthätigkeit miteinander verwandt sind, ein Umstand, aus dem sich z. B. erklärt, dass in Deutschland die an Wohlstand und Bildung zurückgebliebene Kaste der adeligen Grundbesitzer mit Misstrauen und Missgunst auf das fortgeschrittene Leben der Gewerbe und des Handels hinsieht und durch Unterbindung derselben ihre eigenen Angelegenheiten zu fördern glaubt. Ein Ausfluss dieses barbarischen Verhaltens zur Kultur ist es auch, wenn allmählich die sogenannten Agrarier das grösste Kontingent zu den Feinden eines civilisierten, rationellen und ehrlichen Geldwesens stellen.*)

Der Kampf um die Währung ist ein Kampf zwischen Ehrlichkeit und Trug geworden. Der soeben in Amerika beendigte Wahlfeldzug hat dies deutlicher offenbart, als es je vorher geschehen war. Verfolgt man den Lauf der rednerischen Bemühungen, mit denen die Verteidiger der Goldwährung ihre Schlachten schlugen, so stellt sich ganz eklatant heraus, welchem Schlagwort sie ihre grösste Wirkung verdanken. Es heisst: Ehrliches Geld, *honest money*, gesundes Geld, *sound money*. Das war der Haupttrumpf, den sie immer ausspielten und der, mitten im Wust von verwirrenden Sophismen, welchen die Vertreter einer künstlichen Wertsteigerung des Silbers im Lauf der Zeiten zusammengetragen haben, auch dem einfachen, ungelehrten Verstand zugänglich blieb. Ehrliches Geld, gesundes Geld, so tönte es Monate lang von einem Ende des weit-

*) In einer ausgezeichneten Übersicht über den Inhalt des letzten Währungskampfes in den Vereinigten Staaten (Nr. 19 der englischen *Gold Standard Defence Association*) sagt der New-Yorker Publizist Horace White sehr richtig, nachdem er alle die konfusen im Volke umlaufenden Ideen über die magische Kraft des Geldes an drastischen Beispielen gezeigt hat: „Würde irgend ein anderes Volk mehr Weisheit auf den Kopf leisten, wenn es so plötzlich in das Labyrinth von Fragen über Finanz-, Bank- und Münzwesen, über gegenseitige Relationen, Schlagschatz, Wert, Preis, Nachfrage, Angebot hineingestossen und aufgefordert worden wäre, seinen Weg herauszufinden? — ich bezweifle es. Aber im Augenblick ist jedenfalls der Begehr nach Aufklärung hierüber enorm und unersättlich, und ich vermute, vor Beendigung der Wahl wird das amerikanische Volk kopfweise mehr über den Gegenstand wissen als irgend ein anderes."

gestreckten Landes zum anderen, und mit diesem Rufe wurde am Tag der grossen Entscheidung der Sieg aus Millionen Kehlen begrüsst. Von allen den Rednern, die mit Geschick und Ansehen eingegriffen haben, hat vielleicht keiner so viel richtige Erkenntnis der besten Methode besessen und so bedeutsamen Erfolg erzielt wie Carl Schurz, ein Mann, dessen Fähigkeiten und Integrität bei allen Parteien im höchsten Ansehen stehen. Betagt, wie er ist, hat er es doch als seine heilige Pflicht erkannt, noch einmal für die Sache, die entscheidend war für das Wohl und Wehe der grossen Republik, für ihre Ehre vor der Gegenwart und Zukunft, mit der höchsten Anspannung seiner Kräfte einzutreten. Und er wählte sich zuerst zum Kampfplatz das Feld, auf dem der Gegner scheinbar seinen entscheidenden Triumph gefeiert hatte. Chicago, die grösste Stadt von Illinois, in welcher die Silberkandidatur William Bryans einige Wochen zuvor von der demokratischen Partei ausgerufen worden war, hatte er sich zu seinem ersten Angriffe ausersehen. Nicht bloss errang er im Augenblick seines Vortrags ungeheuren Beifall, sondern das Wahlergebnis selbst lieferte den thatsächlichen Beweis für die Wirksamkeit seiner Argumente, indem Chicago eine grosse Stimmenmehrheit für McKinley am Wahltag brachte. Welches dieser Argumente er für das beste und geratenste ansah, darüber giebt der Text seiner Rede untrügliche Auskunft. Ein Mann von seinem Talent und seiner Erfahrung weiss, was er zu thun hat. Der Reihe nach widerlegte er die Anpreisung aller heilsamen Folgen, welche Bryan von der Freisilberprägung in Aussicht gestellt hatte, stellte ihnen die verheerenden Wirkungen gegenüber, welche dieses Verfahren heraufbeschwören müsste. Aber das Wichtigste und Schlagendste hob er sich, als ein gewiegter Meister der Kunst, bis zuletzt auf. Nur ein paar Sätze aus diesen Schlussworten mögen hier wiedergegeben sein. Sie drücken deutlicher, als lange Abhandlungen könnten, die Quintessenz des ganzen Streites um die Währung aus und belehren uns zugleich, aus welchen Gründen die Mehrheit des amerikanischen Volkes sich gegen die Truglehre der Silberanwälte entschieden hat.

Nachdem Schurz auseinandergesetzt, zu welchem Widersinn es führen würde, wenn der Grundsatz anerkannt würde,

dass der Schuldner sich seiner kontraktlichen Verpflichtung entschlagen könnte, weil der Preis einiger oder vieler Waren gefallen wäre, fährt er fort:

„Wenn Ihr einen solchen Grundsatz gutheissen und durchführen wolltet, so würde das das Ende alles Vertrauens sein von Mensch zu Mensch, allen Kredits und aller Zuversicht, der vollendete Umsturz aller Regeln des menschlichen Verkehrs, eine zügellose Herrschaft betrügerischer Begierden und gewissenloser Raubsucht — in einem Wort der Ruin des civilisierten Lebens. Und dennoch weiss der, welcher die Agitation für Freisilberprägung beobachtet hat, dass solcher Appell an die Schuldner eines seiner Hauptbestechungsmittel ist. Höret ihre Reden, leset ihre Schriften, und immer und immer wieder stosst Ihr, bald in sanften umschreibenden Tönen, bald in verhüllten Einflüsterungen, ein andermal aber auch in Ausdrücken eines Egoismus mit eherner Stirne auf die Verheissung, dass die Silberfreiprägung den Schuldner in den Stand setzen wird, sich seiner Verbindlichkeiten zu entledigen, indem er nur einen Bruchteil derselben erfüllt. Das ist ein System frecher Verleugnung (*Repudiation*), sowohl privater als öffentlicher Schulden; nicht so, als könnten wir nicht voll zahlen, sondern weil wir vorzögen, nicht zu zahlen, — das Auskunftsmittel des betrügerischen Bankrotteurs und zwar sanktioniert von Gesetzes wegen als ein Bestandteil unserer nationalen Politik. — Mitbürger, überlegt es Euch wohl. Es ist eine Sache des höchsten Ernstes, eine Lebensfrage für den Bestand der Nation. Der Vater, der solche Moralprinzipien seinen Kindern beibringt, erzieht sie zum Betrug, zur Ehrlosigkeit und für das Zuchthaus. Der Mann des öffentlichen Lebens, welcher solche Moralprinzipien dem Volke predigt, erzieht das Volk zum Gegenstand des Abscheus und der Verachtung der Menschheit. Eine Nation, die sich solche Moralprinzipien aneignet, kann nicht bestehen. Sie wird verfaulen im eklen Sumpf ihrer eigenen Korruption."

Worin nun spitzte sich dieser Gegensatz zwischen Ehrlichkeit und Betrug zu? Die Antwort liegt in der Formel 16 zu 1, welche die Parole der Bryan-Partei war. Was heisst 16 zu 1? Gott weiss, was Hunderttausende von Wählern, welche ihren Zettel in die Urne warfen, sich dabei gedacht haben. Der oben

citierte Horace White führt einige Beispiele aus amerikanischen Aufzeichnungen an, die lustige Kommentare dazu lieferten, so z. B. eine Auslegung, dass jeder amerikanische Weisse von Staatswegen 16 Dollars geschenkt bekomme, jeder Neger aber nur einen, weshalb die Neger für McKinley seien. Ich selbst habe auf deutschem Boden ganz vor kurzem etwas Ähnliches erlebt. Einer der ersten Berliner Bankiers erzählte mir lachend: Heute Mittag kam einer meiner Kunden zu mir ins Comptoir, ein Grundbesitzer von respektablem Charakter und Mitglied des Bundes der Landwirte. Wir kamen auf die Gold- und Silberfrage zu reden, und natürlich erklärte sich der Mann für internationale Doppelwährung. Darauf fragte ich ihn, ob er denn das Verhältnis von 1 zu $15^1/_2$ für durchführbar halte? (In Europa steht die Formel nämlich auf 1 zu $15^1/_2$, statt wie in Amerika auf 1 zu 16.) — Nun, antwortete er, ich will nicht gerade sagen, dass ich auf $15^1/_2$ bestehe, ich habe mir gedacht, so etwas wie $14^1/_2$ oder $14^3/_4$ könnte auch gehen. — Ich glaube, setzte mein Bankier hinzu, hätte ich ihn gefragt, was halten Sie vom Verhältnis von 1 zu 78, so hätte jener geantwortet: Ich bestehe grade nicht auf 78, sondern habe mir so gedacht, mit $77^1/_2$ bis $77^3/_4$ liesse sich's auch machen. — Und ohne Zweifel hatte mein Berichterstatter mit dieser Vermutung recht, denn einen grösseren Unsinn, als er in der obigen Beantwortung der Frage über das Verhältnis liegt, hätte auch der unwissendste Neger sogar im Innern von Afrika nicht zum besten geben können.

Im Ernste bedeutet nämlich die Formel 1 zu 16 die Fixirung eines gesetzmässigen Wertverhältnisses zwischen Silber und Gold dahin, dass bei allen Zahlungen, wenn sie in Silber gemacht werden, das in der silbernen Münze enthaltene Metall 16mal mehr wiegen muss, als das zu gleichem Zahlungsbetrag dienende Gewicht Gold in der Goldmünze, weil vor hundert Jahren, zur Zeit, als das zu Grunde liegende Gesetz gemacht wurde, im Handel der Edelmetalle das eine gegen das andere so ausgetauscht werden konnte. Nun ist aber in diesem Handel heute die Sache die, dass nicht mehr für 16 Gramm Silber ein Gramm Gold zu haben ist, sondern nur $^1/_2$ Gramm, dass, genau genommen, 31 Gramm Silber nötig sind, um 1 Gramm Gold zu bekommen. Die Silberleute dagegen wollen

erzwingen, dass jenes ehemalige Verhältnis wieder hergestellt, d. h. dass durch das Gesetz befohlen werde, Silber solle zu Zahlungen doppelt soviel wert sein, als es heute im Handel wert ist. Man kann wohl sagen, dass die Weltgeschichte von Versuchen, durch gesetzliche Verfügungen künstliche Werterhöhung von Geld zu erzwingen, viel Thörichtes und Abscheuliches zu erzählen weiss, dass aber ein Versuch von so unerhörter Frechheit nie gemacht worden, nie entfernt etwas Ähnliches gewagt worden ist. Um zu verstehen, wieso eine so seltsame Zumutung sich aufthun konnte, muss man den Gang dieser Dinge nach zwei Seiten hin beleuchten. Man muss erklären, wie es gekommen ist, dass das Silber seinen Handelswert zur Hälfte verloren hat, und warum sich mächtige Parteien in verschiedenen Ländern bildeten, welche Ursache haben oder zu haben glauben, die Thatsache dieser Wertverminderung wieder rückgängig zu machen. Bekanntlich ist im grossen und ganzen, seitdem es Geld aus Edelmetall giebt, sowohl Silber als Gold ebenmässig dazu verwendet worden, wenn schon einzelne Perioden in einzelnen Ländern bald dem einen bald dem anderen den Vorzug gaben, oder vielmehr durch eigentümliche Verschiebungen bald mehr auf das eine bald mehr auf das andere der beiden angewiesen waren. Zwei Nationen haben schon vor längerer Zeit sich immer mehr vom Gebrauch des Silbers entwöhnt: England und Nordamerika. In England wurde das Gold durch Gesetz zum Haupt- oder Courantgeld gemacht, als nach dem Ende der Napoleonischen Kriege der Zwangskurs der Banknoten aufgehoben war. Thatsächlich war schon in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts das Silbergeld im grossen Verkehr ausser Gebrauch gekommen. Die Gesetzgebung von 1816 sanktionierte nur einen alten Brauch. Ähnlich verhielt es sich in den Vereinigten Staaten. Zwar hatte das Gesetz unter der Präsidentschaft Hamiltons im Jahre 1792 die Herstellung von Gold- wie von Silbermünzen angeordnet, aber faktisch war auch hier wenig Silber zu ganzen Dollars, vielmehr nur zu kleinen Münzen ausgeprägt worden. Man fand schon damals das wohlfeile Metall im Vergleich zu Gold unbequem. Im Jahre 1834 suchte die Gesetzgebung dem Bedürfnis nach Gold mehr Vorschub zu leisten durch eine Werterhöhung im Verhältnis zum

Silber. Alles in allem war bis zum Ende der siebziger Jahre sehr wenig Silbercourant in Amerika geprägt worden, nachdem Präsident Jackson im Jahre 1806 die Einstellung verfügt hatte. Die etlichen Millionen, die das amerikanische Gepräge trugen, waren nach China und Indien gewandert. Soweit noch im Inlande stellenweise sich ein Bedarf zeigte, dienten ausländische Silbermünzen, englische, spanische, u. a. dazu. In der ganzen Zeit zwischen 1792 und 1873 hatte die gesetzliche Wertrelation im Zusammenhang mit der thatsächlichen des freien Verkehrs zwischen 1 zu 15 und 1 zu 16 als äussersten Grenzen hin und hergeschwankt. Wie in Amerika, so auch in Europa. Umgekehrt, hatte im Festlande Europas bis zur Mitte unseres Jahrhunderts zwar überall neben dem Silber das Gold als Geld gedient, aber, wie auch in früheren Jahrhunderten, bestand die grosse Masse aus Silber. Das französische Wort *argent*, welches zugleich weisses Metall und Geld überhaupt bedeutet, liefert den deutlichsten Beweis dafür. Es gab eben viel mehr Silber als Gold, und alle Zahlungs- und Geschäftseinrichtungen waren auf den Verkehr damit zugeschnitten. Da trat eine grosse Wendung ein, und von ihr datiert eine neue Epoche in der Entwicklung des Geldwesens im Abendlande. Es war die Entdeckung der grossen Goldlager in Californien und Australien am Ende der vierziger Jahre. In Massen, wie man sie nie gekannt hatte, strömten die rasch erbeuteten Mengen des gelben Metalls von beiden Weltteilen den grossen europäischen Ländern zu. Im Anfang verbreitete das unter den Fachleuten einen gewissen Schrecken. Sie fürchteten, es könne eine Überflutung mit Gold über Europa kommen, der Preis desselben könnte dadurch bedeutend herabgedrückt werden, und das Metall durch die damit unvermeidlich verbundenen Schwankungen die Haupteigenschaft eines guten Geldes, die Stetigkeit seines Wertes verlieren. In verschiedenen Ländern wurden Vorschläge gemacht, zu einem einseitigen Silberfuss überzugehen, aber, obgleich die Goldausbeute fortfuhr, ihren Überfluss zu verbreiten, liess sich von einem Niedergang des Goldpreises nichts bemerken. Nur um Kleinigkeiten veränderte sich das Verhältnis von 1 zu $15^1/_2$ dem Silber gegenüber. Dagegen befreundete sich der menschliche, tägliche Verkehr immer mehr mit dem Gold in

dem Masse, als es möglich war, sich seiner zu bedienen. Diese Neigung ward noch gefördert durch zufällige Vorkommnisse im Weltverkehr. Dem Zufluss von Gold nach den europäischen Staaten trat Anfang der sechziger Jahre noch ein Abfluss von Silber hinzu. Den Ausgangspunkt dieser Verschiebung bildete der amerikanische Sezessionskrieg. Die Südstaaten, welche bis dahin Europa die Baumwolle geliefert hatten, lagen brach, und der Ausfall musste durch Bezüge aus Asien gedeckt werden, welches nur Silberzahlung annahm. Die Konjunktur wurde noch verstärkt durch eine in Italien ausgebrochene Krankheit der Seidenwürmer; es musste zur Deckung des Ausfalles Rohseide aus China und Japan bezogen werden, die auch nur mit Silber rechneten. Der Zustrom von Gold wurde auf diese Weise noch durch einen Abstrom von Silber verstärkt. Dem Druckwerk schloss sich ein Pumpwerk an. Aber weit entfernt, ein Missbehagen im Geldverkehr zu erzeugen, ward diese Veränderung immer mehr als eine grosse Annehmlichkeit empfunden. Sowohl für die Versendung grosser Beträge von Ort zu Ort und von Land zu Land, als für das tägliche Leben griff der Verkehr mit Freude nach dem kostbaren und schönen Gold, das in so viel kleinerem Volumen und Gewicht sich verfrachten wie in der Tasche tragen liess. Auch als später der Grund des Silberabflusses weggefallen war, sehnte sich niemand nach ihm zurück. Namentlich in Frankreich, dem Lande, dessen Lebensgewohnheiten mehr als die irgend eines anderen von jeher einen sehr starken Bedarf an Metallgeld bedingen, trat das goldene Zwanzigfrankenstück an Stelle des silbernen Fünffrankenthalers, der *pièce de cent sous*, in welcher sich bis dahin die Vorstellung von der Macht des Geldes versinnlicht hatte. Die Zahlen der französischen Prägeanstalten liefern einen schlagenden Ausweis, mit welcher Vorliebe das Land zum Golde überging. Im Anfang des Jahrhunderts war vielfach eine Ausprägung von goldenen Zwanzigfrankenstücken — Napoléons hiessen sie damals und heissen sie noch heute, manchmal auch noch Louis, — noch verhältnismässig stark. Der Krieg und seine Beute gaben den Anstoss und die Mittel dazu. Die Kriegskassen wurden mit erobertem Golde gefüllt, und des leichten Transportes wegen hinter den kaiserlichen Heeren mitgeführt. In einzelnen Jahren

(z. B. 1811) wurden bis 80 Millionen Franken geprägt. Von den zwanziger Jahren an fallen die Zahlen gewaltig ab. Wenige ausgenommen, begegnen wir da meistens Jahren, die zwischen drei und zehn Millionen schwanken, während die silbernen Fünffranken sich in Zahlen von 100 bis 200 Millionen bewegen. Aber dann kommt das Gold in Massen. Von 1849 auf 1850 springen die Napoleons von 27 Millionen auf 80, im folgenden Jahr auf 251; im Jahre darauf, 1852, dem Jahre des Staatsstreichs, der Erschütterung und Stockung, fällt alles darnieder, nur 13 Millionen, — aber im Jahre darauf, 1853, mit dem Aufschwung der Geschäfte treten uns 313 Millionen, im folgenden sogar 470 Millionen entgegen; und so geht es fort. Den Höhepunkt bildete das Jahr 1859 mit 523 Millionen. Daneben sind die goldenen Zehnfrankenstücke nicht zu übersehen, die z. B. im selben Jahre 1859 bis zu 133 Millionen ergaben. Weit entfernt Schrecken und Beunruhigung zu verbreiten, schmeichelte sich das Gold immer mehr in die Neigung der Menschen ein. Die kleine Erschütterung des Wertverhältnisses zum Silber, in die es aus den oben erwähnten Gründen geraten war, machte wieder dem Hergebrachten Platz. In den Städten wurde das Taschengeld, soweit man nicht kleine Beträge brauchte, ausschliesslich Gold. Der Löwe hatte Blut geleckt, nun bekam er erst rechten Appetit danach. Und nichts war natürlicher. Der moderne Mensch, der immer in Bewegung ist, der gesteigerte Verkehr mochte sich nicht mehr mit den schweren Silberstücken massig belasten. Er hatte es gethan, solange er nicht anders konnte und nichts anderes kannte. Seitdem er mit dem Besseren vertraut geworden ist, will er vom Geringeren nichts mehr wissen. Man könnte ihm ebensogut von der Eisenbahn wieder zur Postkutsche oder von Gas und Elektrizität zum Talglicht zurückbereden wollen. Wer noch, wie ich, die Zeit erlebt hat, wo der Landmann mit dem Ledergürtel, in dem die Silberstücke rasselten, der sogenannten Geldkatze, um den Leib geschnallt, und der Kassenbote mit den schweren Säcken auf dem Rücken einherging, Gestalten, die aus dem Leben verschwunden sind, dem ist der letzte Grund der grossen Veränderung, die unsere Zeit hierin erlebte, nicht zweifelhaft.

In derselben Zeit der sechziger Jahre, da Frankreich sich in den Umgang mit dem Golde einlebte, kamen auch Ideen

von grösseren internationalen Verständigungen über das Münzwesen auf. Es war die Zeit, da, von Napoleon III. gefördert, die Handelsverträge dahin gerichtet wurden, die Zollschranken von Land zu Land, soweit möglich, zu vermindern, da in Deutschland der Passzwang beseitigt, in Ägypten der Suez-Kanal gegraben wurde, und ein mächtig entfalteter Unternehmungsgeist zu friedlicher Vereinigung auf allen Gebieten anregte. Damit kam auch der Gedanke an Münzverträge auf. So musste auch das Nachdenken auf die Frage hingedrängt werden, welches ihr Inhalt sein solle. Erst von jener Zeit an datiert die grosse Kontroverse, welche seitdem so sehr in die Höhe und Breite gewachsen ist. Zwar der erste Vertrag dieser Art, welcher auf französischem Boden geschlossen ward, der sogenannte lateinische aus dem Jahre 1865, hatte mit dieser Kontroverse nichts zu thun. Sein nächstes Objekt war, dem noch durch die Nachwirkung der vorausgegangenen Zeit unbequem gewordenen Abfluss der silbernen Teilungsmünzen dadurch Einhalt zu thun, dass man sie unterwertig ausbrachte. Man könnte also sagen, dass er eher dem Silber zur Ehre gereichte. Aber dieser zwischen Frankreich, Italien, Belgien, der Schweiz abgeschlossene Vertrag hatte weitere Ideen dieser Art erst in Fluss gebracht, und in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurden zweimal in Paris grosse Beratungen gepflogen, die sich entschieden dahin aussprachen, aus künftig zu vereinbarenden Münzverträgen das Silber als Courantgeld auszuschliessen, das Gold allein zur Hauptgrundlage zu machen.

In Deutschland hatte man sich auch seit Mitte der sechziger Jahre mit der Frage beschäftigt, doch nur in engeren Kreisen des Handels und der Volkswirtschaft von Fach. Auch hier war die Stimmung entschieden für ausschliessliche Goldwährung; man liess sich dabei von theoretischen Motiven leiten, denn praktische Bekanntschaft mit den Vorzügen des Goldumlaufs, wie in Amerika, England und Frankreich, hatte man damals noch nicht gemacht. Auf Seiten der Regierungen regte sich noch nichts. Zwar hatte der preussische Delegierte auf der Pariser Münzkonferenz von 1867 sich der grossen Mehrheit derselben dahin angeschlossen, dass ein internationaler Münzvertrag nur auf Grund der Goldwährung denkbar sei, aber über die Möglichkeit eines Übergangs von der preussischen

Silber- zur Goldwährung musste er sich alles vorbehalten. Weder bei den Regierungen noch in der breiten öffentlichen Meinung war die Sache reif. Als ich im Jahre 1867 vorübergehend in Berlin war, regte ich zum ersten Mal bei Otto Michaelis den Gedanken an. Er, der später als erster Mitarbeiter Delbrücks der energischste Förderer der neuen Münzgesetzgebung im Reiche werden sollte, war damals erst vor ganz kurzem aus dem Privatleben in die Regierung des Norddeutschen Bundes mit eingetreten, als vortragender Rat in Finanzsachen. Als ich ihm zu dieser Zeit die Ansicht aussprach, das deutsche Münzwesen könne nur auf Grund der Goldwährung reformiert werden, wollte er davon noch nichts wissen, sondern glaubte, am Silberthaler festhalten zu sollen. Nur darüber war man in ganz Deutschland einig, dass das Münzwesen des alten deutschen Bundes ein elendes und unwürdiges sei. Als daher die siegreiche Wendung des französischen Krieges keinen Zweifel mehr an dem Eintritt der deutschen Südstaaten in den Bund und damit an der Schaffung einer gemeinsamen deutschen Reichsverfassung aufkommen liess, stand es fest, dass eine Münzreform zu den ersten Aufgaben gehören würde. Für mich stand zugleich fest, dass dies nur auf dem Fuss der Goldwährung denkbar sei. Im September 1870 traf ich in Hagenau zufällig mit Delbrück, dem Präsidenten des damaligen Bundeskanzleramtes zusammen, der auf der Reise nach dem Hauptquartier begriffen war, um mit Bismarck die ersten Schritte behufs Grundlegung einer deutschen Reichsverfassung zu verabreden. Er war für alle Fragen der inneren Staatsordnung und besonders die von wirtschaftlicher Natur die oberste Instanz und vollkommen auf der Höhe seiner Aufgabe. Sofort nach der ersten Begrüssung sagte ich zu ihm: „Nun machen wir auch die Goldwährung", und er stimmte freudig ein. Nicht als hätten wir damals an die Mittel gedacht, welche die zu jener Zeit noch ungeahnte Höhe der Kriegsentschädigung zur Erleichterung dieser Massregel gewähren sollte, sondern einfach darum, weil wir uns bewusst waren, dass es jetzt an ein grosses Schaffen gehen werde, und dass dies vor allem eine rationelle Ordnung des deutschen Geldwesens herzustellen habe. In der ganzen übrigen Regierungsmaschine war noch wenig Verständnis für den Zug der Zeit.

Der Finanzminister Camphausen und der Präsident der Preussischen Bank, von Dechend liessen sich nur widerstrebend von der Anhänglichkeit an ihren preussischen Thaler losreissen. Draussen in der Welt heisst es jetzt, das machtbewusste Vorgehen des Fürsten Bismarck habe Deutschland auch mit dieser glänzenden Rüstung ausstatten wollen. Nichts deckt sich weniger mit der Wahrheit als das. Fürst Bismarck ist im Buch der Geschichte genugsam mit wohlverdientem Glanz und Ruhm verewigt. Nicht um daran zu mäkeln, sondern nur weil es der Wirklichkeit entspricht, muss man bezeugen, dass er persönlich diesen Dingen sehr kühl und unvertraut gegenüberstand. Er war sicher ganz damit einverstanden, dass im Aufbau des Reiches die Ordnung und Einheit des Geldwesens nicht fehlen dürfe. Aber das Wie überliess er gerne anderen und in erster Reihe Delbrück, weil er in seiner besten Zeit auch wohl begriff, dass er sich ganz auf diesen seltenen Mann verlassen konnte. Im Gegensatz zu den gouvernementalen Kreisen war in der Geschäftswelt und unter den Nationalökonomen die Stimmung für die Goldwährung sehr lebhaft. Der seitdem weltberühmt gewordene Soetbeer stand allen voran. Prince-Smith, das Haupt der Schule des Adam Smith in Deutschland, war von Hause aus noch etwas in den Banden der Wolowskischen Doppelwährungstheorie und wurde nur von der Strömung mit fortgezogen. In zwei Stadien 1871 und 1873 wurde das Prinzip der Goldwährung mit grosser Mehrheit vom Reichstag sanktioniert. Im selben Jahre ward — ganz unabhängig von dem in Deutschland Geschehenen — in den Vereinigten Staaten von Amerika die ausschliessliche Goldwährung zum Gesetz erhoben. Es geschah dort als etwas Selbstverständliches, da längst kein grobes Silber mehr im Lande umlief, und das neue Gesetz nur eine Anerkennung älterer Verfügungen und bestehender Zustände enthielt.

Dieses Vorgehen grosser Gesetzgebungen, besonders der von Deutschland, auf welches damals die Augen der Welt gerichtet waren, weckte natürlich den Trieb zur Nachahmung. Die drei skandinavischen Staaten folgten kurz entschlossen nach. In Belgien und in der Schweiz war die Neigung schon vorher gross gewesen, aber die Bande des lateinischen Münzvertrages gaben keine Freiheit, die Ideen zu verwirklichen. In Holland,

das durch seine östlichen Kolonien besonderen Grund zum Festhalten am Silber und am Ende der vierziger Jahre grundsätzlich die Silberwährung bei sich eingeführt hatte, legte die Regierung einen Gesetzentwurf behufs Einführung der Goldwährung vor, der erst später in den letzten Stadien seiner Durchberatung scheitern sollte. So schien die Frage vor dem Tribunal der öffentlichen Meinung entschieden, als um die Mitte der siebziger Jahre der Rückschlag sich in Bewegung zu setzen begann. Amerika, welches man das Mutterland dieser ganzen Entwicklung und der daraus erwachsenen Streitfragen nennen könnte, wie es auch das Schlachtfeld für sie geworden ist, gab zuerst das Beispiel und mit der Zeit den Antrieb für die übrigen. Und zwar ist es nicht die Partei des Silbers, welche hier den ersten Vorstoss machte, sondern die einer üppigen Papiergeldpropaganda. Der Same zu diesem Wahnglauben war durch die Erlebnisse des Sezessionskrieges ausgestreut worden. In dem Verzweiflungskampf hatten die Nordstaaten zur Emission von Papiergeld in Massen greifen müssen, das bekanntlich bis zur Hälfte seines nominalen Wertes herabsank. Nachdem der Friede wiederhergestellt war, begannen die Vereinigten Staaten sich mit der Einziehung dieses entwerteten Papiers und der Herstellung eines auf Parität mit dem Metall berechneten zu beschäftigen. Dagegen erhob sich nun eine Propaganda, welche im Geist mit der jetzt thätigen Geldvermehrungspropaganda identisch war. Heutzutage setzt sie sich zusammen aus den Populisten, welche ein Species wild wachsender Sozialdemokratie repräsentieren, und aus den Interessenten des Silbers. Beiden gemeinsam ist der Ruf nach: „Mehr Geld, viel Geld, soviel Geld als möglich"; die Bescheideneren wollen nur dazu die Massen wohlfeilen Silbers verwenden, die anderen auch Papier. Populisten und Silberdemokraten vereint nennt man heut mit einem gemeinsam aus beiden Namen zusammengezogenen Wort: *Popokratie*. Damals in den siebziger Jahren hiessen sie *Inflationisten*, d. h. solche, welche die Masse der umlaufenden Zahlungsmittel durch luftiges Einblasen auftreiben wollten. Es ist immer die nämliche Geschichte. Weil Reichtum über Geld verfügen kann, glaubt der rohe Wahn, Geld sei Reichtum, und man braucht nur etwas zu machen, was von Gesetzeswegen Geld genannt werde, um beliebig Reichtum machen zu können.

Die Lehren der Geschichte, welche zeigen, dass noch nie eine künstliche Geldmacherei einen wahren Wert zu schaffen vermochte, den der Verkehr nicht bereits selbst anerkannt hat, vermochte bis jetzt ebensowenig diesen Wahn auszurotten, als dies dem analysierenden Verstand gelungen ist. Amerikas Popokratie sogut wie Europas Agrarier sind noch immer von dem Aberglauben beseelt, ein Gesetz könne durch die Erklärung, dass irgend etwas, sei es Metall oder Papier, Zahlkraft habe, auch Wert schaffen. Das Losungswort der amerikanischen Inflationisten war daher: *fiat money*, es werde Geld! Als könnten sie Reichtum aus dem Nichts hervorrufen, wie der Schöpfer mit dem „*fiat lux*" das Licht aus dem Chaos hervorrief! Aber dieser Wahn war doch einmal in den Vereinigten Staaten so mächtig, dass 1874 ein Antrag der Inflationisten, 44 Millionen Dollars Papiergeld, die bereits eingezogen worden waren, von neuem auszugeben, von dem Kongress angenommen wurde, und nur am Veto des Präsidenten Grant scheiterte. Diese im wohlverstandenen Interesse des Landes, wie noch öfter nachher, vom Präsidenten der Republik entfaltete Energie erzielte ihre Wirkung. Die Partei der Inflationisten wurde bei den Wahlen des folgenden Jahres geschlagen, und die siegreiche Gegenpartei beschloss sofort, im Jahre 1875, die sogenannte Resumption-Bill, gemäss der im Jahr 1879 der Zwangskurs des Papiergeldes aufhören, und dasselbe gegen Gold einlösbar sein solle, ein Gesetz, das trotz aller inzwischen hinzugekommenen irrigen Massregeln noch heut in Kraft ist. Um diese Zeit nun hatte der grosse Preisfall des Silbers auf dem Weltmarkte, welcher seitdem so gewaltige Fortschritte gemacht hat, sich als ein dauerndes Phänomen bemerkbar gemacht. Der Inflationismus, welcher am Papier gescheitert war, warf sich jetzt auf das Silber. Zu den Vorstellungen, welche Volksbereicherung mit fiktiven Geldpreisen bewerkstelligen wollten, gesellten sich die sehr greifbaren und wohlberechneten Interessen der Besitzer von Silberminen, für welche die Preisverminderung einen dauernden Ausfall an Einnahmen bedeutete. Nun wurde eine theoretische Propaganda für die Wiedereinführung der 1873 beseitigten groben Silbermünze ins Werk gesetzt, wobei es natürlich auch an Formeln des Gemüts und der Phantasie nicht fehlen durfte. „Der Dollar unserer Väter"

hiess es nun, der pietätloser Weise verleugnet worden, solle in sein altes heiliges Recht wieder eingesetzt werden. Wie schon oben erwähnt, hatte dieser Dollar nie ein anderes als ein kurzes und engbegrenztes Dasein geführt, und seit 40 Jahren war er nicht mehr im Verkehr. Dazu kamen die anderen Beschwörungsformeln, mit denen wir seit jener Zeit so ausgiebig Bekanntschaft gemacht haben. Der Dollar der Väter war zugleich der Dollar des armen Mannes und der Dollar des Schuldners. Die Minenbesitzer, welche Millionen ernteten, spielten sich als die Anwälte des armen Mannes gegen die Reichen auf, demonstrierten, dass die Armen Vorteil davon hätten, wenn ihrer Hände Arbeit von den Reichen in schlechtem Gelde bezahlt würden.

Es verstand sich von selbst, dass diese Propaganda auch von Amerika nach Europa hinübergetragen wurde. Man musste auch in Europa die dem Silber abholde Gesetzgebung bekämpfen und Interessenten an demselben zu gewinnen suchen. Der Boden war dazu vorbereitet. Seit dem Jahr 1871, wo Deutschland die Absicht auf Goldwährung an den Tag legte, war von verschiedenen Seiten im In- und Auslande Widerspruch erhoben worden. Der erste, welcher mit einem theoretischen Gegenbeweis hervortrat, war Ernst Seyd, ein Deutscher, der in London einem mit Edelmetallen handelnden Geschäftshause vorstand. Er sprach sich entschieden für Doppelwährung aus und beschwor Deutschland, nicht zur reinen Goldwährung überzugehen. Seyd war ein unterrichteter und überzeugter Mann. Aber wahrscheinlich übte sein Beruf unbewussterweise einen gewissen Druck auf sein Urteil aus. Für den, welcher sich zeitlebens mit den beiden Edelmetallen praktisch beschäftigt hat, liegt etwas Unnatürliches in der Vorstellung, dass das eine derselben in eine Art von Misskredit geraten soll. In dem Kampf um die Währung, der seit jenen Anfängen so heftig entbrannt ist, haben sich noch etliche in ähnlicher Position wie Seyd befindliche Fachmänner als eifrige Vorkämpfer der Doppelwährung hervorgethan, wie der Belgier Allard und der Engländer Montagu. Das Pariser Haus Rothschild, welches ebenfalls das Edelmetallgeschäft in grossem Stil betrieb, war immer in derselben Richtung bemüht. Der gelehrte und fruchtbare Nationalökonom Wolowski, der eine

hübsche Theorie des Bimetallismus verfasste, war ein vertrauter Freund der Rothschilds. Alle diese Männer glaubten aufrichtig an das, was sie lehrten. Das gleiche gilt von dem Manne, dessen Name am meisten mit der Anwaltschaft für das Silber in Europa verbunden ist, dem kürzlich verstorbenen Cernuschi, — von ihm rührt das Wort „Bimetallismus" her, das seitdem von Millionen wiederholt worden ist in dem Glauben, dass es die Heilung aller ihrer Schmerzen bedeute.

Der Fall des Silberpreises und die daraus entspringenden Verlegenheiten führten dem theoretischen Streit praktischen Nährstoff zu. Zu der Wirkung, welche die deutsche und amerikanische Gesetzgebung und der durch sie erweckte Geist der Nachahmung bei anderen Nationen ausüben musste, kam die einer rapid steigenden Silberproduktion, hauptsächlich in Amerika. Abnehmender Verbrauch und wachsende Zufuhr — das konnte nur einen immer mehr in die Tiefe sinkenden Preis herbeiführen. Die Staaten des lateinischen Münzbundes sahen sich gezwungen, ihre Prägeanstalten dem Silber zu versperren. So standen auch in Europa dem Silber Freunde und Kämpen auf. Von Amerika, wo die Silberpartei bereits gross und stark geworden, wurde nun Anstalt gemacht, in Europa, wo der Boden bereitet war, Bundesgenossen zu werben. Aus diesen Bemühungen ging die Losung hervor: dass die Rettung des Silbers in der Wiederbelebung des französischen Münzsystems gegeben sei, welches auf der Voraussetzung ruhte, dass sowohl Gold als Silber auf Verlangen in Münzen umzuprägen sei, und dass eine Gewichtseinheit Gold soviel Geld bedeuten solle als $15\frac{1}{2}$ Gewichtsteile Silber. Da das Preisverhältnis auf dem Markt bereits stark zum Nachteil des Silbers darunter zurückgegangen war, so konnte niemand wähnen, dass ein Gesetz in Frankreich und seinen drei verbündeten Staaten allein durch eine Zauberformel dem Markte die alten Preise aufnötigen könne. Aber, meinte man, wenn alle grossen Staaten Gemeinsames vorschrieben, müsste der Marktpreis sich darnach richten. So entstand der Ruf nach dem „*Quinze et demi universel*," wie Cernuschi es taufte. Amerika, welches trotz aller nach Europa verpflanzten Bewegung doch das vorherrschende Stammland des Währungskampfes bis auf diesen Tag geblieben ist, bemächtigte sich nun dieses Hebels und betrieb die Berufung der ersten

internationalen Konferenz zu Währungszwecken seit der Wiederherstellung des europäischen Friedens. Vorher, im Jahre 1876 hatte England schon für sich eine umständliche Enquete über die Frage angestellt, die resultatlos verlief. Im Jahre 1878 trat nun, auf das Verlangen der amerikanischen Regierung, die Konferenz in Paris zusammen. Deutschland hielt sich fern. Alle Reden und Anstrengungen, eine Vereinbarung auf dem Fuss des Allheilmittels von 1 zu $15^1/_2$ zu Wege zu bringen, scheiterten elendiglich. Ebenso endigte ein neuer Versuch 1881. Diesmal hatten die Amerikaner die Einberufung hauptsächlich Cernuschi zu verdanken. Es war unter dem radikalen Kabinett Freycinet, da zugleich Gambetta auf der Höhe seines Einflusses stand. Cernuschi war von jeher ein eifriger Gambettist gewesen, hatte aus seinem ansehnlichen Vermögen der Parteisache grosse Opfer gebracht. Sein Einfluss hatte entscheidend bei dem Zustandekommen der Konferenz mitgewirkt. Er wurde als Hauptrepräsentant Frankreichs Mitglied derselben. Wenn jemals, so war dem heissblütigen und zungenfertigen Vater des Bimetallismus Gelegenheit gegeben, sein grosses Problem zur Lösung zu führen. Selbst Deutschland, wo Fürst Bismarck für die Lockungen der Silberleute nicht mehr ganz harthörig war, hatte sich, wenn auch noch mit vorsichtiger Zurückhaltung, beteiligt. Es half alles nichts. Der wiederholte Anlauf brach sich an der unlösbaren Natur des Problems. Mittlerweile nahmen die Kämpfe auf ihrem klassischen Boden in Amerika ihren weiteren Verlauf. Im Jahre 1878 hatte die Silberpartei eine Bresche in die Gesetzgebung von 1873 durch die sogenannte Blandbill gelegt, welche eine jährliche Minimalprägung von 24 Millionen Silberdollars vorschrieb. Auch in Deutschland war in die Gesetzgebung von 1873 eine Bresche gelegt worden. Bismarck hatte sich durch silberfreundliche Einflüsse bereden lassen, die Abstossung von Silberthalern zu suspendieren, welche allein am Fallen des Silberpreises Schuld sein sollte. Beide Massregeln schädigten das Münz- und Kreditwesen beider Länder, ohne den Niedergang des Silbers aufzuhalten. Noch einmal entschloss sich auch die englische Regierung 1886/87, mehr als bisher von den für Indien erwachsenen Schwierigkeiten bedrängt, eine Enquete über den Gegenstand zu veranstalten. Sie blieb resultatlos. Ebenso erging es einer freiwilligen internationalen Münz-

konferenz, die 1889 in Paris inszeniert wurde. Bereits im Jahre 1882 hatte eine solche in Köln dasselbe Schicksal gehabt. Nichtsdestoweniger entschloss sich die amerikanische Regierung im Jahre 1891 von neuem, den europäischen Mächten eine Konferenz behufs eines nochmaligen Anlaufs zu einem internationalen Währungsvertrag vorzuschlagen. Wie in früheren Fällen war es weniger der Glaube an den Erfolg als die Absicht, den Silberleuten zu ihrer einstweiligen Beschwichtigung einen Brocken hinzuwerfen, die den Anstoss gegeben hatte. Zögernd und ungläubig gaben die europäischen Regierungen ihre Einwilligung, kläglich ging die in Brüssel versammelte Konferenz Ende 1892 wieder auseinander. Da begriffen selbst diejenigen englischen Staatsmänner, welche bis dahin immer noch für die Möglichkeit gekämpft hatten, Indiens Silberinteressen durch einen internationalen Doppelwährungsbund zu retten, dass Hoffen und Harren sie zu Narren mache. So entschlossen sie sich, die Freiprägung von Silber sogar in Indien abzuschaffen. Damit war der Schicksalsspruch besiegelt. Amerika musste es *nolens volens* auch begreifen. Nach einem heftigen parlamentarischen Kampf beseitigte es 1893 die sogenannte Shermanbill, welche drei Jahre vorher den von Staatswegen zu betreibenden Aufkauf von Silber noch bedeutend gegen die Vorschriften der Blandbill gesteigert hatte. Endlose mit dem äussersten Kraftaufgebot fortgesetzte Bemühungen, das alte Verhältnis von 1 zu $15^1/_2$ durch vertragsmässige Gesetzgebung wieder herzustellen, waren nun definitiv begraben. Da entschloss sich alles, was mit Inflationismus und Silber, mit wüsten sozialistischen Begehrlichkeiten zusammenhing, zu einer grossen Entscheidungsschlacht, die nicht mehr auf internationalem, sondern im vollen Gegensatz dazu, auf nationalamerikanischem Gebiet geschlagen werden sollte. Bis dahin hatte man im Verlauf einer seit 20 Jahren mit allen Mitteln ausgerüsteten Agitation diesseits und jenseits des Meeres für die Lehre gearbeitet, dass die Abwendung des Kulturgangs vom Gebrauch des schweren Silbergeldes ein Unglück für die Menschheit, insbesondere für die ärmeren Klassen und für den Landbau sei, dass das ehemalige Wertverhältnis aber nur auf gegenseitigen Verbriefungen zwischen allen Nationen wieder herzustellen sei. Jetzt kehrte man auf einmal die Losung um.

Jetzt sollte sich Amerika auf eigene Füsse stellen, Trotz und Feindschaft gegen das „versklavte" Europa, insbesondere gegen das böse England aufpflanzen und aus eigener Macht das Silber auf das Zweifache des jetzigen Preises für alle Zeit emporheben. Zu dem Schlachtruf für das Silber, für den Landwirt, für den Schuldner sollte, über alles triumphierend, der Appell an den Patriotismus hinzutreten, an die Macht und Hoheit des Volkes der Vereinigten Staaten, an seine Unabhängigkeit und Freiheit, an den ganzen Stolz und die ganze Herrlichkeit der neuen Welt. Das waren soviel Trümpfe in einer Hand, dass die grosse demokratische Partei sich verführen liess, den Sieg ihrer Partei im Kampf um die Präsidentenschaft an diese Fahne zu heften.

Nun hat auch dieser gigantische Kampf mit einer zerschmetternden Niederlage der um das Silberbanner vereinigten Interessen und Phantasien geendet. Er ist auf demselben Boden ausgefochten worden, aus dem er entsprungen ist, auf amerikanischem. Die, welche in Europa laut zum Himmel für Bryans Sieg gefleht hatten, suchen sich jetzt nach dieser Niederlage mit der Ausflucht zu retten, sie hätten gar kein freies Silber gewollt, nur internationalen Bimetallismus, und zu diesem hätte sich McKinley und seine Platform bekannt. Seit 20 Jahren wird dieser inflationistische Silberkampf mit Rabulisterei geführt, wie sollte man zur Rettung nach dieser schweren Niederlage um eine neue Redewendung verlegen gewesen sein! In Wirklichkeit hat im ganzen Verlauf des Kampfes kein Mensch vom internationalen Geld gesprochen. Das war eben abgethan. Weil es hoffnungslos begraben war, nach allen seit 20 Jahren veranstalteten Kongressen und Enqueten, weil mir dieser Zauberformel kein Hund mehr vom Ofen zu locken war, ebendarum hatten ja die Silberleute jetzt alles auf die nationale Karte gesetzt. Dem Ruf nach vertragsmässiger Doppelwährung war schon alle Hoffnung entschwunden. Ein neuer, unwiderstehlicher sollte statt dessen ergehen, nicht mehr an das schnöde alte Europa mit seinen Königen und Aristokraten und seinem $15^1/_2$, sondern an Amerika, das freie, gewaltige mit seinem 16. Nun auch dieses kühne Spiel misslungen ist, bei dessen Gelingen alle bimetallistischen Rufer im Streit Hosiannah gesungen hätten, nun wollen sie uns weiss machen, diese Niederlage sei

der von ihnen ersehnte Sieg. Was Wunder! Von solchen Künsten haben sie immer gelebt. Sie versprachen, das Getreide zu verteuern, indem sie das Geld verschlechterten; sie drohten, das Gold werde ausgehen, grade ehe neue Schätze in Fülle aus der Erde zu strömen begannen; sie redeten den Armen ein, die Reichen seien ihre Gläubiger, und könnten durch Halbierung der Schulden um die Hälfte betrogen werden, sie vergassen, dass schon ein altes Sprichwort sagt: on ne prête qu'aux riches. Was haben sie nicht alles versprochen, gedroht, prophezeit! Im Grunde hat nie der praktische Verstand an die vertragsmässige Hebung des Silbers glauben können. Es war immer nur verdrehte oder verschlagene Klügelei. In Amerika vollends hat man immer nur den Gang nach internationalen Konferenzen betreten, als es galt, unbequemen Verbündeten den Mund zu stopfen, ut aliquid fiat. Im Ernst hat es nie mehr bedeutet.

Und der letzte entscheidende Kampf ist geschlagen worden nicht zwischen Freisilber und Vertragssilber, sondern zwischen gesundem, ehrlichem Geld und gefälschtem, künstlich erhöhtem Geld. Gesundes Geld, das war der Ruf, und honettes Geld, d. h. Geld, das nicht auf Vertrag steht und nicht auf Dekret, sondern auf sich und seinem eigenen inneren Wert.

Es wird noch weiter gestritten werden. Natürlich! Wie sollte es nicht? Eine so tief einschneidende Veränderung im tausendjährigen Brauch der Menschen verläuft nicht ohne Widerstand, ohne Kämpfe und Krämpfe. Man muss sich im Grunde wundern, dass es so rasch und glatt bis jetzt verlaufen ist, ja sogar ohne Rückschläge. Und wenn nicht alles täuscht, so wird es in Zukunft noch rascher und glatter gehen. Auch daran sehen wir, in welcher Zeit schneller Entwicklung wir leben.

XVII.

Vier Aufsätze aus der „Nation“

(1897—1899).

Rudolph von Delbrück.

Zum achtzigsten Geburtstag.

(17. April 1897.)

Man will in unseren Tagen beobachtet haben, dass hervorragende Männer und namentlich solche in politischen Stellungen es zu besonders hohen Jahren bringen. Es gab einen Abschnitt in der jüngst vergangenen Periode, wo etwa gleichzeitig Kaiser Wilhelm, Bismarck, Moltke, Thiers, Gladstone, Disraeli, Depretis, Crispi über die siebzige hinaus im Zenith ihres Einflusses auf die Geschicke ihrer Länder standen. Das Phänomen ist vielleicht so wunderbar nicht, wie es sich auf den ersten Anschein darstellt. Das Nämliche, was zu ausgezeichneten Leistungen befähigt, befähigt auch zur Dauerhaftigkeit. Eine kräftige Leibesverfassung ist die wichtigste Vorbedingung für nachhaltige Arbeitskraft und Energie des Willens, und umgekehrt leistet ein gut angelegter Verstand seine Gegendienste zur Erhaltung heilsamen Gleichgewichts im Gebrauch der körperlichen Anlagen.

Dass Glück und Verdienst nicht so teilbare Attribute sind, wie die Priester der reinen Tugend es verlangen möchten, ist kein Geheimnis. Das Beste, was wir an einem Sterblichen lobpreisen, muss er doch mit auf die Welt bringen, und dass er es mit auf die Welt gebracht hat, ist nicht sein Verdienst, sondern sein Glück.

So ehren wir, ohne inkonsequent zu sein, auch die hohen Jahre als eine verdienstvolle That, wünschen aber auch Glück dazu, um nicht zu vergessen, dass alles, selbst die Tugend, Gnade ist, für die wir in Demut zu danken haben.

Der Lebenslauf Delbrücks, der uns an seinem heutigen Abschnitte zum Verweilen einlädt, entnimmt seine Bedeutung, wie auf den ersten Blick einleuchtet, vor allem seiner engen Verknüpfung mit dem Lebenslauf der vaterländischen Geschichte, doch nicht minder der Entfaltung einer starken Persönlichkeit. In erster Reihe fesselt uns natürlich die Rolle des Mannes, welcher mit seinen frühesten Leistungen an dem Punkt der staatlichen Aufgaben einsetzte, aus dem sich allmählich der Bau des Deutschen Reichs bis zu seiner dermaligen Gestalt erheben sollte. Doch nebenher geht, und vielleicht für den Kenner nicht minder interessant, das Stück politischer Psychologie, dessen Evolution den Unterschied zwischen dem höheren preussischen Beamtentum von ehemals und jetzt bezeichnet. Delbrück hat nicht nur an dem Zollverein, welcher das preussische Kaisertum vorbereitete, schon vor einem halben Jahrhundert mitgearbeitet, sondern er personifiziert uns auch einen der vollendetsten Typen jener intelligenten und gewissenhaften Tüchtigkeit, von altem Schrot und Korn, die mit ihrer friedlichen Leistung nicht minder, als es durch die soldatischen Anstrengungen geschehen war, den Grund zu Preussens Zähigkeit und Kraftentfaltung gelegt haben.

Sein guter Stern wollte, dass die ersten Stadien seiner Laufbahn ihn in die Atmosphäre der hohen Verwaltungsbeamten hineinführte, deren Namen unvergesslich mit der Wiedergeburt des Königreichs nach den furchtbaren Drangsalen der napoleonischen Zeit verbunden sind. Kam er auch nicht mit allen in unmittelbare Berührung, so war es doch der Geist jener mit höchster Bildung, feiner Humanität, freiem Blick gesegneten Männer, dessen Walten dereinst die Leitung der volkswirtschaftlichen Angelegenheiten Preussens an die Spitze von Europa stellte und die Bewunderung der englischen Staatsmänner auf sich zog. Delbrück ist ein Sohn der Zeit, welche die Namen Humboldt, Motz, Kunth, Maassen, Beuth, Schön, Hardenberg in ihren Annalen führt; mit Beuth und später mit Rönne kam er in amtlichen Kontakt.

Sein Vater war Geistlicher, Superintendent und Erzieher der Söhne Friedrich Wilhelms III. Er selbst widmete sich dem Studium der Rechte und dann dem Verwaltungsdienst. Als im Jahre 1848 ein preussisches Handelsministerium ge-

bildet wurde, fand er darin Stellung und machte sich bald bemerkbar.

Eine der ersten Spuren von Delbrücks staatsmännischem Eingreifen findet sich in der von Poschinger herausgegebenen Sammlung Bismarckscher Briefe aus Frankfurt. Am 29. August 1851 war Herr von Bismarck, der den preussischen Bundestagsgesandten, Herrn von Rochow, anfänglich als Adlatus begleitet hatte, an dessen Stelle eingerückt, und ganz kurz darauf ward der Geheime Rat Delbrück von Berlin aus delegiert, um Preussen in der Kommission zu vertreten, welche nach den Beschlüssen der der Wiedereinsetzung des alten Bundestages voraufgegangenen Dresdner Konferenz über die Mittel zur Hebung der deutschen Handelsangelegenheiten beraten sollte. Das Ganze war von Österreich darauf zugeschnitten, sich der deutschen Zollpolitik zu bemächtigen, und fand deshalb von Anfang an in Herrn von Bismarck den scharfen Gegner, der seinen Weg seitdem so konsequent und erfolgreich bis ans letzte Ziel verfolgte. Und gleich auf den ersten Schritten gesellt ihm der Zufall auch den berufenen Beirat zu, der später mit eminenter Sachkenntnis und rastloser Arbeit die Gestaltung und Befruchtung des eroberten Gebiets vorzunehmen bestimmt war. Minister Manteuffel hatte den Geheimen Regierungsrat Delbrück am 19. September 1851 nach Frankfurt entsandt. Unter dem 5. Oktober berichtet ihm Bismarck: „Ich habe mich mit Delbrück dahin verabredet, dass er bis auf Euer Exzellenz ferneren Befehl im „Allgemeinen" sich zu Allem bereit erklärt, im „Besonderen" es aber zu keinem Abschlusse kommen lässt, d. h., dass er sich auf dem Gebiete jener überaus wohlredenden und zu nichts verbindenden Erklärung bewegt, welche Preussen über die Dresdner Verhandlungen abgegeben hat." (Poschinger I, S. 44.)

Delbrück kehrte bald nach Berlin zurück, und von da an gehörte seine Bemühung vor allem den Verhandlungen mit anderen Staaten behufs Abrundung, Erweiterung und Erneuerung des Zollvereins. Sechs Jahre später finden wir ihn erwähnt in Bismarcks Frankfurter Bericht vom 16. Juli 1857. Delbrück war damals Vertreter Preussens bei der in Nürnberg tagenden Konferenz zur Vorbereitung eines deutschen Handelsgesetzbuchs und berichtete an Bismarck über heimliche Umtriebe des öster-

reichischen Deligierten. Bismarck bemerkt in seinem Schreiben an Manteuffel, er hätte gewünscht, dass Delbrück „seinen nicht österreichischen Kollegen gegenüber weniger diskret über die von ihm gekennzeichneten österreichischen Intriguen gewesen wäre" — für beide Männer bezeichnend.

Es kam die Zeit der ersten sechziger Jahre, der grossen europäischen Handelsverträge, mit denen Frankreich vorausging. Sie waren bekanntlich epochemachend, zunächst für Frankreichs Handelspolitik, sodann für Deutschland, für dieses noch mehr, weil hier der Sieg einer freien wirtschaftlichen Richtung in das lange Vorspiel des Kampfes zwischen den österreichischen und preussischen Tendenzen eingriff. Delbrück war hier ganz in seinem Element, und der Triumph, mit dem Bismarcks damals freihändlerische Politik der Reihe nach in der Erneuerung des Zollvereinsvertrages, in den Verträgen mit Frankreich, Belgien, England, Italien aus den verwickelten Unterhandlungen hervorging, war nicht zum wenigsten Delbrücks Verdienst. Doch auch dies war nur Vorbedeutung und Vorbereitung.

Delbrücks historische Stellung erhebt sich zu ihrer vollen und wahren Höhe erst zugleich mit dem Beginn der grossen Zeit der Reichsgründung. Man muss ihn während der Jahre von 1867 bis 1876 an der Arbeit gesehen haben, um ganz beurteilen zu können, was er für die Grundlegung und den Ausbau der Verfassung und Gesetzgebung jener Epoche gewaltigen Schaffens bedeutete. Unter dem frischen Eindruck des selbst Erlebten bezeichnete ich den Präsidenten des Bundeskanzleramtes damals in meinen Zollparlamentsbriefen als den Maschinenmeister und Werkführer des eigentümlichen Apparates, den der Kanzler sich für seinen Bedarf gebaut hatte. Alle Fäden flossen in seiner Hand zusammen, und seine Hand hielt das ganze Getriebe fortwährend in Bewegung. Darum war es auch ganz natürlich, dass er in erster Reihe zum Mitthun berufen wurde, als es galt, die Früchte des grossen Krieges einzuheimsen, den Main zu überbrücken und das neue Reich aufzurichten. Nach der Schlacht von Sedan fiel ihm die Aufgabe zu, mit den süddeutschen Höfen und Ministern über die Einzelheiten des neuen Bundes zu verhandeln. Dann begab er sich nach Versailles, wo er lange Wochen an Bismarcks Seite diese Negotiationen mit den Einzelstaaten abzuwickeln hatte. Das war nicht so

einfach, wie mancher es heute sich denken mag. Bismarcks vorsichtige und kühle Einigungspolitik war jedem scharfen Vorgehen abgeneigt, zumal sein königlicher Herr — im Gegensatz zum Thronerben — hier nichts weniger als anfeuernd eingriff, während an einzelnen Höfen, namentlich in Stuttgart und München, die daheim gebliebenen Penelopes immer wieder auftrennten, was mit ihren in Versailles anwesenden Ministern geknüpft worden war. Delbrück hatte manchen schweren Tag, ehe er endlich abreisen konnte, um in Berlin bei den Volksvertretern des Norddeutschen Bundes die letzten Schwierigkeiten zu überwinden, welche von dieser Seite dem allerdings sehr kompliziert ausgefallenen Verfassungswerk noch entgegenstanden.

Dann begann mit dem ersten Deutschen Reichstag das grosse Schaffen an der inneren, namentlich der wirtschaftlichen Gesetzgebung, die Deutschland auf die Grundlage eines modernen und homogenen Staatswesens zu erheben hatte. Es war ein freudiges, warmes Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung. Wie viele ausgezeichnete Männer arbeiteten damals in Reih und Glied mit, deren Gleichwertigen man jetzt kaum mehr unter den Führern findet! Im Mittelpunkt des Ganzen stand, wie er jetzt hiess, der Präsident des Reichskanzleramtes. Für die Konzeption sowohl wie für die Ausführung hatte er, allen voran, zuerst einzustehen. Man konnte sich das ganze Getriebe nicht denken ohne seine stündliche Gegenwart. Er war der erste in jeder Reichstagssitzung und ging als der letzte weg, dazu in den wichtigen Kommissionen, und in wieviel verschiedenen Rollen! Einen Gehilfen hatte er verstanden zu sich heranzuziehen, wie er ihn nicht besser hätte greifen können. Das war Otto Michaelis. Für die, welche jene Periode, selbst daran beteiligt, miterlebt haben, sind die beiden Namen unzertrennlich verbunden. Des zu früh Verstorbenen ist bei seinem Heimgang in diesen Blättern nach Verdienst gedacht worden. Er war einer der feinsten und kundigsten Denker auf dem Gebiete der Nationalökonomie und ein von hoher Bildung durchdrungener Geist, der gerade Gegensatz zur Banausität, die später über die Behandlung wirtschaftlicher Angelegenheiten hereingebrochen ist. Aber obwohl, oder vielleicht auch weil er erst in reifen Jahren vom publizistischen Beruf zum öffentlichen Dienst durch Delbrücks richtige Divination

herangezogen war, bewegte er sich in seiner amtlichen Thätigkeit weniger frei als sein Vorgesetzter. Hier konnte man beinah immer die Probe darauf machen, dass es besser ist, mit dem lieben Gott als mit seinen Heiligen zu thun zu haben. Es war auf privatem oder öffentlichem Weg beinah immer vergeblich, Michaelis von einem für ihn feststehenden Punkt abzubringen. Delbrück, obwohl nichts weniger als unklar oder schwankend, war jederzeit allen Einreden oder Vorschlägen in der angenehmsten Weise zugänglich. Darin, wie in manchen anderen Punkten, unterschied er sich auch von dem anderen Mitarbeiter, der ihm so lang und nahe amtlich wie menschlich verbunden war, dem Finanzminister Camphausen. Die beiden Männer, welche, von gleichen wirtschaftlichen Grundsätzen geleitet, die Finanzen des Reiches und Preussens dirigierten, figurierten bekanntlich vor den Augen des Publikums als eine Art Dioskuren, bis der eine, das bessere Teil erwählend, den Junggesellenbund kündigte und vom berühmten Tisch des Berliner Klubs, an dem die beiden alten Knaben ihre hohe Sachverständigkeit in festen und flüssigen Substanzen lange Jahre bewährt hatten, an den häuslichen Herd übersiedelte. Camphausen, der bis an sein spätes Ende ein aufrechter Hagestolz blieb, ist, bei sonst vortrefflichen Eigenschaften, nie über den preussischen Partikularisten und rechnenden Finanzverwalter hinausgewachsen, während Delbrück, obwohl im herkömmlichen Sinn weniger ein Liberaler als sein Kollege, seine Aufgabe zur grossen deutschen Sache mit viel weiterem Blick zu erfassen verstand.

Ins Einzelne der Thätigkeit einzugehen, welche der erste Präsident des Reichskanzleramtes in den Jahren zwischen 1870 und 1876 entfaltete, hiesse die Geschichte der Gesetzgebung dieser reichen Jahre schreiben. Auf dem ganzen Gebiete, das zu bearbeiten war, stand er mit der unermüdlichen Kraft, wie dem vielseitigen Wissen auf der Höhe seiner Aufgabe. In den wirtschaftlichen Angelegenheiten vertraute Fürst Bismarck ihm unbedingt die Zügel an, und weder vor noch nach dem Bruch mit ihm und seinen Grundsätzen hat die bekanntlich nicht sehr zurückhaltende Zunge des grossen Satyrikers selbst in privaten Äusserungen ein despektierliches oder ärgerliches Wort über diesen treuen und wertvollen Mitarbeiter fallen lassen, — wenigstens soviel man weiss. Das Gleiche gilt nicht für Camp-

hausen. Unter anderem soll er einmal, wie mehrere sichere Ohrenzeugen erzählten, gesagt haben, Delbrück sei ein Europäer, Camphausen aber nicht.

Im Frühjahr 1876 wurde Deutschland durch die Nachricht überrascht, dass der Präsident des Reichskanzleramts um seinen Abschied eingekommen sei und ihn auch sofort erhalten habe. Selbst die engsten politischen Kreise standen diesem Ereignis ganz unvorbereitet gegenüber. Aber für die, welche den Symptomen der Bismarckschen Taktik in der letzten Zeit aufmerksam gefolgt waren, wurde damit unzweideutig klar, dass dies der Anfang einer tief einschneidenden Wendung im Kreise der Reichspolitik bedeute. Das bewährte sich auch im vollsten Masse. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die extremsten Bestrebungen, deren Zeuge die neueste Gegenwart ist, in ihrem Ausgangspunkt auf jene Wendung zurückweisen. Delbrücks Klugheit und Selbstachtung liessen ihn keinen Augenblick im Zweifel darüber, was die Glocke geschlagen habe, als der Kanzler bei einem scheinbar geringfügigen Anlass die nach den amtlichen Regeln herkömmliche Form ihm gegenüber verletzte. Er sagte sich sogleich, dass dies mit Absicht geschehen sei, und mit welcher Absicht, und Bismarck kannte seinen Mann auch genug, um zu wissen, dass hier der leiseste Wink genüge, um verstanden zu werden. Die anderen alle, welche nacheinander entfernt werden mussten, um dem Geist der Kanitz und Mirbach die Bahn frei zu machen, waren minder feinfühlig und trennten sich schwerer von Amt und Würde. Man erzählte sich damals, Delbrück habe sofort am Tag der Entdeckung des ersten Symptoms bei Tisch ganz trocken seiner erst seit kurzem ihm angetrauten Gemahlin gesagt: „wir wollen uns nach einer anderen Wohnung umsehen". Sie konnte natürlich nicht fassen, warum die grossartigen Amtsräume in der Wilhelmstrasse ihrem anspruchslosen Gemahl nicht genügten, bis er ihr die nötige Aufklärung erteilte.

Als im Sommer 1878 nach dem Nobilingschen Attentat neu gewählt wurde, und die Umkehr in der Zoll- und Handelspolitik sich immer deutlicher ankündigte, traten einige Führer der nationalliberalen Partei an den ins Privatleben zurückgetretenen Staatsmann mit der Bitte heran, dass er ein Mandat für den Reichstag annehmen möge. Sein Sinn war dem durchaus

abgeneigt. So lebhaft er von der Pflicht durchdrungen war, die wirtschaftliche Reaktion zu bekämpfen, so wenig lockte es ihn, den parlamentarischen Boden zu betreten. Aber er fügte sich dennoch den wiederholt an ihn ergehenden Vorstellungen. Deren Urhebern kam es namentlich darauf an, für Deutschland eine Praxis ins Leben zu rufen, nach welcher, wie in Ländern hoher politischer Gesittung, ein bedeutender Mann nicht von seinem Ministerposten in die Versenkung zu verschwinden braucht, sondern seinen Platz in der Öffentlichkeit ebenbürtiger Weise vom Sitze in der Volksvertretung aus behaupten kann. Delbrück ward, nachdem er einmal seine Einwilligung gegeben, ohne irgend einen Schritt der Bewerbung zu thun, in Jena gewählt. Er trat keiner Fraktion bei, hielt sich aber zu den damals noch in ihrer überwiegenden Mehrheit freihändlerischen Nationalliberalen. In dem Kampfe gegen die neue Tarifvorlage, welche der Session von 1879 ihr Gepräge aufdrückte, setzte er mit aller Anstrengung seine Person ein. In allen Stadien der öffentlichen Sitzungen und der Tarifkommission war er unermüdlich auf der Bresche, um mit dem Schatz seiner Kenntnisse und Erfahrungen der von ihm vertretenen Sache zu dienen. Doch gegen den Bund, welchen Bismarck mit den Interessenten und dem Centrum eingegangen war, gab es keine Argumente. Immerhin konnte es damals noch gelingen, die ersten Anläufe auf Wiedereinführung des Zunftwesens abzuschlagen, woran sich Delbrück mit rednerischem Erfolg beteiligte; und als die unverantwortliche Massregel der Sistierung der Münzreform improvisiert wurde, übernahm er an erster Stelle die dagegen gerichtete Interpellation. Nach Ablauf der Legislaturperiode erklärte er, kein neues Mandat mehr annehmen zu wollen, und diesmal wurden ihm auch in gerechter Würdigung der Sachlage die Gegenvorstellungen erspart. Es hatte sich gezeigt, dass deutsche parlamentarische und konstitutionelle Zustände noch nicht die Reife erlangt haben, wie England zweihundert Jahre früher. Alle ehemaligen Minister, die dasselbe Experiment unternahmen, haben dieselbe Erfahrung gemacht. Die Falk, Hobrecht, Achenbach nahmen im Parlament keine Stellung ein, die ihrer früheren entsprach. Ganz natürlich, denn, wie die Dinge bei uns verlaufen, hatten sie auch keine Aussicht, vom

Boden parlamentarischer Opposition wieder auf die Ministerbank zurückzukommen.

Delbrück blieb als Redner derselbe, welcher er als leitender Staatsmann gewesen war, korrekt in der Form, sachlich im Inhalt, der Aufmerksamkeit des Hauses gewiss. Die frühere Gewohnheit, von der erhöhten Ministerbank aus zu sprechen, von der aus man leicht verstanden wird, trug wahrscheinlich die Schuld, dass seine Diktion an einem kleinen Defekt litt. Er liess beim Ende der Sätze die Stimme sinken, so dass dies oft schwerer hörbar wurde, ein Versehen, das übrigens ziemlich verbreitet ist. Man hat an ihm, und nicht nur gelegentlich seiner parlamentarischen Funktionen, einen Mangel an Pathos auszusetzen gefunden. Ganz gewiss liegen die pathetischen Akkorde nicht innerhalb seines Stimmregisters. Aber wenn es ein Fehler ist, nicht pathetisch sein zu mögen, und wenn irgend jemand das Recht hat, die Fehler seiner Vorzüge zu besitzen, so ist es ein Mann von dieser eminent sachlichen Leistungsfähigkeit, die sich gegen das Pathetische sträubt. Diese strenge Objektivität, welche ihn zum uneigennützigsten und unabhängigsten Verteidiger der von ihm für gut erkannten Sache machte, hielt ihn auch davon zurück, irgend ein Moment subjektiver Anwandlung zur Geltung kommen zu lassen. Seine Sinnesweise nach dieser Richtung hin kam einmal in sehr bezeichnender Weise bei einem stillen Vorgang zum Vorschein. Er hatte eine Abhandlung geschrieben, die ein Anderer zum Druck vermittelte. Beim Durchlesen fand der Vermittler ein Wort, das er dem Verfasser zu unterstreichen, d. h. mit gesperrter Schrift drucken zu lassen vorschlug. Aber Delbrück schlug es ab mit der Bemerkung, dass er nie etwas unterstreiche. Sowohl als Minister wie als Abgeordneter hielt er sich — der Einzige — streng an die englische Sitte, nie einen Abgeordneten mit seinem persönlichen Namen zu bezeichnen. Er sprach immer nur vom Herrn Abgeordneten für Graudenz oder für Erlangen-Fürth u. s. w. Schriftstellerisch ist er nicht vielfach hervorgetreten. Ohne seinen Namen ist eine Abhandlung unter dem Titel „Der Zollverein und das Tabakmonopol“ (Berlin 1857) erschienen, in welcher er dies Monopol vom Standpunkt der Verfassung des Zollvereins aus bekämpfte. Die Schrift wurde in den langen, heftigen Kämpfen der achtziger

Jahre oft angerufen. Sie wurde ihm dabei immer zugeschrieben, und er hat nie widersprochen. Die im Jahre 1879 in Berlin erschienene Abhandlung „Deutschlands Getreideverkehr mit dem Auslande" hat wahrscheinlich ebenfalls Delbrück zum Verfasser. Sie lieferte den seitdem durch die Erfahrung noch übertroffenen Beweis, dass wir die fremde Zufuhr von Brotkorn nicht entbehren können. Unter seinem Namen liess er im Jahre 1881 eine Schrift drucken mit dem Titel: „Der Artikel 40 der Reichsverfassung", welche eine Reihe von konstitutionellen Zweifeln über einzelne Bestimmungen der Zollvereinsgesetzgebung behandelt. Delbrück hat auch Denkwürdigkeiten niedergeschrieben, die aber nur als Manuskript gedruckt und einzelnen Personen mitgeteilt worden sind. Dem Vernehmen nach reichen sie nur bis an die interessanteste Zeit, bis zu 1866.

Seitdem er sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen, hat Herr Delbrück keinen Augenblick aufgehört, den Angelegenheiten desselben mit der intensivsten Teilnahme zu folgen, aber alles demonstrative Auftreten sorgfältigst vermieden. Wer Rat oder Belehrung von ihm in den zahlreichen von ihm beherrschten Fragen haben wollte, war immer freundlich willkommen. Manchmal ergriff er selbst die Iniatiative dazu, besonders wenn es sich um unsere Währung handelte, deren Verteidigung ihm vor allem am Herzen liegt. Auch übernahm er bereitwillig den Ehrenvorsitz des zu diesem Zweck vor zwei Jahren gegründeten Vereins. Ganz besonders aber widmete er sich seit einem Vierteljahrhundert seinem Lieblingskind, dem Verein zur Beförderung des Gewerbefleisses. Auf Wunsch des Vorstandes hat er auch die Leitung des Viktoriaschwesternhauses für Ausbildung von Pflegerinnen übernommen. Und wo er ein Amt übernimmt, ist ihm nichts zu klein, um es nicht mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit zu überwachen.

Die sachliche Richtung seines Berufes und Sinnes hat ihn keineswegs abgehalten, ein Mann von Welt und des frohen Lebensgenusses zu sein. Er ist vor allem ein wahrhaft enthusiastischer Naturfreund, ein Bergsteiger, der noch bis in die letzten Jahre ganz beträchtliche Höhen erklomm, dabei ein Kenner und Feinschmecker auf dem Gebiete der Litteratur und Kunst.

Man kann beklagen, dass Rudolph von Delbrück mehr als

ein Jahrzehnt zu früh dem Staatsdienst entzogen ward. Aber wir haben in unserem Rückblick den Klagen, von denen diese nur ein kleiner Teil ist, keinen Raum gegeben. Es galt nur der erbaulichen Aufgabe, eine mit dem schönsten Abschnitte der vaterländischen Geschichte eng verwachsene, in sich harmonisch durchgeführte, die besten Elemente des preussischen Staatswesens repräsentierende Persönlichkeit nach Charakter und Thätigkeit vor den Augen der Gegenwart zu deren gerechtem Wohlgefallen ins Licht zu setzen.

Der Herzog von Wellington über Doppelwährung.

(8. Mai 1897.)

Nachstehender Brief, welcher ein sehr interessantes Aktenstück zur Vorgeschichte des heutigen Währungsstreites liefert, aber meines Wissens noch nicht besondere Beachtung gefunden hat, möge, ehe seine Entstehung des Näheren erklärt wird, zur Fixierung des im Folgenden behandelten Gegenstandes vorangestellt werden. Er lautet:

Berlin, den 18. Februar 1826.

Mein lieber Peel!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 10. d. M., den ich hier durch den Courier empfing.

(Hier folgen zwei kurze Äusserungen über einige für uns gleichgültige Angelegenheiten; dann fährt er fort:)

Was die Umlaufsmittel (*currency*) betrifft, so ist meine Ansicht, dass wir an der von uns ins Auge gefassten Massregel für England festhalten müssen, denn sie ist ohne Zweifel die richtige; aber wir müssen sehr langsam vorangehen. Ich denke, dass wir sie auch auf Irland und eventuell auf Schottland ausdehnen würden, aber in keinem von beiden gleichzeitig mit England

und auch nicht ohne nochmalige wohlüberlegte Untersuchung.

Ich möchte zweifeln, dass es nützlich sei, Silber sowohl wie Gold zu unserer Währung zu machen. Wo immer Silber und Gold im selben Lande wie beispielsweise in Paris als Geld umlaufen, besteht ein Agio auf Gold, welches auf- und absteigt und deshalb nicht bloss in der grösseren Annehmlichkeit des Goldes gegenüber dem Silber seinen Grund haben kann. In England würde das Agio variieren im Verhältnis, als die Quellen,*) welche das eine oder das andere Metall liefern, nicht bloss positiv, sondern auch im Verhältnis zu einander, ausgiebig wären.

Wir müssen darauf gefasst sein, dass das Ergebnis aller jetzt im Gang befindlichen Bergwerksspekulationen eine Vermehrung der Silberproduktion sein, und dass der Unterschied des Wertes in seiner Relation täglich wachsen wird; und wenn wir Silber zu einem Teil unserer Umlaufsmittel in anderer Weise, als es bereits der Fall ist, machten, würden wir bald auf unseren Märkten einen Goldpreis und einen Silberpreis haben. Die Wahrheit ist, dass, was jetzt in der Welt vorgeht, Silber als einen Wertmesser unbrauchbar machen wird, und ich fürchte, dass es gegen dieses Übel kein praktisches Hilfsmittel giebt. Immerhin empfehle ich, was auch über diesen Gegenstand verfügt werde, sowohl im Kabinet wie anderwärts reiflich zu überlegen und die betreffende Entschliessung nur langsam durchzuführen.

Ich bin ganz wohl und hatte eine sehr gute Reise; am Sonntag fahre ich weiter.

Wellington.

Der Brief hat noch eine Nachschrift, die aber weiter unten erst nach notwendig vorauszuschickenden Erklärungen ihre Stelle finden soll.

Zunächst nun ein Wort zur Erläuterung des sonderbaren

*) Im Text der Wellington-Correspondence steht *services*, wo im Text der von Parker herausgegebenen Peel-Correspondence *sources* steht. Letzteres ist offenbar das richtigere, und *services* nur ein Lesefehler des Kopisten.

Umstandes, dass dieser heute für uns so interessante Brief gerade aus Berlin datiert ist, wo der Feldmarschall damals nur zu kurzem Aufenthalt verblieb. Der Anlass seiner Reise war die Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus. Zur Beglückwünschung desselben wurde der Feldmarschall am 10. Februar 1826 nach Petersburg entsandt. Am selben Tage, an welchem der Minister des Auswärtigen, der berühmte Canning, über diese Mission an Wellington schrieb, richtete er an denselben auch ein zweites Schreiben, mit dem er gleichzeitig eine Denkschrift Huskissons über die damals zwischen der Regierung und dem Parlament schwebende Frage wegen einer Geldkrisis und der dazu in Betracht kommenden Abhilfsmittel überreichte. Wenn obige Antwort nicht an Canning selbst, sondern an Peel gerichtet ist, so erklärt sich das damit, dass am selben Tage, am 10. Februar, an dem Canning dem Herzog schrieb, auch Peel, welcher seit dem Jahre 1822 Minister des Innern war, in der nämlichen Angelegenheit an Wellington nach Berlin geschrieben hatte. Letzterer war Mitglied des Kabinets und *Commander general of the ordnance*, Oberbefehlshaber der Artillerie, ein Ehrenposten, der nur bestimmt war, Sitz im Kabinet zu geben, und in späterer Zeit aufgehoben ward.

Auch auf den Inhalt dieses Peelschen Briefes ist weiter unten zurückzukommen.

Die Entstehungsgeschichte dieser merkwürdigen Korrespondenz ist in kurzem zusammengefasst die folgende. Grossbritannien war aus dem langen Krieg mit einer ungeheuren Schuldenlast hervorgegangen. Im Jahre 1819 hatte es bekanntlich die Barzahlungen in Gold nach den Vorschlägen der vom älteren *Earl of Liverpool* im Jahre 1805 verfassten Denkschrift aufgenommen, aber die Zinsen der Schuld und die durch sie bedingte enorme Steuerlast drückten schwer auf alle gewerblichen Verhältnisse des Landes. Aus verschiedenen und nicht darin allein wurzelnden Verhältnissen hatte sich ein starker Niedergang der Preise entwickelt, und besonders lebhaft ertönten die Klagen über die daraus entstandene Not der Landwirtschaft (*agricultural distress*). Die Grossgrundbesitzer traten in eine Bewegung ein, welche mit drastischen Mitteln Erleichterung der Schuldenlast zu Wege bringen sollte. Es war unter anderem von nichts weniger die Rede als von einer

Repudiation, von einem bedeutenden Abstrich aus dem Schuldbuch des Landes. Unter verschiedenen Vorschlägen, die namentlich zur Verbilligung des Geldes und einer dadurch zu erzielenden Steigerung der Preise aufs Tapet gebracht wurden, war auch ein Antrag, dahingehend, dass neben dem Goldgeld Silbergeld eingeführt werde. Spencer Walpole in seiner Geschichte Englands seit 1815 sagt darüber:

> Die Repudiation in der einen oder anderen Gestalt wurde von einer enormen Masse der Bevölkerung mit günstigen Augen angesehen. Eine gute Anzahl politischer Leute, die einer Rückkehr zu einem uneinlösbaren Papiergeld entschieden widerstrebt haben würden, waren geneigt, Silber zum Hauptwährungsmittel zu machen oder wenigstens es neben das Gold zu stellen. Lord Althorp fühlte sich versucht, diesen Vorschlag anzunehmen, und auch Lord Dudley war dafür. (Bd. 2, S. 43.)

Aber die Regierung leistete entschiedenen Widerstand, und man kam über die Krisis hinaus, ohne ein verhängnisvolles Experiment mit der Währung des Landes zu machen. Nach wenigen Jahren hatten sich die Verhältnisse in wunderbarer Weise umgestaltet. Aus Not, Mangel und Preisdruck war Herrlichkeit, Überfluss und Aufschwung aller Preise geworden. Den Höhepunkt erreichte dieser Zustand in den Jahren 1824 und 1825. Die mannigfachsten Umstände hatten dazu beigetragen, die seit dem Notjahr wieder angesammelten inneren Kräfte des Landes in rascher Entwicklung zu heben, vor allem die ersten Anfänge der grossen technischen Verbesserungen in Industrie und Verkehr. Das waren auch die Zeiten, in welchen die ersten Ansätze der Befreiung des Verkehrs in die Gesetzgebung eingeführt wurden. Das Dreigestirn Canning, Huskisson und Peel, welches damals mit erleuchteten Ideen in die eingerostete Wirtschaftspolitik Grossbritanniens kühn einzugreifen wagte, schaffte die Vorbereitung für die grossen Thaten der Befreiung, welche zwei Jahrzehnte später derselbe Robert Peel im grössten Stile durchzuführen unternahm.

Wie meistens in solchen Fällen war die Unternehmungslust im Innern auch von einer grossen Spekulation in überseeischen

Gebieten begleitet. Es war die Zeit, da die spanischen Kolonien sich vom Mutterlande befreiten und von England darin aufs lebhafteste unterstützt wurden. Die wilden Spekulationen jener Epoche sind bekannt; sie reichen beinahe an die Erscheinungen heran, welche hundert Jahre früher unter Laws Herrschaft in Frankreich und der Südseegesellschaft in England ihren verheerenden Umzug gehalten hatten. Insbesondere die in Südamerika erschlossenen Silberminen fesselten, wie das von jeher der Fall war, die abenteuerliche Gewinnlust der grossen und kleinen Leute. Alle Bergwerksaktien stiegen ins Ungemessene, wie wir es vor zwei Jahren mit den südafrikanischen erlebten; aber auch die soliden Papiere blieben nicht zurück. Die englischen Konsols stiegen in den Jahren 1823 bis 1825 von 75 auf 95. An zwei Tagen des Jahres 1825, am 23. und 24. Januar, brachten die Zeitungen die Prospekte von 35 neuen Gesellschaften. In entsprechendem Grade schnellten die Warenpreise empor. Die Hochöfen konnten das verlangte Eisen nicht liefern; Stangeneisen stieg von 6 Pfund auf 12 Pfund die Tonne; Baumwolle von $7^1/_2$ Pence auf $1^1/_2$ Schilling das Pfund. Bis Ende April 1825 schwamm alles im Vollgefühl der Sicherheit und des Vertrauens. Dann kam mit einem Male der Umschlag. Es waren Massen von Waren importiert worden, namentlich Baumwolle, Wein und Seide. Aber plötzlich stockte die Nachfrage, alle Aktien fielen; die einberufenen Nachzahlungen blieben aus; die Banken vermehrten ihre Noten, aber ein Falliment nach dem anderen zwang sie, ihre Schalter zu schliessen. Die Krisis, welche in der Provinz begonnen hatte, rückte endlich auch nach London vor, und zehn Tage lang wütete sie daselbst in schrankenlosem Verderben. Die Bankdirektoren wendeten sich an die Regierung um Hilfe. Schon war die Rede davon, dass die Barzahlungen wieder suspendiert werden sollten; und als die Regierung sich dessen weigerte, schlug man vor, nun noch mehr Schatzscheine als bisher auszugeben, um auf indirekte Weise damit die Umlaufsmittel zu vermehren, da die Banken auf diese Schatzscheine (*exchequer-bills*) Vorschüsse machen würden. Ausserdem sollte die Münze neue Sovereigns ausprägen, was auch zum Teil geschah. Es waren traurige Weihnachten. Doch Ende Dezember 1825 nahm der Schrecken ab, und langsam hob sich das Vertrauen wieder;

aber Beruhigung war noch nicht geschaffen, und die Regierung musste an dauernde Massregeln zur Verbesserung des Zustandes denken. Als einer der Hauptübelstände wurde von ihr die Ausgabe von kleinen Banknoten, hauptsächlich von einem Pfund Sterling, angesehen, und vor allem ein Gesetz vorgeschlagen, welches binnen kurzer Zeit die Einziehung und das Verbot der Ausgabe von Noten unter fünf Pfund Sterling vorschreiben sollte. Die Regierung hatte mit heftigem Widerstand namentlich von seiten einiger hervorragender Bankleute, insbesondere des schon damals berühmten Baring zu kämpfen, aber sie bestand in dem Punkt der Banknoten wie in der Weigerung, neue Schatzscheine auszugeben, mit weiser Festigkeit auf ihrem Sinne. Nur darin gab sie nach, dass sie die Massregel auf England beschränkte und nicht auf Schottland und Irland ausdehnte. Auch über Schottland hatte sich die wilde Spekulation ergossen und, wie bekannt, selbst den grossen Walter Scott mit fortgerissen. Ein beträchtliches Vermögen, von dem er eine kurze Zeit lang auf üppigem Fusse gelebt hatte, wurde in dem allgemeinen Schiffbruch verschlungen, und dies veranlasste den romantischen Dichter zu einer Reihe ökonomischer Pamphlete, die, in der Art von Swifts berühmten „Briefen eines Tuchhändlers" geschrieben, unter dem Titel „Briefe des Malachi Malagrowther" das Verbot der kleinen Noten bekämpften. Wirklich blieb Schottland, weil es in der That auf einer solideren Geldverfassung beruhte, von der Massregel verschont.

Um dem Verlangen nach Abhilfe unter Mitwirkung der Bank von England nachzugeben, bemühte sich die Regierung, die Bank dazu zu bestimmen, dass sie auf Waren Vorschüsse machte, und obwohl die Direktoren auch diesem Vorschlage stark widerstrebten, mussten sie doch, dem Drange der Umstände und den Gefahren der politischen Lage Rechnung tragend, sich endlich darein fügen. Graf von Liverpool, Sohn des oben genannten, welcher an der Spitze des Kabinets stand, hatte sich im Unterhause dahin ausgesprochen, dass er lieber abgehen als sich zur Ausgabe von Schatzscheinen hergeben würde. Da die anderen Minister sich nicht von ihm trennen wollten, war eine Kabinetskrisis unvermeidlich, wenn die Bank nicht auf das Aushilfsmittel der erwähnten Vorschüsse einging. Mit Hilfe dieser Massregel und der mit grosser Majorität an-

genommenen Einziehung der Einpfundnoten war das Schlimmste überwunden, und allmählich kamen die wirtschaftlichen Zustände wieder in ein ruhiges Geleise. Die Regierung, in welcher die vier bedeutenden Männer: Liverpool, Canning, Peel und Huskisson die Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten leiteten, durfte sich zu ihrer Festigkeit Glück wünschen, und England konnte bis auf den heutigen Tag an seiner Geldverfassung festhalten.

Und nun wird man verstehen, wie ausserordentlich interessant es ist, dass der ruhmgekrönte Feldherr, der eiserne Herzog, ein so merkwürdig scharfsinniges Urteil in der Sache abgeben konnte, und nicht minder anziehend ist die Beobachtung, wie dieser alte Haudegen selbst aus der Ferne seiner diplomatischen Mission die kitzlichen Fragen und die scharfsinnigen Denkschriften einer eingehenden Untersuchung würdigt und sein entscheidendes Wort über sie ausspricht, ein Vorgang, der um so mehr unsere Bewunderung erregen muss, wenn wir bedenken, dass er unter dem Vorwand seiner Mission der Beglückwünschung in Petersburg den zwischen Griechenland und der Türkei ausgebrochenen schweren Wirren seine Hauptaufmerksamkeit zu widmen hatte. Damit nichts fehle, um sich beim Lesen der zwischen dem Herzog und seinen Kollegen gewechselten Korrespondenz mitten in die Aktualität heutiger Begebenheiten versetzt zu fühlen, stossen wir hier zugleich auf die langen und verwickelten Besprechungen, welche der eben erwähnte griechisch-türkische, heute von neuem losgebrochene Streit veranlasste.

Am 10. Februar hatten Canning und Peel dem nach Berlin abgereisten Feldmarschall die Schwierigkeiten der gerade in denselben Tagen akut gewordenen Verhandlungen über die Finanzkrise mitgeteilt, und Canning hatte eine Denkschrift Huskissons beigelegt, welche von diesem als Präsidenten des Handelsamts eingereicht worden war. Die Denkschrift ist datiert vom 8. Februar 1826 und umfasst über sechs Seiten des engsten Drucks im 3. Band der gesammelten Depeschen, Korrespondenzen und Denkschriften Wellingtons, welche sein Sohn herausgegeben hat. Wir können alles, was nicht direkt den Punkt der Doppelwährung betrifft, übergehen und beschränken uns, der Absicht gegenwärtiger Mitteilung gemäss,

nur auf die im Punkte des Silbers von Huskisson gemachten Vorschläge, deren Motivierung und Formulierung an vieles erinnert, was in den letzten Jahren wieder aufgetaucht ist. Der Verfasser der Denkschrift will nicht das effektiv umlaufende Silbergeld, welches ja nur unterwertig ausgeprägte Scheidemünze ist, durch ein vollwertiges vermehren; er will Silber nur als Bürgschaft für umlaufendes Papier benutzen, wie dies auf verschiedene Weise seit zwanzig Jahren in Amerika geschah, auch in Europa vorgeschlagen worden ist. Dies sollte in der Art bewerkstelligt werden, dass die königliche Münze Silberbarren in Empfang nehme und Empfangsscheine dagegen ausgäbe. Jeder Empfangsschein sollte in Unzen auf die Quantität feinen Silbers, für die er ausgestellt ist, lauten und ausserdem auf dessen Goldwert zu einem noch zu fixierenden Verhältnis von Silber zu Gold. Das geringste Depositum sollte sich auf 50 Pfund Sterling belaufen, der Empfangsschein auf Inhaber stehen, und diese Empfangsscheine sollten für alle Geschäfte als Geld passieren. Genauere Regulierung für die Einzelheiten vorbehaltend, betont er, dass vor allem wesentlich sei, das Verhältnis des Silbers zum Gold zu fixieren, und hier meint er, dass dies nur nach dem französischen Fuss von $15\frac{1}{2} : 1$ durchführbar wäre. Der Vorteil und der Erfolg des Planes würde in hohem Grade von der Identität des Verhältnisses mit Frankreich abhängen; dieses französische Verhältnis stehe dem auf dem effektiven Markt herrschenden am nächsten. Das Agio auf die französischen Goldmünzen gehe, mit Ausnahme von Fällen grosser Beunruhigung, namentlich durch die Politik, niemals über einviertel Prozent hinaus, häufig sei es nur einachtel Prozent und manchmal verschwinde es ganz. Frankreich besitze bei weitem die grösste Quantität von Metallmünzen, verglichen zu allen anderen europäischen Ländern. Seinen Vorrat veranschlage man auf siebzig Millionen Pfund Sterling; der Hauptbestandteil sei Silber, doch gebe es auch nicht wenig Gold. Beide heisst es, behaupten ihren Platz im Verkehr, ohne einander zu stören, und es sei klar, dass ein Land, welches einen so grossen Vorrat von metallischem Reichtum besitze, auch genug Einfluss auf den allgemeinen Metallmarkt in Europa haben würde, damit das von ihm fixierte Verhältnis sich erhalte, vorausgesetzt jedoch, dass nicht der innere Wert des einen

dieser Metalle im Verhältnis zum anderen im Verlauf der Zeit bedeutend verändert würde durch das Mass der Zufuhr aus der neuen Welt. Die Denkschrift setzt noch hinzu, Frankreich sei nicht bloss durch die Höhe seiner metallischen Umlaufsmittel, sondern auch durch seine geographische Nähe zu England und seine Stellung auf dem Festlande sowie durch den grossen öffentlichen Kredit, den es geniesse, das *clearing-house* aller grossen Geldoperationen geworden, zu welchen Handel, Wechselverkehr, Anleihen und die Bewegungen des Geldmarkts zwischen England und dem Festlande Anlass geben. Das Beispiel Frankreichs in den letzten zwölf Jahren zeige, welch grosse Stabilität gegen schädliche Fluktuationen zu Hause und welche Kraft gegen Abströmungen nach aussen es aus seiner grossen metallischen Cirkulation ziehe. Weder die Invasion, noch die Okkupation seiner Hauptstadt und eines Teils seines Gebiets, noch die Zahlung einer sehr starken Kriegsentschädigung, noch die Unruhen, welche einige Jahre lang nach der Restauration fortdauerten, noch der Krieg in Spanien hätten irgendwie seinen Geldumlauf gestört oder seinen Beziehungen zum Ausland Verlegenheit bereitet. Je mehr England sich deshalb dem Zustande Frankreichs nähere, um so besser sei es, ohne dass es auf die besonderen Vorteile seiner fiktiven Kreditmittel zu verzichten brauche. Im friedlichen Verlauf der Politik und des Handels würde wahrscheinlich nach wenigen Jahren bei Annahme seines Plans eine starke Anhäufung von Silber Platz greifen — um so besser, das Silber würde in der Münze bleiben als eine Reserve, während die im gleichen Betrage ausgegebenen Empfangsscheine den Umlaufsmitteln eine grössere Elastizität geben würden. Dann resümiert Huskisson in drei Punkten die Hauptvorteile, die er von seinem Plan erwartet. Erstens, es würde dadurch der englische Silberhandel mit der neuen Welt von dem Nachteil, unter dem er jetzt laboriere, befreit werden; bei der heftigen Konkurrenz und dem jetzt so stark herabgedrückten Gewinn im Handel würde schon das kein unwesentlicher Nutzen sein. Zweitens, England würde dadurch in den Stand gesetzt, einem ungünstigen Wechselkurs, wenn er im gewöhnlichen Lauf des Handels einträte, ohne einem beträchtlichen Abfluss von Gold aus der Bank oder aus dem allgemeinen Geldumlauf ausgesetzt zu sein, zu widerstehen.

Drittens, es würde dadurch eine Reserve für alle ausserordentlichen Vorkommnisse, Teuerung, Rüstungen oder Krieg gebildet werden. Alle Vorteile, welche Hamburg in seiner Bank besitze, würden dadurch auch England gesichert werden. Es sei höchst ungerecht, bei der gegenwärtigen Verfassung der Bank von ihr zu erwarten, dass sie nicht bloss dem Bedürfnis des Wechselverkehrs mit dem Auslande genüge, sondern auch alle anderen ausserordentlichen und unerwarteten Anforderungen befriedige, welche aus übertriebenen Handelsspekulationen (*overtrading*) oder aus den an sie von anderen Bankinstituten gestellten Anforderungen entspringen müssten. So stehe es jetzt; es würde sich aber bessern in dem Masse, als die Einpfundnoten eingezogen würden. — Zuletzt wirft er noch einen Seitenblick auf die Gefahren, in welche die Bank durch ihre masslosen Vorschüsse auf Hypotheken und Malz versetzt worden sei.

Dies der Inhalt des von Canning an Wellington nach Berlin geschickten Gutachtens Huskissons, auf welches derselbe, nachdem er es eben empfangen und zur Kenntnis genommen, in dem Eingangs wiedergegebenen Brief an Peel antwortet. Hier möge noch das Postskriptum Platz finden, mit dem dieser Brief versehen ist, und zu dessen Verständnis die vorausgehende Wiedergabe der Huskissonschen Denkschrift nötig war. Das Postskriptum lautet:

> Seitdem ich Obiges geschrieben, habe ich Huskissons Ausführungen über die Währung, die Sie ohne Zweifel kennen, gelesen. Es ist nicht meine Ansicht, dass der darin vorgeschlagene Plan eine Abhilfe für die in meinem Briefe erwähnten Schwierigkeiten biete. Z. B. es hat jemand einen Empfangsschein von der Münze über 50 Pfd. Sterl.; er kann von der Münze 50 Pfd. Sterl. in Silberbarren im Verhältnis von $15^1/_2 : 1$ erhalten; aber angenommen, der Unterschied wird grösser, wie es wahrscheinlich eintreten wird, vielleicht $16^1/_2$ oder auch 20, so wird der Münzschein mit einem Disagio von 7 oder 8 bis 20 und 25 Prozent cirkulieren. Es gäbe kein Mittel, als periodisch durch öffentliche Kundmachung das Verhältnis zwischen beiden Metallen zu publizieren; und das halte ich für unmöglich.

Am folgenden Tage schreibt der Herzog an Canning selbst:

Berlin, den 19. Februar 1826.

Mein lieber Herr Canning!

Ich habe Huskissons Denkschrift über den Geldumlauf gelesen. Ich fürchte, es wird sehr schwer sein, das einzuführen, was er vorschlägt. Die Bergwerksspekulationen und die Anwendung von Maschinen in den Bergwerken von Mexiko müssen die Quantität des Silbers um ebenso viel (nicht bloss auf dem Edelmetallmarkt von England) und in solcher Weise steigern, dass die Differenz zwischen dem Wert von Gold und von Silber sehr beträchtlich und wahrscheinlich sehr unregelmässig zunehmen wird, dergestalt, dass Silber seine Eigenschaft, das Mass für den Wert anderer Waren zu werden, verlöre.

Wenn dies nach Annahme der vorgeschlagenen Massregel einträte, würden die geplanten Münzscheine mit Verlust umlaufen, was ein höchst misslicher Erfolg wäre. Wir müssen an unserer Massregel in Beziehung auf die Ein- oder Zweipfundnote festhalten und müssen sie eventuell und zu rechter Zeit auch zuerst auf Irland und dann auf Schottland ausdehnen, aber wir dürfen uns dabei nicht übereilen, und ich hoffe, dass jede zur Erleichterung unserer Umlaufsmittel ergriffene Massregel vorher wohl überlegt und dann mit Geduld durchgeführt wird.

Wellington.

Am 3. März setzt Peel seinen eingehenden Bericht über den Stand der wirtschaftlichen Angelegenheiten an den inzwischen von Berlin nach Petersburg weiter gereisten Feldmarschall fort. Zunächst berichtet er ihm über die Unterhausverhandlungen und die von Huskisson beantragte Erleichterung für die Seidenfabriken und dann über die grosse Frage der auszugebenden Schatzscheine. Wie sehr Wellington als ein kostbarer Ratgeber in diesen wirtschaftlichen Fragen von seinen Kollegen angesehen wurde, erhellt aus dem Schluss des Briefes,

der nach sehr langen und genauen Ausführungen über die Geld- und Bankverhältnisse sich so ausdrückt:

> Ich denke, nun genug geschrieben zu haben, um Ihnen zu beweisen, dass das Gemeinwohl verlangt, dass Sie Ihre Rückkehr nicht um einen Tag über das unbedingt Notwendige hinaus verschieben. Unter unseren Freunden herrscht noch immer die Empfindung vor, dass wir die Schatzscheine ausgegeben haben sollten. Meine feste Überzeugung ist, dass wir gut thaten, sie abzulehnen, und dass, wenn wir dabei nachgegeben, wir wegen anderer Massregeln eine Niederlage erlitten und vielleicht die Verantwortlichkeit für eine neue Suspendierung der Bankzahlungen auf uns genommen hätten. In Schottland ist ein Wutausbruch entbrannt darüber, dass man zu irgend einer Zeit die kleinen Noten einziehen wolle. Walter Scott ermutigt die Opposition durch wiederholten Appell an den nationalen Stolz und die nationalen Gefühle.

Am folgenden Tage schreibt auch Canning wieder an Wellington über denselben Gegenstand. Er berichtet ihm, wie es endlich gelungen sei, die Bank zu Warenvorschüssen zu bestimmen, und dass dies bereits gute Resultate gezeitigt habe.

Schliesslich sei zur Charakteristik des lebhaften Anteils, den nach der Haltung seiner Korrespondenten mitten unter den schwierigsten Verhandlungen mit dem Kaiser von Russland und den Vertretern der gesamten Diplomatie angesichts des bereits zwischen Griechen und Türken ausgebrochenen Krieges der englische Gesandte und Kriegsheld an den finanziellen Angelegenheiten seines Landes nahm, noch ein Brief des Admiralitätsbeamten J. W. Croker, unter dem 20. März nach Petersburg adressiert, erwähnt: er fühlt sich verpflichtet, obwohl — wie er sagt — der Herzog gewiss auf den verschiedensten Wegen genau über alles unterrichtet worden sei, demselben auch noch seine Auffassung über den Verlauf der Dinge zukommen zu lassen. Charakteristisch ist insbesondere die Wendung, worin der Verfasser des Briefes dem Herzog sagt: „Ich brauche Ihnen nicht alle die guten Gründe anzuführen,

warum die Regierung keine Schatzscheine ausgeben wollte, obwohl von allen Seiten darauf gedrängt wurde." Dann schildert er ihm auf zwei eng gedruckten Seiten alle die oben kurz angedeuteten Vorgänge und bekennt sich am Ende des Briefes zu einer Ansicht, die wir auch in unseren Tagen ebenso gut wie Graf von Liverpool in den seinigen zu bekämpfen hatten. Er meint, die Staatsschuld und das fiktive Einkommen sei so viel grösser geworden als früher, dass unmöglich derselbe Geldvorrat für die Geschäfte ausreichen könne; für jede Thätigkeit trage man jetzt doppelt so viel Geld bei sich als dreissig oder vierzig Jahre vorher, und deswegen glaube er, dass auch doppelt so viel Umlaufsmittel nötig seien, und zweifle, ob es mit irgend welchen Anstrengungen möglich sein werde, einen genügenden Goldvorrat für den inländischen Verkehr festzuhalten. Aber mit einer Bescheidenheit, die heutzutage selten bei Vertretern dieser Ansicht anzutreffen ist, setzt er hinzu: „Aber das ist eine Materie, über die ich nur ein sehr unzulängliches Urteil habe." *)

Ein Rücklick auf diese Auseinandersetzungen zwingt zu schmerzlicher Vergleichung. Mit wie hoher wirtschaftlicher Bildung und Gewissenhaftigkeit gingen damals die englischen Staatsmänner vor, und wie übereilt entschied sich fünfzig Jahre später der deutsche Reichskanzler, das grosse Werk der Münzreform mit einem Federstrich zu verstümmeln!

Das Ende vom Lied.

(30. Oktober 1897.)

Am nächsten Mittwoch wird es ein Jahr, dass die grosse Entscheidung über die amerikanische Silberbewegung durch die Präsidentenwahl erfolgte, welche Bryans Niederlage besiegelte. Als damals durch die ganze gesittete Welt der Ruf erging, mit

*) John Wilson Croker, Irländer von Geburt, seit 1809 Sekretär in der Admiralität, war zugleich ein fruchtbarer Schriftsteller, Mitbegründer der Quarterly Review und des Athenäumklubs.

dieser Entscheidung sei der Alp genommen, der mit einer namenlosen Verwirrung die Verkehrszustände des Universums bedroht habe, wollten es die Freunde der Doppelwährung nicht Wort haben. Zwar hatten sie vorher von ihrem agrarischen Kongress in Budapest aus ein Beglückwünschungstelegramm an den Kandidaten Bryan entsandt, worin sie ihm beteuerten, dass sie von seiner Erwählung das Heil der Menschheit erwarteten und ihm ihre eifrige Mitwirkung zusagten; aber als MacKinley an seiner Stelle zum Präsidenten ausgerufen wurde, nahmen sie mit der von ihnen zu jeder Zeit bewiesenen Gelenkigkeit sofort auch zu der neuen Wendung der Dinge eine optimistische Stellung und verkündeten, dass nunmehr, da der Gegner Bryans gewählt sei, ihr Weizen erst recht in Blüte kommen werde. Sie beriefen sich dafür auf eine Aussprache MacKinleys, der in sein Wahlprogramm die Versicherung aufgenommen hatte, dass er sich bemühen werde, eine Vereinigung sämtlicher Grossstaaten behufs Abschliessung eines Doppelwährungsvertrages für die Herstellung eines festen Verhältnisses von Gold und Silber herbeizuführen. In der That hat auch der neue Präsident, wie er dies nach der ganzen Vorgeschichte seiner persönlichen Haltung und der verschiedenen bei seiner Wahl beteiligten Parteien nicht anders konnte, alsbald Anstalten getroffen, um den von ihm zugesagten Versuch bei den übrigen Grossstaaten zu machen. Darob im bimetallistischen Lager grosse Freude und wie immer die sichere Verheissung, dass demnächst das Jubeljahr eines neuen internationalen Münzkongresses mit siegreichem Doppelwährungsresultat in Szene gehen werde. Wie viele oder wie wenige im Lager der Doppelwährung an die praktische Möglichkeit eines solchen Zustandekommens geglaubt haben mögen, soll hier nicht untersucht werden; es ist auch ganz gleichgültig. Aber das ist gewiss: kein ernster Anhänger der Goldwährung hat auch nur einen Augenblick an die Möglichkeit eines solchen Ausgangs geglaubt, und die seit dem 3. November 1896 von neuem befestigte Überzeugung, dass die ganze Silberagitation nunmehr definitiv hoffnungslos geworden sei, ist auch nicht einen Moment erschüttert worden. Bekanntlich haben im letzten Frühjahr die drei von MacKinley beauftragten Kommissäre, unter denen der Senator Wolcott am meisten bekannt geworden ist, eine Reise nach Europa ange-

treten, um das Terrain für ihre Aufgabe zu sondieren. Nach nicht langer Abwesenheit kehrten sie dann nach Amerika zurück, und man hatte nicht vernommen, dass sie viel ausgerichtet hätten. Im Spätjahr dieses Jahres waren sie nun von neuem nach Europa gereist; sie hatten sich zuerst mit der französischen Regierung ins Benehmen gesetzt und waren bei dem leitenden Minister der Republik, Herrn Méline, dessen bimetallistische Liebhabereien schon seit einiger Zeit zu Tage getreten waren, günstig aufgenommen worden und dann an die englische Regierung mit definitiven Vorschlägen herangetreten. Aber auch in diesem Stadium erregte die ganze Angelegenheit bei den Anhängern der Goldwährung in England wie ausserhalb keine Beunruhigung; man war aus sachlichen Gründen nach wie vor fest überzeugt, dass alle Experimente schon im ersten Stadium platt zu Boden fallen müssten. Da transpirierten auf einmal vor etwa zwei Monaten Nachrichten, die im hohen Grade erstaunten. Zuerst eine Manifestation der englischen Bankleitung, die den amerikanischen Vorschlägen eine, wenn auch nur sehr dürftig umgrenzte, Sympathie entgegenbrachte, und daran sich anschliessend, was noch auffälliger war, Anzeichen dafür, dass diese Manifestation der englischen Bank von der englischen Regierung Ermunterung erfahren, ja, dass von derselben Seite auch noch weitere Äusserungen gefallen seien, welche ein Entgegenkommen nach den amerikanischen Vorschlägen hin zu verraten schienen. Diese Vorgänge riefen nicht bloss grosses Erstaunen in der ganzen Welt, sondern einen Sturm des Widerstandes und der Entrüstung von seiten der Londoner kaufmännischen Korporationen und eines grossen Teils des gesamten englischen Bank- und Handelsstandes ins Leben. Die dadurch verursachte tief einschneidende Bewegung machte es der englischen Regierung unmöglich, mit ihrer wahren Absicht im Hinterhalt zu bleiben, und sie fühlte der öffentlichen Meinung gegenüber das dringende Bedürfnis, Klarheit in die Situation zu bringen. Das ist nun geschehen, und der definitive Ausgang der Sache hat noch mehr als alles früher Geschehene den Beweis geliefert, dass die im vorigen Jahre durch die Präsidentenwahl gefallene Entscheidung unwiderruflich das Schicksal der künstlichen Silberbewegung besiegelt hat. So ist, wie jedesmal, wenn die Doppelwährungsagitation unter

amerikanischer Initiative einen neuen Anlauf nahm, nach mehr oder weniger scheinbarem Anfangserfolg ein Rückschlag eingetreten, welcher das ganze Unternehmen noch tiefer als vorher in den Abgrund hinabschleudert. Die Lektion, welche diesmal dem bimetallistischen Abenteuer erteilt worden ist, konnte allerdings, in sich selbst betrachtet, nicht so entscheidend sein wie die vorjährige, weil diese schon ihre Aufgabe vollständig erfüllt hatte. Aber in einem Punkte ist das letzte Ereignis doch noch wichtiger, weil es für die grosse Menge der Fernstehenden eine viel deutlichere Belehrung enthält als alle vorausgegangenen Verdikte dieser Art. Noch niemals hatte sich eine englische Regierung so weit herbeigelassen, auf die amerikanischen Vorschläge einzugehen, wie diesmal; noch niemals hatte eine gewisse Übereinstimmung zwischen der Leitung der englischen Bank und dem englischen Kabinet bestanden, den amerikanisch-französischen Doppelwährungsvorschlägen, wenn nicht eine Hand, so doch einen Finger zu reichen, und dennoch war das Ende vom Lied, dass der Bimetallismus eine Absage erfahren hat, wie sie ihm schärfer noch nie zu teil geworden ist.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Einzelheiten der Vorschläge einzugehen, welche das amerikanisch-französische Abkommen dem englischen Kabinet gemacht hatte, um den gemeinsamen Boden einer Verständigung für eine zu berufende Münzkonferenz zu finden; die Zeitungen haben darüber ausführlich berichtet. Uns genügt es, für den gegenwärtigen Zweck den Hauptpunkt hervorzuheben, an welchem das ganze Unternehmen scheiterte und scheitern musste. Das war die Frage der Wiedereröffnung der indischen Münzen für die freie Prägung von Silberrupien. Die englische Regierung, welche natürlich nicht daran denken konnte, ohne Zuziehung der indischen eine Antwort zu erteilen, hat sich im August dieses Jahres mit der betreffenden Anfrage an die letztere gewendet, und in den jüngsten Tagen ist aus Simla, dem Sitz des ostindischen Gouvernements, eine Antwort erfolgt, welche so klar und entschieden den ganzen Spuck in sein Nichts zurückwarf, dass die englische Regierung sich keinen Augenblick besinnen konnte, die richtige Nutzanwendung zu machen und den Amerikanern in unzweideutigen Worten zu eröffnen, dass die ganze so künstlich aufgebaute Maschinerie kläglich zusammengebrochen sei. Dass

zum Schluss diese bittere Medizin mit einigen Tropfen nichtssagender Höflichkeit versüsst war, darf nicht wundern und wird niemanden täuschen, wenn schon wir darauf gefasst sein müssen, dass die nimmer versiegende Prophezeiungskunst unserer Silberleute daraus die Kraft zur Voraussetzung neuer Triumphe schöpfen wird.

Abgesehen von dem Hauptgewicht der durchschlagenden Entscheidung liefert die letzte Episode eine Reihe interessanter Belehrungen, die sich aus dem eben veröffentlichten Schriftwechsel zwischen der englischen und der indischen Regierung ergeben. Um nur einiges daraus hervorzuheben, sei Folgendes erwähnt. Von bimetallistischer Seite war vielfach bis in die letzte Zeit die Meinung verbreitet worden, dass die Massregel der im Jahre 1893 geschlossenen indischen Münzen eine verfehlte, und dass man in Indien selbst geneigt sei, von derselben wieder umzukehren. Die vortreffliche, gründliche und ausserordentlich treffende Antwort, welche die indische Regierung soeben erteilt hat, spricht aufs allerpositivste und vorbehaltloseste aus, dass jene Meinung durchaus irrig ist. Die indische Regierung, die Hauptbeteiligte an der Massregel, ist vollständig überzeugt von deren Richtigkeit und ganz zufrieden mit der Wirkung, welche die Massregel ihrer Absicht nach bis jetzt erreicht hat.

Ein anderer Punkt ermangelt des Interesses nicht. Mit der Unverfrorenheit, welche die bimetallistischen Experimentatoren kennzeichnet, hatten sich die amerikanischen und französischen Unterhändler in der Siegesfreude, mit welcher sie die Rechnung ohne den Wirt beglichen, darüber geeinigt, dass darüber keine Feindschaft sei, ob man das Verhältnis des Silbers zum Golde gesetzlich auf 16, wie bisher in Amerika, oder auf $15^1/_2$, wie in Frankreich, für die Zukunft festlegen solle. Die Amerikaner in ihrer Grossmut hatten dem liebenswürdigen Frankreich die Konzession gemacht, ihre Verhältniszahl zum Opfer zu bringen und der französischen beizupflichten. Nichts ist bezeichnender für die volkswirtschaftliche Bildung, welche dem Kabinet Méline innewohnt, als das seichte Geschwätz, mit welchem sein Vertreter in London in ein paar landläufigen hohlen Phrasen die Ansicht vertrat, dass es eine Kleinigkeit sei, auf Grund internationaler Verträge in Zukunft das Verhältnis von $1 : 15^1/_2$ für

alle Ewigkeit zu fixieren. Die Antwort, welche die indische Regierung auf diesen horriblen Unsinn, den selbst die meisten Bimetallisten heute nicht mehr zu vertreten wagen, gab, ist eine der schönsten Lektionen, welche den beiden silberfreundlichen Republiken erteilt werden konnte. Der Gedanke, ein Metall, von dem jetzt 35 Einheiten gleich einer Einheit Gold sind durch einen Vertrag auf den Wert von $15^1/_2$ Einheiten hinaufzudekretieren, ist von der indischen Regierung in einer Weise charakterisiert worden, wie solche Keckheit es verdient. Und das ist um so bemerkenswerter, weil die an dem Vorschlage in dessen offizieller Beantwortung geübte Kritik eine unübertreffliche Charakteristik für das ganze bimetallistische Agitationswesen liefert.

Ferner verdient erwähnt zu werden: es war bekannt, dass in dem englischen Kabinet in der Person des Lord Balfour, des ersten Lord des Schatzes, ein entschiedener Anhänger des Bimetallismus sitze. Weniger bekannt, aber nicht gar erstaunlich trat hervor, dass auch Herr Chamberlain, der Minister des Innern, nicht ungern mit der bimetallistischen Richtung Liebesblicke wechselte; aber obgleich, offenbar unter dem Einflusse dieser beiden Minister, sich die annähernden Schritte an die amerikanisch-französische Mission vollzogen hatten, ist doch aus den jetzt vorliegenden Aktenstücken zu ersehen, dass das gesamte Ministerium mit Einschluss dieser Silberfreunde von vornherein jeden Gedanken an den Eintritt Englands in einen bimetallistischen freien Silberprägungsbund ablehnt. Zu Konzessionen, welche ohne Zweifel für den unmöglichen Fall ihrer Annahme als unwirksam sich erwiesen hätten, waren die beiden, Balfour und Chamberlain, geneigt, für die Hauptsache, auf die es ankam, sind sie nach ihrer heutigen Erklärung um keinen Preis zu haben. Das sagt noch mehr, als wir jemals früher von englischen Dispositionen in dieser Frage erfahren haben.

Ausserordentlich interessant für uns Deutsche sind noch ferner zwei Punkte. In den eben veröffentlichten Dokumenten ist sowohl von seiten der englischen Regierung wie von seiten der indischen aus- und nachdrücklich hervorgehoben, dass sie auf keinen Fall zu einem Entschluss in dieser grossen Frage sich erheben würden, ohne die Meinung des Bank- und Handels-

standes ihres Landes zu Rate zu ziehen. Die englischen Minister hatten sich schon früher ähnlich geäussert und bekräftigten dies auch beim neuesten Anlass. Die indische Regierung, welche gezwungen war, um sich keiner Säumnis schuldig zu machen, eine rasche Antwort nach London zu erteilen, erklärte in derselben, sie hätte unter dem Druck dieser Eile keine Zeit gehabt, den Bank- und Handelsstand ihres Landes zu befragen, aber für den Fall, dass man ihre dermalige Entscheidung nicht als definitiv ansehen wollte, würde sie auf keinen Fall einen Schritt zur Abänderung des gegenwärtigen Zustandes thun, ohne vorher die Meinung dieses Standes aufs genaueste befragt zu haben. Vielleicht ist es nicht unwichtig, auf diese Einzelheit die deutsche Reichsregierung hinzuweisen, der man ehemals mit Beschlüssen aus Bauernvereinen zu Leibe zu gehen unternahm mit dem Hinweis darauf, dass der Bank- und Handelsstand als verdächtige Partei in solcher Sache nicht befragt werden dürfe.

Schliesslich hat es seine pikante Seite, dass in den ganzen Verhandlungen, wie sie uns jetzt ausführlich vorliegen, von Deutschland mit keinem Worte die Rede ist. Es ist ja nicht schwer, sich zu erklären, wieso das kam; denn auch in den letzten zwischen unseren Parlamenten und Regierungen gepflogenen Verhandlungen ist schliesslich selbst von der Doppelwährungspartei festgelegt worden, dass ohne Englands Mitwirkung, und zwar Mitwirkung auf gleichem Fusse, von einer Einkehr Deutschlands zum Bimetallismus nicht die Rede sein könne. Wahrscheinlich hatte man sich vorbehalten, erst nach etwaigem Gelingen des englischen Experiments an Deutschland heranzutreten. Nun hat uns wieder einmal der Verstand des englischen Volkes davor bewahrt, uns der amerikanischen Silberfreunde wegen die Köpfe zu zerbrechen und unsere wirtschaftlichen Angelegenheiten in Verwirrung zu bringen. Den Engländern, mit denen wir zur Zeit recht überflüssigerweise, zum Teil durch unsere, zum Teil durch ihre Schuld, verzankt sind, werden wir deshalb nicht umhin können, für diese ersparten Unbilden recht dankbar zu sein. Am meisten aber — davon kann man überzeugt sein — wird die hohe deutsche Reichsregierung und ihr verehrter dermaliger Kanzler vergnügt aufseufzen, dass dank der City von London und der indischen

Regieruug in Simla wieder einmal ein bitterer Kelch so schnell- und so glatt an ihnen vorübergegangen ist.

Mit diesem letzten Akt schliesst das Trauerspiel des inter nationalen Bimetallismus in fünf Aufzügen, nach allen Regeln der Kunst. Der erste Akt spielte zu Brüssel im Jahre 1892, wo eine feierlich inszenierte Münzkonferenz sich unverrichteter Sache auf Nimmerwiedersehen vertagte. Der zweite Akt spielte in Asien, als die indische Regierung dazu schritt, ihre Münzen der Silberprägung zu verschliessen. Der dritte und vierte Akt spielte in Amerika, als 1893 das sogenannte Shermangesetz, betreffend jährlichen Massenankauf von Silber, abgeschafft wurde, und 1896, als der Silberkandidat Bryan aufs Haupt geschlagen ward. Jetzt ist der Vorhang in London bei Schluss des fünften Aufzugs auf der mit Leichen bedeckten Szene niedergegangen. Was kann man mehr verlangen?

Im Jahr 1892 wurden die Vorgänge auf der Brüsseler Münzkonferenz im deutschen Reichstag besprochen. Graf Mirbach hatte als zweite Grossmacht neben der deutschen Reichsregierung seinen eigenen *Envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire* nach Brüssel entsandt, um der deutschen Reichsregierung ein Dementi zu geben. Im Lauf der sich an diesen heiteren Vorgang knüpfenden Debatte sagte ich: „Die Herren mögen machen, was sie wollen, der Bimetallismus ist tot.“ So war es schon damals, und so ist es heute. Natürlich haben sie seitdem beim Beginn jedes neuen Aktes publiziert: „Seht, wie der Bimetallismus noch lebt!“ — Dabei ist nur eine kleine Verwechslung unterlaufen. Natürlich, die Bimetallisten sind nicht tot, sie werden auch in Zukunft nicht aufhören zu prophezeien und zu triumphieren. Dafür kennen wir sie, aber sie mögen springen und singen, so viel sie wollen; es ist und bleibt doch so: der Bimetallismus ist tot.

Zur Erneuerung des deutschen Bankgesetzes.

I.

(24. Dezember 1898.)

Seit etwa dreissig Jahren sind die Aufgaben der alten ehrlichen Nationalökonomie in Deutschland in den Hintergrund gekommen. Zwei Richtungen haben sich mehr in den Vordergrund gedrängt. Von einer Seite der Empirie der Schutzzöllnerei mit ihren Begleiterscheinungen, der sogenannten Mittelstandspolitik, d. h. der Bestrafung aller Intelligenz und Nützlichkeit, bis zu dem heutigen Kriegsgeschrei gegen die ehemals gepriesenen Konsumvereine und die neuerdings für fluchwürdig erklärten Warenhäuser. Von der anderen Seite hat die phantasievolle Sozialpolitik ihre Anziehungskraft ausgeübt.

Kommt es aber einmal zur Lösung einer konkreten Aufgabe, so zeigt sich doch die Notwendigkeit, zu dem Werkzeug der dem Grunde der Vorgänge und Erfahrungen analysierend zu Leibe gehenden, altmodischen Volkswirtschaftslehre zu greifen. Der Aufgabe, eine gesetzliche Entscheidung über die Zukunft der Reichsbank zu fällen, verdanken wir diese gesunde Mahnung.

Die ganze Reihe der Fragen, welche hier zu beantworten sind, kann nur auf diesem Wege erledigt werden. Die unter obigem Titel erschienene Schrift*) ist der Lösung dieses Problems in allen seinen Einzelheiten gewidmet.**)

In ihrem ersten Teil giebt sie in kurzen Zügen Rechenschaft von der Entstehung des jetzt herrschenden Systems der Notenbanken überhaupt und der Reichsbank insbesondere. Darauf folgen ein zweiter und dritter Teil, die sich mit den seit der Einsetzung der Reichsbank in der Praxis gemachten Erfahrungen beschäftigen. Der zweite Abschnitt des Ganzen tritt dann näher an die Prüfung der Fragen heran, welche nächstens zur Erörterung kommen werden. Derjenige Gesichts-

*) Karl Helfferich, Zur Erneuerung des deutschen Bankgesetzes, Leipzig, Duncker u. Humblot, 1899.

**) Anm. des Herausgebers: Es ist hier ein Passus weggelassen, der sich auf die vom Herausgeber dieser Aufsätze verfasste „Geschichte der deutschen Geldreform“ bezieht.

punkt, welcher hier von lange her und bis vor kurzem am meisten hervorgetreten war, kann glücklicherweise, obwohl er auch von Helfferich noch gründlich behandelt wird, in der Besprechung zurücktreten. Die Eventualität einer sogenannten Verstaatlichung hat, seitdem sie näher ins Auge gefasst worden, an Bedeutung verloren. Nachdem nun auch die Reichsregierung erfreulicherweise sich von diesem Gedanken ganz fern gehalten hat, wächst die Hoffnung, dass er keine Aussicht auf Verwirklichung hat.

Ernster stellt sich schon die Frage der Kapitalerhöhung ein. Die Mehrzahl der bis jetzt vernommenen Stimmen spricht sich für eine solche Erhöhung aus. Auch Helfferich plädiert dafür. Er verkennt nicht die Triftigkeit der in der Doktrin vielfach vertretenen Ansicht, dass die Höhe des Kapitals einer Notenbank sich nur nach der Höhe des Masses notwendiger Deckung für mögliche Geschäftsverluste zu richten habe, eine Ansicht, die auch ich seiner Zeit in der Berichterstattung bei den Verhandlungen vertrat und noch aufrecht erhalte. Helfferich findet in der besonderen Geschäftslage unserer Bank einen Gegengrund, den er mit Geschick verteidigt. Die Regierung scheint sich auf dieselbe Seite zu stellen. Man sagt, die neue Bankvorlage in ihrem jetzigen Stadium proponiere eine Vermehrung um dreissig Millionen Mark. Diese Summe ist relativ so mässig gegriffen, dass auch die Andersmeinenden sagen können: darum keine Feindschaft! Sollten stärkere Erhöhungen begehrt werden, so musste man sich schon anders zu solcher Forderung stellen.

Bei weitem die dringendste und die kitzlichste Frage dreht sich um das sogenannte Kontingent der ungedeckten Noten. Soll die hier gezogene Schranke erweitert, soll diese Erweiterung nur für die Reichsbank oder auch für die Privatbanken Platz greifen? Hier ist die Stelle vor allem, wo eine strenge sachliche Analyse der Vorschriften und ihrer praktischen Wirksamkeit geboten ist. Die öffentliche Besprechung, soweit sie sich mit der Materie beschäftigt, hat sich hier zu allerhand oberflächlichen Erklärungen verführen lassen. Eine merkwürdige Illustration dazu liefert eine kürzlich von dem „Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln“ ausgegangene. Sie ruft laut nach einer Erhöhung des unbedeckten Notenkontingents der Reichsbank, um den Zinssatz derselben zur Ermässigung

zu bringen. Wenn nur Präsident Koch keine andere Schmerzen hätte als diesen Druck der Kontingentsgrenze, wie wohl wäre ihm! — und wie gerne würde er den guten Kölnern helfen, indem er die Strafe der Notensteuer auf die Aktionäre der Bank nähme. Es ist in der That auffallend, dass ein Verein von Leitern grosser Geschäfte eines so hochentwickelten Landesteils in einen so groben Irrtum verfallen konnte, als sei der Mechanismus dieser Vorschrift an der Höhe des Reichsbankzinses schuld. Ich empfehle dem Verfasser und den Urhebern dieses Gesuches ganz besonders das Studium der letzterschienenen Arbeit Helfferichs. Der eigentümliche Mechanismus des Kontingents ist seiner Entstehung und Wirkung nach darin so genau und deutlich beschrieben und behandelt, dass der Leser notwendig zum richtigen Urteil darüber kommen muss. Die Einführung der über ein gewisses Maximum hinaus mit fünf Prozent zu besteuernden ungedeckten Noten ist 1875 von dem damaligen Mitarbeiter des Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück, Otto Michaelis, persönlich ausgedacht und auf sein Andringen vom Bundesrat und von der Mehrheit des Reichstags angenommen worden. Ich war ein Gegner des Vorschlags und bin es in der Hauptsache geblieben, doch mit der Modifikation, dass man sich die Sache, als eine unschädliche, gefallen lassen könne. Auch stimmte ich, da die Regierung die Vorschrift zu einer *conditio sine qua non* zu machen drohte, behufs Abschwächung derselben für eine höhere Begrenzung, die aber, trotzdem der damalige Bankpräsident Herr v. Dechend sich meiner Ansicht anschloss, von der Mehrheit ebenfalls abgelehnt ward. In der Ausführung hat die Rücksicht auf die Notensteuer niemals die Leitung der Bank in ihrer Fixierung des Diskontosatzes beeinflusst. So hat die Vorschrift effektiv bisher weder Nutzen noch Schaden fürs gemeine Wohl gestiftet. Mit Recht sagt Helfferich: wenn dem so ist, wozu sie beibehalten? Aber mit Recht fügt er noch eine andere Betrachtung hinzu. Die Steuer hat dennoch ihren Nutzen gehabt. Sie hat eine heilsame Schranke gegen ungesunde Überschreitung der Notenausgabe seitens der Privatbanken gezogen. Diese haben erfahrungsgemäss bis jetzt beinah immer ihr Kontingent bis an dessen Maximalgrenze gebracht, weil sie es zu ihrem Vorteil ohne Rücksicht auf den jeweiligen Geldstand ausnützen konnten, im

Vertrauen auf die Reichsbank, bei der sie ihr Zuviel an Wechseln immer rediskontieren konnten. Diese hat nach der bisherigen Praxis die Last der Verantwortung für das richtige Verhältnis zwischen ungedeckten Noten und Bardeckung auch der ihr nicht unterstehenden Emissionen zu tragen. Würde diese Kontingentsgrenze für die Privatbanken erweitert, so auch diese Last und der daraus entstehende Schaden. Rationellerweise käme man hier zu dem Schluss, dass, ob nun das Kontingent für die Reichsbank erhöht oder beseitigt würde, es jedenfalls nicht zu verantworten wäre, die Grenze für die Privatbanken zu erweitern oder zu beseitigen. In ihrer Hauptaufgabe, das richtige Verhältnis der Notenausgabe zur Deckung stets als Leitstern ihres Handelns im Auge zu behalten, wäre die Reichsbank nicht gestört, wenn man ihr seiner Zeit allein die Notenemission vorbehalten hätte.

Dies war 1875 aus rein politischen Gründen nicht möglich. Es ist zu fürchten, dass dieselben Gründe sich auch jetzt wieder einer zweckmässigen Regelung der Kontingentsfrage entgegenstellen werden, sowohl im Reichstag als auch — und vielleicht noch mehr — im Bundesrat. Es ist ja nach Absicht der Gesetzgebung von 1875 gelungen, die Anzahl der Privatbanken im Laufe der Zeiten von etlichen dreissig auf sechs oder sieben herabzumindern. Aber die überlebenden sind Staatsbanken, und die Landesregierungen halten sich wahrscheinlich verpflichtet, den Nutzen ihrer Landesbanken den Rücksichten auf die zweckmässige Leitung des allgemeinen deutschen Geldwesens vorzuziehen. Es ist zwar richtig, dass im Bankgesetz der Reichsbank allein die Aufgabe gesetzt wurde, für den Gang des Geldwesens zu sorgen. Allein so war doch gewiss die Sache nicht gemeint, dass die Führung der Privatbanken berechtigt sein solle, der Reichsbank diese Aufgabe zu erschweren, wie es bis jetzt bereits öfter der Fall war. In Helfferichs Ausführungen ist das speziell nachgewiesen. Eine Erhöhung ihres Kontingents würde diesen Übelstand verschärfen. Wäre man vor die Alternative gestellt, das Kontingent der Reichsbank entweder zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhöhung für die Privatbanken, oder alles beim alten zu lassen, so müsste man lieber das letztere wählen.

Helfferich schlägt als einen Notbehelf, der in dieser Zwangslage ergriffen werden könnte, vor, in der Notensteuer eine Art

gleitender Skala anzubringen. Es würde zu weit führen, das *pro* und *contra* dieser Idee hier zu zergliedern. Es zeigt sich an diesem Exempel, dass nicht alles Profit ist an der zurückgebliebenen Unifikation des gesamten Reichswesens und an dem jetzt so viel beliebten Föderalismus.

Im letzten Teil des Buches werden noch die agrarischen Beschwerden, die Klagen über zeitweiligen hohen Diskont, und damit auch die Würdigung der sogenannten Prämienpolitik der Bank von Frankreich behandelt und richtiggestellt. Bei all diesen Klagen darf übrigens eins nicht vergessen werden. Zu einem, wenn auch nicht ausschlaggebenden Teil ist an den Ursachen der Diskontosteigerung auch die Einstellung der Silberverkäufe schuld, welche Fürst Bismarck 1879 auf den Rat platter Börsenroutine gegen die Ansicht aller Sachkenner beschloss. Dadurch, dass ein Teil der Bardeckung in der Gestalt eines auf seinen halben Wert reduzierten und für den Verkehr mit dem Ausland total unbrauchbaren Metalls zurückblieb, ist das ganze Bankgesetz, welches auf der Voraussetzung von lediglich Gold und Scheidemünze beruht, in seiner Substanz thatsächlich gefälscht worden. Die Bimetallisten des Reichstags haben diesen Zustand verewigt, weil sie damit eine Wunde im Geldwesen offen halten wollten, die ihrer Quacksalberei den Weg bahnen sollte. Es ist ihnen nicht gelungen. Die Reichsbank hat ihre Aufgabe doch erfüllen können. Aber erschwert wurde sie ihr dadurch immerhin.

Wenn man aus der oben erwähnten Eingabe entnehmen kann, wie verwirrt die Begriffe über alle diese Dinge noch in den zuständigen Kreisen der Industrie sind, so kann einen das Grauen befallen vor einer Debatte, in der alle nur denkbaren Phantastereien und Sophistereien zu Wort kommen werden. Eine Schrift, die, wie die vorliegende, zur Belehrung derjenigen dient, die unbefangenen Einblick erhalten wollen, ist daher doppelt willkommen. Die Wenigsten haben eine zutreffende Vorstellung davon, wie wichtig es für das wirtschaftliche Gesamtwohl Deutschlands ist, dass die Ordnung des Geld- und Bankwesens in allen Punkten das Richtige treffe.

II.

(28. Januar 1899.)

Unter der gleichen Überschrift sind vor etwa Monatsfrist in unserer Zeitschrift die wichtigsten Gesichtspunkte behandelt worden, unter welchen die demnächst zu erwartende Gesetzesvorlage zu prüfen sein würde. Schneller als vorausgesehen, hat sich die Thatsache erfüllt. Mit dankenswerter Beschleunigung hat der Bundesrat seine Aufgabe erledigt, und sowohl diese eifrige Art des Vorgehens als die richtigen Erwägungen, welche ihm ermöglichten, zu dieser raschen Erledigung zu kommen, verdienen die vollste Anerkennung. Keine der Schwierigkeiten, auf die man sich von seiten einzelner Landesregierungen gefasst gemacht hatte, ist aufgetaucht, ein Zeichen, dass sie sämtlich den hohen Standpunkt eingenommen haben, von allen Sonderinteressen abzusehen und sich allein die Grundsätze einer dem Gesamtwohl des Rechts dienenden Bankpolitik zur Richtschnur dienen zu lassen.

In der That hat der neue Entwurf vom 19. Januar d. J. alles Einzelne so gestaltet, wie es in unserer erwähnten jüngsten Besprechung als wünschenswert aufgestellt worden war. Die Kapitalvermehrung ist nur zum mässigen Betrag von dreissig Millionen beliebt worden, und diese Vermehrung ist, ohne dem richtigen Prinzip zu widersprechen, hauptsächlich mit der Grösse des in Gebäuden festgelegten Grundkapitals motiviert. Die wichtige Frage der Neubegrenzung des steuerfreien Notenmaximums ist korrekt dahin gelöst, dass dasselbe auf vierhundert Millionen für die Reichsbank erhöht wird und für die Landesbanken unverändert bleibt. Im Anschluss an diese Modalität ist eine neue Vorschrift eingefügt, welche eine sehr weise und bisher nicht vorausgesehene Anordnung trifft. Es soll in Zukunft den Privatnotenbanken untersagt sein, unter dem Fuss des Reichsbankzinsfusses Wechsel zu diskontieren. Mit dieser Vorschrift ist gerade die Lücke ausgefüllt, welche gefahrvoll für die Durchführung einer richtigen Reichsbankpolitik werden könnte. Eine solche ruht, gemäss des grundlegenden Gesetzes vom Jahre 1875, auf dem überall und auch vom ersten Gesetzgeber für richtig erkannten Fundament, dass die soge-

nannte Diskontoschraube das hauptsächliche, aber sichere Mittel ist, den Barschatz einer Zettelbank im erforderlichen Gleichgewicht mit ihrer Notenemission zu erhalten. Der Satz ist nicht nur längst von der Theorie anerkannt, sondern auch durch die Praxis erprobt. Der Ab- und Zufluss von Edelmetall folgt automatisch dem Steigen und Fallen des Landeszinsfusses, indem derselbe die Strömung der baren Mittel vom Ausland her anzieht oder sie dahin abfliessen lässt. Auf diesem Wege wird auch dafür gesorgt, dass in Zeiten, wo die Geschäftslage eines Landes dasselbe veranlasst und in den Stand setzt, sich auswärtiger Hilfsquellen zu bedienen, dieses Werkzeug sich dienstbar erweist. Gerade in der Gegenwart, wo Deutschlands industrieller Aufschwung einen unvorhergesehen grossen Verbrauch von Geldmitteln erheischt, verschafft es sich denselben durch Heranziehung, und diese ermöglicht sich durch eine Steigerung des offiziellen Zinsfusses, der, indem er den Zufluss schafft, auch gleichzeitig das richtige Verhältnis zwischen Barvorrat und Notenemission herstellt. Zur Überwachung dieses Mechanismus bedarf es des feinen Taktgefühls, welches nur von der Warte eines die Gesamtbewegung des Wirtschaftslebens überschauenden Observatoriums aus zu gewinnen ist. Es leuchtet ein, dass Massregeln, die unabhängig von dieser Centralstelle aus in das grosse Gefüge eingreifen, dessen Wirksamkeit stören und zeitweise aufheben können. Daher war es ein glücklicher Gedanke, durch die bezeichnete Vorschrift die volle Gleichmässigkeit für das gesamte Gebiet der Notenbanken sicher zu stellen.

Für die Ausführung wird sich vielleicht ein Zweifel aufwerfen: soll die Vorschrift auch für den sogenannten Privatdiskont gelten? Bekanntlich hält die Reichsbank nicht für ausgeschlossen, unter besonderen Umständen auch zu einem niedrigeren als ihrem offiziellen Zinsfuss Wechsel zu diskontieren. Soll in Zukunft in solchem Fall der geringere Zinsfuss auch den anderen Banken gestattet sein? Wenn nicht, so wäre das eine Ungleichheit, die um so schwerer empfunden würde, als ein grosser Teil der von den Privatbanken bisher gemachten Geschäfte gerade auf diesen leichteren Bedingungen beruhte. Will man sie aber gleich stellen, so ergiebt sich ein anderer Missstand. Es muss ihnen dann nämlich dieser Privatdiskonto-

satz bekannt gemacht, d. h. er muss ein offizieller werden. Es gäbe dann zwei offizielle Zinsfüsse; und wie wollte man die bezeichnen? Einen für sogenanntes erstes Papier und einen für das zweiten Ranges? Und dazu gehörte auch eine Definition, die zu finden wohl grosse Schwierigkeiten bereiten und Anstoss geben würde. So könnte es wohl kommen, dass die Reichsbank in Konsequenz dieser Neuerung zum Verzicht auf das Diskontieren unter dem offiziellen höchsten Satz gezwungen würde, was sie übrigens thatsächlich in den letzten Jahren schon gethan hatte. Als wichtige Neuerung ist schliesslich noch anzuführen, dass der Gewinnanteil der Bankaktionäre herabgesetzt wird, was längst erwartet wurde und unbedenklich ist.

Die dem Entwurf beigefügten Motive sind durchweg treffend abgefasst, gleichmässig von richtigen wissenschaftlichen Prinzipien und praktischer Erfahrung getragen. Die beigefügten statistischen Übersichten gewähren einen interessanten Einblick in das Getriebe des Geldwesens. Sie zeigen einerseits, wie die Gewerbthätigkeit des Reiches sich gehoben hat, andererseits, wie eng diese gesamte Thätigkeit mit der täglichen Arbeit des Centralinstituts und der von ihm ausstrahlenden Funktionen verkettet ist. Das normale Wirtschaftsleben der Nation in seinen grössten, wie in seinen kleinsten Betrieben würde ins Stocken geraten, wenn nicht die im Mittelpunkt wirkende Centralanstalt in jeder Sekunde ihre Schuldigkeit thäte. Daher ist es von unberechenbarer Wichtigkeit, dass dieselbe richtig organisiert sei. Soweit es sich berechnen lässt, entspricht die neue Vorlage dieser Anforderung. Eines kann allerdings weder ein Gesetz noch ein Statut, und wären sie die vollkommensten, gewähren, d. h. die richtige Anwendung richtiger Vorschriften. Hier muss die menschliche, individuelle Fähigkeit die letzte Vollendung beschaffen. Eine schlechte Fahrordnung kann viel Unheil stiften, eine gute viel Unheil verhüten, aber ein guter Kutscher ist auch bei der besten Fahrordnung unentbehrlich. Zum Glück lässt auch in dieser Beziehung die Leitung der Reichsbank nichts zu wünschen.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort des Vereins zum Schutz der deutschen Goldwährung . . III
Vorwort des Herausgebers V

Einleitung.

Ludwig Bamberger als Währungspolitiker 1

Erster Teil (1861—1878) 161

I. Die Gold- und Silberfrage (1861) 163
II. Rede über die deutsche Münzeinheit (1870) 181
III. Rede über das Gesetz, betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen (1871) 193
IV. Zur deutschen Münzgesetzgebung (1871) 219
V. Rede über das Münzgesetz (1873) 245
VI. Rede über die Reichskassenscheine (1874) 277
VII. Rede über das Bankgesetz (1874) 299
VIII. Die Entthronung eines Weltherrschers (1876) 337
IX. Das Gold der Zukunft (1878) 393

Zweiter Teil (1879—1899) 439

X. Rede über die Einstellung der Silberverkäufe (1879) 441
XI. Rede gegen den Bimetallismus (1885) 459
XII. Rede über die Verlängerung des Privilegiums des Reichsbank (1889) 501
XIII. Drei Aufsätze aus der „Nation“ (1889—1892) 521
1. Die Münzpolitik der Kulturstaaten am Ende des Jahres 1889 (1889) . . 523
2. Der neueste Akt der amerikanischen Münzgesetzgebung (1890) . . . 532
3. Adolph Soetbeer (1892) 540
XIV. Rede über die Brüsseler Münzkonferenz (1892) 549

Seite

XV. Vier Aufsätze aus der „Nation“ (1893—1895) 569

1. Die Entthronung eines Weltherrschers (1893) 571
2. Eine Karikatur der Wissenschaft (1894) 579
3. Der Vizekanitz (1895) 587
4. Die Ehre gerettet (1895) 595

XVI. Die Entscheidungsschlacht vom 3. November 1896 (1896) . . . 605

XVII. Vier Aufsätze aus der „Nation“ (1897—1899) 529

1. Rudolph von Delbrück (1897) 631
2. Der Herzog von Wellington über Doppelwährung (1897) 641
3. Das Ende vom Lied (1897) 653
4. Zur Erneuerung des deutschen Bankgesetzes (1898/99) 661

